

JENS-PHILIPP KEIL

**Chinas „Go West“-Policy zur Minderung der ausgeprägten Ost-West-Disparitäten
und zur Verbesserung des Investitionsklimas in Westchina: Genese, Ziele,
Maßnahmen und Effekte**

- Attraktivität der westchinesischen Provinzen als Investitionsstandort
für ausländische Unternehmen -

DISSERTATION

zur Erlangung des Grades

Doktor der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.)

der naturwissenschaftlichen Fachbereiche der Justus-Liebig-Universität Gießen

Prüfungskommission:

Vorsitz: Prof. Dr. Ingo Liefner

Prüfer: Prof. Dr. Lorenz King

Prüfer: Prof. Dr. Hans-Georg Frede

Tag der Disputation: 08.07.2011

„Auch der längste Marsch beginnt mit dem ersten Schritt.“

Laotse (Chinesischer Philosoph, 6. Jh. v. Chr.)

VORWORT

Die Idee zur vorliegenden Arbeit erwuchs bereits Ende 2000 im Verlauf meiner ersten Forschungsreise in die VR China. Damals erhielt ich als studentische Hilfskraft von Herrn Prof. Dr. Lorenz King die Möglichkeit, ein deutsch-chinesisches Expertenteam bei seinem Feldaufenthalt in die südwestchinesische Randprovinz Yunnan zu begleiten. Im Verlauf dieser Reise wurde ich bereits auf eindrucksvolle Art und Weise mit den zwei gegensätzlichen Gesichtern Chinas konfrontiert: China ist zweigeteilt in einen ökonomisch prosperierenden Küstengürtel mit pulsierenden Metropolen wie Shanghai und das unterentwickelte Hinterland, in dem die ansässige Bevölkerung, sofern sie sich nicht bereits in das Heer der zahlreichen Wanderarbeiter eingereiht hat, nach wie vor überwiegend ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft verdient.

Rund zwei Jahre später fertigte ich im Rahmen eines interdisziplinären Forschungsprojektes am Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung (ZEU) der Justus-Liebig-Universität (JLU) Gießen, das Optionen und Strategien für eine nachhaltige Landnutzungsentwicklung im Umfeld des Drei-Schluchten-Projektes (DSP) thematisierte, meine Diplomarbeit (KEIL 2002) an. In dieser Arbeit habe ich die Auswirkungen des DSP auf die sozioökonomische Entwicklung im Einzugsgebiet des Xiangxi in der Provinz Hubei untersucht. Nach meinem Studium war ich dann zunächst als freier Sachverständiger bei der GTZ im Sektorvorhaben Armutsbekämpfung im ländlichen Raum tätig. Durch die während meiner Mitarbeit in diversen Projekten und die im Laufe der Forschungsreisen in die VR China gewonnenen Erkenntnisse entwickelten sich nicht nur mein Verständnis für die allgemeine Situation Chinas, sondern auch das Interesse, mich intensiv mit den Hintergründen, Zielen, Maßnahmen und Effekten der Ende 1999 von der chinesischen Zentralregierung initiierten „Go West“-Policy auseinanderzusetzen. Bei der Literaturrecherche wurde mir bewusst, dass in diesem Themenbereich noch ein deutlicher Forschungsbedarf besteht. Um einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke zu leisten, entschloss ich mich schließlich Ende 2005, die vorliegende Dissertation in Angriff zu nehmen.

Die vorliegende Arbeit wurde am Geographischen Institut der JLU Gießen angefertigt. Wissenschaftler aus den Institutsabteilungen Klima-, Hydro- und Wirtschaftsgeographie führen seit nunmehr 24 Jahren in enger Kooperation mit chinesischen Kollegen Forschungsarbeiten in der VR China durch. Seit 1999 werden diese durch interdisziplinäre Forschungsprojekte am ZEU ergänzt. Zu den zentralen Forschungsthemen gehörten in der Vergangenheit unter anderem Hochwasserursachen und Risikomanagement sowie die regionalwirtschaftliche Entwicklung und außenwirtschaftliche Verflechtung der VR China. Die aktuellen Forschungsprojekte beschäftigen sich mit Hochwasser und Dürren als klimabedingte Naturgefahren, Klimatrendanalysen und dem technologischen Wandel in der VR China.

An dieser Stelle möchte ich nicht versäumen, mich ganz herzlich bei all denjenigen Personen zu bedanken, die maßgeblich zum Gelingen der vorliegenden Arbeit beigetragen haben.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Lorenz King für die intensive Betreuung und das nicht abebbende Interesse am Fortgang der Arbeit. Zudem bin ich ihm für

den zeitlichen wie auch wissenschaftlichen Freiraum, den er mir bei der Erstellung dieser Arbeit gewährt hat, und das in mich gesetzte Vertrauen sehr dankbar und verbunden. Seinem Einsatz ist es auch zu verdanken, dass ich an fünf Forschungsreisen nach China sowie an einem internationalen Symposium in Nanchang teilnehmen konnte.

Dass Herr Prof. Dr. Ingo Liefner das Korreferat der Dissertation übernommen hat, freut und ehrt mich zugleich, da er über ein umfangreiches Expertenwissen in Bezug auf den wirtschaftlichen Transformationsprozess in der VR China verfügt.

Des Weiteren danke ich den Herren Professoren Dr. Cai Qinghua (Wuhan), Dr. Jiang Tong (Nanjing) und Dr. Wu Yijin (Wuhan) für die Organisation der Forschungsreisen, die unzähligen fruchtbaren Gespräche und Diskussionen, das Vermitteln von Kontakten sowie die Beschaffung von bedeutsamer chinesischer Literatur und Daten.

Im Laufe der Jahre haben sich über die kollegiale Zusammenarbeit hinaus auch enge freundschaftliche Beziehungen zu chinesischen Kollegen entwickelt, die bis heute anhalten. An dieser Stelle möchte ich mich insbesondere bei Herrn Prof. Dr. Ke Chongqing (Nanjing) und Herrn Prof. Dr. Wang Run (Xiamen) für ihre treue Freundschaft und immerwährende Hilfsbereitschaft bedanken. Beiden danke ich auch für die vielen offenen und aufschlussreichen Gespräche, die mein Verständnis über den inneren Zustand Chinas nachhaltig geschärft haben. Ihnen und vielen anderen chinesischen Kollegen ist es auch zu verdanken, dass ich so manches „Ganbei“ während meiner China-Aufenthalte unbeschadet überstanden habe.

Die zahlreichen Gesprächen, die ich in meiner Zeit als Mitarbeiter am Geographischen Institut der JLU Gießen und am ZEU mit Herrn Prof. Dr. Stefan Becker (Oshkosh), Herrn Dr. Marco Gemmer (Beijing), Frau Prof. Dr. Heike Hartmann (Slippery Rock), Herrn Dr. Thomas Herz, Herrn Dipl.-Geogr. Martin Metzler, Frau Dipl.-Geogr. Simone Philippi, Herrn Michael Schäfer und Herrn Dipl.-Geogr. Achim Siehl über die Jahre hinweg führen durfte, sind von unschätzbarem Wert und haben in vielerlei Hinsicht zum Gelingen der vorliegenden Arbeit beigetragen. Bei ihnen möchte ich mich hiermit herzlich für ihre Offenheit und Weitergabe von wertvollen Erfahrungen und Hinweisen bedanken. Ebenso danke ich Herrn Eric Thode, Projektleiter bei der Bertelsmann Stiftung, der mir schnell und unkompliziert detaillierte Fragen zur Methodik des Bertelsmann Bundesländerranking erläutert hat.

Meinen Eltern und meinen drei Geschwistern danke ich für ihr stetes Interesse am Fortgang der Arbeit sowie ihre ermunternden Worte und ihr Vertrauen. Besonderen Dank möchte an dieser Stelle meiner Mutter und meinem Vater aussprechen, die mich mit sprachlichen und redaktionellen Hinweisen unterstützt haben.

Zu guter Letzt danke ich meiner Lebensgefährtin Lena Ziegler von ganzem Herzen, dass sie das nicht enden wollende Chaos in unserem Arbeitszimmer („Zettelwirtschaft“) mit Ruhe und Gelassenheit ertragen und mir auch in schwierigen Zeiten stets zur Seite gestanden hat. Sie war es letztlich, die mir den notwendigen Rückhalt gegeben hat, um die vorliegende Arbeit zu verfassen.

Vorwort

Die Arbeit möchte ich meinen erst kürzlich verstorbenen Großeltern Lore und Oskar Keil sowie meiner Großmutter Inge Sipf widmen, die mein Leben in vielerlei Hinsicht bereichert und geprägt haben.

Fulda, im Sommer 2011

Jens-Philipp Keil

Inhaltsverzeichnis:

Abbildungsverzeichnis	V
Tabellenverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XI
1 Einleitung	1
1.1 Fragestellung und Zielsetzung	1
1.2 Inhaltlicher Aufbau der Arbeit	7
2 Chinas (Wieder-)Aufstieg zum „Global Player“: Genese, Status Quo, Potentiale und Herausforderungen im 21. Jahrhundert	9
2.1 Wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung Chinas vom ersten Kaiserreich bis heute	9
2.1.1 Historische Ausgangslage Chinas vor 1949	10
2.1.1.1 Vom ersten Kaiser bis zur einsetzenden Kolonialisierung Chinas durch die Westmächte	10
2.1.1.2 Phase des Halbkolonialismus	14
2.1.1.3 Republik China (1912 bis 1949)	17
2.1.2 Von der Gründung der VR China im Jahr 1949 bis heute	18
2.1.2.1 Zeitalter des Maoismus (1949 bis 1978)	19
2.1.2.2 Von 1978 bis heute: Aufbau einer „sozialistischen Marktwirtschaft“	21
2.1.3 Die historische Entwicklung vom ersten Kaiserreich bis heute: Hintergründe und Erklärungsansätze für die aktuelle Situation Chinas	26
2.2 Die VR China am Beginn des 21. Jahrhunderts: Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bestandsaufnahme	32
2.2.1 Das Politische und administrative System der VR China	32
2.2.2 Entwicklungsstand der chinesischen Volkswirtschaft	36
2.2.3 Sozioökonomischer Entwicklungsstand der chinesischen Gesellschaft	42
2.3 Mittelfristige Entwicklungsperspektiven Chinas: Potentiale und Herausforderungen	45
2.3.1 Innen- und außenpolitische Entwicklungsperspektiven	45
2.3.2 Gesellschaftlicher und sozialer Wandlungsprozess	50
2.3.3 Entwicklungsaussichten der chinesischen Wirtschaft	55
2.4 Zusammenfassung	59
3 Räumliche Disparitäten in der VR China	63
3.1 Begriff, Erklärung und Messung räumlicher Disparität	65
3.1.1 Was versteht man unter räumlichen Disparitäten?	65
3.1.2 Theoretische Ansätze zur Erklärung räumlicher Disparitäten und der Ungleichverteilung von Einkommen	65
3.1.2.1 Neoklassische Theorien	66
3.1.2.2 Polarisierungstheorien	66
3.1.2.3 Endogene Wachstumstheorie	68
3.1.2.4 Polarization-Reversal-Hypothese	69
3.1.2.5 Regionale Einkommensverteilung: Williamson-Hypothese	70
3.1.2.6 Personelle Einkommensverteilung: Kuznets „inverted U-hypothesis“	70

3.1.2.7	Exkurs: Regionale Unterschiede beim Investitionsklima und der standortspezifischen Bedingungen als Ursache einer räumlich differenzierten Wirtschaftsentwicklung	71
3.1.3	Methoden zur Messung und Analyse räumlicher Disparitäten	75
3.1.3.1	Methoden der regionalen Strukturanalyse	75
3.1.3.2	Methoden der regionalen Wachstumsanalyse	76
3.1.3.3	Mehr-Indikator-Methoden	76
3.2	Niveau, Entwicklungsverlauf und Interdependenz räumlicher Disparitäten in der VR China	77
3.2.1	Stand der Forschung zu räumlichen Disparitäten innerhalb Chinas	78
3.2.2	Schemata der großräumigen Gliederung des chinesischen Wirtschaftsraumes	80
3.2.3	Empirische Analyse der Disparitäten auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen	86
3.2.3.1	Datengrundlage und methodisches Vorgehen	86
3.2.3.2	Entwicklungsunterschiede und Armutsbekämpfung auf Kreisebene	89
3.2.3.3	Disparitäten auf Provinzebene	92
3.2.3.4	Disparitäten zwischen und innerhalb der drei Makroregionen Ost-Mitte-West	98
3.2.3.5	Das Stadt-Land-Gefälle und die regionalen Einkommensunterschiede innerhalb der ländlichen und städtischen Bevölkerung	110
3.2.3.6	Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten und den Han-Gebieten	120
3.2.3.7	Exkurs: Süd-Nord-Gefälle im Küstenbereich bzw. Osten Chinas	123
3.3	Ursachen und Hintergründe der regionalen Disparitäten in der VR China	129
3.3.1	Naturräumliche Ausstattung der Regionen	130
3.3.2	Einfluss der Wirtschafts- und Regionalpolitik seit Gründung der VR China	133
3.3.3	Einfluss der regionalen Wirtschaftsstrukturen	138
3.3.4	Quantitative und qualitative Ausstattung der Regionen mit Produktions- und Standortfaktoren	142
3.3.5	Andere Einfluss- und Ursachenfaktoren	143
3.4	Aktuelle Maßnahmen und Entwicklungsstrategien der Zentralregierung zur Minderung der interregionalen Disparitäten und des Stadt-Land-Gefälles	146
3.4.1	Entwicklungsprogramme/–strategien zur Minderung der interregionalen Disparitäten	147
3.4.1.1	Western Development Strategy/East-West Poverty Alleviation Cooperation	147
3.4.1.2	Strategy of Rejuvenating Northeast China	148
3.4.1.3	Rise of Central China Strategy	149
3.4.2	Maßnahmen und Programme zur Minderung des Stadt-Land-Gefälles	150
3.4.2.1	Entwicklung des ländlichen Raumes: Building a New Socialist Countryside	150
3.4.2.2	Development-Oriented Poverty Reduction Program for Rural China	151
3.4.2.3	Andere politische Maßnahmen	151
3.5	Zusammenfassung	154

4	Chinas „Go West“-Policy: Genese, Ziele, Maßnahmen und Effekte	159
4.1	Erschließung und Entwicklung der Westregion vom ersten Kaiserreich bis heute	162
4.1.1	Vom ersten Kaiserreich bis zur Gründung der VR China	162
4.1.2	Von der Gründung der VR China bis heute	166
4.2	Genese der „Go West“-Policy	169
4.3	Räumliche Abgrenzung der Westchina-Förderregion	173
4.4	Institutioneller und organisatorischer Rahmen der Western Development Strategy	176
4.5	Ziele und Schwerpunktthemen der „Go West“-Policy	178
4.6	Maßnahmen und Instrumente zur Entwicklung Westchinas im Rahmen der Western Development Strategy	182
4.6.1	Übergeordneter Maßnahmenkatalog	182
4.6.1.1	Ausbau der Infrastruktur	182
4.6.1.2	Umweltschutz/Verbesserung der Umweltbedingungen	183
4.6.1.3	Optimierung/strategische Regulierung der Wirtschaftsstruktur	185
4.6.1.4	Förderung von Wissenschaft, Technologie und Bildung	188
4.6.1.5	Intensivierung/Beschleunigung der Reform- und Öffnungspolitik	190
4.6.2	Spezifische politische Maßnahmen und Instrumente zur Entwicklung Westchinas	192
4.6.3	Förderung regionaler Wachstumspole und Ausbau von Entwicklungsachsen	195
4.6.4	Förderung des Außenhandels und grenzüberschreitender Wirtschaftskooperationen	198
4.6.5	Staatlich geförderte Groß-/Schlüsselprojekte	207
4.7	Wirkungsanalyse und Bewertung der „Go West“-Policy	211
5	Attraktivität Westchinas als Investitionsstandort für ausländische Unternehmen	221
5.1	Ausländische Direktinvestitionen in der VR China	222
5.1.1	Ausländische Direktinvestitionen: Definition, Motive und ihre volkswirtschaftliche Relevanz	222
5.1.1.1	Definition	222
5.1.1.2	Motive	222
5.1.1.3	Volkswirtschaftliche Bedeutung für das Empfängerland	223
5.1.2	Attraktivität Chinas als Investitionsstandort: Anreize und Hemmnisse	225
5.1.3	ADI-Zuflüsse nach China	227
5.1.4	Herkunftsregionen/-länder	229
5.1.5	Sektorale Verteilung/Branchenstruktur	231
5.1.6	Struktur der chinesischen ADI-Zuflüsse nach Investitions- und Rechtsform	232
5.1.7	Regionale Verteilung der chinesischen ADI-Zuflüsse	233
5.1.8	Exkurs: Deutsche Direktinvestitionen in der VR China	235
5.2	Markteintritt in (West-)China: Mögliche Investitions- und Kooperationsformen	241
5.2.1	Institutionelle Investitions- und Kooperationsformen	242
5.2.1.1	Repräsentanz/Vertrieb über lokalen Partner	242
5.2.1.2	Joint Venture	242
5.2.1.3	100%ige Tochtergesellschaft	244

5.2.1.4	Holding-Gesellschaften	244
5.2.1.5	Ausländische Kapitalgesellschaften	245
5.2.2	Funktionale Investitions- und Kooperationsformen	245
5.2.2.1	Verarbeitung angelieferter Materials, Bestellung nach Muster, Montagegeschäft und Kompensationshandel	246
5.2.2.2	Lizenzvergabe	246
5.2.2.3	Franchising	246
5.2.2.4	Auslandsleasing	246
5.2.2.5	Build-Operate-Transfer-Projekte	247
5.3	Investive Rahmenbedingungen für ausländische Unternehmen in (West-)China	247
5.3.1	Rechtliche Rahmenbedingungen: Investitionsrichtlinien und Lenkungskatalog	247
5.3.2	„Preferential Policies“: Vorzugsbehandlung ausländischer Investoren in Westchina	251
5.3.3	Staatlich geförderte Investitionszonen in Westchina	252
5.3.3.1	Wirtschafts- und Technologie-Entwicklungszonen	254
5.3.3.2	High-Tech-Entwicklungszonen	255
5.3.3.3	Wirtschaftliche Grenzkooperationszonen	256
5.3.3.4	Exportbearbeitungszonen	256
5.3.3.5	Exkurs: Änderung der Steuervergünstigungen für ausländische Unternehmen in den Investitionszonen im Zuge der Unternehmenssteuerreform	257
5.3.4	Anreize und Hemmnisse für ein Engagement in Westchina	258
5.4	Standort-Ranking der westchinesischen Provinzen: Niveau und Dynamik	260
5.4.1	Methodik und Datengrundlage	260
5.4.2	Ergebnisse des Standort-Ranking	263
5.4.2.1	Gesamtergebnis Location Index	263
5.4.2.2	Teilergebnisse Economic Development Index, Infrastructure Availability Index und Innovation Capability Index	265
5.4.3	Empirische Befunde anderer Studien	267
6	Zusammenfassung und Ausblick auf die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven Westchinas	270
6.1	Zusammenfassung	271
6.2	Ausblick auf die Entwicklungsperspektiven Westchinas in den kommenden Dekaden	276
7	Literatur- und Quellenverzeichnis	279
Anhang:	Catalogue of Advantaged Industries for Foreign Investment in the Central-Western Region	309

Verzeichnis der Abbildungen:

Abb. 1.1:	Wichtige Kenngrößen der drei Makroregionen Ost-Mitte-West und ihre Anteile an Gesamtchina im Jahr 2008	4
Abb. 2.1:	Halbkolonialisierung und Öffnung Chinas durch die Westmächte	16
Abb. 2.2:	Räumliche Lage der „Dritten Front“-Region	30
Abb. 2.3:	Wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Bestandsaufnahme Chinas am Eingang des 21. Jahrhunderts: Stärken/Potentiale und Schwächen/Defizite	60
Abb. 3.1:	Bedeutung ausgewählter Standortfaktoren bei Direktinvestitionen aus Investorensicht	74
Abb. 3.2:	Geographische Ausmaße Westchinas unter Berücksichtigung der drei großräumigen Treppen Chinas	83
Abb. 3.3:	Entwicklungssachsen und strategische Wirtschaftszonen der ersten, zweiten und dritten Ebene in der VR China	84
Abb. 3.4:	Anteilmäßige Verteilung der Bevölkerung westlich bzw. östlich der Heihe-Tengchong-Linie (Stand 2000)	85
Abb. 3.5:	Räumliche Lage der 592 Schlüsselkreise zur Armutsbekämpfung	90
Abb. 3.6:	Stand der menschlichen Entwicklung in den chinesischen Provinzen im Jahr 2006	92
Abb. 3.7:	Tatsächliche und projektierte Entwicklung des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in den chinesischen Provinzen und den drei Makroregionen Ost-Mitte-West 1978 bis 2006	95
Abb. 3.8:	Ausmaß und Verlauf der interprovinziellen Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP 1952 bis 2008	96
Abb. 3.9:	Wirtschaftliche Bedeutung der 15 geöffneten Küstenstädte (inkl. Weihai) und der vier SWZ innerhalb der chinesischen Volkswirtschaft im Jahr 2007	99
Abb. 3.10:	Entwicklung des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in Ost-, Zentral- und Westchina 1978 bis 2008	99
Abb. 3.11:	Ausmaß und Verlauf der interregionalen Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP zwischen den drei Makroregionen Ost-Mitte-West 1952 bis 2008	100
Abb. 3.12:	Ausmaß und Verlauf der intraregionalen Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West 1952 bis 2008	102
Abb. 3.13:	Dekomposition Theil-T-Index (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP) in Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) 1978 bis 2008	104
Abb. 3.14:	Beiträge der Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP) 1978 bis 2008	104
Abb. 3.15:	Förderregionen im Rahmen der Western Development Strategy, der Strategy of Rejuvenating Northeast China und der Rise of Central China Strategy	147
Abb. 3.16:	Ursachen und Einflussfaktoren der drei interdependenten Dimensionen räumlicher Gegensätze in der VR China	156
Abb. 4.1:	Territoriale Ausdehnung der Qin-Dynastie	162
Abb. 4.2:	Territoriale Ausdehnung der Han-Dynastie	162
Abb. 4.3:	Territoriale Ausdehnung der Sui-Dynastie	162
Abb. 4.4:	Territoriale Ausdehnung der Tang-Dynastie	162
Abb. 4.5:	Territoriale Ausdehnung der Yuan-Dynastie	163
Abb. 4.6:	Territoriale Ausdehnung der Qing-Dynastie	163
Abb. 4.7:	Struktur und organisatorischer Aufbau der LGWRD (Stand: Januar 2007)	176
Abb. 4.8:	Ausgewiesene Wachstumspole und Entwicklungssachsen in Westchina	196

Abb. 4.9:	Im 11. FJP zur Entwicklung Westchinas ausgewiesene strategische Wirtschaftszonen	197
Abb. 4.10:	Einbindung westchinesischer Randprovinzen in überregionale Wirtschaftskooperationen	200
Abb. 5.1:	Jährlicher und kumulierter ADI-Zufluss nach China 1979 bis 2007	227
Abb. 5.2:	Herkunftsregionen ausländischer Direktinvestitionen in China im Jahr 2007	229
Abb. 5.3:	Regionale Verteilung (Ost-Mitte-West) der chinesischen ADI-Zuflüsse 1979 bis 2008	233
Abb. 5.4:	Umfang deutscher Direktinvestitionen in der VR China 1979 bis 2007	236
Abb. 5.5:	Deutsche Direktinvestitionen in der VR China nach Wirtschaftszweigen der Investoren (Bestand 2006)	237
Abb. 5.6:	Deutsche Direktinvestitionen in der VR China nach Wirtschaftszweigen der ausländischen Investitionsprojekte (Bestand 2006)	238
Abb. 5.7:	Formen des Engagements ausländischer Unternehmen in der VR China: Risiko und Marktdurchdringung	241
Abb. 5.8:	Standorte der staatlich genehmigten Investitionszonen in Westchina	253
Abb. 5.9:	Der chinesische Automat: „Jetzt habe ich soviel Geld in das verfluchte Ding hineingeschmissen, und es kommt nichts heraus!“	259
Abb. 5.10:	Detaillierter Aufbau des Location Index	262
Abb. 5.11:	Standort-Ranking der westchinesischen Provinzen im Jahr 2007	264

Verzeichnis der Tabellen:

Tab. 2.1:	Wichtige Eckdaten der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Chinas von 1978 bis heute	24
Tab. 2.2:	Der Anteil Chinas und anderer Länder an der Weltgüterproduktion von 1750 bis 1913 (ausgewählte Jahre; Anteil in %)	27
Tab. 2.3:	Chinas Stellenwert in der Weltwirtschaft gemessen am BIP nach Kaufkraftparität (in Mio. 1990 international dollars) von 1700 bis 2006 (ausgewählte Jahre)	27
Tab. 2.4:	Chinas Provinzen: Fläche, Einwohnerzahl und Bevölkerungsdichte im Jahr 2008	35
Tab. 2.5:	Entscheidungsbefugnisse der Verwaltungseinheiten auf Provinzebene in der politischen Praxis	36
Tab. 2.6:	Die sechs größten Volkswirtschaften der Welt gemessen am BIP nach aktuellen Wechselkursen im Jahr 2008	37
Tab. 2.7:	Die sechs größten Volkswirtschaften der Welt gemessen am BIP nach Kaufkraftparität im Jahr 2008	37
Tab. 2.8:	Anteile der Wirtschaftssektoren am BIP in China von 2004 bis 2008 (in %)	38
Tab. 2.9:	Beitrag der Verwendungskomponenten zum BIP in China 2006 und 2007	39
Tab. 2.10:	Die weltweit bedeutendsten Empfängerländer ausländischer Direktinvestitionen 2006 und 2007	39
Tab. 2.11:	Die fünf wichtigsten ADI-Herkunftsländer in China im Jahr 2007	40
Tab. 2.12:	Die fünf größten Handelsnationen der Welt im Jahr 2008	41
Tab. 2.13:	Die wichtigsten Handelspartner Chinas im Jahr 2008	41
Tab. 3.1:	Regionale Aufteilung Chinas nach traditionellem Muster	80
Tab. 3.2:	Regionalisierungsschemata des chinesischen Wirtschaftsraumes vom 1. bis zum 11. FJP	81
Tab. 3.3:	Die vier ökonomischen Gürtel Chinas	83
Tab. 3.4:	Regionszugehörigkeit (Ost-Mitte-West) der 592 Schlüsselkreise zur Armutsbekämpfung	90
Tab. 3.5:	Provinzzugehörigkeit der 592 Schlüsselkreise zur Armutsbekämpfung	91
Tab. 3.6:	HDI auf Provinzebene 1995, 2003 und 2006	93
Tab. 3.7:	Nominales Pro-Kopf-BIP in den chinesischen Provinzen im Jahr 2008	94
Tab. 3.8:	Entwicklungsstand der drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2008	98
Tab. 3.9:	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in den westchinesischen Provinzen 1978 bis 2008 (verschiedene Zeiträume)	103
Tab. 3.10:	Beiträge der Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP) 1978 und 2008	105
Tab. 3.11:	Beiträge der Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-Jahreseinkommen) im Jahr 2005	107
Tab. 3.12:	Zeitbedarf des Konvergenzprozesses beim Pro-Kopf-BIP zwischen West-/Zentralchina und Ostchina	108
Tab. 3.13:	Zeitbedarf des Konvergenzprozesses beim Pro-Kopf-BIP zwischen den westchinesischen Provinzen und Ostchina	108
Tab. 3.14:	Reale und nominale PKE der städtischen und ländlichen Bevölkerung von 1978 bis 2007	111
Tab. 3.15:	HDI der städtischen und ländlichen Bevölkerung auf Provinzebene im Jahr 2003	113

Tab. 3.16:	PKE der städtischen und ländlichen Bevölkerung auf Provinzebene im Jahr 2007	114
Tab. 3.17:	Beiträge der Inter-Gruppen-Ungleichheit (Einkommensunterscheide zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung) und der Intra-Gruppen-Ungleichheit (intrarurale- bzw. intraurbane Einkommensunterschiede) zur Gesamtungleichheit im Jahr 2005	115
Tab. 3.18:	Regionale Einkommensunterschiede (Ost-Mitte-West) innerhalb der ländlichen Bevölkerung	116
Tab. 3.19:	Beiträge der Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim PKE der ländlichen Bevölkerung) im Jahr 2005	116
Tab. 3.20:	Regionale Einkommensunterschiede (Ost-Mitte-West) innerhalb der städtischen Bevölkerung	117
Tab. 3.21:	Beiträge der Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim PKE der städtischen Bevölkerung) im Jahr 2005	118
Tab. 3.22:	Beitrag der Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit unter Berücksichtigung des Stadt-Land-Gefälles im Jahr 2005	119
Tab. 3.23:	Anteil der Minderheiten an der Gesamtbevölkerung in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2000 und in den westchinesischen Provinzen im Jahr 2005	121
Tab. 3.24:	PKE ausgewählter Minderheiten- und Han-Haushalte im Jahr 2002	122
Tab. 3.25:	Urbanisierungsgrad chinesischer Minderheiten im Jahr 2000	123
Tab. 3.26:	Wirtschaftliche Bedeutung der vier provinzübergreifenden Wirtschaftsregionen an der chinesischen Küste bzw. im Osten des Landes innerhalb der chinesischen Volkswirtschaft	126
Tab. 3.27:	Reales Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in der nordost- und der süd-/südostchinesischen Wirtschaftsregion 1978 und 2007 (in Yuan)	127
Tab. 3.28:	Industriestruktur innerhalb der nordost- und der süd-/südostchinesischen Wirtschaftsregion und ihre Beiträge zum gesamtchinesischen BPW der Industrie 1978 und 2007	127
Tab. 3.29:	Landwirtschaftliches Nutzungspotential in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2005	132
Tab. 3.30:	PKE von Bewohnern in verschiedenen topographischen Regionen im Jahr 1992	132
Tab. 3.31:	Anteil der drei Makroregionen Ost-Mitte-West an den staatlichen Investitionen in den Investbau vom 1. bis zum 10. FJP (in %)	134
Tab. 3.32:	Beitrag der drei Makroregionen Ost-Mitte-West zum industriellen Output Chinas vom 1. bis zum 10. FJP	135
Tab. 3.33:	Sektorale Wirtschaftsstruktur und Arbeitsproduktivität der Wirtschaftssektoren in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2007	139
Tab. 3.34:	Wirtschaftlicher Liberalisierungsgrad der drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2006	140
Tab. 3.35:	Wirtschaftliche Bedeutung der TVEs in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West	141
Tab. 3.36:	Einbindung der drei Makroregionen Ost-Mitte-West in die internationale Arbeitsteilung im Jahr 2006	142
Tab. 3.37:	Ausgewählte Standortfaktoren in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2005	143
Tab. 3.38:	Partnerprovinzen im Rahmen der East-West Poverty Alleviation Cooperation	148
Tab. 4.1:	Ziele und Motive der WDS in verschiedenen Politikbereichen	180
Tab. 4.2:	Von Desertifikation, Dürre und Hochwasser betroffene (Anbau-)flächen und wirtschaftliche Verluste durch Extremereignisse und Umweltverschmutzung in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2005 bzw. 2007	184

Tab. 4.3:	Ausgewählte Rohstoffvorkommen in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2007	186
Tab. 4.4:	Wirtschaftliche Bedeutung des Tourismussektors in den drei Markoregionen Ost-Mitte-West	187
Tab. 4.5:	Bildungs- und Forschungsniveau in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2005	188
Tab. 4.6:	Integration der drei Makroregionen Ost-Mitte-West in den Welthandel im Jahr 2007	198
Tab. 4.7:	Außenhandel Chinas mit Regionen und Kontinenten im Jahr 2007	199
Tab. 4.8:	Außenhandel Chinas mit seinen unmittelbaren Nachbarstaaten in 2000 und 2007	199
Tab. 4.9:	Chinas Festlandsgrenzen zu seinen Nachbarländern	200
Tab. 4.10:	Außenhandel Chinas mit den CAREC-Staaten und Russland in 2000 und 2007	202
Tab. 4.11:	Außenhandel Chinas mit den GMS-Staaten und der ASEAN-Ländergruppe in 1994 und 2007	204
Tab. 4.12:	Staatlich geförderte Groß-/Schlüsselprojekte im Rahmen der WDS 2000 bis 2002	207
Tab. 4.13:	Staatlich geförderte Groß-/Schlüsselprojekte im Rahmen der WDS 2003 bis 2008	208
Tab. 4.14:	Anzahl und Investitionsvolumen der im Rahmen der WDS initiierten Großprojekte 2000 bis 2008	209
Tab. 4.15:	Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten verschiedener Wirtschaftsindikatoren in den drei Markoregion Ost-Mitte-West in verschiedenen Zeiträumen (in %)	212
Tab. 5.1:	Mögliche positive und negative Effekte von ADI für das Gastland	224
Tab. 5.2:	Attraktivität Chinas als Investitionsstandort	225
Tab. 5.3:	Anreize und Hemmnisse für ein China-Engagement	226
Tab. 5.4:	Die zehn wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Direktinvestitionen in China (kumuliert 1979-2007 und 2007)	230
Tab. 5.5:	Sektorale Struktur der chinesischen ADI-Zuflüsse (vertraglich vereinbart 1979-2007 (kumuliert); realisiert 2000 und 2007)	231
Tab. 5.6:	Struktur der ausländischen Direktinvestitionen nach Rechtsform (kumuliert 1979-2007 und 2007)	232
Tab. 5.7:	Realisierte ausländische Direktinvestitionen nach Provinzen (kumuliert 1979-2005 und 2005)	234
Tab. 5.8:	Jährliche Zu- bzw. Abnahme ausländischer Direktinvestitionen in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West 2001 bis 2008 (in %)	235
Tab. 5.9:	Rechts- bzw. Kooperationsformen deutscher Direktinvestitionen in der VR China lt. GCD (Stand 30.06.2007)	239
Tab. 5.10:	Regionale Verteilung deutscher Investitionsprojekte (Stand: 30.06.2007)	239
Tab. 5.11:	Kooperationsformen und Repräsentanzen deutscher Unternehmen in den westchinesischen Provinzen	240
Tab. 5.12:	Anzahl der geförderten, beschränkten und verbotenen Industriezweige in den Lenkungskatalogen 1997, 2002 und 2007	248
Tab. 5.13:	Anzahl der in West-, Zentral- und Nordostchina geförderten Investitionsvorhaben gemäß des CatCWR von 2000, 2004 und 2009	250
Tab. 5.14:	Regionale Verteilung (Ost-Mitte-West) der auf Staatsebene genehmigten Investitionszonen unterschiedlicher Art	253
Tab. 5.15:	Rating der westchinesischen ETDZs, HIDZs und EPZs (Stand: 2008)	254
Tab. 5.16:	Standorte der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungszonen in Westchina	255

Tab. 5.17:	Standorte der High-Tech-Entwicklungszonen in Westchina_____	255
Tab. 5.18:	Standorte der wirtschaftlichen Grenzkoooperationszonen in Westchina_____	256
Tab. 5.19:	Standorte der Exportbearbeitungszonen in Westchina_____	257
Tab. 5.20:	Motive/Anreize und Hemmnisse/Hürden für ein Engagement in Westchina__	258
Tab. 5.21:	Übersicht der Indikatoren/Maßzahlen des EcDevIn, InAvIn und InCapIn und deren Berichtsjahre_____	261
Tab. 5.22:	Standort-Ranking (LocIn) der westchinesischen Provinzen_____	264
Tab. 5.23:	Ranking Teilindex Economic Development_____	265
Tab. 5.24:	Ranking Teilindex Infrastructure Availability_____	266
Tab. 5.25:	Ranking Teilindex Innovation Capability_____	267
Tab. 5.26:	„Doing Business“ in den Provinzhauptstädten Westchinas (Rang)_____	268
Tab. 5.27:	BMW-Benchmarking der westchinesischen Provinzen_____	268

Verwendete Abkürzungen:

Abkürzung	Bedeutung
ADB	Asian Development Bank
ADI	Ausländische Direktinvestitionen
ADS-System	Approved Destination Status System
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BECZ	National Border and Economic Cooperation Zone
BfAI	Bundesagentur für Außenwirtschaft
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BOT	Build Operate Transfer
BPW	Bruttoproduktionswert
BSP	Bruttosozialprodukt
CAITEC	Chinese Academy of International Trade and Economic Cooperation
CAREC	Central Asia Regional Economic Cooperation
CASS	Chinese Academy of Social Sciences
CatCWR	Catalogue of Priority Industries for Foreign Investment in the Central-Western Region
CERNET	China Education and Research Network
CIA	Central Intelligence Agency
CJV	Contractual Joint Venture
CNTA	China National Tourism Administration
COI	China Overheating Indicator
CRI	China Radio International
DCSNBS	Department of Comprehensive Statistics of National Bureau of Statistics
DPP	Demokratisch-progressive-Partei (Taiwans)
EcDevIn	Economic Development Index
EJV	Equity Joint Venture
EPZ	National Export Processing Zone
ETDZ	National Economic and Technological Development Zone
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EZB	Europäische Zentralbank
FDI	Foreign Direct Investment
FICLS	Foreign Invested Company Limited by Shares
FJP	Fünfjahresplan
FTZ	Free Trade Zone
FuE	Forschung und Entwicklung
GCD	German Company Directory
GDI	Gender Development Index
GEM	General Entropy Measure
GIC	German Industry and Commerce Co. Ltd
GTal	Germany Trade and Investment
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HDI	Human Development Index
HIDZ	National High-Tech Industrial Development Zone
HKTDC	Hong Kong Trade Development Council
HVS	Haushaltsverantwortlichkeitssystem
IMF	International Monetary Fund
InAvIn	Infrastructure Availability Index
InCapIn	Innovation Capability Index
JLU	Justus-Liebig-Universität
JV	Joint Venture
KKP	Kaufkraftparität
KMT	Kuomintang
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LGWRD	Leading Group for Western Region Development of the State Council
MDG	Millennium Development Goal
MFA	Ministry of Foreign Affairs of the PRC

MOF	Ministry of Finance of the PRC
MOFCOM	Ministry of Commerce of the PRC
MOST	Ministry of Science and Technology
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NBSC	National Bureau of Statistics of China
NDRC	National Development and Reform Commission
NGOs	Non-Governmental Organizations
NVK	Nationaler Volkskongress
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OECF	Overseas Economic Cooperation Fund
OLGWRD	Office of the Leading Group for Western Region Development
PKE	Pro-Kopf-Einkommen
PPP	Purchasing Power Parity
PRC	People's Republic of China
PRS Group	Political Risk Service Group
PwC	PricewaterhouseCoopers
SAT	State Administration of Taxation of the PRC
SCLGPRD	State Council Leading Group for Poverty Reduction and Development
SCO	Shanghai Cooperation Organisation
SCORES	State Council Office for Restructuring the Economic System
SDPC	State Development Planning Commission
SEPA	State Environmental Protection Administration
SETC	State Economic and Trade Commission
SEZ	Special Economic Zone
SOZ	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit
SRNC	Strategy of Rejuvenating Northeast China
SWZ	Sonderwirtschaftszone
TREDA	Tumen River Development Area
TVEs	Township and Village Enterprises
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCAP	United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
USA	United States of America
VBA	Volksbefreiungsarmee
WDS	Western Development Strategy
WEF	World Economic Forum
WFOE	Wholly Foreign Owned Enterprise
WHO	World Health Organization
WIDER	World Institute for Development Economics Research
WTO	World Trade Organization
YPIS	Yangtze Project Information System
ZEU	Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung

1 EINLEITUNG

1.1 FRAGESTELLUNG UND ZIELSETZUNG

„Water holds up the boat; water may also sink the boat.“

- Kaiser Taizong (600-649, Tang-Dynastie)

Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik, die Ende der 1970er Jahre von Deng Xiaoping eingeleitet wurde, erlebt China einen regelrechten Wirtschaftsboom. Den vorläufigen Höhepunkt der Reformbemühungen markiert der im Dezember 2001 erfolgte Beitritt des Landes zur World Trade Organization (WTO). Im Zuge des Transformationsprozesses von der Plan- zur Marktwirtschaft wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP in Preisen von 1990) Chinas offiziellen Statistiken zufolge von 1978 bis 2008 im jährlichen Durchschnitt um 9,9% (eigene Berechnung nach NBSC 2009). Die Volksrepublik ist mittlerweile nach den USA und Japan nicht nur zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen, sondern hat sich nach den USA und Deutschland auch zur drittgrößten Handelsnation entwickelt. China gehört darüber hinaus seit mehr als einer Dekade weltweit auch zu den bedeutendsten Empfängerländern ausländischer Direktinvestitionen (ADI) (vgl. IMF 2009; WTO 2009, S. 12; UNCTAD 2008, S. 255). Dass sich die wirtschaftlichen Reformen auch positiv auf den Lebensstandard der chinesischen Bevölkerung ausgewirkt haben, zeigt sich darin, dass zwischen 1981 und 2005 die Zahl der Menschen, die unter der von der Weltbank definierten internationalen Armutsgrenze von 1,25 KKP-USD pro Kopf und Tag (in Preisen von 2005) leben, um rund 627 Millionen gesunken ist (vgl. CHEN & RAVALLION 2008, S. 44). In Anbetracht der konstant hohen BIP-Wachstumsraten, die China auch im Verlauf der 2008 eingetretenen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise verzeichnet hat, rechnen die Wirtschaftsexperten von Goldman Sachs damit, dass China gemessen am BIP bereits im Jahr 2010 Japan übertreffen und schließlich im Jahr 2027 vor den USA die größte Volkswirtschaft der Welt sein wird (vgl. O'NEILL & STUPNYTSKA 2009, S. 23).

Der rasante wirtschaftliche (Wieder-)Aufstieg Chinas kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land in vielen Bereichen immer noch als Entwicklungsland einzustufen ist und der Wachstumsprozess mit erheblichen sozialen Verwerfungen sowie einer zunehmenden Belastung der Umwelt einhergeht. Mit einem Pro-Kopf-BIP von 3.315 USD (zu aktuellen Wechselkursen) belegte China im Jahr 2008 im internationalen Vergleich unter 180 Ländern lediglich Rang 101. Diesem Wert entspricht die Einstufung in die Ländergruppe der so genannten „emerging and developing economies“ durch den Internationalen Währungsfonds (vgl. IMF 2009). Obschon die Zentralregierung seit Reformbeginn enorme Fortschritte bei der Armutsbekämpfung erzielen konnte, gestaltet sich die Einkommensverteilung innerhalb der chinesischen Bevölkerung zunehmend ungleicher, da nach wie vor einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung die Partizipation am wachsenden Wohlstand verwehrt bleibt. Wie die deutliche Zunahme des Gini-Koeffizienten¹ von 0,3 im Jahr 1982 auf 0,469 im Jahr 2004 be-

¹ Der am meisten verbreitete und international genutzte Indikator zur Darstellung und Messung von Ungleichverteilungen (z.B. Verteilung von Einkommen und Vermögen) ist der Gini-Index. Der Gini-Index kann zwischen 0 und 1 jeden Wert annehmen. Je näher er an 1 liegt, umso größer ist die Ungleichheit (1 = völlige Ungleichheit; 0 = völlige Gleichheit).

legt, hat sich Chinas Gesellschaft innerhalb von zwei Jahrzehnten von einer relativ egalitären zu einer der weltweit ungleichsten entwickelt (vgl. CDRF & UNDP 2005, S. 2; UNDP 2007, S. 282). Aufgrund der zunehmenden Dichotomisierung der Gesellschaft hat insbesondere die Unzufriedenheit innerhalb der ländlichen Bevölkerung deutlich zugenommen. Seit geraumer Zeit lässt sich beobachten, dass es immer öfter zu Demonstrationen, lokalen Unruhen und Streiks kommt. Offiziellen Angaben des chinesischen Ministeriums für Öffentliche Sicherheit zufolge hat sich die Zahl der Fälle, bei denen die „öffentliche Ordnung“ gestört wurde (sog. public order disturbances), im Zeitraum 1993 bis 2005 deutlich von 8.700 auf 87.000 erhöht (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 20.01.2006).

Zu den „Verlierern“ der Dengschen Wirtschafts- und Regionalpolitik, die ihre Entwicklungspriorität auf die städtische Wirtschaft und die Küstenregion konzentriert und dabei auf Effizienz statt Gleichheit abgezielt hat, zählen in erster Linie die Landbevölkerung und das chinesische Hinterland. Insbesondere in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts haben sich unter dem Einfluss des 1992 beschlossenen Reformpakets (→ Aufbau einer „sozialistischen Marktwirtschaft“) die Einkommenskluft zwischen Stadt und Land und die wirtschaftsräumlichen Disparitäten zwischen den Küsten- und Binnenregionen deutlich erhöht.

Bereits Anfang der 1990er Jahre deutete sich an, dass die erhofften zentrifugalen Ausbreitungseffekte, die von den einseitig geförderten Küstengebieten ausgehen und die wirtschaftliche Entwicklung des Hinterlandes stimulieren sollten, weitestgehend ausblieben bzw. räumlich nur eine sehr begrenzte Wirkung entfalteten. Da auch die politischen Entscheidungsträger die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen ihrer „verzerrten“ Regionalpolitik und primär auf exportgetriebenes Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik zunehmend kritischer bewerteten, zeichnete sich bereits in dieser Phase ein sukzessiver Paradigmenwechsel in der Regionalpolitik ab. Im 9. Fünfjahresplan (FJP) (1996-2000) wurde daraufhin eine „koordinierte Entwicklung“ der Regionen als regionalpolitisches Ziel ausgegeben, um eine graduelle Minderung der interregionalen Disparitäten herbeizuführen (vgl. LI 1996). Da diese sich jedoch auch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, und hier in besonderem Maße zwischen Ost- und Westchina, unvermindert weiter verschärft hatten, wurde im 10. FJP (2001-2005) festgelegt, die politischen Maßnahmen zu ihrer Reduzierung zu intensivieren (vgl. ZHU 2001). Im aktuellen FJP (2006-2010) wurde schließlich erstmals seit Reformbeginn wieder der Terminus „ausgewogene Entwicklung“ verwendet und zum regionalpolitischen Leitsatz erhoben. Gleichwohl wurde in ihm jedoch festgeschrieben, dass der Ostregion als Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auch weiterhin eine übergeordnete Rolle beigemessen wird (vgl. NDRC 2006a, S. 4ff.). Dies deutet darauf hin, dass die Zentralregierung derzeit eine Balance zwischen ausgleichs- und wachstumsfördernden Zielen in der Regionalpolitik zu finden versucht. Wie in dem einleitend aufgeführten Sinnspruch des Tang-Kaisers Taizong bildhaft zum Ausdruck kommt, lässt sich die innere Stabilität Chinas, von der letztlich auch die machtpolitische Legitimität der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) abhängt, nämlich nur aufrechterhalten, wenn innerhalb der chinesischen Gesellschaft ein gewisses Maß an sozialer Stabilität und Ausgewogenheit vorherrscht.

Um ihr angestrebtes Ziel einer ausgewogenen Regionalentwicklung zu erreichen, hat die Zentralregierung in den vergangenen Jahren unter anderem drei regionale Entwicklungsprogramme/-strategien initiiert: die *Western Development Strategy* (seit 1999), die *Strategy of Rejuvenating Northeast China* (seit 2003) und die *Rise of Central China Strategy* (seit 2005). Aufgrund der regionsspezifischen Defizite und Entwicklungshemmnisse unterscheiden sich die zuvor genannten Strategien nicht nur im Hinblick auf die in ihrem Rahmen von staatlicher Seite ergriffenen Maßnahmen und angewendeten Instrumentarien, sondern auch vom Zielspektrum, das die Zentralregierung mit ihnen verfolgt.

Die Zentralregierung hat jedoch eindeutig ihr Hauptaugenmerk auf die Entwicklung/Erschließung der Westregion gelegt. Dies zeigt sich nicht nur darin, dass sie der *Western Development Strategy* im 10. FJP ein eigenes Kapitel gewidmet hat und sie mit einem vergleichsweise hohen Fördermittelvolumen ausgestattet hat, sondern auch in der umfangreichen und bis zum heutigen Tage anhaltenden Berichterstattung über das Entwicklungsprogramm in den staatlichen Medien und der Beachtung, die es im Ausland gefunden hat. Während die beiden anderen Entwicklungsstrategien primär darauf ausgerichtet sind, die regionalwirtschaftliche Umstrukturierung (Reform der Staatsbetriebe, Förderung neuer Industriezweige und der Privatwirtschaft etc.) in den Förderregionen voranzutreiben, so verfolgt die chinesische Zentralregierung mit «*xibu da kaifa*», der „Großen Erschließung des Westens“ (im weiteren Verlauf der Arbeit als „Go West“-Policy oder *Western Development Strategy* (WDS) bezeichnet) ein weitaus breiter gefächertes Spektrum von zum Teil interdependenten wirtschafts-, regional-, umwelt-, außen-, innen-, sicherheits-, partei-, gesellschafts- und sozialpolitischen Zielen.

Das breite Zielspektrum der WDS liegt darin begründet, dass sich viele der aktuellen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und politischen Problemfelder, denen sich die Zentralregierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausgesetzt sieht, explizit im Ost-West-Gefälle widerspiegeln. So nimmt beispielsweise von Osten nach Westen die Zahl maroder Staatsbetriebe, das Stadt-Land-Gefälle und die zentrifugalen Kräfte unter den ethnischen Minderheiten deutlich zu, während parallel dazu das Bildungsniveau der Bevölkerung, der wirtschaftliche Entwicklungsstand, die infrastrukturelle Erschließung und der Lebensstandard der Bevölkerung nahezu kontinuierlich abnimmt.

Bei einem Blick auf Abbildung 1.1 wird unmissverständlich deutlich, dass die West- im Vergleich zur Ostregion in vielen Bereichen rückständig ist und eine deutlich schlechtere Faktorausstattung aufweist. Exemplarisch sei an dieser Stelle aufgeführt, dass die Westregion, die 71,6% der chinesischen Staatsfläche einnimmt und mit 365 Mio. Menschen 27,9% der chinesischen Bevölkerung stellt, im Jahr 2008 nur 17,8% zum gesamtchinesischen BIP und lediglich 12,1% zum Output der chinesischen Industrie beigesteuert hat. Welch bedeutende Stellung demgegenüber die Ostregion innerhalb der chinesischen Volkswirtschaft hat, zeigt, dass sie im selben Jahr rund 84,8% der nach China geflossenen ADI absorbieren konnte, 89,8% der chinesischen Exporte von dort stammen und 58,3% der chinesischen Einzelhandelsumsätze in ihr erzielt wurden.

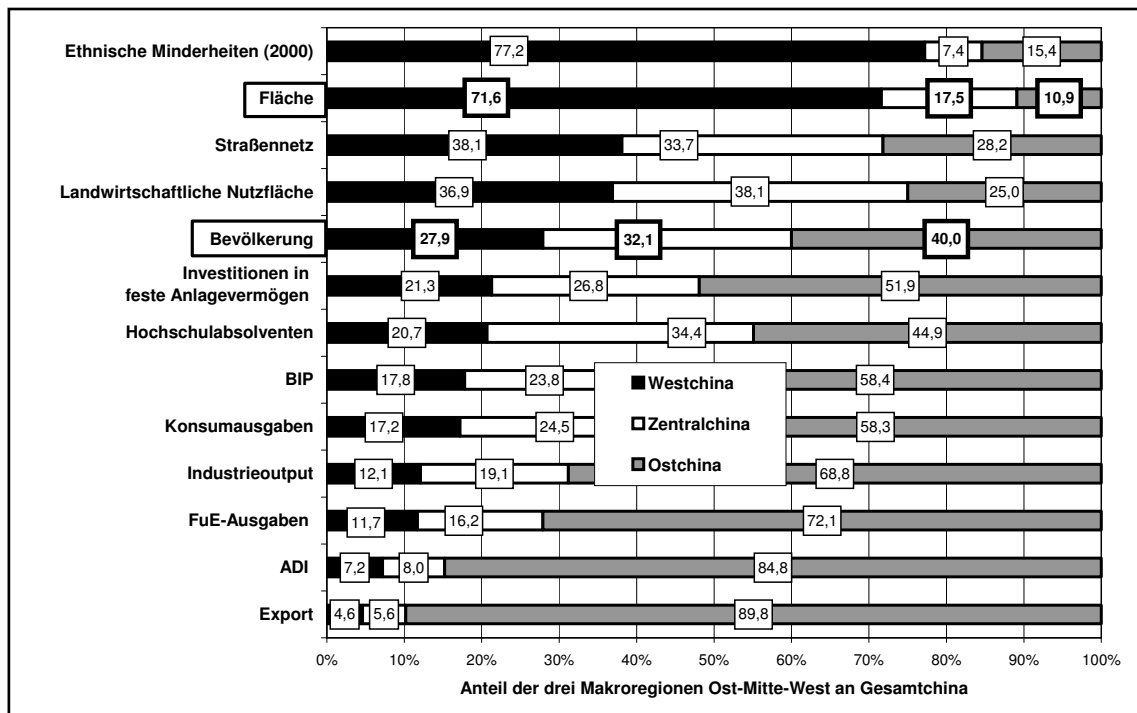


Abb. 1.1: Wichtige Kenngrößen der drei Makroregionen Ost-Mitte-West und ihre Anteile an Gesamtchina im Jahr 2008 (eigene Berechnung nach CHINA DATA CENTER o.J.; HKTDC 2009; MOFCOM o.J.; MOST 2009b; NBSC 2008 u. 2009)

An dieser Stelle muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Westregion, die sich nach Definition der State Development and Planning Commission (SDPC) aus den sechs Provinzen Qinghai, Sichuan, Guizhou, Yunnan, Gansu und Shaanxi, den fünf autonomen Gebieten Xinjiang, Tibet, Ningxia, Innere Mongolei, Guangxi und der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing zusammensetzt, keinen homogenen Wirtschafts- und Naturraum darstellt.² Im Hinblick auf ihre naturräumliche Ausstattung, Bevölkerungsdichte, Urbanisierungsquote, ethnische Zusammensetzung, Wirtschaftsstruktur, wirtschaftliche Leistungskraft und Ausstattung mit Produktions- und Standortfaktoren, lässt sich eine ausgeprägte Heterogenität unter ihnen ausmachen.

Die regionalen Entwicklungsunterschiede innerhalb Chinas stellen jedoch kein Phänomen des 20. Jahrhunderts dar, sondern sind aus historischer Perspektive seit jeher ein Charakteristikum des chinesischen Wirtschaftsraumes. Letztlich sind sie das Ergebnis eines für China spezifischen komplexen Zusammenspiels naturräumlicher, sozialer, demographischer, wirtschaftlicher, politischer, soziokultureller und historischer Faktoren. Die Ende 1999 unter Federführung des damaligen Ministerpräsidenten Jiang Zemin initiierte „Go West“-Policy symbolisiert indes den vorhandenen Willen innerhalb der Zentralregierung, das persistente Ost-West-Gefälle nachhaltig zu mindern oder zumindest ein weiteres Auseinanderdriften der Regionen zu verhindern. Im gemeinsam von der State Council Leading Group for Western Region Development und der SDPC erarbeiteten „Overall Plan for Western Region Development“ heißt es hierzu (OLGWRD 2002):

² Die räumliche Abgrenzung der einzelnen Wirtschaftsräume ist keineswegs statisch, sondern unterliegt seit Gründung der VR China aufgrund sich wandelnder wirtschafts- und regionalpolitischer Ziele der Zentralregierung einem dynamischen Prozess. Einen Überblick über die im 1. bis zum 11. FJP implementierten Regionalisierungsschemata des chinesischen Wirtschaftsraumes gibt Tabelle 3.2.

„By the middle of the 21st century [...] the relative underdevelopment of the Western Region should be reversed, transforming it into a prosperous and advanced new West where life is stable, ethnic groups are united and the landscape is beautiful.“

Die inhaltliche Ausrichtung der „Go West“-Policy deutet darauf hin, dass die Zentralregierung mit ihr auf keinen „Big Push“ setzt, sondern vielmehr eine graduelle Entwicklung der Westregion anstrebt. Hierbei beschränkt sie sich weitgehend darauf, die wirtschaftlichen und standortspezifischen Rahmenbedingungen, sprich das Investitionsklima in der Region zu verbessern. Im Wesentlichen stützt sie sich hierbei auf den Einsatz infrastruktur- und investitionspolitischer Maßnahmen (vgl. THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2000 u. 2001). Durch den Aus- und Aufbau der materiellen, immateriellen und institutionellen Infrastruktur sowie einer gezielten sektoralen und regionalen Investitionsförderung sollen die Standortbedingungen in Westchina dahingehend verbessert werden, dass die westchinesischen Provinzen in die Lage versetzt werden, künftig verstärkt in- und ausländische Investoren anzuziehen. Die schwerpunktmäßige Ausrichtung der WDS offenbart darüber hinaus, dass die Zentralregierung in ihrem Rahmen keine Förderung nach dem „Gießkannenprinzip“ praktiziert, sondern sich zunächst auf die Förderung bereits hinreichend entwickelter regionaler Wachstumskerne konzentriert (vgl. OLGWRD 2002).

Eine derart groß angelegte Entwicklungskampagne wie die WDS ruft jedoch unweigerlich auch zahlreiche Kritiker auf den Plan. Über das Für und Wider der „Go West“-Policy und die wahren Ziele, die die Zentralregierung mit ihr verfolgt, wird sowohl im In- als auch im Ausland eine kontroverse Debatte geführt. Während ihre Befürworter primär ihre positiven Effekte für die sozio-ökonomische Entwicklung Westchinas unterstreichen, sprich auf ihre positiven Wachstums- und Verteilungswirkungen verweisen, sehen die Kritiker in ihr vielmehr eine Politik, die im Kern darauf abzielt, die zentrifugalen Tendenzen unter den ethnischen Minderheiten zu unterdrücken und die Versorgung der wirtschaftlich prosperierenden Küstengebiete mit Rohstoffen und Energie sicherzustellen. So bewertet beispielsweise MONEYHON (2003: 491) die „Go West“-Policy als Versuch *„...to quell ethnic unrest, solidify the nation, and legitimize the current regime by taming the "wild west."“*

Den **Ausgangspunkt** der Arbeit bilden die **Beobachtung**, dass die endogenen Entwicklungspotentiale Westchinas offensichtlich nicht ausreichen, um zu den höher entwickelten und prosperierenden Küstenprovinzen aufzuschließen und der **Versuch** der chinesischen Zentralregierung mit ihrer Ende 1999 initiierten „Go West“-Policy in der Region einen nachhaltigen Wachstums- und Entwicklungsschub auszulösen.

Hieraus und aus den vorangegangenen Ausführungen leiten sich die drei **Hauptziele** der vorliegenden Arbeit ab:

1. Durchführung einer empirischen Analyse der Ost-West-Disparitäten und Identifizierung der Faktoren, die zu ihrer Entstehung und Verschärfung/Manifestierung beigetragen haben.
2. Darstellung, Analyse und Bewertung der „Go West“-Policy und Erörterung von flankierenden staatlichen Maßnahmen, die zur Minderung der Ost-West-Disparitäten beitragen könnten.
3. Eruierung der investiven Rahmenbedingungen für ausländische Unternehmen in Westchina und Vergleich der Attraktivität der westchinesischen Provinzen als Investitionsstandort.

Die im Rahmen der Arbeit durchgeführten Untersuchungen konzentrieren sich dabei auf die Bearbeitung von vier Themen- bzw. Fragenkomplexen:

KAPITEL 2

(a) Chinas (Wieder-)Aufstieg zum „Global Player“: Genese, Status Quo, Potentiale und Herausforderungen im 21. Jahrhundert:

- Welche historischen Ereignisse und Weichenstellungen determinieren die Ausgestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems Chinas bis in die Gegenwart hinein? (→ Verständnisgrundlage)
- Wie stellen sich das wirtschaftliche Entwicklungsniveau Chinas und der sozioökonomische Entwicklungsstand seiner Gesellschaft im internationalen Kontext dar?
- Welche mittelfristigen Entwicklungsperspektiven bestehen aus heutiger Sicht für die VR China im 21. Jahrhundert? (→ Potentiale und Herausforderungen)

KAPITEL 3

(b) Räumliche Disparitäten in der VR China:

- Wie stark sind die drei bestimmenden Dimensionen räumlicher Disparitäten (Ost-West, Stadt-Land und Han- vs. Minderheitsgebiete) innerhalb Chinas ausgeprägt (→ Niveau), lassen sich bestimmte Phasen identifizieren, in denen sie sich verschärft oder verringert haben (→ Konvergenz/Divergenz) und in welcher Weise beeinflussen sie sich wechselseitig (→ Interdependenz)?
- Worin liegen die Ursachen der Ost-West-Disparitäten und welche Faktoren haben zu ihrer Verschärfung/Manifestierung beigetragen?
- Mit welchen Maßnahmen und Strategien versucht die chinesische Zentralregierung, die interregionalen Disparitäten und das Stadt-Land-Gefälle zu reduzieren?

KAPITEL 4

(c) Chinas „Go West“-Policy : Genese, Ziele, Maßnahmen und Effekte:

- Was hat die chinesische Zentralregierung dazu bewogen, Ende 1999 die „Go West“-Policy zu initiieren und welche offiziellen und inoffiziellen Ziele/Motive verfolgt sie mit ihr? (→ Genese/Hintergründe)
- Welche förderpolitischen Maßnahmen/Instrumente hat die Zentralregierung zur Entwicklung Westchinas bisher im Rahmen der WDS ergriffen bzw. angewendet?
- Hat die Westregion durch die WDS bereits einen spürbaren Wachstums- und Entwicklungsschub erfahren? (→ Wirkungsanalyse)
- Welche Stärken und Schwächen weist die Entwicklungsstrategie auf?
- Welche zusätzlichen flankierenden Maßnahmen sollte die Zentralregierung ergreifen, um das Entwicklungsgefälle zwischen Ost- und Westchina nachhaltig und spürbar zu mindern? (→ Handlungsempfehlungen)

KAPITEL 5

(d) Attraktivität Westchinas als Investitionsstandort für ausländische Unternehmen:

- Wie stellen sich die investiven Rahmenbedingungen in Westchina für potentielle Investoren aus dem Ausland dar?
- Worin bestehen aus Sicht ausländischer Unternehmen die wesentlichen Anreize und Hemmnisse für ein Engagement in Westchina?
- Welche Provinzen weisen innerhalb des westchinesischen Wirtschaftsraumes die höchste Attraktivität als Investitionsstandort auf? (→ Standort-Ranking)

1.2 INHALTLICHER AUFBAU DER ARBEIT

Der Aufbau der Arbeit orientiert sich eng an den einleitend formulierten Fragestellungen und Zielsetzungen. Im **Kapitel 2** wird zunächst ein Überblick über die historische, aktuelle und mittelfristig zu erwartende Entwicklung Chinas in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegeben. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse stellen nicht nur einen allgemeinen Bezugsrahmen dar, sondern bilden gleichzeitig auch die Verständnisgrundlage für die Fragestellungen der nachfolgenden Kapitel.

In **Kapitel 3** werden die stark ausgeprägten räumlichen Disparitäten innerhalb des Landes, deren Reduzierung gegenwärtig eine der dringlichsten Herausforderungen für die chinesische Zentralregierung darstellt, einer empirischen Analyse (→ Niveau, Verlauf und Interdependenz) unterzogen. Zu den untersuchten Disparitäten, die in China auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen existieren und sich wechselseitig beeinflussen, zählen die historisch gewachsenen Ost-West-Disparitäten, das stark ausgeprägte Stadt-Land-Gefälle sowie die Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten der ethnischen Minderheiten und den Han-Gebieten. Im Hinblick auf die zentrale Fragestellung wird der Schwerpunkt hierbei auf der empirischen Analyse der Ost-West-Disparitäten liegen. Das Kapitel eruiert darüber hinaus die Ursachenfaktoren, die zu ihrer Entstehung und Verschärfung/Manifestierung beigetragen haben, und erörtert abschließend die aktuellen politischen Maßnahmen und Entwicklungsstrategien, die die chinesische Zentralregierung zur Minderung der interregionalen Disparitäten und des Stadt-Land-Gefälles ergriffen hat.

Kapitel 4 befasst sich eingehend mit der Ende 1999 von der chinesischen Zentralregierung zur Minderung der Ost-West-Disparitäten initiierten „Go West“-Policy. Zu Beginn wird zunächst ein Überblick über die historischen Entwicklungsphasen, die die westchinesischen Randgebiete vom ersten Kaiserreich bis heute durchlaufen haben, gegeben. Im Anschluss daran wird die Genese der „Go West“-Policy aufgezeigt und das breit gefächerte Spektrum der Ziele/Motive, das die chinesische Zentralregierung mit ihr verfolgt, detailliert erörtert. Weiterhin werden die bisher im Rahmen der WDS zur Entwicklung der Westregion ergriffenen/angewendeten (förder-) politischen Maßnahmen/Instrumente ausführlich dargestellt und erläutert. Am Ende des Kapitels erfolgt dann eine dezidierte Wirkungsanalyse und Bewertung der Stärken und Schwächen der Entwicklungsstrategie. Zusätzlich werden flankierende staatliche Maßnahmen, die zur Minderung des Ost-West-Gefälles beitragen könnten, aufgezeigt und diskutiert.

Die Frage, welche investiven Rahmenbedingungen potentielle Investoren aus dem Ausland in Westchina vorfinden und welche Provinzen die attraktivsten Investitionsstandorte innerhalb der Region darstellen, wird ausführlich in **Kapitel 5** erörtert. Im ersten Abschnitt wird zunächst ein allgemeiner Überblick über ADI in der VR China (sektorale/regionale Verteilung etc.) gegeben. Daran anschließend werden die möglichen Investitions- und Kooperationsformen zur Bearbeitung des (west-)chinesischen Marktes dargestellt und ihre spezifischen Vor- und Nachteile aufgezeigt. Im dritten Abschnitt werden die investiven Rahmenbedingungen (Lenkungskatalog, „Preferential Policies“, staatlich geförderte Investitionszonen etc.) für ausländische Unternehmen in Westchina dargelegt und erläutert. Im vierten und letzten Abschnitt wird dann auf Grund-

lage des im Rahmen der vorliegenden Arbeit eigens entwickelten Location Index, der verschiedene relevante Standortfaktoren zu einer einzigen Kennzahl aggregiert, ein Standort-Ranking der westchinesischen Provinzen durchgeführt.

Die Arbeit schließt in **Kapitel 6** mit einer ausführlichen Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse und empirischen Befunde, die im Laufe der Arbeit herausgearbeitet wurden und einem Ausblick auf die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven Westchinas.

2 CHINAS (WIEDER-)AUFSTIEG ZUM „GLOBAL PLAYER“: GENESE, STATUS QUO, POTENTIALE UND HERAUSFORDERUNGEN IM 21. JAHRHUNDERT

Das Ziel des folgenden Kapitels besteht darin, einen Überblick über die historische, aktuelle und auf mittlere Sicht zu erwartende Entwicklung Chinas in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu geben. Im ersten Abschnitt wird zunächst die Entwicklung Chinas von der Gründung des ersten Kaiserreichs bis zur Gegenwart dargestellt (vgl. Kap. 2.1). Hierbei soll aufgezeigt werden, dass es eine Vielzahl an historischen Ereignissen und Weichenstellungen gab, die die Ausgestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems Chinas bis in die Gegenwart hinein determinieren (vgl. Kap. 2.1.3). Daran anschließend wird der gegenwärtige Entwicklungsstand der VR China, sprich ihr Status Quo, in den eingangs genannten Bereichen dargestellt und im internationalen Kontext eingeordnet (vgl. Kap. 2.2). Auf dieser Grundlage werden dann im dritten Abschnitt die bedeutendsten Entwicklungspotentiale Chinas beschrieben und die dringlichsten Herausforderungen, die nach derzeitigem Kenntnisstand auf das Land in den kommenden Jahrzehnten zukommen, erörtert (vgl. Kap. 2.3). Abschließend werden dann die wesentlichen Erkenntnisse noch einmal zusammengefasst und die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven Chinas aufgezeigt und diskutiert (vgl. Kap. 2.4).

2.1 WIRTSCHAFTLICHE, POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG CHINAS VOM ERSTEN KAISERREICH BIS HEUTE

„Im alten China zeigen sich nicht nur bereits die Grundprobleme, die China heute noch mit sich hat, sondern es wurden während der Formation des chinesischen Reiches die strukturellen Grundlagen geschaffen für das heutige chinesische Selbstverständnis und die Chancen und Risiken der Politik Chinas.“

- SCHMIDT-GLINTZER (2002: 135)

Das einleitende Zitat bringt bereits zum Ausdruck, dass sich das heutige China mit all seinen Potentialen und Herausforderungen nur durch einen Rückblick in die Vergangenheit hinreichend erklären lässt. Dies impliziert, dass man nur mit dem nötigen Hintergrundwissen langfristige historische Entwicklungsprozesse, wie beispielsweise den in Kapitel 3 erörterten regionalwirtschaftlichen Segmentierungsprozess, verstehen, analysieren und bewerten kann. Das nachfolgende Kapitel bildet somit eine wichtige Verständnisgrundlage für die aktuell existierenden Probleme und Herausforderungen, denen sich China zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausgesetzt sieht. Der geschichtliche Fokus des nachfolgenden Kapitels wird hierbei auf der Epoche seit Gründung der Volksrepublik China liegen, da insbesondere in dieser Phase eine Vielzahl an (Fehl-) Entscheidungen und Richtungswechseln vorgenommen wurden, die die aktuelle Situation Chinas mit am nachhaltigsten determinieren (vgl. Kap. 2.1.1.2). In der Zeit vor 1949 gab es jedoch auch eine Vielzahl bedeutender historischer Ereignisse und Entwicklungen, wie beispielsweise die Phase der Halbkolonialisierung, die einen nicht minder großen Einfluss auf die aktuelle politische und wirtschaftliche Konstellation Chinas ausüben. Vor diesem Hintergrund werden im nachfolgenden Kapitel auch die wichtigsten Eckpunkte der historischen Entwicklung vor 1949 dargelegt (vgl. Kap. 2.1.1.1).

2.1.1 Historische Ausgangslage Chinas vor 1949

2.1.1.1 Vom ersten Kaiser bis zur einsetzenden Kolonialisierung Chinas durch die Westmächte

Einen der bedeutendsten Wendepunkte in der chinesischen Geschichte stellte die Vereinigung der letzten Feudalstaaten zu einem Einheitsreich durch den ersten chinesischen Kaiser Qin Shi im Jahr 221 v. Chr. dar. Von entscheidender Bedeutung war hierbei, dass das gesamte Territorium erstmalig einer Zentralregierung unterstellt wurde (sog. junxian-System: das Reichsgebiet wurde in 36 Präfekturen (*jun*) und diese wiederum in Kreise (*xian*) aufgeteilt). Obschon die Qin-Dynastie nur 14 Jahre überdauerte, wurde in ihrem Verlauf erstmalig ein umfassendes Einigungswerk (einheitliche Gesetzgebung und Steuereinzahlung, Vereinheitlichung von Gewichts- und Längenmaßen, Währung, Orthographie und Wagenspuren etc.) geschaffen. Darüber hinaus wurden in dieser Phase auch enorme Anstrengungen unternommen, die Infrastruktur auszubauen (Anlegung eines Netzes von kaiserlichen Straßen, Bau von Bewässerungskanälen etc.) und die Effizienz der Verwaltung zu steigern (vgl. SCHMIDT-GLINTZER 2002, S. 33ff.; WEGGEL 2002, S. 244f.).

Nach kriegesischen Auseinandersetzungen, die im Sturz der Qin mündeten, wurde im Jahr 206 v. Chr. die erste Han-Dynastie gegründet, die bis zum Jahr 220 andauerte. Zu den zentralen Herausforderungen, die die Han zu bewältigen hatten, gehörte die Stärkung des Zentralstaates, da die zentrifugalen Kräfte im Reich nach wie vor noch existent waren. Mit der im Inneren des Reiches verfolgten Politik der Integration und Zentralisierung ging gleichzeitig eine nach außen hin auf Expansion ausgerichtete Politik einher. Das chinesische Territorium wurde seinerzeit auf die Mongolei und auf ganz Zentralasien ausgedehnt. Als viel bedeutender muss jedoch das Vordringen der Han in die Tropengebiete südlich des Yangtze angesehen werden. Nach GERNET (1988: 113) zählt die südliche Expansion der Chinesen zu den „... *bedeutendsten Geschehnissen der Geschichte Ostasiens*.“ Dies liegt aus seiner Sicht sowohl an ihrer zeitlichen Dauer (nahezu drei Jahrtausende), als auch an den vielen Umwälzungen und Veränderungen, die sie mit sich gebracht hat: Untergang/Wandel vieler Kulturen, massive Bevölkerungsverschiebungen, ethnische Vermischungen etc. Durch die Etablierung der Han in der heutigen Küstenprovinz Guangdong und im nördlichen Teil des heutigen Vietnams dehnte sich der chinesische Einflussbereich bis nach Südostasien aus. Mit der Öffnung Chinas nach Südostasien begann der Seehandel zwischen Südchina und den südostasiatischen Ländern rasch zu florieren. Durch die Entdeckung und Nutzung der großen Handelswege, die das Reich der Han mit Südchina und Südostasien, Zentralasien und den indischen und iranischen Randgebieten verbanden, nahm zeitgleich auch der Handelsverkehr zwischen China und den verschiedenen Regionen des asiatischen Kontinents rasch zu und bedingte seinerzeit den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas in Asien (vgl. GERNET 1988, S. 115ff.). Ein beachtenswerter Aspekt ist, dass in China schon zur damaligen Zeit staatlich forcierte Umsiedlungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Die Gründe hierfür waren sowohl politischer, wirtschaftlicher, als auch militärischer Natur.

So wurden beispielsweise durch groß angelegte Umsiedlungsaktionen die Erschließung der dünn besiedelten Randgebiete des Reiches vorangetrieben und zugleich die dicht besiedelten

Gebiete vom Bevölkerungsüberschuss befreit. Bei der Besiedelung von Randgebieten stand vor allem die Kolonisation der Nordwestgebiete (heutige Provinz Gansu und westliche Mongolei) im Fokus. So wurden alleine in Gansu im Zeitraum 141 bis 87 v. Chr. in vier neu geschaffenen Kommandanturen ca. zwei Millionen Menschen angesiedelt. (vgl. GERNET 1988, S. 104ff.).³

Mit dem Ende der Han-Dynastie begann das so genannte „chinesische Mittelalter“. Diese Periode dauerte von 220 bis 589 an und war durch den Niedergang des Staates und die neuerliche Zersplitterung des Reiches gekennzeichnet. Keiner der Militärführer war in der Lage, das entstandene Machtvakuum zu füllen und das gesamte Territorium der Han-Dynastie unter seine Gewalt zu bringen (vgl. SCHMIDT-GLINTZER 2002, S. 54f.). Der Beginn der Sui-Dynastie im Jahr 581 stellt die zweite bedeutende Wendemarke in der chinesischen Geschichte dar. Den Sui gelang es zunächst sämtliche Reiche nicht-chinesischer Herkunft in Nordchina zu unterwerfen. Acht Jahre später kam es dann zu einer neuerlichen Wiedervereinigung aller chinesischen Reiche. Im Jahr 618 begann nach der Ermordung des Sui-Kaisers Yang die Tang-Dynastie, die bis zum Jahr 907 andauerte. Die ersten Jahre der Tang-Zeit waren primär von innerer Konsolidierung geprägt. Den Tang gelang es, eine Vielzahl von Unruhen zu unterdrücken und eine Reorganisation der Verwaltung vorzunehmen. Im 8. Jahrhundert wurde das Reich, um eine bessere und effizientere Verwaltung zu gewährleisten, in fünfzehn große Regionen aufgeteilt. Rückblickend zählt zu den großen Leistungen der Tang der massive Ausbau der Infrastruktur, die Schaffung eines effizienten Verwaltungssystems, der Aufbau juristischer Institutionen und die Implementierung eines Agrarsystems, das regelmäßige Steuereinnahmen und ein gewisses Maß an sozialer Stabilität gewährleistete. Die so geschaffenen wirtschaftlichen und institutionellen Grundlagen bildeten die Voraussetzung für die Expansion der Tang im 7. Jahrhundert von Korea bis nach Persien und vom Ili-Tal bis in die Mitte Vietnams. In der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts war die Tang-Dynastie auf dem Höhepunkt ihrer Macht in Asien angekommen. In der zweiten Hälfte kam es jedoch zu langsamen, aber unaufhaltsamen Veränderungen, die in eine der größten Krise der chinesischen Geschichte mündeten. Die Gründe für den zunehmenden Verfall des Reiches waren vielschichtiger Natur. Die Hauptursachen lagen im kontinuierlichen Zerfall des Agrarsystems und in der stetig zunehmenden Macht der Militärbefehlshaber. Nach Jahrzehnten militärischer Expansion verloren die Tang seit dem Jahr 750 die Kontrolle über die Territorien im Südwesten und wurden nahezu zeitgleich im nordwestlichen Turkestan von den Arabern geschlagen (vgl. GERNET 1988, S. 199ff.).

³ Bis zum heutigen Tage kommt es in China immer wieder zu groß angelegten, staatlich forcierten Zwangsumsiedlungen im Zuge von Infrastruktur-, Umwelt- und Urbanisierungsprojekten. Das zurzeit prominenteste Beispiel stellt die Umsiedlung von ca. 1,3 Mio. Menschen (offizielle Angabe) im Rahmen des Drei-Schluchten-Projektes dar. Der Verfasser der vorliegenden Arbeit hat im Rahmen seiner Diplomarbeit die Folgen der Umsiedlungsmaßnahmen im Xiangxi-Einzugsgebiet in den Drei-Schluchten untersucht und festgestellt, dass sie insbesondere für die betroffene Landbevölkerung mit zum Teil erheblichen sozialen Verwerfungen (Verlust der Existenzgrundlage etc.) verbunden sind (vgl. KEIL 2002, S. 55ff.).

In den Jahren 755 bis 763 kam es dann durch eine Militärrevolte zu einer erneuten Aufspaltung des Reiches. Diese innere Krise wurde zudem vom Zusammenbruch des Verteidigungssystems begleitet, was wiederum die Ausdehnung der Nachbarstaaten auf chinesisches Territorium begünstigte. So stießen beispielsweise die Uiguren⁴ im Jahr 757 bis nach Gansu vor und erlangten die Herrschaft über das ganze Gebiet zwischen Wuwei und Turfan. Aufgrund der anhaltenden Schwäche der Zentralregierung traten erneut regionalistische und separatistische Tendenzen zutage, die letztendlich in einer abermaligen Zersplitterung des Reiches mündeten (vgl. GERNET 1988, S. 220ff.). Zeitgleich mit dem Untergang der Tang setzte eine schrittweise Nord-Süd-Migration ein, die zu einer allmählichen Verlagerung des politischen und wirtschaftlichen Schwerpunktes des Reiches in Richtung Süden, sprich von der nordchinesischen Tiefebene zum unteren Yangtze-Becken bzw. von der Weizen- in die Nassreiszone, führte.⁵ Die Verlegung der Hauptstadt zuerst nach Kaifeng und ab dem 12. Jahrhundert nach Hangzhou ist nur ein Aspekt unter vielen. Im Verlauf dieser Epoche setzte auch ein großer Innovationsschub im Bereich der Agrarwirtschaft ein, der die wirtschaftliche Schwerpunktverlagerung gen Süden begünstigte. Diese Innovationen (Terrassenfeldbau, Erfindung der Tretwasserpumpe etc.), die rückblickend die Geschichte Ostasiens nachhaltig prägten, führten zu enormen Produktionssteigerungen und waren ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung Chinas und ganz Ostasiens (vgl. WEGGEL 2002, S. 67). Erst mit Beginn der Song-Dynastie im Jahr 960 kam es dann schließlich zu einer erneuten Wiedervereinigung des Reiches. Die Song verstanden es, den Zentralstaat institutionell auszubauen und unter machtpolitischen Gesichtspunkten zu festigen. Dies lässt sich daran ablesen, dass sie ihren Machtansprüchen sogar in den an der äußersten Peripherie gelegenen Randgebieten des Reiches Geltung verschaffen konnten (vgl. GERNET 1988, S. 258f.).

Mit der oben geschilderten landwirtschaftlichen Blütezeit ging im 11. bis 13. Jahrhundert auch ein umfassender wirtschaftlicher Aufstieg einher. Einer der Gründe hierfür lässt sich auf ein simples Prinzip zurückführen: Aufgrund der hohen Produktivitätszuwächse in der Landwirtschaft wurden Arbeitskräfte freigesetzt, die sich nun in anderen Wirtschaftszweigen, wie beispielsweise dem Handwerk, betätigen konnten. Eine weitere Triebfeder bestand in der Etablierung großer Handelszentren, die untereinander einen regen Warenaustausch betrieben. Jede Region produzierte spezielle Güter, die im ganzen Reich zirkulierten. Im 8. Jahrhundert setzte sich der

⁴ Im Gebiet von Hami (heutige Provinz Gansu) bildeten die Uiguren, ein halbsesshaftes Turkvolk, erstmalig ein eigenständiges Reich. Noch heute kommt dem Umgang mit den Uiguren, die knapp 43% der Bevölkerung in der formell autonomen Nordwestprovinz Xinjiang stellen, eine innenpolitisch äußerst wichtige und zugleich prekäre Rolle zu. Dies liegt zum einen an den umfangreichen Ressourcen (z.B. Erdöl und Erdgas) über die die Region verfügt und zum anderen an ihrem permanenten Unruhepotential. Die immer wieder aufkeimenden separatistischen Tendenzen unter der uighurischen Minderheit werden jedoch von der chinesischen Zentralregierung seit jeher massiv unterdrückt.

⁵ Zu den Widersprüchen des heutigen Chinas zählt nach wie vor der soziokulturelle Unterschied zwischen dem Norden und Süden des Landes bzw. zwischen der „gelben Kultur“ und der „blauen Kultur“. Die Termini spiegeln den Unterschied zweier chinesischer Kulturen wider, nämlich einer erdverbundenen, eher nach innen gerichteten und vom Lößgebiet des Nordens ausgehenden „gelben Kultur“ und einer meereszugewandten, hauptsächlich in Südchina beheimateten „blauen Kultur“. Der latent vorhandene Süd-Nord-Widerspruch äußert sich vor allem in der seit jeher stärkeren Emanzipation des Südens gegenüber der Zentralregierung, dem Vorhandensein marktwirtschaftlicher Strukturen und Elemente und eine nicht nur auf den Inlands-, sondern auch auf den Auslandsmarkt ausgerichtete Wirtschaft (vgl. WEGGEL 1992, S. 42f.).

Warenhandel überwiegend aus als Steuern abgelieferten Produkten zusammen. Mit Beginn der wirtschaftlichen Blüte verlagerte sich dieses Gewicht jedoch zugunsten des Privathandels, der von da an den weitaus größeren Anteil am Handelsvolumen innehatte. Dies lässt die Folgerung zu, dass trotz der regionalen Eigenheiten und Gegensätze kein stark ausgeprägter lokaler Protektionismus existierte, sondern vielmehr eine Arbeitsteilung zwischen den Regionen stattfand, die sich im Endeffekt positiv auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auswirkte.⁶ Der Süden Chinas war zu dieser Zeit das Zentrum für Innovationen und der Ausgangspunkt für den wirtschaftlichen Aufstieg des Reiches. Von ihm gingen nicht nur die Reformen des politischen und gesellschaftlichen Systems aus, sondern er war zugleich auch die prosperierendste Region innerhalb des chinesischen Reiches. Die Gründe hierfür lagen im intensiven Waren- und Geldumlauf innerhalb der Region und in einer im Vergleich zum Norden antistatistisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Noch heute gilt der Süden Chinas im Gegensatz zum Norden als liberaler und reformfähiger.⁷ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass China zu jener Zeit, entgegen der weit verbreiteten Ansicht, kein reiner Agrarstaat war. Den größten Teil seines Reichtums und Wohlstandes verdankte China nämlich in erster Linie dem florierenden Handel und Handwerk. Die damalige Wirtschaft war sogar in der Lage, die durch die erzielten Produktivitätszuwächse im primären Sektor freigesetzten Arbeitskräfte aufzufangen.

Zu Beginn des 13. Jahrhunderts begannen die immer mächtiger werdenden Mongolen weite Teile des chinesischen Reiches zu annektieren. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts gelang es den Mongolen ihre Herrschaft auf ganz China auszudehnen. Kaum ein Jahrhundert später brachen jedoch Unruhen aus, die zum Sturz des Mongolenreiches führten. Nach dieser kurzen von Unterdrückung und Zerstörung geprägten Interimsherrschaft der Mongolen kam es im Jahr 1368 zur Gründung der Ming-Dynastie, die bis zum Jahr 1644 andauerte. Den Ming gelang es bis zum Jahr 1387, das chinesische Reich wieder zu vereinen. Die kurze und brachial ausgeführte Herrschaft der Mongolen hatte die Wirtschaft jedoch enorm in Mitleidenschaft gezogen. Aus diesem Grund lag das Hauptaugenmerk der Ming auf dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und hier insbesondere auf der Regeneration der Landwirtschaft, da es unter der Herrschaft der Mongolen zu enormen Produktionsverlusten gekommen war (vgl. GERNET 1998, S. 328ff.).

In den letzten Jahren des 16. Jahrhunderts kam es dann zu einer neuerlichen politischen und sozialen Krise, die schließlich in Söldner- und Bauernaufständen mündete. Diesen anarchischen Zustand nutzten die Mandschus, die bis zum Jahr 1644, dem Gründungsjahr der Qing-Dynastie, die gesamte Mandschurei und die Amur-Region besetzten. Im Süden stießen die

⁶ Der lokale Protektionismus stellt seit jeher einen Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas dar. Historisch betrachtet bildete sich in China kein einheitlicher Wirtschaftsraum heraus. China setzte sich vielmehr aus vielen, nahezu autonomen Wirtschaftsgebieten, die in der Literatur als „Makroregionen“ bezeichnet werden, zusammen. Die geringe Integration zwischen den Makroregionen führte schon in der Vergangenheit zu voneinander abgekoppelten Wachstumszyklen und kann in gewissem Maße auch als Erklärungsgrundlage für die nach wie vor immer noch stark ausgeprägten regionalen Disparitäten innerhalb Chinas herangezogen werden (vgl. HERMMANN-PILLATH 1995, S. 54ff.).

⁷ Nach der zeitweiligen politischen und wirtschaftlichen Isolation Chinas in den Jahren 1989 bis 1992, die ihren Ursprung im Tiananmen-Massaker hatte, war es der Süden Chinas, von dem das Signal zur Wiederaufnahme des Reformkurses ausging. Symbolisch hierfür steht die im Jahr 1992 von Deng Xiaoping durchgeführte und mittlerweile populäre „Frühjahrsreise in den Süden“. Noch im selben Jahr wurde der Aufbau einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ als wirtschaftspolitisches Ziel festgelegt.

Mandschus jedoch auf erheblichen Widerstand. Unter den Qing stieg China zu einem kontinentalen und kosmopolitischen Reich auf. Im Jahr 1759 erstreckten sich die von China kontrollierten Territorien auf über 11,5 Mio. km² (zum Vergleich: die aktuelle Staatsfläche Chinas beträgt 9,6 Mio. km²). Das chinesische Reich hatte noch nie so große Ausmaße erreicht, und wie es der weitere Geschichtsverlauf zeigen sollte, hat es sie auch nie wieder erlangt (vgl. GERNET 1988, S. 405f.). An dieser Stelle sei auf gewisse Parallelen bei der Verwaltung des Reiches unter den Qing und der heutigen VR China hingewiesen. Das Qing-Reich bestand aus Provinzen, Kolonien und Protektoraten und war damals wie heute ein Vielvölkerstaat. Schon damals besaßen die Gebietskörperschaften in China keinen einheitlichen Status. So hatte beispielsweise Tibet den Status eines recht liberalen Protektorats inne, während Xinjiang militärisch besetzt und verwaltet wurde.

Das China des 18. Jahrhunderts war schließlich von zunehmendem Wohlstand geprägt. Hierfür verantwortlich waren der Aufschwung im Agrarsektor, des Handwerks und der zunehmende Handel. Bemerkenswert ist, wenn man den heutigen (Wieder-)Aufstieg der chinesischen Volkswirtschaft studiert, dass China bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein der größte Weltgüterproduzent war, über den größten Anteil am Welt-Bruttoinlandsprodukt verfügte und zudem einen deutlichen Exportüberschuss vorweisen konnte (vgl. BAIROCH 1982, S. 296; MADDISON 1998, S. 40; vgl. Tab. 2.2 und 2.3). Die Handelsabgaben durch den Binnenhandel lagen seinerzeit jedoch deutlich über den Einkünften aus dem Seehandel. Der Außenhandel beschränkte sich, ähnlich wie heute, überwiegend auf die Küstenprovinzen. Der blühende Binnenhandel, sprich die wirtschaftliche Integration auf regionaler Ebene, deutet darauf hin, dass der Protektionismus der einzelnen Provinzen, der in der Vergangenheit schon des Öfteren die wirtschaftliche Entwicklung Chinas gehemmt hatte, in dieser Phase nicht sonderlich stark ausgeprägt war. Diese von Prosperität gekennzeichnete Phase sollte jedoch nicht lange andauern. Schon zu Beginn des 19. Jahrhundert begann sich die wirtschaftliche, politische und soziale Situation stetig zu verschlechtern. Die einsetzende wirtschaftliche Rezession wurde von einer staatlichen Finanzkrise und einer massiven Ausbreitung der Korruption begleitet. Zudem wirkte sich auch die demografische Entwicklung zunehmend negativ auf die Gesamtentwicklung Chinas aus; alleine zwischen 1802 und 1834 nahm die Bevölkerung um 100 Mio. Einwohner zu. Hinzu kam das zunehmende Defizit in der Außenhandelsbilanz, das durch den von England gesteuerten Opiumimport hervorgerufen wurde. Obwohl in der Folge der Export chinesischer Produkte massiv zunahm, gelang es China nicht mehr, das Defizit, welches den Abfluss von Kapital aus China zunehmend beschleunigte, zu beseitigen (vgl. GERNET 1988, S. 448ff.).

2.1.1.2 Phase des Halbkolonialismus

Im Verlauf der oben beschriebenen Schwächeperiode versuchten die Westmächte zunehmend in China Fuß zu fassen. Die Angriffe Englands im Verlauf des 1. Opiumkrieges (1839-1842) stellten den Ausgangspunkt für die zunehmende Intervention der Westmächte und den Ausbau ihrer Einflussphäre und ihrer Privilegien in China dar. Mit dem 1842 geschlossenen Vertrag von Nanjing kam es zur Abtretung Hong Kongs an die britischen Besatzer. Ferner wurde der chinesischen Regierung die Öffnung der Städte Kanton (Guangzhou), Shanghai, Xiamen, Fuzhou und Ningbo für den Opiumhandel aufgezwungen (vgl. GERNET 1988, S. 450ff.). Die seiner-

zeit zunehmenden sozialen Spannungen im Reich entluden sich schließlich im Taiping-Aufstand, der von 1851 bis 1866 andauerte. Der Ausgangspunkt des Volksaufstandes befand sich jedoch nicht, wie es der bisherige Verlauf der Geschichte vermuten ließe, im Norden, sondern hatte seinen Ursprung in den Südprovinzen (primär Ost-Guangxi). Dies lässt sich in erster Linie mit der im Vergleich zum Norden höheren Anfälligkeit des Südens gegenüber dem um sich greifenden wirtschaftlichen Zerfall erklären. Die Folgen der Rezession waren nämlich in den Südprovinzen aufgrund ihres deutlich höheren wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus deutlicher zu spüren, als im Norden Chinas. Nach Vorstößen in den Norden und Westen standen die Taiping im Jahr 1854 vor Peking, das jedoch erfolgreich verteidigt werden konnte. In der Folge kam es noch zu vielen blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Taiping und den kaiserlichen Truppen, die jedoch mit der endgültigen Niederschlagung des Aufstandes im Jahr 1866 ihr Ende fanden (vgl. GERNET 1988, S. 458ff.).

Unabhängig vom Taiping-Aufstand kam es in jener Zeit auch in den von China kolonialisierten Randgebieten zu ethnisch motivierten Aufständen, die von der Zentralregierung brachial niedergeschlagen wurden. So erhoben sich in Yunnan und Xinjiang die chinesischen Mohammedaner und zentralasiatischen Völker, um sich gegen die zunehmende Diskriminierung und Verdrängung durch die Han-Chinesen zu wehren. Plausible Schätzungen gehen davon aus, dass im Verlauf der ethnisch motivierten Aufstände und während des Taiping-Aufstandes zwischen 20 bis 30 Mio. Menschen umkamen. Die lang andauernden und vehement ausgetragenen Auseinandersetzungen hatten ihre Spuren nicht nur in der Bevölkerung zurückgelassen, sondern sie hatten auch einen beträchtlichen Anteil am wirtschaftlichen Niedergang Chinas. War China bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ein bedeutender Produzent von Fertigwaren (vgl. Tab. 2.2), wurde es nun in das Entwicklungsstadium eines vorindustriellen Staates zurückgeworfen (vgl. GERNET 1988, S. 467ff.).

Noch während der Bürgerkrieg in vollem Gange war, kam es zu weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Westmächten. Infolge des zweiten Opiumkrieges wurde die chinesische Regierung im Jahr 1858 „gezwungen“, den Vertrag von Tianjin zu ratifizieren. Dieser Vertrag verpflichtete China zur Öffnung von zehn weiteren Städten (Dengzhou (heute Penglai), Hankou (heute Wuhan), Jujiang, Kaohsiung, Kiungchow, Nanjing, Niuchuang, Shantou, Tanshui und Zhenjiang) für den Handel mit den Westmächten (vgl. Abb. 2.1). Somit erwarben die Westmächte, und hier allen voran Großbritannien, erstmalig auch umfangreiche Konzessionen in vier am Yangtze gelegenen Städten im chinesischen Hinterland. Nur zwei Jahre später wurde China zu neuerlichen Eingeständnissen gezwungen. Die Konvention von Peking (1860) hatte die Öffnung Tianjins und die Abtretung der Halbinsel Kowloon (gegenüber von Hong Kong) an die Briten zur Folge. Darüber hinaus erhielten die ausländischen Schiffe die Erlaubnis zum freien Verkehr auf dem gesamten chinesischen Flussnetz. Im Jahr 1876 wurden die Küstenstädte Behei und Wenzhou sowie die am Yangtze gelegenen Städte Yichang und Wuhu für den Handel geöffnet. Die französisch-chinesische Handelskonvention vom Jahre 1887 erlegte China zudem die Öffnung der im Südwesten an der Grenze zu Französisch-Indochina gelegenen Städte Mengzi, Manhao und Longzhou auf. Im selben Jahr erkannte die chinesische Regierung das portugiesische Recht auf eine dauerhafte Besetzung Macaos an (vgl. GERNET 1988, S. 482ff.).

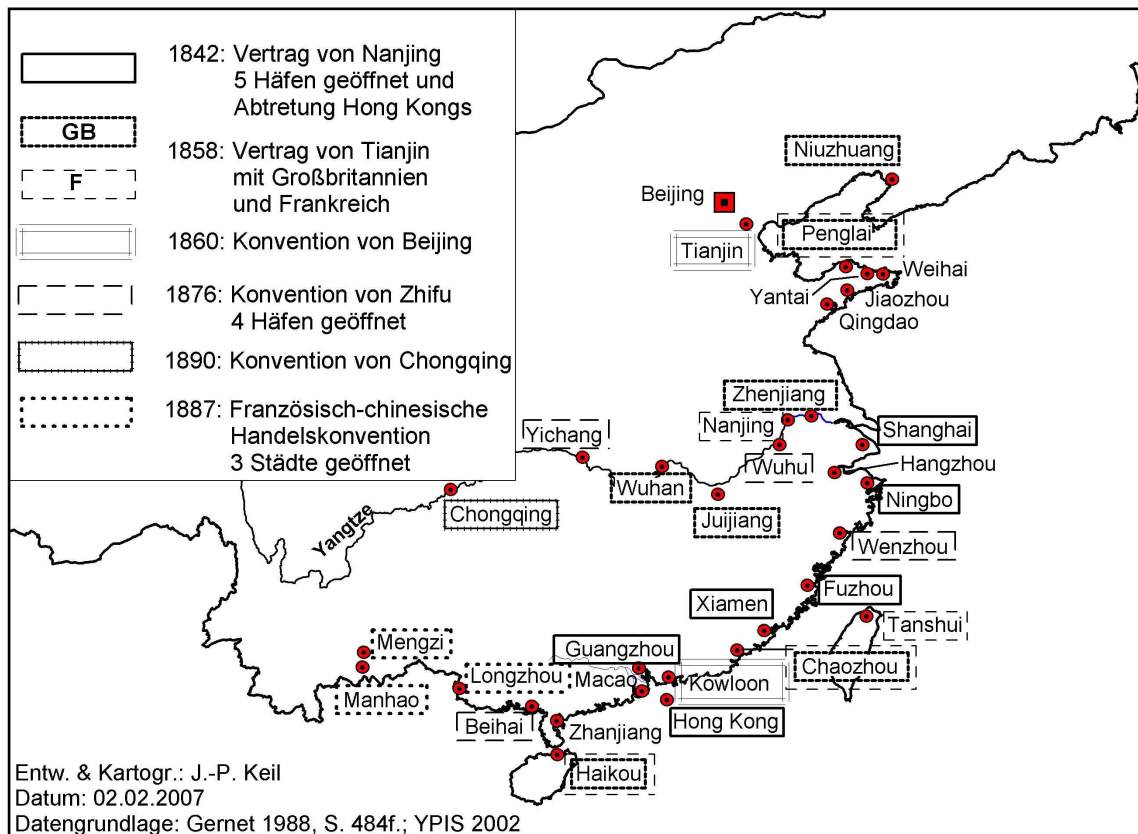


Abb. 2.1: Halbkolonialisierung und Öffnung Chinas durch die Westmächte

Nachdem die Japaner im Jahr 1895 Taiwan, die Penghu-Inseln und die Mandschurei annektiert hatten, begannen auch die Westmächte chinesische Territorien für sich zu beanspruchen, um ihre Einflussphäre weiter auszubauen. Deutschland annektierte im Jahr 1897 das Gebiet von Qingdao und Jiaozhou (Südosten Shandongs) und Großbritannien im darauf folgenden Jahr das Gebiet von Weihai und den äußersten Osten der Halbinsel Shandong. Frankreich, das in Südostasien das Kolonialreich Französisch-Indochina geschaffen hatte, erhöhte durch die Annektierung des Gebiets von Zhanjiang (West-Guangdong) im Jahr 1899 seinen Einfluss in dieser Region weiter. Ein Jahr zuvor schloss China einen Pachtvertrag über 99 Jahre für die „neuen Territorien“ bei Hong Kong⁸ mit Großbritannien ab. Die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende territoriale Zerstückelung Chinas schritt somit auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts weiter voran. Die extrem fremdenfeindliche Bewegung der „Boxer“ besetzte schließlich im Jahr 1900 die Region um Tianjin, Peking und Baoding und belagerte das Botschaftsviertel. Die Westmächte erklärten daraufhin China den Krieg und schlugen noch im selben Jahr den Aufstand nieder. Diese Unterwerfung stellte eine weitere Etappe in der stetig voranschreitenden Unterjochung Chinas dar (vgl. GERNET 1988, S. 504ff.).

⁸ Hong Kong und Macao sind seit 1997 bzw. 1999 wieder Teil der VR China, haben jedoch den Status einer Sonderverwaltungszone inne. Deng Xiaoping prägte die politische Strategie „Ein Land, zwei Systeme“, was soviel bedeutet, dass innerhalb der VR China weiterhin am Sozialismus festgehalten wird, die Sonderverwaltungszone jedoch ihr demokratisch kapitalistisches System weiter aufrecht erhalten dürfen (Hongkong wurde dies bis zum Jahr 2047 zugestanden).

2.1.1.3 Republik China (1912 bis 1949)

Die zunehmende Einkreisung Chinas durch Russland, Japan und die Westmächte sowie der immer stärker werdende innere Zerfall Chinas mündeten letztendlich in der Revolution von 1911 und der Abdankung des Kaisers im Jahr 1912. Sun Yatsen gründete bereits am 1. Januar 1911 in Nanjing die chinesische Republik, musste jedoch unmittelbar nach der Abdankung des Kaisers sein Amt an Yuan Shikais abtreten, der China bis zu seinem Tod im Jahr 1916 im Stile einer Militärdiktatur regierte. Nach dem Tod Yuan Shikais setzte die bis zum Jahr 1927 andauernde Periode der Warlords (unabhängige Militärgouverneure) ein, in deren Verlauf sich der innere Zerfall Chinas weiter beschleunigte. Wie schon in der vorkaiserlichen Zeit bildeten sich viele Einzelstaaten heraus, die sich gegenseitig bekämpften. Diese Phase dauerte jedoch nur wenige Jahre an und wurde durch eine neue Militärmacht im Süden Chinas, die unter anfänglicher Führung Sun Yatsens in Guangzhou entstanden war, beendet (vgl. GERNET 1998, S. 525ff.; WEGGEL 2002, S. 75).

Im Jahr 1926 unternahm die Kuomintang (KMT)⁹ unter der Führung Chiang Kai-sheks den Nordfeldzug und unterstellte Süd- und Zentralchina wieder einer zentralen Führung. Vier Jahre später gelang es ihr, auch Nordchina wieder einzunehmen. Chiang Kai-shek stand einem Einparteien-System vor und verfügte zu dieser Zeit über uneingeschränkte Autorität. Zeitgleich bildete sich jedoch mit der im Jahr 1921 in Shanghai gegründeten Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ein neuer Machtfaktor heraus. Immer wieder kam es zu Kämpfen mit rebellierenden Bauervereinigungen, die unter der Führung der Kommunisten standen. Bereits im Jahr 1926 versuchte Chiang Kai-shek diesem Problem Herr zu werden, indem er alle Kommunisten, die eine leitende Stellung innehatten, ihres Amtes enthob (vgl. WEGGEL 2002, S. 75).

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen traten jedoch mit der japanischen Invasion der Mandschurei kurzzeitig in den Hintergrund. Anfangs widersetzte sich die KMT nicht der Invasion der Japaner im Nordosten, weil man sich für eine direkte Auseinandersetzung mit den Japanern nicht ausreichend gewappnet sah. Durch die Annektierung der nordostchinesischen Provinzen gewann Japan eine strategische Ausgangsbasis für weitere Eroberungsfeldzüge innerhalb Chinas. Die zögerliche Haltung des nationalistischen Regimes gegenüber den Invasoren begünstigte nicht nur die Ausgangsbasis der japanischen Aggressoren, sondern auch den Aufstieg der kommunistischen Opposition zu einem bedeutenden Machtfaktor. Der patriotische Kampf der Roten Armee und der Bauernmilizen stärkte in dieser Phase die Position der KPCh innerhalb der Bevölkerung und trieb die zunehmende Masse der Oppositionellen in deren Reihen (vgl. GERNET 1988 S. 534ff.). Statt mit den Kommunisten eine gemeinsame Front gegen die Japaner zu bilden, verfolgte die KMT die Kommunisten, da sie darauf bedacht war, deren Einflussosphäre und Macht einzudämmen. Im Oktober 1934 zwang die KMT die Rote Armee und ihren politischen Arm, die KPCh, ihre Basis in Jiangxi zu verlassen. Diese Flucht, die sich über 12.000 km durch elf Provinzen erstreckte und zu einem Epos des chinesischen Kommunismus wurde, ging

⁹ Im Jahr 1912 gründete Sun Yatsen in Peking durch den Zusammenschluss mehrerer Parteien die nationalrepublikanische Partei KMT. Bis zur Gründung der KPCh, die zunächst in die KMT integriert war, jedoch schon wenige Jahre später zu ihrem ärgsten Widersacher aufstieg, war sie die einzige bedeutende Partei Chinas.

als der „Lange Marsch“ in die chinesische Geschichte ein. Er forderte zwar viele Opfer, von der symbolischen Wirkung, die von ihm ausging, profitierten die Kommunisten jedoch ungemein. Im Verlauf des Marsches konnte sich Mao Zedong gegen seine innerparteilichen Konkurrenten durchsetzen und stieg schließlich zum uneingeschränkten Führer der KPCh auf (vgl. GERNET 1988, S. 537).

Im Zweiten Weltkrieg wurde kurzzeitig auf Druck der USA und anderer Mächte, die sich im Krieg mit Japan befanden, eine Einheitsfront aus KMT und KPCh gebildet. Nach der Kapitulation Japans im August 1945 sah es so aus, als ob sich das Regime um Chiang Kai-shek endgültig etablieren würde, da es vom Ausland offiziell anerkannt wurde und zudem über eine gut ausgerüstete Armee verfügte. Die alten Rivalitäten, die nur kurz unter dem Deckmantel des 2. Weltkrieges verschwunden waren, flammten jedoch rasch wieder auf. Die KMT wollte sich nach ihrem Verständnis der „kommunistischen Banditen“ entledigen, was letzten Endes in einen der größten und grausamsten Bürgerkriege der modernen Geschichte mündete. Nach anfänglichen Erfolgen für die KMT wendete sich das Blatt spätestens im Winter 1948/49 zugunsten der Kommunisten, als die Rote Armee weite Teile des Landes einnehmen konnte. Das geschlagene nationalistische Regime und seine Anhänger flüchteten daraufhin nach Taiwan. Die siegreichen Kommunisten riefen unter ihrem Führer Mao Zedong am 1. Oktober 1949 die Chinesische Volksrepublik aus.

2.1.2 Von der Gründung der VR China im Jahr 1949 bis heute

Das chinesische Reich und mit ihm seine Bevölkerung und Wirtschaft waren durch die Phase der Halbkolonialisierung, der Invasion der Japaner und den heftigen Bürgerkrieg in Mitleidenenschaft gezogen worden. Die Epoche bis zur abermaligen Öffnung Chinas nach außen im Jahr 1978 war, wie das nachfolgende Kapitel zeigen wird, von vielen abrupten Kurswechseln und parteiinternen Machtkämpfen gekennzeichnet. Bis zur Gründung der VR China hatte sich im Verlauf der chinesischen Geschichte ein ganzes Bündel ungelöster Problemfelder herausgebildet. Nach WEGGEL (2002: 222f.) waren die acht dringlichsten Herausforderungen, denen sich die KPCh-Führung nach Ausrufung der Volksrepublik im Jahre 1949 ausgesetzt sah:

1. Diversifizierung und Gründung neuer Wirtschaftszweige
2. Bodenreform und Aufbau leistungsfähiger Landwirtschaftsbetriebe
3. Abschaffung des Bürokratismus bei gleichzeitiger Öffnung zum Westen hin
4. Familienplanung (Bevölkerungsdruck)
5. Beseitigung der regionalen Disparitäten (Industrialisierung des ganzen Landes)
6. Beseitigung der sektoralen Verzerrungen
7. Lösung der Klassenfrage
8. Herstellung des inneren und äußeren Friedens

WEGGEL (2002: 224) geht jedoch davon aus, dass sich diese „historischen Daueraufgaben“ immer wieder von neuem stellen werden und sich jede politische Führung an ihrer Bewältigung bewähren und messen lassen muss. Dass einige der zuvor benannten Problemfelder auch noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts von aktueller Natur sind, wird sich in Kapitel 2.3 herausstellen.

2.1.2.1 Zeitalter des Maoismus (1949 bis 1978)

Am 1. Oktober 1949 proklamierte Mao Zedong die Volksrepublik. In der Folge kam es zu einem massiven Bruch mit der Vergangenheit, der nach Ansicht der kommunistischen Führer notwendig war, um die Schaffung eines «neuen Menschen in einer neuen Gesellschaft» zu verwirklichen. In den Jahren vor ihrer Machtergreifung hatte die KPCh bereits in den so genannten „Befreiten Gebieten“ Verwaltungs- und Regierungserfahrung sammeln können, was ihr nach der Machtübernahme zugute kam. Wie oben bereits geschildert, sah sich die KPCh mit einer Vielzahl von Problemfeldern konfrontiert. Dementsprechend forcierte sie den sofortigen Wiederaufbau des Landes, der zugleich auch die sozialistische Umgestaltung des Landes herbeiführen sollte. Zu Beginn der 1950er Jahre wurden zunächst fünf Kampagnen durchgeführt, mittels der die aus kommunistischer Sicht schlimmsten Hypotheken der Vergangenheit ausgelöscht werden sollten: die Kampagne zum Widerstand gegen Amerika und zur Hilfe für Korea (1950), die Reformierung des Denkens (November 1951), die Kampagne gegen Konterrevolutionäre (1950/51), die Drei-und-Fünf-Anti-Kampagne (1951/52) und die Bodenreform (1950/52) (vgl. WEGGEL 2002, S. 76ff.).

Das 1950 erlassene Agrarreformgesetz führte zu einer umfangreichen Bodenreform. Diese richtete sich gegen die Großgrundbesitzer und hatte deren Enteignung zur Folge. Die Hälfte der damaligen landwirtschaftlichen Nutzfläche ging damals in den Besitz von 120 Mio. Kleinbauern über (vgl. SCHMIDT-GLINTZER 2002, S. 79). Von 1952 an begann man jedoch allmählich die landwirtschaftlichen Einzelbetriebe zu kollektivieren. Im Jahr 1958 ging schließlich das gesamte Eigentum der Bauern in Volkskommunen über.¹⁰ Die in den Jahren 1950 bis 1952 durchgeführten ideologischen Kampagnen und Reformen boten jedoch noch keine Lösungsansätze, wie mit den bestehenden Herausforderungen und akuten Problemen verfahren werden sollte. Bevor man jedoch mit der konstruktiven Aufbauarbeit beginnen konnte, musste die Marschrichtung festgelegt werden. Zwei Pfade standen zur Auswahl: Orientierung am so genannten Yan'an-Experiment¹¹, oder enge Bindung und Ausrichtung an der Sowjetunion (vgl. WEGGEL 2002, S. 76ff.). Letztendlich entschied man sich, durchaus situationslogisch, für die Ausrichtung an Moskau. Zum einem, weil man davon ausging, dass die in Yan'an gesammelten Erfahrungen sich nicht auf das ganze Land übertragen ließen, und zum anderen war es die Sowjetunion, die die vom westlichen Ausland zunächst geächtete und isolierte Volksrepublik sofort als souveränen Staat anerkannte und bereits über mannigfaltige Erfahrungen bei der Schaffung eines sozialistischen Staates verfügte.

Das sowjetische Modell stand von nun an Pate beim Wiederaufbau des Landes. Die 1954 entstandenen Produktionskooperativen waren eine Kopie der sowjetischen Kolchosen. Die primäre Förderung der Schwerindustrie im ganzen Land, die zentrale Steuerung der Wirtschaft und der

¹⁰ Eine Volkskommune bestand aus ca. 20.000 Einwohnern und verwaltete die Bereiche der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, der sozialen Angelegenheiten und der Verteidigung in eigener Regie (vgl. GERNET 1988, S. 557f.).

¹¹ Die in der Provinz Shaanxi gelegene Stadt Yan'an war von 1937 bis 1947 die Kommandozentrale der KPCh. Während dieser Phase hatte sich Yan'an in ein riesiges soziales Experimentierfeld und in eine „Große Schule“ verwandelt. In Yan'an bildeten Arbeiter, Bauern, Soldaten, Lehrer und Führungskader eine gemeinsame Kampf-, Produktions- und Erziehungsgemeinschaft (vgl. WEGGEL 2002, S. 78f.).

1. FJP (1953-1957) stalinistischer Prägung sind weitere Belege für den Vorbildcharakter der Sowjetunion in dieser Phase. Bemerkenswert ist hierbei, dass China zum ersten Mal in seiner Geschichte im Begriff war, eine für seine Unabhängigkeit unerlässliche Großindustrie aufzubauen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass sich der Aufbau der Industrie und Infrastruktur nicht wie in der Phase der Halbkolonialisierung nur auf die ehemals prosperierenden Küstenprovinzen beschränkte, sondern sich erstmals über das ganze Land erstreckte. Es zeichneten sich jedoch schon zu jener Zeit erste Brüche bei der Übertragung des sowjetischen Wirtschaftsmodells auf China ab. Es bildeten sich „zwei Lager“ heraus: Die eine Gruppe um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping wollte vom eingeschlagenen Kurs nicht abweichen, der maoistische Flügel der KPCh trat hingegen für einen autochthonen Sonderweg ein, der sich am Geist von Yan'an orientierte. Die Maoisten setzten sich seinerzeit durch und erhöhten von nun an das Tempo der landwirtschaftlichen Kollektivierung (vgl. WEGGEL 2002, S. 80f.).

Im Rahmen des „Großen Sprung nach vorn“ (1958 bis 1960), einer breit angelegten Bewegung zur vollständigen Umformung der ländlichen und städtischen Gemeinschaften, erreichte die landwirtschaftliche Kollektivierung ihren Höhepunkt. Ziel dieser Bewegung und der neu formulierten Generallinie war es, ein rasches Wirtschaftswachstum auf allen Ebenen zu erzielen. Dieses Ziel versuchte man insbesondere mit der im Jahre 1958 durchgeführten Umwandlung der Kolchosen sowjetischer Prägung in Volkskommunen zu erreichen. Der „Große Sprung nach vorn“, der Teil der groß angelegten Politik der „Drei roten Banner“ war, mündete jedoch in einer Katastrophe. Die Ursachen für das Scheitern dieser Wirtschaftspolitik waren vielschichtiger Natur. Der primäre Trugschluss bestand darin, dass man glaubte, Landwirtschaft und Schwerindustrie mit gleicher Intensität und darüber hinaus landesweit mit hohem Tempo entwickeln zu können. Zu den ohnehin schon kapitalen Planungsfehlern kamen noch Naturkatastrophen hinzu, die die gesamtwirtschaftliche Lage der Nation noch zusätzlich schwächten. Das Zusammenspiel von Naturkatastrophen und Planungsfehlern mündete letztlich in einer drastischen Unterversorgung der ländlichen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Plausible Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen Herbst 1958 und Ende 1961 mindestens 19 Mio. Menschen den Hungertod fanden. Im 1997 von Stéphane Courtois herausgegebenen „Schwarzbuch des Kommunismus“, ist sogar von 40 Mio. Menschen die Rede, die der verfehlten Politik zum Opfer fielen (vgl. WEGGEL 2002, S. 85).

Der zuvor beschriebene wirtschaftliche Niedergang führte letzten Endes dazu, dass die Maoisten 1961 die Wirtschaftsführung an die Liuisten um den Reformer Liu Shaoqi übertrugen. Der 1961 beschlossene Alternativkurs, der dem Dengschen Reformprogramm der Jahre 1978/79 schon sehr ähnelte, sah die Wiederbelebung „materieller Anreize“ durch die Schaffung bedingt freier Märkte und die Duldung ländlicher Privatparzellen vor (vgl. SCHMIDT-GLINTZER 1999, S. 83). Die durch diese Maßnahmen einsetzende Konsolidierung der Wirtschaft führte zu einer beträchtlichen Steigerung des BIP in den Jahren 1963 bis 1965; in diesem Zeitraum konnte das reale Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) um beachtliche 32% von 314 auf 415 Yuan zulegen (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999).

Die Maoisten sahen diese Politik jedoch als revisionistisch an und starteten eine Gegenbewegung, die schließlich in die „Große Proletarische Kulturrevolution“ mündete. Das Ziel der von

1966 bis 1976 andauernden Kulturrevolution bestand in der der Schaffung eines «neuen Menschen in einer neuen Gesellschaft». Dieser Prozess sollte in drei Phasen verlaufen: Politischer Umsturz, wirtschaftliche Umwandlung und Sozialisierung des Denkens sowie des kulturellen Umfelds. Mao Zedong bediente sich in der Frühphase der Kulturrevolution vor allem der Jugend, die sich in so genannten „Roten Garden“ organisierte.¹² Die Rotgardisten verstanden sich als Exekutive (Umsetzung der ideologischen Vorstellungen Maos) und als Motor dieser Revolution. In der „heißen Phase“ der Kulturrevolution verfolgten, quälten, erniedrigten und töteten sie diejenigen, die sie als Konterrevolutionäre ansahen. Hierzu zählten lokale Führungskräfte, Intellektuelle und ehemalige Angehörige des Bürgertums (vgl. GERNET 1988, S. 559ff.; WEGGEL 2002, S. 86f.). Wie viele Menschen im Laufe der Kulturrevolution ihr Leben lassen mussten, kann nicht exakt ermittelt werden, da die Opferzahlen je nach Quelle zum Teil in beträchtlichem Maße voneinander divergieren. Es scheint jedoch allenthalben ein Grundkonsens zu bestehen, dass zwischen 500.000 bis einer Millionen Menschen dem Terror in dieser Epoche zum Opfer fielen. Andere Schätzungen hingegen gehen davon aus, dass mehrere Millionen Menschen umkamen, nicht zuletzt auch wegen der indirekten Auswirkungen der Kulturrevolution, wie beispielsweise schwere Hungersnöte, die infolge der bürgerkriegsähnlichen Zustände ausbrachen. Der erneute Linksruck wirkte sich jedoch nicht nur fatal auf die gesellschaftliche, sondern auch auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas aus.

Nach dem Tod Mao Zedongs († 09.09.1976) keimten die alten Machtkämpfe innerhalb der Partei wieder auf. Hierbei standen sich die Anhänger der pragmatischen „Zhou-Enlai-Linie“ und die der kulturrevolutionären Linken unvereinbar gegenüber. Nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen setzten sich schließlich 1977 die Reformer um Deng Xiaoping durch (vgl. SCHMIDT-GLINTZER 1999, S. 93f.). Die Rehabilitierung Deng Xiaopings und der in der Folge eingeleitete Richtungswechsel kann zu den bedeutendsten Wendepunkten in der neueren chinesischen Geschichte gezählt werden, da er die VR China aus ihrer Isolation befreit und wieder in die Riege der weltweit größten Wirtschaftsnationen zurückgeführt hat.

2.1.2.2 Von 1978 bis heute: Aufbau einer „sozialistischen Marktwirtschaft“

Mit der von Deng Xiaoping im Jahr 1978 eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik kam es zum massiven Bruch mit dem Maoismus, der die Entwicklung des Landes über Jahrzehnte hinweg gehemmt hatte, und zugleich zu einem Paradigmenwechsel in der Entwicklungsstrategie. Die zentralen Elemente des Maoismus (Klassenkampf, Massenkampagnen und Egalitarismus) wichen einer pragmatischen Politik, die vor allem die wirtschaftliche Modernisierung des Landes vorsah. Fortan beschritt man, zunächst jedoch noch inoffiziell, den Weg in eine „sozialistische Marktwirtschaft“ (vgl. HEILMANN 2005, S. 8). Als Ausgangspunkt sämtlicher in der Folgezeit vollzogener Reformen muss das von Zhou Enlai verfasste und letztlich von Deng Xiaoping umgesetzte Reformprogramm der „vier Modernisierungen“ angesehen werden. Dieses Reformpaket

¹² Die Rotgardisten und die Generation, aus der sie hervorgingen, werden oft auch als „verlorene Generation“ bezeichnet. Mehrere Jahre blieben im Verlauf der Kulturrevolution die Schulen und Universitäten im ganzen Land geschlossen, was dazu führte, dass Teilen einer ganzen Generation eine Ausbildung versagt blieb. Die Propagandaabteilung der chinesischen Regierung hat vor geraumer Zeit eine Verordnung erlassen, die jedwede Form der Rückschau oder die Würdigung dieser Epoche untersagt.

sah eine Modernisierung der vier Sektoren Industrie, Landwirtschaft, Verteidigung und Wissenschaft/Technik vor. Der Verlauf des Reformprozesses von 1978 bis heute lässt sich in fünf Teilabschnitte gliedern:

1. Phase (1979 – 1984): Reform der Landwirtschaft/außenwirtschaftliche Öffnung

Die 1978 eingeleiteten Reformen nahmen ihren Ausgangspunkt zunächst im Agrarsektor. In den Jahren nach 1979 wurde die landwirtschaftliche Produktion wieder schrittweise entkollektiviert; es wurden so genannte „*einzelwirtschaftliche Verantwortungssysteme*“¹³ geschaffen. Der bäuerliche Einzelhaushalt war fortan wieder die Standardeinheit landwirtschaftlicher Produktion. Ferner wurden die Bauern durch eine Preisreform und die Schaffung finanzieller Anreizsysteme wieder zu mehr Eigeninitiative motiviert (vgl. FISCHER 2005, S. 9). Ein immens wichtiger Bestandteil der Reformpolitik in dieser Phase war zudem die außenwirtschaftliche Öffnung Chinas, die in der Errichtung von zunächst vier Sonderwirtschaftszonen (SWZ) im Süden zum Ausdruck kam. Zuvor hatte die Zentralregierung bereits das zur damaligen Zeit für chinesische Verhältnisse bahnbrechende Gesetz über chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen erlassen. Zunächst galten die hermetisch abgeriegelten SWZ noch als kapitalistisches Experimentierfeld. Nach anfänglichen Schwierigkeiten entwickelten sie sich jedoch relativ rasch zu einem Erfolgsmodell, das man fortan nach und nach auf das ganze Land übertrug (vgl. Kap. 5.3.3).

2. Phase (1984 – 1988): Verlagerung des Reformschwerpunkts auf die Städte und den dort ansässigen industriellen Sektor

Stand in der ersten Reformperiode noch der ländliche Raum im Fokus der Reformbemühungen, so verlagerte sich der Reformschwerpunkt schließlich von 1984 an auf den industriellen Sektor und damit in den städtischen Raum. Der Hintergrund hierfür war, dass die Reformbemühungen im ländlichen Raum und in den SWZ sich als derart positiv erwiesen hatten, dass die Zentralregierung sie von nun an auch auf weitere Bereiche des Wirtschaftsgeschehens ausweiten wollte. Zunächst beschloss der Staatsrat im Jahr 1984, da sich die ersten vier SWZ sehr viel versprechend entwickelt hatten und der politische Druck anderer Provinzen, die sich benachteiligt fühlten, stetig zunahm, 14 weitere Küstenstädte für ADI zu öffnen. Den Industriebetrieben gewährte man in dieser Phase Schritt für Schritt mehr Eigenverantwortung und forderte von ihnen, die im fünfjährigen Dauerexperiment in der Landwirtschaft und den SWZ erfolgreich konzipierten Elemente zu übernehmen. Parallel dazu wurde die Preisreform beschleunigt vorangetrieben („*duales Preissystem*“: Planpreise für Produktionsmittel und Marktpreise für Konsumgüter), die dezentrale Entscheidungsgewalt der Staatsunternehmen gestärkt und die Entscheidungskompetenzen der lokalen Gebietskörperschaften ausgedehnt (vgl. TAUBE 2003, S. 6). Mitte 1988 traten schließlich die vom Staatsrat verabschiedeten „*Vorläufigen Bestimmungen zu Privatunter-*

¹³ Die Volkskommunen wurden bis 1982 schrittweise aufgelöst. An ihre Stelle trat das „*einzelwirtschaftliche Verantwortungssystem*“ bzw. „*Haushaltsverantwortungssystem*“ (HVS), das bis 1982 in ganz China umgesetzt wurde. Das HVS beinhaltete, dass die Bauern die Möglichkeit erhielten, langfristige Pachtverträge für ihr Land abzuschließen. Somit war der bäuerliche Einzelhaushalt fortan wieder die Standardeinheit landwirtschaftlicher Produktion. Die Pflichten des bäuerlichen Einzelhaushaltes gegenüber dem landbesitzenden Kollektiv wurden vertraglich festgelegt (z.B. zu produzierende Quote eines bestimmten Getreides). Den erwirtschafteten Ertragsüberschuss konnten die Bauern auf ländlichen Märkten verkaufen und sich somit ein zusätzliches Einkommen verschaffen (vgl. TAUBMANN 2003a, S. 4).

nehmen“ in Kraft. Die 1981 zugelassen Individualunternehmen wurden fortan durch Privatunternehmen, die nun keiner Limitierung der Beschäftigtenzahlen mehr ausgesetzt waren, ergänzt. Am 12. April 1988 verabschiedete der Nationale Volkskongress schließlich einen Zusatzartikel zu Artikel 11 der Verfassung, der die bis zu diesem Zeitpunkt gültige Praxis der Tolerierung formell illegaler privatwirtschaftlicher Aktivitäten, die über reine Individualunternehmen herausgingen, nun offiziell legalisierte (vgl. SEYFART 2005, S. 132f.).

3. Phase (1988 - 1992): Politische Reformbemühungen und Krise, Restrukturierung und Konsolidierung

Stand bis zum Jahr 1988 noch die Wirtschaft im Zentrum der Reformbemühungen, so widmete man sich von 1988 an zunehmend dem politischen System und seinen Strukturen. Die Reformer strebten hierbei eine schärfere Trennung von Partei- und Staatsorganen, die Stärkung der Volkskongresse, die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen, den Umbau des Kadersystems und die Erhöhung der Rechtssicherheit an (vgl. WEGGEL 2002, S. 95). Die Reformpläne, die partiell der 1985 in der Sowjetunion einsetzenden Perestroika ähnelten, stießen jedoch bei den konservativen Kräften innerhalb der KPCh auf heftigen Widerstand. In der Gesellschaft, und hier vor allem bei der akademischen Jugend, keimte jedoch der Wunsch auf, innerhalb des politischen Systems zukünftig vermehrt pluralistische und demokratische Elemente zu manifestieren. Zudem nahm in dieser Phase auch der Unmut in weiten Teilen der Bevölkerung zu, da sie zunehmend die negativen Begleiterscheinungen der Wirtschaftsreformen (ansteigende Korruption, hohe Inflationsrate, Verschärfung des Stadt-Land-Gefälles etc.) direkt zu spüren bekam. Der Ruf nach mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit wurde immer lauter und entlud sich letztendlich im Frühjahr 1989 in umfangreichen Studentenprotesten. Diese fanden schließlich am 4. Juni 1989 im so genannten Tiananmen-Massaker, dem rund 1.500 Demonstranten zum Opfer fielen, ihren Höhepunkt. Die Reformgegner sahen sich in ihrer Politik bestätigt und leiteten eine Phase der „Restrukturierung und Konsolidierung“ ein, die bis zum Jahre 1992 anhalten sollte. Die bis dahin durchgeführten Reformmaßnahmen wurden zwar nicht zurückgenommen, es setzte jedoch eine parteiinterne Diskussion über den Fortgang der Wirtschaftsreformen ein. Hierbei ging es um die zentrale Frage, ob man die Adaptierung marktwirtschaftlicher Elemente weiter intensivieren sollte oder nicht. Wie die kommenden Jahre jedoch zeigen sollten, wuchs insbesondere in dieser Phase unter den Reformern die Entschlossenheit, den eingeschlagenen und zuletzt stagnierenden Reformweg in Zukunft noch intensiver und konsequenter zu beschreiten. Den inneren Unruhen zum Trotz, begann China in dieser Zeitspanne eine „Außenpolitik im Büßergewand“ einzuleiten, die zur Aussöhnung mit fast allen ehemaligen Feinden führte (vgl. WEGGEL 2002, S. 97).

4. Phase (1992 bis heute): Fortsetzung/Intensivierung der Reformen, Öffnung der Binnenprovinzen für ausländische Direktinvestitionen

Als Sinnbild der zuvor beschriebenen Entschlossenheit der Reformkräfte kann die mittlerweile propagandistisch verklärte „Frühjahrsreise in den Süden“ von Deng Xiaoping im Jahr 1992 angesehen werden. Mit dem Besuch der südlichen Sonderwirtschaftszonen rund um Hong Kong und seinen dort gehaltenen Reden untermauerte Deng seine bisherige Politik und wies zugleich seine konservativen Widersacher in die Schranken. Die während der Reise übermittelte Kern-

botschaft Dengs wurde daraufhin relativ rasch im Oktober 1992 auf dem XIV. Parteitag mit der Erhebung des Konzepts der „sozialistischen Marktwirtschaft“ zum Leitprinzip der ordnungspolitisch-institutionellen Ausgestaltung der chinesischen Wirtschaftsordnung bestätigt. Waren die Reformbemühungen in den vorangegangenen Jahren deutlich ins Stocken geraten, so wurden sie in der Folgezeit wieder deutlich intensiviert: die Preisreform wurde vorangetrieben (Abkehr vom Primat staatlicher Preisfestsetzung), die Reform der Staatsbetriebe wurde beschleunigt (z.B. durch Umwandlung in Aktiengesellschaften), das Fiskalssystem wurde einer grundlegenden Reform unterzogen, und die außenwirtschaftliche Öffnung wurde weiter intensiviert (Öffnung sämtlicher Binnenprovinzen für ADI) (vgl. TAUBE 2003, S. 8; vgl. Kap. 5.3.3). Durch die Beschleunigung und Intensivierung der Reformmaßnahmen und die Manifestierung aller vorangegangenen Reformen wurde ein enormer Wachstumsschub ausgelöst, der bis zum heutigen Tage unvermindert anhält. Der am 11.12.2001 erfolgte Beitritt Chinas zur WTO markiert schließlich den bedeutendsten Meilenstein bei der Transformation der chinesischen Wirtschaftsordnung von der Plan- zur Marktwirtschaft. Die im Zuge des WTO-Beitritts weiter vorgeschrittene Liberalisierung des Außenhandels und die Öffnung zusätzlicher Branchen für ADI haben dazu geführt, dass die Verflechtung Chinas mit der Weltwirtschaft, sprich seine Einbindung in die internationale Arbeitsteilung, seitdem noch einmal einen spürbaren Schub erfahren hat.

In Tabelle 2.1 sind abschließend noch einmal die wichtigsten Eckdaten der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas seit Reformbeginn chronologisch dargestellt.

Tab. 2.1: Wichtige Eckdaten der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Chinas von 1978 bis heute (eigene Zusammenstellung in Anlehnung an diverse Literaturquellen)

Wirtschaftliche Entwicklung/Wirtschaftsstrukturereformen	Politische Entwicklung/Reformen
ERSTE PHASE (1979 – 1984)	
▪ Preisreformen und finanzielle Anreizsysteme (z.B. Anhebung der Ankaufpreise für Nahrungsmittel) ▪ Zulassung und Förderung ländlicher Märkte ▪ Schrittweise Entkollektivierung der Landwirtschaft ▪ Aufbau ländlicher Kleinindustrie ▪ Juli 1979: Gesetz über chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen ▪ 1981: Zulassung von Individualunternehmen (Limitierung auf sieben Beschäftigte) ▪ 1980: Einrichtung von vier SWZ für ADI: Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen	▪ 1978: 3. Plenum des XI. KP-Zentralkomitees: Partei weist der wirtschaftliche Modernisierung höchste Priorität zu: „Verlegung des Arbeitsschwerpunktes der Partei vom Klassenkampf auf die «vier Modernisierungen»“ ▪ Entmachtung Hua Guofengs durch Deng Xiaoping ▪ Deng löst nach Sun Yatsen (demokratische Experimente) und Mao Zedong (marxistisch inspirierter Klassenkampf) den dritten Modernisierungsschub des 20. Jahrhunderts aus ▪ 1980: Beitritt zum Internationalen Währungsfond (IWF) und zur Weltbank
ZWEITE PHASE (1984 – 1988)	
▪ Einführung eines „dualen Preissystems“: Planpreise für Produktionsmittel und Marktpreise für Konsumgüter ▪ 1984: Öffnung von 14 Küstenstädten für ADI ▪ 1985: drei „offene Wirtschaftszonen“: Perlfuss-Delta, Yangtze-Delta, Küstendreieck um die Provinz Fujian (um SWZ Xiamen) ▪ 1988: Die Provinz Hainan wird fünfte SWZ ▪ 1988: Zulassung von Privatunternehmen	▪ Permanente innerparteiliche Auseinandersetzungen über Tempo und Ausmaß der wirtschaftlichen und politischen Liberalisierungsschritte ▪ Deng Xiaopings Führungsrolle bleibt unangestastet

Fortsetzung von Tab. 2.1: Wichtige Eckdaten der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Chinas von 1978 bis heute

Wirtschaftliche Entwicklung/Wirtschaftsstrukturen	Politische Entwicklung/Reformen
DRITTE PHASE (1988 – 1992)	
▪ Hohe Inflationsrate ▪ Verlangsamung der Liberalisierungspläne und Versuch der Rezentralisierung der Wirtschaftssteuerung	▪ 1989: städtische Protestbewegung mündet in Tiananmen-Massaker ▪ zunehmende innerparteiliche Korruption ▪ „Außenpolitik im Büßergewand“: Aussöhnung mit fast allen früheren Feinden
VIERTE PHASE (1992 bis heute)	
▪ 1992: Öffnung weiterer Städte: Provinzhauptstädte im Binnenland, Städte entlang der Staatsgrenze und entlang des Yangtze ▪ 1993: Aufbau einer sozialistischen Marktwirtschaft offiziell in Parteistatuten übernommen ▪ 1993: Gesellschaftsgesetz: Zulassung von Kapitalgesellschaften: Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften ▪ 1993: Restrukturierung des Finanzsektors ▪ Entstaatlichung der Großunternehmen ▪ 2001: WTO-Beitritt ▪ 2000: Western Development Strategy (WDS) ▪ 2003: Strategy of Rejuvenating Northeast ▪ 2004: Rise of Central China Programme	▪ 1992: Deng Xiaopings „Frühjahrsreise in den Süden“: Forderung nach „Lernen von kapitalistischen Staaten“ und Beschleunigung der Reformpolitik; Aufbau einer „sozialistische Marktwirtschaft“ ▪ 1997/1999: Wiedereingliederung Hong Kongs bzw. Macaos als Sonderverwaltungszone: „Ein Land zwei Systeme“ ▪ Chinas „Ein-China-Politik“: Taiwan-Konflikt flammt wieder auf ▪ 1997: XV. Parteitag beschließt landesweite Durchsetzung von Dorfwahlen ▪ 2002: Öffnung der KPCh für Privatunternehmer ▪ 2004: Verfassungsrevision: Recht auf Privateigentum, Landreform und formeller Schutz der Menschenrechte

2.1.3 Die historische Entwicklung vom ersten Kaiserreich bis heute: Hintergründe und Erklärungsansätze für die aktuelle Situation Chinas

Nachfolgend wird dargelegt, dass es eine Vielzahl an historischen Weichenstellungen gab, die die Ausgestaltung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems bis zum heutigen Tage determinieren.

Besonders hervorzuheben ist zunächst, dass seit der Gründung des ersten Kaiserreichs bis zur Gegenwart dem Einheitsgedanken auf politischer Ebene eine sehr bedeutende Rolle zukommt. Der Blick auf die Geschichte Chinas zeigt jedoch auch, dass der von einer Zentrale her gelenkte Staat nur kurze Perioden hindurch Bestand hatte und die meiste Zeit der Zustand regionaler Vielfalt überwog (vgl. SCHMITD-GLINTZER 2002, S. 134). Durch die früh einsetzende Kolonialisierung von Randgebieten nahm die ethnische Vielfalt im Reich stetig zu. Aufgrund der ethnischen Vielfalt im Reich wurde schon im damaligen administrativen System den unter chinesischer Verwaltung stehenden Gebietskörperschaften ein unterschiedlicher Status zugewiesen. So verfügte beispielsweise Tibet während der Qing-Dynastie über den Status eines relativ liberalen Protektorates, während die Provinz Xinjiang militärisch besetzt und verwaltet war. Damals wie heute versuchte man, die von Minderheiten bewohnten Gebiete durch die Umsiedlung von Han-Chinesen fester an sich zu binden, sprich die dort ansässige Bevölkerung auf diesem Wege zu assimilieren. Diese Form der Assimilierungspolitik stößt jedoch schon seit jeher auf mehr oder minder großen Widerstand unter den chinesischen Minderheiten und hat deren Autonomiebestreben eher gefördert als gemindert. Die über Jahrhunderte andauernde Expansion des chinesischen Reiches hat somit dazu geführt, dass in China bis zum heutigen Tage immer wieder zentrifugale bzw. separatistische Tendenzen unter den ethnischen Minderheiten aufkeimen. Derartige Tendenzen treten insbesondere immer wieder in den formell autonomen Provinzen Xinjiang und Tibet zutage. Die Unruhen in Tibet im Vorfeld der Olympischen Spiele in Beijing 2008 stellen hierfür das jüngste Beispiel dar.

Betrachtet man nun aus heutiger Perspektive den in der Vergangenheit ausgedehnten wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einflussbereich Chinas auf dem asiatischen Kontinent, so erlangt man ein besseres Verständnis über den nach wie vor vorhandenen Führungsanspruch Chinas in der Region. Die außenpolitischen und -wirtschaftlichen Aktivitäten der VR China, die sie unter anderem in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) oder in der zunehmenden Kooperation mit dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) ausübt, deuten darauf hin, dass sie über kurz oder lang wieder die Führungsrolle in Asien anstrebt und dabei ist, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf seine Nachbarländer weiter zu vertiefen. Eine weitere Konsequenz der historischen Expansion Chinas ist, dass sich sein Territorium über mehrere, grundlegend verschiedene Naturräume erstreckt. Dies und die soziokulturellen Unterschiede innerhalb Chinas haben in der Vergangenheit die Herausbildung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes erschwert. Bis ins 19. Jhd. hinein entwickelte sich die chinesische Wirtschaft aufgrund der geringen Integration zwischen den Makroregionen nicht einheitlich. Aus diesem Grund konnte sich in der Vergangenheit bis auf wenige Phasen auch nie ein richtiger Binnenmarkt herausbilden. Dies hat letzten Endes die realwirtschaftliche Integration über Jahrhunderte hinweg gehemmt und zur Manifestierung der wirtschaftlichen Segmentierung zwi-

schen den Teilregionen beigetragen (vgl. HERRMANN-PILLATH 1995, S. 54ff). Der Blick in die Vergangenheit hat ferner gezeigt, dass damals wie heute die mangelnde und lückenhafte infrastrukturelle Erschließung Chinas einen der Hauptfaktoren für die regionalwirtschaftliche Desintegration und die Rückständigkeit des chinesischen Hinterlandes darstellt.

Wirft man nun einen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas in der Vergangenheit, so stellt man fest, dass China derzeit lediglich eine wirtschaftliche „Renaissance“ erlebt und dabei ist, seinen bedeutenden Stellenwert in der Weltwirtschaft, über den es bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts verfügte, wieder zu erlangen. Wie man den Tabellen 2.2 und 2.3 entnehmen kann, war es nämlich China, das bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts den größten Anteil an der Weltgüterproduktion stellte und gemessen am BIP nach Kaufkraftparität (in 1990 international dollars) die größte Volkswirtschaft der Welt war.

Tab. 2.2: Der Anteil Chinas und anderer Länder an der Weltgüterproduktion von 1750 bis 1913 (ausgewählte Jahre; Anteil in %) (BAIROCH 1982, S. 296)

Jahr	China	Japan	Russland	Großbritannien	Deutschland	USA
1750	32,8 (1.)	3,8	5,0	1,9	2,9	0,1
1800	33,3 (1.)	3,5	5,6	4,3	3,5	0,8
1830	29,8 (1.)	2,8	5,6	9,5	3,5	2,4
1860	19,7 (2.)	2,6	7,0	19,9	4,9	7,2
1880	12,5 (3.)	2,4	7,6	22,9	8,5	14,7
1900	6,2 (4.)	2,4	8,8	18,5	13,2	23,6
1913	3,6 (7.)	2,7	8,2	13,6	14,8	32,0

Tab. 2.3: Chinas Stellenwert in der Weltwirtschaft gemessen am BIP nach Kaufkraftparität von 1700 bis 2006 (ausgewählte Jahre) (MADDISON 1998, S. 40; MADDISON 2008)

Jahr	BIP (in Mio. 1990 international dollars; Rang)	Anteil am Welt-BIP (in %)	Pro-Kopf-BIP	Welt-BIP pro Kopf
1700	82.800 (2.)	22,3	600	615
1820	228.600 (1.)	32,9	600	667
1870	189.740 (1.)	17,1	530	873
1900	218.154 (2.)	11,1	545	1.262
1950	244.985 (4.)	4,6	448	2.113
1978	935.083 (4.)	4,9	978	4.432
2006	7.928.475 (2.)	16,8	6.048	7.285

Der historische Rückblick hat darüber hinaus offenbart, dass die chinesische Wirtschaft insbesondere in Phasen, in denen sie „nach außen“ geöffnet war, florierte. Die 1978 eingeläutete Öffnung Chinas belegt sehr eindrucksvoll, dass die chinesische Volkswirtschaft in hohem Maße von einer Einbindung in die internationale Arbeitsteilung profitiert. Ferner wurde deutlich, dass sich das heute unter regional- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten im Fokus stehende Entwicklungsgefälle zwischen dem Osten und Westen des Landes erst zu Beginn des 19. Jahrhundert herauskristallisierte. In den Jahrhunderten zuvor wurden diese von den interregionalen Unterschieden zwischen dem Norden und dem Süden Chinas bzw. zwischen der „gelben Kultur“ und der „blauen Kultur“ überlagert. Der über Jahrhunderte gewachsene Nord-Süd-Widerspruch ist nach wie vor existent. Noch heute gilt der südliche Teil Chinas im Vergleich zum Norden als aufgeschlossener und fortschrittlicher. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass der südliche Teil Chinas seit dem 11. Jhd. die wirtschaftlich aktivste Region Chinas ist, und zum anderen, dass von ihm seit jeher wichtige Reformimpulse ausgegangen sind. Der wirt-

schaftliche und politische Schwerpunkt des Reiches befand sich jedoch zunächst im Nordwesten Chinas um Xi'an und Luoyang. Erst ab dem 11. Jahrhundert verschob er sich dann langsam aber stetig gen Süden. Mit der im 19. Jahrhundert einsetzenden Kolonialisierung Chinas verlagerte er sich schließlich an die chinesische Ostküste, was einen spürbaren Anstieg der wirtschaftsräumlichen Disparitäten zwischen der Küstenregion und dem Hinterland nach sich zog. Da die Kolonialmächte China ein Standortschema aufzwangen, das die Küstengebiete präferierte, gewannen die Küstenstädte (z.B. Shanghai, Fuzhou, Qingdao etc.) enorm an Bedeutung, während traditionelle Städte wie Chengdu, Xi'an oder Luoyang ihren Einfluss und wirtschaftlichem Stellenwert allmählich einbüßten. Diese regionalen Verzerrungen haben zudem dazu beigetragen, dass sich in dieser Phase kein geschlossener Binnenmarkt herausbilden konnte (vgl. WEGGEL 2002, S. 73f.). Die Kolonialisierung hat China zudem das Erbe hinterlassen, dass es bis heute in zwei unterschiedliche Wirtschaftszonen unterteilt ist: das kommunistisch beherrschte Festland und die beiden westlich orientierten Sonderverwaltungszone Hong Kong und Macao sowie Taiwan. Aus politischen Gründen wiesen beide Zonen auf wirtschaftlicher Ebene bis Ende der 1970er Jahre nur einen sehr geringen Verflechtungsgrad auf. Dies änderte sich jedoch schlagartig mit der außenwirtschaftlichen Öffnung Chinas und der Schaffung der ersten vier SWZ in unmittelbarer Nähe zu Hong Kong und Taiwan. Die ersten SWZ wurden bewusst dort angesiedelt, um von der wirtschaftlichen Stärke Hong Kongs und Taiwans zu profitieren. Zudem erhoffte man sich, dass die Auslandschinesen (Guangdong und Fujian gehören seit jeher zu den traditionellen Auswanderungsprovinzen) dort investiv tätig werden. Der bis heute nicht abebbende Zufluss von Direktinvestitionen von Hong Kong nach Guangdong und von Taiwan nach Fujian ist ein Beleg dafür, dass dieses Kalkül aufgegangen ist (vgl. Kap. 3.2.3.7).

Die Kolonialisierung Chinas, der Krieg gegen Japan und der lang anhaltende Bürgerkrieg haben schließlich dazu geführt, dass die VR China bei ihrer Gründung am 1. Oktober 1949 hauptsächlich von politischer und wirtschaftlicher Desintegration geprägt war. Sofort begannen die Kommunisten unter Maos Führung mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und der sozialistischen Umgestaltung des Landes. Die maoistische Wirtschafts- und Investitionspolitik wies jedoch eine ausgeprägte regionale und industriestrukturelle Komponente auf, da der primäre Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung/Erschließung des chinesischen Hinterlandes und den Aufbau der Schwerindustrie gelegt wurde. Dies lässt sich exemplarisch an der regionalen Verteilung der staatlichen Investitionen in den Investbau (sog. Investment in Capital Construction)¹⁴ ablesen. Wie aus Tabelle 3.31 hervorgeht, stieg der Investitionsanteil der West- und Zentralregion am Gesamtvolumen seit der Staatsgründung von 46,8% in der ersten Planungsperiode (1953-1957) auf 64,7% in der dritten Planungsperiode (1966-1970) an. Die schwerpunktmäßige Ausrichtung der regionalen Strukturpolitik spiegelt sich auch in der Distanzveränderung der so ge-

¹⁴ Der Terminus „capital construction“ ist ein Begriff aus der sozialistischen Planwirtschaft. Unter ihm werden im engeren Sinn Investitionen in den Auf- und Ausbau der Infrastruktur und zur Schaffung von industriellen Grundlagen subsumiert.

nannten Investitionsgewichtungslinie¹⁵ zur Küste wider. Im Jahr 1952 betrug ihr Abstand zur Küste noch 530 km. In der ersten Planungsperiode vergrößerte er sich schon auf 756 km, in der zweiten Planungsperiode und der Readjustierungsphase (1958-1965) auf 864 km und in der dritten und vierten Planungsperiode (1966-1975) schließlich auf 925 km (vgl. ZENG 1992, S. 48ff.). Beim Abbau der interregionalen Disparitäten konnte die chinesische Zentralregierung mit ihrer auf Überwindung bestehender Disparitäten und räumlichen Ausgleich abzielenden Regionalpolitik durchaus Erfolge erzielen. So nahm der Anteil der Zentral- und Westregion am nationalen Bruttoproduktionswert (BPW) der Industrie in der Ära Mao Zedongs immerhin um 7,1 Prozentpunkte von 33,8% im 1. FJP (1953-1957) auf 40,9% im 4. FJP (1971-1975) zu; zum Vergleich: im 10. FJP (2001-2005) belief er sich nur noch auf 28% (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 2006; vgl. Tab. 3.32). Die in Kapitel 3.2.3.4 durchgeführte empirische Analyse der interregionalen Disparitäten (Ost-Mitte-West; Indikator reales Pro-Kopf-BIP) hat darüber hinaus gezeigt, dass diese sich von Anfang der 1950er Jahre bis Anfang der 1960er Jahre zunächst spürbar verringert hatten (vgl. Abb. 3.11).

Maos Regionalpolitik, die auf eine homogene Entwicklung aller Regionen abzielte, wirkt sich jedoch bis zum heutigen Tage nachhaltig auf die wirtschaftliche Situation des chinesischen Hinterlandes aus. Dies spiegeln insbesondere die strukturellen Defizite derjenigen Provinzen, die im Rahmen der so genannten „Dritte Front“-Strategie¹⁶ die Regionen der „Dritten Front“ bildeten, wider (vgl. Abb. 2.2). Belief sich der Anteil staatlich gelenkter Unternehmen am BPW der Industrie im gesamtchinesischen Durchschnitt in 2007 „nur“ noch auf 29,5%, so fiel er hingegen in denjenigen Provinzen, die die „Dritte Front“-Region bildeten, immer noch deutlich höher aus (z.B. Gansu 80,2%, Guizhou 63,8%, Shaanxi 70,5%; eigene Berechnung nach NBSC 2008). Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum diese Provinzen heute besonders stark unter dem sich vollziehenden Strukturwandel und dem damit verbundenen Anpassungsdruck leiden. An dieser Stelle sei jedoch auch darauf hingewiesen, dass im Rahmen der „Dritten Front“-Strategie durchaus auch Grundlagen geschaffen wurden, die sich im Nachhinein als positiv für die ökonomische Entwicklung des chinesischen Hinterlandes erwiesen. So wurden seinerzeit massive Investitionen in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Bildungsinfrastruktur im Landesinneren getätigt.

¹⁵ Die Investitionsgewichtungslinie wird wie folgt berechnet: $S = \sum D_n \times I_n / \sum I_n$; wobei S = Distanz der Gewichtungslinie aller Investitionen zur Küste, D_n = Distanz der jeweiligen Provinzhauptstadt zum nächsten Meereshafen (Länge der jeweiligen Eisenbahnstrecke oder Wasserstraße). Wenn die Provinzhauptstadt am Meereshafen liegt, wird „1“ als Distanz angenommen, I_n = Die Investitionssumme der Provinz in der jeweiligen Zeitperiode (vgl. ZENG 1992, S. 48ff.).

¹⁶ Die „Dritte Front“-Strategie, die intensiv von 1964 bis 1971 und von da ab in abgeschwächter Form bis 1980 umgesetzt wurde, war in hohem Maße militärstrategisch geprägt. Vor dem Hintergrund eines möglichen Krieges wurde in mehreren Phasen die Industrialisierung des chinesischen Hinterlandes massiv vorangetrieben. Man ging hierbei sogar soweit, dass man wichtige Industriebetriebe von der Küste ins Hinterland verlagerte, um sie vor möglichen Angriffen zu schützen. Die industrielle Standortwahl orientierte sich somit nicht an der wirtschaftlichen Effizienz, sondern das Ziel dieser Politik bestand vielmehr darin, wirtschaftlich autarke Regionen zu schaffen, damit diese sich im Falle eines Krieges selbstständig versorgen könnten.

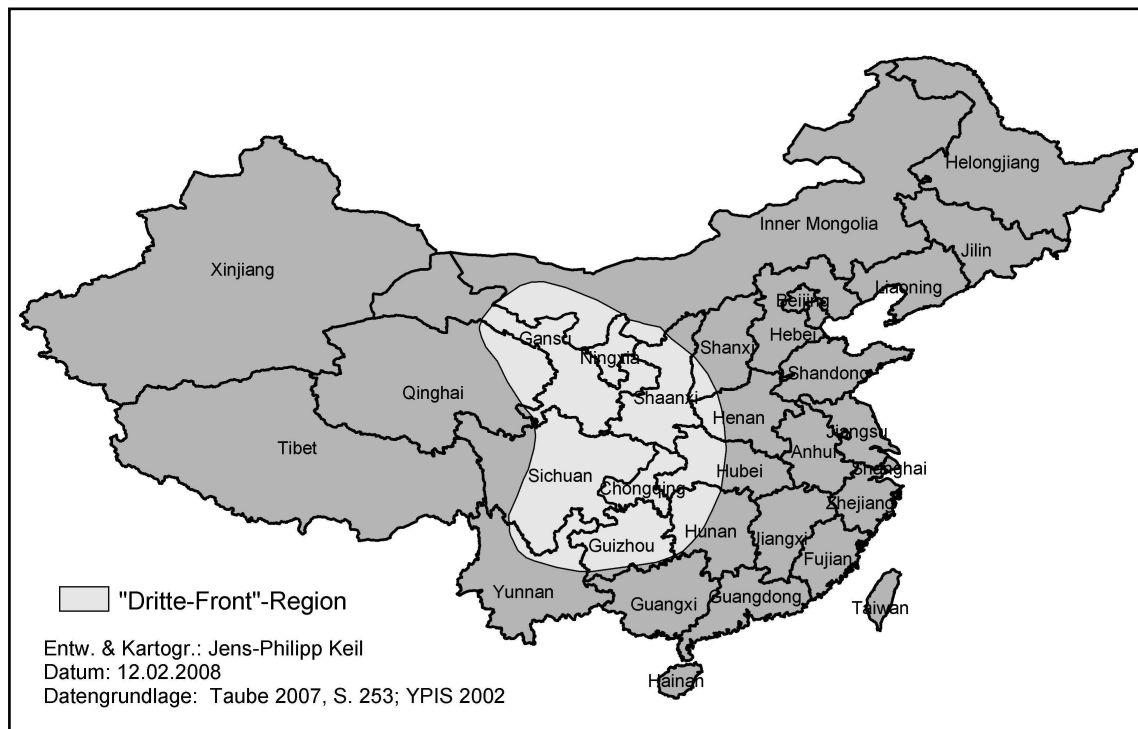


Abb. 2.2: Räumliche Lage der „Dritten Front“-Regionen

Außer Frage steht, dass die einseitige Förderung der Binnenprovinzen zu erheblichen Fehlallokationen geführt und das gesamtwirtschaftliche Wachstum Chinas in dieser Phase ausgebremst. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die wirtschaftliche Entwicklung Chinas in der Ära Mao Zedongs stagnierte. So wuchs das reale Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) zwischen 1952 und 1978 im jährlichen Durchschnitt um beachtliche 4,1% (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999). Die Auswirkungen der maoistischen Wirtschafts- und Regionalpolitik werden in der wissenschaftlichen Literatur jedoch immer noch kontrovers diskutiert. Ein zentraler Diskussionspunkt ist, ob in der Mao-Ära eine Integration oder Desintegration der chinesischen Wirtschaftsräume stattgefunden hat. HERRMANN-PILLATH (1995: 60) vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass sowohl Dezentralisierung als auch Zentralisierung unter den Bedingungen einer Zentralverwaltungswirtschaft integrationsmindernd wirken. Demzufolge dürfte Maos Wirtschafts- und Regionalpolitik zur weiteren Desintegration des chinesischen Wirtschaftsraumes beigetragen haben; in diesem Zusammenhang spricht man auch von einer „Zellularisierung“ der Wirtschaft, die unter Mao stattgefunden hat (vgl. HERRMANN-PILLATH 1995, S. 59). Letzten Endes hat die Politik Maos dazu geführt, dass die chinesischen Provinzen mit einem ganz unterschiedlichen Erbe in die Reformära eingetreten sind und auch noch bis zum heutigen Tage „belastet“ sind.

Nach den demokratischen Experimenten des einstigen Republikgründers Sun Yatsen und dem marxistischen Klassenkampf Maos war es schließlich Deng Xiaoping, der ab 1978 den dritten, bis heute anhaltenden, Modernisierungsschub des 20. Jahrhunderts auslöste (vgl. WEGGEL 2002, S. 92). Der radikale Bruch mit der Politik Maos, die schrittweise Liberalisierung der Wirtschaft sowie die Öffnung Chinas für ausländische Investoren stellen einen der bedeutendsten Wendepunkte in der neueren chinesischen Geschichte dar. Die von Deng vorgenommenen Readjustierungen im wirtschaftlichen System prägen das heutige China mit all seinen Potentia-

len und Herausforderungen mit am nachhaltigsten. Ähnlich wie die maoistische, wies auch die Dengsche Wirtschafts- und Investitionspolitik eine starke regionale und strukturelle Komponente auf, diesmal jedoch unter umgekehrten Vorzeichen. Stand unter Mao noch die Förderung des chinesischen Hinterlandes und der Schwerindustrie ganz oben auf der Agenda, so wurde unter Deng der Entwicklung der Küstenregion und der Leichtindustrie absolute Priorität beigemessen. Mehrere Motive veranlassten die Zentralregierung jedoch zunächst nur ausgewählte Küstengebiete für ausländische Investoren zu öffnen. Zu den Hauptmotiven zählte unter anderem, dass man dadurch den Verlauf und die Folgen der Investitionsdynamik besser kontrollieren konnte und diesen Regionen aufgrund ihrer räumlichen Nähe zu Hong Kong und Taiwan das notwendige Potential für eine rasche und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zuschrieb (vgl. LIEFNER 2006, S. 26ff.). Trotz der sukzessiven Ausdehnung von geöffneten Städten und Wirtschafts- bzw. Investitionsförderzonen auf das ganze Land haben sich die interregionalen Disparitäten seit Reformbeginn nahezu kontinuierlich verschärft (vgl. Abbildungen 3.10 und 3.11). Die von Deng erhofften Diffusionseffekte (vgl. Kap. 3.1.2.2), die von den Küstenprovinzen ausgehen und die Entwicklung der Binnenprovinzen stimulieren sollten, sind nämlich weitestgehend ausgeblieben bzw. haben nur eine räumlich sehr begrenzte Wirkung entfalten können (vgl. Kap. 3.3.2).

Rückblickend lässt sich festhalten, dass im Verlauf des Reform- bzw. Transformationsprozesses die innergesellschaftlichen und wirtschaftsräumlichen Disparitäten erheblich zugenommen haben. Diese spiegeln sich aktuell insbesondere in den ausgeprägten Ost-West-Disparitäten und dem starken Stadt-Land-Gefälle wider. Die deutliche Zunahme des Gini-Koeffizienten ist ein Beleg dafür, dass sich Chinas Gesellschaft seit Reformbeginn von einer relativ egalitären zu einer der weltweit ungleichsten entwickelt hat (vgl. Kap. 1.1). Dies hat zur Folge, dass der Unmut innerhalb der Bevölkerung rapide zugenommen hat.

Die wachsende Unzufriedenheit der Menschen findet immer öfter ihren Ausdruck in Demonstrationen, lokalen Unruhen und Streiks. Waren im Jahr 1994 noch 730.000 Menschen an Protestaktionen beteiligt, so waren es im Jahr 2004 bereits 3,76 Millionen. Vor allem im ländlichen Raum nehmen die Protestaktionen gegen Korruption, Landenteignung und willkürliche Steuerbelastung zu (vgl. KEIDEL 2006, S. 2; SHIRK 2007, S. 56). Wirft man nun einen Blick auf die Geschichte Chinas, so stellt man fest, dass sich die innere Stabilität Chinas auf Dauer nur aufrechterhalten lässt, wenn im ländlichen Raum ein gewisses Maß an sozialer Stabilität und Ausgewogenheit vorherrscht. Nicht zuletzt die chinesische Revolution hat eindrucksvoll gezeigt, dass eine organisierte Bauernschaft einen gewichtigen und nicht zu unterschätzenden Machtfaktor im politischen System Chinas darstellen kann.

2.2 CHINA AM BEGINN DES 21. JAHRHUNDERTS: POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE BESTANDSAUFNAHME

Im nachfolgenden Kapitel wird der gegenwärtige Entwicklungsstand Chinas in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dargestellt und erläutert. Kapitel 2.2.1 liefert zunächst einen kurzen, prägnanten Überblick über das politische und administrative System der VR China. Daran anschließend werden in Kapitel 2.2.2 das wirtschaftliche Entwicklungsniveau Chinas und in Kapitel 2.2.3 der sozioökonomische Entwicklungsstand der chinesischen Gesellschaft dargestellt und im internationalen Kontext eingeordnet.

2.2.1 Das Politische und administrative System der VR China

Staatsaufbau der VR China

Die politische Institutionenordnung, sprich der Staatsaufbau der VR China, stimmt in seinen wesentlichen Grundzügen mit dem Modell der ehemaligen Sowjetunion überein, beinhaltet aber zugleich auch spezifische chinesische Eigenarten. Die Grundstrukturen der Verfassungs- und Staatsordnung der VR China sind jedoch weitestgehend von der Sowjetunion adaptiert worden: Diktatur unter Führung der KPCh und Gewaltenkonzentration statt Gewaltenteilung im Hinblick auf exekutive, legislative und judikative Funktionen (vgl. HEILMANN 2004, S. 65).

Formell setzt sich der politische Apparat Chinas aus der KPCh, dem Staat, den Massenorganisationen und den gesellschaftlichen Gruppierungen zusammen. Ähnlich wie in der ehemaligen Sowjetunion stützt sich die politische Herrschaft auf eine Kaderpartei – die KPCh. Nach der letzten statistischen Erhebung der KPCh im Jahr 2005 belief sich die Anzahl ihrer Mitglieder auf 70,8 Mio. (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 19.06.2006). Die KPCh verfügt, ähnlich wie ihr ehemaliges sowjetisches Pendant die KPdSU, über faktisch uneingeschränkte Macht in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Somit bildet sie den Kern und das Gerüst des Herrschaftssystems der VR China. Die Führungsrolle der KPCh in Staat und Gesellschaft ist sowohl in der Verfassung, wie auch im Parteistatut festgeschrieben. Obschon in der VR China acht so genannte „Demokratische Parteien“¹⁷ existieren und von offizieller Seite von einem Mehrparteiensystem gesprochen wird, muss die VR China jedoch als autoritäres Ein-Parteien-System eingestuft werden, das sich auf eine zentralisierte sozialistische Parteidiktatur stützt.

Auf staatlicher Ebene stellt der Nationale Volkskongress (NVK) als Gesetzgebungsorgan formell das oberste Organ der Staatsmacht dar. Die rund 3.000 Abgeordneten des NVK werden von den Volkskongressen auf Provinzebene für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Der NVK tritt jedoch nur einmal im Jahr zu einer ein- bis zweiwöchigen Plenartagung zusammen. Er wählt den Staatspräsidenten, den Staatsrat, den Obersten Volksgerichtshof, die Zentrale Militärkommission und die Oberste Staatsanwaltschaft. Da diese Wahlen jedoch nur auf Vorschlag der KPCh geschehen, ist der Einfluss des NVK innerhalb des politischen Systems eher gering einzuschätzen. Der Stän-

¹⁷ Die acht existierenden „Demokratischen Parteien“ sind als Organe der „Einheitsfront“ der KPCh untergeordnet und stehen in keinem politischen Wettbewerb mit der KPCh bzw. untereinander, sondern sie sind vielmehr ein von der KPCh eingesetztes und kontrolliertes Konsultativorgan (vgl. HEILMANN 1997a, S. 47).

dige Ausschuss des NVK, welcher 174 Mitglieder (Stand 2005) zählt, gilt insgeheim als „Ersatzparlament“, da er zum einen alle ein bis zwei Monate tagt und zum anderen die Mehrzahl der Gesetze verabschiedet sowie internationale Abkommen ratifiziert (vgl. HEILMANN 2005, S. 23).

Der Staatsrat (zentrale Volksregierung), der als Exekutivorgan des NVK und dessen Ständigen Ausschuss fungiert, ist verfassungsmäßig das höchste Organ der Staatsverwaltung. Dem Staatsrat gehören der Ministerpräsident, dessen Stellvertreter, die Minister und die Vorsitzenden der Kommissionen (Staatsratskommissare) an. Als Leiter des Staatsrates bzw. als Regierungschef verfügt der Ministerpräsident (seit 2003 Wen Jiabao) über eine sehr große Machtfülle. Darüber hinaus ist er oberster Planer, Chef der staatlichen Landwirtschaftsflächen, höchste Instanz des Wissenschaftsmanagements, oberster Richtliniengeber für die staatlich gelenkte Presse und indirekt auch die oberste Gerichtinstanz und oberster Staatsanwalt in einer Person, da de facto immer noch keine unabhängigen Gerichte existieren (vgl. HEILMANN 2005, S. 23; WEGGEL 2002, S. 133ff.). An der Spitze des Staates steht jedoch der Staatspräsident (seit 2003 Hu Jintao). Staatspräsident Hu Jintao bekleidet zugleich auch die Ämter des Generalsekretärs der KPCh und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission der Volksbefreiungsarmee (VBA). Durch diese Machtbündelung verfügt er über weitreichende Kompetenzen und wird somit als der neue „Paramount Leader“¹⁸ Chinas bezeichnet.

Neben dem Partei- und Staatsapparat zählen auch die unmittelbar von der KPCh gesteuerten und kontrollierten Massenorganisationen zur formellen Machtstruktur. Die Massenorganisationen sollen nach WEGGEL (2002: 135) „... als Transmissionsriemen zwischen Führung und Gewerkschaften, Frauenverbänden, den „Acht Demokratischen Parteien“ und gesellschaftlichen Gruppierungen dienen.“ Der VBA kommt neben dem Staatsapparat und den Massenorganisationen als wichtiges Vollzugswerkzeug der KPCh auch eine große Bedeutung zu. Aufgrund der gemeinsamen Erfahrungen auf dem „Langen Marsch“ sowie der Mithilfe beim Aufbau der sozialistischen Volksrepublik ist die VBA personell eng mit der KPCh verflochten und konnte sich somit bis heute nicht als unabhängige Kraft etablieren (vgl. SCHUBERT 1996, S. 3).

Neben den zuvor dargestellten formellen Strukturen (Partei- und Staatsorgane) existieren in der VR China jedoch auch zahlreiche informelle Machtstrukturen wie zum Beispiel die Danweis oder Guanxi.¹⁹ Die politische Realität in China hat jedoch gezeigt, dass die formelle Machtfülle

¹⁸ „Paramount Leader“ (zu dt. „überragender Führer“) ist ein feststehender Ausdruck, der vor allem in der anglo-amerikanischen Politikwissenschaft gebräuchlich ist. Hauptsächlich findet dieser Begriff seine Verwendung in Zusammenhang mit der VR China und ihrem politischen System. Als Paramount Leader wird der eigentliche Staatsführer bezeichnet. Dieser muss nicht zwangsläufig offizielle Regierungsämter innehaben; historische Beispiele hierfür sind z.B. Mao Zedong und Deng Xiaoping. In der modernen chinesischen Politikwissenschaft versteht man unter dem Begriff denjenigen Politiker, der die drei Ämter Generalsekretär der KPCh, Staatspräsident und Vorsitzender der Militärkommission innehat. Nach Jiang Zemin (1992-2004) ist Hu Jintao (seit 2004) erst der zweite Politiker Chinas, der diese Ämter in einer Person vereint.

¹⁹ Als Danweis werden die Basisorganisationen von Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft im städtischen Raum bezeichnet. Eine elementare Funktion der Danweis besteht in der politischen Kontrolle der Bevölkerung. Seit den 1978 eingeleiteten Reformen kam es jedoch zu einer zunehmenden Erosion des Danwei-Systems, da viele Staatsbetriebe geschlossen oder privatisiert wurden. Dem Verlust der Danweis versucht man seit 1999 durch die Etablierung so genannter Shequ-Komitees (Einwohnerkomitees) zu begegnen (vgl. GÖBEL & HEBERER 2004, S. 5f.). CHEN & CHEN (2004: 306) definieren Guanxi (Netzwerke/Beziehungen) als „... an informal, particularistic personal connection between two individuals who are bounded by an implicit psychological contract to follow the social norm of guanxi such as maintaining a longterm relationship, mutual commitment, loyalty, and obligation.“

häufig durch verdeckte Einflusshierarchien und informelle Entscheidungsverfahren unterlaufen wird. Die eigentliche Macht bzw. die politische Führung liegt somit in den Händen eines exklusiven Zirkels. Diese gleichsam elitäre Gruppe, die sich um den Staatspräsidenten schart, stellt somit das eigentliche Machtzentrum Chinas dar. WEGGEL (2002: 133) bezeichnet vor diesem Hintergrund die formellen Organe und Strukturen als „*organogrammische Torsi*“, die „*in der Landschaft herumstehen*“.

Der im Zuge der Ende der 1970er Jahre eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik ausgelöste wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel hat jedoch im politischen System Chinas, das gemeinhin als äußerst starr angesehen wird, deutliche Spuren hinterlassen und zu einer neuen politischen Offenheit geführt (vgl. Kap. 2.3.1).

Administratives System der VR China

Das administrative System der VR China untergliedert sich hierarchisch in fünf Haupt- und zwei Sonderebenen. Die Provinzebene stellt die erste Verwaltungsebene dar. In der VR China verfügen derzeit 33 Verwaltungseinheiten über den Status einer Provinz. Neben den 22 Provinzen verfügen auch die vier „Regierungsunmittelbare Städte“ und die fünf „Autonomen Gebiete“ über den Provinzstatus. Die beiden Sonderverwaltungszone Hong Kong und Macao wurden nach ihrer Rückgabe an die VR China im Jahre 1997 bzw. 1999 unter dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ wieder in die VR China eingegliedert und werden von offizieller Seite auch als Verwaltungseinheit auf Provinzebene geführt. Da beide jedoch auch nach ihrer Wiedereingliederung über einen weitestgehend autonomen Status verfügen, bilden sie eine der beiden Sonderebenen im administrativen System der VR China. Das unabhängige Taiwan, das international nur von wenigen Regierungen de jure als souveräner Staat anerkannt ist, wird von offizieller Seite als 23. Provinz der VR China geführt. Wie man aus den Tabellen 2.4 und 2.5 entnehmen kann, divergiert nicht nur die Größe und die Bevölkerungsdichte der Provinzen erheblich, sondern auch ihre Entscheidungsbefugnisse.

Tab. 2.4: Chinas Provinzen: Fläche, Einwohnerzahl und Bevölkerungsdichte im Jahr 2008 (eigene Berechnung nach HKTDC 2009; NBSC 2009)

	Fläche (in km²)	Anteil an der Gesamt- fläche (in %)	Bevölkerung (in Mio.)	Anteil an der Gesamt- bevölkerung (in %)	Bevölke- rungsdichte (EW/km²)
Provinzen					
Anhui	139.400	1,5	61,35	4,6	440
Fujian	121.400	1,3	36,04	2,7	297
Gansu	454.000	4,7	26,28	2,0	58
Guangdong	179.600	1,9	95,44	7,2	531
Guizhou	176.100	1,8	37,93	2,9	215
Hainan	33.900	0,4	8,54	0,6	252
Hebei	187.700	2,0	69,89	5,3	372
Heilongjiang	454.000	4,7	38,25	2,9	84
Henan	167.000	1,7	94,29	7,1	565
Hubei	187.500	2,0	57,11	4,3	305
Hunan	210.800	2,2	63,80	4,8	303
Jiangsu	102.600	1,1	76,77	5,8	748
Jiangxi	166.900	1,7	44,00	3,3	264
Jilin	187.400	2,0	27,34	2,1	146
Liaoning	145.900	1,5	43,15	3,2	296
Qinghai	721.000	7,5	5,54	0,4	8
Shaanxi	205.800	2,1	37,62	2,8	183
Shandong	153.800	1,6	94,17	7,1	612
Shanxi	156.800	1,6	34,11	2,6	218
Sichuan	485.000	5,1	81,38	6,1	168
Yunnan	394.000	4,1	45,43	3,4	115
Zhejiang	101.800	1,1	51,20	3,9	503
Regierungsunmittelbare Städte					
Beijing	16.807	0,2	16,95	1,3	1009
Chongqing	82.403	0,9	28,39	2,1	345
Tianjin	11.000	0,1	11,76	0,9	1069
Shanghai	6.340	0,1	18,88	1,4	2978
Autonome Gebiete					
Guangxi	236.700	2,5	48,16	3,6	203
I. Mongolei	1.183.000	12,3	24,14	1,8	20
Ningxia	66.000	0,7	6,18	0,5	94
Tibet	1.228.400	12,8	2,87	0,2	2
Xinjiang	1.660.000	17,3	21,30	1,6	13
Sonderverwaltungszonen					
Hong Kong	1.104	0,0115	6,98	-	6322
Macao	29	0,0003	0,55	-	18966
VR CHINA	9.598.094	100	1.328,02	100	138

Die Spanne reicht von der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai mit einer Fläche von 6.340 km² bis zur Nordwestprovinz Xinjiang, die eine Fläche von 1.660.000 km² aufweist (zum Vergleich: die Fläche Deutschlands beträgt 357.050 km²). Aufgrund der vielfältigen Raumstruktur und der unterschiedlichen natürlichen Ausstattung innerhalb Chinas (vgl. Kap. 3.3.1), stellt sich die Verteilung der Bevölkerung über den Raum nicht gleichmäßig dar. Die Bevölkerungsdichte unter den Flächenprovinzen (ohne die regierungsunmittelbaren Städte) reichte im Jahr 2008 von 2 EW/km² (Tibet) bis 748 EW/km² (Jiangsu).

Tab. 2.5: Entscheidungsbefugnisse der Verwaltungseinheiten auf Provinzebene in der politischen Praxis (leicht modifiziert nach HEILMANN 2004, S. 105)

Verwaltungseinheit	Anzahl	Entscheidungsbefugnisse	Politische Bedingungen für regionale Entscheidungsbefugnisse
Sonderverwaltungszonen	2	groß	Völkerrechtliche Verträge (sog. Joint Declarations), Basic Laws, strategische Kalküle der Zentralregierung hinsichtlich Taiwans
Provinzen	22	gering bis mittel	Unterschiede je nach wirtschaftlicher Stärke, fiskalischer Verhandlungsmacht und Politikbereich sowie je nach Verbindungen der regionalen Führung zu Entscheidungsträgern in der Zentralregierung
Regierungsunmittelbare Städte	4	gering bis mittel	
Autonome Gebiete (Minderheiten-Gebiete)	5	gering	In politischen Fragen sehr geringe Autonomie. In Kulturförderung, Ausbildung und Wirtschaftsförderung etwas größere Befugnisse.

Auf der zweiten Verwaltungsebene, der Bezirksebene, existieren 333 Bezirksstädte, Regierungsbezirke und bezirksgleiche Verwaltungseinheiten, von denen 30 über einen formell autonomen Status verfügen. Auf der darunter liegenden Kreisebene existieren 2.862 Kreise bzw. kreisgleiche Verwaltungseinheiten (meist Städte mit Kreisstatus), von denen 120 einen autonomen Status innehaben. Auf der Gemeindeebene gibt es 41.636 Gemeinden, Kleinstädte und städtische Wohnviertel; von diesen besitzen 1.173 einen autonomen Status (vgl. INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2005; NBSC 2006). Die letzte Verwaltungsebene bilden Dörfer und Straßenzüge, in denen seit geraumer Zeit ein System begrenzter Selbstverwaltung praktiziert wird; seit 1997 werden landesweit die Dorfleitungen in direkter und geheimer Wahl bestimmt. Neben den beiden Sonderverwaltungszonen bildet die so genannte „Sekundärprovinzebene“ von zurzeit 15 Großstädten (darunter ausgewählte Provinzhauptstädte und SWZ) den zweiten Sonderfall innerhalb des administrativen Systems. Diesen Städten, die von überregionaler Bedeutung sind, hat die Zentralregierung im wirtschaftlichen Bereich mehr Eigenverantwortung übertragen (vgl. HEILMANN 2004, S. 104).

2.2.2 Entwicklungsstand der chinesischen Volkswirtschaft

Größe und Struktur der chinesischen Volkswirtschaft

Wie man aus Tabelle 2.6 entnehmen kann, war die VR China gemessen am BIP im Jahr 2008 hinter den USA und Japan die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, wenn die nationale Leistungserbringung über Wechselkursverhältnisse verglichen wird. Die VR China hat innerhalb von drei Jahren die drei klassischen Industrienationen Frankreich (2005), Großbritannien (2006) und Deutschland (2007) „überholt“ und auf die nachfolgenden Plätze verwiesen (vgl. IMF 2009). Dass China bereits im Jahr 2005 Frankreich von Platz fünf verdrängt hat, ist jedoch nicht nur der Tatsache geschuldet, dass das chinesische BIP in 2005 im Vergleich zum Vorjahr real um kräftige 11,2% zulegen konnte, sondern hing vielmehr mit der Neuberechnung des Bruttoinlandsproduktes durch das Statistische Amt der VR China zusammen. Diese hatte zu einer Aufwärtsrevision des BIP um fast 17% nach oben geführt (vgl. EZB 2006, S. 15). Insbesondere der inzwischen stark gewachsene Dienstleistungssektor wurde bei der Neuberechnung des BIP deutlich nach oben korrigiert (vgl. Tab. 2.8).

Tab. 2.6: Die sechs größten Volkswirtschaften der Welt gemessen am BIP nach aktuellen Wechselkursen im Jahr 2008 (vgl. IMF 2009; US CENSUS BUREAU 2009)

Volkswirtschaft	BIP (in Mrd. USD)	Anteil am Welt-BIP (in %)	Pro-Kopf-BIP (in USD)
Welt	60.690	100	9.084
USA	14.264	23,5	46.859
Japan	4.924	8,1	38.559
VR China	4.402	7,3	3.315
Deutschland	3.668	6,0	44.660
Frankreich	2.866	4,7	46.016
Großbritannien	2.674	4,4	43.785

Legt man hingegen die Kaufkraft des BIP²⁰ zugrunde, dann war die VR China im Jahr 2008 hinter den USA und mit deutlichem Abstand vor Japan bereits die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt (vgl. Tab. 2.7). Berücksichtigt man jedoch die Bevölkerungszahl Chinas, dann ergibt sich ein umgekehrtes Bild. Das Pro-Kopf-BIP Chinas liegt sowohl im Wechselkurs- als auch im Kaufkraftparitäten-Vergleich deutlich unter dem globalen Durchschnitt, was zeigt, dass China immer noch als Entwicklungsland eingestuft werden muss.

Tab. 2.7: Die sechs größten Volkswirtschaften der Welt gemessen am BIP nach Kaufkraftparität im Jahr 2008 (vgl. IMF 2009; US CENSUS BUREAU 2009)

Volkswirtschaft	BIP (in Mrd. current international dollars)	Anteil am Welt-BIP (in %)	Pro-Kopf-BIP (in current international dollars)
Welt	68.997	100	10.327
USA	14.265	20,7	46.859
VR China	7.916	11,5	5.963
Japan	4.354	6,3	34.100
Indien	3.288	4,8	2.762
Deutschland	2.910	4,2	35.442
Großbritannien	2.231	3,2	36.523

Mit einem Pro-Kopf-BIP (nach aktuellen Wechselkursen) von 3.315 USD belegte die VR China im Jahr 2008 von insgesamt 180 erfassten Ländern lediglich den 105. Rang und mit einem Pro-Kopf-BIP (nach Kaufkraftparität) von 5.963 international dollars den 101. Rang. Diesen Werten entspricht die Einstufung durch den Internationalen Währungsfonds in die Ländergruppe der so genannten „emerging and developing economies“ (vgl. IMF 2009). Das auf der so genannten Atlas-Methode²¹ der Weltbank berechnete durchschnittliche Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen (GNI p.c.) belief sich im Jahr 2007 auf 2.360 USD. Mit diesem Pro-Kopf-Wert belegte China den

²⁰ Internationale Einkommensvergleiche bzgl. der Höhe der volkswirtschaftlichen Leistungserbringung sind mit dem Problem behaftet, dass wichtige Ergebnisgrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (z.B. BIP) nur in der jeweiligen Landeswährung vorliegen. Folglich müssen sie für einen Vergleich in eine gemeinsame Einheit/Währung umgerechnet werden (z.B. USD). Die Währungskurse geben jedoch oft ein verzerrtes Bild vom tatsächlichen Wert einer Währung im Ausland wieder, da sie oftmals unter- oder überwertet sind. Demgegenüber liegt ein Vergleich mittels Kaufkraftparitäten näher an der Realität, da nicht nur die unterschiedlichen Währungen in eine einheitliche Geldmenge umgerechnet werden, sondern auch die Unterschiede im Preisniveau zwischen den Ländern ausgeglichen werden. Bei dieser Methode wird der Wert eines festgelegten Warenkorbes in nationaler Währung ermittelt und mit dem Wert dieses Warenkorbes in einem anderen Land verglichen (vgl. RINNE 1996, S. 340f.).

²¹ Bei der Atlas-Methode rechnet die Weltbank das Bruttonationaleinkommen der Länder in laufende USD um. Hierbei verwendet sie einen Umrechnungskurs, der sich am durchschnittlichen Wechselkurs der Landeswährung in den letzten drei Jahren orientiert.

132. Rang von insgesamt 209 erfassten Ländern und wird von der Weltbank dementsprechend der Entwicklungsländergruppe mit „unterem mittlerem Einkommen“ (sog. lower middle income countries) zugeordnet (vgl. WORLD BANK 2008a, S. 352f.).²²

Welchen Beitrag die einzelnen Wirtschaftssektoren zum BIP im Zeitraum 2004 bis 2008 geleistet haben, geht aus Tabelle 2.8 hervor. Im Jahr 2008 wurde knapp die Hälfte (48,6%) des BIP vom Industriesektor, 40,1% vom Dienstleistungssektor und 11,3% vom Landwirtschaftssektor erwirtschaftet.

Tab. 2.8: Anteile der Wirtschaftssektoren am BIP in China von 2004 bis 2008 (in %) (vgl. NBSC 2005 u. 2009)

Sektoren	2004 (unrevidiert)	2004 (revidiert)	2005	2006	2007	2008
Primärsektor	15,2	13,4	12,2	11,3	11,1	11,3
Sekundärsektor	52,9	46,2	47,7	48,7	48,5	48,6
Tertiärsektor	31,9	40,4	40,1	40,0	40,4	40,1

Im Vergleich zu 2004 ist der Anteil des primären Sektors weiter zurückgegangen, während der des sekundären Sektors weiter zulegen konnte. Der sektorale Strukturwandel, der sich im Bedeutungsverlust des primären Sektors bei gleichzeitigem Bedeutungsgewinn des sekundären Sektors widerspiegelt, schreitet somit unvermindert voran.

Die VR China verfügte im Jahr 2008 über 774,8 Mio. Arbeitskräfte, was einer Beschäftigungsquote von 58,3% entsprach. Davon waren 39,6% im primären, 27,2% im sekundären und 33,2% im tertiären Sektor beschäftigt (vgl. NBSC 2009). Vergleicht man diese Zahlen nun mit den jeweiligen Anteilen der Wirtschaftssektoren am BIP, dann wird deutlich, dass der primäre Sektor im Vergleich zu den anderen Sektoren eine äußerst niedrige Produktivität bzw. einen hohen Überbesatz an Arbeitskräften aufweist.

Der industrielle BPW Chinas belief sich im Jahr 2008 auf ca. 50,7 Bill. Yuan (+ 25% gegenüber dem Vorjahr). Davon entfielen auf staatlich geführte Unternehmen 9,2% (+ 28,8%), auf private Unternehmen 26,9% (+ 45%) und auf ausländisch finanzierte Unternehmen (inkl. Hong Kong, Macao und Taiwan) 29,5% (+ 17,4%) (vgl. NBSC 2009). Der Rest verteilt sich auf andere Unternehmensformen wie beispielsweise Kollektivunternehmen oder Aktiengesellschaften. Die Zuwachsraten verdeutlichen, dass sich der Trend, wonach der Anteil der Staatsunternehmen an der industriellen Produktion bei gleichzeitig überproportionalem Anstieg der privatwirtschaftlichen Leistung deutlich zurückgeht, weiter fortsetzt.

Der Anteil der Verwendungskomponenten am BIP (in laufenden Preisen) in den Jahren 2006 und 2007 kann aus Tabelle 2.9 entnommen werden. Verwendungsseitig leisteten die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2007 mit einem Anteil von 40% einmal mehr den größten Beitrag zum BIP. Dahinter folgten der Privatverbrauch (35,4%), der Staatsverbrauch (13,3%) und der Außenbeitrag (8,9%).

²² Die Weltbank hat folgende Einkommensgruppen definiert (Stand 2007): unter 935 USD = Low Income Country, 936 bis 3.705 USD = Lower Middle Income Country, 3.706 bis 11.455 USD = Upper Middle Income Country, über 11.456 USD = High Income Country (vgl. WORLD BANK 2008, S. 351).

Im internationalen Vergleich fielen die Beiträge der Bruttoanlageinvestitionen (Ø 22%) und des Außenbeitrages (Ø 0%) überdurchschnittlich und die des Privat- und Staatsverbrauches (Ø 61% bzw. 17%) hingegen unterdurchschnittlich aus (vgl. WORLD BANK 2008a, S. 357).

Tab. 2.9: Beitrag der Verwendungskomponenten zum BIP in China 2006 und 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2008)

Verwendungs- komponente	2006		2007		Zunahme der Verwendungs- komponente (in %)
	Beitrag (in 100 Mio. Yuan)	Anteil (in %)	Beitrag (in 100 Mio. Yuan)	Anteil (in %)	
Gesamt-BIP (nach Ver- wendungsrechnung)	221.651	100	263.243	100	18,8
Bruttoanlageinvestitionen	90.151	40,7	105.221	40,0	16,7
Voratsveränderungen u.a.	4.251	1,9	6.196	2,4	45,8
Private Konsumausgaben	80.477	36,3	93.317	35,4	15,9
Konsumausgaben des Staates	30.118	13,6	35.127	13,3	16,6
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	16.654	7,5	23.381	8,9	40,4

Chinas Einbindung in die internationale Arbeitsteilung

Wie aus Tabelle 2.10 hervorgeht, ist die VR China weltweit einer der bedeutendsten Empfänger von ADI. Aus dem „World Investment Report 2008“ der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) geht hervor, dass China im Jahr 2007 rund 83,5 Mrd. USD an ADI attrahieren konnte; dies entsprach einem Anteil von 4,5% (Rang 6) an den weltweiten getätigten Direktinvestitionen und bedeutete eine Zunahme um 14,9% im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Kap. 5.1.3). Im Jahr 2007 empfingen die beiden Sonderverwaltungszone Hong Kong und Macao, die formell zu VR China gehören, insgesamt ca. 62 Mrd. USD an ausländischen Direktinvestitionen. Würde man diese zu den in der VR China getätigten ADI addieren, dann hätte China weltweit sogar den vierten Rang belegt.

Tab. 2.10: Die weltweit bedeutendsten Empfängerländer ausländischer Direktinvestitionen 2006 und 2007 (vgl. UNCTAD 2008, S. 253ff.)

	ADI-Zustrom (inkl. Finanzsektor) nach Zielländern (in Mrd. USD, Anteil in %)	
	2006	2007
Welt	1.411.018 (100)	1.833.324 (100)
USA	(1.) 236.701 (16,8)	(1.) 232.839 (12,7)
Großbritannien	(2.) 148.189 (10,5)	(2.) 223.966 (12,2)
VR China	(4.) 72.715 (5,2)	(6.) 83.521 (4,6)
China (inkl. Hong Kong u. Macao)	(3.) 119.388 (8,5)	(4.) 145.535 (7,9)

Die fünf wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Direktinvestitionen im Jahr 2007 können aus Tab. 2.11 entnommen werden. Hauptherkunftsland war mit 27,7 Mrd. USD (33,2%) Hong Kong. Dahinter folgen mit deutlichem Abstand auf den Plätzen zwei bis fünf die Br. Jungferninseln, Südkorea, Japan und Singapur (vgl. Kap. 5.1.4). Wenngleich die absoluten Zahlen durchaus imponierend sind, müssen sie jedoch auch kritisch hinterfragt werden. Auffällig ist nämlich, dass

knapp 40% der Direktinvestitionen aus „Greater China“²³ (inkl. Singapur) und darüber hinaus mehr als ein Viertel von den drei Steueroasen Br. Jungferninseln, Kaiman-Inseln und Samoa stammen. Experten gehen davon aus, dass es sich hierbei zu einem nicht unerheblichen Teil um „heimisches“ Geld, sprich chinesisches Kapital, handelt, das über Umwegen von dort registrierten chinesischen Unternehmen in China reinvestiert wird (sog. „round tripping“-Investitionen; vgl. Kap. 5.1.4). Der Hintergrund dieser Praktik ist, dass Auslandsinvestitionen einen besseren rechtlichen Schutz genießen und zudem über andere Privilegien, wie beispielsweise diverse Steuervergünstigungen, Zollerleichterungen etc., verfügen. Dies bedeutet, dass der Anteil ausländischer Firmen an den Direktinvestitionen eigentlich deutlich niedriger ausfällt, als statistisch ausgewiesen. Im Zuge der Umsetzung des WTO-Beitrittsprotokolls wird die „positive Diskriminierung“ ausländischer Direktinvestitionen jedoch künftig wegfallen (vgl. BfAI 2008).

Tab. 2.11: Die fünf wichtigsten ADI-Herkunftsländer in China im Jahr 2007 (eigene Berechnung nach MOFCOM o.J.)

Herkunftsländer	ADI (inkl. Finanzsektor) (in Mio. USD)	Anteil an den ADI (in %)
China gesamt	83.521	100
Hong Kong	27.703	33,2
Br. Jungferninseln	16.552	19,8
Südkorea	3.678	4,4
Japan	3.589	4,3
Singapur	3.185	3,8

Als Herkunftsland von ausländischen Direktinvestitionen tritt China bis dato jedoch kaum in Erscheinung. Obwohl das Volumen chinesischer Direktinvestitionen im Ausland in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen hat und zum Teil beachtliche Steigerungsraten vorweisen konnte, fällt der Anteil Chinas an den weltweiten Direktinvestitionsabflüssen nach wie vor sehr gering aus; im Jahr 2007 belief er sich auf lediglich 1,1% (eigene Berechnung nach UNCTAD 2008, S. 255). Offiziellen chinesischen Angaben zufolge tätigten chinesische Firmen im Jahr 2007 im Ausland Direktinvestitionen in Höhe von 26,5 Mrd. USD (inkl. Finanzsektor). Hier-von floss der Großteil nach Hong Kong (52%) und in die beiden Steueroasen Br. Jungferninseln und Kaiman-Inseln (16,9%) (eigene Berechnung nach MOFCOM & NDRC 2008). Da diese Länder vom Umfang her zu den größten Investoren in China zählen, kann man somit davon ausgehen, dass dieses Geld zu einem Großteil in China reinvestiert wurde.

Der chinesische Außenhandel entwickelte sich angesichts der weltwirtschaftlichen Situation im Jahr 2008 abermals sehr gut. Das Außenhandelsvolumen stieg gegenüber dem Vorjahr um 17,8% auf 2.561 Mrd. USD; dies entsprach einem Anteil von 7,9% am Welthandelsvolumen. Die enormen Zuwachsraten in den vergangenen Jahren, und hier insbesondere beim Export, ha-

²³ Der in letzter Zeit zunehmend Verwendung findende Begriff „Greater China“ wird sehr unterschiedlich gebraucht. Aus wirtschaftlicher Sicht beschreibt er den geographischen Raum, der die süd- und südostchinesischen Küstenprovinzen (Guangdong, Fujian, Jiangsu, Zhejiang und Shanghai), die beiden Sonderverwaltungszone Hong Kong und Macao sowie Taiwan umfasst. Mit einbezogen werden oft auch Singapur und die Staaten Südasiens, insofern aus ihnen Investitionskapital von dort ansässigen Unternehmern chinesischer Herkunft auf das chinesische Festland fließt. Der Begriff „Greater China“ bezeichnet jedoch auch einen politischen Raum, der sich lediglich aus der VR China, Hong Kong und Macao sowie Taiwan zusammensetzt. Auch Singapur wird mitunter als einziger Staat Südasiens dazugezählt, da die Chinesen dort die Bevölkerungsmehrheit stellen (vgl. MEYER-CLEMENT & SCHUBERT 2004, S. 3f.).

ben dazu geführt, dass China bereits im Jahr 2004 Japan als drittgrößte Handelsnation verdrängt hat und nun hinter den USA und Deutschland auf Rang drei rangiert (vgl. Tabelle 2.12). Im Jahr 2004 hat China zudem Japan von Platz drei und im Jahr 2007 die USA von Rang zwei der größten Exportnationen verdrängt (vgl. WTO 2005, 2008 u. 2009). Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass Deutschland voraussichtlich im Jahr 2009 den Titel „Exportweltmeister“ an China abtreten muss. Ob China dies jedoch gelingen wird, hängt auch vom Wechselkurs des Euro zum USD ab. Der Grund hierfür ist, dass China mehr Waren in den Dollar-Raum exportiert und Deutschland hingegen in den Euro-Raum.

Tab. 2.12: Die fünf größten Handelsnationen der Welt im Jahr 2008 (vgl. WTO 2009, S. 12)

Handelsnation	Außenhandels- umsatz (in Mrd. USD)	Export (in Mrd. USD)	Import (in Mrd. USD)	Außen- handelsbilanz (in Mrd. USD)
USA	3.456,9 (1.)	1.287,4 (3.)	2.169,5 (1.)	- 882,1
Deutschland	2.665,7 (2.)	1.461,9 (1.)	1.203,8 (2.)	+ 258,1
China	2.560,8 (3.)	1.428,3 (2.)	1.132,5 (3.)	+ 295,8
Japan	1.544,6 (4.)	782,0 (4.)	762,6 (4.)	+ 19,4
Frankreich	1.311,0 (5.)	605,4 (6.)	705,6 (5.)	- 100,2

Wie aus Tabelle 2.13 hervorgeht, hatten im Jahr 2008 die USA (13%) und Japan (10,4%) den größten Anteil am chinesischen Außenhandelsumsatz. Die USA sind mit einem Anteil von 17,6% an den Exporten zugleich auch der wichtigste Exportpartner Chinas. Dahinter folgen Hong Kong (13,3%) und Japan (8,1%). Die wichtigsten Importpartner sind Japan (13,3%), Südkorea (9,9%) und Taiwan (9,1%). Wie weit die Integration Chinas in die Weltwirtschaft seit der wirtschaftlichen Öffnung mittlerweile fortgeschritten ist, zeigt auch, dass die Proportion des Außenhandelsumsatzes zum BIP seitdem von 9,7% (1978) auf 59,8% (2008) angestiegen ist (eigene Berechnung nach NBSC 2009).

Tab. 2.13: Die wichtigsten Handelspartner Chinas im Jahr 2008 (eigene Berechnung nach NBSC 2009)

	Außenhandelsumsatz (in Mio. USD; Anteil in %)	Export (in Mio. USD; Anteil in %)	Import (in Mio. USD; Anteil in %)
Gesamt	2.563.255 (100)	1.430.693 (100)	1.132.562 (100)
USA	(1.) 333.744 (13,0)	(1.) 252.384 (17,6)	(4.) 81.360 (7,2)
Japan	(2.) 266.733 (10,4)	(3.) 116.133 (8,1)	(1.) 150.600 (13,3)
Hong Kong	(3.) 203.645 (7,9)	(2.) 190.729 (13,3)	(19.) 12.916 (1,1)
Südkorea	(4.) 186.070 (7,3)	(4.) 73.932 (5,2)	(2.) 112.138 (9,9)
Taiwan	(5.) 129.215 (5,0)	(12.) 25.877 (1,8)	(3.) 103.338 (9,1)
Deutschland	(6.) 114.999 (4,5)	(5.) 59.209 (4,1)	(5.) 55.790 (4,9)

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass die VR China gemessen an absoluten Zahlen über eine sehr große Volkswirtschaft verfügt und ihr relatives Gewicht in der Weltwirtschaft und im Welthandel beachtliche Ausmaße angenommen hat. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die chinesische Volkswirtschaft nach wie vor eine geringe Produktivität aufweist und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung im internationalen Vergleich niedrig ausfällt.

2.2.3 Sozioökonomischer Entwicklungsstand der chinesischen Gesellschaft

Nachfolgend wird anhand von sozioökonomischen Indikatoren der gegenwärtige Entwicklungsstand der chinesischen Gesellschaft dargestellt und im globalen Kontext betrachtet. Im vorangegangenen Abschnitt wurde bereits erläutert, dass die chinesische Wirtschaft seit Reformbeginn enorme Zuwachsraten verzeichnen konnte, das Pro-Kopf-BIP jedoch immer noch deutlich unter dem globalen Durchschnitt liegt, was zeigt, dass China immer noch als Entwicklungsland eingestuft werden muss.

Dass die VR China seit Reformbeginn auch bedeutende Fortschritte bei der „menschlichen Entwicklung“ erzielen konnte, belegen die folgenden Zahlen: Im vom United Nations Development Programme (UNDP) veröffentlichten „Human Development Report 2009“ wurde für China ein Human Development Index (HDI)²⁴ von 0,772 für das Jahr 2007 ausgewiesen, was Rang 92 unter 182 Ländern und eine Zuordnung zur Ländergruppe «Medium Human Development» bedeutete. China „fehlen“ somit nur noch 0,028 Punkte, um in die Ländergruppe mit «High Human Development» (ab einem HDI von 0,8) aufzusteigen. In den letzten drei Dekaden lässt sich ein durchweg positiver Trend beobachten. So ist der HDI um deutliche 0,242 Indexpunkte von 0,53 im Jahr 1975 auf 0,772 im Jahr 2007 gestiegen. Der merkliche Anstieg des HDI hat dazu geführt, dass China im Laufe der Jahre eine Vielzahl an Ländern, wie beispielsweise Südafrika, Algerien oder die Türkei „überholen“ konnte (vgl. UNDP 2009a, S. 167ff.).

Auf Grundlage der offiziellen chinesischen Armutsgrenze, die sich im Jahr 2005 auf ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen (PKE) von 683 Yuan (ca. 85,4 USD) belief, lebten im selben Jahr nur noch 23,65 Mio. Menschen auf dem Land in absoluter Armut. Auf der Basis dieser Armutsgrenze hat sich die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen trotz anhaltenden Bevölkerungswachstums innerhalb von 27 Jahren von 250 Mio. (1978) um ca. 226 Mio. reduziert. Lebten im Jahr 1978 offiziellen Angaben zufolge noch 30,7% der ruralen Bevölkerung in absoluter Armut, so waren es im Jahr 2005 nur noch 3,2% (vgl. INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001; NBSC 2007; PEOPLE'S DAILY ONLINE 02.04.2006; THE STATE COUNCIL LEADING GROUP OFFICE OF POVERTY ALLEVIATION AND REDUCTION 2004a). Auf Grundlage der internationalen Armutsgrenze nach Definition der Weltbank lebten im Jahr 2005 hingegen immer noch 207,7 Mio. Menschen (rund 16% der Gesamtbevölkerung) unter der kritischen Armutsgrenze von 1,25 KKP-USD pro Tag (in Preisen von 2005). Im Jahr 1990 waren es jedoch noch ungefähr 683 Mio. Menschen, die mit weniger als 1,25 USD auskommen mussten (vgl. CHEN & RAVALLION 2008, S. 44). Die VR China hat damit bereits frühzeitig eines der wichtigsten

²⁴ Der HDI dient als Maßzahl für den Stand der menschlichen Entwicklung eines Landes. Ein Ländervergleich mittels des HDI kann gegenüber den Ländervergleichen anderer Institutionen (z.B. Weltbank) als aussagekräftiger bezeichnet werden, da bei seiner Ermittlung nicht nur das BIP pro Kopf in Kaufkraftparität, sondern darüber hinaus auch die Indikatoren Lebenserwartung und Bildungsgrad miteinbezogen werden (vgl. UNDP 2007, S. 229).

Ziele der Millennium Development Goals (MDG)²⁵, die eine Halbierung der von absoluter Armut betroffenen Bevölkerung im Zeitraum 1990 bis 2015 vorsehen, erreicht.

Im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik konnte zwar die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen deutlich reduziert werden, parallel dazu hat jedoch die Ungleichheit innerhalb der chinesischen Bevölkerung drastisch zugenommen. So hat sich der Gini-Koeffizient zwischen 1982 und 2004 deutlich von 0,3 auf 0,469 vergrößert. Mit einem Gini-Index von 0,469 belegte die VR China lediglich den 93. Rang unter 126 Ländern²⁶ und hat damit bereits die international anerkannte „alarm boundary“, von 0,4 deutlich überschritten. (vgl. CDRF & UNDP 2005, S. 2; UNDP 2007, S. 282). Und auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeichnet sich bei weitem kein „steady state“ bzw. eine Minderung der ungleichen Einkommensverteilung ab. Vieles deutet daraufhin, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich auch künftig weiter vergrößern wird. Aus einer erst kürzlich veröffentlichten Studie der Chinese Academy of Social Sciences (CASS) geht hervor, dass der Gini-Index sich im Jahr 2006 bereits auf 0,496 belaufen haben soll (vgl. CHINA DAILY 07.01.2007; PEOPLE'S DAILY ONLINE 06.03.2007).

Insbesondere zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung besteht ein ausgeprägtes Einkommensgefälle (vgl. Kap. 3.2.3.5). Die offizielle Urbanisierungsquote Chinas lag im Jahr 2006 bei knapp 44%. Dies bedeutet, dass das Gros der chinesischen Bevölkerung (rund 737 Mio. Menschen) nach wie vor auf dem Land lebt (vgl. NBSC 2007); zum Vergleich: im Welt-durchschnitt lag die Urbanisierungsquote im Jahr 2005 bei 48,6% (vgl. UNDP 2007, S. 246). Seit Ende der 1980er Jahre hat sich die Einkommensschere zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung nahezu kontinuierlich vergrößert. Im Jahr 2008 belief sich das durchschnittliche verfügbare Jahreseinkommen eines Stadtbewohners auf 15.781 Yuan und das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen eines Landbewohners demgegenüber nur auf 4.761 Yuan; dies entsprach einem Verhältnis von 3,3:1 (eigene Berechnung nach NBSC 2009). Würde man darüber hinaus die versteckten Einkommen der städtischen Bevölkerung sowie die ihnen zukommenden Subventionen (z.B. im Sozialbereich) mit einbeziehen, würde sich das Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der Landbevölkerung darstellen (vgl. HEBERER 2005, S. 39; vgl. Kap. 3.2.3.1).

Und auch auf dem Arbeitsmarkt stellt sich die Situation zunehmend angespannter dar, wenngleich dies aus den offiziellen Statistiken nicht hervorgeht. Die Arbeitslosenquote in den chinesischen Städten belief sich offiziellen Angaben zufolge im Jahr 2008 im Durchschnitt auf 4,2% (vgl. NBSC 2009). Für den ländlichen Raum liegen hingegen keine Statistiken vor, da Bauern und Landarbeiter formell nicht als Beschäftigte gelten. Berücksichtigt man jedoch die enorme Anzahl an Wanderarbeitern, den hohen Überbesatz an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und

²⁵ Im Anschluss an den im September 2000 durchgeführten Millenniumsgipfel wurden auf der Grundlage der „Millennium Declaration“ acht Zielvorgaben, die so genannten MDGs, formuliert. Zu den acht Hauptzielen zählen unter anderem die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, Primärschulbildung für alle und die Verbesserung der Gesundheitsvorsorge. Ein Teilziel der MDGs besteht darin, zwischen 1990 und 2015 eine Halbierung des Anteils der Menschen, die mit weniger als 1 USD pro Tag auskommen müssen, zu erreichen (vgl. LOEWE 2005, S. 1; UN 2006, S. 1ff.).

²⁶ Die Spanne des Erhebungsjahres des Gini-Index reicht von 1993 bis 2004. Da der Koeffizient jedoch für die meisten Ländern zwischen 2000 und 2004 erhoben wurde, ist eine gewisse Vergleichbarkeit gewährleistet (vgl. UNDP 2007, S. 282ff.).

darüber hinaus die anhaltenden Entlassungen aus den defizitären Staatsbetrieben, muss von einer deutlich höheren Arbeitslosenquote ausgegangen werden. So kommen GILES et al. (2005: 168) in ihrer empirischen Studie zu dem Schluss, dass sich im Jahr 2002 allein die städtische Arbeitslosenquote auf rund 11% belaufen hat.

Die Situation im chinesischen Bildungs- und Gesundheitswesen stellt sich folgendermaßen dar: Die Analphabetenrate (prozentualer Anteil an Analphabeten an der Bevölkerung über 15 Jahre) lag im Jahr 2006 bei 9,3% (vgl. NBSC 2007) und damit deutlich unter dem Weltdurchschnitt von 21,4% (vgl. UNDP 2007, S. 232). Obwohl es der chinesischen Regierung gelungen ist, den Analphabetismus drastisch zu reduzieren, steht das Bildungssystem als solches im internationalen Vergleich nach wie vor schlecht da. Exemplarisch hierfür steht der mit 2,3% (2006) nach wie vor geringe Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP²⁷ (eigene Berechnung nach NBSC 2007); zum Vergleich: In den 30 Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) belief er sich im Jahr 2006 im Durchschnitt auf 4,9% (vgl. OECD 2009a, S. 221). Die Situation im Gesundheitswesen stellt sich im internationalen Vergleich noch schlechter dar. Der Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben am BIP betrug im Jahr 2006 lediglich 0,6% (eigene Berechnung nach NBSC 2007); zum Vergleich: In den OECD-Ländern belief er sich in 2006 im Durchschnitt auf 6,5% (vgl. OECD 2009b, S. 221). Das Verhältnis von Ärzten pro 1.000 Einwohner lag offiziellen Angaben zufolge im Jahr 2006 bei ca. 1,5 (vgl. NBSC 2007); zum Vergleich: In den OECD-Ländern lag es in 2005 im Durchschnitt bei 3 (vgl. OECD 2007, S. 159). Die Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Neugeborenen belief sich im selben Jahr auf 20, was lediglich Rang 88 unter 193 Ländern bedeutete (vgl. WHO 2008, S. 36ff.). Als positiv erweist sich hingegen die relativ hohe Lebenserwartung der chinesischen Bevölkerung. Im Jahr 2005 betrug die mittlere Lebenserwartung bei der Geburt in China 72,5 Jahre, was Rang 19 unter 177 Ländern bedeutete (vgl. UNDP 2007, S. 230).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die oben dargestellten Indikatoren ein differenziertes Bild hinsichtlich des sozioökonomischen Entwicklungsstandes der chinesischen Bevölkerung wiedergeben. Die konzertierte Steigerung des HDI und des Gini-Index seit Reformbeginn zeigt letzten Endes, dass sich die wirtschaftlichen Reformen auf der einen Seite durchaus positiv auf den Lebensstandard der Bevölkerung ausgewirkt haben, sich auf der anderen Seite jedoch auch die Einkommensverteilung innerhalb der chinesischen Gesellschaft zunehmend ungleicher gestaltet. Nach wie vor bleibt einem nicht unerheblichen Teil der chinesischen Bevölkerung die Partizipation am wachsenden Wohlstand verwehrt. Ferner wurde aufgezeigt, dass in vielen Bereich, wie beispielsweise im Gesundheits- und Bildungswesen, nach wie vor noch ein enormer Nachhol- und Handlungsbedarf besteht.

²⁷ Dieser Indikator zeigt an, in welchem Umfang öffentliche Mittel im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von der öffentlichen Hand für Bildungszwecke eingesetzt werden.

2.3 MITTELFRISTIGE ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN CHINAS: POTENTIALE UND HERAUSFORDERUNGEN

Betrachtet man die chinesische Volkswirtschaft von außen und den Weg, den sie seit Reformbeginn zurückgelegt hat, so könnte man annehmen, dass China bereits in naher Zukunft zu ungeahnter wirtschaftlicher und politischer Größe heranwachsen wird. Vieles deutet darauf hin, dass China schrittweise wieder zu einem „Global Player“ aufsteigt. Auf der anderen Seite muss dieses Zukunftsszenario jedoch auch mit Skepsis betrachtet werden. Der rasante wirtschaftliche Aufstieg kann nämlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die strukturellen Schwächen und die damit einhergehenden krisenhaften Begleiterscheinungen die wirtschaftliche Entwicklung und zugleich auch die politische Handlungsfähigkeit der Zentralregierung in der Zukunft torpedieren könnten. Aus diesem Grund werden im Folgenden, neben den nicht von der Hand zu weisenden Potentialen, auch die Probleme und Herausforderungen, denen sich die VR China im 21. Jahrhundert ausgesetzt sieht, erläutert und hinsichtlich ihrer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung des Landes beurteilt. Die nach wie vor ungelösten wirtschaftlichen Strukturprobleme sowie die stete Zunahme sozialer Spannungen stellen eine große Bürde für die zukünftige wirtschaftliche und politische Entwicklung dar und erhöhen zugleich die Anfälligkeit für innenpolitische Krisen. Die nachfolgende Evaluierung der Potentiale und Herausforderungen Chinas wird für die Bereiche Ökonomie, Politik und Gesellschaft durchgeführt, da zwischen ihnen eine hohe Interdependenz besteht.

2.3.1 Innen- und außenpolitische Entwicklungsperspektiven

Die Einleitung der Wirtschaftsreformen im Jahr 1978 sowie deren konsequente Fortsetzung und Intensivierung bis zum heutigen Tage haben nicht nur den rapide voranschreitenden wirtschaftlichen Aufschwung Chinas begründet, sondern zugleich auch die Rahmenbedingungen für politische Reformen grundsätzlich geändert. Die Reformen im Wirtschaftssektor sind auch zum Wegbereiter des gesellschaftlich-politischen Wandels geworden. So weist HEBERER (2002: 2) explizit daraufhin, dass die oft vertretene Auffassung, die VR China habe lediglich wirtschaftliche, aber keine politischen Reformen durchgeführt, nicht den Tatsachen entspricht. Wirft man einen Blick auf die nähere Vergangenheit, so könnte man annehmen, dass auch in der Zukunft die Ökonomisierung der Politik weiter voranschreiten wird. Wie weit jedoch die politischen Reformen im 21. Jahrhundert gehen werden, kann momentan nur in geringem Maße abgeschätzt werden. Gerade im Hinblick auf die enormen sozialen Spannungen, unter denen sich der Transformationsprozess in China vollzieht, sollte der Prognosehorizont nicht zu hoch gesteckt werden.

Aus westlicher Sicht- und Denkweise steht für den in Zukunft notwendigen politischen Wandel in China an erster Stelle die Demokratisierung des Landes. Die kommunistische Führung des Landes versteht jedoch unter dem auch aus ihrer Sicht notwendigen politischen Wandel nicht die Etablierung und Institutionalisierung demokratischer Institutionen, sondern sie strebt

vielmehr eine Verbesserung von Governance²⁸ an. Aus diesem Verständnis heraus drängt die kommunistische Führung zusehends auf die Effektivierung und Rationalisierung der Tätigkeiten des Staates und der Partei, mit dem Ziel, das Gesamtsystem transparenter zu gestalten, die Korruption einzudämmen und den Partizipationsgrad schrittweise zu erhöhen (vgl. HEBERER 2002, S. 3). Exemplarisch für das Bestreben der KPCh, eine Verbesserung von Governance herbeizuführen, steht die neue politische Leitlinie des „Dreifachen Vertretens“, die im Jahr 2002 am XVI. Parteitag in das Parteistatut aufgenommen und im Jahr 2004 in der Präambel Verfassung verankert wurde. Dieses Konzept sieht vor, dass die KPCh erstens die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte Chinas, zweitens die Richtung des Vorwärtsschreitens fortschrittlicher Kultur Chinas und drittens die grundlegenden Interessen der überwältigenden Mehrheit des chinesischen Volkes vertreten soll (vgl. JIANG 2002). Die große Bedeutung der neuen Leitlinie und ihrer Wirkung nach außen besteht darin, dass die KPCh versucht, ihre Ideologie den aktuellen Konstellationen anzupassen. Mit ihrer Implementierung hat die KPCh faktisch der Idee des Klassenkampfes abgeschworen. Dies zeigt auch, dass seit 2002 auch Privatunternehmer der KPCh beitreten können. Ferner muss auch die im Jahr 2004 vollzogene Verfassungsänderung als richtungweisend angesehen werden, da in ihr erstmalig der Schutz des Privateigentums, eine Landreform und die Gewährleistung von Menschenrechten festgeschrieben wurde.²⁹ Und auch die politische Partizipation der Bevölkerung hat sich durch die 1997 eingeführten Dorfwahlen auf der lokalen Ebene erhöht, wenngleich das politische System als solches und seine Kernstrukturen davon nicht tangiert wurden. Dass die Meinungsfreiheit in China nach wie vor sehr eingeschränkt und die politische Opposition erheblichen Repressionen ausgesetzt ist, belegen unter anderem die zahlreichen Verhaftungen von Regimekritikern. Als jüngstes Beispiel für den repressiven Umgang mit Regimekritikern dient die Verurteilung des Schriftstellers und Menschenrechtlers Liu Xiaobo zu elf Jahren Haft (vgl. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG ONLINE 25.12.2009).

Die Neubesetzung der Spitzenämter durch die so genannte „Vierte Führungsgeneration“ im Jahr 2002 hat zu einer weiteren Professionalisierung und Entideologisierung der chinesischen Führung beigetragen. Die aktuelle Führungsgeneration um Hu Jintao und Wen Jiabao verfolgt offensichtlich eher pragmatische Ziele, da sie die Komplexität internationaler und nationaler Prozesse verstanden hat und zunehmend auf Wissen und Ideenproduzenten setzt. Der Aufstieg dieser Führungsgeneration, die zum Teil auch im Ausland ausgebildet wurde, kann als Indiz für eine Fortsetzung der Modernisierung des politischen Systems angesehen werden. Der Wandel

²⁸ Die von der chinesischen Regierung angestrebte Verbesserung von Governance entspricht partiell auch dem Konzept der Good Governance, das in den 1980er Jahren in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit seinen Ursprung hatte. Good Governance bedeutet, dass in einem Land gute politische Rahmenbedingungen für eine soziale, ökologische und marktwirtschaftliche Entwicklung geschaffen werden (vgl. GTZ 2004, S. 4ff.).

²⁹ Der Schutz des Privateigentums muss als bedeutendster Aspekt dieser Verfassungsreform angesehen werden, da Privateigentum nicht nur anerkannt, sondern auch verfassungsrechtlich auf die gleiche Stufe wie öffentliches Eigentum gestellt wurde. Die Verankerung der Landreform schreibt fest, dass landwirtschaftlich genutztes Land Kollektiveigentum ist und im Falle von Enteignungen durch den Staat Entschädigungen gezahlt werden müssen. Der Artikel zur Respektierung und zum Schutz der Menschenrechte durch den Staat muss jedoch auch kritisch bewertet werden, da aufgrund der fehlenden Einklagbarkeit der verfassungsmäßig gewährten Rechte der Einfluss dieses Artikels als begrenzt angesehen werden muss (vgl. FRIEDRICH 2004).

der politischen Elite und die zunehmende Einbindung wichtiger Partikularinteressen in den politischen Prozess sind jedoch noch kein Indiz für eine unmittelbar bevorstehende Demokratisierung des Landes. China hat vielmehr die bis zum heutigen Tage gängige Vorstellung einer „Interpendenz der Ordnungen“ widerlegt: Ein relativ autoritäres Herrschaftssystem postkommunistischen Typs managt einen marktwirtschaftlich ausgerichteten Liberalisierungsprozess, ohne einen grundlegenden Wandel der politischen Ordnung zuzulassen (vgl. GOTTWALD & KIRCHBERGER 2001, S. 10f.).

Wie weit die Ökonomisierung der Politik in den kommenden Jahren gehen wird, kann somit nur schwer abgeschätzt werden. Für eine graduelle Modernisierung des politischen Systems sprechen jedoch die neue Führungsgeneration und der in Zukunft eher zu- als abnehmende externe Druck, Reformen durchzuführen. Als Beispiel hierfür dient der Beitritt Chinas zur WTO, durch den sich China einer Vielzahl internationaler Regeln unterworfen hat. Die Regelungen beziehen sich zwar primär auf die Wirtschaft, sie werden jedoch auch als „Push-Faktor“ für weitere Reformen im innenpolitischen Bereich dienen und die Entflechtung von Staat/Partei und Wirtschaft weiter vorantreiben. Parallel zum externen Reformdruck wächst auch zusehends der interne Reformdruck, da der Widerstandswille innerhalb der Bevölkerung in den letzten Jahren sichtlich gewachsen ist. Ein Beleg hierfür sind die vom Ausland aufgrund der rigiden Informationspolitik der chinesischen Regierung kaum wahrgenommenen Demonstrationen. Der überwiegende Anteil dieser Proteste hat jedoch keinen politischen, sondern eher einen sozial motivierten Hintergrund. Die Zahl der Proteste, bei denen es überwiegend um Eigentumsrechte und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich geht, hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Vorläufiger und zugleich trauriger Höhepunkt der aufkeimenden Protestwelle, der auch in den ausländischen Medien Beachtung fand, war die gewalttätige Niederschlagung eines Protestes nahe der Küstenstadt Shanwei in der Provinz Guangdong im Jahr 2005, bei der nach inoffiziellen Angaben bis zu 20 Menschen starben. Die Proteste richteten sich gegen Landenteignung und mangelnde Entschädigungszahlungen (vgl. HANDELSBLATT 09.12.2005; vgl. Kap. 2.1.3).

Anders verhält es sich mit der stärker werdenden Opposition von Minderheiten in der VR China.³⁰ Das größte Unruhepotential geht hierbei von den formell autonomen Westprovinzen Tibet und Xinjiang aus. Die Zunahme zentrifugaler Kräfte und das nicht endende Aufkeimen separatistischer Bewegungen stellt die chinesische Führung im 21. Jahrhundert vor eine große Herausforderung. Bisweilen trat man diesem Problem eher mit Gewalt und Unterdrückung als mit politischen Lösungen entgegen. Von der wirtschaftlichen Entwicklung der Westprovinzen im Rahmen der WDS (vgl. Kap. 4) erhofft sich die chinesische Regierung nun wichtige Impulse zur Minderung der immer wieder aufkeimenden ethnischen Konflikte. Kritiker sehen in der Erschließung Westchinas jedoch vielmehr den Ausverkauf des Lebensraums widerspenstiger nationaler

³⁰ Die VR China ist ein multiethnisches Land: Laut der Volkszählung des Jahres 2000 stellen die 55 offiziell anerkannten nationalen Minderheiten 8,4% der chinesischen Gesamtbevölkerung. 18 Minderheiten, darunter auch Tibeter, Mongolen und Uiguren, weisen eine Bevölkerung von über 1 Mio. Menschen auf. Oftmals lebt ein und dieselbe Minderheit in mehreren Provinzen, wie beispielsweise die Mongolen, die Gebiete in den Provinzen Innere Mongolei, Liaoning, Jilin, Hebei, Heilongjiang und Xinjiang besiedeln. Trotz des geringen Anteils an der Gesamtbevölkerung sind die Minderheiten über ein Gebiet von über 64,3% der Gesamtfläche Chinas verteilt. Der flächenmäßige Anteil der formell autonomen Provinzen an der Gesamtfläche Chinas beträgt rund 48% (eigene Berechnung nach NBSC 2006).

Minderheiten. Hinzu kommt, dass die staatlich forcierte Umsiedlung von Han-Chinesen in die Minderheitengebiete letztlich dazu führt, dass die Volksgruppen zu Minderheiten in ihrem „eigenen Land“ werden. So stellten beispielsweise die Han-Chinesen im Jahr 2007 bereits knapp 40% der Gesamtbevölkerung Xinjiangs (vgl. NBSC 2008). Ob diese Form der Assimilation jedoch ausreichen wird, die Minderheiten dauerhaft und auf friedlichem Wege zu integrieren, muss an dieser Stelle angezweifelt werden. Fakt ist jedoch auch, dass die chinesische Führung die innere Stabilität im viertgrößten und bevölkerungsreichsten Land der Welt aufrechterhalten muss, damit die sozioökonomische Entwicklung im ganzen Land weiter voranschreiten kann. Die politische Führung steht somit vor dem grundsätzlichen Problem, dass sie auf der einen Seite dem Unabhängigkeitsstreben dieser Provinzen nicht nachgeben darf und ihnen auf der anderen Seite eigentlich mehr Autonomie zugestehen müsste. Ob sich jedoch, und wenn ja in welcher Form, die zentralistische Tradition, die China seit der Reichseinigung im Jahr 220 v.Chr. geprägt hat, aufbrechen lässt, bleibt abzuwarten. Die Pekinger Führung wird sich jedoch in Zukunft zwangsläufig verstärkt mit dem zunehmenden Partikularismus in den Minderheitengebieten auseinandersetzen müssen.

Der wirtschaftliche (Wieder-)Aufstieg Chinas hat jedoch nicht nur im Inneren seine Spuren hinterlassen, sondern darüber hinaus auch den außenpolitischen Status Chinas maßgeblich verändert. Es gibt kaum noch Kontroversen darüber, dass China über kurz oder lang den Status einer Weltmacht innehaben wird. Die aktuelle weltpolitische Entwicklung zeigt nach der Auffassung von Kahl (2004: 3) bereits jetzt, dass *„...ohne die konstruktive, über die Behauptung eng begriffener nationaler Interessen hinausgehende Mitwirkung Chinas keine der globalen Herausforderungen, vom vorbeugenden Seuchenschutz, der Umwelt- und Klimapolitik bis zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, zu bewältigen ist.“* Die zuvor beschriebene Ökonomisierung der Politik hat somit auch ihre Spuren in der Außenpolitik Chinas hinterlassen. Die von Deng Xiaoping eingeleitete Reform- und Öffnungspolitik hat auch zu einer Neuausrichtung der Außenpolitik geführt. Wenngleich die langfristig angestrebte globale Vormachtstellung noch in weiter Ferne liegt, schickt sich die VR China bereits heute schon an, in Asien die regionale Führungsrolle zu übernehmen. Ein Beleg hierfür sind die zunehmenden Kooperationen mit Staaten aus der Region. Die VR China ist gegenwärtig dabei, ihren Einfluss sowohl in Südostasien als auch in Zentralasien, wo durch die Auflösung der Sowjetunion ein Machtvakuum entstand, stetig auszubauen. Im Rahmen der ASEAN+3-Gespräche (China, Japan, Südkorea) und der SOZ hat die VR China bereits eine sehr aktive Rolle übernommen. Als richtungweisend muss darüber hinaus auch der vom damaligen Ministerpräsidenten Zhu Rongji im Jahr 2000 auf dem ASEAN-Gipfel eingebrachte Vorschlag angesehen werden, bis 2010 eine Freihandelszone zwischen China und der ASEAN-Gruppe zu errichten (vgl. FRIEDRICH 2005, S. 66f.; HANDELSBLATT 06.11.2001; vgl. Kap. 4.6.4). China hat nicht zuletzt auch im Nordkorea-Konflikt bei den „Sechsländer-Gesprächen“ eine aktive Rolle als Vermittler übernommen und bewiesen, dass es auch auf diplomatischem Parkett ein ernstzunehmender Akteur geworden ist. Hinter allen außenpolitischen Maßnahmen steckt jedoch auch das Kalkül, gegen die unipolare Weltordnung mit den USA als momentan einziger Supermacht, ein Gegengewicht zu bilden. Die bisher kaum beachtete Moskau-Peking-Neu-Delhi-Achse gewinnt seit geraumer Zeit zunehmend an Gewicht und

zielt im Endeffekt darauf ab, die derzeitige unipolare Weltordnung durch eine multipolare zu ersetzen.

Die außenpolitischen Erfolge und das Bemühen auf eine stärkere internationale Einbindung stehen jedoch stets unter dem Schatten des immer wieder aufkeimenden Taiwan-Konfliktes.³¹ Die VR China ist nicht bereit, dem Unabhängigkeitsstreben Taiwans nachzugeben und betrachtet Taiwan offiziell als 23. Provinz. Aus diesem Grund stuft die VR China den Taiwan-Konflikt auch nicht als ein außenpolitisches, sondern vielmehr als ein innenpolitisches Problem ein und weist daher jegliche Einmischung von außen und hier insbesondere von den USA zurück. Durch das im Jahr 2005 erlassene Anti-Abspaltungsgesetz, das im Falle einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans den Einsatz militärischer Mittel vorsieht, hat sich der Konflikt mit Taiwan erneut verschärft. Trotz der erheblichen Dissonanzen auf politischer Ebene nimmt die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern kontinuierlich zu; bereits im Jahr 2002 hat die Volksrepublik die USA als größten Exportpartner Taiwans abgelöst. Eine friedliche Wiedervereinigung Chinas scheint jedoch, wenn man das aktuelle politische Klima zwischen den beiden Kontrahenten betrachtet, in weite Ferne gerückt zu sein. Auf lange Sicht scheint diese nur unter der konsequenten Aufgabe der überkommenen ideologischen Positionen beider Seiten und einer stabilen chinesisch-taiwanesischen Wirtschaftskooperation möglich zu sein.

Trotz aller bis heute durchgeführten Reformen und der durchaus positiven Entwicklung der letzten Jahre zeichnet sich für das 21. Jahrhundert eine grundsätzliche Konfliktlinie ab, mit der sich die chinesische Führung zwangsläufig auseinandersetzen muss: Historische Erfahrungen zeigen, dass es auf Dauer unmöglich ist, in einem Staat eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung zu etablieren, deren Grundprinzipien denen der politischen Ordnung diametral entgegenlaufen (vgl. SANDSCHNEIDER 2000, S. 184). Dieser Grundsatzkonflikt kann demzufolge nur durch eine Anpassung des politischen Systems an den wirtschaftlichen und sozialen Wandel gelöst werden. Die Lösung dieses Problems wird eine, wenn nicht sogar die Kernaufgabe der chinesischen Führung im 21. Jahrhundert sein. Die Art und Weise, wie man diesen Grundsatzkonflikt zu bewältigen versucht, wird zwangsläufig Aufschluss darüber geben, in welche Richtung die zukünftige Entwicklung Chinas gehen wird. Hierbei wird es vor allem darauf ankommen, ob die chinesische Führung weiterhin die innere Stabilität aufrechterhalten kann, oder ob das Land im Chaos versinken wird. Zur Lösung dieser Kernaufgabe äußert sich HEILMANN (2000: 7) wie folgt:

„Insgesamt erscheint es fraglich, ob das politische System der VR China die mit dem sozioökonomischen Wandel einhergehenden strukturellen Spannungen so verarbeiten kann, dass ein weitergehender Erosionsprozess oder gar abrupter Zusammenbruch der gegenwärtigen politischen Ordnung abgewendet und eine schrittweise Systemöffnung und –erneuerung ermöglicht wird.“

³¹ Historischer Hintergrund: Nach dem verlorenen chinesisch-japanischen Krieg von 1894/95 musste China die Insel Formosa (Taiwan) und die Penghu-Inseln an Japan abtreten. Nach der japanischen Niederlage im 2. Weltkrieg wurde Taiwan 1945 in die 1911 ausgerufene Republik China eingegliedert, die unter der Führung der KMT stand. Nach ihrer Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg floh die KMT 1949 nach Taiwan (vgl. GERNET 1988, S. 645ff.). Taiwan wird international nur von wenigen Regierungen de jure als souveräner Staat betrachtet. Für eine detaillierte Beschreibung der Entwicklung Taiwans nach 1945 siehe SCHUBERT (2000).

2.3.2 Gesellschaftlicher und sozialer Wandlungsprozess

Wie weiter oben bereits geschildert, haben die Wirtschaftsreformen einen beeindruckenden Wirtschaftsboom ausgelöst. Im vorangegangenen Abschnitt wurde ferner deutlich, dass die zunehmende Ökonomisierung der Politik auch einen zaghaften politischen Wandel bewirkt hat. Da wirtschaftliche Reformen und politische Neuerungen stets auch mit der gesellschaftlichen Entwicklung interagieren bzw. diese beeinflussen, wurde zeitgleich auch ein gesellschaftlicher Wandlungsprozess in Gang gesetzt. Dieser Prozess bringt, neben den durchaus positiven Entwicklungschancen für die chinesische Gesellschaft, jedoch auch einige Problemfelder, die das gesellschaftliche Gefüge nachhaltig aus dem Gleichgewicht bringen könnten, mit sich.

Die Entkollektivierung der Landwirtschaft und die damit einhergehende Rückkehr zu familiärer Bewirtschaftung im ländlichen Raum war eine der wichtigsten Triebfedern des gesellschaftlichen Wandels. Die 1978 angestrebten Reformen innerhalb des Agrarsektors führten zur „Freisetzung“ von ca. 100 bis 150 Mio. Arbeitskräften auf dem Land, da diese fortan nicht mehr im landwirtschaftlichen Produktionssektor benötigt wurden. Seitdem drängen die „überschüssigen“ Arbeitskräfte als Arbeitsmigranten vom ländlichen in den städtischen Raum. Aufgrund der einsetzenden Landflucht sah sich die Regierung im Jahr 1984 dazu gezwungen, das Haushaltregistrierungssystem (sog. Hukou-System)³², das seit den 1950er Jahren existierte und die Landflucht eindämmen sollte, zu lockern. Seither ist es ländlichen Arbeitskräften gestattet, sich in den Städten aufzuhalten, wenngleich sie nach wie vor nicht denselben Status eines Stadtbewohners innehaben. Neuere Schätzungen gehen davon aus, dass sich derzeit ungefähr 150 Mio. Menschen (ca. 23% aller ländlichen Arbeitskräfte) als Wanderarbeiter überwiegend in den prosperierenden Küstenprovinzen als billige Arbeitskräfte verdingen (vgl. KREFT 2006, S. 17). Der wirtschaftliche Boom der Küstenprovinzen geht folglich in nicht unerheblichem Maße auch auf den Zuzug billiger Arbeitskräfte aus dem ländlichen Raum zurück; ihr Beitrag zum gesamten BIP-Wachstum Chinas soll von 1985 bis 2005 ca. 16% betragen haben (vgl. ZHAN 2005, S. 13).

Die „Freisetzung“ von ländlichen Arbeitskräften hat sich positiv auf den privaten Wirtschaftssektor ausgewirkt, da der Zwang zur mehr Eigen- bzw. Selbstständigkeit zugenommen hat. Die Zentralregierung hat bereits im Jahr 1981 Einzelwirtschaftsunternehmen, die jedoch zunächst auf sieben Beschäftigte limitiert waren, zugelassen. Sie tat dies vor allem, um die überschüssigen Arbeitskräfte aus dem Agrarsektor zu absorbieren, da die maroden Staatsbetriebe diese nicht auffangen konnten. Der Privatsektor gilt seitdem als Schrittmacher des Wirtschaftswachstums. Obwohl die Wanderarbeiter einen enormen Beitrag zum wirtschaftlichen Boom leisten, sind sie sozial stark marginalisiert:

³² Das chinesische Haushaltsregistrierungssystem trat 1958 in Kraft und teilt seitdem die chinesische Bevölkerung in Stadt- und Landbewohner ein. Durch diese Maßnahme wollte die damalige Regierung auf der einen Seite der unbremsten Landflucht einen Riegel vorschieben und auf der anderen Seite die Nahrungsmittelversorgung der städtischen Bevölkerung sowie der dort ansässigen Industrie mit Agrarprodukten und Rohstoffen sicherstellen (vgl. WANG 2005, S. 88). Das Hukou-System wurde zwar im Laufe der Zeit partiell reformiert, im Kern blieb es jedoch bis heute bestehen. Nach wie vor verfügen die offiziell registrierten Stadtbewohner im Vergleich zu den Landbewohnern und den unregistrierten Arbeitsmigranten in vielerlei Hinsicht über einen deutlich höheren Status, da sie beispielsweise in den Genuss umfassender Sozialleistungen kommen.

Ihr Lohn ist niedrig, die Arbeitszeiten entsprechen oft nicht den gesetzlichen Vorschriften, sie führen meist gefährliche Arbeiten aus, und die wenigsten von ihnen sind sozial abgesichert. Eine von der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) und der CASS durchgeführte Studie hat ergeben, dass bis zum Jahr 2020 zusätzlich bis zu 150 Mio. Arbeitsmigranten vom Land in die Städte drängen werden (vgl. ZHAN 2005, S. 13). Durch die massive Landflucht, die überwiegend in den rückständigen West- und Zentralprovinzen stattfindet, wird die Urbanisierung Chinas in hohem Tempo weiter voranschreiten. Lag die Urbanisierungsquote im Jahr 2006 noch bei knapp 44% (vgl. NBSC 2007), so gehen chinesische Experten davon aus, dass sie sich im Jahr 2020 bereits auf 50% und im Jahr 2030 schließlich auf 57% belaufen wird (vgl. LIU et al. 2003, S. 48). Die UN geht hierbei von einem relativ ähnlichen Szenario aus. Ihren Prognosen zufolge wird sich die Urbanisierungsquote im Jahr 2020 auf 53,2%, im Jahr 2030 auf 60,3% und im Jahr 2050 auf 72,9% belaufen (vgl. UN 2008, S. 77).

Mit der auch weiterhin anhaltenden Landflucht kommt auf Chinas Städte somit ein neues Problem hinzu: In den Großstädten besteht die Gefahr einer zunehmenden Gettoisierung bzw. Slumbildung. Um die Landflucht einzudämmen, plant die chinesische Führung im Verlauf des 11. FJP (2006–2010) ein so genanntes „neues sozialistisches Hinterland“ zu schaffen (vgl. Kap. 3.4.2.1). Kern dieser ländlichen Entwicklungsstrategie ist die Entwicklung einer modernen Agrarwirtschaft. Der Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung soll durch die Verbesserung der materiellen (z.B. Ausbau des Straßennetzes), der immateriellen (z.B. Steigerung des Bildungsniveaus) und der institutionellen Infrastruktur (mehr Partizipation der lokalen Bevölkerung) erhöht werden (vgl. NDRC 2006a, S. 8ff.). Ob diese Strategie die Landflucht bremsen und das enorme Stadt-Land-Gefälle spürbar mindern kann, muss an dieser Stelle angezweifelt werden. Die Push-Faktoren für die Landflucht könnten zwar partiell gemindert werden, die Pull-Faktoren, wie beispielsweise bessere Erwerbsmöglichkeiten durch industriell-gewerbliches Wachstum in den Großstädten, werden jedoch nach wie vor eher zu- als abnehmen. Anders verhält es sich mit den durchaus sinnvollen Reformansätzen hinsichtlich des Hukou-Systems. Seit Oktober 2001 versucht man, die Migrationsströme durch eine Art Staffelung der Zuzugserleichterungen gezielt in kleinere und mittlere Städte zu lenken, um Metropolen wie Shanghai oder Guangzhou zu entlasten (vgl. 3.4.2.3).

Wie das Beispiel der Wanderarbeiter zeigt, wurde durch die schrittweise Liberalisierung der Wirtschaft ein umfangreicher sozialer Differenzierungs- bzw. Segregationsprozess in Gang gesetzt. Sowohl zwischen den Bewohnern der Küstenprovinzen und denen der Zentral- und Westprovinzen als auch zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung haben die Einkommens- und Entwicklungsunterschiede seit Beginn der 1990er Jahre wieder erheblich zugenommen. Betrachtet man exemplarisch den HDI der einzelnen Provinzen, dann wird deutlich, wie stark die regionalen Entwicklungsunterschiede ausgeprägt sind: Die Spanne reichte im Jahr 2006 von Tibet mit einem HDI von 0,652 bis nach Shanghai, das einen HDI von 0,917 aufwies (vgl. CIRD & UNDP 2008, S. 139).

Auch die demografische Situation Chinas hat sich seit Beginn der Wirtschaftsreformen durch die Verkündung der Ein-Kind-Politik, eine Massenkampagne zur Geburtenkontrolle, tiefgreifend verändert. Trotz der Ein-Kind-Politik ist die chinesische Bevölkerung zwischen 1980 und 2006

jährlich im Durchschnitt um 1,1% gewachsen; insgesamt hat sie sich in diesem Zeitraum um mehr als 327 Mio. Menschen vergrößert (eigene Berechnung nach NBSC 2007). Die rasche Zunahme lässt sich auf der einen Seite mit der hohen Basiszahl der Bevölkerung erklären, die auch bei sinkenden natürlichen Zuwachsraten immer noch eine hohe Bevölkerungsdynamik bei den absoluten Zahlen erzeugt. Auf der anderen Seite ist auch die teils mangelhafte Umsetzung der Geburtenkontrolle mit für das Bevölkerungswachstum verantwortlich (vgl. SCHARPING 2000, S. 367f.). Obwohl die Ein-Kind-Politik von vielen Seiten aufgrund ihrer zum Teil rigiden Umsetzung stark kritisiert wurde, so hat sie doch zumindest den Bevölkerungszuwachs gemindert. Trotz der gesenkten natürlichen Zuwachsraten wird China, wie aus einem erst kürzlich von der CASS veröffentlichten Report hervorgeht, ungefähr zwischen 2025 und 2030 von voraussichtlich 1,39 bis 1,45 Mrd. Menschen bevölkert sein (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 27.12.2005). Die Experten der CASS gehen jedoch davon aus, dass dann auch der Höhepunkt in Bezug auf die Bevölkerungszahl erreicht sein wird und dass von da ab die absolute Bevölkerungszahl langsam aber kontinuierlich zurückgehen wird. Das von chinesischen Wissenschaftlern anhand ökonomischer und ökologischer Daten empfohlene Optimum für China liegt bei 0,7 Mrd. Menschen. Dies bedeutet, dass China seinen Transformationsprozess im 21. Jahrhundert weiter unter den widrigen Bedingungen eines großen Bevölkerungsüberhangs bewältigen muss. Dies wird in Zukunft zwangsläufig zu negativen Begleiterscheinungen führen. So wird sich künftig unter anderem der Landnutzungsdruck weiter verschärfen und es wird parallel dazu immer schwieriger werden, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Der zunehmende Landnutzungsdruck wird sich darüber hinaus auch in ökologischen Problemen wie Bodenerosion, Entwaldung und Desertifikation äußern. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln wird sich in Zukunft, insofern kein agrotechnischer Durchbruch gelingen sollte, aller Voraussicht nach nur noch durch den Import von Getreide sicherstellen lassen.

Zu dem generellen Problem des steten Bevölkerungswachstums kommen seit geraumer Zeit zwei weitere schwerwiegende demografische Problemfelder hinzu: die Überalterung der Bevölkerung und das zunehmende Ungleichgewicht beim Geschlechterverhältnis. In China geht die Alterung der Gesellschaft schneller als im Weltdurchschnitt vonstatten. Im Jahr 2008 waren 11,9% der chinesischen Bevölkerung über 60 Jahre alt; zum Vergleich: der Anteil der über 60-jährigen an der Weltbevölkerung belief sich im selben Jahr auf rund 11%. Problematisch dürfte es jedoch erst zwischen den Jahren 2025 und 2040 werden, wenn der Anteil der über 60-jährigen voraussichtlich auf ca. 20,7% bzw. 30,2% ansteigen wird; zum Vergleich: der Anteil der über 60-jährigen an der Weltbevölkerung wird 2040 voraussichtlich bei ca. 19,5% liegen (eigene Berechnung nach US CENSUS BUREAU 2009). Wie die Altersversorgung vor diesem Hintergrund finanziert werden soll, ist bis heute eine offene Frage. Hinzu kommen das niedrige Renteneintrittsalter und das niedrige Einkommensniveau der Bevölkerung, was die Lage zusätzlich verschärft. Das chinesische Rentensystem bedarf somit einer dringenden Reform. Drei strukturelle Herausforderungen des heutigen Systems müssen hierbei bewältigt werden: 1. Erdrückende Altlasten (ungedeckte Verbindlichkeiten aus dem alten Rentensystem, 2. Fragmentierung und Intransparenz aufgrund dezentraler Verwaltung, 3. unterentwickelte Kapitalmärkte und niedrige Renditen (vgl. DEUTSCHE BANK RESEARCH 2006a, S. 1).

Neben der zügig voranschreitenden Überalterung der Gesellschaft hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten mit dem ungleichen Geschlechterverhältnis ein weiteres Problemfeld herauskristallisiert. Nach internationalen Vergleichszahlen müsste das Geschlechterverhältnis der Neugeborenen zwischen 1,05 und 1,07 Jungen pro einem Mädchen liegen. Seit dem Beginn der Ein-Kind-Politik kam es in China zu einer abnormen Entwicklung der Sexualproportion. Im Jahr 1990 lag die Mädchen-Jungen-Quote der Neugeborenen bei 1,091 und erreichte im Jahr 2000 mit 1,14 ihren negativen Höhepunkt. Im Jahre 2020 rechnet man wieder mit einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis. Das aus den Fugen geratene Geschlechterverhältnis wird sich jedoch noch nachhaltig bis in die Mitte des 21. Jahrhunderts auswirken. Für viele Männer im heiratsfähigen Alter bedeutet dies, dass sie keine Ehepartnerin finden werden.

Ein weiteres gesellschaftliches Problemfeld stellt die zunehmende Arbeitslosigkeit dar. Die städtische Arbeitslosenquote in China wurde für das Jahr 2006 amtlich mit 4,1% angegeben (NBSC 2007). Experten gehen jedoch davon aus, dass die Quote viel zu niedrig veranschlagt ist. Nach Expertenschätzungen leben zwischen 120 und 200 Mio. überschüssige Arbeitskräfte auf dem Land, die nicht in den chinesischen Statistiken berücksichtigt werden, da Bauern und Landarbeiter formell nicht als Beschäftigte gelten. Würde man diesen Teil der Bevölkerung mit in die Statistiken einbeziehen, käme man auf eine Arbeitslosenquote jenseits der 20-Prozent-Marke. Die Lage auf dem chinesischen Arbeitsmarkt dürfte sich auch in der Zukunft noch weiter verschärfen, da zum einen viele unrentable Staatsbetriebe geschlossen oder privatisiert werden und zum anderen die Beschäftigungssituation ohnehin durch die demografisch bedingte Zunahme des Arbeitskräftepotentials auf Dauer angespannt bleiben wird.

Die ökonomische Liberalisierung hat sich jedoch, trotz aller negativen Begleiterscheinungen, auch positiv auf die gesellschaftliche Entwicklung ausgewirkt. Obwohl die VR China nach wie vor ein starres autoritäres System aufweist, gibt es zaghafte Anzeichen für die Zunahme pluralistischer Elemente innerhalb der Gesellschaft. Eine politische Öffentlichkeit im Sinne westlichen Verständnisses von Zivilgesellschaft ist jedoch erst im Entstehen begriffen.³³ Es gibt aber erste Hinweise darauf, dass sich die chinesische Zivilgesellschaft zunehmend emanzipiert, wie die Existenz von mittlerweile 1.500 bis 2.000 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf nationaler Ebene belegt. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Selbsthilfegruppen auf lokaler Ebene. Beide Organisationsformen stehen exemplarisch für eine zunehmende Selbstorganisationsfähigkeit und Mobilisierung der Gesellschaft (vgl. GTZ 2006, S. 10ff.). Als durchaus positiv kann zudem der zunehmende Informationsgrad der Bevölkerung angesehen werden. Zwar unterliegen die Medien und das Internet weitestgehend immer noch einer starken Zensur, wie die erst kürzlich erfolgte Sperrung bzw. Filterung des Onlinelexikons Wikipedia belegt. Es zeichnet sich jedoch zusehends ab, dass politische und propagandistische Inhalte vermehrt in den Hintergrund treten und stattdessen häufiger über Korruption, lokale Skandale und soziale Ungerechtigkeiten berichtet wird. Die zunehmende Verbreitung und Nutzung des Internets dürfte somit künftig zur Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit beitragen. Ein weiterer Beleg für die

³³ HEBERER & SAUSMIKAT (2004) setzen sich intensiv mit der Frage auseinander, ob sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft herausbilden oder nicht.

zunehmende Individualisierung und Mobilität der chinesischen Gesellschaft lässt sich an der Zunahme an Auslandsreisen ablesen: Im Jahr 2007 unternahmen die Chinesen insgesamt rund 13,6 Mio. Auslandsreisen (68% davon entfielen auf Urlaubsreisen) (DEUTSCHE ZENTRALE FÜR TOURISMUS E.V. 2009 S. 13). Bis vor wenigen Jahren wurden Auslandsreisen von der KPCh noch als konterrevolutionär angesehen und unterlagen dementsprechend vielerlei Restriktionen. Bereits 1991 begann die chinesische Regierung die Ausreisebestimmungen zu lockern. Im Jahr 2004 unternahm die chinesische Regierung einen weiteren bedeutenden Schritt, indem sie mit der Europäischen Union (EU) ein Memorandum of Understanding ratifizierte, dass am 1. Mai 2004 in Kraft trat und 22 EU-Ländern den so genannten ADS-Status³⁴ verlieh (vgl. EU 2004, S. 1ff.). Verfügten im Jahr 1999 noch lediglich 15 Länder über diesen Status, so sind es mittlerweile mehr als 50 Staaten. Tourismusexperten erwarten für die Zukunft einen regelrechten Boom an Auslandsreisen. Die hohen Zuwachsraten bei Auslandsreisen in den letzten Jahren sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich nach wie vor nur ein geringer Teil der Bevölkerung Auslandsreisen leisten kann. Seit Beginn der Wirtschaftsreformen zeichnen sich zudem auch eine Pluralisierung der Lebensstile und eine Zunahme an individueller Autonomie ab. Was früher noch als „westlich dekadent“ verpönt war, wird heute als Statussymbol demonstrativ nach außen getragen.

Mit welcher Geschwindigkeit und wie intensiv die gesellschaftliche Pluralisierung zukünftig voranschreiten und ob der Partizipationsgrad der Bevölkerung weiter zunehmen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abgeschätzt werden. Bis heute ging mit der Transformation der Wirtschaft zwar auf der einen Seite auch eine graduelle Lockerung der staatlichen Kontrollstrukturen sowie eine fortschreitenden gesellschaftlichen Pluralisierung einher. Auf der anderen Seite hat die KPCh bis zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch keine grundlegenden, sich an der wachsenden Vielfalt gesellschaftlicher Interessen orientierenden, politisch-institutionellen Reformen durchgeführt (vgl. HEILMANN 2000, S. 7). Die Öffnung der KPCh für Privatunternehmer und die im Jahr 2004 durchgeführte Verfassungsreform sind zwar Schritte in die richtige Richtung, es bedarf jedoch noch weiterer tief greifender Reformen, sofern man mit dem soziökonomischen Wandel Schritt halten möchte. Es offenbart sich nämlich sukzessive, dass sich mit der überkommenen Kommandohierarchie des leninistischen Parteistaates der soziale Wandel immer weniger steuern, geschweige denn kontrollieren lässt.

HEILMANN (2004: 244) geht in diesem Kontext davon aus, dass sich die staatlichen Instanzen und die gesellschaftlichen Kräfte zukünftig neu miteinander arrangieren werden und dass sich zunächst nur sehr zaghafte gesellschaftliche Kräfte, Schichten und Organisationsformen entwickeln werden, die bereit und imstande sind, politische Freiheiten, Mitspracherechte und institutionelle Neuerungen zu erstreiten.

³⁴ Das von der chinesischen Regierung implementierte Approved Destination Status System (ADS-System) ist ein Instrumentarium zur Lenkung der Touristenströme. Das System sieht vor, dass Chinesen nur in Länder reisen dürfen, welche als Reiseziele von der Regierung freigegeben wurden bzw. über den ADS-Status verfügen. Reisen in andere Länder, die nicht über den ADS-Status verfügen, sind zwar durchaus auch möglich, die Passformalitäten und Beantragung eines Visums sind hier jedoch weitaus schwieriger und aufwändiger (vgl. v. ARNSBERG 2006, S. 21).

2.3.3 Entwicklungsaussichten der chinesischen Wirtschaft

Die Perspektiven für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Chinas können als durchaus positiv eingeschätzt werden. Vieles spricht dafür, dass China zu alter wirtschaftlicher Stärke, über die es bereits bis Mitte des 19. Jahrhunderts verfügt hat, zurückfinden wird (vgl. Tab. 2.2 und Tab. 2.3). Eine viel beachtete Studie der amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs kommt zu dem Ergebnis, dass China gemessen am BIP bereits im Jahr 2027 wieder die größte Volkswirtschaft der Welt sein wird (vgl. O'NEILL & STUPNYTSKA 2009, S. 23). Gemäß Aussagen des chinesischen Vizeminister für Handel, Gao Hucheng, setzt China alles daran, bereits zwischen 2015 und 2020 die USA als größte Handelsnation der Welt abzulösen (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 22.11.2005). Aus einer Studie der Deutschen Bank geht hervor, dass dieses Ziel durchaus realistisch ist. Sie kommt zu dem Schluss, dass man vor dem Hintergrund der weitergehenden Liberalisierung des Außenhandels schon in einigen Jahren mit der Wachablösung der USA durch China als größte Handelsnation rechnen müsse (vgl. DEUTSCHE BANK RESEARCH 2005a; S. 6). Im Moment sieht es jedenfalls so aus, als ob der Wirtschaftsboom auch in der Zukunft seine Fortsetzung finden wird. Als Beleg hierfür können die nach wie vor hohen Wachstumsraten des BIP herangezogen werden.³⁵ Seit Reformbeginn ist das reale BIP Chinas (in Preisen von 1990) offiziellen Statistiken zufolge im jährlichen Durchschnitt um 9,9% gewachsen (1978-2008). Und auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeichnet sich bei weitem keine Abschwächung des Wachstums ab: Im Zeitraum 2000 bis 2008 wuchs das reale BIP im jährlichen Durchschnitt um 10,2% (eigene Berechnung nach NBSC 2008 u. 2009).

Angesichts der hohen Wachstumsdynamik der chinesischen Volkswirtschaft keimt bei Wirtschaftsexperten jedoch zunehmend auch die Befürchtung auf, dass es zu einer „Überhitzung“³⁶ der chinesischen Volkswirtschaft kommen könnte. Eine „Überhitzung“, der dann auch schon bald eine „harte Landung“ der Wirtschaft folgen könnte, würde sich nicht nur negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas, sondern darüber hinaus auch auf Asien und die gesamte Weltwirtschaft auswirken. So befindet sich der so genannte China Overheating Indicator (COI)³⁷ der Deutschen Bank weiter im Aufwärtstrend und hat im Juli 2008 mit einem Wert von 1,58 sein höchstes Niveau seit August 2004 erreicht. Der COI befindet sich damit bereits deutlich über

³⁵ Die Aussagekraft des BIP bzw. die von offizieller Seite ausgegebenen Statistiken werden jedoch von vielen Institutionen und Wissenschaftlern angezweifelt. So weist der IMF (1998: 78) darauf hin, dass nach Auffassung vieler Analysten das von offizieller Seite angegebene BIP-Wachstum in der Reformperiode (hier: zwischen 1978 und 1997) um ein bis zwei Prozentpunkte zu hoch angesetzt wurde und somit nach unten korrigiert werden müsste. In seiner viel beachteten OECD-Studie „Chinese Economic Performance in the Long Run“ kommt MADDISON (1998: 149ff.) zu dem Schluss, dass das durchschnittliche jährliche BIP-Wachstum von 1978 bis 1995 nicht 9,9%, sondern lediglich 7,5% betragen hat. Auf der anderen Seite wurden die BIP-Werte berechtigterweise auch schon nach oben korrigiert. So hat die VR China auf der Basis eines landesweiten Zensus Ende 2005 ihre BIP-Werte für 2004 um rund 17% nach oben korrigiert. Der Grund hierfür war, dass der mittlerweile stark gewachsene Dienstleistungssektor in den früheren Berechnungen deutlich unterschätzt wurde (vgl. Tab. 2.8).

³⁶ Unter „Überhitzung“ versteht man, dass mehr Kapital in die Wirtschaft fließt als dort überhaupt sinnvoll investiert werden kann.

³⁷ Die Deutsche Bank hat den COI zur Einschätzung des Überhitzungsdrucks und als Indikator für das Risiko eines scharfen Konjunkturreinbruchs entwickelt. Er beobachtet preistreibende Nachfragefaktoren und kann als Inflations-Frühindikator mit einer Vorlaufzeit von ca. 12 Monaten genutzt werden. Für eine detaillierte Beschreibung des COI siehe DEUTSCHE BANK RESEARCH (2007).

der gelben „Warnschwelle“, die auf eine erhöhte Überhitzungsgefahr bzw. Inflationsdruck hinweist. Würde er noch um weitere 0,42 Punkte zulegen, dann würde eine Überhitzung stattfinden (vgl. DEUTSCHE BANK RESEARCH 2005b, S. 1; DEUTSCHE BANK RESEARCH 2008, S. 1).

Zudem gilt das chinesische Wirtschaftswachstum aus der Sicht von Wirtschaftsexperten aufgrund der hohen Investitionsrate (Anlageinvestitionen in Relation zum BIP) als unausgewogen. Im Jahr 2008 belief sich die Investitionsrate auf 57,5% (eigene Berechnung nach NBSC 2009). Die Zentralregierung ist sich dieser Problematik jedoch bewusst und versucht, das Wirtschaftswachstum durch staatliche Regulierung behutsam abzubremesen, um einer „harten Landung“ der Wirtschaft vorzubeugen. Erst kürzlich forderten sowohl Staatspräsident Hu Jintao als auch Ministerpräsident Wen Jiabao die Anlageinvestitionen und das Kreditvolumen zu beschränken. Erste Maßnahmen, wie unter anderem eine intensivere Kreditüberwachung und eine flexiblere Währungspolitik, sollen ein gemäßigtes Wachstum der Kreditvergabe gewährleisten (vgl. CIIC 11.08.2006). Ob der Regierung jedoch die „Abkühlung“ der Wirtschaft mittels staatlicher Interventionen gelingen wird, und ob sie die Fehlallokationen in der Wirtschaft zukünftig reduzieren kann, bleibt abzuwarten. Experten sehen das generelle Problem viel eher darin, dass Chinas Wirtschaft immer noch zu vielen staatlichen Einflüssen unterliegt, sprich die chinesische Führung nach wie vor nicht der Selbstregulierungsfähigkeit von Märkten vertraut.

Die hohe Wachstumsdynamik ist auch eng mit einem anderen Problemfeld verbunden. So stößt das Angebot an Rohstoffen, Vorprodukten und Transportkapazitäten bereits jetzt an seine Grenzen und kann zum Teil nicht mehr mit dem vorgegebenen Tempo Schritt halten. Exemplarisch hierfür steht der Stahlmarkt. Aufgrund der unzureichenden Rohstoffverfügbarkeit wird das Wachstum dieser Branche bereits erheblich ausgebremst. Eine der grundlegendsten Herausforderungen im 21. Jahrhundert besteht jedoch in der langfristigen Sicherstellung der Energieversorgung. Hier wurden zwar bereits umfangreiche Investitionen getätigt, wie das Beispiel des Drei-Schluchten-Dammes zeigt, trotzdem kommt es immer öfter zu Engpässen bei der Energieversorgung. Diese ziehen bereits jetzt schon enorme volkswirtschaftliche Verluste nach sich und bremsen das Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft.

Das chinesische „Wirtschaftswunder“ muss jedoch auch kritisch hinterfragt werden, da es in zunehmendem Maße zu Lasten der Umwelt geht. KAHL (2002: 1) geht vor dem Hintergrund der ökologischen Schäden und den damit einhergehenden Folgekosten für die chinesische Volkswirtschaft sogar so weit, dass er die Tragfähigkeit der langfristigen ökonomischen und sozialen Entwicklungsziele Chinas in Frage stellt. Nach Angaben des chinesischen Vizeministers für Umwelt, Zhu Guangyao, belaufen sich die durch Umweltverschmutzung entstehenden Kosten auf rund 10% des jährlichen BIP (vgl. CHINA DAILY 06.06.2006). Der erste „China Green National Accounting Study Report 2004“ wurde Ende 2006 vom chinesischen Umweltministerium und dem NBSC veröffentlicht. Aus dieser Studie geht hervor, dass sich im Jahr 2004 die durch Umweltverschmutzungen und deren Beseitigung entstandenen Kosten auf ca. 3,1% des BIP belaufen haben (vgl. DU 1999). Gemäß einer Studie der Weltbank, der Asian Development Bank (ADB) und der Japan Bank for Cooperation belaufen sich die durch Umweltverschmutzung verursachten Kosten in China auf 7,7% des BIP p.a. (vgl. SCHATTAUER 2006, S. 2). Wie hoch der volkswirtschaftliche Verlust in Wirklichkeit ist, lässt sich an dieser Stelle somit nicht exakt eruieren. Außer Frage steht jedoch,

dass die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums unter den momentanen Bedingungen nicht gewährleistet ist. Dass sich die chinesische Zentralregierung dieser Problematik angenommen hat, zeigt, dass sie weltweit als erstes Land in den nächsten Jahren das so genannte „Green GDP“³⁸ einführen will (vgl.) und als Kernziel im 11. FJP die Schaffung einer „*Resource-Conserving and Environment-Friendly Society*“ ausgegeben hat (vgl. CHINA DAILY 12.03.2004; NDRC 2006a, S. 24).

Aufgrund der niedrigen Löhne wird China immer noch als die „verlängerte Werkbank“ der reichen Industrienationen angesehen. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in China mittlerweile Forschung und Entwicklung (FuE) auf Weltniveau betrieben wird. Im Bereich der Biotechnologie gilt China bereits jetzt schon als Vorreiter. Die Zunahme der Ausgaben für FuE können diesen Trend belegen: China hat seine FuE-Ausgaben gemessen am BIP zwischen 1997 und 2005 mehr als verdoppelt, und zwar von 0,65% auf 1,54% des BIP (vgl. NBSC 2009). Zum Vergleich: Die durchschnittlichen Forschungsausgaben aller OECD-Länder sind von 1995 bis 2002 lediglich von 2,09 auf 2,26% des BIP gestiegen (vgl. OECD 2004). Und auch der 11. FJP und der aktuelle Investitionslenkungskatalog verdeutlichen, dass die VR China durch gezielte Innovationsförderung den Aufbau einer leistungsfähigen High-Tech-Industrie forciert, ergo eine Abkehr von einem quantitativen hin zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum anstrebt (vgl. BfAI 2007c, S.1f.; NDRC 2006a).

Die VR China gehört zwar seit Jahren weltweit zu den bedeutendsten Empfängerländern ausländischer Direktinvestitionen, sie selbst tritt jedoch, wie in Kapitel 2.2.2 bereits dargelegt, als Herkunftsland bisher kaum in Erscheinung. Gleichwohl hat die Fähigkeit chinesischer Unternehmen, auf ausländischen Märkten Akquisitionen zu betreiben, in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Exemplarisch hierfür stehen die beiden gelungenen Übernahmen von MG Rover durch den staatlichen Automobilkonzern Nanjing Automobile sowie von Volvo durch den größten privaten Autokonzern Chinas Geely (vgl. DEUTSCHE BANK RESEARCH 2006b, S. 2; FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND 23.12.2009). Für Schlagzeilen sorgen zwar immer nur große Übernahmen, die Realität zeigt jedoch auch, dass chinesische Unternehmen zunehmend auch mittelständische Unternehmen im Ausland aufkaufen oder sich an ihnen beteiligen, um an deren Wissen und Know-how zu gelangen.

Ein weiterer Meilenstein der Integration Chinas in die Weltwirtschaft stellt der am 11. Dezember 2001 vollzogene Beitritt zur WTO dar. Ungeachtet aller noch bestehenden Umsetzungsprobleme steht er für den formalen Abschluss des von Deng Xiaoping initiierten außenpolitischen Strategiewechsels, der China aus seiner vollständigen wirtschaftlichen Isolation befreit und zurück in das weltwirtschaftliche Geschehen geführt hat (vgl. TAUBE 2003, S. 9f.). Die Auswirkungen dieses Beitritts für die zukünftige Entwicklung der chinesischen Wirtschaft sind vielfälti-

³⁸ Das herkömmliche BIP dient als Messgröße für den Geldwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft. Beim „grünen BIP“, das 1997 von der Weltbank kreiert wurde, werden hingegen bei der Berechnung die Kosten für Umweltschäden und Rohstoffverbrauch mit einkalkuliert. Es erfasst somit die Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Umwelt. Die ökologische Gesamtrechnung stellt somit lediglich eine Erweiterung des herkömmlichen BIP um Umweltkonten, in denen der Beitrag von natürlichen Ressourcen und Umweltgütern zu staatlichem Einkommen geschätzt wird, dar.

ger Natur und werden kontrovers diskutiert. Fakt ist jedoch, dass durch den WTO-Beitritt ein einschneidender Transformationsprozess in Gang gesetzt wurde, dessen langfristige Auswirkungen nur schwer abgeschätzt werden können. So geht SCHÜLLER (2002: 146f.) davon aus, dass sich durch den WTO-Beitritt die marktwirtschaftliche Transformation beschleunigen, die Effizienz der Wirtschaft weiter zunehmen und der Zustrom von Auslandskapital weiter ansteigen wird. Dass letzteres bereits eingetreten ist, zeigt die deutliche Zunahme realisierter und vertraglich vereinbarter ADI seit 2001 (vgl. Abb. 5.1). Durch den WTO-Beitritt wurde zudem der Zugang zu wichtigen Abnehmermärkten wie den USA und der EU erheblich verbessert. So hat das gesamte Handelsvolumen zwischen 2002 und 2007 innerhalb von nur fünf Jahren um 225% zugenommen. Die Exportquote hat sich im selben Zeitraum deutlich von 22,4% auf 36,3% und die Importquote von 20,3% auf 28,5% erhöht. Trotz der deutlichen Zunahme an Importen konnte die VR China in diesem Zeitraum ihren Handelsbilanzüberschuss um beachtliche 763% von 30,4 auf über 262,2 Mill. USD steigern (eigene Berechnung nach MOFCOM 2008a, NBSC 2009). Ungeachtet der bis heute erkennbaren positiven Effekte des WTO-Beitritts birgt er auch eine Menge an Herausforderungen. Allem voran sei hier auf den massiven strukturellen Anpassungsprozess, den die chinesische Wirtschaft seit dem WTO-Beitritt durchlaufen muss, hingewiesen. Die Wirtschaftsexperten der Prognos AG sehen im zu erwartenden Anstieg der Arbeitslosigkeit (durch Schließung unrentabler Staatsbetriebe), in der Verschärfung der regionalen Disparitäten und in der Gefährdung der Stabilität des Bankensektors die problematischsten Transformationseffekte des WTO-Beitritts. Gleichwohl kommen sie in ihrer Studie zu dem Schluss, dass der WTO-Beitritt sich langfristig positiv auf die chinesische Wirtschaft auswirken wird (vgl. SCHLESINGER & GRAMKE 2003, S. 3). Nach Auffassung von SCHÜLLER (2002: 150) existieren jedoch noch zu viele interne und externe Wachstumsbarrieren, die es zu überwinden gilt, bevor die langfristigen positiven Wirkungen die kurzfristigen negativen Folgen des WTO-Beitritts kompensieren können.

Ähnlich wie im Bereich der Politik gibt es unterschiedliche Prognosen hinsichtlich der mittel- und langfristigen Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft. Einige Chinaanalysten halten die chinesische Wirtschaft für schlichtweg „überschätzt“, einige prophezeien ihren Kollaps. Die Mehrheit der Experten rechnet jedoch mit einem anhaltenden Wachstumstempo in den kommenden Dekaden. Eine der wichtigsten Voraussetzung für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum dürfte jedoch, wie die vorangegangenen Ausführungen gezeigt haben, in der Aufrechterhaltung der politischen und sozialen Stabilität des Landes liegen.

2.4 ZUSAMMENFASSUNG

Als Resümee lässt sich zunächst festhalten, dass China nach einem mehr als zwei Jahrhunderte andauernden Niedergang und drei Jahrzehnten vollständiger politischer und wirtschaftlicher Abschottung gegenüber dem Ausland seit Einleitung der Reformen im Jahr 1978 wieder dabei ist, in die Liga der „Global Player“ aufzusteigen. Anhand von Kapitel 2.1 wurde zunächst verdeutlicht, dass es eine Vielzahl an historischen Ereignissen und Weichenstellungen gab, die die Ausgestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems Chinas bis heute determinieren und dass sich im Verlauf der Geschichte eine Vielzahl ungelöster Problemfelder herausgebildet haben. Mit dem in Kapitel 2.2 dargelegten Status Quo Chinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde dargelegt, dass das Land zwar in vielen Bereichen enorme Entwicklungsfortschritte erzielt hat, im internationalen Vergleich jedoch nach wie vor erhebliche Entwicklungsdefizite aufweist. In Kapitel 2.3 wurden die Entwicklungsperspektiven Chinas für das 21. Jahrhundert aufgezeigt. Es wurde deutlich, dass China auf der einen Seite durchaus über das notwendige Potential verfügt, seinen positiven Entwicklungspfad weiter fortzusetzen, sich auf der anderen Seite jedoch auch einer Vielzahl an Problemkonstellationen ausgesetzt sieht, die auf Dauer, sofern es der Zentralregierung nicht gelingt, adäquate Lösungsstrategien zu entwickeln, zu einer erneuten Destabilisierung Chinas im Inneren führen könnten.

Die Abbildung 2.3 gibt abschließend noch einmal einen Überblick über die aktuellen Stärken/Potentiale und Schwächen/Defizite Chinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ob, und wenn ja, in welcher Weise es China künftig gelingen wird, seine Potentiale auszuschöpfen und den dort aufgeführten Problemfeldern in angemessener Weise zu begegnen, kann zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abgeschätzt werden. Außer Frage dürfte jedoch stehen, dass die hochgesteckten Ziele Chinas nur durch stabile Rahmenbedingungen und ein nachhaltigeres Wachstum erreicht werden können. Aus diesem Grund sollte die internationale Staatengemeinschaft auch alles daran setzen, China auf diesem Weg konstruktiv zu begleiten, da ein Scheitern Chinas sich nicht nur katastrophal auf die gesamte asiatische Region auswirken würde, sondern zugleich auch eine nachhaltige Destabilisierung der weltwirtschaftlichen und –politischen Lage nach sich ziehen könnte.

In Kapitel 2.1.2 wurden die acht historisch bedingten „Daueraufträge“ bzw. Problemfelder, denen sich die KPCh nach ihrer Machtergreifung ausgesetzt sah, benannt. Drei dieser „Aufgaben“ konnten weitestgehend unter der Führung der KPCh bewältigt werden: Diversifizierung und Gründung neuer Wirtschaftszweige, Bodenreform und Aufbau leistungsfähiger Landwirtschaftsbetriebe sowie die Herstellung des inneren und äußeren Friedens. Die anderen Problemfelder blieben hingegen bis zum heutigen Tage ungelöst bzw. konnten nur ansatzweise bewältigt werden. WEGGEL (2002: 222ff.) aggregiert die „historischen Daueraufträge“, indem er vor dem geschichtlichen Hintergrund generell zwei große Hausaufgaben auf die VR China im 21. Jahrhundert zukommen sieht, nämlich Sachlösungs- und Selbstfindungsaufgaben. Für WEGGEL (2002: 224) scheint jedoch festzustehen, dass es in der Zukunft zu „... keine[r] Totalerneuerung im Sinne der maoistischen Vision, keine[r] durchgreifende[n] Verwestlichung (quanpan xihua) und keine[r] Rundum-Restoration“ kommen wird.



Bestandsaufnahme Chinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Abb. 2.3: Wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Bestandsaufnahme Chinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Stärken/Potentiale und Schwächen/Defizite (eigene Darstellung)

Der Politikwissenschaftler Sebastian Heilmann hat drei möglich erscheinende Szenarien der zukünftigen Entwicklung Chinas beschrieben. Diese drei Zukunftsszenarien, die er bereits 1997 formulierte und als „heuristisches Instrument“ bzw. „analytisches Konstrukt“ verstanden haben will, sind (vgl. HEILMANN 2004, S. 284ff.):

1. **„Politisch gelenkte Transformation“** (Modernisierung von oben): Einer Allianz technokratisch orientierter Parteiführer der neuen Führungsgeneration wird es gelingen, eine schrittweise politische Transformation einzuleiten, ohne dass das politische System kollabiert. **Merkmale:** u.a. aufgeklärte zentrale Führung/breite politische Konsultationen; Übergang zum marktwirtschaftlichen, demokratischen und föderalen Verfassungsstaat; anhaltendes Wirtschaftswachstum/Überwindung ökonomischer Strukturdefekte; hohe ADI.
2. **„Permanentes Krisenmanagement“:** Die wirtschaftlichen Strukturbedingungen und der hohe politische Problemdruck machen eine zentralisierte Steuerung und politisch kontrollierte Modernisierung auf die Dauer unmöglich. **Merkmale:** u.a. dauerhaft ungefestigte Regierungs- und Rechtsordnung, oligarchische Machtstrukturen/organisierte Kriminalität; wiederkehrende tiefe wirtschaftliche und soziale Unruhen; Prosperität in Küstenregionen/Stagnation im Inland; ethnische Konflikte; ADI-Rückgang; internationale Spannungen und evtl. militärische Konfrontationen.
3. **„Politischer Ordnungskollaps“:** Die zentrale Führung wird durch interne Auseinandersetzungen gelähmt. Das dadurch bedingte Machtvakuum führt dazu, dass die KPCh in nur kurzer Zeit auf sämtlichen Organisationsebenen in Flügel und Gruppierungen zerfallen wird, die sich gegenseitig bekämpfen werden. **Merkmale:** u.a. Spaltung und Zerfall der KPCh; Einbruch der wirtschaftlichen Dynamik; wachsendes soziales Gefälle; ländliche Unterentwicklung/hohe Arbeitslosigkeit; soziale Unruhen, ethnische Konflikte; Landflucht und hoher Abwanderungsdruck; Slumbildung in städtischen Ballungsräumen; Rückzug ausländischer Investoren; Militäraktionen zur Ablenkung innenpolitischer Spannungen.

Im Jahr 1997 ging HEILMANN (1997b: 145) noch davon aus, dass das Szenario „permanentes Krisenmanagement“ für die nächsten fünf bis zehn Jahre am ehesten zutreffen würde, womit er aus heutiger Sicht auch Recht behalten hat. Er vertrat somit die Auffassung, dass kurzfristig weder ein vollständiger Ordnungszusammenbruch noch eine dauerhafte innere Stabilisierung eintreten wird. Mittlerweile (2004) geht er zwar immer noch davon aus, dass in den kommenden Jahren dieses Szenario weiter Bestand haben wird, mit einem mittelfristigen Zeithorizont (fünf bis fünfzehn Jahren) aber gewinnt aus seiner Sicht das Szenario „politischer Ordnungskollaps“ zunehmend an Gewicht (vgl. HEILMANN 2004, S. 288ff).

Das Eintreten des dritten Szenarios, sprich der Kollaps und Sturz des kommunistischen Regimes, scheint jedoch aus Sicht des Verfassers nach wie vor eher unwahrscheinlich zu sein, da die wirtschaftliche Dynamik weiter anhalten dürfte und zudem eine pragmatische Führungsgruppe das Ruder in der Hand hält. HARTIG (2008: 70) weist in diesem Kontext darauf hin, dass auf der politischen Ebene bis heute noch keine organisatorische Alternative und Konkurrenz zur KPCh existiert. Die Machtgrundlage der KPCh scheint nach HEILMANN (2005: 31) unter anderem auch dadurch gefestigt zu sein, weil es ihr gelungen ist, große Teile der neuen wirtschaftlichen Eliten und sozialen Ober- und Mittelschichten in das Herrschaftssystem einzubinden. Hinzu kommt, dass innerhalb der Bevölkerung und bei den Parteimitgliedern die Angst vor einem umfassenden Ordnungszusammenbruch verbreitet ist. Eine universelle Beantwortung der Frage „Quo vadis, China?“ wäre zwar an dieser Stelle wünschenswert gewesen, konnte jedoch aufgrund der vielen, teils unberechenbaren Faktoren, die die zukünftige Entwicklung Chinas beeinflussen können, nur ansatzweise erfolgen.

Fakt ist jedoch, dass die VR China in den nächsten Jahren eine Reihe hochkomplexer Probleme bewältigen muss. Sollte es der Zentralregierung nicht gelingen, diese in den Griff zu bekommen, dann ist nicht nur die Fortsetzung des Wirtschaftsbooms gefährdet, sondern es könnte nach TAUBE (2001a) auch zu einer Untergrabung des gesamtgesellschaftlichen Konsenses im Hinblick auf die Fortsetzung des Reformweges kommen, was wiederum den alleinigen

Machtanspruch der KPCh gefährden könnte. Das nachfolgende Kapitel wird sich mit der Darstellung und Analyse der stark ausgeprägten räumlichen Disparitäten, die auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen in der VR China bestehen, einem der dringlichsten Problemfelder, dem sich die Zentralregierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausgesetzt sieht, widmen.

3 RÄUMLICHE DISPARITÄTEN IN DER VR CHINA

„In economic policy, I think we should allow some regions and enterprises and some workers and peasants to earn more and enjoy more benefits sooner than others, in accordance with their hard work and greater contributions to society.“

- DENG XIAOPING (1978)

Die vorangegangenen Ausführungen haben folgendes gezeigt: Auf der einen Seite verfügt die VR China durchaus über das notwendige Potential, ihren positiven Entwicklungspfad, den sie seit Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik zurückgelegt hat, auch im 21. Jahrhundert weiter fortsetzen zu können. Auf der anderen Seite sieht sie sich jedoch auch mit zahlreichen Problemfeldern konfrontiert, die diesen, falls sie ungelöst bleiben, in Zukunft konterkarieren könnten. Das folgende Kapitel setzt sich mit einem der eminentesten und zugleich persistentesten Problemfelder, und zwar den stark ausgeprägten räumlichen Disparitäten innerhalb des Landes, auseinander. Zu diesen zählen in erster Linie die historisch gewachsenen Ost-West-Disparitäten, das im Vergleich zu anderen Ländern stark ausgeprägte Stadt-Land-Gefälle, die zum Teil beträchtlichen Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten und den Han-Gebieten sowie der seit Anfang der 1990er Jahre immer offener zutage tretende Süd-Nord-Gegensatz im Küstenbereich bzw. Osten des Landes. Sollte es der Zentralregierung in absehbarer Zeit nicht gelingen, die räumlichen Ungleichgewichte zu mindern, dann könnte dies aufgrund wachsender sozialer Spannungen nicht nur eine nachhaltige Destabilisierung Chinas im Inneren nach sich ziehen, sondern letztlich auch der KPCh ihre Legitimationsbasis entziehen, was wiederum in einen „politischen Ordnungskollaps“ mit unabsehbaren Folgen münden könnte (vgl. Kap. 2.4).

Wie sich in Kapitel 3.2.3 herausstellen wird, haben sich die räumlichen Disparitäten innerhalb Chinas im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik drastisch verschärft. Das einleitende Zitat Deng Xiaopings, der als Architekt der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik gilt, bringt jedoch zum Ausdruck, dass die chinesische Zentralregierung diese Entwicklung zunächst bewusst in Kauf genommen hat. Gleichwohl formulierte Deng bereits Ende der 1980er Jahre seine Strategie der so genannten „two overall situations“ (vgl. Kap. 4.2). Diese Strategie sah vor, dass die von ihm ausgegebene Maxime *„Let some regions get rich first“* nur so lange verfolgt werden soll, bis die unter wirtschafts- und regionalpolitischen Gesichtspunkten einseitig bevorzugte Küstenregion ein ausreichend hohes Entwicklungsniveau erreicht hat (DENG 1988): *„When the coastal areas have developed to a certain extent, they will be required to give still more help to the interior. Then the development of the interior provinces will be of overriding importance.“* Da die Mehrheit der Küstenprovinzen mittlerweile ein relativ hohes wirtschaftliches Entwicklungsniveau erreicht hat, verfolgt die chinesische Zentralregierung in Anlehnung an die Dengsche Strategie seit Beginn des 21. Jahrhunderts das Ziel einer ausgewogenen Regionalentwicklung (vgl. Kap. 4.1.2). Das, was DENG (1986) damals noch als *„common prosperity“* bezeichnet hatte, soll nun angesichts der zuletzt rapide gewachsenen räumlichen und sozialen Ungleichheiten durch die von Staatspräsident HU JINTAO (2005) eingeforderte Schaffung einer *„harmonischen Gesellschaft“* erreicht werden:

„We will stick to the central task of economic development, strive for a balanced development between urban and rural areas, different regions, economic and social undertakings, [...] to bringing about a harmonious society with an all-round and parallel development in the economic, social, political and cultural fields.“

Aus diesem Kontext heraus leitet sich der folgende Fragenkomplex ab, dessen Beantwortung zentraler Bestandteil des Kapitels sein wird:

- **Mit welchen theoretischen Ansätzen wird versucht, die Frage zu beantworten, wie räumliche Disparitäten entstehen und ob sie sich langfristig nivellieren oder verstärken?**
- **Wie stark sind die eingangs genannten Dimensionen räumlicher Disparitäten innerhalb Chinas ausgeprägt? (→ Niveau)**
- **Lassen sich bestimmte Phasen identifizieren, in denen sie sich verschärft oder verringert haben? (→ Konvergenz/Divergenz)**
- **In welcher Weise beeinflussen sich die Disparitäten, die in der VR China auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen existieren, wechselseitig? (→ Interdependenz)**
- **Worin liegen die Ursachen der interregionalen Disparitäten und welche Faktoren haben zu ihrer Verschärfung/Manifestierung beigetragen?**
- **Mit welchen Maßnahmen und Strategien versucht die chinesische Zentralregierung, die interregionalen Disparitäten und das Stadt-Land-Gefälle zu reduzieren?**

In Kapitel 3.1 werden zunächst die bedeutendsten theoretischen Ansätze, mit denen versucht wird, die Frage zu beantworten, wie regionale Disparitäten entstehen und ob sie sich langfristig nivellieren oder verstärken, vorgestellt und diskutiert. Im Anschluss daran werden in Kapitel 3.2 die eingangs genannten Disparitäten, die auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen in der VR China bestehen, dargestellt und einer ausführlichen empirischen Analyse unterzogen. Gegenstand von Kapitel 3.3 wird sein, explizit die Ursachen und Einflussfaktoren der interregionalen Disparitäten zu eruieren und zu analysieren. Die Frage, welche Maßnahmen und Entwicklungsstrategien die chinesische Zentralregierung zur Reduzierung der interregionalen Disparitäten und des Stadt-Land-Gefälles ergriffen hat, ist Gegenstand von Kapitel 3.4. Abschließend werden in Kapitel 3.5 die wesentlichen Erkenntnisse zusammengefasst.

3.1 BEGRIFF, ERKLÄRUNG UND MESSUNG RÄUMLICHER DISPARITÄT

3.1.1 Was versteht man unter räumlichen Disparitäten?

Zentraler Ausgangspunkt wirtschaftsgeographischer Studien ist die empirisch gewonnene Erkenntnis, dass räumliche Disparitäten, sprich unausgeglichene Raumstrukturen und Raumungleichgewichte, existieren. Eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftsgeographie besteht daher darin, räumliche Disparitäten zu erkennen, zu beschreiben und zu erklären (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 85). Der Terminus „räumliche Disparität“ wird im DIERCKE WÖRTERBUCH DER ALLGEMEINEN GEOGRAPHIE (1995a: 114) wie folgt definiert: *„Unausgeglichenheit der Raumstrukturen in einer bzw. in verschiedenen Regionen. R. D. äußern sich in unterschiedlichen Lebensbedingungen sowie in ungleichen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten.“*

Disparitäten können auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen in Erscheinung treten. Sie können auf mondialer (z.B. Nord-Süd-Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern), kontinentaler (z.B. West-Ost-Gefälle innerhalb der EU), nationaler (z.B. Ost-West-Gefälle in der VR China) oder lokaler Ebene (z.B. Stadt-Land-Gegensatz) auftreten. Die Beschreibung und Analyse räumlicher Disparitäten wirft die grundsätzliche Frage auf, wie sie entstehen und ob sie sich langfristig nivellieren oder weiter verstärken. Die im nachfolgenden Kapitel dargestellten theoretischen Ansätze versuchen diese Frage zu beantworten.

3.1.2 Theoretische Ansätze zur Erklärung räumlicher Disparitäten und der Ungleichverteilung von Einkommen

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region hängt vom komplexen Zusammenspiel vieler interner (z.B. Sektoralstruktur, Nachfrage, technischer Fortschritt) und externer (z.B. interregionale Faktorwanderungen und Güter-/Dienstleistungsbewegungen) Wachstumsdeterminanten ab. Bis heute existiert jedoch noch kein allumfassendes, in sich geschlossenes Theorie- bzw. Gedankengebäude, das diese Determinanten integriert und eine allgemeine Erklärung des räumlich differenzierten wirtschaftlichen Wachstumsprozesses und der gesellschaftlichen Entwicklung liefert (vgl. SCHÄTZL 1996, S. 129). Es wurden jedoch eine Vielzahl an theoretischen Konstrukten entwickelt, die durch unterschiedliche Modellformulierungen die Entstehung und Existenz räumlicher Disparitäten zu erklären versuchen. Generell stehen sich hier zwei unterschiedliche Theoriegebäude gegenüber: neoklassische (Konvergenz-Ansatz) versus polarisationstheoretische (Divergenz-Ansatz) Ansätze. Es gibt aber auch Theorien, wie beispielsweise die Polarisation-Reversal-Hypothese, die versuchen, wesentliche Elemente beider Ansätze zu integrieren. Hinzu kommen noch ergänzende Ansätze wie die Exportbasis-Theorie, oder Theorien, die unter dem Oberbegriff der Neuen bzw. Endogenen Wachstumstheorie subsumiert werden. Andere Theorien, wie beispielsweise die Kuznets-Hypothese oder die Williamson-Hypothese, versuchen explizit die Unterschiede in der personellen und regionalen Einkommensverteilung bei fortschreitender Wirtschaftsentwicklung zu erklären.

Da die Ursachen räumlicher Disparitäten jedoch äußerst komplex und vielschichtiger Natur sind, muss an dieser Stelle die generelle Übertragbarkeit der in den nachfolgenden Theorien

formulierten idealtypischen Verlaufsformen räumlicher Disparitäten auf konkrete Länderbeispiele als problematisch angesehen werden. BATHELT & GLÜCKLER (2002: 85) verweisen in diesem Zusammenhang auf die jeweils spezifischen Probleme, mit denen die verschiedenen Modellformulierungen behaftet sind, und es daher schwierig sei, eine Abwägung der Ansätze gegeneinander vorzunehmen. Die nachfolgend dargestellten theoretischen Ansätze ergänzen sich somit eher, als dass sie einander ersetzen können.

3.1.2.1 Neoklassische Theorien

Neoklassische Modellansätze, wie die Konvergenztheorie, demonstrieren, wie die Knappheit von Produktionsfaktoren zu räumlich ausgeprägten Ungleichgewichten führt und welche Prozesse dem entgegenwirken. Die Grundhypothese aus regionaler Perspektive ist dabei, dass interregionale Unterschiede der Faktorentgelte, d.h. Preisunterschiede von Löhnen und Zinsen zwischen Regionen, durch Faktorwanderungen ausgeglichen werden. Dies würde demnach bedeuten, dass der Marktmechanismus zu einem Ausgleich regionaler Unterschiede des Pro-Kopf-Einkommens (PKE) tendiert. Die deduktiven Gleichgewichtsmodelle der Neoklassik kommen allgemein zu dem Ergebnis, dass jede Störung eines in der Ausgangssituation bestehenden Gleichgewichts Gegenkräfte hervorruft, die zu einem erneuten Gleichgewicht des Systems führen (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 67; SCHÄTZL 1996, S. 130ff.). Die neoklassischen Gleichgewichtstheorien sagen somit aus, dass sich regionale Disparitäten im Laufe der Zeit wieder ausgleichen, da die Kräfte des frei funktionierenden Marktes nach einer bestimmten Verlaufszeit regionale Einkommensunterschiede wieder egalalisieren (vgl. WAGNER 1994, S. 84).

Da die neoklassischen Modelle in der Regel nicht auf empirisch gewonnenen Erkenntnissen basieren bzw. von normativen Annahmen deduktiv abgeleitet wurden, gelten sie oftmals als realitätsfremd. Die Realität hat nämlich gezeigt, dass sich die interregionalen Ausgleichstendenzen in der Faktorausstattung nicht durch Faktorwanderungen ergeben und dass zudem die in der Neoklassik unterstellten Grundannahmen, wie beispielsweise vollständige Information, vollständige Konkurrenz, homogene Produktionsfaktoren etc., oftmals unrealistisch sind (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 69).

3.1.2.2 Polarisierungstheorien

Unter dem Oberbegriff Polarisierungstheorien wird eine Vielzahl von alternativen Ansätzen zur neoklassischen Konvergenztheorie zusammengefasst. Sie sind zum überwiegenden Teil aus der Auseinandersetzung mit der Kritik an der Neoklassik entstanden. Die polarisationstheoretischen Ansätze wurden in der Regel aus empirischen Untersuchungen induktiv gewonnen und ermitteln im Gegensatz zu den neoklassischen Gleichgewichtstheorien die divergierende regionale Entwicklung. Die Verfechter der Polarisierungstheorien gehen davon aus, dass aufgetretene Entwicklungsunterschiede einen zirkulär verursachten kumulativen Entwicklungsprozess in Gang setzen, der seinerseits zu einer Verstärkung der räumlichen Ungleichgewichte, sprich zu einer sektoralen und/oder regionalen Polarisierung führt (vgl. SCHÄTZL 1996, S. 152). Die polarisationstheoretischen Ansätze heben somit hervor, dass Wirtschaftswachstum nicht einen Abbau (Konvergenz), sondern eine Zunahme (Divergenz) der Disparitäten zur Folge hat.

Zu den zentralen Vertretern der regionalen Polarisierungstheorie zählen Gunnar Myrdal und Albert O. Hirschman. Der neoklassischen Gleichgewichtshypothese setzt Myrdal die Hypothese „der zirkulären Verursachung eines kumulativen sozioökonomischen Prozesses“ zur Erklärung wirtschaftlicher Unterentwicklung und Entwicklung entgegen (→ Mechanismus der zirkulären und kumulativen Verursachung). Die Grundhypothese seiner Theorie besagt, dass unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, die er als das „freie Spiel der Kräfte“ bezeichnet, die Variablen eines Systems in zirkulärer Verursachung so eng miteinander verflochten sind, dass bereits die Veränderung einer Variablen den Wandel einer anderen Variablen in gleicher Richtung hervorrufen kann. Diese wiederum verstärkt aufgrund der Rückkopplung die Intensität der ersten Veränderung und setzt dadurch im Zeitablauf einen kumulativen Prozess in Gang. Im „freien Spiel der Kräfte“ kann dieser kumulative Prozess durch jede Veränderung eines interdependenten ökonomischen Faktors (z.B. Nachfrage, Einkommen, Investitionen, Produktion etc.) ausgelöst werden. Voraussetzung ist jedoch, dass die Veränderung von ausreichender Intensität und zeitlicher Kontinuität ist. Die Veränderungen können, sofern sie positiv sind, einen Wachstumsprozess und falls sie negativ sind, einen Schrumpfungsprozess bewirken. Der kumulative Prozess bewirkt seinerseits eine räumliche Differenzierung in wachsende und zurückgebliebene Gebiete im regionalen und internationalen Maßstab. Das Ausmaß der räumlichen Differenzierung hängt somit im Wesentlichen von der Art und Intensität der durch das wirtschaftliche Wachstum der Zentren ausgelösten Effekte ab (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 69ff.; SCHÄTZL 1996, S. 154ff.). Myrdal unterscheidet hierbei zwischen zwei diametralen Effekten:

1. **Zentripetale Entzugs-/Kontereffekte** (backwash effects): alle negativen Effekte, die durch das wirtschaftliche Wachstum einer Region in anderen Regionen hervorgerufen werden. Die wirtschaftlich wachsende Region absorbiert mobile Produktionsfaktoren (z.B. Arbeitskräfte) aus den peripheren Gebieten und erhöht somit ihr eigenes Produktionspotential. Der somit in den peripheren Regionen vonstatten gehende „Aderlass“ an mobilen Produktionsfaktoren führt dementsprechend zu einer Reduzierung des dortigen Produktionspotentials.
2. **Zentrifugale Ausbreitungseffekte** (spread effects): alle positiven Effekte, die durch das wirtschaftliche Wachstum einer Region in anderen Regionen hervorgerufen werden. In den peripheren Regionen können Entwicklungsimpulse unter anderem durch die Ausbreitung von technischem Wissen, städtischer Verhaltensweisen sowie die außerhalb der wirtschaftlich prosperierenden Region befriedigte Nachfrage nach Gütern (z.B. Agrarprodukte, Rohstoffe etc.) und Dienstleistungen (z.B. Fremdenverkehr) ausgelöst werden (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 71; SCHÄTZL 1996, S. 156).

Myrdal erwartet jedoch, dass die Wirkung der Entzugseffekte die der Ausbreitungseffekte in aller Regel übertrifft. Seine Ergebnisse fasst er in zwei Schlussfolgerungen zusammen: Erstens besteht durch ungleiche räumliche Wachstums- und Entwicklungsprozesse eine immerwährende Tendenz zu räumlichen Ungleichgewichten (→ Inhärenz zwischen freiem Markt und regionalen Ungleichheiten) und zweitens ist die Tendenz zu räumlichen Ungleichgewichten umso stärker, je rückständiger ein Land ist (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 71).

Neben Myrdal zählt auch Hirschman zu den Begründern der regionalen Polarisierungstheorie. Hirschman geht ebenfalls davon aus, dass in einer ersten Entwicklungsphase die Polarisations-

effekte (Entzugseffekte) stärker sind als die Sickereffekte (Ausbreitungseffekte) und es deshalb zunächst zu einer Verschärfung der räumlichen Disparitäten kommt. Er erwartet jedoch im Gegensatz zu Myrdal, dass sich aufgrund der Konzentration ökonomischer Aktivitäten politische und ökonomische Gegenkräfte (z.B. Agglomerationsnachteile) bilden, die auf einen Abbau interregionaler Einkommensunterschiede zielen. In der Folge kommt es wieder zu einem Abbau der Disparitäten bzw. zu einem räumlichen Gleichgewicht, da sich die positiven Sickereffekte kontinuierlich verstärken und letztendlich die Polarisierungseffekte übertreffen (vgl. SCHÄTZL 1996, S. 157f.).

Genauso wie die neoklassischen Modelle müssen auch die Polarisierungstheorien kritisch hinterfragt werden. Zum einen liefert die Polarisierungstheorie kein geschlossenes Theoriegebäude, und zum anderen bildet sie kein konsistentes Gegenmodell zur Neoklassik. Zudem verbleibt die Polarisierungstheorie auf einer beschreibenden Ebene der Verflechtungen, da sie den sozialen Hintergrund, die Gestaltung und Intensität von Verflechtungsbeziehungen nicht beachtet (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 73). Empirische Befunde aus der Entwicklungs- und Schwellenländerforschung haben darüber hinaus gezeigt, dass Entzugs- und Ausbreitungseffekte nicht isoliert voneinander, sondern nebeneinander auftreten (vgl. WAGNER 1994, S. 88f.).

3.1.2.3 Endogene Wachstumstheorie

Die endogene Wachstumstheorie integriert einige Argumente der Polarisierungstheorie in die formale Struktur der Neoklassik. Sie stützt sich hierbei auf die Erkenntnis, dass der Innovationsprozess ein zentrales Element jedes Wachstums darstellt. Im Gegensatz zur neoklassischen Theorie und zur Polarisierungstheorie, die eine konvergente bzw. divergente Entwicklung zwischen den Regionen unterstellen, produziert die Modellwelt der endogenen Wachstumstheorien jedoch je nach getroffenen Annahmen unterschiedliche Ergebnisse hinsichtlich regionaler Konvergenz oder Divergenz. Sie postuliert, dass je nach Ausgangssituation, sprich den relevanten zentripetalen und zentrifugalen Kräften sowie den gegebenen produktionstechnischen Zusammenhängen, sowohl Abkoppelungs-, als auch Aufholprozessen stattfinden können. Welcher Prozess letzten Endes dominiert, hängt vom Zusammenwirken ab- oder zunehmender Faktorerträge, dem Grad der Faktormobilität der einzelnen Faktoren und der Reichweite von den in einer Region entstehenden externen Effekten ab. Die endogene Wachstumstheorie bildet jedoch noch kein in sich geschlossenes Theoriegebäude, sondern besteht vielmehr aus einer Reihe von Modellvarianten, die versuchen, den Innovationsprozess im Rahmen eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells endogen zu erklären (vgl. LAMMERS 2002, S. 5f.; MAIER et al. 2006, S. 102ff.).

3.1.2.4 Polarization-Reversal-Hypothese

Die Polarization-Reversal-Hypothese von H. W. Richardson gehört zu den Wirtschaftsstufentheorien und erklärt den räumlichen Differenzierungsprozess innerhalb einer Volkswirtschaft in Abhängigkeit vom Entwicklungsstand eines Landes. Sie bezieht dabei nicht nur wesentliche Elemente neoklassischer und polarisationstheoretischer Ansätze mit ein, sondern versucht gleichzeitig, auch regionale Wachstumstheorien mit Standortstrukturtheorien zu verknüpfen. Die Grundhypothese dieses Ansatzes besagt, dass sich auch in Entwicklungsländern im Zuge des langfristigen Entwicklungsprozesses eine Trendwende in der räumlichen Konzentration auf nationaler Ebene vollzieht bzw. der Marktmechanismus langfristig zu einem Ausgleich regionaler Differenzen führt. Hierzu hat Richardson ein Modell entwickelt, das die Veränderung von Raumstruktur und Pro-Kopf-Einkommen in fünf verschiedene Phasen einteilt:

1. **Phase (Räumliche Konzentration):** Agglomerationsvorteile im Zentrum führen in Verbindung mit dem Entzug von Produktionspotential (z.B. qualifizierte Arbeitskräfte) aus dem Rest der Raumwirtschaft zur räumlichen Konzentration ökonomischer Aktivitäten. Dadurch kommt es zur Herausbildung einer Zentrum-Peripherie-Raumstruktur mit erheblichen regionalen Disparitäten.
2. **Phase (Intraregionale Dezentralisierung):** Agglomerationsnachteile im Zentrum, die durch hohe Wachstumsraten der Wirtschaft und eine über das Arbeitsplatzangebot hinausgehende Zuwanderung von Erwerbsfähigen entstehen, bewirken im ökonomischen Bereich eine Erhöhung der Produktionskosten (z.B. steigende Bodenpreise). Dadurch wird die Auslagerung bestehender bzw. die Ansiedlung neuer Betriebe im Hinterland des Zentrums rentabel.
3. **Phase (Interregionale Dezentralisation):** In einigen ausgewählten Standorten der Peripherie entstehen nationale Subzentren, denen es gelingt einen eigendynamischen Wachstumsprozess einzuleiten. Die Agglomerationsvorteile in den Subzentren in Verbindung mit den sich weiter verschärfenden Agglomerationsnachteilen in der Zentralregion führen zu einer Umkehrverlagerung des Investitionsstroms von der Zentralregion in die Subzentren. Dieser Prozess, sprich die interregionale Dezentralisierung mit nachfolgenden Wanderungsbewegungen, stellt die Kernaussage der Hypothese dar.
4. **Phase (Sub-Intraregionale Dezentralisierung):** Der Prozess intraregionaler Dezentralisation wiederholt sich auch im Einzugsbereich der neuen Subzentren, was auch dort zu einer Verlagerung der ökonomischen Aktivitäten in ihr Umland zur Folge hat.
5. **Phase (Stabiles urbanes Hierarchiesystem):** Das Ergebnis des gesamten Dekonzentrationsprozesses sind über die Raumwirtschaft verteilte stabile urbane Hierarchiesysteme und eine weitgehende Angleichung der regionalen Disparitäten beim Pro-Kopf-Einkommen (vgl. SCHÄTZL 1996, S. 171ff.).

Kritisch hinterfragt werden muss jedoch die Übertragbarkeit des Modells auf Entwicklungsländer, da es auf der Grundlage von empirischen Beobachtungen in einigen marktwirtschaftlichen Industrieländern entwickelt wurde. Es bestehen heute nämlich deutliche Unterschiede zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern hinsichtlich ihrer Ausstattung mit internen Wachstumsdeterminanten (z.B. Niveau des technischen Wissens). Ein weiteres Defizit des Modells besteht darin, dass externe Entwicklungsfaktoren (z.B. Auswirkungen von Intensität

und Struktur internationaler Wirtschaftsbeziehungen) weitestgehend unberücksichtigt bleiben (vgl. SCHÄTZL 1996, S. 174).

3.1.2.5 Personelle Einkommensverteilung: Kuznets „inverted U-hypothesis“

Die Grundaussage der von Simon Kuznets aufgestellten so genannten „inverted U-hypothesis“ ist, dass im Zuge des Transformationsprozesses von der Agrargesellschaft zur Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in der Anfangsphase der Industrialisierung die Ungleichheiten der personellen Einkommensverteilung zunehmen, mit fortschreitender Entwicklung jedoch zunehmend Ausgleichskräfte wirken, die zunächst zu einer Stabilisierung auf hohem Niveau und später dann zu einer Abnahme der Einkommensdisparitäten führen. Das Verlaufsbild der Ungleichverteilung entspricht dann einem umgekehrten U. Dieser Verlauf gilt sowohl für inländische, als auch für internationale Ungleichheitsmaße. Kuznets begründet seine Hypothese mit empirisch gewonnenen Erkenntnissen, die er aus dem Industrialisierungsprozess in westlichen Industrieländern abgeleitet hat (vgl. SCHÄTZL 1994, S. 120f.). Die Aussagekraft der „Kuznets-Kurve“ wird jedoch mittlerweile zunehmend in Zweifel gezogen. Empirische Tests haben nämlich gezeigt, dass eine Übertragbarkeit dieses Verlaufsmusters auf sämtliche Entwicklungsländer nicht gegeben ist. Es konnten zwar einige Länder identifiziert werden, die ein der Hypothese entsprechendes Verlaufsmuster aufweisen, es existieren jedoch ebenso viele Länder, bei denen trotz enormer Entwicklungsfortschritte die Ungleichverteilung nicht abgenommen hat. Es existieren sogar Länder, bei denen sich die Verteilungsrelation trotz rasch erzielter Entwicklungsfortschritte nicht essentiell verschlechtert hat (vgl. NIENHAUS 2001 S. 5f.).

Die Kuznets-Hypothese ist für die vorliegende Arbeit insofern von Bedeutung, als dass sich eine nicht unbedeutende Zahl chinesischer Ökonomen und Wissenschaftler gesellschaftlicher Disziplinen auf ihre Grundaussage stützt, um die drastische Zunahme der Einkommensdisparitäten seit Reformbeginn zu erklären. Nach TEMPLIN (1997: 63) führt die Übertragung dieser Hypothese auf die chinesischen Verhältnisse jedoch dazu, dass die tieferen Ursachen der rapiden Zunahme der Einkommensungleichheit seit Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik verkannt werden. Er weist in diesem Zusammenhang zu Recht darauf hin, dass sich im Falle der VR China ihre rapide Zunahme nämlich nicht ausschließlich mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozess erklären lässt, sondern vielmehr auf dem Zusammenspiel mehrerer, in die gleiche Richtung wirkender und sich gegenseitig positiv verstärkender Effekte beruht.

3.1.2.6 Regionale Einkommensverteilung: Williamson-Hypothese

Analogien zur Kuznets-Kurve sind bei der Williamson-Hypothese erkennbar, mit dem Unterschied, dass sie sich mit der Ungleichheit in der regionalen Einkommensverteilung auseinandersetzt. Die Grundaussage der Williamson-Hypothese ist, dass die regionalen Einkommensdisparitäten in den Frühstadien nationaler Entwicklung zunächst zunehmen, sich im weiteren Verlauf auf hohem Niveau stabilisieren und dann bei Erreichen eines reiferen Entwicklungsstadiums wieder abnehmen. Seine empirischen Untersuchungen haben einen glockenförmigen Verlauf (umgekehrtes U) der Beziehung zwischen Entwicklungsstand und regionalen Einkommensdisparitäten ergeben. Demnach besteht die Tendenz, dass die regionalen Einkommensdisparitäten in hoch entwickelten Ländern relativ niedrig sind, in Volkswirtschaften mittleren

Entwicklungsstandes erheblich höher ausfallen und in unterentwickelten Ländern wiederum vergleichsweise gering sind. Hieraus schlussfolgert Williamson, dass im Zeitablauf die Entwicklungsländer dem Pfad räumlicher Differenzierungsprozesse der Industrieländer folgen. Der Aussagewert der Williamson-Hypothese ist in der Literatur jedoch nicht unumstritten. Ähnlich wie bei der Polarization-Reversal-Hypothese wird insbesondere die These von der Übertragbarkeit der für westliche Industrieländer gewonnenen Erkenntnisse auf die Situation der heutigen Entwicklungsländer angezweifelt. Darüber hinaus wird bemängelt, dass keine theoretische Begründung des Zusammenhangs zwischen regionalen Disparitäten und Entwicklungsverlauf geleistet wurde (vgl. SCHÄTZL 1994, S. 122f.).

3.1.2.7 Exkurs: Regionale Unterschiede beim Investitionsklima und den standort-spezifischen Bedingungen als Ursache einer räumlich differenzierten Wirtschaftsentwicklung

Einleitend wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Entwicklung eines Wirtschaftsraumes von einer Vielzahl interner und externer Wachstumsdeterminanten beeinflusst wird. Zu den internen bzw. externen Wachstumsdeterminanten zählen unter anderem auch eine Direktinvestitionen fördernde und Export stimulierende Wirtschaftspolitik eines Staates und der Kapital- und Know-how-Transfer, der durch ADI vonstatten geht (vgl. NEUMAIR 2006a, S. 298). Für KRÜGER & AHLFELD (2005: 2) besteht in der Attrahierung von ADI für viele Entwicklungsländer eine der größten Chancen, ihre Ausstattung mit den zentralen Wachstumsdeterminanten zu verbessern. Gleichwohl kommen sie in ihrer empirischen Studie auch zu dem Schluss, dass eine generell positive Wachstumswirkung von ADI nicht gegeben ist (zu den möglichen Vor- und Nachteilen von ADI auf das Empfängerland siehe Kap. 5.1.1.3). Eine negative Auswirkung von ADI kann beispielsweise, wie die Polarization-Reversal-Hypothese postuliert, darin liegen, dass sie zunächst zu einer räumlichen Konzentration ökonomischer Aktivitäten und somit zur wirtschaftsräumlichen Dualisierung des Empfängerlandes beitragen können. Dies impliziert, dass ausländische Unternehmen durch ihre selektive Standortwahl, die sie im Zuge von Direktinvestitionen treffen, einen Beitrag zum räumlich differenzierten Wirtschaftswachstum im Empfängerland leisten können.

Die Standortwahl eines Unternehmens wird nun ihrerseits von mehreren Faktoren beeinflusst. Hierzu zählen insbesondere das am potentiellen Investitionsstandort vorherrschende Investitionsklima und die dort vorhandenen standortspezifischen Bedingungen. Vor diesem Hintergrund wird nachfolgend eruiert, was ein gutes Investitionsklima ausmacht und welchen Faktoren aus Unternehmer- bzw. Investorensicht bei der Standortwahl eine entscheidende Rolle zukommt. SCHÄTZL (1996: 187) weist in diesem Kontext darauf hin, dass in der regionalwissenschaftlichen Literatur immer wieder die Notwendigkeit der Integration von Standorttheorie und regionaler Wachstumstheorie betont wird. Dies verdeutlicht, dass räumliche Unterschiede in der Ausprägung von Standortfaktoren nicht nur zu einer räumlichen Differenzierung von Standortqualitäten, sondern letzten Endes auch zu einem räumlich differenzierten Wirtschaftswachstum führen können.

Investitionsklima

Seit geraumer Zeit wird auf internationaler Ebene im Bereich der Entwicklungspolitik und –zusammenarbeit dem Investitionsklima als Instrument zur Armutsbekämpfung eine zunehmende Bedeutung beigemessen. Organisationen wie die Weltbank sehen in einem guten Investitionsklima eine elementare Voraussetzung, um die wirtschaftliche Prosperität eines Landes zu steigern und parallel dazu die Armutsrate zu reduzieren. Die Weltbank und ihr ehemaliger Chefökonom Nicholas Stern geben folgende Definition des Begriffs Investitionsklima ab:

„Das Investitionsklima spiegelt die vielen standortspezifischen Faktoren wider, von denen die Möglichkeiten und Anreize für Unternehmen abhängen, produktiv zu investieren, Arbeitsplätze zu schaffen und zu expandieren.“ (WELTBANK 2005, S. 2)

„I mean the policy, institutional, and behavioural environment, both present and expected, that affects the returns and risks associated with investment. The notion of investment climate focuses on questions of institutions, governance, policies, stability and infrastructure that affect not just the level of capital investments but also the productivity of existing investments - indeed of all factors of production – and the willingness to make productive investments for the longer term.“ (STERN 2001, S. 2f.)

Ein gutes Investitionsklima soll demzufolge dazu beitragen, Investitionshemmnisse abzubauen, sprich ein unternehmensfreundliches Umfeld zu schaffen. Die Definition der WELTBANK (2005) betont hierbei die Gesamtheit der standortspezifischen Faktoren, die je nach Ausprägung die Möglichkeiten und Anreize für Unternehmen zu investieren beeinflussen. STERN (2001) bezieht sich in seiner Definition jedoch stärker auf die Makroebene und unterstreicht dabei insbesondere die Bedeutung der von staatlicher Seite geschaffenen Rahmenbedingungen. Hierzu zählen aus seiner Sicht die wirtschaftspolitische Berechenbarkeit eines Landes (politische und wirtschaftliche Stabilität), die Gewährleistung von Rechtssicherheit und eine gut ausgebaute Infrastruktur. Fakt ist jedoch auch, dass die Einflussmöglichkeiten des Staates auf die Ausprägung vieler standortspezifischer Faktoren limitiert sind. Dies hat zur Folge, dass das Investitionsklima, sprich die Standortqualitäten, innerhalb eines Landes oftmals sehr heterogen ausgeprägt ist. Nachfolgend werden nun die wichtigsten Standortfaktoren, die sich maßgeblich auf die Standortentscheidung eines Unternehmens auswirken können, dargestellt.

Standortspezifische Faktoren

Wenngleich neuere Untersuchungen gezeigt haben, dass Standortentscheidungen nicht vollständig rationalem Handeln unterliegen, kann man trotzdem davon ausgehen, dass die unternehmerische Standortwahl in beträchtlichem Maße von der Art und der Ausprägung der in einem Wirtschaftsraum vorhandenen Standortfaktoren, sprich seiner Standortqualität, beeinflusst wird. In der raumwirtschaftlichen Standortuntersuchung haben sich mehrere Standortfaktoren herauskristallisiert, die die Standortwahl von Unternehmen und somit auch das wirtschaftliche Entwicklungspotential einer Region positiv bzw. negativ beeinflussen können. Als Entscheidungskriterien für die Standortwahl werden typischerweise folgende Arten von Standortfaktoren, deren Bedeutung jedoch je nach Branche, Betriebstyp und Investitionsmotiv variiert, herangezogen: Nach der Zugehörigkeit zu Leistungserstellung wird zwischen beschaffungs- (*input-bezogene*), produktions- (*throughput-bezogene*) und absatzorientierten (*output-bezogene*) Standortfaktoren und nach dem Grad der monetären Quantifizierbarkeit zwischen harten und

weichen Standortfaktoren unterschieden (vgl. GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON 2000, S. 2883; NEUMAIR 2006b, S. 414). Zu den harten und weichen Standortfaktoren gehören (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 145f.; GRABOW et al. 1995, S. 65ff.; NEUMAIR 2006b, S. 416f.; SCHNEIDER 2006, S. 287f.):

Harte Standortfaktoren:

- **Infrastruktur:** Transportkosten, Zugang zu Transportnetzen (z.B. Anbindung an Autobahnen und Flughäfen), infrastrukturelle Erschließung, Entfernung zu Umschlagplätzen und Märkten (z.B. Häfen), Energie- und Wasserversorgung, Kommunikationsnetze
- **Agglomerationswirkungen:** lokal-regionale Nachfrage (Absatzpotential), Kaufkraft, Kundennähe, Nähe zu anderen Unternehmen/Zulieferern, Ausstattung mit Forschungs-, Bildungs- und Entwicklungseinrichtungen, Boden-, Miet- und Immobilienpreise
- **staatlich-rechtliche Einflüsse:** Steuern- und Abgabenniveau, Verfügbarkeit von Investitionskapital, öffentlich-staatliche Förderung (Subventionen, Investitionsanreize), Umweltschutzauflagen, Markteintrittsbarrieren, Zugang zum Kapitalmarkt, Wirtschaftsordnung (Wirtschaftsrecht, Wettbewerbsordnung)
- **Politische, ökonomische und soziale Stabilität:** Stabilität des politischen Systems, sozialer Frieden innerhalb der Gesellschaft, berechenbare Wirtschaftspolitik (Einhaltung internationaler Richtlinien und Vorgaben)
- **Umweltbedingungen:** natürliche Potentiale (Klima, Boden, Wasserhaushalt), Umweltqualität, Verwundbarkeit gegenüber Naturkatastrophen, Ressourcenverfügbarkeit
- **Arbeitsmarkt:** Lohnniveau, Verfügbarkeit an qualifizierten/ungelernten Arbeitskräften (Quantität und Qualität), Mentalität/Arbeitsmoral der Beschäftigten

Weiche Standortfaktoren:

- **Unternehmensbezogene Faktoren:** Wirtschaftsklima am Ort (business climate), Image des Standortes und der Region (Standortprestige), Unternehmensfreundlichkeit der öffentlichen Verwaltung, Ausprägung des „innovativen Milieus“³⁹ bzw. der Führungsvorteile
- **Personenbezogene Faktoren:** Wohnumfeld, Umweltqualität, Bildungsangebot, Erholungs-, Kultur- und Freizeitangebot, Einkaufsmöglichkeiten

Welche Bedeutung die Unternehmen den einzelnen Standortfaktoren bei ihrer Standortwahl beimessen, lässt sich aus Abbildung 3.1 entnehmen.

³⁹ In den 1980er Jahren entstand in der Regionalökonomie der Ansatz des „kreativen Milieus“. Hierbei werden innovative Unternehmen nicht mehr isoliert betrachtet, sondern mit ihrem lokalen Umfeld und den dortigen sozio-institutionellen Strukturen in Verbindung gebracht. Das innovative bzw. kreative Milieu ist in mehreren Dimensionen mit seinem lokalen Umfeld verflochten und umfasst folgende Verflechtungsdimensionen: 1. Lokalisiertes Produktionssystem, 2. Sozio-institutionelle Einbindung, 3. Innovations- und Lernprozesse (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S.189ff.).

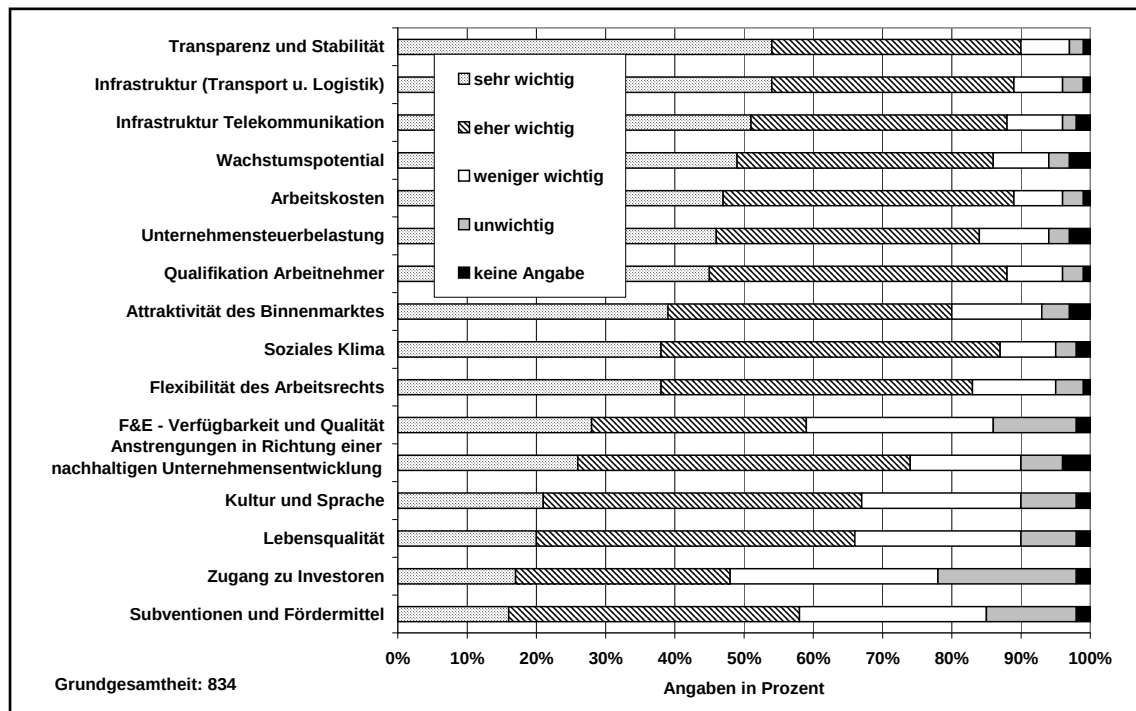


Abb. 3.1: Bedeutung ausgewählter Standortfaktoren bei Direktinvestitionen aus Investorensicht (eigene Darstellung nach ERNST & YOUNG 2008, S. 8f.)

Die dort dargestellten Ergebnisse basieren auf einer im Jahr 2008 vom Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen Ernst & Young unter 834 Führungskräften internationaler Unternehmen durchgeführten Umfrage. Die Faktoren, denen Unternehmen bei der Standortwahl die größte Bedeutung beimessen, stammen demnach im Wesentlichen aus den vier Bereichen Marktzugang, Personal und Produktivität, Steuern und Gesetze sowie Umfeld und Region. Über die Hälfte der Befragten halten insbesondere die Transparenz und Stabilität des politischen, rechtlichen und regulatorischen Umfelds sowie eine gut ausgebaute Transport-, Verkehrs- Logistik- und Telekommunikationsinfrastruktur für sehr wichtig (vgl. ERNST & YOUNG 2008, S. 8ff.).

In Kapitel 2.2 wurde bereits aufgezeigt, dass die VR China seit Reformbeginn ein anhaltend hohes Wirtschaftswachstum verzeichnet und gleichzeitig die Armutsrate innerhalb der Bevölkerung drastisch zurückgegangen ist. Im Falle Chinas lässt sich diese Entwicklung im großen Maße auf eine stetige Verbesserung des Investitionsklimas zurückführen. So haben sich in der VR China seit Reformbeginn insbesondere die Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft stetig verbessert. Parallel dazu wurden die Bereiche Handel und Investitionen weitgehend liberalisiert. Der wirtschaftliche Aufschwung Chinas seit 1978 beruht jedoch vor allem auf der Verbesserung des Investitionsklimas und der Standortbedingungen in den Küstenprovinzen. Insbesondere die dort von ausländischen Unternehmen getätigten Direktinvestitionen haben das gesamtwirtschaftliche Wachstum stimuliert und dementsprechend einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen (Wieder-)Aufstieg Chinas geleistet. Da jedoch die erhofften Spread-Effekte, die von den Küstenprovinzen ausgehen und die wirtschaftliche Entwicklung des chinesischen Hinterlandes stimulieren sollten, nur eine räumlich sehr begrenzte Wirkung entfalten konnten, haben sich die interregionalen Disparitäten seit Reformbeginn deutlich vergrößert (vgl. Abb. 3.11). Durch die Implementierung regionaler Entwicklungsprogramme/-strategien, wie beispielsweise der WDS, versucht die Zentralregierung insbesondere seit Beginn des 21. Jahr-

hunderts eine ausgewogene Regionalentwicklung herbeizuführen (vgl. Kap. 3.4.1). Ein Kernziel der WDS besteht unter anderem darin, die Investitions- und Standortbedingungen in Westchina dahingehend zu verbessern, dass in- und ausländische Unternehmen künftig auch verstärkt die Westregion bei ihrer Standortwahl mit einbeziehen (vgl. THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001).

3.1.3 Methoden zur Messung und Analyse räumlicher Disparitäten

Nachfolgend werden die verschiedenen Methoden der Datenanalyse zur Messung räumlicher Unterschiede im Entwicklungsstand und in der Entwicklungsdynamik dargestellt. Grundsätzlich unterscheidet man hier zwischen Methoden zur regionalen Struktur- und Wachstumsanalyse. Die Strukturanalyse (vgl. Kap. 3.1.3.1) zielt darauf ab, die Struktur räumlicher Verteilungen möglichst exakt zu messen; sie dient somit zur Identifizierung/Erfassung und Beschreibung räumlicher Disparitäten. Die an der Strukturanalyse ansetzende Wachstumsanalyse (vgl. Kap. 3.1.3.2) gibt hingegen Hinweise über die Veränderungen von Standortverteilungen, d.h. mit ihrer Hilfe können Aussagen zur Dynamik von räumlichen Konzentrationen und Spezialisierungen getätigt werden (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 85). Abschließend werden dann noch die bedeutendsten multivariaten statistischen Analyseverfahren vorgestellt (vgl. Kap. 3.1.3.3).

3.1.3.1 Methoden der regionalen Strukturanalyse

Der Vergleich absoluter Zahlen, wie beispielsweise die Höhe des BIP, liefert bereits erste Hinweise auf räumliche Differenzierungen; er lässt jedoch noch keinen Rückschluss zu, wo relative Ballungen bestehen. Der Gebrauch von Strukturmaßzahlen (Gliederungs- und Beziehungszahlen) ermöglicht, da es sich um Verhältniszahlen handelt, einen ersten aussagekräftigen Überblick über räumliche Differenzierungen. Gliederungszahlen, wie beispielsweise Anteile der Wirtschaftssektoren am BIP, bilden die Grundlage für interregionale Strukturvergleiche und lassen bereits Aussagen über den Grad der räumlichen Produktionsspezialisierung zu. Beziehungszahlen, wie das Pro-Kopf-Einkommen, werden ebenfalls für interregionale Strukturvergleiche eingesetzt. Die Verwendung von Verteilungsmaßzahlen (Streuungs- und Konzentrationsmaße) eignet sich jedoch in besonderem Maße zur Messung von interregionalen Entwicklungsunterschieden innerhalb eines Untersuchungsraumes. Die Streuungsmaße geben die Verteilung der Merkmalsausprägungen um ihren Mittelwert wieder. Zu den in der Wirtschaftsgeographie gebräuchlichen Streuungsmaßen zählen die absoluten Maße wie Spannweite (Variationsbreite), Varianz, Standardabweichung und das relative Streuungsmaß des Variationskoeffizienten (vgl. BAHRENBERG et al. 1990, S. 48ff.).

Im Gegensatz zu den Streuungsmaßen sind Konzentrations- bzw. Ungleichheitsmaße in der Lage, die Ungleichheit in der Verteilung der gesamten Merkmalssumme auf die Merkmalsträger zu bestimmen. Relative Konzentrationen lassen sich durch Konzentrationskurven (z.B. Lorenzkurve) darstellen. Die Abweichung von der Gleichverteilung kann beispielsweise mit dem Konzentrationsmaß Gini-Koeffizient gemessen werden. Darüber hinaus gehören auch der Theil-Index (vgl. Kap. 3.2.3.1), der Hoover-Index, der Herfindahl-Index sowie das Atkinson-Maß zur Gruppe der Konzentrations- bzw. Ungleichheitsmaße. Darüber hinaus existieren auch noch Konzentrationsparameter, die speziell auf die räumliche Verteilung anwendbar sind und somit

die Frage nach räumlichen Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur zu beantworten versuchen. Zu diesen, auf der Kombination von Strukturmaßzahlen basierenden Parametern, zählen der Lokalisations- bzw. Standortquotient, der Koeffizient der Lokalisierung sowie der Koeffizient der Spezialisierung (vgl. SCHÄTZL 1996, S. 59ff.).

3.1.3.2 Methoden der regionalen Wachstumsanalyse

Die oben dargestellten Parameter der Strukturanalyse dienen lediglich zur quantitativen Erfassung und Beschreibung räumlicher Disparitäten. Aussagen über die Veränderungen räumlicher Entwicklungsunterschiede in der Zeit bzw. die Dynamik von räumlichen Konzentrationen und Spezialisierungen können hingegen nur mittels Methoden der regionalen Wachstumsanalyse getroffen werden. Die Grundidee der regionalen Wachstumsanalyse besteht darin, das Wachstum einer Region mit demjenigen des Gesamttraumes zu vergleichen. Die Entwicklung über einen bestimmten Zeitraum kann durch Zeitreihen, die sich auf einen festen oder gleitenden Basiswert beziehen, verdeutlicht werden. Ebenso bietet es sich an, mit Hilfe eines relativen Wachstumsdiagramms, auf dessen Ordinate das Wachstum der Region und auf dessen Abszisse das Wachstum des Gesamttraumes dargestellt wird, Veränderungen in der Region den entsprechenden im Gesamttraum gegenüberzustellen. Zur Beschreibung von Wachstumsunterschieden bietet sich zudem die Shift-Analyse an. Diese Methode geht jedoch über die relative Wachstumsanalyse hinaus, da sie versucht, die regional-sektoralen Wachstumsmuster innerhalb des Gesamttraumes zu identifizieren und ferner den Anspruch erhebt, Hinweise über die Ursachen des räumlichen differenzierten Wirtschaftswachstums zu liefern (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 87f.).

Die zuvor dargestellten Parameter und Methoden der regionalen Struktur- und Wachstumsanalyse eignen sich jedoch lediglich zur Identifizierung und Beschreibung räumlicher Disparitäten, da sie nicht die zugrunde liegenden sozialen und ökonomischen Prozesse erfassen.

3.1.3.3 Mehr-Indikator-Methoden

Sollen nun neben ökonomischen auch soziale und demographische Indikatoren bei der Analyse und dem Vergleich von Untersuchungsräumen eingesetzt werden, dann bietet sich die Verwendung multivariater statistischer Analyseverfahren wie der Faktoren- und Clusteranalyse an. Die Faktorenanalyse, die oftmals der Clusteranalyse vorgeschaltet ist, wird verwendet, wenn man Indikatoren untersuchen möchte, die zum einen nicht direkt messbar sind und zum anderen sich in der Realität durch ein ganzes Bündel von Erscheinungen manifestieren. Der besondere Vorteil der Faktorenanalyse besteht darin, dass ein komplexer Sachverhalt mittels weniger Variablen dargestellt werden kann. Die Faktorenanalyse als solche ist jedoch kein Regionalisierungsverfahren, da durch sie keine eindeutige Gruppierung der Teilräume erfolgt. Da die Bestimmung von Schwellenwerten sich häufig als zu willkürlich erweist, wird zur Klassifikation von Raumeinheiten die induktive Clusteranalyse eingesetzt (vgl. SCHÄTZL 1994, S. 75f.). Den Ausgangspunkt der Clusteranalyse bildet eine Klasseneinteilung, bei der jede kleinste Raumeinheit einen eigenen Regionstyp bildet. In jedem Schritt werden die Raumeinheiten mit ähnlichen Ausprägungen in Bezug auf mehrere Variablen zu einem weiteren Regionstyp (Cluster) zusammengefasst. Mit jedem Schritt verringert sich die Anzahl der Regionen um Eins, da jeweils

zwei Regionen zu einem neuen Regionstyp zusammengefasst werden. Jeder weitere Schritt hat einen Informationsverlust und eine Zunahme der Heterogenität der Regionscluster zufolge. Mit zunehmendem Grad der Generalisierung werden immer mehr Raumeinheiten zusammengefasst, bis letztendlich rein theoretisch alle Raumeinheiten in einem Cluster vereint sind. Aus diesem Grund wird das Verfahren abgebrochen, wenn die zusammengefassten Regionen nach dem zuvor vorgegebenen Kriterium zu heterogen werden (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 45; SCHÄTZL 1994, S. 76). Das Charakteristische einer solchen Klassifikation ist, dass jede Raumeinheit genau einem Typ zugeordnet wird. Hierin besteht der wesentliche Unterschied zur Gruppierung von Variablen mittels der Faktorenanalyse, bei der keine eindeutige Zuordnung der Variablen zu den Gruppen (Faktoren) durchführbar ist (vgl. BAHRENBURG et al. 1992, S. 278).

3.2 NIVEAU, ENTWICKLUNGSVERLAUF UND INTERDEPENDENZ RÄUMLICHER DISPARITÄTEN IN DER VR CHINA

Das Ziel des folgenden Kapitels besteht darin, das aktuelle Niveau der eingangs genannten räumlichen Disparitäten und deren Entwicklungsverlauf seit Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik empirisch zu untersuchen. Im Hinblick auf die zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit wird hierbei der primäre Fokus auf der Beschreibung und Analyse des Ost-West-Gefälles liegen. Im Laufe des Kapitels wird sich jedoch herauskristalisieren, dass man es nicht isoliert von den anderen Dimensionen räumlicher Disparitäten, wie beispielsweise dem Stadt-Land-Gefälle, analysieren und bewerten kann, da zwischen ihnen eine gegenseitige Wechselwirkung besteht.

Bevor in Kapitel 3.2.3 die empirische Analyse der räumlichen Disparitäten durchgeführt wird, werden vorab der aktuelle Forschungsstand zu räumlichen Disparitäten in der VR China (vgl. Kap. 3.2.1) und die verschiedenen Schemata der wirtschaftsräumlichen Gliederung Chinas (vgl. Kap. 3.2.2) dargestellt und erläutert. Die Datengrundlage und die methodische Vorgehensweise der empirischen Untersuchung werden in Kapitel 3.2.3.1 dargelegt. Um erste Anhaltspunkte über das stark ausgeprägte Ost-West-Gefälle zu gewinnen, werden in Kapitel 3.2.3.2 zunächst die Entwicklungsunterschiede auf Kreisebene und in Kapitel 3.2.3.3 die Disparitäten auf Provinzebene näher betrachtet und empirisch untersucht. Darauf aufbauend erfolgt in Kapitel 3.2.3.4 die empirische Analyse der wirtschaftsräumlichen Disparitäten zwischen (interregional) und innerhalb (intra-regional) der drei Makroregionen Ost-Mitte-West. Im Anschluss daran werden in Kapitel 3.2.3.5 das Stadt-Land-Gefälle sowie die inter- und intraregionalen Disparitäten innerhalb der städtischen und ländlichen Bevölkerung einer empirischen Analyse unterzogen. Im Hinblick auf den hohen Minderheitenanteil in Westchina, werden schließlich in Kapitel 3.2.3.6 noch die Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten der Minderheiten und denen der Han-Majorität eingehend untersucht. In einem Exkurs setzt sich Kapitel 3.2.3.7 abschließend noch mit dem seit Anfang der 1990er Jahre immer offensichtlicher zutage tretenden Süd-Nord-Gegensatz im Küstenbereich bzw. Osten Chinas auseinander.

3.2.1 Stand der Forschung zu räumlichen Disparitäten innerhalb Chinas

Die in Kapitel 2.1.3 vollzogene Betrachtung der chinesischen Geschichte hat bereits gezeigt, dass ausgeprägte regionale Entwicklungsunterschiede seit jeher ein Charakteristikum der chinesischen Raumwirtschaft darstellen. Auffällig ist jedoch, dass innerhalb der VR China seit Machtübernahme der Kommunisten bis zur Öffnung Chinas nach außen ein wissenschaftlicher Diskurs zu diesem Thema praktisch nicht mehr stattfand. LU & WANG (2002: 45) nennen hierfür zwei Gründe: Zum einen galt die Bearbeitung des Themas in der VR China als sehr sensitiv, da die Erkenntnis regionaler Disparitäten der sozialistischen Ideologie von Gleichheit und Gerechtigkeit zuwiderlief, und zum anderen verdeckte die egalitäre Einkommensverteilung unter dem rigiden zentralen Planwirtschaftssystem bis Reformbeginn die vorhandenen und bereits stark ausgeprägten regionalen Disparitäten. Und auch im westlichen Ausland beschäftigten sich in dieser Phase nur wenige Wissenschaftler mit dieser Thematik, was wohl ursächlich mit der Abschottung Chinas gegenüber den westlichen Ländern zusammenhing. Erst seit Beginn der 1980er Jahre rückte sie sowohl im Ausland, als auch innerhalb Chinas wieder ins Zentrum des Interesses. Seitdem wurde eine Vielzahl an empirischen Studien publiziert, die sich mit den räumlichen Disparitäten innerhalb Chinas auseinandersetzen.

Die Mehrheit der empirischen Studien konzentriert sich dabei im Wesentlichen auf die Beantwortung des folgenden Fragenkomplexes: Wie stark sind die räumlichen Disparitäten ausgeprägt und gibt es Phasen, in denen sie sich verschärft oder verringert haben. Einige Wissenschaftler liefern darüber hinaus auch Anhaltspunkte über die Ursachen und Effekte der räumlichen Disparitäten (z.B. LEE 2006; WAN et al. 2004; WEN 2003) oder setzen sich mit den Maßnahmen und Entwicklungsstrategien, die die chinesische Zentralregierung zu ihrer Reduzierung ergriffen bzw. initiiert hat, auseinander (z.B. SONG 2005; WEI 2004; ZHENG & CHEN 2007). Mit den gegenseitigen Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Dimensionen räumlicher Disparitäten in der VR China (z.B. Einfluss des Stadt-Land-Gefälles auf die interregionalen Disparitäten) haben sich indes nur wenige Wissenschaftler beschäftigt (z.B. BHALLA et al. 2003; KANBUR & ZHANG 1999). Die meisten Studien beschränken sich darauf zu untersuchen, wie sich die räumlichen Disparitäten seit Reformbeginn entwickelt haben (z.B. KANBUR & ZHANG 1999; WORLD BANK 1997; YING 1999). Demgegenüber existieren nur wenige Studien, die bis in die 1950er Jahre zurückreichen (z.B. BHALLA et al. 2003; KANBUR & ZHANG 2004; KENG 2005) oder sich explizit mit den aktuellen Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts auseinandersetzen (z.B. FAN & SUN 2008; LI & XU 2008; OHNISHI 2007).

Ein direkter Vergleich der empirischen Studien ist jedoch aus vielerlei Gründen problematisch bzw. nur eingeschränkt möglich, was ursächlich mit den nachfolgend aufgeführten Inkonsistenzen, die zum Teil zwischen den einzelnen Studien bestehen, zusammenhängt:

- 1. Räumliche Skalierung:** Je nach Studie wird die empirische Analyse der interregionalen Disparitäten auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen durchgeführt (z.B. zwischen Küste und Binnenland, Ost-, Zentral- und Westchina, vier ökonomischen Gürteln, sieben Makroregionen etc.). Hinzu kommt, dass in den Studien oftmals auch die räumliche Abgrenzung der Makroregionen (z.B. Drei-Zonen-Schema Ost-Mitte-West; vgl. Tab. 3.2) voneinander abweicht.

2. **Aggregationsniveau:** Intraregionale Disparitäten lassen sich auf der Grundlage von Provinz-, Bezirks-, Kreis- oder Gemeindedaten messen, was zu unterschiedlichen Ergebnissen führt.
3. **Indikatorenwahl:** In den Studien werden unterschiedliche Indikatoren zur Messung der räumlichen Disparitäten herangezogen (z.B. Pro-Kopf-BIP, Pro-Kopf-BPW der Industrie, multiple Indikatoren etc.). Und selbst bei identischer Indikatorwahl ist ein Vergleich der Ergebnisse oftmals nur eingeschränkt möglich, da die Berechnungen entweder mit laufenden oder konstanten Preisen durchgeführt wurden (z.B. nominales oder reales Pro-Kopf-BIP). Darüber hinaus weicht oftmals auch die Aufbereitung der Basisdaten voneinander ab (z.B. Umrechnung nominaler in reale BIP-Werte).
4. **Methodische Herangehensweise/Wahl der Indizes:** Zur Messung der regionalen Disparitäten werden unterschiedliche statistische Ungleichverteilungsmaße verwendet (z.B. Gini-Koeffizient, Theil-Index, Hoover-Index), was den direkten Vergleich der Ergebnisse erschwert.
5. **Unterschiedliche Datenquellen:** Die meisten Studien greifen zwar auf offizielle Statistiken des staatlichen Amtes für Statistik der VR China zurück, aber selbst hier kommt es immer wieder zu erheblichen Abweichungen. So wurde beispielsweise das BIP der chinesischen Provinzen für den Zeitraum 2001 bis 2004 im statistischen Jahrbuch 2006 deutlich höher ausgewiesen als im Jahrbuch 2005. In diesem Fall lässt sich dies zwar auf die Aufwärtsrevision des BIP zurückführen (vgl. Kap. 2.2.2), oftmals lässt sich jedoch nicht ergründen, warum der Wert ein und desselben Indikators für dasselbe Jahr in verschiedenen Jahrbüchern variiert.
6. **Unterschiedlicher Untersuchungszeitraum:** Da in den meisten Studien der Untersuchungszeitraum variiert, kommt es oftmals zur abweichenden Identifizierung von Trends.

Trotz der zuvor genannten Inkonsistenzen, kommen die meisten Studien, die sich mit den räumlichen Disparitäten innerhalb Chinas auseinandergesetzt haben, im Kern zu relativ identischen Ergebnissen. So besteht ein breiter Konsens, dass

- die Zu- bzw. Abnahme der räumlichen Disparitäten in erster Linie mit den von der Zentralregierung in der Wirtschafts- und Regionalpolitik vorgenommenen Readjustierungen bzw. Kurswechseln zusammenhängt (z.B. „Großer Sprung nach vorn“, „Dritte Front“-Politik, Reform und Öffnung nach außen),
- sich die interprovinziellen Disparitäten und das Stadt-Land-Gefälle in der Anfangsphase der Reform- und Öffnungspolitik zunächst spürbar verringert, seit Anfang der 1990er Jahre jedoch wieder drastisch und nahezu kontinuierlich verschärft haben,
- sich die regionalen Disparitäten zwischen den drei Makroregionen Ost-Mitte-West seit Anfang der 1980er Jahre, und hierbei insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, deutlich verschärft haben und
- die interprovinziellen/-regionalen Disparitäten und das Stadt-Land-Gefälle heute stärker ausgeprägt sind als zu Reformbeginn.

Bei der Bewertung der aktuellen Lage besteht hingegen kein breiter Konsens. Einige Wissenschaftler gehen davon aus, dass die räumlichen Disparitäten in China mittlerweile so stark ausgeprägt sind, dass sie auf Dauer die nationale Einheit und die innere Stabilität der VR China gefährden könnten (z.B. ALPERMANN 2004; LIN & CHEN 2004; XUE 1997). Andere hingegen stu-

fen das Ausmaß der räumlichen Disparitäten, da man aus ihrer Sicht die Größe und den aktuellen Entwicklungsstandes Chinas berücksichtigen müsse, als durchaus normal ein und sehen auch keine Gefahr, dass es in naher Zukunft zu einer inneren Destabilisierung Chinas kommen könnte. So kommt KEIDEL (2007: 2) in seiner Studie zu dem Schluss, dass die „... levels and trends in regional inequality are healthy parts of China's successful economic reform program.“

3.2.2 Schemata der großräumigen Gliederung des chinesischen Wirtschaftsraumes

Bevor in den nachfolgenden Kapiteln die räumlichen Disparitäten empirisch analysiert werden, scheint es zunächst geboten, die großräumige Gliederung des chinesischen Wirtschaftsraumes darzustellen und zu erläutern. Hierbei wird sich zeigen, dass die räumliche Abgrenzung der einzelnen Wirtschaftsräume zueinander keineswegs statisch ist, sondern aufgrund sich wandelnder wirtschafts- und regionalpolitischer Ziele der Zentralregierung einem dynamischen Prozess unterliegt.

In Kapitel 2.1.3 wurde bereits dargelegt, dass China über eine lange Zeitspanne hinweg keinen einheitlichen Wirtschaftsraum bildete, sondern sich aus mehreren Wirtschaftsgebieten (Makroregionen) zusammensetzte. Diese stellten zumeist das Einzugsgebiet großer Flüsse dar und waren durch natürliche Barrieren (z.B. Gebirge) voneinander abgegrenzt (vgl. HERMMAN-PILLATH 1995, S. 54f.). Auf dieser Grundlage hat sich im Laufe der Zeit eine regionale Aufteilung Chinas, die auch als „traditionelle Aufteilung“ bezeichnet wird, in sieben Großregionen herauskristallisiert (vgl. Tab. 3.1).

Tab. 3.1: Regionale Aufteilung Chinas nach traditionellem Muster (vgl. CHEN & WENYUAN 2004, S. 53)

Region	Administrative Einheit
Nordost-Region	Liaoning, Jilin, Heilongjiang
Nord-Region	Beijing, Tianjin, Hebei, Henan, Shandong, Shanxi, Shaanxi
Zentral-Region	Shanghai, Zhejiang, Jiangsu, Hubei, Hunan, Jiangxi, Anhui
Süd-Region	Fujian, Guangdong, Guangxi, Hainan*
Südwest-Region	Chongqing*, Sichuan, Guizhou, Yunnan
Nordwest-Region	Gansu, Innere Mongolei, Ningxia, Xinjiang
Qinghai-Tibet- Plateau	Qinghai, Tibet
* Hainan (zuvor Teil Guangdongs) und Chongqing (zuvor Teil Sichuans) wurde erst 1988 bzw. 1997 der Provinzstatus verliehen.	

Seit Gründung der VR China hat die chinesische Zentralregierung jedoch unter wirtschafts-, regional- und verteidigungspolitischen Gesichtspunkten zum Teil grundsätzlich verschiedene Regionalisierungsschemata des chinesischen Wirtschaftsraumes implementiert. Wie aus Tabelle 3.2 hervorgeht, teilte man das Territorium im 1. FJP (1953-1957) zunächst in die zwei Makroregionen Küste und Binnenland auf. Von 1958 bis 1985 wurde der chinesische Wirtschaftsraum dann, bis auf die Phase der „Dritten Front“-Strategie, in sieben wirtschaftliche Groß- bzw. Verwaltungsregionen, die relativ identisch mit der „traditionellen Aufteilung“ Chinas sind, untergliedert. Zu Beginn der 1960er Jahre wurde mit der Errichtung der „Dritten Front“-Gebiete jedoch für mehr als ein Jahrzehnt eine Neuordnung der ökonomischen Regionen unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten vorgenommen. Bis in die frühen 1970er Jahre unterschied man nun zwischen Regionen der ersten, zweiten und dritten Front (vgl. Abb. 2.2).

Tab. 3.2: Regionalisierungsschemata des chinesischen Wirtschaftsraumes vom 1. bis zum 11. FJP (vgl. ADFAT 1997, S. 285f.; CHEN & WENYUAN 2004, S. 53; NDRC 2006a, S. 20; WANG 2001, S. 89f.; ZENG 1992, S. 92)

Periode	Region	Administrative Einheit
1. FJP (1953-1957)	Küstenregion	Liaoning, Beijing, Tianjin, Hebei, Shandong, Shanghai, Zhejiang, Jiangsu, Fujian, Guangdong, Guangxi
	Binnenregion	die restlichen 18 Provinzen
1958 - 1985	Nordostregion	Heilongjiang, Jilin, Liaoning
	Nordregion	Innere Mongolei, Beijing, Tianjin, Hebei, Shanxi, Shandong
	Nordwestregion	Xinjiang, Qinghai, Gansu, Ningxia, Shaanxi
	Ostregion	Jiangsu, Anhui, Zhejiang, Shanghai
	Zentralregion	Hubei, Hunan, Henan, Jiangxi
	Südregion	Guangxi, Guangdong, Hainan, Fujian
	Südwestregion	Tibet, Sichuan, Guizhou, Yunnan
Frühe 1960er bis frühe 1970er Jahre	Dritte Front	Sichuan, Nord-Yunnan, Guizhou, Süd-Gansu, Ost-Qinghai, Süd-Ningxia, Süd-Shaanxi und die westlichen Gebiete von Henan, Hubei und Hunan
	Erste und Zweite Front	Die restlichen Provinzen bzw. Teile der Provinzen
7. FJP (1986-1990) und 8. FJP (1991-1995; Inoffiziell)	Osten	Liaoning, Beijing, Tianjin, Hebei, Shandong, Zhejiang, Jiangsu, Fujian, Guangdong, Guangxi, Hainan (12)
	Zentralregion	Heilongjiang, Jilin, Innere Mongolei, Shanxi, Henan, Anhui, Jiangxi, Hubei, Hunan (9)
	Westen	Sichuan (inkl. Chongqing), Guizhou, Yunnan, Tibet, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Ningxia, Xinjiang (9)
9. FJP (1996-2000)	7 Regionen	Yangtzedelta und –flusstal, Bohai-Region, Südostregion, Südwest- und Südregion, Nordostregion, Zentralregion und Nordwestregion
10. FJP (2001-2005)	Osten	Liaoning, Beijing, Tianjin, Hebei, Shandong, Zhejiang, Jiangsu, Fujian, Guangdong, Hainan
	Zentralregion	Heilongjiang, Jilin, Shanxi, Henan, Anhui, Jiangxi, Hubei, Hunan
	Westen	Sichuan, Chongqing, Guizhou, Yunnan, Tibet, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Ningxia, Xinjiang, Guangxi und Innere Mongolei
11. FJP (2006-2010)	Nordosten	Liaoning, Jilin, Heilongjiang und der östliche Teil der Inneren Mongolei
	Osten	Beijing, Hebei, Shanghai, Jiangsu, Zhejiang, Fujian, Guangdong, Shandong, Hainan
	Zentralregion	Henan, Hubei, Hunan, Shanxi, Anhui und Jiangxi
	Westen	Sichuan, Chongqing, Guizhou, Yunnan, Tibet, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Ningxia, Xinjiang, Guangxi und Innere Mongolei

Spätestens mit Beginn des Reformkurses und der Öffnung Chinas für ausländische Investoren wurde diese Strategie jedoch ad acta gelegt. Fortan wurde der Entwicklung der Ostküste absolute Priorität beigemessen. Um die regionale Wirtschaftsentwicklung besser steuern zu können, wurde im 7. FJP (1986-1990) eine Aufteilung des chinesischen Wirtschaftsraumes in die drei Makroregionen Ost-, Zentral- und Westchina vorgenommen. Wenngleich sich die chinesische Zentralregierung erhoffte, dass von den einseitig geförderten Küstenprovinzen über kurz oder lang Ausbreitungseffekte ausgehen würden, so drückt das Drei-Zonen-Schema gleichwohl auch die Akzeptanz innerhalb der Zentralregierung aus, zunächst eine Verschärfung der interregionalen Disparitäten hinzunehmen.

Im 8. FJP (1991-1995) wurde das Drei-Zonen-Schema dann zumindest offiziell nicht weiter fortgeführt, da sich die Zentral- und Westprovinzen gegen die Fortführung dieses Schemas aussprachen. Die eingetretene Entwicklung hatte nämlich gezeigt, dass die erhofften Sickereffekte weitestgehend ausgeblieben waren und stattdessen Entzugseffekte eintraten (vgl. Kap. 3.1.2.2). Die West- und Zentralprovinzen vertraten dementsprechend die Auffassung, dass das Drei-Zonen-Schema nicht zur Verbreitung von Wachstumseffekten führt, sondern eher den Aufbau eigener, ressourcenorientierter Industrien verhindert. Darüber hinaus verschleierte dieses Schema auch die signifikanten interprovinziellen Disparitäten innerhalb der Regionen (vgl. TAUBMANN 2000, S. 53).

Im 9. FJP (1996-2000) wurde dann eine Einteilung des chinesischen Wirtschaftsraumes in sieben Regionen vorgenommen. In ihm wurde auch erstmalig seit Reformbeginn eine koordinierte räumliche Entwicklung festgeschrieben, um eine Minderung der regionalen Disparitäten herbeizuführen (LI 1996): „[...] *stick to coordinated economic development among different areas and gradually narrow the gaps between them.*“ WANG (2001: 90) weist jedoch daraufhin, dass sich in dieser Phase die regional und –wirtschaftspolitischen Ziele und Maßnahmen der Zentralregierung, trotz der Reklassifizierung in sieben Wirtschaftsregionen, weiterhin am Drei-Zonen-Schema orientierten.

Im 10. FJP (2001-2005), dessen zentraler Bestandteil die WDS war, kam es dann zur offiziellen Wiederbelebung des Drei-Zonen-Schemas, diesmal jedoch unter umgekehrten Vorzeichen. Seitdem steht die Entwicklung und Förderung Westchinas ganz oben auf der Agenda der Zentralregierung. Im Zuge der WDS hat sich jedoch die räumliche Abgrenzung bzw. Definition der drei Makroregionen geändert. Seit dem 10. FJP werden die beiden autonomen Provinzen Innere Mongolei (zuvor Zentralchina) und Guangxi (zuvor Ostchina) offiziell nicht mehr der Zentral- bzw. Ostregion, sondern der Westregion zugeordnet. Da sie nun offiziell als Westprovinzen deklariert werden, kommen sie ebenfalls in den Genuss des staatlichen Förderprogramms für den Westen Chinas. Die primären Gründe für die Neuordnung des Drei-Zonen-Schemas werden ausführlich in Kapitel 4.3 aufgezeigt und erläutert.

Abbildung 3.2 zeigt in diesem Kontext anschaulich, wie sich die geographische Ausdehnung der Westregion unter Berücksichtigung der drei großräumigen Treppen darstellt. Die im Rahmen der WDS neu definierte Ostgrenze Westchinas ist nämlich nahezu identisch mit der topographischen Trennlinie, die die zweite und dritte topographische Stufe Chinas voneinander abgrenzt. Diese topographische Trennlinie stellt in gewisser Weise zugleich auch eine ethnische Trennlinie innerhalb Chinas dar, da der Großteil (77,2%) der offiziell anerkannten nationalen Minderheiten im Westen Chinas beheimatet ist (vgl. Tab. 3.23).

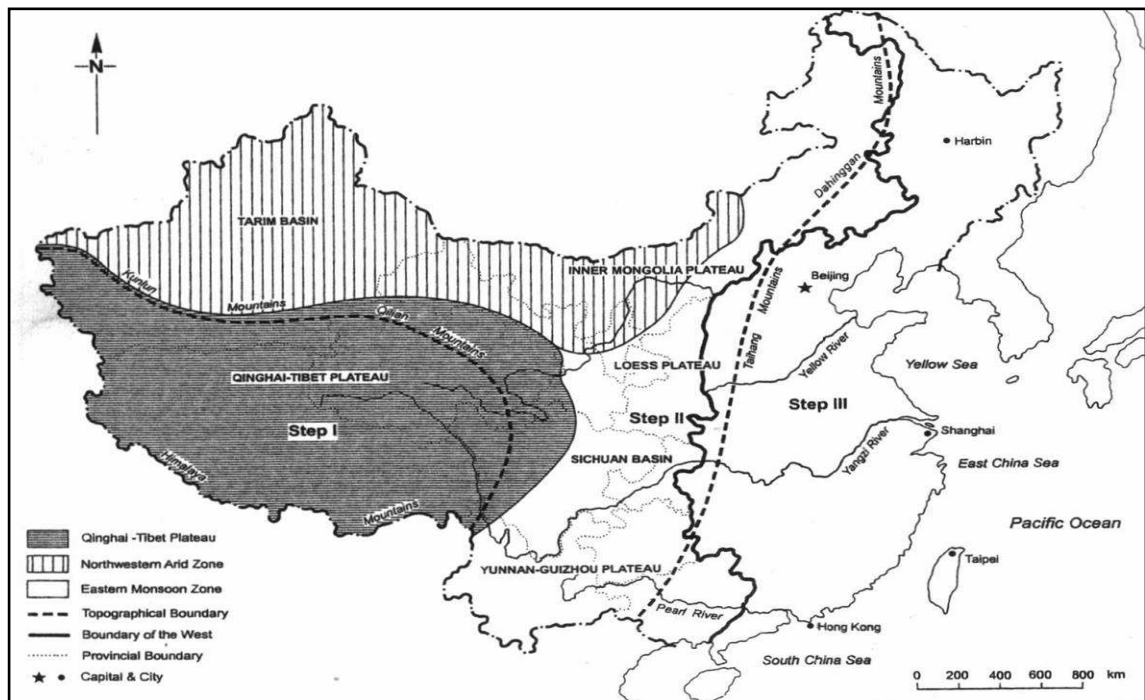


Abb. 3.2: Geographische Ausmaße Westchinas unter Berücksichtigung der drei großräumigen Treppen Chinas (WENYUAN & CHEN 2004, S. 55)

Der 11. FJP (2006-2010) sieht nun eine Aufteilung des chinesischen Wirtschaftsraumes in vier Makroregionen vor: Ost-, Zentral-, West- und Nordostchina. Diese Aufteilung steht unter dem Eindruck, dass die Zentralregierung neben der bereits 1999 implementierten WDS zwei weitere regionale Entwicklungsprogramme, und zwar die *Strategy of Rejuvenating Northeast China* (seit 2003; vgl. Kap. 3.4.1.2) und die *Rise of Central China Strategy* (seit 2005; vgl. Kap. 3.4.1.3), initiiert hat (vgl. NDRC 2006a).

Tab. 3.3: Die vier ökonomischen Gürtel Chinas (vgl. SHANTONG et al. 2004, S. 91)

Öko- nomischer Gürtel	Provinzen	Hauptverbin- dungskorridore	Wachs- tumspol im Osten	Schlüssel- gebiete zur Entwicklung Westchinas
Pearl-River	Yunnan, Guizhou, Hainan, Guangxi, Guangdong,	Pearl-Fluss	Pearl-Fluss-Delta	Nanning, Guiyang-Kunming Wirtschaftszonen
Yangtze	Tibet, Sichuan, Chongqing, Hubei, Hunan, Jiangxi, Fujian, Zhejiang, Shanghai, Jiangsu, Anhui	Yangtze; Shanghai-Chongqing Fernautobahn; Eisenbahnstrecken entlang des Yangtze	Yangtze-Delta	Oberlauf des Yangtze
Longhai-Lanxin	Xinjiang, Qinghai, Gansu, Shaanxi, Henan, Shandong, Shanxi	Longhai-Lanzhou Eisenbahnverbindung, Fernstraße Nr. 312	Huang He-Delta	Tibet-Longhai-Lanzhou Wirtschaftsgürtel
Beijing, Tianjin, Hohhot, Baotou, Yinchuan	I. Mongolei, Ningxia, Hebei, Beijing, Tianjin, Liaoning, Jilin, Heilongjiang	Beijing-Baotou und Baotou-Lanzhou Fernstraßen Nr. 119 u. 110	Großraum Beijing	Hohhot-Baotou-Yinchuan-Jitong Wirtschaftsgürtel

Wie man aus Tabelle 3.3 entnehmen kann, lässt sich der chinesische Wirtschaftsraum auch in vier von Osten nach Westen verlaufende Wirtschaftsgürtel untergliedern. Um die interregionalen Disparitäten zu mindern und die wirtschaftliche Entwicklung der Westprovinzen zu stimu-

ren, setzt die Zentralregierung seit 2002 im Rahmen der WDS auch auf eine Vertiefung der regionalökonomischen Kooperation innerhalb dieser Wirtschaftsgürtel (vgl. SHANTONG et al. 2004, S. 92).

Parallel zur großräumigen Wirtschaftsgliederung wurde im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik im 6. und 7. FJP (1981-1990) neben den etablierten Sonderwirtschaftszonen und offenen Küstenstädten auch das Konzept unterschiedlich großer, sich nicht an Provinzgrenzen orientierenden, Wirtschaftszonen eingeführt (vgl. Abb. 3.3). So wurden das Perlfloss-Delta um Guangzhou, das Yangtze-Delta um Shanghai sowie die Bohai-Region mit Beijing und Tianjin als Zentrum zu strategischen Wirtschaftszonen der ersten Ebene erklärt. Wie aus Abbildung 3.3 hervorgeht, sind die strategischen Wirtschaftszonen der ersten Ebene wiederum durch ein Geflecht von Osten nach Westen und Norden nach Süden verlaufender Entwicklungsachsen mit den Wirtschaftszonen der zweiten und dritten Ebene verbunden.

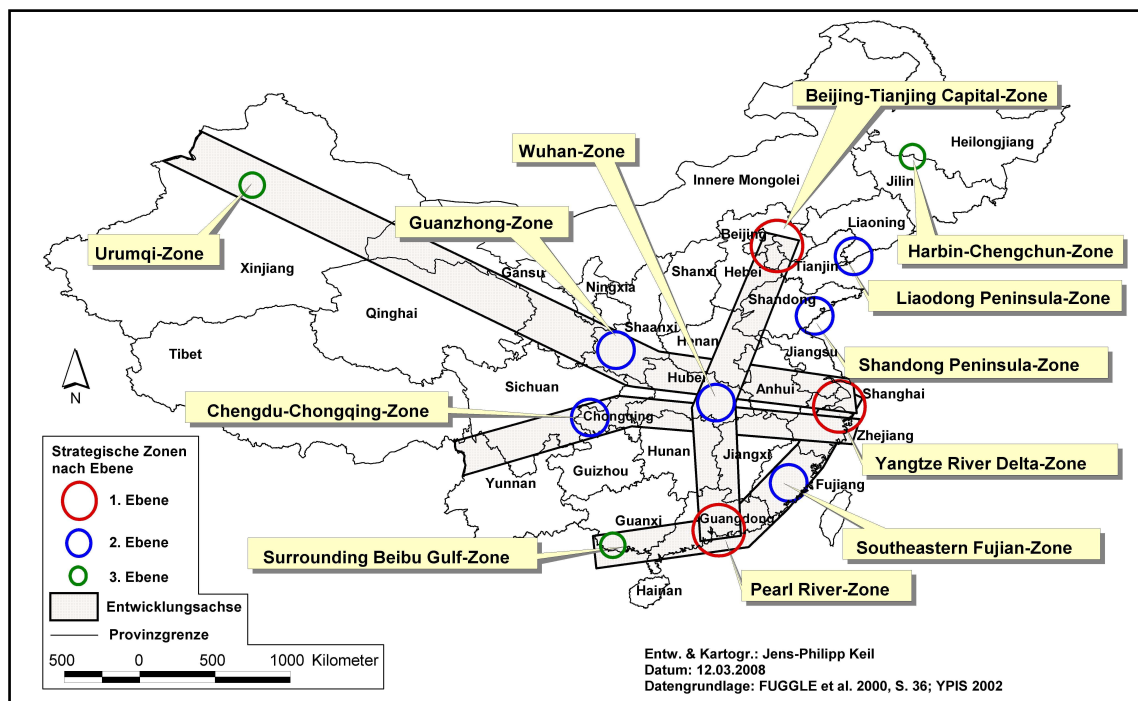


Abb. 3.3: Entwicklungsachsen und strategische Wirtschaftszonen der ersten, zweiten und dritten Ebene in der VR China

Neben den zuvor genannten Schemata sei an dieser Stelle auch auf die so genannte Heihe-Tengchong-Linie, die im Jahr 1935 vom chinesischen Bevölkerungsgeographen Hu Huanyong eingeführt wurde, hingewiesen. Diese imaginäre Linie, die auch als „geo-demographic demarcation line“ bezeichnet wird, zieht sich vom im Nordosten gelegenen Heihe (Heilongjiang) bis zum im Südwesten gelegenen Tengchong (Yunnan) diagonal durch China und teilt dabei das chinesische Territorium in etwa zwei gleich große Teile auf (vgl. Abb. 3.4): 57% nimmt der westliche und 43% der östlich Teil ein. Das Bemerkenswerte hierbei ist, dass, wie Huanyong ermittelt hat, im Jahr 1935 ca. 96% der chinesischen Gesamtbevölkerung östlich und nur ca. 4% westlich dieser Linie lebten (vgl. TAUBMANN 2003b, S.1). Die grundlegenden Aussagen dieser Linie sind auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts aktuell, da sich die Bevölkerungsverteilung

nicht gravierend verändert hat. So lebten im Jahr 2000 immer noch knapp 91% der Bevölkerung östlich dieser Linie (vgl. YUE et al. 2003, S. 157).

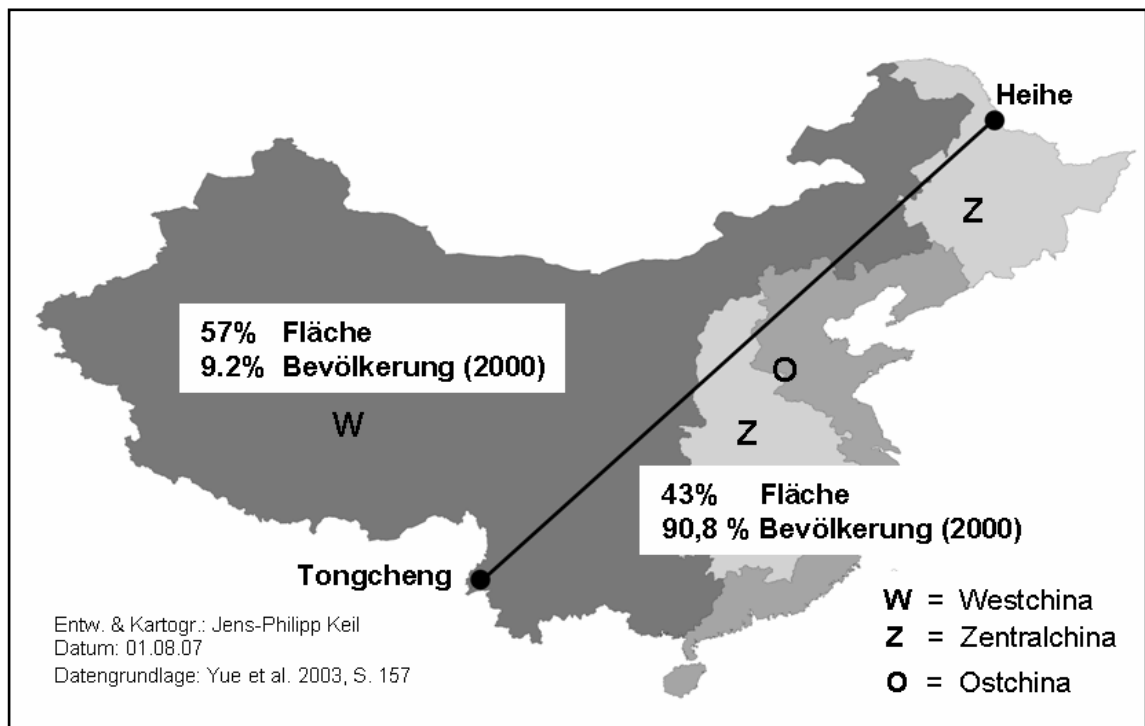


Abb. 3.4: Anteilsmäßige Verteilung der Bevölkerung westlich bzw. östlich der Heihe-Tengchong-Linie (Stand 2000)

Dass die Kernaussage dieser Demarkationslinie auch für die Entwicklung Westchinas von Bedeutung ist, zeigt, dass die Westregion zwar 71,5% der Gesamtfläche Chinas einnimmt, im Jahr 2007 jedoch nur knapp 28% der chinesischen Gesamtbevölkerung dort lebten. Die mit 53 EW/km² im Vergleich zu Zentral- (248 EW/km²) und Ostchina (496 EW/km²) geringe Bevölkerungsdichte Westchinas dürfte sich im Wesentlichen mit seiner peripheren Lage und den dort vorhandenen und überwiegend ungünstigen naturräumlichen Bedingungen erklären lassen (eigene Berechnung nach HKTDC 2009; NBSC 2008). Da die naturräumlichen Bedingungen, die geographische Lage sowie die damit verbundene Bevölkerungskonzentration nun ihrerseits zu den langfristigen Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region zählen, wird an dieser Stelle bereits deutlich, warum sich in China im Laufe der Jahrhunderte eine sehr unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaftsräume vollzogen hat (vgl. Kap. 3.3.1).

3.2.3 Empirische Analyse der Disparitäten auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen

3.2.3.1 Datengrundlage und methodisches Vorgehen

Vorab sei darauf hingewiesen, dass die Verlässlichkeit und Aussagekraft der vom chinesischen Amt für Statistik veröffentlichten statistischen Daten nach wie vor nicht dem Standard westlicher Länder entspricht. Die Integrität und Qualität der chinesischen Wirtschafts- und Sozialstatistik wird sowohl von internationalen, als auch von chinesischen Wissenschaftlern und Datennutzern angezweifelt. Im Zentrum der Kritik stehen hierbei insbesondere die Einflussnahme der Politik auf die publizierten statistischen Daten, die mangelnde Transparenz bei der Datenaufbereitung, und dass die statistischen Werte oftmals grob über- oder unterschätzt und partiell sogar manipuliert sind.⁴⁰ Trotz der Vielzahl an Unzulänglichkeiten mit denen das Datenmaterial behaftet ist, hat sich die Datenlage in den vergangenen Jahren hinsichtlich Umfang, Verfügbarkeit, Kontinuität und Glaubwürdigkeit erheblich verbessert.

Als Datengrundlage für die nachfolgend durchgeführte empirische Analyse der räumlichen Disparitäten wurde primär auf sekundärstatistisches Material, das vom National Bureau of Statistics of China (NBSC) aufbereitet und publiziert wurde, zurückgegriffen. Die verwendeten Daten stammen hierbei aus verschiedenen Jahrgängen des alljährlich im Oktober erscheinenden statistischen Jahrbuchs der VR China sowie dem im Jahr 1999 erschienenen Statistikband „Comprehensive Statistical Data and Materials on 50 Years of New China“.

Die empirische Analyse der interprovinziellen und -regionalen Disparitäten erfolgte auf Grundlage des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990). Da sowohl das nominale BIP, als auch die realen Wachstumsraten des BIP statistisch erfasst sind, konnte das reale BIP berechnet werden. Die Aussagekraft des Pro-Kopf-BIP unterliegt jedoch gewissen Einschränkungen. So weist unter anderem KEIDEL (2007: 3f.) darauf hin, dass sich die bis dato nicht abebbende Migration vom Westen gen Osten nicht in den offiziellen Bevölkerungsstatistiken der Gebietskörperschaften (Provinzen, Bezirke etc.) widerspiegelt, da der Großteil der Migranten nach wie vor über keinen offiziellen Aufenthaltsstatus am Zielort verfügt. Dies würde bedeuten, dass das Pro-Kopf-BIP, wenn man den tatsächlichen Aufenthalts- bzw. Wohnort der Migranten berücksichtigen würde, in den Empfängerprovinzen niedriger und in den Herkunftsprovinzen dementsprechend höher ausfallen würde.⁴¹ Kritisch hinterfragt werden muss zudem die Verwendung des Indikators Pro-Kopf-BIP zur Messung regionaler Wohlfahrtsunterschiede. So sagt die Höhe des Pro-Kopf-BIP nichts über die tatsächliche Verteilung des Produktes in den verschiedenen

⁴⁰ Einen fundierten Überblick über die Problematik der Datenqualität und die Defizite im chinesischen Statistiksistem liefern HOLZ (2004) sowie MOSER & SOLYMOSI (2008). HEBERER & SENZ (2007: 14) weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass insbesondere beim Umgang mit chinesischen Einkommensdaten Vorsicht geboten ist, da diese entweder das Ergebnis von nicht immer repräsentativen Stichprobenerhebungen sind, oder es sich um Angaben handelt, die oftmals nicht der Realität entsprechen, da sie von den unteren Verwaltungsebenen geliefert wurden.

⁴¹ Nach BOHNET (2002: 59) kommt es hierbei jedoch letztendlich auf den Nettoeffekt der drei folgenden, gegenläufigen Teilwirkungen an: Erstens führt die West-Ost-Migration zu einem Rückgang der versteckten Arbeitslosigkeit und einem Anstieg der Arbeitsproduktivität in Westchina, zweitens schicken die Wanderarbeiter Teile ihres Einkommens nach Hause, was dort zu einem Einkommensanstieg beiträgt, und drittens tragen die Wanderarbeiter zu einer Steigerung des BIP in den östlichen Empfangsprovinzen bei.

Schichten der Bevölkerung aus, da die Einkommensverteilung unberücksichtigt bleibt. Das BIP-Wachstum lässt sich daher auch nicht automatisch mit einer Erhöhung des Wohlstands und der Lebensqualität der gesamten Bevölkerung gleichsetzen (vgl. BÄCKER et al. 2008, S. 215). Das Pro-Kopf-BIP ist demnach kein umfassender Indikator für persönlichen und wirtschaftlichen Wohlstand, sondern eignet sich vielmehr zur Bestimmung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wie einleitend bereits erwähnt, besteht auch ein generelles Problem in der Verlässlichkeit der Daten. So entsprechen beispielsweise die aggregierten BIP-Daten einzelner Provinzen oftmals nicht der Realität. Einige Provinzen neigen nämlich dazu, aufgrund eines Systems von Anreizen, das sich an von der Zentralregierung vorgegebenen Wachstumszielen orientiert, ihre Wachstumsraten nach oben zu korrigieren (vgl. CHINA DAILY 20.01.2007; MOSER & SOLYMOSI 2008, S. 956). Ein Beispiel für die Widersprüche in den chinesischen BIP-Statistiken stellt das Jahr 2006 dar. Würde man die reale Wachstumsrate des gesamtchinesischen BIP auf Grundlage der regionalen Wachstumsraten berechnen, dann würde sich das gesamtchinesische Wirtschaftswachstum im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr auf 13,8% statt der vom NBS zentral errechneten 11,1% belaufen. Das nationale Statistikbüro sah sich demnach dazu genötigt, die Wachstumsrate des gesamtchinesischen BIP um 2,7 Prozentpunkte nach unten zu korrigieren (eigene Berechnung nach NBSC 2007).

Die empirische Analyse des Stadt-Land-Gefälles wurde auf Grundlage des realen Pro-Kopf-Einkommens der städtischen und ländlichen Bevölkerung durchgeführt. Hierzu wurden die nominalen Pro-Kopf-Einkommen auf Basis der realen Einkommenszuwächse in reale Pro-Kopf-Einkommen (in Preisen von 1978) umgerechnet. Der Einkommensvergleich zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen unterliegt jedoch gewissen Einschränkungen. Dies liegt daran, dass bei den beiden verwendeten Einkommensbegriffen *Per Capita Net Income of Rural Households* und *Per Capita Disposable Income of Urban Residents* unterschiedliche Einkommensquellen erfasst werden. Die vom NBSC veröffentlichten Daten für die städtische Bevölkerung enthalten nämlich nur monetäre und keine nicht-monetären Einkommensbestandteile. Würde man bei der Ermittlung der städtischen Einkommen die nicht-monetären und versteckten Einkommensbestandteile, wie beispielsweise Subventionen im Bereich der Gesundheitsversorgung und Bildung mit berücksichtigen, dann würde sich die Einkommensschere zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung noch größer darstellen, als sie ohnehin schon ist (vgl. Kap. 2.2.3). Als problematisch muss zudem angesehen werden, dass ähnlich wie beim Pro-Kopf-BIP die nicht registrierten Migranten bei den Stichprobenerhebungen zur Ermittlung der städtischen Einkommen gänzlich unberücksichtigt bleiben.⁴² Auf der anderen Seite muss jedoch auch auf die unzulängliche Erfassung der Schatten- und Subsistenzwirtschaft sowie die zusätzlichen Einkommensquellen der ländlichen Bevölkerung (z.B. Geldtransfers von Wanderarbeitern/Migranten) hingewiesen werden. Ferner werden bei der Berechnung des Nettoeinkommens der ländlichen Bevölkerung die selbsterzeugten und –konsumierten landwirtschaftlichen

⁴² An dieser Stelle sei auf die Studie von KHAN & RISKIN (2005) verwiesen, in der auf Grundlage einer im Jahr 2002 von der CASS durchgeführten Erhebung unter 18.035 ländlichen, städtischen und erstmalig auch unter städtischen Haushalten mit Migrationshintergrund die Einkommensunterschiede innerhalb und zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen untersucht wurden.

Erzeugnisse nicht zu Marktpreisen, sondern auf Basis eines Mischpreises aus staatlichen Ankauf- und Marktpreisen bewertet. Vor diesem Hintergrund kann man davon ausgehen, dass sowohl die PKE der städtischen, als auch der ländlichen Bevölkerung zu niedrig veranschlagt werden. Unstrittig ist jedoch, dass die Einkommen der städtischen im Vergleich zur ländlichen Bevölkerung erheblich stärker unterbewertet sind (vgl. CHAUDHURI & RAVALLION 2007, S. 160; KHAN et al. 1992; WORLD BANK 1997, S. 17).

Generell als problematisch erwies sich die Analyse der Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten der Minderheiten und denen der Han-Majorität, da nicht auf disaggregierte Daten für ethnische Minderheiten zurückgegriffen werden konnte. Die statistischen Jahrbücher Chinas, seiner Provinzen, Bezirke und Kreise beinhalten zwar Daten für die autonom verwalteten Gebietskörperschaften, problematisch hierbei ist jedoch, dass der Großteil davon aufgrund des über Jahrhunderte andauernden Zuzugs von Han-Chinesen nicht mehr ausschließlich von Minderheiten bewohnt wird (vgl. Tab. 3.2.1). Um die Situation jedoch annähernd wiedergeben zu können, wurde bei der Analyse auch auf Ergebnisse des im Jahr 2002 vom nationalen Statistikbüro durchgeführten „Village Survey“ zurückgegriffen.

Die methodische Herangehensweise orientiert sich an den einleitend formulierten Fragestellungen und Zielsetzungen des Kapitels. Zur Beschreibung und Analyse der räumlichen Disparitäten wird in den nachfolgenden Kapiteln auf den Theil-Index zurückgegriffen. Das vom Ökonometriker Henri Theil aus der Informationstheorie abgeleitete Ungleichverteilungsmaß gehört zur Familie der generalisierten Entropiemaße. Der Theil-Index ist ähnlich wie der Gini-Index ein Maß für die Ungleichverteilung von beispielsweise Einkommen zwischen Wirtschaftssubjekten. Der Theil-Index hat den generellen Vorteil, dass er die so genannte Pigou-Dalton-Bedingung⁴³ erfüllt und bei Bedarf additiv zerlegt werden kann. Im Gegensatz zum Gini-Koeffizienten kann man mit ihm nicht nur Gesamtverteilungen beurteilen, sondern man kann ihn auch in die Beiträge einzelner Unterkategorien dekomponieren.⁴⁴ So lässt sich die gemessene Gesamtungleichheit einer Verteilung in die Ungleichheit zwischen Gruppen, was man als „between-effect“ (Inter-Gruppen-Ungleichheit = T_B) bezeichnet, und in die Ungleichheit innerhalb dieser Gruppen, den „within-effect“ (Intra-Gruppen-Ungleichheit = T_W), zerlegen. Die Summe der beiden gruppenspezifischen Ungleichheitsbeiträge addiert sich dann exakt zum Total-Theil-Index (T_T) bzw. zur Gesamtungleichheit. Mit Hilfe der Dekomposition lässt sich somit der prozentuale Anteil der Ungleichheit zwischen den Gruppen und innerhalb der Gruppen an der Gesamtungleichheit ermitteln. Die Fähigkeit, eine Dekompositionsanalyse durchzuführen, ist für die vorliegende Arbeit insofern von Bedeutung, da sich mit ihr beispielsweise ermitteln lässt, ob die gesamt gemessene Ungleichheit zwischen den Provinzen (z.B. interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP) von den Unterschieden innerhalb oder zwischen den drei Makroregionen Ost-Mitte-West dominiert wird und welche gruppenspezifische Ungleichheit ihre Veränderung bestimmt.

⁴³ Unter der „Pigou-Dalton-Bedingung“ (Transfer-Prinzip) versteht man allgemein, dass der Transfer einer Geldeinheit von einer relativ reichen zu einer relativ armen Person eine Verringerung des Ungleichheitsmaßes zur Folge haben muss und umgekehrt (vgl. DIEHL 2006, S. 79; SHORROCKS 1980, S. 613ff.).

⁴⁴ Einen detaillierten Überblick über zerlegbare Ungleichverteilungsmaße liefert SHORROCKS (1980: 613ff.).

Es existieren zwei verschiedene Theil-Indizes: 1. Theil-T-Index (GE(1)), 2. Theil-L-Index (GE(0)). Der Theil-L-Index berechnet sich aus der durchschnittlichen Abweichung der logarithmierten Einkommen von dem logarithmierten Mittelwert und reagiert daher sensitiv auf Veränderungen im unteren Einkommensbereich. Der Theil-T-Index gewichtet zusätzlich die logarithmierten Abweichungen mit dem Einkommensanteil und ist daher weniger sensitiv gegenüber Veränderungen im unteren Einkommensbereich. Der Theil-T-Index bewegt sich zwischen 0 (völlige Gleichverteilung) und $\log(n)$ (maximale Ungleichverteilung, wobei n = Gesamtbevölkerung). Der Theil-L-Index hingegen bewegt sich zwischen Null (völlige Gleichverteilung) und Unendlich (maximale Ungleichverteilung), wenngleich die Praxis gezeigt hat, dass er äußerst selten den Wert 1 überschreitet.

Theil-T- Index =

$$T_T = \sum_i \sum_j \left(\frac{Y_{ij}}{Y} \right) \log \left(\frac{Y_{ij}/Y}{n_{ij}/N} \right)$$

Dekomposition in Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit:

$$T_T = T_B + T_W, \quad T_B = \sum_i \left(\frac{Y_i}{Y} \right) \log \left(\frac{Y_i/Y}{n_i/N} \right), \quad T_W = \sum_i \left(\frac{Y_i}{Y} \right) \sum_j \left(\frac{Y_{ij}}{Y_i} \right) \log \left(\frac{Y_{ij}/Y_i}{n_{ij}/n_i} \right),$$

wobei z.B. Y_{ij} = Gesamt-BIP Provinz j in Region i , Y_i = Gesamt-BIP der Region i , Y = Gesamt-BIP aller Provinzen bzw. Regionen, n_{ij} = Bevölkerungsgröße Provinz j in Region i , n_i = Gesamtbevölkerung der Region i , N = Gesamtbevölkerung aller Provinzen bzw. Regionen ist.

Theil-L-Index = GE(0) =

$$T_L = \sum_i \sum_j \left(\frac{n_{ij}}{N} \right) \ln \left(\frac{\bar{Y}}{Y_{ij}} \right)$$

Dekomposition in Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit:

$$T_L = T_B + T_W, \quad T_B = \sum_i \left(\frac{n_i}{N} \right) \ln \left(\frac{\bar{Y}}{\bar{Y}_i} \right), \quad T_W = \sum_i \frac{n_i}{N} \sum_j \ln \left(\frac{\bar{Y}_i}{Y_{ij}} \right),$$

wobei n_{ij} = urbane bzw. rurale Bevölkerung in Provinz i , n_i = urbane bzw. rurale Gesamtbevölkerung, N = Gesamtbevölkerung, Y_{ij} = durchschnittliches PKE urbaner bzw. ruraler Bevölkerung in Provinz ij , $\bar{Y}_i$ = durchschnittliches PKE urbaner bzw. ruraler Bevölkerung, $\bar{Y}$ = Durchschnittseinkommen ist.

3.2.3.2 Entwicklungsunterschiede und Armutsbekämpfung auf Kreisebene

Ziel dieses Kapitels ist es, erste Anhaltspunkte über die stark ausgeprägten interregionalen Disparitäten innerhalb Chinas zu gewinnen. Hierzu werden nachfolgend die 592 so genannten staatlichen Schlüsselkreise zur Armutsbekämpfung im Kontext ihrer räumlichen Lage betrachtet. Diese 592 Kreise und die gesamte autonome Provinz Tibet (73 Kreise) wurden im Jahr 2001 im Rahmen des staatlichen Armutsminderungsprogramms „Development-oriented Poverty Reduction Program for Rural China“ (2001-2010) von der State Council Leading Group for Poverty Reduction and Development (SCLGPRD) als besonders arm und dementsprechend förderungsbedürftig eingestuft.⁴⁵ Auf Kreisebene setzte sich China im Jahr 2001 aus 2.861 Verwal-

⁴⁵ Bereits im Jahr 1986 wurde die SCLGPRD etabliert. Auf Grundlage der damals festgesetzten Armutsgrenze (verfügbares PKE eines Landbewohners unter 150 Yuan) wurden 331 Kreise identifiziert, die bis 1993 durch verschiedene Programme gefördert wurden. Zwischen 1986 und 1993 konnte das durchschnittliche PKE der ländlichen Bevölkerung

tungseinheiten zusammen. Dies bedeutet, dass ungefähr 23% aller chinesischen Kreise (inkl. Tibet) als besonders arm eingestuft wurden. Die räumliche Lage bzw. die Regionszugehörigkeit (Ost-Mitte-West) der förderungsbedürftigen Kreise lässt sich aus Tabelle 3.4 und Abbildung 3.5 entnehmen.

Tab. 3.4: Regionszugehörigkeit (Ost-Mitte-West) der 592 Schlüsselkreise zur Armutsbekämpfung (eigene Berechnung nach NBSC 2002; THE STATE COUNCIL LEADING GROUP OFFICE OF POVERTY ALLEVIATION AND REDUCTION 2004b)

	2.861 Kreise in der VR China, davon ... in	592 förderungsbedürftige Kreise, davon ... in	Anteil „armer“ Kreise (in %)
Ostchina	892 (31,2%)	44 (7,4%)	4,9
Zentralchina	895 (31,3%)	173 (29,2%)	19,3
Westchina	1.074 (37,5%)	375 (63,4%)	34,9 (41,7 inkl. Tibet)

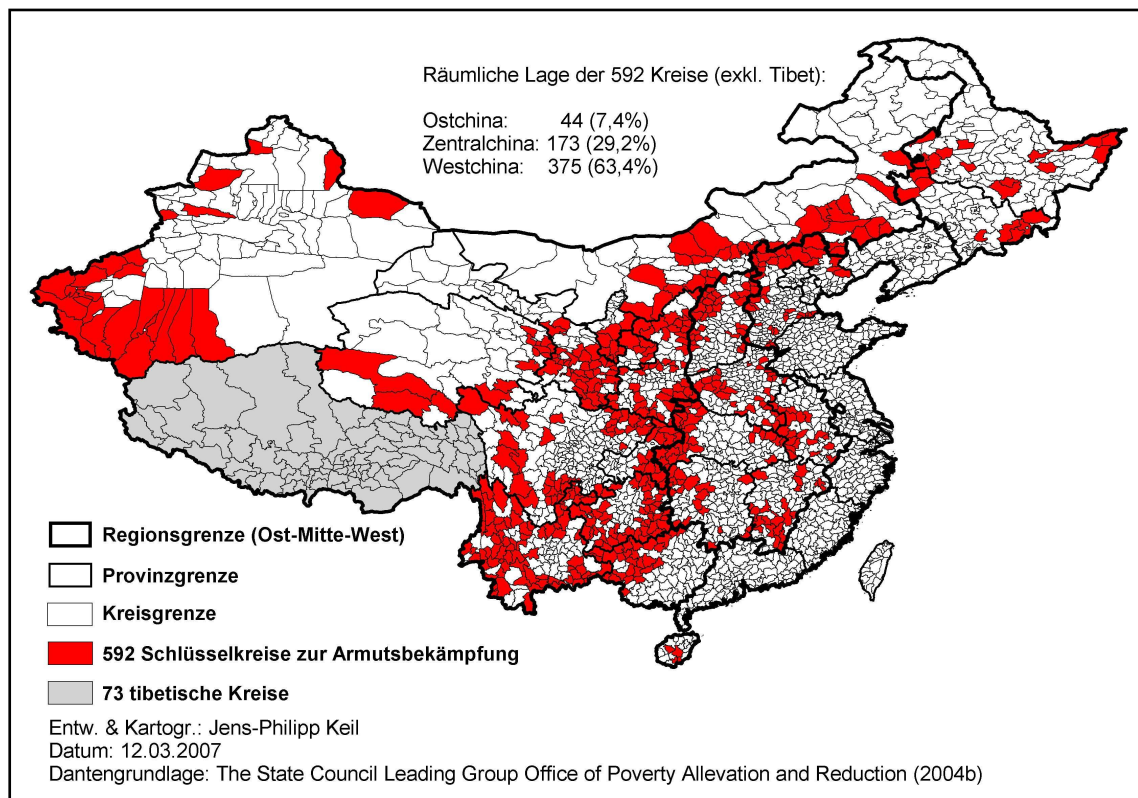


Abb. 3.5: Räumliche Lage der 592 Schlüsselkreise zur Armutsbekämpfung

Hierbei fällt auf, dass diese überwiegend im chinesischen Hinterland lokalisiert sind. Von den 592 Kreisen (exkl. Tibet) befinden sich 375 (63,4%) in Westchina, 173 (29,2%) in Zentralchina und nur 44 (7,4%) im Osten des Landes. Da Westchina jedoch nur knapp 38% aller chinesischen Kreise stellt, bedeutet dies, dass die Region einen im Vergleich zu Ost- und Zentralchina

in diesen Kreisen von 206 auf 484 Yuan zulegen und im selben Zeitraum ging die Zahl der auf dem Land in absoluter Armut lebenden Menschen von 125 auf 80 Mio. zurück. Im Jahr 1994 wurde dann der „National 8-7 Poverty Reduction Plan (1994-2000)“, ein Programm mit dem man 80 Mio. Menschen von absoluter Armut befreien wollte, aufgelegt. Auf Grundlage der im Jahr 1994 neu festgelegten Armutsgrenze von 400 Yuan wurden dann 592 förderungsbedürftige Kreise identifiziert. Das im Jahr 2001 implementierte „Development-oriented Poverty Reduction Program for Rural China“ stellt die Fortsetzung des 1994 initiierten Planes dar. Mit Hilfe dieses Programms sollen die ca. 30 Mio. Menschen (Stand 2001), deren PKE unter der im Jahr 2000 festgesetzten Armutsgrenze von 625 Yuan liegt, von absoluter Armut befreit werden (vgl. INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001; MFA 2005, S. 9; WANG & CAI 2007, S. 23f.).

deutlich überproportionalen Anteil förderungsbedürftiger Kreise aufweist. Aus Tabelle 3.5 geht hervor, dass mit Tibet, Guizhou, Yunnan und Gansu (alle Westchina) die Provinzen mit dem niedrigsten Lebensstandard und wirtschaftlichen Entwicklungsniveau (vgl. Tabellen 3.6 und 3.7) auch den höchsten Anteil „armer“ Kreise aufweisen. Ein wichtiger Aspekt ist auch, dass sich offiziellen Angaben zufolge von den 592 förderungsbedürftigen Kreisen 267 in Gebieten befinden, die zwar nicht zwangsläufig autonom verwaltet sind, jedoch zahlenmäßig überwiegend von Minderheiten bewohnt werden (vgl. INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2005).

Tab. 3.5: Provinzzugehörigkeit der 592 Schlüsselkreise zur Armutsbekämpfung (vgl. NBSC 2002; THE STATE COUNCIL LEADING GROUP OFFICE OF POVERTY ALLEVIATION AND REDUCTION 2004b)

Provinz	Anzahl Kreise (2001)	Anzahl „armer“ Kreise	Anteil „armer“ Kreise (in %)
Hebei (O)	173	39	22,5
Hainan (O)	20	5	25,0
Shanxi (Z)	119	35	29,4
Jilin (Z)	60	8	13,3
Heilongjiang (Z)	130	14	10,8
Anhui (Z)	105	19	18,1
Jiangxi (Z)	99	21	21,2
Henan (Z)	158	31	19,6
Hubei (Z)	102	25	24,5
Hunan (Z)	122	20	16,4
Guangxi (W)	109	28	25,7
Innere Mongolei (W)	101	31	30,7
Chongqing (W)	40	14	35,0
Sichuan (W)	180	36	20,0
Guizhou (W)	87	50	57,5
Yunnan (W)	128	73	57,0
Shaanxi (W)	107	50	46,7
Gansu (W)	86	43	50,0
Qinghai (W)	43	15	34,9
Ningxia (W)	24	8	33,3
Xinjiang (W)	96	27	28,1
Tibet (W)	73	73	100

O = Ostchina, Z = Zentralchina, W = Westchina

Bereits an dieser Stelle deutet sich zum einen an, dass das sozioökonomische Entwicklungsniveau innerhalb Chinas von Osten nach Westen abnimmt (vgl. Kap. 3.2.3.4), und zum anderen, dass zwischen den Siedlungsgebieten der nationalen Minderheiten und denen der Han-Majorität erhebliche Entwicklungsunterschiede bestehen (vgl. Kap. 3.2.3.6). Abschließend lässt sich bei einem Abgleich der beiden Abbildungen 3.2 und 3.5 noch feststellen, dass sich auf Kreisebene ein von Norden nach Süden verlaufender „Armutsgürtel“ identifizieren lässt, der ungefähr entlang der zweiten großräumigen Treppe bzw. topographischen Grenze innerhalb Chinas verläuft. Dies bedeutet, dass der Grossteil der „armen“ Kreise überwiegend in abgelegenen und teilweise unzugänglichen Bergregionen lokalisiert ist, was wiederum die These stützt, dass in der naturräumlichen Ausstattung ein bedeutender Ursachenfaktor der regionalen Disparitäten zu sehen ist (vgl. Kap. 3.3.1).

3.2.3.3 Disparitäten auf Provinzebene

In Kapitel 2.2.3 wurde bereits dargelegt, dass sich im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik nicht nur die chinesische Wirtschaft rasch entwickelt, sondern sich parallel dazu auch der Lebensstandard der chinesischen Bevölkerung deutlich verbessert hat. Wie man aus Abbildung 3.6 und Tabelle 3.6 entnehmen kann, bestehen zwischen den chinesischen Provinzen jedoch nach wie vor zum Teil erhebliche Entwicklungsunterschiede. In Anlehnung an die von der UNDP vorgenommene Klassifizierung des HDI, die eine Einteilung in drei Entwicklungskategorien vorsieht (vgl. Kap. 2.2.3), wiesen im Jahr 2006 lediglich acht ostchinesische Provinzen ein hohes Niveau menschlicher Entwicklung auf, während die restlichen Provinzen „nur“ über ein mittleres Entwicklungsniveau verfügten. Im Jahr 2006 reichte die Spanne von Tibet mit einem HDI von 0,652 bis nach Shanghai, das einen HDI von 0,937 aufwies. Die regierungsunmittelbare Stadt Shanghai befindet sich demnach ungefähr auf dem Entwicklungsniveau von höher entwickelten Ländern wie Griechenland oder Südkorea während Tibet auf dem Niveau von Entwicklungsländern wie Bhutan oder Laos liegt (vgl. CIRD & UNDP 2008, S. 139; UNDP 2009a, S. 167ff.).

Aus Abbildung 3.6 und Tabelle 3.6 lässt sich darüber ablesen, dass das Entwicklungsniveau der Provinzen nahezu kontinuierlich von Osten nach Westen abnimmt. So wiesen im Jahr 2006 alle westchinesischen Provinzen einen unterdurchschnittlichen und bis auf Hainan alle Ostprovinzen einen überdurchschnittlichen HDI auf.

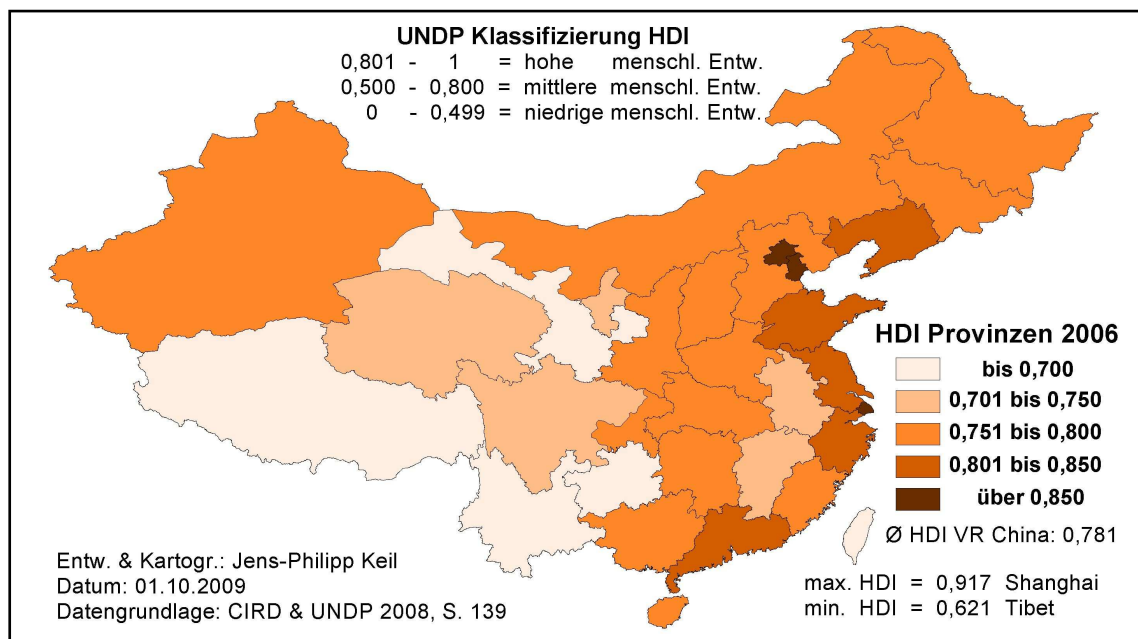


Abb. 3.6: Stand der menschlichen Entwicklung in den chinesischen Provinzen im Jahr 2006

Im Zeitraum 1995 bis 2006 lässt sich jedoch eine Konvergenz zwischen den Provinzen beobachten. Der HDI Chinas hat sich im Zeitraum 1995 bis 2006 um 0,131 Punkte von 0,65 auf 0,781 erhöht. Vor allem die zentral- und westchinesischen Provinzen konnten in dieser Phase einen deutlichen und bis auf Heilongjiang sogar einen überdurchschnittlichen Anstieg des HDI verzeichnen. So stieg beispielsweise der HDI der Provinz Tibet um 0,23 Punkte von 0,391 auf 0,621 an. Und auch die Spannweite zwischen Shanghai_{max.} und Tibet_{min.} hat sich deutlich von 0,494 auf 0,296 verringert. Die ostchinesischen Provinzen verzeichneten in dieser Phase indes-

sen nur einen geringen Anstieg des HDI, was sich jedoch mit ihrem bereits höheren Ausgangsniveau erklären lässt.

Tab. 3.6: HDI auf Provinzebene 1995, 2003 und 2006 (eigene Berechnung nach CDRF & UNDP 2005, S. 154; CIRD & UNDP 2008, S. 139; UNDP 1997, S. 13)

Provinz / Region	HDI 1995	HDI 2003	HDI 2006 (Rang)	HDI 2006 als Indexwert (in % des Landesdurchschnitts)	Zunahme des HDI 1995-2006 (in Indexpunkten)
VR China	0,650	0,746	0,781	100	0,131
Shanghai	0,885	0,909	0,917 (1)	117,4	0,032
Beijing	0,876	0,882	0,897 (2)	114,9	0,021
Tianjin	0,859	0,855	0,881 (3)	112,8	0,022
Zhejiang	0,785	0,817	0,840 (4)	107,6	0,055
Jiangsu	0,760	0,805	0,830 (5)	106,3	0,070
Guangdong	0,814	0,807	0,828 (6)	106,0	0,014
Liaoning	0,756	0,808	0,822 (7)	105,2	0,066
Shandong	0,704	0,776	0,815 (8)	104,4	0,111
Hebei	0,670	0,766	0,797 (9)	102,0	0,127
Fujian	0,729	0,784	0,795 (12)	101,8	0,066
Hainan	0,674	0,761	0,767 (17)	98,2	0,093
Ostchina	0,751	0,801	0,826	105,8	0,075
Heilongjiang	0,676	0,786	0,796 (10)	101,9	0,120
Jilin	0,659	0,776	0,795 (11)	101,8	0,136
Shanxi	0,627	0,753	0,782 (13)	100,1	0,155
Henan	0,618	0,741	0,768 (15)	98,3	0,150
Hubei	0,609	0,755	0,767 (16)	98,2	0,158
Hunan	0,592	0,751	0,762 (19)	97,6	0,170
Jiangxi	0,577	0,732	0,744 (23)	95,3	0,167
Anhui	0,600	0,727	0,737 (25)	94,4	0,137
Zentralchina	0,614	0,749	0,765	98,0	0,151
I. Mongolei	0,578	0,738	0,779 (14)	99,7	0,201
Chongqing	-	0,745	0,764 (18)	97,8	-
Shaanxi	0,570	0,729	0,765 (20)	98,0	0,195
Guangxi	0,605	0,731	0,755 (21)	96,7	0,150
Xinjiang	0,619	0,757	0,752 (22)	96,3	0,133
Sichuan	0,582	0,728	0,742 (24)	95,0	0,160
Ningxia	0,571	0,712	0,737 (26)	94,4	0,166
Qinghai	0,503	0,684	0,702 (27)	89,9	0,199
Gansu	0,514	0,675	0,687 (28)	88,0	0,173
Yunnan	0,526	0,657	0,686 (29)	87,8	0,160
Guizhou	0,594	0,639	0,659 (30)	84,4	0,065
Tibet	0,391	0,587	0,621 (31)	79,5	0,230
Westchina	0,573	0,709	0,730	93,5	0,157

Da der HDI jedoch nur ein grober Anzeiger für den Vergleich von Lebensbedingungen ist und relativ wenig über das wirtschaftliche Entwicklungsniveau der chinesischen Provinzen aussagt, wird nachfolgend auf den Indikator Pro-Kopf-BIP zurückgegriffen. Wie aus Tabelle 3.7 hervorgeht, sind die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den chinesischen Provinzen stärker ausgeprägt, als die auf Grundlage des HDI ermittelten Entwicklungsunterschiede. Zunächst fällt auf, dass die wirtschaftlich stärkste Provinz Shanghai im Jahr 2008 mit 72.536 Yuan ein Pro-Kopf-BIP aufwies, das um mehr als das 8-fache über dem der wirtschaftlich schwächsten Provinz Guizhou lag, und dass die drei regierungsunmittelbaren Städte Shanghai, Beijing und Tianjin die vorderen drei Plätze belegten. TAUBMAN (2001: 11) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dies angesichts der weitgehend auf die Agglomerationen begrenzten Verwal-

tungsgebiete nicht verwunderlich ist. Auffällig ist jedoch, dass unter den Top 10 mit Ausnahme der Inneren Mongolei (Rang 8) ausschließlich ostchinesische Provinzen vertreten sind. Bis auf Hebei und Hainan wiesen sämtliche Ostprovinzen ein über dem Landesdurchschnitt liegendes Pro-Kopf-BIP auf, während mit Ausnahme der Inneren Mongolei alle zentral- und westchinesischen Provinzen über ein unterdurchschnittliches Pro-Kopf-BIP verfügten. Aus Tabelle 3.7 geht ferner hervor, dass auch innerhalb der drei Makroregionen Ost-Mitte-West, und hier insbesondere in Ostchina, zum Teil erhebliche Disparitäten zwischen den Provinzen bestehen (vgl. Kap. 3.2.3.4).

Tab. 3.7: Nominales Pro-Kopf-BIP in den chinesischen Provinzen im Jahr 2008 (eigene Berechnung nach NBSC 2009)

Provinz/Region	Pro-Kopf-BIP (in Yuan)	Rang	BIP pro Kopf als Indexwert (in % des Landesdurchschnitts)
VR China	25.012	-	100
Beijing	61.876	2	247
Tianjin	54.034	3	216
Hebei	23.164	12	93
Liaoning	31.199	9	125
Shanghai	72.536	1	290
Jiangsu	39.483	5	158
Zhejiang	41.967	4	168
Fujian	30.031	10	120
Shandong	32.995	7	132
Guangdong	37.402	6	150
Hainan	17.087	23	68
Ostchina	36.542	-	146
Henan	19.523	17	78
Hubei	19.840	15	79
Hunan	17.487	21	70
Shanxi	20.345	14	81
Jilin	23.497	11	94
Heilongjiang	21.723	13	87
Anhui	14.465	27	58
Jiangxi	14.728	26	59
Zentralchina	18.988	-	76
Inner Mongolia	32.157	8	129
Guangxi	14.891	25	60
Chonging	17.952	19	72
Sichuan	15.368	24	61
Guizhou	8.789	31	35
Yunnan	12.547	29	50
Tibet	13.795	28	55
Shaanxi	18.212	18	73
Gansu	12.085	30	48
Qinghai	17.347	22	69
Ningxia	17.784	20	71
Xinjiang	19.727	16	79
Westchina	15.951	-	64

Abbildung 3.7 demonstriert, dass sich der rasante wirtschaftliche Aufschwung Chinas seit Einleitung der Öffnungs- und Reformpolitik nicht in allen Provinzen bzw. Regionen mit der gleichen Intensität vollzogen hat. Zwischen 1978 und 2006 legte das reale Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) landesweit im jährlichen Durchschnitt um 9,7% zu. Unterstellt man nun, dieses Wachstum habe in allen Provinzen gleichmäßig stattgefunden, dann lässt sich für jede Provinz bzw. Region ein fiktiver Wert ermitteln, der mit dem tatsächlichen Pro-Kopf-BIP von 2006 (in Preisen von 1990) verglichen werden kann. Es wird dann deutlich, dass sich das wirtschaftliche Wachstum in den chinesischen Provinzen und den drei Makroregionen Ost-Mitte-West in diesem Zeitraum höchst unterschiedlich vollzogen hat.

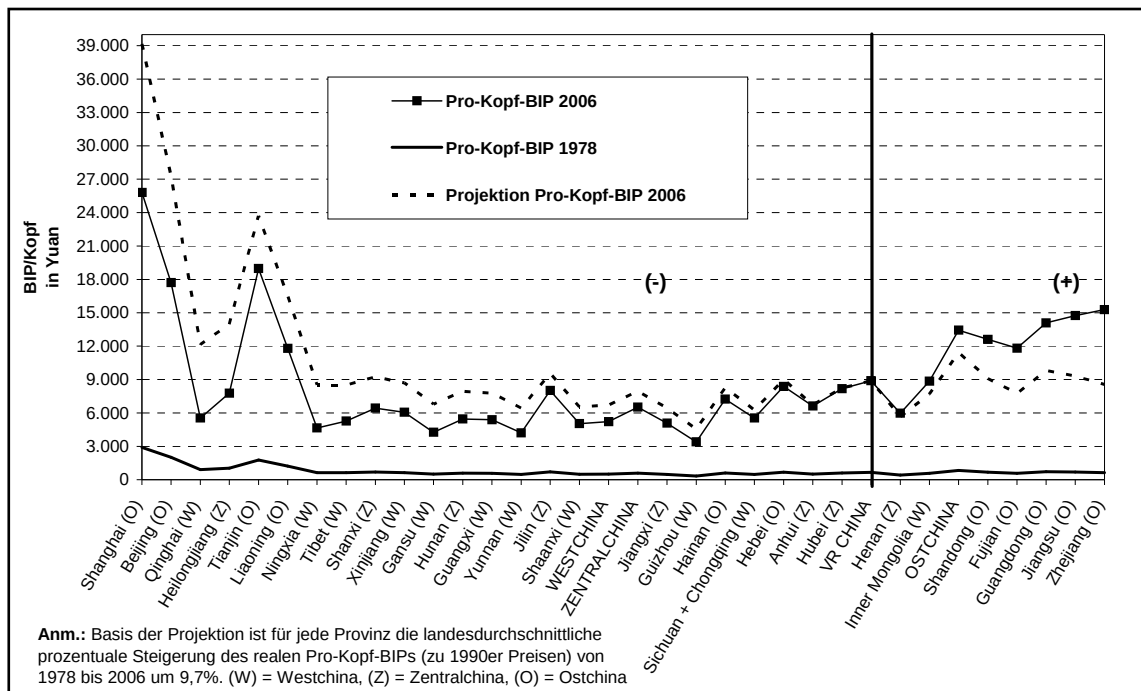


Abb. 3.7: Tatsächliche und projektierte Entwicklung des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in den chinesischen Provinzen und den drei Makroregion Ost-Mitte-West 1978 bis 2006 (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 1999-2007)

Wie Abbildung 3.7 zu entnehmen ist, hat sich die Mehrheit ostchinesischen Provinzen, sieht man von den drei regierungsunmittelbaren Städten Shanghai, Beijing und Tianjin, die bereits über ein hohes Ausgangsniveau verfügten, ab, wesentlich rascher entwickelt als die zentral- und westchinesischen Provinzen. Die mit Abstand höchsten durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten wiesen die fünf Küstenprovinzen Zhejiang (12%), Jiangsu (11,5%), Guangdong (11,2%), Fujian (11,4%) und Shandong (11%) auf. Abbildung 3.6 demonstriert darüber hinaus, dass die Wirtschaft im Osten Chinas mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 10,4% wesentlich stärker gewachsen ist als in Zentral- und Westchina (9% bzw. 8,1%). Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Frage, ob sich die interprovinziellen Disparitäten im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik verschärft oder verringert haben. Zur Klärung dieser Frage wird nachfolgend eine empirische Analyse der interprovinziellen Disparitäten unter Zuhilfenahme des Theil-T-Index auf Grundlage des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) der Provinzen für den Zeitraum 1952 bis 2008 durchgeführt.

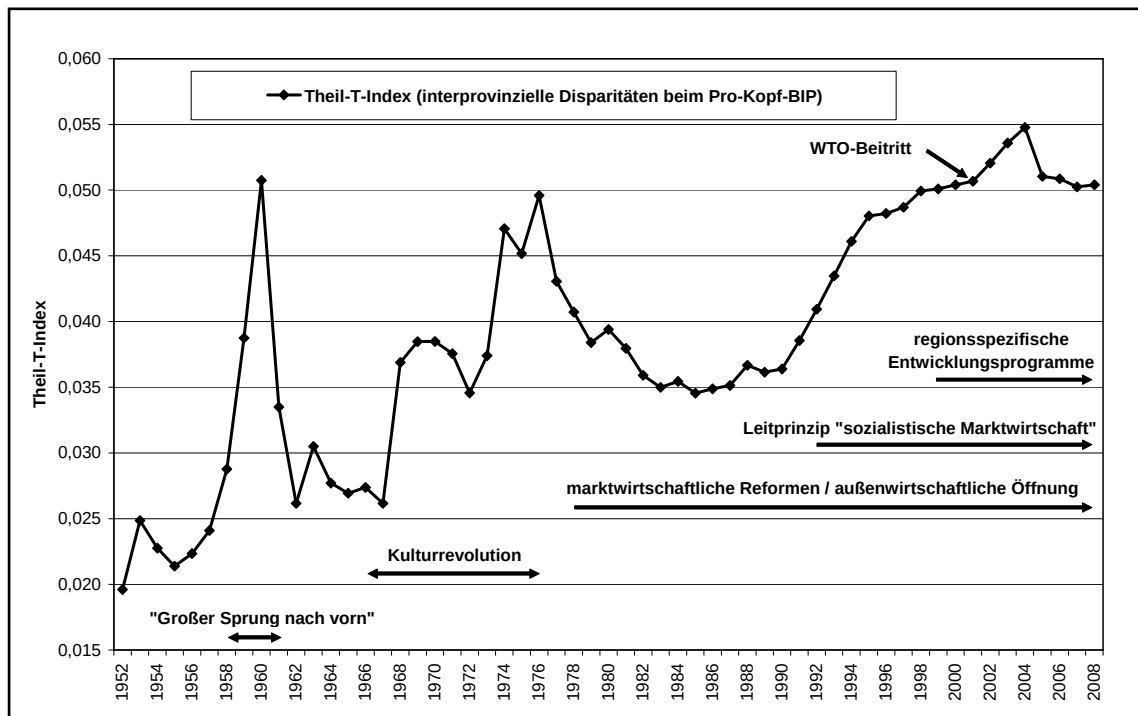


Abb. 3.8: Ausmaß und Verlauf der interprovinziellen Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP 1952 bis 2008 (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; HSUEH & LI 1999; NBSC 1999-2009)

Wie aus Abbildung 3.8 hervorgeht, lassen sich mehrere Zeitabschnitte identifizieren, in denen die Disparitäten zwischen den Provinzen deutlich zu- bzw. abgenommen haben:

- 1952-1976:** In diesem Zeitraum lässt sich zunächst eine drastische Zunahme der interprovinziellen Disparitäten beobachten. Der Theil-T-Index stieg von 1952 bis 1976 um deutliche 0,03 Punkte von 0,0196 auf 0,0496 an (+ 153%). Innerhalb dieses Zeitraums lassen sich jedoch auch verschiedene Entwicklungsphasen identifizieren. So kam es beispielsweise in der Periode des „Großen Sprung nach vorn“ (1958-61) zu einer drastischen Zunahme und in den darauf folgenden Jahren wieder zu einem raschen Rückgang der interprovinziellen Disparitäten. Die deutliche Zunahme der interprovinziellen Disparitäten zwischen 1952 und 1976 lässt jedoch nicht den Schluss zu, dass Maos Regionalpolitik, die eine ausgewogene Regionalentwicklung zum Ziel hatte, gänzlich ohne Wirkung geblieben ist. So wird sich in Kapitel 3.2.3.4 herausstellen, dass sich die interregionalen Disparitäten zumindest von Anfang der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre verringert hatten (vgl. Abb. 3.11).
- 1976-1985:** In der Anfangsphase der Reform- und Öffnungspolitik nahmen die interprovinziellen Disparitäten zunächst spürbar ab. Ausgehend von 1976 verringerte sich der Theil-Index bis 1985 um 0,0151 Punkte von 0,0496 auf 0,0345 (- 30,4%).
- 1985-2004:** Zwischen 1985 und 2004 kam es dann jedoch wieder zu einem drastischen und nahezu kontinuierlichen (mit Ausnahme von 1989) Anstieg der interprovinziellen Disparitäten. Ausgehend von 1985 stieg der Theil-T-Index bis 2004 um 0,0203 Punkte von 0,0345 auf 0,0548 an (+ 58,8%) und erreichte damit seinen vorläufigen Höchststand seit 1952; der heftigste Anstieg vollzog sich in dieser Phase in der ersten Hälfte der 1990er Jahre (1990-1995: Theil-T-Index + 0,0016 bzw. 31,9%).
- 2004-2008:** Zwischen 2004 und 2007 haben sich die interprovinziellen Disparitäten drei Jahre hintereinander verringert, nachdem sie sich zuvor fünfzehn Jahre kontinuierlich

verschärft hatten. Im Jahr 2008 stieg der Theil-T-Index jedoch wieder geringfügig an (+ 0,2%). Ausgehend von 2004 hat sich der Theil-T-Index bis 2008 um 0,0044 Punkte von 0,0548 auf 0,0504 verringert (- 8%). Ob mit dem deutlichen Rückgang eine nachhaltige Trendumkehr eingesetzt hat, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Der Rückgang könnte jedoch ein Indiz dafür sein, dass die von der Zentralregierung initiierten regionalen Entwicklungsprogramme, und hier insbesondere die WDS, zu einer Minderung der interprovinziellen Disparitäten beigetragen haben.

Weiter oben wurde bereits auf die Sonderrolle der regierungsunmittelbaren Städte hingewiesen. Da es sich bei ihnen um auf die Agglomerationen begrenzte Verwaltungsgebiete mit einem kaum ausgeprägten Landwirtschaftssektor handelt, haben einige Wissenschaftler in ihren empirischen Studien die drei regierungsunmittelbaren Städte Beijing, Tianjin und Shanghai nicht gleichrangig wie Provinzen behandelt. So hat beispielsweise Wu (2002) seine empirische Analyse gänzlich ohne sie durchgeführt, während Tsui (1991) sie der jeweiligen Nachbarprovinz zugeordnet hat (Beijing und Tianjin → Hebei; Shanghai → Jiangsu). Ohne die drei regierungsunmittelbaren Städte würde der für das Jahr 2008 gemessene Theil-T-Index statt 0,0504 nur noch 0,0438 betragen (- 0,0066 Punkte bzw. - 13,1%). Ordnet man sie hingegen der jeweiligen Nachbarprovinz zu, dann würde der Theil-T-Index mit 0,0464 immer noch um 0,004 Punkte (- 7,9%) niedriger ausfallen (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 1999-2009). Der Ausschluss der drei regierungsunmittelbaren Städte bzw. ihre Zuordnung in die jeweilige Nachbarprovinz dämpft somit das Ausmaß der interprovinziellen Disparitäten merklich.

Im Kontext der vorangegangenen empirischen Analyse wäre nun auch aufschlussreich gewesen zu untersuchen, wie stark ausgeprägt die intraprovinziellen Disparitäten sind und wie sich ihr Anteil an der Gesamtungleichheit darstellt. Hierzu hätte man den Theil-T-Index auf der Grundlage von Kreis- oder Bezirksdaten ermitteln und ihn anschließend in eine Inter-Gruppen-Komponente (interprovinzielle Disparitäten) und Intra-Gruppen-Komponente (intraprovinzielle Disparitäten) zerlegen müssen. Die Aufbereitung der Daten für die 333 Bezirke bzw. 2.862 Kreise war jedoch im Rahmen der Arbeit nicht möglich, da sie einen in keinem Verhältnis stehenden (Mehr-)Aufwand bedeutet hätte. HERRMANN-PILLATH et al. (2002) kommen in ihrer empirischen Studie, die sie auf Basis des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1993) von 296 Bezirken durchgeführt haben, zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Ungleichheit innerhalb der Provinzen an der gesamt gemessenen Ungleichheit im Jahr 1998 rund 50% betragen hat. Dass die intraprovinziellen Disparitäten in der VR China zum Teil beträchtlich ausgeprägt sind, lässt sich anhand der Provinz Sichuan aufzeigen. Im Jahr 2004 reichte dort die Spanne beim Pro-Kopf-BIP auf Bezirksebene von Bazhong mit 4.161 Yuan bis nach Chengdu mit 18.856 Yuan und auf Kreisebene von Gulin mit 2.430 Yuan bis nach Shifang mit 19.673 Yuan (eigene Berechnung nach SICHUAN PROVINCIAL BUREAU OF STATISTICS 2005).

3.2.3.4 Disparitäten zwischen und innerhalb der drei Makroregionen Ost-Mitte-West

Die beiden vorangegangenen Kapitel haben bereits Anhaltspunkte geliefert, dass der Lebensstandard der Bevölkerung und das wirtschaftliche Entwicklungsniveau innerhalb Chinas nahezu kontinuierlich von Osten nach Westen abnimmt. Das Ziel dieses Kapitels besteht darin, empirisch zu untersuchen, wie stark ausgeprägt die Disparitäten zwischen und innerhalb der drei Makroregionen Ost-Mitte-West sind und in welchen Zeitabschnitten sie sich verschärft oder verringert haben. Vor dem Hintergrund der zentralen Fragestellung der Arbeit wird der Fokus hierbei auf der Beschreibung und Analyse der Ost-West-Disparitäten liegen. Von besonderem Interesse wird hierbei sein, zu eruieren, welchen Verlauf sie seit Initiierung der „Go West“-Policy haben.

Anhand von Tabelle 3.8 lässt sich zunächst demonstrieren, dass das chinesische Hinterland im Vergleich zur Küstenregion immer noch stark ländlich geprägt ist und ein deutlich geringeres wirtschaftliches Entwicklungsniveau aufweist.

Tab. 3.8: Entwicklungsstand der drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2008 (eigene Berechnung nach NBSC 2009)

	Urbanisierungsgrad (in %)	Anteil des primären Sektors am BIP (in %)	Anteil der Erwerbstätigen im primären Sektor (in %)	Pro-Kopf-BIP (in Yuan)
VR China	45,7	11,3	39,6	25.012
Ostchina	56,2	7,0	28,2	36.542
Zentralchina	43,0	14,4	44,8	18.988
Westchina	38,3	15,6	50,2	15.951

Exemplarisch hierfür stehen die im Vergleich zur Ostregion deutlich niedrigere Urbanisierungsquote, der mehr als doppelt so hohe Anteil des primären Sektors am BIP sowie der nach wie vor hohe Anteil der Erwerbstätigen im primären Sektor in Zentral- und Westchina. Am deutlichsten treten die interregionalen Unterschiede jedoch im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau zutage. So fiel das Pro-Kopf-BIP in Ostchina im Jahr 2008 mit 36.542 Yuan um 92% bzw. 129% höher aus als in Zentral- bzw. Westchina.

In Kapitel 2.1.3 wurde bereits erläutert, dass die chinesische Zentralregierung seit Reformbeginn die Küstenprovinzen unter regional- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten präferierte. Exemplarisch hierfür steht die 1980 erfolgte Errichtung der vier SWZ Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen an der Südküste Chinas und die 1984 vollzogene Öffnung von 14 Küstenstädten für ausländische Investoren. Abbildung 3.9 demonstriert, über welch bedeutenden Stellenwert die SWZ und die offenen Küstenstädte mittlerweile innerhalb der chinesischen Volkswirtschaft verfügen. Obwohl sie im Jahr 2007 nur ca. 8% der chinesischen Gesamtbevölkerung stellten, belief sich ihr Beitrag zum gesamtchinesischen BIP auf 23% und der zum industriellen BPW auf 25,4%. Äußerst imponierend ist zudem, dass sie im selben Jahr knapp 54% der insgesamt nach China geflossenen ADI absorbieren konnten.

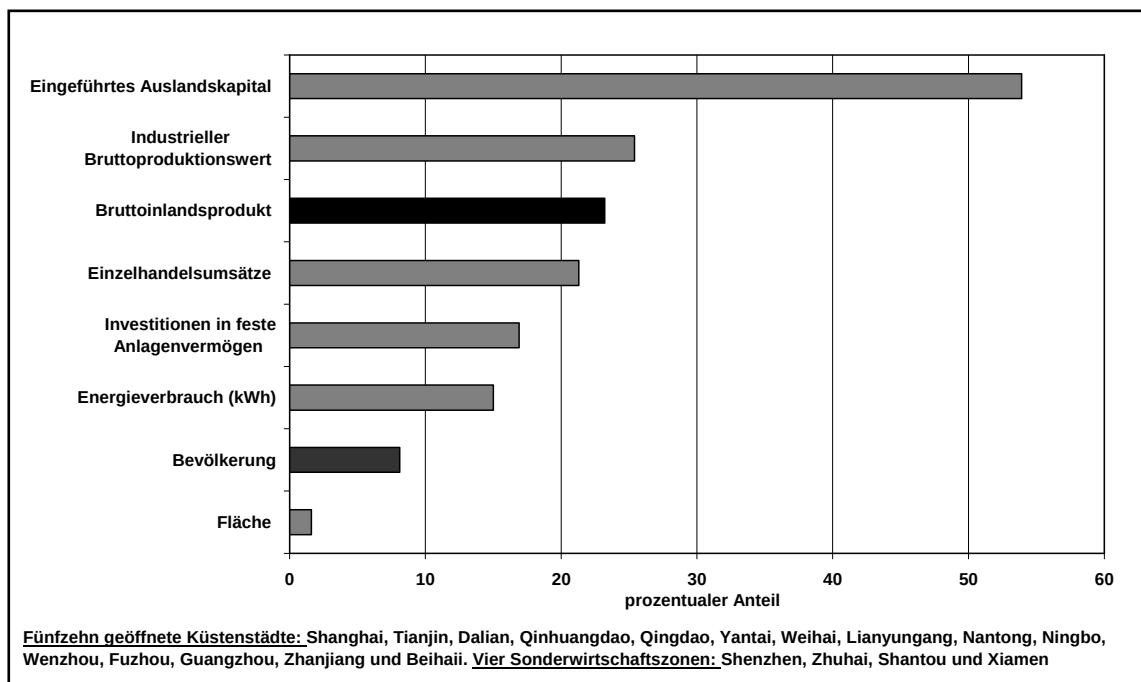


Abb. 3.9: Wirtschaftliche Bedeutung der 15 geöffneten Küstenstädte (inkl. Weihai) und der vier SWZ innerhalb der chinesischen Volkswirtschaft im Jahr 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2008)

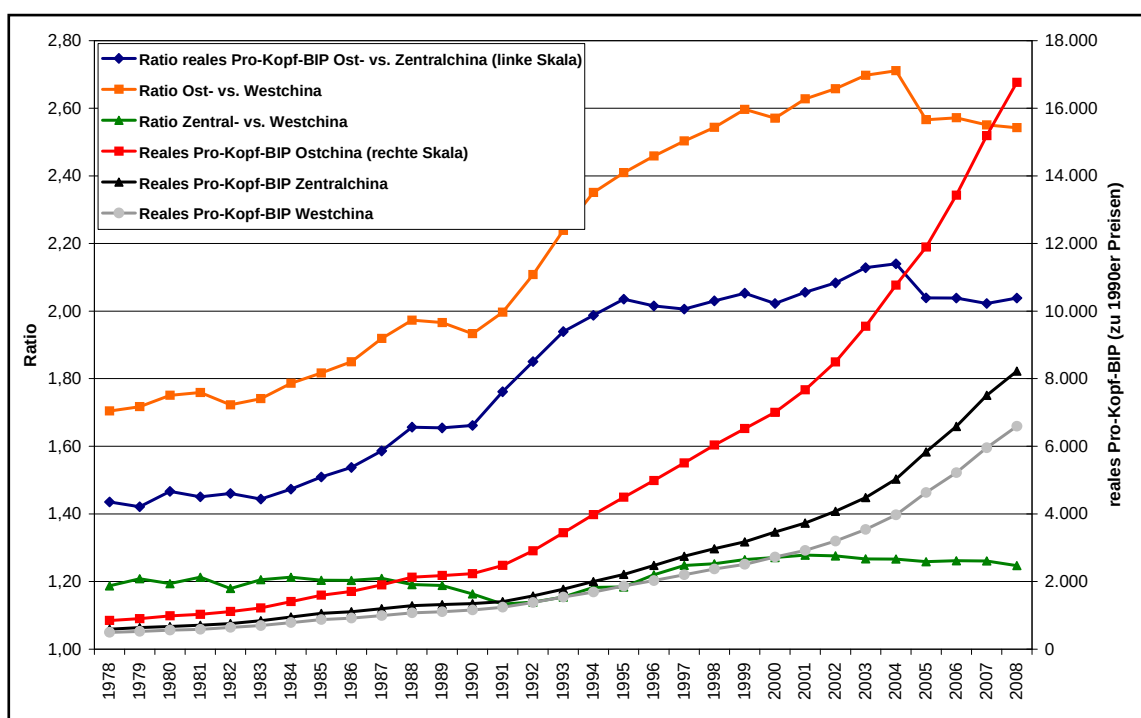


Abb. 3.10: Entwicklung des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in Ost-, Zentral- und Westchina 1978 bis 2008 (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; HSUEH & LI 1999; NBSC 1999–2009)

Weiter oben wurde bereits dargelegt, dass sich der wirtschaftliche Aufschwung seit Reformbeginn nicht in allen Landesteilen mit der gleichen Intensität vollzogen hat (vgl. Abb. 3.7). So belief sich im Zeitraum 1978 bis 2008 die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP in Ostchina auf 10,6%, in Zentral- bzw. Westchina hingegen „nur“ auf 9,2% bzw. 9% (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 1999-2009). Wie aus Abbildung 3.10 hervor-

geht, stieg in diesem Zeitraum die Rate des ost- zum westchinesischen Pro-Kopf-BIP von 1,71 auf 2,61 und die des ost- zum zentralchinesischen von 1,44 auf 2,09 an. Die Rate des zentral- zum westchinesischen Pro-Kopf-BIP erhöhte sich hingegen nur geringfügig von 1,19 auf 1,25.

Nachfolgend wird nun unter Zuhilfenahme des Theil-T-Index eine empirische Analyse der inter- und intraregionalen Disparitäten (Ost-Mitte-West) für den Zeitraum 1952 bis 2008 durchgeführt. Hierzu wird auf den bereits in Kapitel 3.2.4 verwendeten Datensatz (reales Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) auf Provinzebene) zurückgegriffen.

Interregionale Disparitäten

Aus Abbildung 3.11 geht hervor, dass sich die Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP zwischen den drei Makroregionen Ost-Mitte-West von 1952 bis 1963, sieht man einmal von der Phase des „Großen Sprung nach vorn“ ab, zunächst verringert haben (Theil-T-Index – 0,0035 Punkte bzw. – 60,3%). Zwischen 1963 und 1976 kam es dann jedoch zu einem drastischen Anstieg der interregionalen Disparitäten. Ausgehend von 1963 stieg der Theil-T-Index bis 1976 um 0,012 Punkte von 0,0023 auf 0,0143 (+ 522%) an.

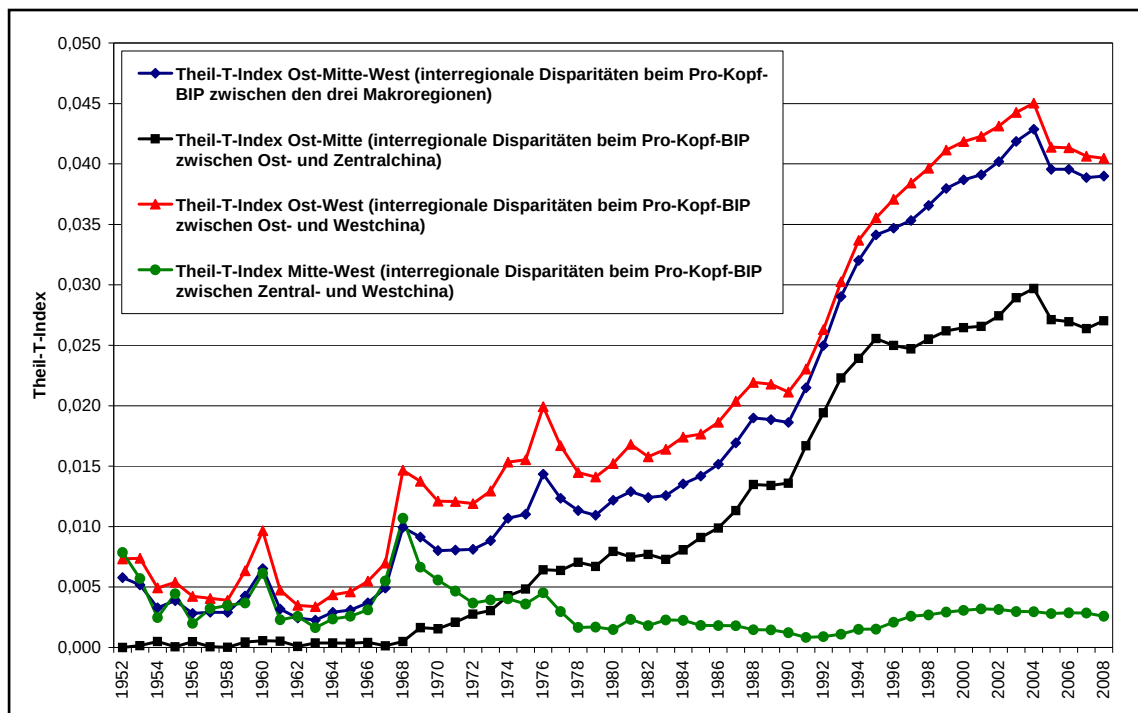


Abb. 3.11: Ausmaß und Verlauf der interregionalen Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP zwischen den drei Makroregionen Ost-Mitte-West 1952 bis 2008 (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; HSUEH & LI 1999; NBSC 1999-2009)

Nach einem temporär begrenzten Rückgang zwischen 1976 und 1979 (Theil-T-Index - 0,0034 Punkte bzw. - 23,8%), haben sich die interregionalen Disparitäten dann bis 2004 wieder deutlich und nahezu kontinuierlich (mit Ausnahme der Jahre 1982, 1989 und 1990) verschärft. Ausgehend von 1979 stieg der Theil-T-Index bis 2004 um 0,032 Punkte von 0,0109 auf 0,0429 an (+ 294%); der heftigste Anstieg vollzog sich in dieser Phase, ähnlich wie bei den interprovinziellen Disparitäten, in der ersten Hälfte der 1990er Jahre (1990-1995: Theil-T-Index + 0,0155 Punkte bzw. + 83,3%). Im Jahr 2005 kam es dann schließlich erstmals seit 14 Jahren wieder zu einem deutlichen Rückgang der interregionalen Disparitäten. Seitdem verharren sie unter ge-

ringfügigen Schwankungen ungefähr auf diesem Niveau (2006: + 0,02%; 2007: - 1,7%; 2008: + 0,3%). Ausgehend von 2004 verringerte sich der Theil-T-Index bis 2008 um 0,0039 Punkte von 0,0429 auf 0,039 (- 9,1%). Bei den Ost-West-Disparitäten lässt sich seit 2005 hingegen ein kontinuierlicher Rückgang beobachten. Ausgehend von 2004 hat sich der Theil-T-Index bis 2008 um 0,0045 Punkte von 0,045 auf 0,0405 (- 10%) verringert.

Ob sich die interregionalen Disparitäten in den kommenden Jahren weiter reduzieren werden, sprich eine nachhaltige Trendumkehr eingesetzt hat, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Ähnlich wie im Falle der interprovinziellen Disparitäten kann ihr Rückgang jedoch als Indiz dafür gewertet werden, dass die von der Zentralregierung initiierten regionalen Entwicklungsprogramme, und hierbei insbesondere die WDS, zur ihrer Reduzierung beigetragen haben. FAN & SUN (2008: 15), die diese Vermutung ebenfalls teilen, weisen in ihrer Studie jedoch gleichzeitig darauf hin, dass *„... analyses of determinants of economic growth, including and in addition to policy, are necessary to fully explain the observed trends.“*

Die Abbildungen 3.10 und 3.11 zeigen darüber hinaus, dass die Disparitäten zwischen den drei Makroregionen Ost-Mitte-West unterschiedlich stark ausgeprägt sind und sich im Zeitverlauf auch unterschiedlich entwickelt haben. Abbildung 3.11 offenbart in diesem Zusammenhang, dass die deutliche Zunahme der interregionalen Disparitäten seit Ende der 1970er bis Mitte der 1990er Jahre primär von der Verschärfung der Disparitäten zwischen Ostchina und dem zentral- und westchinesischen Hinterland bedingt war, da die Disparitäten zwischen Zentral- und Westchina seit 1978 ohne größere Schwankungen auf niedrigem Niveau verharren. Für den Zeitraum 1995 bis 2001 ergibt sich jedoch ein differenziertes Bild. In dieser Phase hatten sich insbesondere die Ost-West-Disparitäten verschärft (Theil-T-Index + 0,0068 Punkte bzw. + 19,2%), während die Disparitäten zwischen Ost- und Zentralchina nur geringfügig zugenommen hatten (Theil-T-Index + 0,001 Punkte bzw. + 3,9%). Dies impliziert, dass die Zunahme der interregionalen Disparitäten in dieser Phase primär von der anhaltenden Verschärfung der Ost-West-Disparitäten bedingt war.

Intraregionale Disparitäten

Die vorangegangene empirische Analyse der interregionalen Disparitäten hat gezeigt, dass diese sich seit Anfang der 1960er Jahre nahezu kontinuierlich verschärft haben. Betrachtet man nun den Verlauf der intraregionalen Disparitäten in den drei Makroregionen, dann ergibt sich ein konträres Bild. Wie aus Abbildung 3.12 ersichtlich, lässt sich innerhalb der Ostregion von 1952 bis 1974 zunächst eine drastische Zunahme der interprovinziellen Disparitäten beobachten (Theil-T-Index + 0,049 Punkte bzw. + 356%). Von da an haben sie sich jedoch wieder deutlich und nahezu kontinuierlich verringert. Ausgehend von 1974 reduzierte sich der Theil-T-Index bis 2008 um 0,0459 Punkte von 0,0588 auf 0,0129 (- 78,1%); aktuell liegt er wieder ungefähr auf dem Niveau von 1952. Innerhalb der Zentral- und Westregion haben sich die interprovinziellen Disparitäten zunächst zwar ebenfalls verschärft, ihr Anstieg fiel dort jedoch weitaus geringer aus als in der Ostregion und erreichte in beiden Regionen seinen vorläufigen Höhepunkt bereits Anfang der 1960er Jahre. In der Zentralregion haben sie sich von da an bis Mitte der 1990er Jahre wieder deutlich verringert und verharren seitdem ohne größere Schwankungen auf niedrigem Niveau; aktuell (2008) liegt der Theil-T-Index sogar deutlich unter dem Niveau von 1952.

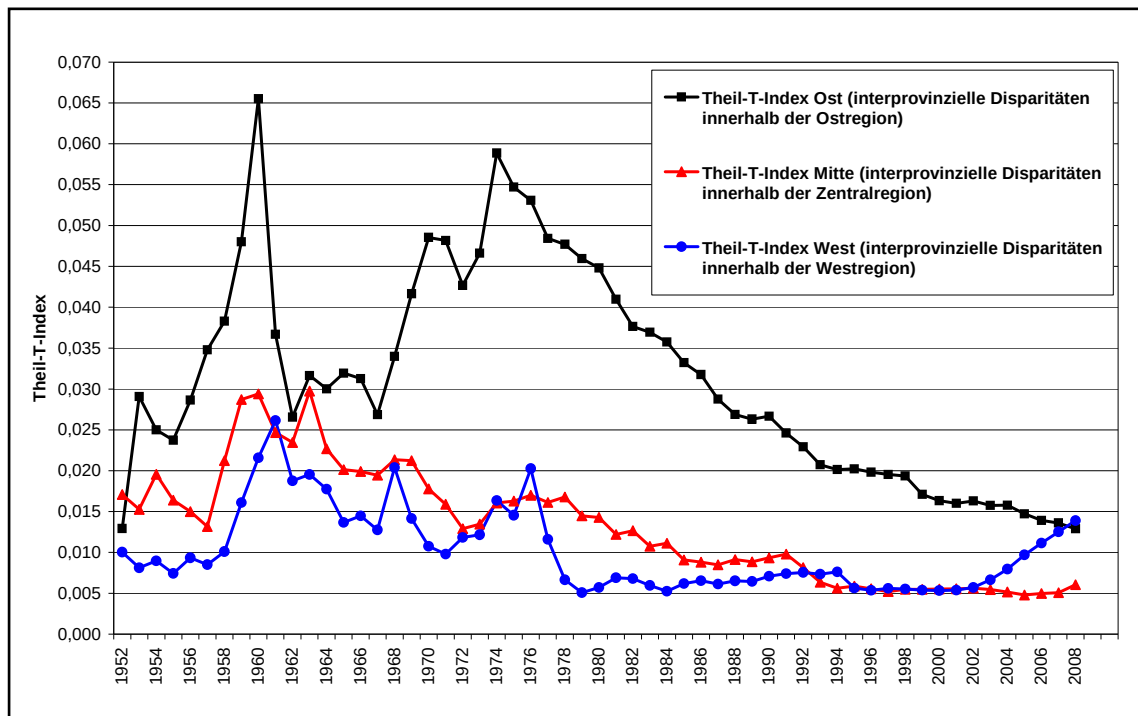


Abb. 3.12: Ausmaß und Verlauf der intraregionalen Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West 1952 bis 2008 (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; HSUEH & LI 1999; NBSC 1999-2009)

Betrachtet man nun den Verlauf der interprovinziellen Disparitäten innerhalb der Westregion, dann ergibt sich ein differenziertes Bild. Von Anfang der 1960er bis Ende der 1970er Jahre hatten sie sich, wenn auch unter größeren Schwankungen, zunächst ebenfalls deutlich verringert und verharrten von da ab bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts auf niedrigem Niveau. Auffällig ist jedoch, dass sie sich seit 2001 wieder deutlich und kontinuierlich verschärft haben. So stieg der Theil-T-Index von 2000 bis 2008 um deutliche 0,0086 Punkte von 0,0053 auf 0,0139 an (+ 162%). Der rapide Anstieg seit Beginn des 21. Jahrhunderts lässt die Vermutung zu, dass zwischen ihm und der im Jahr 1999 initiierten WDS ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Diese Annahme wird insbesondere von der Tatsache gestützt, dass die Zentralregierung ihre Fördermaßnahmen im Rahmen der WDS, wie sie im 10. FJP festgelegt hat, zunächst schwerpunktmäßig auf bereits bestehende und hinreichend entwickelte regionale Wachstumskerne in Westchina konzentriert (vgl. Kap. 4.6.3).

Dass es zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Westchina zu keiner konzentrierten Steigerung der wirtschaftlichen Leistungskraft aller Provinzen kam, demonstriert Tabelle 3.9. Zwischen 1990 und 2000 wiesen die westchinesischen Provinzen noch relativ identische Wachstumsraten beim realen Pro-Kopf-BIP auf. Belief sich die Spannweite in diesem Zeitraum noch auf 3,7 Prozentpunkte (Guangxi_{max.} - Qinghai_{min.}), so hat sie sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts (2000-2008) deutlich vergrößert und liegt nun bei 8,6 Prozentpunkten (Innere Mongolei_{max.} - Xinjiang_{min.}). Dass sich die Streuung der Wachstumsraten deutlich erhöht hat, belegt auch die Zunahme der Standardabweichung von 1,2 (1990-2000) auf 2,1 (2000-2008) Prozentpunkte (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 1999-2009).

Tab. 3.9: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in den westchinesischen Provinzen 1978 bis 2008 (verschiedene Zeiträume) (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; HSUEH & LI 1999; NBSC 1999-2009)

Provinz	1978-1990	1990-2000	2000-2008	2004-2008	1978-2008
I. Mongolei	8,2	8,8	17,3	19,3	10,8
Guangxi	5,2	10,3	11,7	14,1	8,6
Sichuan	7,4*	9,5*	12,4	14,4	9,3*
Chongqing	-	-	11,4	12,6	-
Guizhou	7,4	9,0	10,8	12,8	8,8
Yunnan	8,0	7,9	9,1	10,3	8,3
Tibet	5,9	8,5	11,3	11,7	8,1
Shaanxi	8,0	8,1	12,2	13,5	9,1
Gansu	6,5	8,1	10,6	11,5	8,1
Qinghai	4,7	6,6	11,2	11,6	7,0
Ningxia	6,8	6,7	10,2	11,1	7,7
Xinjiang	8,9	7,8	8,7	9,5	8,5
Westchina	7,3	8,9	11,8	13,5	9,0
Zentralchina	7,1	9,8	11,5	13,1	9,2
Ostchina	8,4	12,2	11,7	12,1	10,6
* inkl. Chongqing					

Tabelle 3.9 verdeutlicht darüber hinaus, dass der kontinuierliche Rückgang der Ost-West-Disparitäten, der sich zwischen 2004 und 2008 vollzogen hat, nicht von allen westchinesischen Provinzen gleichermaßen getragen wurde. So fiel die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP in diesem Zeitraum lediglich in der Hälfte der westchinesischen Provinzen höher aus als in Ostchina. Da diese sechs Provinzen jedoch zusammen rund 70% der westchinesischen Bevölkerung stellen und der Wachstumsrückstand der restlichen Westprovinzen in dieser Phase relativ niedrig ausgefallen war, konnte Westchina in diesem Zeitraum gegenüber Ostchina einen beachtlichen Wachstumsvorsprung von 1,4 Prozentpunkten realisieren.

Interprovinzielle Disparitäten im Kontext inter- und intraregionaler Disparitäten

Nachfolgend wird der Entwicklungsverlauf der interprovinziellen Disparitäten im Kontext zu- bzw. abnehmender inter- und intraregionaler Disparitäten für den Zeitraum 1978 bis 2008 näher betrachtet und analysiert. Hierzu wird eine Dekompositionsanalyse der in Kapitel 3.2.3.3 ermittelten Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP) durchgeführt. Anhand der additiven Zerlegung des Theil-T-Index in eine Inter-Gruppen-Komponente (interregionale Disparitäten) und eine Intra-Gruppen-Komponente (intraregionale Disparitäten) lässt sich aufzeigen, inwiefern und in welchem Umfang die Gesamtungleichheit im Untersuchungszeitraum von den inter- und intraregionalen Disparitäten determiniert wurde.

Wie aus Abbildung 3.14 hervorgeht, zeigt die Zerlegung des Theil-T-Index in eine inter- und intraregionale Komponente zunächst, dass die Beiträge der beiden Komponenten an der Gesamtungleichheit im Untersuchungszeitraum eine Art liegendes X bilden. So hat sich der Anteil der Intra-Gruppen-Ungleichheit an der Gesamtungleichheit seit 1978 nahezu stetig verringert, während sich dementsprechend der Anteil der Inter-Gruppen-Ungleichheit vergrößert hat.

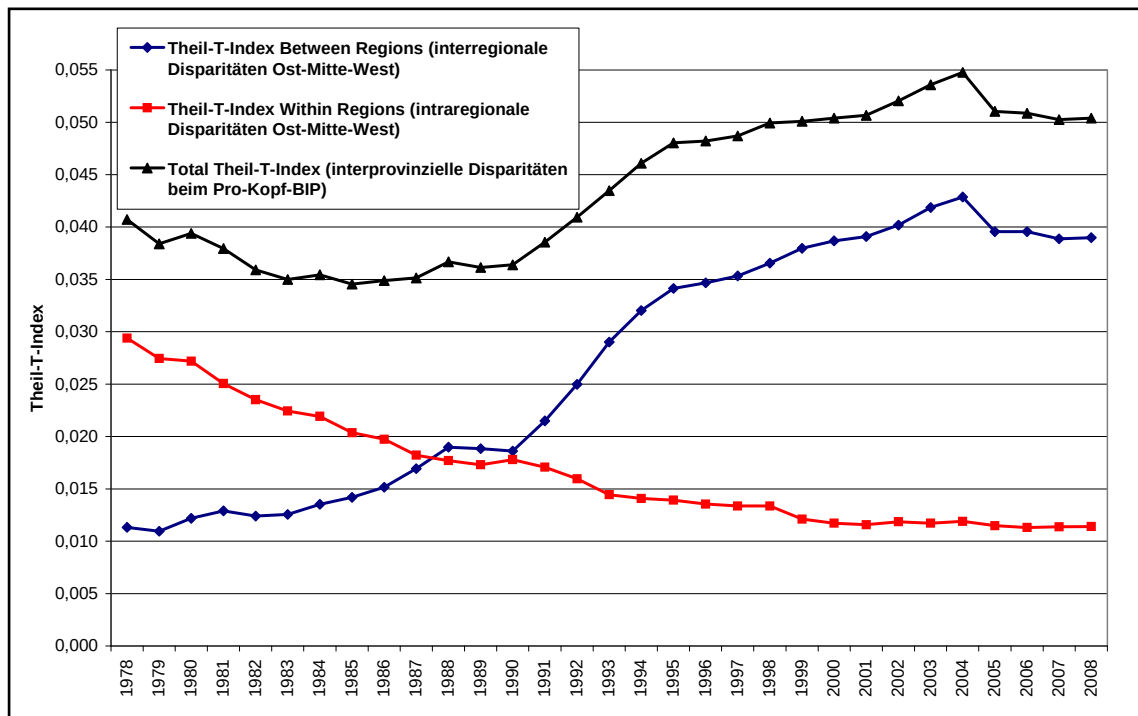


Abb. 3.13: Dekomposition Theil-T-Index (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP) in Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) 1978 bis 2008 (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; HSUEH & LI 1999; NBSC 1999-2009)

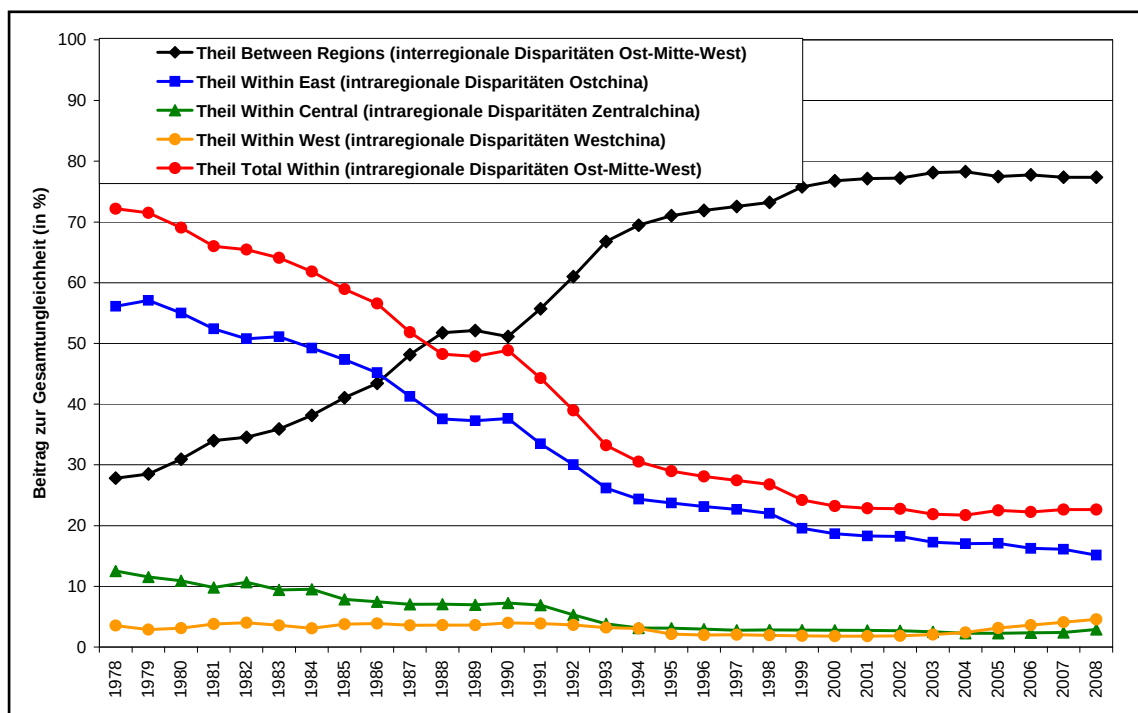


Abb. 3.14: Beiträge der Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP) 1978 bis 2008 (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; HSUEH & LI 1999; NBSC 1999-2009)

Die anteilmäßige „Wachablösung“ der beiden gruppenspezifischen Ungleichheiten an der Gesamtungleichheit fand im Jahr 1988 statt. Von 1978 bis 1987 fiel der Anteil der Intra-Gruppen-Ungleichheit stets höher aus, als der der Inter-Gruppen-Ungleichheit. Seit 1988 zeigen die Befunde der Dekompositionsanalyse eine Dominanz der Inter-Gruppen-Ungleichheit gegenüber der Intra-Gruppen-Ungleichheit.

Tab. 3.10: Beiträge der Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP) 1978 und 2008 (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; HSUEH & LI 1999; NBSC 1999-2009)

Dekomposition Theil-T-Index	1978		2008	
	Theil-T-Index	Anteil (in %)	Theil-T-Index	Anteil (in %)
Gesamtungleichheit (interprovinziell)	0,0407	100	0,0504	100
Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregional)	0,0113	27,8	0,0390	77,4
Gesamt Intra-Gruppen-Ungleichheit (intraregional)	0,0294	72,2	0,0114	22,6
- Intraregional Ostchina	0,0229	56,3	0,0076	15,2
- Intraregional Zentralchina	0,0051	12,5	0,0015	2,9
- Intraregional Westchina	0,0014	3,4	0,0023	4,6

Tabelle 3.10 zeigt, dass sich die Inter-Gruppen-Ungleichheit von 1978 bis 2008 um deutliche 0,0277 Punkte von 0,0113 auf 0,039 (+ 245%) vergrößert, während sich die Intra-Gruppen-Ungleichheit um 0,018 Punkte von 0,0294 auf 0,0114 (- 61%) verringert hat. Dies hat dazu geführt, dass der Anteil der Inter-Gruppen-Ungleichheit an der Gesamtungleichheit von 1978 bis 2008 von 27,8% auf 77,4% gestiegen und der Anteil der Intra-Gruppen-Ungleichheit dementsprechend von 72,2% auf 22,6% zurückgegangen ist. Wie aus Abbildung 3.14 und Tabelle 3.10 hervorgeht, verkleinerte sich hierbei insbesondere der für Ostchina gemessene Anteil der Intra-Gruppen-Ungleichheit an der Gesamtungleichheit um deutliche 41,1 Prozentpunkte von 56,3% auf 15,2%. Der Anteil Zentralchinas verringerte sich ebenfalls deutlich von 12,5% auf 2,9%, während der für Westchina gemessene Anteil in dieser Phase ohne größere Schwankungen auf niedrigem Niveau verharrte bzw. sich nur minimal von 3,4% auf 4,6% erhöht hat.

Mit der in Kapitel 3.2.3.3 durchgeführten empirischen Analyse der interprovinziellen Disparitäten konnte aufgezeigt werden, dass sich seit Reformbeginn grob generalisiert drei Zeitabschnitte identifizieren lassen, in denen sie sich verringert (1976 bis 1985; 2005 bis 2008) bzw. verschärft (1986 bis 2004) haben. Die Zerlegung des Theil-T-Index deckt in diesem Zusammenhang auf, dass der Rückgang der interprovinziellen Disparitäten von 1976 bis 1985 primär vom deutlichen Rückgang der interprovinziellen Disparitäten innerhalb der Ostregion und ihr deutlicher Anstieg von 1986 bis 2004 fast ausschließlich von der drastischen Zunahme der interregionalen Disparitäten (Ost-Mitte-West) bedingt war (vgl. Abbildungen 3.12, 3.13 und 3.14). Bemerkenswert ist jedoch, dass der Rückgang der interprovinziellen Disparitäten von 2004 bis 2008 (Theil-T-Index – 0,0044 Punkte) dieses Mal nicht vom anhaltenden Rückgang der intraregionalen Disparitäten in Ostchina, sondern primär vom Rückgang der interregionalen Disparitäten bedingt war. Wie aus Abbildung 3.13 hervorgeht, verringerte sich in dieser Phase die Inter-Gruppen-Ungleichheit um 0,0039 Punkte und die Intra-Gruppen-Ungleichheit demgegenüber nur um 0,0005 Punkte. Dies impliziert, dass der Rückgang der interregionalen Disparitäten einen Beitrag von knapp 89% am Rückgang der interprovinziellen Disparitäten geleistet hat, was wiederum die weiter oben aufgestellte These stützt, wonach die von der Zentralregierung initiierten regionsspezifischen Entwicklungsprogramme auch zur Minderung der interprovinziellen Disparitäten beigetragen haben.

In Kapitel 3.2.3.3 wurde bereits angemerkt, dass es fundierte Gründe gibt, die drei regierungsunmittelbaren Städte Beijing, Tianjin und Shanghai nicht gleichrangig wie Provinzen zu behandeln. Würde man die drei regierungsunmittelbaren Städte nicht in die empirische Analyse der inter- und intraregionalen Disparitäten mit einbeziehen, dann würde die Inter-Gruppen-Ungleichheit im Jahr 2008 statt 0,0390 nur noch 0,0349 betragen ($- 0,0041$ Punkte bzw. $- 10,5\%$), d.h. ihr Ausschluss würde das Ausmaß der interregionalen Disparitäten merklich dämpfen. Der Anteil der Inter-Gruppen-Ungleichheit an der Gesamtungleichheit würde sich jedoch, da gleichzeitig die intraregionalen Disparitäten im Osten geringer ausfallen würden, geringfügig von 77,4% auf 79,5% erhöhen. Die Einbeziehung der drei regierungsunmittelbaren Städte in ihre Nachbarprovinzen würde logischerweise keine Auswirkungen auf das Ausmaß der interregionalen Disparitäten haben, da sich die Gewichtung in diesem Fall nicht ändern würde. Der Anteil der Inter-Gruppen-Ungleichheit an der Gesamtungleichheit würde sich jedoch, da die intraregionalen Disparitäten im Osten hier ebenfalls niedriger ausfallen würden, von 77,4% auf 84,1% erhöhen (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; HSUEH & LI 1999; NBSC 1999-2009).

Inter- und intraregionale Disparitäten beim Pro-Kopf-Jahreseinkommen

In Kapitel 3.2.31 wurde bereits dargelegt, dass die Verwendung und Aussagekraft des Indikators Pro-Kopf-BIP zur Messung regionaler Wohlstandsunterschiede kritisch hinterfragt werden muss, da die Höhe des Pro-Kopf-BIP nichts über die tatsächliche Verteilung des Produktes in den Schichten der Bevölkerung aussagt. Um an dieser Stelle jedoch auch die inter- und intraregionalen Disparitäten im Lebensstandard der Bevölkerung empirisch analysieren zu können, wird nachfolgend auf den Indikator durchschnittliches Pro-Kopf-Jahreseinkommen (2005)⁴⁶ der Bevölkerung auf Provinzebene zurückgegriffen. Wie die folgenden Zahlen belegen, kommen die interregionalen Disparitäten im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau auch bei den individuellen Einkommen zum Ausdruck. So fiel das durchschnittliche Pro-Kopf-Jahreseinkommen der ostchinesischen Bevölkerung im Jahr 2005 mit 9.023 Yuan um 72,4% bzw. 96,4% höher aus als, das der zentral- bzw. westchinesischen Bevölkerung (eigene Berechnung nach NBSC 2006).

In Anbetracht der weiter oben generierten Ergebnisse stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob die Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-Jahreseinkommen) hier ebenfalls von der Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) dominiert wird und ob der für Ostchina gemessene Anteil der Intra-Gruppen-Ungleichheit (intraregionale Disparitäten) an der Gesamtungleichheit auch hier deutlich höher ausfällt, als der West- bzw. Zentralchinas. Um diese Frage zu beantworten, wird nachfolgend unter Zuhilfenahme des Theil-L-Index die Gesamtungleichheit ermittelt und anschließend zerlegt. Wie aus Tabelle 3.11 entnommen werden kann, zeigt die Dekomposition des Theil-L-Index erstens, dass hier ebenfalls eine deutliche Dominanz der Inter-Gruppen-Ungleichheit gegenüber der Intra-Gruppen-Ungleichheit besteht (67% vs. 33%) und zweitens, dass der für Ostchina gemessene Anteil der

⁴⁶ Das durchschnittliche Pro-Kopf-Jahreseinkommen der Bevölkerung auf Provinzebene wurde auf Grundlage der statistisch erfassten durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahreseinkommen der städtischen (Per Capita Disposable Income of Urban Residents) und ländlichen (Per Capita Net Income of Rural Households) Bevölkerung ermittelt (vgl. Kap. 3.2.3.1).

Intra-Gruppen-Ungleichheit an der Gesamtungleichheit mit 27,4% auch hier um ein Vielfaches höher ausfällt, als der Zentral- bzw. Westchinas (2,0% bzw. 3,6%).

Tab. 3.11: Beiträge der Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-Jahreseinkommen) im Jahr 2005 (eigene Berechnung nach NBSC 2006)

Dekomposition Theil-L-Index	Theil-L-Index 2005	Anteil (in %)
Gesamtungleichheit (interprovinziell)	0,0685	100
Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregional)	0,0459	67,0
Gesamt Intra-Gruppen-Ungleichheit (intraregional)	0,0226	33,0
- Intraregional Ostchina	0,0118	27,4
- Intraregional Zentralchina	0,0014	2,0
- Intraregional Westchina	0,0024	3,6

Dies zeigt, dass die interprovinziellen Disparitäten beim Pro-Kopf-Jahreseinkommen ähnlich wie die beim Pro-Kopf-BIP primär von den interregionalen Disparitäten determiniert sind und an zweiter Stelle von den interprovinziellen Disparitäten innerhalb der Ostregion.

Zeitbedarf des Konvergenzprozesses zwischen West-/Zentralchina und Ostchina

Die meisten empirischen Studien, die sich mit den interregionalen Disparitäten innerhalb Chinas befassen, beschränken sich weitestgehend darauf zu untersuchen, wie stark ausgeprägt sie sind und in welchen Phasen sie sich verschärft bzw. verringert haben. Keine dem Autor bekannte Studie geht in diesem Zusammenhang darauf ein, wie lange ein Aufholprozess West- bzw. Zentralchinas gegenüber Ostchina überhaupt andauern müsste, bis es zu einer Halbierung oder gar zu einer Nivellierung der Unterschiede beim Pro-Kopf-BIP kommen würde. Um eine Vorstellung über den Zeitbedarf des Konvergenzprozesses zu bekommen, werden nachfolgend ausgehend vom Jahr 2008 konstante Wachstumsraten des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) für Ost-, Zentral- und Westchina unterstellt.

Im Jahr 2008 belief sich das reale Pro-Kopf-BIP in West- bzw. Zentralchina auf 38,3% bzw. 47,9% des ostchinesischen Durchschnitts. Tabelle 3.12 demonstriert, dass es bei diesen beiden Ausgangsniveaus, vorausgesetzt der Wachstumsvorsprung fällt in beiden Regionen beispielsweise jährlich um einen Prozentpunkt höher aus als in der Ostregion, noch 48 (Westchina) bzw. 37 (Zentralchina) Jahre dauern würde, bis sich die Unterschiede halbiert und sogar noch 96 (Westchina) bzw. 74 (Zentralchina) Jahre dauern würde, bis sie sich egalisiert hätten. Aus Tabelle 3.9 geht hervor, dass die Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP in Westchina zwischen 2004 und 2008 im jährlichen Durchschnitt um 1,4 Prozentpunkte höher ausgefallen ist, als in Ostchina. Unterstellt man nun, dass es der Westregion fortan gelingen wird, diesen Wachstumsvorsprung beizubehalten, dann würde es „nur“ noch 34 bzw. 68 Jahre dauern bis es zu einer Halbierung bzw. zu einer Nivellierung der Unterschiede beim Pro-Kopf-BIP kommt. Dies verdeutlicht, dass eine Halbierung, geschweige denn eine Angleichung, der Ost-West-Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft, sofern diese überhaupt jemals gelingen sollte, noch in sehr weiter Ferne liegt.

Tab. 3.12: Zeitbedarf des Konvergenzprozesses beim Pro-Kopf-BIP zwischen West- bzw. Zentralchina und Ostchina (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 1999-2009)

Wachstums- vorsprung (in Prozent- punkten)	Halbwertzeit (a): Halbierung des Unterschiedes beim realen Pro- Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in X Jahren bei einem Ausgangs- niveau von X % des ostchinesi- schen Durchschnitts im Jahr 2008		Absolute Konvergenz (b) in X Jah- ren bei einem Ausgangsniveau von X % des ostchinesischen Durchschnitts im Jahr 2008	
	Westchina 38,3 %	Zentralchina 47,9 %	Westchina 38,3 %	Zentralchina 47,9 %
1	47,9	36,8	95,8	73,7
2	23,9	18,4	47,9	36,8
3	16,0	12,3	31,9	24,6
4	12,0	9,2	23,9	18,4
5	9,6	7,4	19,2	14,7
6	8,0	6,1	16,0	12,3

$$(a) \quad t = \frac{0,5 \ln(y_0/y_0^*)}{g^* - g}, \quad (b) \quad t = \ln(y_0/y_0^*) / (g^* - g),$$

wobei $g^* - g$ = Wachstumsdifferenz, y_0 = reales Pro-Kopf-BIP West- bzw. Zentralchina, y_0^* = reales Pro-Kopf-BIP Ostchina

Nach derzeitigem Stand kann man eher davon ausgehen, dass es in den kommenden Dekaden nur einigen wenigen westchinesischen Provinzen gelingen wird, sich langsam aber stetig dem durchschnittlichen Entwicklungsniveau Ostchinas anzunähern.

Tab. 3.13: Zeitbedarf des Konvergenzprozesses beim Pro-Kopf-BIP zwischen den westchinesischen Provinzen und Ostchina (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 1999-2009)

Provinz	Ausgangsniveau: reales Pro- Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in X % des ostchinesischen Durchschnitts im Jahr 2008	Absolute Konvergenz (b) in X Jahren bei einem Wachstumsvorsprung von X Prozentpunkten					
		1	2	3	4	5	6
I. Mongolei	71,4	33,7	16,8	11,2	8,4	6,7	5,6
Guangxi	39,9	91,9	45,9	30,6	23,0	18,4	15,3
Chongqing	38,9	94,4	47,2	31,5	23,6	18,9	15,7
Sichuan	39,7	92,3	46,2	30,8	23,1	18,5	15,4
Guizhou	24,8	139,3	69,6	46,4	34,8	27,9	23,2
Yunnan	30,2	119,7	59,8	39,9	29,9	23,9	19,9
Tibet	38,5	95,4	47,7	31,8	23,8	19,1	15,9
Shaanxi	38,6	95,2	47,6	31,7	23,8	19,0	15,9
Gansu	30,5	118,6	59,3	39,5	29,6	23,7	19,8
Qinghai	40,4	90,6	45,3	30,2	22,6	18,1	15,1
Ningxia	33,8	108,5	54,2	36,2	27,1	21,7	18,1
Xinjiang	43,0	84,4	42,2	28,1	21,1	16,9	14,1
Westchina	38,3	95,8	47,9	31,9	23,9	19,2	16,0

Würde es beispielsweise der Inneren Mongolei gelingen, ihren Wachstumsvorsprung von 7,2 Prozentpunkten, den sie im Zeitraum 2004 bis 2008 gegenüber der Ostregion erzielen konnte (vgl. Tab. 3.9, Spalte 5), auch in den kommenden Jahren beizubehalten, dann würde es nur noch ungefähr fünf Jahre bis zum Erreichen des ostchinesischen Durchschnitts dauern. Neben der Inneren Mongolei wiesen in dieser Phase auch noch Sichuan (+ 2,3 Prozentpunkte) und Guangxi (+ 2 Prozentpunkte) einen deutlichen Wachstumsvorsprung gegenüber der Ostregion

auf. Im Falle Sichuans bzw. Guangxis würde es dann trotzdem immer noch 40 bzw. 46 Jahre dauern, bis es zu einer Nivellierung der Unterschiede kommt.

Zwischenfazit

Die aus der empirischen Analyse der inter- und intraregionalen Disparitäten gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die ausgeprägten interregionalen Disparitäten (Ost-Mitte-West) beim Pro-Kopf-BIP innerhalb der VR China sind in erster Linie von den Disparitäten zwischen Ostchina und dem west-/zentralchinesischen Hinterland determiniert. Das größte Gefälle besteht mit Abstand zwischen Ost- und Westchina und danach zwischen Ost- und Zentralchina; die Disparitäten zwischen West- und Zentralchina sind hingegen nur marginal ausgeprägt. Ferner konnte aufgezeigt werden, dass sich die interregionalen Disparitäten im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau auch bei den individuellen Einkommen widerspiegeln.
- Die empirische Analyse hat gezeigt, dass Maos Wirtschafts- und Regionalpolitik, die auf einen Ausgleich der Entwicklungsunterschiede zwischen den Küsten- und Binnenprovinzen abzielte, unter dem Strich nicht von Erfolg gekrönt war. Lediglich von Anfang der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre konnte ein Rückgang der interregionalen Disparitäten beobachtet werden.
- Die interregionalen Disparitäten haben sich nicht erst seit Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik, sondern tendenziell bereits seit Mitte der 1960er Jahre verschärft; insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre konnte ein deutlicher Anstieg der interregionalen Disparitäten beobachtet werden.
- Im Jahr 2005 haben sich die interregionalen Disparitäten, nachdem sie sich zuvor 14 Jahre kontinuierlich verschärft hatten, wieder spürbar verringert. Seitdem verharren sie unter geringfügigen Schwankungen auf diesem Niveau.
- Der spürbare und kontinuierliche Rückgang der Ost-West-Disparitäten, der sich zwischen 2004 und 2008 vollzogen hat, war nur vom im Vergleich zur Ostregion deutlich überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum einiger weniger Westprovinzen bedingt.
- Seit Beginn des 21. Jahrhunderts, sprich seit Initiierung der „Go West“-Policy, lässt sich ein deutlicher und kontinuierlicher Anstieg der interprovinziellen Disparitäten innerhalb der Westregion beobachten.
- Mit der Dekompositionsanalyse des Theil-T-Index konnte empirisch belegt werden, dass von 1978 bis einschließlich 1987 die Unterschiede innerhalb der drei Makroregionen Ost-Mitte-West (Intra-Gruppen-Ungleichheit) den größten Anteil zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP) beigesteuert haben; seit 1988 dominiert hingegen die Ungleichheit zwischen den Regionen (Inter-Gruppen-Ungleichheit) die Gesamtungleichheit.
- Die Analyse der interprovinziellen Disparitäten im Kontext zu- bzw. abnehmender inter- und intraregionaler Disparitäten hat zu folgenden Erkenntnissen geführt: (1) der Rückgang der interprovinziellen Disparitäten in der ersten Hälfte der 1980er Jahre war primär vom Rückgang der interprovinziellen Disparitäten innerhalb der Ostregion bedingt, (2) ihr rascher und deutlicher Anstieg in den 1990er Jahren war in erster Linie vom drastischen Anstieg der interregionalen Disparitäten determiniert und (3) durch den spürbaren Rückgang der interregionalen Disparitäten zwischen 2004 und 2008 haben sich in dieser Phase, obwohl sich parallel dazu die interprovinziellen Disparitäten innerhalb der Westregion drastisch vergrößert haben, auch die interprovinziellen Disparitäten deutlich verringert.
- Mittels des dargestellten Zeitbedarfs des Konvergenzprozesses beim Pro-Kopf-BIP zwischen West- und Ostchina konnte aufgezeigt werden, dass eine Halbierung, geschweige denn eine Nivellierung, der Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft zwischen Ost- und Westchina noch in sehr weiter Ferne liegt.

3.2.3.5 Das Stadt-Land-Gefälle und die regionalen Einkommensunterschiede innerhalb der ländlichen und städtischen Bevölkerung

Seit Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik im Jahr 1978 ist die chinesische Volkswirtschaft in schier atemberaubendem Tempo gewachsen. Eine positive Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Reformprozesses besteht darin, dass die Armutsrate im ländlichen Raum deutlich gesunken ist. Die durchaus beachtlichen Erfolge bei der Armutsminderung können jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass sich die Verteilung der Einkommen innerhalb der chinesischen Bevölkerung, wie die drastische und kontinuierliche Zunahme des Gini-Koeffizienten seit Reformbeginn belegt, in zunehmendem Maße ungleicher gestaltet (vgl. Kap. 2.2.3). Seit Ende der 1980er Jahre lässt sich insbesondere ein deutlicher und nahezu kontinuierlicher Anstieg der Einkommenskluft zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung beobachten (vgl. Tab. 3.14). Wie sich weiter unten zeigen wird, haben sich im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik auch die interregionalen Einkommensunterschiede innerhalb der städtischen und ländlichen Bevölkerung deutlich vergrößert (vgl. Tabellen 3.18 und 3.20).

Im Jahr 2007 lebte mit ca. 728 Mio. Menschen nach wie vor das Gros der chinesischen Bevölkerung auf dem Land. Obwohl sich die Urbanisierungsquote innerhalb von 29 Jahren von 17,9% (1978) auf 44,9% (2007) mehr als verdoppelt hat, liegt sie immer noch unter dem Welt-durchschnitt (2005: 48,6%) und sogar deutlich unter dem von höher entwickelten Ländern (2005: 74%) (vgl. NBSC 2007; UN 2008, S. 75). Ein wichtiger Aspekt ist zudem, dass der Urbanisierungsgrad der chinesischen Provinzen nahezu kontinuierlich von Osten nach Westen abnimmt (vgl. Tab. 3.16). Die geringe Urbanisierungsquote Chinas hat primär zwei Ursachen: Zum einen ist die durchschnittliche Geburtenrate im ländlichen Raum aufgrund der dort mangelnden Umsetzung der Ein-Kind-Politik und der Ausnahmeregelungen für Minderheiten höher als in den Städten, und zum anderen hat das Hukou-System der ungebremsten Landflucht bis dato einen Riegel vorgeschoben.

Die Entwicklung des Stadt-Land-Gefälles in der VR China für den Zeitraum 1978 bis 2007 stellt sich folgendermaßen dar: Wie aus Tab. 3.14 hervorgeht, hat sich die Einkommenskluft zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung zu Reformbeginn zunächst deutlich verringert. Von 1978 bis 1985 ging die Rate des städtischen zum ländlichen Pro-Kopf-Einkommen (in Preisen von 1978) deutlich von 2,56 auf 1,53 zurück.⁴⁷ In dieser Phase sind die PKE der ländlichen bzw. städtischen Bevölkerung im jährlichen Durchschnitt real um 15,1% bzw. 7% gewachsen (eigene Berechnung nach NBSC 2008).

⁴⁷ In den meisten empirischen Studien, die sich mit dem Stadt-Land-Gefälle in der VR China auseinandersetzen, wird auf nominale PKE zurückgegriffen. Die auf nominalen Einkommen basierende Rate des städtischen zum ländlichen PKE hat sich von 2,57 im Jahre 1978 auf 3,33 im Jahre 2007 erhöht. Das nominale PKE der städtischen bzw. ruralen Bevölkerung wuchs im selben Zeitraum im jährlichen Durchschnitt um 13,5% bzw. 12,6%. CAI (2003: 3) weist in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, dass ein Vergleich der aktuellen Situation mit der zu Reformbeginn letzten Endes nur Sinn macht, wenn dieser auf Grundlage der realen PKE zu Preisen von 1978 durchgeführt wird.

Tab. 3.14: Reale und nominale PKE der städtischen und ländlichen Bevölkerung von 1978 bis 2007 (eigene Berechnung DCSNBS 1999; NBSC 2008)

Jahr	Nominales PKE (in Yuan)			Reales PKE (in Yuan; in Preisen von 1978)		
	Stadt	Land	Rate Stadt : Land (1)	Stadt	Land	Rate Stadt : Land (1)
1978	343	134	2,57	343	134	2,56
1980	478	191	2,50	436	186	2,34
1985	739	398	1,86	551	359	1,53
1986	900	424	2,12	627	371	1,69
1987	1.002	463	2,17	642	390	1,65
1988	1.181	545	2,17	627	415	1,51
1989	1.376	602	2,29	628	408	1,54
1990	1.510	686	2,20	680	416	1,63
1991	1.701	709	2,40	729	424	1,72
1992	2.027	784	2,58	800	449	1,78
1993	2.577	922	2,80	876	463	1,89
1994	3.496	1.221	2,86	950	487	1,95
1995	4.283	1.578	2,71	997	513	1,94
1996	4.839	1.926	2,51	1.036	559	1,85
1997	5.160	2.090	2,47	1.071	584	1,83
1998	5.425	2.162	2,51	1.133	609	1,86
1999	5.854	2.210	2,65	1.238	633	1,96
2000	6.280	2.253	2,79	1.318	646	2,04
2001	6.860	2.366	2,90	1.430	673	2,12
2002	7.703	2.476	3,11	1.622	705	2,30
2003	8.472	2.622	3,23	1.767	736	2,40
2004	9.422	2.936	3,20	1.903	786	2,42
2005	10.493	3.255	3,20	2.086	834	2,50
2006	11.760	3.587	3,28	2.303	896	2,57
2007	13.786	4.140	3,33	2.583	981	2,63

Hintergrund für die im Vergleich zu den städtischen PKE deutlich höheren Wachstumsraten des ländlichen PKE in dieser Phase war, dass sich die Dengschen Reformen zunächst auf den landwirtschaftlichen Sektor fokussierten. Durch die Einführung des Haushaltsverantwortlichkeitssystems und die Zulassung ländlicher Märkte nahmen die Einkommen der ländlichen Bevölkerung zunächst deutlich stärker zu als die der städtischen. Nach einem kurzen Wiederanstieg erreichte die Einkommenskluft mit einer Rate von 1,51 im Jahr 1988 ihren vorläufig niedrigsten Stand seit Reformbeginn. Mitte der 1980er Jahre kam es jedoch zu einem abermaligen Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Regionalpolitik. Von da ab präferierte die Zentralregierung bei ihren Reformbemühungen wieder die Städte und die dort ansässige Industrie (z.B. Einführung des sog. Vertragsverantwortungssystems, Zulassung von Privatunternehmen etc.) sowie den stärker urbanisierten Osten des Landes (z.B. durch Schaffung von SWZ, Öffnung von 14 Küstenstädten für ausländische Investoren etc.). Dies hat dazu geführt, dass sich die Einkommensschere seit Ende der 1980er Jahre wieder deutlich vergrößert hat. Von 1989 bis 2007 wuchs das PKE der ländlichen Bevölkerung im jährlichen Durchschnitt real nur noch um 4,7%, während das der urbanen Bevölkerung hingegen um 8,2% zulegen konnte. Lediglich von 1995 bis 1997 kam es zu einem temporär begrenzten Rückgang des Einkommensgefälles. Ein Grund hierfür war, dass der Staat in dieser Phase die Ankaufspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse deutlich erhöhte. Und auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts lässt sich eine anhaltende Verschärfung der Einkommenskluft beobachten. So wuchs das PKE der städtischen Bevölkerung von 2000 bis 2007 im jährlichen Durchschnitt real um 10,1%, das der ruralen Bevölke-

rung hingegen nur um 6,1%. Zheng Xinli, Leiter der für Politikberatung zuständigen Behörde des Zentralkomitees (sog. Policy Research Office), geht davon aus, dass die Rate des städtischen zum ländlichen Einkommen im Jahr 2020 bei 4 liegen wird, sofern die Zentralregierung bis dahin keine zwingenden Maßnahmen ergreift (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 05.12.2005). Wie die folgenden Zahlen belegen, war das Stadt-Land-Gefälle in China bereits in den 1990er Jahren im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern der Region erheblich stärker ausgeprägt: Bangladesh (1996): 1,8:1; Indien (1997): 1,31:1; Pakistan (1990/91): 1,26:1; Sri Lanka (1990/91): 1,33:1; Indonesien (1990): 1,65:1; Malaysia (1990): 1,71:1; Philippinen (1991): 2,17:1 (vgl. EASTWOOD & LIPTON 2000, S 13f.).

In Kapitel 3.2.3.1 wurde bereits auf die Inkonsistenz der vom nationalen Statistikbüro veröffentlichten Einkommensdaten hingewiesen. So enthalten die Einkommen der städtischen Bevölkerung nur monetäre Einkommensbestandteile, während in die Berechnung der ländlichen Einkommen auch nicht-monetäre Einkommensbestandteile mit einfließen. Dies bedeutet, dass die offiziellen Einkommensstatistiken nicht das reale Ausmaß des Stadt-Land-Gefälles widerspiegeln. Würde man nämlich noch die versteckten Einkommen der städtischen Bevölkerung sowie die ihnen zukommenden Sozialleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit etc. berücksichtigen, dann würde sich das Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der Landbevölkerung darstellen (vgl. HEBERER 2005, S. 39). Qiu Xiaohua, der stellvertretende Minister des nationalen Statistikamtes, beziffert das tatsächliche Einkommensverhältnis unter Berücksichtigung der den Stadtbewohnern zugute kommenden nicht-monetären Einkommensbestandteile und Subventionen auf 6 : 1 (vgl. SINA NET 15.07.2002; THE STANDARD 26.01.2006). Der Vize-Vorsitzender der Kommission für Landwirtschaft und ländliche Angelegenheiten des NVK, Wan Baorui, hat ermittelt, dass das durchschnittlich verfügbare Jahreseinkommen eines Bauern im Jahr 2002 nicht 2.476 Yuan (vgl. Tab. 3.18), sondern weniger als 1.000 Yuan betragen hat. Dieser Betrag würde sich seinen Kalkulationen zufolge ergeben, wenn man die mit eingerechneten Naturalien (in Geld umgerechnet 40% des Jahreseinkommens) und darüber hinaus die Ausgaben für den Kauf von Kunstdünger für das nächste Jahr (20% des Jahreseinkommens) vom durchschnittlich verfügbaren Jahreseinkommen abziehen würde (vgl. RONGXIA 2003).

Das stark ausgeprägte Stadt-Land-Gefälle tritt jedoch nicht nur bei den Einkommen auf, sondern es existiert darüber hinaus auch in anderen Lebensbereichen, wie beispielsweise Gesundheit und Bildung. So lag die Sterberate (Gestorbene je 1.000 der Bevölkerung) in den Städten im Jahr 2000 bei 4,21 und auf dem Land hingegen bei 6,87 (Ø VR China: 5,92). Vor allem bei der Kindersterblichkeit (Tote je 1.000 Lebendgeburten) treten eklatante Entwicklungsunterschiede zutage. Mit knapp 34,1 fällt sie auf dem Land mehr als 3,5-mal so hoch aus als in den Städten (9,6; Ø VR China: 26,9). Dass auch im Bildungssektor ein erhebliches Stadt-Land-Gefälle existiert, lässt sich exemplarisch anhand der Analphabetenrate aufzeigen. Mit 11,6% fiel diese im ländlichen Raum im Jahr 2000 mehr als doppelt so hoch aus als in den Städten (4,6%; Ø VR China: 9,1%) (eigene Berechnung nach CHINA DATA CENTER o.J.). Dass die städtische Bevölkerung gegenüber der ländlichen Bevölkerung in den grundlegenden Bereichen der

menschlichen Entwicklung ein höheres Entwicklungsniveau aufweist, offenbart auch der für das Jahr 2003 vom UNDP für die städtische und ländliche Bevölkerung ermittelte HDI.⁴⁸

Tab. 3.15: HDI der städtischen und ländlichen Bevölkerung auf Provinzebene im Jahr 2003 (eigene Berechnung nach CDRF & UNDP 2005, S. 155f.)

	Stadtbevölkerung		Landbevölkerung		Rate Urban : Rural (1)
	Urban HDI 2003	HDI als Indexwert (in % des Landesdurchschnitts)	Rural HDI 2003	HDI als Indexwert (in % des Landesdurchschnitts)	
VR China	0,816	100	0,685	100	1,19
Tianjin (O)	0,876	107,4	0,794	115,9	1,10
Shanghai (O)	0,922	113,0	0,835	121,9	1,10
Liaoning (O)	0,843	103,3	0,752	109,8	1,12
Heilongjiang (Z)	0,826	101,2	0,729	106,4	1,13
Jilin (Z)	0,816	100,0	0,720	105,1	1,13
Beijing (O)	0,907	111,2	0,800	116,8	1,13
Hebei (O)	0,828	101,5	0,730	106,6	1,13
Jiangsu (O)	0,858	105,1	0,756	110,4	1,13
Guangdong (O)	0,845	103,6	0,743	108,5	1,14
Shandong (O)	0,830	101,7	0,725	105,8	1,14
Shanxi (Z)	0,810	99,3	0,705	102,9	1,15
Zhejiang (O)	0,869	106,5	0,754	110,1	1,15
Henan (Z)	0,816	100,0	0,704	102,8	1,16
Hainan (O)	0,820	100,5	0,707	103,2	1,16
Jiangxi (Z)	0,797	97,7	0,687	100,3	1,16
Fujian (O)	0,843	103,3	0,724	105,7	1,16
Hunan (Z)	0,821	100,6	0,703	102,6	1,17
Guangxi (W)	0,809	99,1	0,682	99,6	1,19
Hubei (Z)	0,823	100,9	0,693	101,2	1,19
Anhui (Z)	0,810	99,3	0,679	99,1	1,19
Xinjiang (W)	0,837	102,6	0,698	101,9	1,20
I. Mongolei (W)	0,806	98,8	0,671	98,0	1,20
Chongqing (W)	0,825	101,1	0,683	99,7	1,21
Sichuan (W)	0,823	100,9	0,676	98,7	1,22
Ningxia (W)	0,799	97,9	0,650	94,9	1,23
Shaanxi (W)	0,816	100,0	0,660	96,4	1,24
Tibet (W)	0,713	87,4	0,562	82,0	1,27
Yunnan (W)	0,769	94,2	0,603	88,0	1,28
Gansu (W)	0,798	97,8	0,614	89,6	1,30
Guizhou (W)	0,763	93,5	0,576	84,1	1,32
Qinghai (W)	0,807	98,9	0,599	87,4	1,35

O = Ostchina, Z = Zentralchina, W = Westchina

Wie aus Tabelle 3.19 hervorgeht, belief sich der für die städtische Bevölkerung ermittelte HDI im Jahr 2003 auf 0,816 und der für die ländliche Bevölkerung hingegen nur auf 0,685; dies entsprach einem Verhältnis von 1,19 : 1. Tabelle 3.19 zeigt darüber hinaus, dass das Stadt-Land-Gefälle in den ostchinesischen Provinzen weniger stark ausgeprägt ist als in den zentral- und westchinesischen Provinzen. Die Spannweite der Rate des städtischen zum ländlichen HDI reichte im Jahr 2003 von 1,1 : 1 in der Küstenprovinz Tianjin bis 1,35 : 1 in der Nordwestprovinz

⁴⁸ Der für die städtische bzw. ländliche Bevölkerung ermittelte HDI ist in seiner Zusammensetzung nahezu identisch mit dem originären, von der UNDP entwickelten HDI (vgl. Kap. 2.2.3). Das Pro-Kopf-BIP der beiden Bevölkerungsgruppen wird hierbei jedoch auf Grundlage der Rate des städtischen zum ländlichen Einkommen berechnet (vgl. CDRF & UNDP 2005, S. 142).

Qinghai. Ferner lässt sich auch ein signifikantes Ost-West-Gefälle innerhalb der städtischen und der ruralen Bevölkerung feststellen (HDI intraurban: Shanghai_{max.} 0,922 vs. Tibet_{min.} 0,713; HDI intrarural: Shanghai_{max.} 0,835 vs. Tibet_{min.} 0,562).

Tab. 3.16: PKE der städtischen und ländlichen Bevölkerung auf Provinzebene im Jahr 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2008)

Provinz / Region	Urbanisierungsgrad (in %)	Pro-Kopf-Einkommen		Rate Stadt : Land (1)	Städtisches PKE als Indexwert (in % des Landesdurchschnitts)	Ländliches PKE als Indexwert (in % des Landesdurchschnitts)
		Stadt	Land			
VR China	44,9	13.786	4.140	3,3	100	100
Beijing	84,5	21.989	9.440	2,3	159,5	228,0
Tianjin	76,3	16.357	7.010	2,3	118,7	169,3
Hebei	40,3	11.690	4.293	2,7	84,8	103,7
Liaoning	59,2	12.300	4.773	2,6	89,2	115,3
Shanghai	88,7	23.623	10.145	2,3	171,4	245,0
Jiangsu	53,2	16.378	6.561	2,5	118,8	158,5
Zhejiang	57,2	20.574	8.265	2,5	149,2	199,6
Fujian	48,7	15.506	5.467	2,8	112,5	132,0
Shandong	46,8	14.265	4.985	2,9	103,5	120,4
Guangdong	63,1	17.699	5.624	3,1	128,4	135,8
Hainan	47,2	10.997	3.791	2,9	79,8	91,6
Ostchina	55,4	16.493	5.626	2,9	119,6	135,9
Henan	34,3	11.477	3.852	3,0	83,3	93,0
Hubei	44,3	11.486	3.997	2,9	83,3	96,5
Hunan	40,5	12.294	3.904	3,1	89,2	94,3
Shanxi	44,0	11.565	3.666	3,2	83,9	88,5
Jilin	53,2	11.286	4.191	2,7	81,9	101,2
Heilongjiang	53,9	10.245	4.132	2,5	74,3	99,8
Anhui	38,7	11.474	3.556	3,2	83,2	85,9
Jiangxi	39,8	11.452	4.045	2,8	83,1	97,7
Zentralchina	41,6	11.442	3.878	3,0	83,0	93,7
I. Mongolei	50,2	12.378	3.953	3,1	89,8	95,5
Guangxi	36,2	12.200	3.224	3,8	88,5	77,9
Chongqing	48,3	12.591	3.509	3,6	91,3	84,8
Sichuan	35,6	11.098	3.547	3,1	80,5	85,7
Guizhou	28,2	10.678	2.374	4,5	77,5	57,3
Yunnan	31,6	11.496	2.634	4,4	83,4	63,6
Tibet	28,3	11.131	2.788	4,0	80,7	67,3
Shaanxi	40,6	10.763	2.645	4,1	78,1	63,9
Gansu	31,6	10.012	2.329	4,3	72,6	56,2
Qinghai	40,1	10.276	2.684	3,8	74,5	64,8
Ningxia	44,0	10.859	3.181	3,4	78,8	76,8
Xinjiang	39,2	10.313	3.183	3,2	74,8	76,9
Westchina	37,0	11.345	3.033	3,7	82,3	73,3

Wirft man einen Blick auf die jährlich verfügbaren PKE der städtischen und ländlichen Bevölkerung auf Provinz- bzw. Regionsebene, dann ergibt sich ein ähnliches Bild. Tabelle 3.16 zeigt, dass die Einkommenskluft zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung in Westchina im Jahr 2007 mit einer Rate von 3,7 : 1 deutlich höher ausgefallen ist als in Ost- bzw. Zentralchina (2,9 : 1 bzw. 3 : 1). Dass die Einkommenskluft in den meisten Ostprovinzen deutlich niedriger ausfällt als im Rest des Landes, dürfte in erster Linie damit zusammenhängen, dass sich in ihnen eine stärkere Integration der ländlichen Gebiete mit der dort weiter entwickelten städtischen Wirtschaft vollzogen hat. Die östlichen ländlichen Gebiete profitieren hierbei vom

höheren Einkommensniveau der urbanen Zentren und haben einen besseren Zugang zu moderner Infrastruktur, Technologie, Kapital und Märkten. Resultat ist eine stärkere Industrialisierung der ländlichen Gebiete in Ostchina (vgl. Tab. 3.35) und eine damit einhergehende Abschwächung der städtisch-ländlichen Bipolarität (vgl. TEMPLIN 1997, S. 43). Ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle lässt sich jedoch nicht nur beim Ausmaß des Stadt-Land-Gefälles, sondern darüber hinaus auch innerhalb der städtischen und der ländlichen Bevölkerung beobachten (vgl. Tabellen 3.19 und 3.21).

Im Hinblick auf die zuvor generierten Ergebnisse drängt sich an dieser Stelle die Frage auf, ob eine auf Grundlage der städtischen und ländlichen PKE auf Provinzebene (62 Untersuchungseinheiten) gemessene Gesamtungleichheit von der Ungleichheit zwischen oder innerhalb der beiden Bevölkerungsgruppen dominiert wird. Zur Klärung dieser Frage wird nachfolgend der Theil-L-Index ermittelt und in eine Inter-Gruppen-Komponente (Einkommensunterschiede zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung) und eine Intra-Gruppen-Komponente (interprovinzielle Einkommensunterschiede innerhalb der städtischen und ländlichen Bevölkerung) zerlegt.

Tab. 3.17: Beiträge der Inter-Gruppen-Ungleichheit (Einkommensunterschiede zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung) und der Intra-Gruppen-Ungleichheit (intraurbane- bzw. intrarurale Einkommensunterschiede) zur Gesamtungleichheit im Jahr 2005 (eigene Berechnung nach NBSC 2006)

Dekomposition Theil-L-Index	Theil-L-Index	Anteil (in %)
Gesamtungleichheit (62 Untersuchungseinheiten)	0,2136	100
Inter-Gruppen-Ungleichheit (Stadt-Land)	0,1725	80,8
Gesamt Intra-Gruppen-Ungleichheit	0,0411	19,2
- Gruppenintern Stadt (interprovinzielle Einkommensunterschiede innerhalb der städtischen Bevölkerung)	0,0141	6,6
- Gruppenintern Land (interprovinzielle Einkommensunterschiede innerhalb der ländlichen Bevölkerung)	0,0270	12,6

Wie man aus Tabelle 3.17 entnehmen kann, zeigen die Befunde der Dekompositionsanalyse eine deutliche Dominanz der Inter-Gruppen-Ungleichheit gegenüber der Intra-Gruppen-Ungleichheit. Der Anteil der Inter-Gruppen-Ungleichheit an der Gesamtungleichheit beläuft sich auf 80,8%, während der Anteil der gruppeninternen Ungleichheiten mit 6,6% (intraurban) bzw. 12,6% (intrarural) deutlich niedriger ausfällt. Dies zeigt zum einen, dass die Gesamtungleichheit primär vom Einkommensgefälle zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung determiniert ist, und zum anderen, dass die interprovinziellen Disparitäten beim PKE innerhalb der ländlichen Bevölkerung stärker ausgeprägt sind, als die innerhalb der städtischen Bevölkerung (vgl. Tabellen 3.19 und 3.21). Die zuvor generierten Ergebnisse decken sich im Kern mit denen anderer Studien. So beziffern LI & XU (2008: 28) für dasselbe Jahr den Beitrag der Inter-Gruppen-Ungleichheit auf 80,4% und den der gruppeninternen Ungleichheiten auf 6,3% (intraurban) bzw. 13,3% (intrarural).

Regionale Einkommensunterschiede innerhalb der ländlichen Bevölkerung

Im Jahr 2007 reichte die Spannweite des ländlichen PKE auf Provinzebene von der Küstenprovinz Shanghai mit einem PKE von 10.145 Yuan bis zur Nordwestprovinz Gansu, die lediglich ein PKE von 2.329 Yuan aufweisen konnte, was einem Verhältnis von 4,4 : 1 entsprach (vgl. Tab. 3.16). Wie aus Tabelle 3.18 hervorgeht, belief sich das Verhältnis der Regionen West-Mitte-Ost (Westregion = 1) im selben Jahr auf 1 : 1,28 : 1,85. Tabelle 3.18 zeigt darüber hinaus, dass sich die interregionalen Einkommensunterschiede innerhalb der ländlichen Bevölkerung im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik deutlich verschärft haben. Dass die Einkommensungleichheit innerhalb der ländlichen Bevölkerung seit Reformbeginn erheblich zugenommen hat, offenbart auch der von der UNDP für die ländliche Bevölkerung ermittelte Gini-Index. Dieser hat sich von 1978 bis 2002 um deutliche 0,15 Punkte von 0,22 auf 0,37 (+ 68,25%) erhöht (eigene Berechnung nach CDRF & UNDP 2005, S. 27f.).

Tab. 3.18: Regionale Einkommensunterschiede (Ost-Mitte-West) innerhalb der ländlichen Bevölkerung (eigene Berechnung nach CHINA DATA CENTER o.J.; DCSNBS 1999; NBSC 2000, 2006 u. 2008; SHEN 2006)

Jahr	Verhältnis West-Mitte-Ost (Westregion = 1; nominales PKE der ländlichen Bevölkerung)
1985	1 : 1,19 : 1,47
1990	1 : 1,12 : 1,55
1995	1 : 1,23 : 1,90
2000	1 : 1,23 : 1,86
2005	1 : 1,25 : 1,89
2007	1 : 1,28 : 1,85

Im Hinblick auf die in Kapitel 3.2.3.4 generierten Ergebnisse stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob die Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim PKE der ländlichen Bevölkerung) hier ebenfalls von der Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) dominiert wird und ob der für Ostchina gemessene Anteil der Intra-Gruppen-Ungleichheit (intraregionale Disparitäten) an der Gesamtungleichheit auch hier deutlich höher ausfällt als der West- bzw. Zentralchinas.

Tab. 3.19: Beiträge der Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim PKE der ländlichen Bevölkerung) im Jahr 2005 (eigene Berechnung nach NBSC 2006)

Dekomposition Theil-Index	Theil-Index	Anteil (in %)
Gesamtungleichheit (interprovinziell)	0,0478	100
Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregional)	0,0350	73,3
Gesamt Intra-Gruppen-Ungleichheit (intraregional)	0,0128	26,7
- Intraregional Ostchina	0,0078	16,4
- Intraregional Zentralchina	0,0007	1,6
- Intraregional Westchina	0,0042	8,7

Wie aus Tabelle 3.19 ersichtlich, zeigt die Dekomposition des Theil-L-Index erstens, dass hier ebenfalls eine deutliche Dominanz der Inter-Gruppen-Ungleichheit gegenüber der Intra-Gruppen-Ungleichheit besteht (73,3% vs. 26,7%) und zweitens, dass der für Ostchina gemessene Anteil der Intra-Gruppen-Ungleichheit an der Gesamtungleichheit mit 26,7% auch hier

deutlich höher ausfällt als der Zentral- bzw. Westchinas (1,6% bzw. 8,7%). Dies impliziert, dass die interprovinziellen Disparitäten beim PKE der ländlichen Bevölkerung ähnlich wie die beim Pro-Kopf-BIP primär von den interregionalen Disparitäten determiniert sind und an zweiter Stelle von den interprovinziellen Disparitäten innerhalb der Ostregion.

Wie weiter oben bereits erläutert, lassen sich die ausgeprägten interregionalen Disparitäten innerhalb der ländlichen Bevölkerung unter anderem mit der im Vergleich zur West- und Zentralregion stärkeren Integration der östlichen ländlichen Gebiete mit der dort weiter entwickelten städtischen Wirtschaft erklären. Da sich die Integration der ländlichen Gebiete mit der städtischen Wirtschaft in Ostchina jedoch nicht flächendeckend mit der gleichen Intensität vollzogen hat, sondern primär im Einzugsgebiet bedeutender städtischer Wirtschaftszentren, wie beispielsweise Shanghai, Hangzhou oder Guangzhou, sind die interprovinziellen Disparitäten beim PKE der ländlichen Bevölkerung innerhalb der Ostregion demzufolge auch deutlich stärker ausgeprägt als in der West- bzw. Zentralregion.

Regionale Einkommensunterschiede innerhalb der städtischen Bevölkerung

Im Jahr 2007 reichte die Spannweite des städtischen PKE auf Provinzebene von der Küstenprovinz Shanghai mit einem PKE von 23.623 Yuan bis zur Nordwestprovinz Gansu, die nur ein PKE von 10.012 Yuan aufweisen konnte, was einem Verhältnis von 2,4 : 1 entsprach (vgl. Tab. 3.16). Aus Tabelle 3.20 geht hervor, dass sich das Verhältnis der Regionen West-Mitte-Ost (Westregion = 1) im selben Jahr auf 1 : 1,01 : 1,45 belief.

Tab. 3.20: Regionale Einkommensunterschiede (Ost-Mitte-West) innerhalb der städtischen Bevölkerung (eigene Berechnung nach CHINA DATA CENTER o.J.; DCSNBS 1999; NBSC 2000, 2003, 2006 u. 2008; SHEN 2006)

Jahr	Verhältnis West-Mitte-Ost (Westregion = 1; nominales PKE der städtischen Bevölkerung)
1985	1 : 0,95 : 1,17
1990	1 : 0,92 : 1,27
1995	1 : 0,95 : 1,38
2000	1 : 0,92 : 1,41
2005	1 : 0,99 : 1,48
2007	1 : 1,01 : 1,45

Tabelle 3.20 demonstriert darüber hinaus, dass sich die interregionalen Einkommensunterschiede nicht nur innerhalb der ländlichen, sondern auch innerhalb der städtischen Bevölkerung im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik deutlich verschärft haben und dass die interregionalen Einkommensunterschiede innerhalb der städtischen Bevölkerung weniger stark ausgeprägt sind als innerhalb der ländlichen Bevölkerung. Dass die Einkommensungleichheit innerhalb der städtischen Bevölkerung seit Reformbeginn erheblich zugenommen hat, zeigt hier auch der von der UNDP für die städtische Bevölkerung ermittelte Gini-Index. Von 1978 bis 2002 hat er sich von 0,16 auf 0,34 (+ 112,5%) mehr als verdoppelt (eigene Berechnung nach CDRF & UNDP 2005, S. 29).

An diesem Punkt stellt sich erneut die Frage, ob die Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim PKE der städtischen Bevölkerung) ebenfalls von der Inter-Gruppen-Ungleichheit dominiert wird und wie es sich mit dem für Ostchina gemessenen Anteil der Intra-Gruppen-Ungleichheit an der Gesamtungleichheit verhält. Wie aus Tabelle 3.21 ersichtlich, zeigt die Zer-

legung des Theil-L-Index, dass hier ebenfalls eine Dominanz der Inter-Gruppen-Ungleichheit gegenüber der Intra-Gruppen-Ungleichheit besteht (59,1% vs. 40,9%) und dass der für Ostchina gemessene Anteil der Intra-Gruppen-Ungleichheit mit 39,1% auch hier um ein Vielfaches höher ausfällt, als der Zentral- bzw. Westchinas (0,7% bzw. 1,1%). Auffällig ist jedoch, dass die interprovinziellen Disparitäten beim PKE der städtischen Bevölkerung innerhalb der Ostregion sogar noch stärker ausgeprägt sind, als beim PKE der ländlichen Bevölkerung (vgl. Tabellen 3.16 und 3.19).

Tab. 3.21: Beiträge der Inter- und Intra-Gruppen-Ungleichheit (inter- und intraregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit (interprovinzielle Disparitäten beim PKE der städtischen Bevölkerung) im Jahr 2005 (eigene Berechnung nach NBSC 2006)

Dekomposition Theil-L-Index	Theil-L-Index	Anteil (in %)
Gesamtungleichheit (interprovinziell)	0,0324	100
Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregional)	0,0191	59,1
Gesamt Intra-Gruppen-Ungleichheit (intraregional)	0,0133	40,9
- Intraregional Ostchina	0,0127	39,1
- Intraregional Zentralchina	0,0002	0,7
- Intraregional Westchina	0,0003	1,1

Die deutliche Zunahme des Regionalgefälles zwischen Ostchina und dem chinesischen Hinterland innerhalb der städtischen Bevölkerung seit Reformbeginn dürfte primär damit zusammenhängen, dass sich im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik insbesondere im Osten des Landes bedeutende städtische Wirtschafts- und Industriezentren herausgebildet haben und es dort im Vergleich zum chinesischen Hinterland zu einer stärkeren Verbreitung marktwirtschaftlicher Mechanismen kam. Dieser Prozess hat jedoch auch dazu geführt, dass die interprovinziellen Disparitäten beim PKE der städtischen Bevölkerung innerhalb der Ostregion deutlich stärker ausgeprägt sind als in West- und Zentralchina.

Was determiniert die Gesamtungleichheit: Das Stadt-Land-Gefälle oder die interregionalen Disparitäten?

Am Ende von Kapitel 3.2.3.3 wurden die interprovinziellen Disparitäten beim Pro-Kopf-Jahreseinkommen empirisch analysiert, ohne dabei das Stadt-Land-Gefälle zu berücksichtigen. Es wurde aufgezeigt, dass die Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregionale Disparitäten Ost-Mitte-West) die Gesamtungleichheit mit einem Beitrag von 67% (2005) dominiert (vgl. Tab. 3.11). Die empirische Analyse der Einkommensunterschiede zwischen und innerhalb der städtischen und ländlichen Bevölkerung hat indessen ergeben, dass die Gesamtungleichheit, selbst wenn man die interprovinziellen Disparitäten innerhalb beider Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, vom Stadt-Land-Gefälle dominiert wird (2005: 80,8%). Aus diesen empirischen Befunden erwächst die Frage, wovon eine auf Grundlage der städtischen und ländlichen PKE auf Provinzebene (62 Untersuchungseinheiten) ermittelte Gesamtungleichheit letzten Endes determiniert wird: vom Stadt-Land-Gefälle oder den interregionalen Disparitäten? Um diese Frage zu klären, wird nachfolgend der in Tabelle 3.17 ermittelte Theil-L-Index dementsprechend zerlegt. Die Intra-Gruppen-Ungleichheit (intraregionale Unterschiede Ost-Mitte-West) wird hierbei die Ungleichheit zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung mit einschließen, da für jede

Provinz zwei Beobachtungen vorliegen (städtisches und ländliches PKE), während die Inter-Gruppen-Ungleichheit den Beitrag der interregionalen Disparitäten (Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit wiedergeben wird. Die in Tabelle 3.22 dargestellten Ergebnisse der Dekompositionsanalyse zeigen, dass der Anteil der Inter-Gruppen-Ungleichheit mit 21,5% deutlich niedriger ausfällt als die addierten Anteile der drei Intra-Gruppen-Ungleichheiten (78,5%). Dies bedeutet, dass die Gesamtungleichheit in erster Linie vom Stadt-Land-Gefälle und nicht, wie man in Betracht der in Kapitel 3.2.3.4 generierten Ergebnisse hätte annehmen können, von den interregionalen Disparitäten determiniert wird. Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass der wesentliche Schlüssel zur Minderung der räumlichen Disparitäten innerhalb Chinas in der Reduzierung des ausgeprägten Stadt-Land-Gefälles liegt.

Tab. 3.22: Beitrag der Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregionalen Disparitäten Ost-Mitte-West) zur Gesamtungleichheit unter Berücksichtigung des Stadt-Land-Gefälles im Jahr 2005 (eigene Berechnung nach NBSC 2006)

Dekomposition Theil-L-Index	Theil-L-Index	Anteil (in %)
Gesamtungleichheit	0,2136	100
Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregional)	0,0459	21,5
Gesamt Intra-Gruppen-Ungleichheit (intraregional)	0,1677	78,5
- Intraregional Ostchina	0,0609	28,5
- Intraregional Zentralchina	0,0470	22,0
- Intraregional Westchina	0,0598	28,0

Zwischenfazit

Die empirische Analyse des Stadt-Land-Gefälles und der Einkommensunterschiede innerhalb der städtischen und ländlichen Bevölkerung im Kontext inter- und intraregionaler Disparitäten hat zu folgenden Erkenntnissen geführt:

- Bei der Entwicklung des Stadt-Land-Gefälles seit Reformbeginn konnten zwei Entwicklungsphasen identifiziert werden: Von 1978 bis Ende der 1980er Jahre hatte sich die Einkommenskluft zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung zunächst spürbar verringert, weil der Fokus der 1978 eingeleiteten Wirtschaftsreformen zunächst auf dem ländlichen Raum bzw. dem Agrarsektor lag. Mitte der 1980er Jahre wurde der Reformschwerpunkt jedoch in die Städte und die dort ansässige Industrie verlagert. Dies hatte zur Folge, dass sich die Einkommenskluft zwischen beiden Bevölkerungsgruppen seit Ende der 1980er Jahre wieder deutlich und nahezu kontinuierlich vergrößert hat.
- Das Ausmaß des Stadt-Land-Gefälles weist regional eine hohe Bandbreite auf. Es wurde aufgezeigt, dass es insbesondere in den westchinesischen Provinzen deutlich stärker ausgeprägt ist als in Ostchina. Als wesentliche Ursache hierfür wurde angeführt, dass sich das rasche Wirtschaftswachstum der städtischen Industriezentren im Osten des Landes positiv auf den dort angrenzenden ländlichen Raum ausgewirkt hat.
- Die empirische Analyse der interprovinziellen Disparitäten beim städtischen und ländlichen PKE hat zwei Befunde erbracht: Erstens, dass innerhalb der ländlichen und städtischen Bevölkerung ein ausgeprägtes Regionalgefälle existiert und zweitens, dass die interprovinziellen Disparitäten beim städtischen und ländlichen PKE innerhalb der Ostregion weitaus stärker ausgeprägt sind als in der West- und Zentralregion.
- Es konnte empirisch belegt werden, dass eine auf Grundlage der städtischen und ländlichen PKE auf Provinzebene gemessene Gesamtungleichheit (62 Untersuchungseinheiten) nicht von den interregionalen Disparitäten (Ost-Mitte-West), sondern primär vom Stadt-Land-Gefälle dominiert wird.

3.2.3.6 Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten und den Han-Gebieten

Ziel dieses Kapitels ist es, die Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten der ethnischen Minderheiten und denen der Han-Majorität näher zu beleuchten und zu analysieren. Im Zusammenhang mit der zentralen Fragestellung der Arbeit ist dies von Bedeutung, da mit 75,2 Mio. Menschen das Gros (ca. 77,2%) der offiziell anerkannten Minderheiten in Westchina lebt und ein Kernziel der „Go West“-Policy darin besteht, die sozioökonomische Entwicklung der Minderheitengebiete zu stimulieren (vgl. Kap. 4.2). Bereits in Kapitel 3.2.3.2 wurde aufgezeigt, dass knapp die Hälfte der 592 Kreise, die im Jahr 2001 als extrem arm eingestuft wurden, überwiegend von Minderheiten bewohnt werden. Und auch die autonom verwalteten Provinzen (mit Ausnahme der Inneren Mongolei) gehören nicht nur zu den wirtschaftlich schwächsten Provinzen (vgl. Tab. 3.7), sondern weisen zugleich auch (mit Ausnahme Xinjiangs) einen im Vergleich zum Landesdurchschnitt unterdurchschnittlichen menschlichen Entwicklungsstand auf (vgl. Tab. 3.6).

In Kapitel 3.2.3.1 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die empirische Analyse der Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten der nationalen Minderheiten und denen der Han-Chinesen nur bedingt möglich ist, da die offiziellen Statistiken keine disaggregierten Daten explizit für ethnische Minderheitenhaushalte vorhalten. Aus den statistischen Jahrbüchern lassen sich zwar sozioökonomische Daten für die autonom verwalteten Gebietskörperschaften (Provinzen, Bezirke, Kreise, Gemeinden) entnehmen, das Problem hierbei ist jedoch, dass diese aufgrund des über Jahrhunderte andauernden Zuzugs von Han-Chinesen mittlerweile nicht mehr ausschließlich von Minderheiten bewohnt werden (vgl. Tab. 3.23). Aus diesem Grund wird nachfolgend auch auf Ergebnisse des im Jahr 2002 vom nationalen Statistikbüro durchgeführten „Village Survey“ zurückgegriffen.

In der VR China leben zurzeit 56 von offizieller Seite anerkannte ethnische Minderheiten. Das traditionelle Siedlungsgebiet vieler Minderheiten lässt sich jedoch nicht an Provinzgrenzen festmachen, sondern erstreckt sich auf mehrere Provinzen. So dehnt sich beispielsweise das Siedlungsgebiet der Tibeter auf die Provinzen Tibet, Sichuan, Qinghai, Gansu und Yunnan aus. Die autonom verwalteten Minderheitengebiete haben einen Anteil von 63,7% an der Gesamtfläche Chinas (vgl. NBSC 2005). Im administrativen System der VR China gibt es fünf Provinzen (Innere Mongolei, Tibet, Guangxi, Xinjiang und Ningxia), 30 Bezirke, 120 Kreise und 1.173 Gemeinden, die formell autonom verwaltet werden (vgl. Kap. 2.2.1).⁴⁹

⁴⁹ In der Realität sind die Autonomierechte der Minderheiten jedoch stark eingeschränkt. Zum einen ist die Partei den autonomen Verwaltungsinstitutionen übergeordnet, und zum anderen sieht das 1984 erlassene Autonomiegesetz in wichtigen politischen Angelegenheiten kein Mitspracherecht vor (vgl. HEBERER 2005, S. 48f.). Nach HEILMANN (2004: 105) verfügen die autonomen Gebiete trotz ihres autonomen Status sogar über weniger Entscheidungsbefugnisse, als die anderen Provinzen bzw. regierungsunmittelbaren Städte.

Tab. 3.23: Anteil der Minderheiten an der Gesamtbevölkerung in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2000 und in den westchinesischen Provinzen im Jahr 2005 (vgl. CHINA DATA CENTER o.J.; NBSC 2006)

Provinz / Region	Gesamtbevölkerung	Anzahl der Minderheiten	Anteil Minderheiten an der Gesamtbevölkerung (in %)
Ostchina	484.162.496	15.032.237	3,1
Zentralchina	408.928.452	7.203.468	3,7
Westchina	349.521.278	75.190.088	21,5
Inner Mongolia	23.860.000	5.157.600	21,6
Guangxi	46.600.000	18.980.000	40,7
Chongqing	27.980.000	1.700.466	6,1
Sichuan	82.120.000	3.698.089	4,5
Guizhou	37.300.000	9.457.917	25,4
Yunnan	44.500.000	11.638.180	26,2
Tibet	2.770.000	2.580.000	93,1
Gansu	25.940.000	1.837.686	7,1
Qinghai	5.430.000	2.019.192	37,2
Ningxia	5.960.000	2.145.138	36,0
Xinjiang	20.100.000	12.146.898	60,4
Shaanxi (2000)	35.365.072	176.421	0,5

Die ethnischen Minderheiten stellen auf Basis der im Jahr 2000 durchgeführten Volkszählung mit 105,2 Mio. Angehörigen ungefähr 8,5% der chinesischen Gesamtbevölkerung. Von den 56 offiziell anerkannten Minderheiten überschreiten jedoch nur achtzehn die Millionengrenze. Die fünf größten Minderheiten sind: 1. Zhuang (16,2 Mio.), 2. Mandschu (10,7 Mio.), 3. Hui (9,8 Mio.), 4. Miao (8,9 Mio.) und 5. Uiguren (8,4 Mio.); mit 5,4 Mio. Angehörigen stellen die Tibeter die neuntgrößte Minderheit dar (vgl. INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2005; NBSC 2006). Wie aus Tabelle 3.23 hervorgeht, ist der Großteil der nationalen Minderheiten im Westen Chinas beheimatet. Auf Grundlage der im Jahr 2000 durchgeführten Volkszählung leben von den ethnischen Minderheiten 77,2% in Westchina, 7,4% in Zentralchina und 15,4% im Osten des Landes. Der Anteil der Minderheiten an der Gesamtbevölkerung in den drei Makroregionen stellt sich folgendermaßen dar: Ostchina: 3,1%, Zentralchina: 3,7%, Westchina: 21,5% (eigene Berechnung nach CHINA DATA CENTER o.J.).

Offiziellen Angaben zufolge waren im Jahr 2005 von den in ländlichen Gebieten beheimateten nationalen Minderheiten ca. 11,7 Mio. Menschen von absoluter Armut betroffen, was nahezu der Hälfte der bedürftigen ländlichen Bevölkerung Chinas entsprach (2005: 23,65 Mio.; vgl. Kap. 2.2.3) (vgl. CHINA DAILY 24.12.2006; CHINA DAILY 30.03.2007). Da die nationalen Minderheiten jedoch nur 8,5% der chinesischen Bevölkerung stellen, wird an dieser Stelle deutlich, dass sie im Vergleich zu den Han-Chinesen überproportional von Armut betroffen sind. Dass die Entwicklungsunterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und im Lebensstandard zwischen den Siedlungsgebieten der Han-Majorität und denen der ethnischen Minderheiten beträchtlich sind, zeigt auch, dass sich im Jahr 2004 das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP und das PKE der ländlichen Bevölkerung in den autonom verwalteten Minderheitsgebieten nur auf 67,4% bzw. 71,4% des Landesdurchschnitts belaufen hat (vgl. INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2005; PEOPLE'S DAILY ONLINE 28.05.2005).

Tab. 3.24: PKE ausgewählter Minderheiten- und Han-Haushalte im Jahr 2002 (eigene Berechnung nach NBSC Village Survey 2002, zitiert nach GUSTAFSSON & SAI 2006, S. 27)

	Durchschnittliches Pro-Kopf-Haushaltseinkommen 2002 (in Yuan)	Abweichung vom gesamtchinesischen Durchschnitt (= 100%)	Abweichung vom Ø der Han-Majorität (= 100%)
VR China	2.457	100	94,2
Han-Majorität	2.608	106,1	100
Minderheiten	1.698	69,1	65,1
- Mandschu	3.249	132,2	124,6
- Hui	1.949	79,3	74,7
- Uiguren	1.672	68,1	64,1
- Zhuang	1.283	52,2	49,2
- Miao	1.231	50,1	47,2
- Yi	1.046	42,6	40,1
- Andere	1.328	54,0	50,9

Auch der im Jahr 2002 unter 9.200 Haushalten (in 961 Dörfern verteilt auf 120 Kreise) vom NBSC durchgeführte „Village Survey“ offenbart erhebliche Einkommensunterschiede zwischen den nationalen Minderheiten und den Han-Chinesen. Tabelle 3.24 zeigt, dass die befragten Minderheiten-Haushalte im Jahr 2002 nur über ein durchschnittliches PKE von 1.698 Yuan verfügten, die der Han-Majorität hingegen über eines von 2.608 Yuan. Das durchschnittliche PKE eines Minderheiten-Haushaltes fiel demnach um 35% niedriger aus als das eines Han-Haushaltes. Lediglich die im Nordosten beheimateten Mandschu⁵⁰ wiesen bei dieser Erhebung ein im Vergleich zu den Han höheres PKE auf (NBSC Village Survey 2002, zitiert nach GUSTAFSSON & SAI 2006, S. 27).

Die zuvor identifizierten Entwicklungsunterschiede zwischen den nationalen Minderheiten und der Han-Majorität lassen sich jedoch nicht nur ausschließlich mit der ethnischen Zugehörigkeit erklären bzw. auf die Diskriminierung und Marginalisierung der ethnischen Minderheiten zurückführen. Hierbei spielen auch andere Faktoren, wie beispielsweise die naturräumliche Ausstattung oder die periphere Lage der Minderheitengebiete, eine gewichtige Rolle.⁵¹ Tabelle 3.25 zeigt in diesem Zusammenhang, dass die Minderheiten im Jahr 2000 mit 23,4% eine im Vergleich zur Han-Majorität um 13,5 Prozentpunkte niedrigere Urbanisierungsquote aufwiesen. Vor dem Hintergrund, dass der Großteil der chinesischen Minderheiten im ländlichen Raum Westchinas beheimatet ist und sich neben dem generell stark ausgeprägten Stadt-Land-Gefälle in der VR China innerhalb der ländlichen Bevölkerung ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle beobachten lässt (vgl. Kap. 3.2.3.5), wird an dieser Stelle deutlich, warum das sozioökonomische Entwicklungsniveau der meisten nationalen Minderheiten zwangsläufig niedriger ausfällt.

⁵⁰ Die Mandschu, die mit 10,7 Mio. Einwohnern die zweitgrößte Minderheit in der VR China stellen, genießen einen besonderen Stellenwert unter den chinesischen Minderheiten. Dies liegt zum einen daran, dass sie bereits nahezu vollständig assimiliert sind (die mandschurische Sprache gilt mittlerweile als fast ausgestorben) und zum anderen, dass sie, da sie China über Jahrhunderte hinweg beherrschten (Qing-Dynastie 1644 bis 1911, vgl. Kap. 2.1.1.1), nach wie vor über eine besondere Stellung in der chinesischen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik verfügen.

⁵¹ Der Soziologe SULLIVAN (2006: 9) hat sich intensiv mit den Entwicklungsunterschieden zwischen den ethnischen Minderheiten und der Han-Majorität auseinandergesetzt und kommt in seiner empirischen Studie zu dem Ergebnis, dass „... ethnic minorities in China appear to be worse off not as a simple result of ethnicity, but because they disproportionately live in poorer, rural regions of China, and do not share the same levels of education as the majority Han.“

Tab. 3.25: Urbanisierungsgrad chinesischer Minderheiten im Jahr 2000 (eigene Berechnung nach CHINA DATA CENTER o.J.)

Minderheit	Urbanisierungsquote (in %)
Zhuang	22,4
Mandschu	35,2
Hui	45,3
Miao	14,1
Uiguren	19,4
Tibeter	12,8
56 offiziell anerkannte Minderheiten VR China	23,4
Minderheiten in Westchina	18,5
VR China (Gesamtbevölkerung)	36,9
Westchina (Gesamtbevölkerung)	28,8

Abschließend kann festgehalten werden, dass das Gros der nationalen Minderheiten im Vergleich zur Han-Majorität über einen merklich niedrigeren Lebensstandard verfügt. Da die nationalen Minderheiten mehrheitlich in Westchina beheimatet sind, tritt diese Problematik dort auch am deutlichsten zutage. Vor diesem Hintergrund hat Jiang Zemin, der als eigentlicher Architekt der „Go West“-Policy gilt, Mitte 1999 verlautbart, dass ein Kernziel der WDS darin besteht, die wirtschaftliche Entwicklung der Minderheitengebiete voranzutreiben (PEPOLE'S DAILY ONLINE 19.06.1999): *„Most of China's minority ethnic groups live in the western and frontier areas, so promoting economic development there is of great significance to maintaining local political and social stability, strengthening national unity, and securing the security of border areas.“* Seine Ausführungen offenbaren jedoch auch unmissverständlich, dass die Zentralregierung mit ihren Fördermaßnahmen unter dem Strich darauf abzielt, die innere Stabilität Chinas zu wahren, sprich den zentrifugalen Tendenzen, die sich insbesondere in den autonomen Provinzen Tibet und Xinjiang immer wieder bemerkbar machen, mittels wirtschaftlicher Entwicklung den Nährboden zu entziehen. Die Konflikte entzündeten sich nämlich nicht nur an kulturellen, sprachlichen oder sonstigen Merkmalen, sondern auch an dem deutlichen Entwicklungsgefälle, das zwischen den nationalen Minderheiten und der Han-Majorität existiert.

3.2.3.7 Exkurs: Süd-Nord-Gefälle im Küstenbereich bzw. Osten Chinas

In 3.2.3.4 Kapitel wurde dargelegt, dass sich im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik die Disparitäten zwischen den drei Makroregionen Ost-Mitte-West drastisch verschärft haben. Seit geraumer Zeit wird auch das immer offensichtlicher zutage tretende Süd-Nord-Gefälle im Küstenbereich bzw. Osten des Landes thematisiert. Die Diskussion steht hierbei unter dem Eindruck, dass sich am süd-/südöstlichen Küstenstreifen Chinas zwischen der Pearl River Delta Economic Zone, der Fujian Economic Zone und dem Inselstaat Taiwan ein „Growth Triangle“ herausgebildet hat. Demgegenüber hat der Nordosten Chinas, der über mehrere Jahrzehnte das schwerindustrielle Zentrum Chinas darstellte, im Zuge des wirtschaftlichen Transformationsprozesses deutlich an wirtschaftlicher Bedeutung eingebüßt. In Anlehnung an die us-amerikanischen Verhältnisse kann man den süd-/südöstlichen Küstenbereich Chinas durchaus als „sun belt“ und den Nordosten dementsprechend als „rust belt“ bezeichnen.

An der chinesischen Küste bzw. im Osten Chinas haben sich mittlerweile vier bedeutende Wirtschaftsregionen herausgebildet, die abhängig von ihrer räumlichen Lage eine mehr oder minder

enge wirtschaftliche Verflechtung mit ihren benachbarten Staaten aufweisen. Bei diesen handelt es sich von Norden nach Süden um:

1. **Nordost-Region** (Northeast Economic Zone): Die nordostchinesische Wirtschaftsregion setzt sich aus den drei Provinzen Jilin, Heilongjiang und Liaoning zusammen. Die wirtschaftliche Kernregion bildet das Tumen River Economic Development Area (TREDA).⁵² Bis heute beheimatet die Nordostregion das Zentrum der chinesischen Schwerindustrie, die einst von den Japanern während ihrer Besatzungszeit aufgebaut und unter dem Einfluss der Sowjetunion weiter ausgebaut wurde. Im Zuge des sich seit Reformbeginn vollziehenden Strukturwandels hat der Nordosten jedoch massiv an wirtschaftlicher Leistungskraft und Bedeutung verloren. Als hinderlich für die wirtschaftliche Entwicklung der nordostchinesischen Provinzen erweisen sich die hohe Zahl an maroden Staatsbetrieben und die monostrukturelle Ausrichtung auf die Schwerindustrie. Aus diesem Grund wird der Nordosten Chinas auch als „Rostgürtel“ oder „chinesisches Ruhrgebiet“ bezeichnet. Um die wirtschaftliche Umstrukturierung der Region voranzutreiben, hat die chinesische Zentralregierung im Jahr 2003 die Strategy of Rejuvenating Northeast China initiiert (vgl. Kap. 3.4.1.2). Als zunehmend positiv für die wirtschaftliche Entwicklung der nordostchinesischen Provinzen erweist sich, dass sich seit Ende des Kalten Krieges die wirtschaftliche Kooperation in der Region zwischen China, Russland, Nordkorea, der Mongolei, Japan und Südkorea deutlich intensiviert hat. So belief sich beispielsweise das bilaterale Handelsvolumen zwischen Heilongjiang und Russland im Jahr 2006 auf 6,7 Mrd. USD, was einem Anteil von 52% am gesamten Handelsvolumen Heilongjiangs entsprach. Bis 2010 erwartet die Provinzregierung eine Zunahme des bilateralen Handelsvolumens auf 14 Mrd. USD (vgl. CHINA DAILY 15.03.2007; INVESTMENT PROMOTION AGENCY OF MOFCOM 2007a, S. 45).
2. **Bohai-Region** (Bohai Sea Economic Zone): Die Bohai-Region setzt sich aus den beiden regierungsunmittelbaren Städten Beijing und Tianjin, der Provinz Hebei sowie den beiden Halbinseln Liaoning (Liaoning) und Shandong (Shandong) zusammen. Die wirtschaftlich bedeutendsten Städte innerhalb der Region sind Beijing, Tianjin, Dalian (Liaoning) und Qingdao (Shandong). Die Region ist mittlerweile wirtschaftlich eng mit Japan und Südkorea verflochten. So belief sich beispielsweise das bilaterale Handelsvolumen zwischen Tianjin und Japan/Südkorea im Jahr 2005 auf 16,8 Mrd. USD, was einem Anteil von 31,5% am gesamten Handelsvolumen Tianjins entsprach (eigene Berechnung nach TIANJIN MUNICIPALITY STATISTICAL BUREAU 2006). Demgegenüber weist die Provinz Shandong aufgrund ihrer räumlichen Lage enge wirtschaftliche Bande mit Südkorea auf. Südkorea ist nicht nur der wichtigste Handelspartner Shandongs, sondern zugleich auch eines der bedeutendsten Herkunftsländer ausländischer Direktinvestitionen. Bis zum Jahr 2007 haben südkoreanischen Firmen in ihr kumuliert 23,55 Mrd. USD investiert, was einem Anteil von knapp 55% an den insgesamt von südkoreanischen Unternehmen in der VR China getätigten Direktinvestitionen entsprach (vgl. CHINA DAILY 29.05.2008).

⁵² Das TREDA umfasst ein Gebiet mit den Eckpunkten Yanji (Jilin), Ch'ongjin (Nordkorea) und Nakhodka (Russland). Einen ausführlichen Überblick über die Entwicklung und Bedeutung des TREDA liefert ARLT (2001).

3. Yangtze-Delta (Yangtze River Delta Economic Zone): Diese Wirtschaftsregion setzt sich aus der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai und den Provinzen Zhejiang und Jiangsu zusammen. Den Wachstumskern dieser Zone bildet jedoch Shanghai mit der 1990 gegründeten Wirtschaftszone Pudong. Die Stadt zählt mittlerweile neben Tokio, Hong Kong und Singapur zu den führenden Finanz- und Wirtschaftszentren Asiens. Wirtschaftlich bedeutende Städte im Yangtze-Delta sind darüber hinaus noch Nanjing, Suzhou, Hangzhou, Ningbo und Xuzhou.

4. süd-/südostchinesische Wirtschaftsregion:

a) Fujian (Fujian Economic Zone): Die Provinz Fujian gehört zu den wirtschaftlich dynamischsten Provinzen Chinas. Das ökonomische Zentrum der Provinz bildet die 1981 an der Formosastraße in unmittelbarer Nähe zum „asiatischen Tiger“ Taiwan errichtete Sonderwirtschaftszone Xiamen. Die wirtschaftliche Integration Fujians mit Taiwan schreitet zunehmend voran. Taiwan ist nach Hong Kong nicht nur das zweitwichtigste Herkunftsland für ADI in Fujian (kumuliert bis 2006), sondern zugleich auch ihr wichtigster Importpartner (2006: Importanteil von 56,2%; eigene Berechnung nach INVESTMENT PROMOTION AGENCY OF MOFCOM 2007b, S. 55ff.). Am 15.12.2008 wurden wieder direkte Post-, Flug- und Seeverbindungen zwischen Taiwan und der VR China aufgenommen (XINHUA NEWS AGENCY 15.12.2008). Aufgrund der räumlichen Nähe zu Taiwan dürfte die Provinz Fujian in besonderem Maße von der Annäherung beider Staaten profitieren. Fujian könnte sich hierbei künftig als Drehkreuz für den Handel zwischen China, Hong Kong und Taiwan etablieren.

b) Perlfluss-Delta-Region (Pearl River Delta Economic Zone): Diese Wirtschaftszone setzt sich aus der Provinz Guangdong und den beiden Sonderverwaltungszone Hong Kong und Macao zusammen. Den Wachstumskern bilden die am Perlfluss-Delta gelegenen Sonderwirtschaftszonen Shenzhen, Zhuhai und Shantou (Guangdong) sowie Hong Kong und Macao. Wie weit die wirtschaftliche Integration der Provinz Guangdong mit Hong Kong vorangeschritten ist, zeigt, dass im Zeitraum 1979 bis 2007 knapp 63% der insgesamt in ihr realisierten ADI von dort stammen. Hong Kong ist zugleich auch der mit Abstand wichtigste Exportpartner Guangdongs. So wurden alleine im Jahr 2007 Waren im Wert von 129,9 Mrd. USD nach Hong Kong exportiert, was einem Anteil von 35,2% am gesamten Exportvolumens Guangdongs entsprach (eigene Berechnung nach GUANGDONG PROVINCIAL BUREAU OF STATISTICS 2008).

Nachfolgend werden die volkswirtschaftliche Bedeutung und die wirtschaftliche Leistungskraft der vier Wirtschaftsregionen miteinander verglichen. Da sich die Wirtschaftsregionen jedoch nicht an Provinzgrenzen festmachen lassen, sondern sich vielmehr aus städtischen Wachstumskernen und deren Umland definieren, ist ein direkter Vergleich nur eingeschränkt möglich. Auf Grundlage der Provinzen, in denen sich die wirtschaftlichen Gravitationszentren der Wirtschaftsregionen befinden, ergibt sich folgendes Bild: Wie aus Tabelle 3.26 hervorgeht, wiesen alle der zuvor genannten Wirtschaftsregionen im Jahr 2007 ein im Vergleich zum Landesdurchschnitt überdurchschnittliches Pro-Kopf-BIP auf. Welche Bedeutung den vier Wirtschaftsregionen innerhalb der chinesischen Volkswirtschaft zukommt, zeigt, dass sie im selben Jahr bei

einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 44,3% nicht nur 63,3% des gesamtchinesischen BIP erwirtschaftet haben, sondern von dort auch 92,3% aller Exporte stammen und sie im Jahr 2005 knapp 90% der insgesamt in China realisierten ADI absorbieren konnten. In Tabelle 3.26 kommt jedoch auch zum Ausdruck, dass zwischen den vier Wirtschaftsregionen zum Teil erhebliche wirtschaftsräumliche Disparitäten bestehen. Lässt man zunächst die beiden Sonderverwaltungszone Hong Kong und Macao außen vor, dann zeigt sich, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der Yangtze-Delta-Region, mit der Metropole Shanghai als Gravitationszentrum, im Vergleich zu den anderen drei Wirtschaftsregionen am weitesten vorangeschritten ist. Im Jahr 2007 lag die Region mit einem Pro-Kopf-BIP von 38.995 Yuan mit deutlichem Abstand vor dem süd-/südostchinesischen Wirtschaftsraum (30.954 Yuan), der Bohai-Region (28.376 Yuan) und der Nordostregion (21.538 Yuan). Ferner wies sie die höchsten Pro-Kopf-Werte beim Export (3.271 Yuan) und bei der Attrahierung von ADI (2005: 151 USD pro Kopf) auf.

Tab. 3.26: Wirtschaftliche Bedeutung der vier provinzübergreifenden Wirtschaftsregionen an der chinesischen Küste bzw. im Osten des Landes innerhalb der chinesischen Volkswirtschaft (eigene Berechnung nach NBSC 2008; OECD 2006, S. 82; UNCTAD 2006, S. 301)

Wirtschafts-region	Anteil Gesamtbevölkerung 2007 (in %)	Anteil am BIP 2007 (in %)	Pro-Kopf-BIP 2007 (in Yuan)	Anteil Exportvolumen 2007 (in %)	Pro-Kopf-Export 2007 (in USD)	Anteil am ADI-Zufluss 2005 (in %)	ADI-Zufluss pro Kopf 2005 (in USD)
VR China	100	100	18.934	100	922	100	46
Nordostregion	8,4	8,5	21.538	4,1	474	5,1	18,7
Bohai-Region (exkl. Liaoning)	14,7	19,6	28.376	14,7	940	25,4	82,3
Yangtze-Delta-Region	11,2	20,6	38.995	39,1	3.271	35,5	151,4
Süd-/Südost-region	10,0	14,6	30.954	34,4	3.218	23,9	113,3
Süd-/Südost-region (inkl. Hong Kong und Macao)	(10,5)	-	(42.604)*	-	-	-	(379,2)
* Das Pro-Kopf-BIP von Hong Kong und Macao wurde auf Grundlage des seit Juli 2005 festgesetzten Wechselkurses von 1 USD = 8,11 Yuan berechnet.							

Da die beiden Sonderverwaltungszone Hong Kong und Macao jedoch de facto mit Guangdong eine ökonomische Einheit bilden und sie seit ihrer Wiedereingliederung unter dem Motto „*Ein Land zwei Systeme*“ wieder in die VR China integriert sind, scheint es an dieser Stelle geboten, sie in die Analyse des Süd-Nord-Gefälles im Küstenbereich mit einzubeziehen. HERRMANN-PILLATH (1995: 54) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass „... der Einfluß der anderen chinesischen Volkswirtschaften in der Region auf die Veränderungen in der Volksrepublik inzwischen derart groß [ist], daß eigentlich nur noch Aussagen über den gesamten chinesischen Wirtschaftsraum sinnvoll sind.“ Inclusive Hong Kong und Macao würde sich das Pro-Kopf-BIP des süd-/südostchinesischen Wirtschaftsraumes auf 42.604 Yuan belaufen und dementsprechend um das 1,5-fache höher ausfallen, als das der Bohai-Region und sogar fast doppelt so hoch wie das der Nordostregion. Lediglich die Yangtze-Delta-Region würde sich mit ihrem Pro-Kopf-BIP von 38.995 Yuan auf nahezu gleicher Augenhöhe befinden.

Tab. 3.27: Reales Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in der nordost- und der süd-/südostchinesischen Wirtschaftsregion 1978 und 2007 (in Yuan) (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NSBC 2000-2008)

Jahr	VR China (1)	Nordost- region (2)	süd-/südost- chinesische Region (3)	Relation in %		
				(2) : (1)	(3) : (1)	(3) : (2)
1978	688	1.030	679	150	99	66
2007	7.521	10.719	15.249	143	203	142

Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich die wirtschaftsräumlichen Disparitäten im Küstenbereich bzw. Osten des Landes im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik in besonderem Maße zwischen der Nordostregion und der süd-/südostchinesischen Wirtschaftsregion verschärft haben. Bis zur Öffnung Chinas nach außen zählte der Nordosten noch zu den wirtschaftlich stärksten Regionen des Landes und leistete einen bedeutenden Beitrag zum industriellen Output. Seit Reformbeginn hat sich die Nordostregion wirtschaftlich jedoch deutlich langsamer entwickelt als die an der chinesischen Küste neu entstandenen Boomregionen. Tabelle 3.27 zeigt, dass die Nordostregion noch zu Reformbeginn ein um knapp 52% höheres reales Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) als die süd-/südostchinesische Wirtschaftsregion aufwies. Aktuell stellt sich die Situation genau umgekehrt dar. So fiel das reale Pro-Kopf-BIP des süd-/südostchinesischen Wirtschaftsraumes im Jahr 2007 um 42,3% höher aus als das der Nordostregion. Im Zeitraum 1978 bis 2007 belief sich die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP in der süd-/südostchinesischen Wirtschaftsregion auf 11,3%, in der Nordostregion hingegen „nur“ auf 8,4% (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 1999-2008). Der wirtschaftliche Bedeutungsverlust der Nordostregion spiegelt sich auch in Tabelle 3.26 wider. Belief sich ihr Anteil am industriellen BPW Chinas im Jahr 1978 noch auf 17,6%, so verringerte er sich deutlich auf 7,6% im Jahr 2007. Die südchinesischen Provinzen Guangdong und Fujian konnten demgegenüber ihren Anteil von 6,2% auf 16,7% steigern. Im Jahr 2007 fiel der Industrieoutput pro Kopf in der süd-/südostchinesischen Wirtschaftsregion mit 52.001 Yuan fast doppelt so hoch aus wie in der Nordostregion (28.454 Yuan) (eigene Berechnung nach NBSC 2008).

Tab. 3.28: Industriestruktur innerhalb nordost- und der süd-/südostchinesischen Wirtschaftsregion und ihre Beiträge zum gesamtchinesischen BPW der Industrie 1978 und 2007 (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999, NBSC 2004 u. 2008)

Wirtschaftsregion	Anteil am gesamtchinesischen BPW der Industrie (in %)		Anteil der Staatsbetriebe am BPW der Industrie (in %)		Anteil der Schwerindustrie am BPW der Industrie (in %)
	1978	2007	1978	2007	
nordostchinesische	16,6	7,6	82	52,4	69,2
süd-/südostchinesische	6,2	16,7	66,3	15,4	53,8

Für diese diametrale Entwicklung sind mehrere Faktoren verantwortlich. Einer der Hauptgründe besteht darin, dass die ersten vier SWZ Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen allesamt am süd-/südöstlichen Küstenstreifen Chinas geschaffen wurden. Das in den SWZ geschaffene Investitionsklima und nicht zuletzt ihre unmittelbare Nähe zu den ehemaligen Kronkolonien Hong Kong und Macao sowie zum „asiatischen Tiger“ Taiwan haben dort zu einem raschen Anstieg ausländischer Direktinvestitionen geführt, was sich wiederum stimulierend auf die wirt-

schaftliche Entwicklung der gesamten Region ausgewirkt hat. Demgegenüber hat der sich seit Reformbeginn abzeichnende Niedergang der staatlichen Schwerindustrie die wirtschaftliche Entwicklung der Nordostregion zusehends ausgebremst, da die dort ansässigen und überwiegend defizitären Staatsunternehmen den Erfordernissen einer sich zunehmend globalisierenden Weltwirtschaft nicht mehr gerecht wurden. Wie aus Tabelle 3.28 ersehen werden kann, zeichnet sich der süd-/südostchinesische Wirtschaftsraum demgegenüber durch einen deutlich geringeren Anteil staatlich gelenkter Unternehmen und der Schwerindustrie am industriellen Output aus. Tabelle 3.28 zeigt darüber hinaus, dass sich der wirtschaftliche Strukturwandel dort wesentlich rascher vollzogen hat als in der Nordostregion. So verringerte sich dort der Beitrag staatlich gelenkter Unternehmen zum industriellen Output zwischen 1978 und 2007 um beachtliche 50,4 Prozentpunkte von 66,3% auf 15,4%, während er sich in der Nordostregion im selben Zeitraum nur um 29,6 Prozentpunkte von 82% auf 52,4% reduzierte.

Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Niedergangs der Nordostregion hat die chinesische Zentralregierung im Jahr 2003 die *Strategy of Rejuvenating Northeast China* initiiert (vgl. Kap. 3.4.1.2). Diese Entwicklungsstrategie unterscheidet sich jedoch in weiten Teilen von der WDS. Da die infrastrukturelle Ausstattung in der Nordostregion bereits auf einem relativ hohen Niveau ist, liegt der Schwerpunkt der Strategie primär auf der Reform und Umstrukturierung der Staatsbetriebe, institutionellen Reformen sowie der Förderung neuer Industriezweige und der Privatwirtschaft. Die Revitalisierung der in der Nordostregion ansässigen Schwerindustrie stellt jedoch auch eine rein politische Entscheidung dar. So glaubt die Mehrheit der politischen Entscheidungsträger, dass China ohne eine ausreichend starke Schwerindustrie nicht den Status einer Großmacht erlangen kann. Darüber hinaus soll ihre Revitalisierung auch die Abhängigkeit von den Leichtindustrie-Exporten mindern (vgl. FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND 11.01.2004).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im Küstenbereich bzw. im Osten Chinas ein spürbares Süd-Nord-Gefälle zwischen den provinzübergreifenden Wirtschaftsregionen besteht. Ferner wurde aufgezeigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Wirtschaftsregionen nicht nur maßgeblich von der regionalen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Zentralregierung beeinflusst wurde und wird, sondern darüber hinaus auch von ihrer Lage zu benachbarten Staaten aus der Region abhängt. Einen nicht zu unterschätzenden Einflussfaktor auf die wirtschaftliche Entwicklung der Wirtschaftsregionen stellen zudem die regional unterschiedlichen soziokulturellen Traditionen im Norden und Süden Chinas, auf die bereits in Kapitel 2.1.1.1 hingewiesen wurde, dar. So unterscheiden sich der Norden und der Süden Chinas nicht nur hinsichtlich ihrer naturräumlichen Ausstattung⁵³, sondern aufgrund der historischen Entwicklung spiegelt diese Trennungslinie zugleich auch den soziokulturellen Unterschied (ethnisch, sprachlich und kulturell) zwischen beiden Landesteilen wider. Der Nord-Süd-Gegensatz äußert sich insbesondere in Eigenschaften, die dem Süden zugeschrieben werden: zu diesen zählen unter

⁵³ Gemeinhin bilden die beiden von West nach Ost verlaufenden Gebirge Kunlun Shan und Qinling mit dem Fluss Huai He die natur- und kulturgeographische Trennungslinie zwischen Nord- und Südchina (vgl. BRUCKER et al. 1983, S. 119f.). Das Qinling-Gebirge und der Huai He trennen hierbei den überwiegend warmgemäßigten, winterkalten humiden und subhumiden Norden bzw. Nordosten vom tropisch-subtropischen Zentral- und Südchina mit hohen Niederschlägen und langen Wachstumsperioden ab (vgl. TAUBMANN 2007, S. 17).

anderem, dass er im Gegensatz zum Norden als liberaler und reformfähiger gilt, sich dort im Laufe der Zeit mehr Marktgesinnung, unternehmerische Initiative und mehr Weltoffenheit entfaltet haben, und dass dort auf politischer Ebene seit jeher eher regionalistische, als zentralistische Tendenzen vorhanden sind (vgl. WEGGEL 1992, S. 42ff.).

3.3 URSACHEN UND HINTERGRÜNDE DER REGIONALEN DISPARITÄTEN IN DER VR CHINA

Das Ziel des folgenden Kapitels besteht darin, zu eruieren, worin explizit die Ursachen des stark ausgeprägten Ost-West-Gefälles liegen und welche Faktoren zu ihrer Verschärfung/Manifestierung beigetragen haben. In diesem Zusammenhang stellt WANG (2003: 1) fest, dass „... *clarifying the trends of China's provincial GDP per capita disparity during both the pre-reform and post-reform eras, and understanding the mechanisms and determinants behind the differences in provincial development have important implications for current policies such as the Western China Development Strategy currently under implementation [...]*.“

In Anbetracht der signifikanten Auswirkungen der regionalen Entwicklungsunterschiede auf die soziale, politische und ökonomische Entwicklung und Stabilität Chinas konnte man in den vergangenen Jahren beobachten, dass die Erforschung ihrer Ursachen zunehmend ins Zentrum des Interesses sowohl bei Wissenschaftlern, als auch bei politischen Entscheidungsträgern in der VR China gerückt ist. Die Beantwortung der Frage, worin die Ursachen der stark ausgeprägten interregionalen Disparitäten in der VR China liegen und welche Einflussfaktoren zu ihrer Verschärfung/Manifestierung beigetragen haben, erweist sich jedoch als äußerst komplex. Dies liegt zum einen an der Multikausalität der Ursachenfaktoren, und zum anderen an ihrer Interdependenz.

Der in Kapitel 2.1 vollzogene Blick in die chinesische Geschichte hat bereits gezeigt, dass China zwar seit dem Jahr 221 v. Chr. bis auf wenige Epochen eine politische Einheit bildet, bis zum Ende des 19. Jahrhunderts jedoch kein voll integrierter Wirtschaftsraum war. China setzte sich bis dahin vielmehr aus mehreren, voneinander unabhängigen Wirtschaftsgebieten (z.B. Mandschurei, unteres Yangtze-Tal etc.) zusammen, die durch natürliche Barrieren gegeneinander abgegrenzt waren. Aufgrund der geringen Integration zwischen den Makroregionen entwickelte sich die chinesische Wirtschaft über Jahrhunderte hinweg nicht einheitlich (vgl. HERRMANN-PILLATH 1995, S. 54ff.; URBAN 1999, S. 18). Dies verdeutlicht, dass regionale Disparitäten keineswegs ein neues Phänomen, sondern aus historischer Perspektive seit jeher ein Charakteristikum des chinesischen Wirtschaftsraumes darstellen. Es hat sich weiterhin gezeigt, dass die differenzierte naturräumliche Ausstattung und die geographische Lage der Regionen als wesentliche Ursachenfaktoren der interregionalen Disparitäten angesehen werden müssen (vgl. Kapitel 3.2.2 und 3.2.3.2). Es existieren jedoch noch viele andere, nicht-geodeterministische Faktoren, die ebenfalls ihre Entstehung begünstigt und zu ihrer Verschärfung/Manifestierung beigetragen haben. Das stark ausgeprägte Regionalgefälle ist vielmehr das Ergebnis eines für China spezifischen komplexen Zusammenspiels naturräumlicher, sozialer, demographischer, wirtschaftlicher, politischer, soziokultureller und historischer Faktoren. In der gängigen Literatur

werden vor allem die folgenden (Einfluss-)Faktoren genannt, die zur ihrer Entstehung und Verschärfung beigetragen haben (vgl. BILS 2005, S. 8ff.; BOHNET 2002, S. 58ff.; OECF 1997, S. 37ff.; SONG 2005, S. 15ff.; WHALLEY & ZHANG 2006; WEI 2004, S. 20; WEI & LIU 2004, S. 7ff.):

- naturräumliche Ausstattung und geographische Lage der Regionen
- Kurswechsel und Readjustierungen in der Wirtschafts- und Regionalpolitik
- regionale Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftsstruktur (sektorale Wirtschaftsstruktur, wirtschaftlicher Liberalisierungsgrad, Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung)
- differenzierte quantitative und qualitative Ausstattung der Regionen mit Produktions- und Standortfaktoren und in diesem Zusammenhang unterschiedlich stark ausgeprägte Agglomerationsvorteile in den Regionen in Form von Lokalisations- und/oder Urbanisierungsvorteilen
- historische Entwicklungsprozesse und deren Erbe (z.B. Phase des Halbkolonialismus)
- andere Einflussfaktoren, wie beispielsweise das unterschiedliche Qualifikationsniveau von politischen und unternehmerischen Führungskräften in den Provinzen, (restriktive) Maßnahmen der Zentralregierung (z.B. Hukou-System), soziokulturelle Einflüsse (z.B. „gelbe“ vs. „blaue Kultur“) etc.

3.3.1 Naturräumliche Ausstattung der Regionen

Am Ende von Kapitel 3.2.2 wurde bereits dargelegt, dass die naturräumliche Ausstattung zu den langfristigen Bestimmungsfaktoren der Wirtschaftsentwicklung einer Region zählt. Zu den wichtigsten Charakteristika Chinas, das mit 9,6 Mio. km² nach Russland und Kanada der drittgrößte Flächenstaat der Erde ist, zählen eine vielfältige Raumstruktur und ausgeprägte jahreszeitliche Gegensätze (vgl. TAUBMANN 2000, S. 31). Die Landesfläche Chinas weist zahlreiche Oberflächengestalten auf: Gebirge 33,3%, Hochplateaus 26%, Becken 18,8%, Tiefebene 12% und Hügellandschaften 9,9%. Mit rund 58% liegt mehr als die Hälfte der Landesfläche über 1.000 m/üM, knapp 26% liegen sogar über 3.000 m/üM (vgl. NBSC 2006). Tektonische Bewegungen im Tertiär haben vier großräumige Stufen/Treppen entstehen lassen, d.h. China fällt allmählich vom hochgelegenen Westen zum Tiefland im Osten ab (vgl. Abb. 3.2). Das Qinghai-Tibet-Plateau bildet mit einer durchschnittlichen Höhe von 4.000 m/üM und einer Fläche von 2,5 Mio. km² die erste Stufe. Die zweite Stufe bilden die sich im Norden bzw. Osten anschließenden Plateaus und Becken: das Tarim-Becken, das Junggar-Becken, das Sichuan-Becken, das Qaidam-Becken, das Plateau der Inneren Mongolei, das Lößplateau und das Yunnan-Guizhou-Plateau. Die dritte Stufe bilden die drei großen Ebenen Chinas: die Nordostchinesische Tiefebene bzw. das Mandschurische Becken, die Nordchinesische Tiefebene und die Ebenen am Mittel- und Unterlauf des Yangtze. Östlich der dritten Stufe befindet sich der Kontinentalsockel, der als die vierte Stufe bezeichnet werden kann (NOHN 2001, S. 69; TAUBMANN 2007, S. 15ff.). Aufgrund der ausgedehnten Nord-Süd-Ausdehnung von ca. 5.500 km und der Ost-West-Erstreckung über ca. 5.200 km sowie der großen Höhenunterschiede weist das Klima eine große Variationsbreite auf. China lässt sich daher in fünf Klimazonen unterteilen: tropische (2% der Fläche), subtropische (26%), warmgemäßigte (19%), kaltgemäßigte (26%) und kalte (27%) Gebiete (vgl. WEGGEL 2002, S. 15ff.). Das Qinling-Gebirge und der Huai He stellen hierbei auf einer Höhe von 32 bis 34° nördlicher Breite die natürliche Trennungslinie zwischen dem überwiegend warmgemäßigten, winterkalten humiden und subhumiden Norden bzw. Nordosten und

dem tropisch-subtropischen Zentral- und Südchina mit hohen Niederschlägen und langen Wachstumsperioden dar. Im Nordwesten herrscht ein warm- bis kühlgemäßigtes semiarides bis arides Klima vor. Das Hochland von Tibet mit seinem hochkontinental-kalten ariden bis semiariden Klima sowie das Lössplateau, dass sich über die Provinzen Shanxi, Shaanxi und Gansu erstreckt und im Übergangsbereich zwischen dem warm temperierten Nordchina und der innermongolischen Steppe liegt, stellen eine eigenständige räumliche Einheit dar (vgl. TAUBMANN 2007, S. 17).

Die regional differenzierte naturräumliche Ausstattung Chinas spiegelt sich vor allem in der ungleichmäßigen Bevölkerungsverteilung und im unterschiedlichen landwirtschaftlichen Nutzungspotential der Regionen wider. An dieser Stelle sei noch einmal auf die Heihe-Tengchong-Linie verwiesen (vgl. Abb. 3.4). Westlich dieser „geo-demographischen“ Demarkationslinie lebten im Jahr 2000 lediglich 9,2% der chinesischen Bevölkerung, da die dort vorherrschenden physisch-geographischen Bedingungen überwiegend ungünstig sind.

Aufgrund der großen naturräumlichen und klimatischen Vielfalt lässt sich China in sieben große Agrarregionen einteilen.⁵⁴ Die nordchinesische Tiefebene am Mittel- und Unterlauf des Huang He sowie die Ebenen am Mittel- und Unterlauf des Yangtze bilden die landwirtschaftlichen Kernregionen Chinas. In der Regel werden dort im Schnitt fast zwei Ernten pro Jahr eingebracht. Die Provinzen Henan und Anhui gehören hierbei mit einem Cropping Index⁵⁵ von 1,7 bzw. 1,5 und einem Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Provinzfläche von 48,6% bzw. 42,8% zu den am intensivsten kultivierten Gebieten Chinas (eigene Berechnung nach NBSC 2005). Aus diesem Grund werden sie auch als die Kornkammer Chinas bezeichnet. Tabelle 3.29 demonstriert, in welcher Weise sich die natürliche Ausstattung der Regionen auf den dortigen Agrarsektor auswirkt. Offiziellen Angaben zufolge belief sich die kultivierte Landfläche in China im Jahr 2005 auf ca. 130 Mio. ha⁵⁶; davon entfielen 25% auf die Ostregion, 36,9% auf die Zentralregion und 38,1% auf die Westregion. Betrachtet man jedoch den Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche der drei Makroregionen, so stellt man fest, dass dieser von Osten nach Westen stetig abnimmt (Ostchina: 30,4%; Zentralchina: 28,6%; Westchina: 7,2%). Beim Cropping Index ergibt sich ein ähnliches Bild. Für Westchina beläuft sich der Index auf 0,99, was bedeutet, dass dort im Durchschnitt lediglich eine Ernte pro Jahr eingebracht werden kann. In Ost- bzw. Zentralchina hingegen fällt das Ertragspotential, wie die Indizes von 1,32 bzw. 1,29 belegen, deutlich höher aus.

⁵⁴ Eine detaillierte Erläuterung der chinesischen Agrarregionen liefert TAUBMANN (2007: 21ff.).

⁵⁵ Der Cropping Index gibt das Verhältnis von Saatfläche zur Anbaufläche wider. Er beschreibt somit die Zahl der Ernten pro Jahr auf einer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Nimmt der Index einen Wert über 1 ein, dann bedeutet dies, dass mehr als eine Ernte pro Jahr eingebracht wurde. Ein Index von 1,5 sagt demnach aus, dass in zwei Jahren drei Ernten erfolgt sind.

⁵⁶ Dieser Wert wurde im Rahmen eines Land-Zensus für den 31.10.1996 ermittelt und wird seitdem in jedem statistischen Jahrbuch veröffentlicht. Wie groß jedoch die tatsächliche Nutzfläche ist, wird kontrovers diskutiert. Die Schätzungen westlicher und chinesischer Experten reichen hier von 125 bis 140 Mio. ha (vgl. TAUBMANN 2007, S. 19).

Tab. 3.29: Landwirtschaftliches Nutzungspotential in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2005 (eigene Berechnung nach NBSC 2005 u. 2006)

Region	Landwirtschaftliche Nutzfläche (in Mio. ha)	Anteil an der gesamten Anbaufläche Chinas (in %)	Anteil der Anbaufläche an der Gesamtfläche (in %)	Cropping Index (2004)	Arbeitsproduktivität (in Yuan)
VR China	130	100	13,5	1,18	13.161
Ostchina	32,5	25	30,4	1,32	19.550
Zentralchina	47,9	36,9	28,6	1,29	11.904
Westchina	49,6	38,1	7,2	0,99	9.122

Ein Blick auf die Arbeitsproduktivität des Agrarsektors (Landwirtschaftlicher Produktionswert pro landwirtschaftliche Arbeitskraft) zeigt, dass diese im Jahr 2005 in Ostchina mit einem Pro-Kopf-Wert von 19.550 Yuan deutlich höher ausgefallen war, als in Zentral- und Westchina, wo sie sich lediglich auf 9.122 bzw. 11.904 Yuan belaufen hat.

Tab. 3.30: Ländliches PKE von Bewohnern in verschiedenen topographischen Regionen im Jahr 1992 (vgl. GUOJIA TONGJIJU KEXUE YANJIUSUO 1994, S. 35, zitiert in: TEMPLIN 1997, S. 46)

Topographische Region	Durchschnittliches PKE (in Yuan)
Flachland	931
Hügelland	805
Bergland	666

Wie aus Tabelle 3.30 hervorgeht, schlagen sich die physisch-geographischen Bedingungen auch in der Höhe der PKE der ländlichen Bevölkerung nieder. So belief sich im Jahr 1992 das durchschnittliche PKE eines im Flachland ansässigen ländlichen Bewohners auf 931 Yuan und das eines im Bergland lebenden hingegen nur auf 666 Yuan, was einem Verhältnis von 1,4 : 1 entsprach. Diese Kausalbeziehung offenbart auch ein Blick auf die räumliche Lage der in Abbildung 3.5 dargestellten Schlüsselkreise zur Armutsbekämpfung. Die als äußerst arm eingestuft Kreise befinden sich nämlich überwiegend am Übergang zur dritten großräumigen Stufe, sprich in zum Teil schwer zugänglichen und kaum erschlossenen Bergregionen. Nach Angaben Liu Jians, dem Direktor der SCLGPRD, waren im Jahr 2005 mehr als die Hälfte von den 23,6 Mio. Menschen, die auf dem Land unter der offiziellen chinesischen Armutsgrenze von 683 Yuan (ca. 85,4 USD) lebten, in Gebirgsregionen beheimatet (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 02.04.2006).

Die vorangegangenen Ausführungen haben verdeutlicht, dass ein deutlicher Zusammenhang zwischen der differenzierten naturräumlichen Ausstattung der Regionen und den ausgeprägten räumlichen Disparitäten innerhalb Chinas, und hier allen voran dem Ost-West-Gefälle innerhalb der ländlichen Bevölkerung, besteht. Und auch der in Kapitel 3.2.9 dargelegte Entwicklungs-rückstand vieler Minderheiten gegenüber der Han-Majorität trägt, da diese überwiegend in schwer zugänglichen Bergregionen im Westen beheimatet sind, geo-deterministische Züge.

3.3.2 Einfluss der Wirtschafts- und Regionalpolitik seit Gründung der VR China

Ziel dieses Kapitels ist es, den Einfluss der Wirtschafts- und Regionalpolitik auf den Verlauf der interregionalen Disparitäten näher zu beleuchten. Von besonderem Interesse ist hierbei, in welcher Weise sich die von Mao Zedong und Deng Xiaoping in der Wirtschafts- und Regionalpolitik vorgenommenen Kurswechsel auf den Verlauf der interregionalen Disparitäten ausgewirkt haben. TAUBE (2007: 248) weist in diesem Kontext darauf hin, dass die VR China seit ihrer Gründung einen komplizierten Prozess wirtschaftlicher Entwicklung durchlaufen hat, der von radikalen Paradigmenwechseln und Strukturbrüchen gekennzeichnet war. Aus seiner Sicht stellte die wirtschaftliche Entwicklung Chinas insbesondere bis in die Mitte der 1980er Jahre keine in sich „*schlüssige Sequenz von Entwicklungsschritten*“ dar, sondern glich eher einer „*eratischen Abfolge von Experimenten*“. Dies führt er darauf zurück, dass in dieser Phase in zum Teil rascher Abfolge diverse Industriesektoren, Regionen und entwicklungspolitische Strategien im Fokus der Wirtschaftspolitik standen.

Die Wirtschaftsgeschichte des kommunistischen Chinas lässt sich grob in zwei Perioden unterteilen: 1. zentral gesteuerte Verwaltungswirtschaft (1949-1978), 2. marktwirtschaftliche Transformation (1978 bis heute). Diese beiden Perioden lassen sich wiederum in sechs Phasen untergliedern (vgl. GAJWANI et al. 2006, S. 12): 1. Revolution und Bodenreform (1949-1957), 2. „Großer Sprung nach vorn“ (1958-1961), 3. Konsolidierungsphase (1962-1965), 4. Kulturrevolution und Übergang zu den Reformen (1966-1978), 5. Reform des landwirtschaftlichen Sektors (1979-1984), 6. Dezentralisierung und „Öffnung nach außen“ (1985 bis heute).

Zentral gesteuerte Verwaltungswirtschaft (1949-1978)

Von 1949 bis zum Tode MAOS im Jahr 1976 bestimmte bis auf wenige temporäre Ausnahmen der linke Flügel der KPCh die Grundzüge der chinesischen Wirtschafts- und Regionalpolitik. Mit der Gründung der VR China wurde das halbfeudalistisch-kapitalistische System durch eine zentral gelenkte Planwirtschaft ersetzt. Die VR China orientierte sich beim Aufbau des politischen und wirtschaftlichen Systems zunächst an der Sowjetunion und adaptierte dementsprechend die wichtigsten Grundprinzipien der sowjetischen Entwicklungsstrategie: Umwandlung von Privat- in Gemeinschaftseigentum unter staatlicher Verwaltung, Gleichheit in der Gesellschaft (Egalitarismus), zentralisierte Ressourcenallokation, Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, massive Förderung der Schwerindustrie und Minimierung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu kapitalistischen Ländern (vgl. DEMURGER et al. 2002, S. 12ff.).

Anfang der 1950er Jahre setzte sich die VR China aus drei klar voneinander abgegrenzten Wirtschaftsregionen zusammen. Die erste eigenständige Region bildete der im Verlauf der japanischen Besetzung zur schwerindustriellen Basis ausgebaute Nordosten des Landes. Die zweite Wirtschaftsregion stellten die in der Phase der Halbkolonialisierung zu Vertragshäfen ausgebauten Küstenstädte im Osten des Landes (vgl. Abb. 2.1), die primär auf den Weltmarkt ausgerichtet waren und in erster Linie leichtindustrielle Strukturen aufwiesen, dar. Der überwiegend agrarisch geprägte Rest des Landes, der größtenteils über keine nennenswerten industriellen Kapazitäten und Strukturen verfügte, stellte die dritte Wirtschaftsregion dar (vgl. TAUBE

2007, S. 252). Zu diesem Zeitpunkt beschränkte sich die Industrialisierung primär auf den Osten Chinas. Dies lässt sich daran ablesen, dass die Ostregion im Jahr 1952 mit einem Anteil von rund 66% zwei Drittel zum nationalen BPW der Industrie beisteuerte (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999). Vor diesem Hintergrund strebte die Zentralregierung bis Anfang der 1970er Jahre zunächst eine ausgeglichene Regionalentwicklung an. Zwei Motive lagen dieser Entwicklungsstrategie zugrunde: Zum einen widersprachen die regionalen Disparitäten dem Prinzip des Egalitarismus, und zum anderen sah sich die KPCh in gewisser Weise dazu genötigt, den rückständigen Provinzen im chinesischen Hinterland bei ihrer wirtschaftlich Entwicklung unter die Arme zu greifen, da diese die KPCh im Verlauf des Bürgerkrieges gegen die KMT massiv unterstützt hatten (vgl. DEMURGER et al. 2002, S. 12f.; SCHÜLLER 2001).

Tab. 3.31: Anteil der drei Makroregionen Ost-Mitte-West an den staatlichen Investitionen in den Investbau vom 1. bis zum 10. FJP (in %) (eigene Berechnung nach ADB 2002a, S. 6; NBSC 1997-2006)

Planungsperiode	Ostchina	Zentralchina	Westchina
1953-1957 (1. FJP)	36,9	28,8	18,0
1958-1962 (2. FJP)	38,4	34,0	22,0
1963-1965 (Konsolidierungsphase)	34,9	32,7	25,6
1966-1970 (3. FJP)	26,9	29,8	34,9
1971-1975 (4. FJP)	35,5	29,9	24,5
1976-1980 (5. FJP)	42,2	30,1	19,9
1981-1985 (6. FJP)	47,7	29,3	17,2
1986-1990 (7. FJP)	51,7	24,4	15,8
1991-1995 (8. FJP)	54,2	23,5	14,7
1996-2000 (9. FJP)	34,4	25,3	23,7
2001-2005 (10. FJP)	25,7	22,3	33,0
Anm.: Aufgrund regionsübergreifender Investitionen summieren sich die Anteile nicht auf 100%			

Neben einer ausgewogenen Regionalentwicklung verfolgte die Zentralregierung im Rahmen der „Dritten Front“-Strategie (vgl. Kap. 2.1.3), die besonders intensiv von 1964 bis 1971 umgesetzt wurde, das Ziel, fernab von der Küste autarke Wirtschaftsregionen zu errichten. Die schwerpunktmäßige Förderung des chinesischen Hinterlandes in dieser Phase kommt in Tabelle 3.31 zum Ausdruck. So erhöhte sich der Anteil der West- und Zentralregion an den staatlichen Investitionen in den Investbau vom 1. bis zum 3. FJP deutliche von 46,8% auf 64,7%. Tabelle 3.32 zeigt jedoch, dass die von staatlicher Seite forcierte Industrialisierung der Binnenprovinzen in dieser Phase trotz der massiven staatlichen Investitionen nicht wie erhofft realisiert werden konnte. So erhöhte sich der Beitrag West- und Zentralchinas zum gesamtchinesischen Industrieoutput vom 1. bis zum 4. FJP lediglich um 7 Prozentpunkte von 33,9% auf 40,9%. Die relative Zunahme steht zwar in keinem Verhältnis zu den von staatlicher Seite getätigten Investitionen, man sollte hierbei jedoch auch berücksichtigen, dass sie sich unter dem Eindruck eines raschen Wachstums der gesamtchinesischen Industrieproduktion vollzogen hat.

Tab. 3.32: Beitrag der drei Makroregionen Ost-Mitte-West zum industriellen Output Chinas vom 1. bis zum 10. FJP (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 1996-2006)

Planungsperiode	Ostchina	Zentralchina	Westchina
1953-1957 (1. FJP)*	66,1	25,6	8,3
1958-1962 (2. FJP)*	62,0	28,4	9,6
1963-1965 (Konsolidierungsphase)*	59,8	29,6	10,6
1966-1970 (3. FJP)*	60,7	28,9	10,4
1971-1975 (4. FJP)*	59,1	29,8	11,1
1976-1980 (5. FJP)*	59,4	29,6	11,0
1981-1985 (6. FJP)	59,2	27,6	13,2
1986-1990 (7. FJP)	60,4	26,4	13,2
1991-1995 (8. FJP)	62,3	25,0	12,7
1996-2000 (9. FJP)	65,7	22,6	11,7
2001-2005 (10. FJP)	72,0	17,2	10,8
* ohne Guangdong und Sichuan			

Die nachfolgend aufgeführten Gründe und Motive haben die Zentralregierung jedoch dazu bewogen, die staatlichen Investitionen in den Binnenprovinzen seit Anfang der 1970er Jahre wieder zu drosseln und sie stattdessen in den Osten des Landes bzw. in die Küstenprovinzen zu lenken:

- Die Förderung der Binnenprovinzen war mit enormen Kosten und Fehlallokationen verbunden, da sie dem Prinzip des komparativen Vorteils zuwiderlief; die überwiegend in abgelegenen Gebieten angesiedelten Industrieunternehmen waren teuer im Unterhalt und größtenteils ineffizient (vgl. TAUBMANN 2001, S. 13).
- Anfang der 1970er Jahre zeichnete sich eine Entspannung der außenpolitischen Lage ab.
- Die chinesische Volkswirtschaft verlor aufgrund ihrer Isolation im internationalen Vergleich rapide an Bedeutung (vgl. Tab. 2.3) und konnte mit der technologischen Entwicklung der kapitalistischen Industriestaaten nicht mehr Schritt halten.
- Der wirtschaftliche und technologische Austausch mit dem Ausland und die Anziehung von Auslandskapital ließen sich am besten in den Küstenstädten realisieren.

Wenngleich die in Kapitel 3.2.6 durchgeführte empirische Analyse der interregionalen Disparitäten gezeigt hat, dass sie sich zwischen von Anfang der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre zunächst verringert hatten (vgl. Abb. 3.11), bleibt unter dem Strich festzuhalten, dass die maoistische Wirtschafts- und Regionalpolitik die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Chinas ausgebremst und gleichzeitig zur weiteren Desintegration des chinesischen Wirtschaftsraumes beigetragen hat. Maos regionale Entwicklungspolitik dürfte jedoch zumindest bewirkt haben, dass sich in dieser Phase die Schere zwischen dem Osten und dem chinesischen Hinterland nicht noch weiter geöffnet hat. Ferner sollte man auch nicht aus dem Blick verlieren, dass die chinesische Wirtschaft auch unter der Ägide von Mao Zedong phasenweise relativ hohe Wachstumsraten verzeichnen konnte. Zwischen 1953 und 1977 wuchs das reale Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) im jährlichen Durchschnitt immerhin um 3,8% (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999); zum Vergleich: das Pro-Kopf-BIP der Bundesrepublik Deutschland, die zwischen 1949 und Mitte der 1960er Jahre ein regelrechtes Wirtschaftswunder erlebte, legte im selben Zeitraum im jährlichen Durchschnitt real um 5,4% zu (eigene Berechnung nach STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND 2006).

Marktwirtschaftliche Transformation (1978 bis heute)

Nach Maos Tod im Jahr 1976 und dem kurzen Interregnum Hua Guofengs übernahmen Ende der 1970er Jahre allmählich die reformorientierten Kräfte um Deng Xiaoping die Führung innerhalb der Zentralregierung. Der von Deng angestoßene Reform- und Öffnungsprozess stellte einen massiven Bruch mit dem Maoismus dar und löste einen bis heute anhaltenden Modernisierungsschub aus. Die marktwirtschaftliche Transformation und die Öffnung Chinas nach außen hat der chinesischen Volkswirtschaft ein bis heute anhaltendes dynamisches Wirtschaftswachstum beschert.

Betrachtet man nun den Entwicklungsverlauf der interregionalen Disparitäten, so stellt man fest, dass sie sich seit Reformbeginn, und hier insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, nahezu kontinuierlich verschärft haben (vgl. Abb. 3.11). Die primäre Ursache hierfür war, dass Deng im Gegensatz zu seinem Vorgänger Mao nicht mehr das Ziel einer ausgewogenen Regionalentwicklung verfolgte und nicht alle Regionen und Wirtschaftssektoren in gleichem Maße von den wirtschaftlichen Reformen und der außenwirtschaftlichen Öffnung Chinas profitieren konnten. TAUBE (2007: 259) spricht in diesem Zusammenhang von einem „... *regional differenzierten Muster des Reform- und Öffnungsprozesses*.“ Seit Anfang der 1980er Jahre wurde im Zuge der „Open Door Policy“ der wirtschaftlichen Entwicklung der Ostküste absolute Priorität beigemessen. Die reformorientierten Kräfte um Deng stützten sich hierbei auf die so genannte „ladder-step theory“, die sich im Kerngedanken an der „inverted U-hypothesis“ orientierte (vgl. Kapitel 3.1.2.5 und 3.1.2.6). Die einseitige Bevorzugung der Ostküste spiegelt sich auch in der anteilmäßigen Zunahme der Ostregion an den staatlichen Aufbauinvestitionen wider. Betrug ihr Anteil im 4. FJP noch 39,5%, so erhöhte er sich von da an kontinuierlich und erreichte im 8. FJP mit 58,7% seinen vorläufigen Höhepunkt (vgl. Tab. 3.31).

Die Zentralregierung nahm somit zunächst bewusst eine Zunahme der interregionalen Disparitäten in Kauf. Sie ging jedoch zugleich davon aus, dass mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung von der Ostküste Diffusionseffekte ausgehen werden, die zu einer Dispersion des wirtschaftlichen Wachstums in das chinesische Hinterland führen würden. Die erhofften Diffusionseffekte entfalteten räumlich jedoch nur eine sehr begrenzte Wirkung und brachten demzufolge auch keine nennenswerten Wachstumseffekte für die Binnenprovinzen mit sich. Aus diesem Grund verstärkte die Zentralregierung seit Mitte der 1990er Jahre wieder ihr Engagement in West- und Zentralchina, wie die anteilmäßige Zunahme beider Regionen an den staatlichen Aufbauinvestitionen von 38,2% im 8. FJP auf 55,3% im 10. FJP belegt. Nicht zuletzt die im Jahr 1999 initiierte WDS (vgl. Kap. 4) und die kurz darauf aufgelegten regionalen Entwicklungsstrategien *Rejuvenation of Northeast China* (vgl. Kap. 3.4.1.2) und *Rise of Central China* (vgl. Kap. 3.4.1.3) symbolisieren die Anstrengungen der Zentralregierung, das Regionalgefälle zu mindern.

Im Gegensatz zu den interregionalen Disparitäten (Ost-Mitte-West), die sich seit Reformbeginn nahezu kontinuierlich verschärft haben, verringerten sich zu Beginn der Reformpolitik die interprovinziellen Disparitäten und das Stadt-Lande-Gefälle (vgl. Tab. 3.14) zunächst deutlich (vgl. Abb. 3.8 und Tab. 3.14). Die wesentliche Triebfeder hierfür war, dass die Dengschen Reformen, zuerst im landwirtschaftlichen Sektor und im Bereich der Außenwirtschaft ansetzten, da dort die

Defizite und Probleme am größten waren. Die Zulassung ländlicher Märkte, die Entkollektivierung der Landwirtschaft, die Anhebung der Ankaufspreise für Nahrungsmittel und die Einführung des Haushaltverantwortlichkeitssystems hatten zunächst bewirkt, dass die Einkommen der ländlichen Bevölkerung in der Anfangsphase der Reformen stärker wuchsen, als die der städtischen Bevölkerung. Erst als Mitte der 1980er Jahre die Reformmaßnahmen auf den städtischen Industriesektor ausgedehnt wurden, vergrößerte sich auch wieder Einkommensschere zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Ähnlich wie im landwirtschaftlichen Sektor gewährte man den Industriebetrieben von nun an mehr Eigenverantwortung, d.h. es wurde eine schrittweise Reform der Staatsbetriebe in Gang gesetzt. Die 1981 zugelassen Einzelwirtschaftsunternehmen (Begrenzung auf sieben Mitarbeiter), wurden 1987/88 durch die Zulassung von Privatunternehmen ergänzt (ohne Limitierung der Beschäftigtenzahl).

Mit dem 1979 beschlossenen Gesetz über chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen und der 1980 erfolgten Einrichtung der vier SWZ Shenzhen, Zhuhai, Shantou (Guangdong) und Xiamen (Fujian) wurde zeitgleich auch eine graduelle Liberalisierung der Außenwirtschaft eingeläutet, die ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem 2001 vollzogenen Beitritt Chinas in die WTO gefunden hat. Darüber hinaus gewährte die Zentralregierung den Küstenprovinzen eine Vielzahl so genannter „Preferential Policies“ (z.B. mehr fiskalische Autonomie).⁵⁷ Die einseitige Förderung der Küstenprovinzen bewirkte zunächst, dass sich die interprovinziellen Disparitäten bis Mitte der 1980er Jahre spürbar verringerten (vgl. Abb. 3.8). Hierfür verantwortlich war in erster Linie, dass die Wirtschaft in den relativ schwach entwickelten Küstenprovinzen Jiangsu, Zhejiang, Fujian und Guangdong zu Beginn der Reform- und Öffnungspolitik relativ rasch wuchs, während die im Nordosten gelegenen Provinzen, in denen sich die traditionellen Zentren der Schwerindustrie befanden, in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zunehmend stagnierten (vgl. FAN 2006, S. 708; vgl. Tabellen 3.27 und 3.28). Da sich dieser Trend im Zuge der marktwirtschaftlichen Transformation unvermindert auch in den 1990er Jahren fortsetzte und infolgedessen der anfängliche „Angleichungseffekt“ innerhalb der Ostregion nicht mehr zum Tragen kam, nahmen fortan auch wieder die interprovinziellen und –regionalen Disparitäten drastisch zu (vgl. Abbildungen 3.8 und 3.11).

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass die von Mao Zedong und Deng Xiaoping in der Wirtschafts- und Regionalpolitik vollzogenen Kurswechsel den Entwicklungsverlauf der räumlichen Disparitäten nachhaltig beeinflusst haben. Wie sich weiter oben bereits herausgestellt hat, haben sich die räumlichen Disparitäten insbesondere in der Phase des „großen Sprung nach vorn“, der Kulturrevolution und im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik deutlich verschärft. Dass die Strukturfolgen historischer raumwirksamer Staatstätigkeit und Raumordnungspolitik sich in der VR China bis in die Gegenwart auswirken, zeigt exemplarisch das Erbe, das die „Dritte Front“-Strategie in den Provinzen, die Bestandteil dieser Strategie waren, hinterlassen hat: monostrukturelle Ausrichtung auf die Schwerindustrie und hoher Anteil an zum Teil defizitären Staatsbetrieben am industriellen Output.

⁵⁷ Eine detaillierte Darstellung und Erläuterung der „Preferential Policies“ liefert Fan (1995: 426).

3.3.3 Einfluss der regionalen Wirtschaftsstrukturen

Analysiert man nun die Wirtschaftsstrukturen der drei Makroregionen Ost-Mitte-West, so stellt man fest, dass diese stark voneinander abweichen. Die drei Regionen weisen erhebliche Unterschiede hinsichtlich ihrer sektoralen Wirtschaftsstruktur, beim wirtschaftlichen Liberalisierungsgrad und beim Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung auf. Die regional differenzierten Wirtschaftsstrukturen, die in gewisser Weise auch das Produkt der wirtschafts- und regionalpolitischen Strategien Maos und Dengs sind, leisten nun ihrerseits einen entscheidenden Beitrag zum räumlich differenzierten Wirtschaftswachstum.

Sektorale Wirtschaftsstruktur und Arbeitsproduktivität

Im Zuge des marktwirtschaftlichen Transformations- und Öffnungsprozesses hat sich innerhalb der chinesischen Volkswirtschaft ein beachtlicher Strukturwandel vollzogen. Hierbei zeichnet sich im Zeitraum 1978 bis 2007 vor allem ein erheblicher Bedeutungsverlust des primären Sektors ab. In dieser Phase ging der Anteil des primären Sektors am BIP deutlich von 28,2% auf 11,3% zurück (vgl. NBSC 2008). Dass der primäre Sektor jedoch nach wie vor von entscheidender Bedeutung für den Lebensunterhalt der chinesischen Bevölkerung ist, belegt die hohe Zahl der Erwerbspersonen, die in ihm Beschäftigung finden. In ihm waren im Jahr 2007 nämlich immer noch 314,4 Mio. Personen, was einem Anteil von 40,8% an allen Erwerbspersonen entsprach, beschäftigt. Wie aus Tabelle 3.33 hervorgeht, weisen die drei Makroregionen Ost-Mitte-West erhebliche Unterschiede hinsichtlich ihrer Sektoralstrukturen auf. So fiel der Anteil des primären Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Leistungserbringung im Jahr 2007 im Osten mit 7,1% deutlich geringer aus, als in Zentral- und Westchina, wo er sich noch auf 14,4% bzw. 16% belief. Die regional unterschiedliche Bedeutung des primären Sektors spiegelt sich auch in der regionalen Beschäftigtenstruktur wider. In Zentral- und Westchina absorbierte der primäre Sektor im selben Jahr mit 46,4% bzw. 51,4% nach wie vor noch ungefähr die Hälfte aller Erwerbstätigen, in Ostchina hingegen nur noch weniger als ein Drittel (29,2%).

Darüber hinaus lassen sich je nach Region auch innerhalb des sekundären Sektors strukturelle Unterschiede ausmachen. So fiel der Anteil der Schwerindustrie am industriellen Output im Jahr 2003 im Osten mit einem Anteil von 61,8% deutlich niedriger aus als in Zentral- und Westchina, wo er sich auf 73,1% bzw. 69,1% belief. Dies hängt damit zusammen, dass die Leichtindustrie in den Küstenprovinzen im Zuge der außenwirtschaftlichen Öffnung Chinas einen regelrechten Boom erfuhr. In den chinesischen Binnenprovinzen hingegen, und hierbei insbesondere in den Provinzen, die die „Dritte Front“-Region bildeten, fällt der Anteil der Leichtindustrie nach wie vor sehr gering aus (z.B. Gansu: 15,2%) (eigene Berechnung nach NBSC 2004).

Tab. 3.33: Sektorale Wirtschaftsstruktur und Arbeitsproduktivität der Wirtschaftssektoren in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2004 u. 2008)

	VR China	Ostchina	Zentralchina	Westchina
Anteil des primären Sektors am BIP (in %)	11,3	7,1	14,4	16,0
Anteil des sekundären Sektors am BIP (in %)	48,6	51,6	49,6	46,3
Anteil des tertiären Sektors am BIP (in %)	40,1	41,3	36	37,7
Anteil der im primären Sektor Beschäftigten an allen Erwerbstätigen (in %)	40,8	29,2	46,4	51,4
Anteil der im sekundären Sektor Beschäftigten an allen Erwerbstätigen (in %)	26,8	35,3	23,8	17,9
Anteil der im tertiären Sektor Beschäftigten an allen Erwerbstätigen (in %)	32,4	35,5	29,8	30,7
Anteil der Schwerindustrie am industriellen BPW 2003 (in %)	64,5	61,8	73,1	69,1
Arbeitsproduktivität (BIP/Erwerbstätigen in Yuan)				
Gesamtwirtschaft	31.729	56.654	28.766	23.778
- 1. Sektor	8.935	13.820	8.954	7.388
- 2. Sektor	58.840	82.679	59.832	61.638
- 3. Sektor	40.155	65.934	34.771	29.170

Die drei Makroregionen unterscheiden sich jedoch nicht nur in ihrer sektoralen Wirtschaftsstruktur, sondern auch in der Arbeitsproduktivität⁵⁸ der einzelnen Wirtschaftssektoren. Die Daten über die Anteile der Wirtschaftssektoren am BIP und an der Beschäftigung verdeutlichen zunächst erhebliche sektorale Differenzen in der Arbeitsproduktivität in allen drei Makroregionen. So fiel im Jahr 2007 die Arbeitsproduktivität des primären Sektors in Ost-, Zentral- und Westchina stark unterdurchschnittlich, die des sekundären und tertiären Sektors hingegen, und hier insbesondere die des sekundären, deutlich überdurchschnittlich aus. Die im Vergleich zum primären Sektor deutlich höhere Arbeitsproduktivität des sekundären Sektors weist in allen drei Regionen auf eine massive Unterbeschäftigung bzw. einen starken Überbesatz an Arbeitskräften im Agrarsektor hin. Dass hiervon insbesondere die Westregion betroffen ist, zeigt, dass dort die Arbeitsproduktivität des sekundären Sektors im Vergleich zum primären ungefähr 8,3-mal so hoch ausfällt; in der Ost- und Zentralregion fällt sie hingegen „nur“ 6- bzw. 6,7-mal so hoch aus. Beim Vergleich der drei Makroregionen fällt zudem auf, dass die Ostregion gesamtwirtschaftlich gesehen und in allen drei Wirtschaftssektoren eine deutlich höhere Arbeitsproduktivität aufweist als die Zentral- und Westregion.

⁵⁸ Die Arbeitsproduktivität ist definiert als das Verhältnis des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses (gemessen am BIP oder an der Bruttowertschöpfung) zur Einsatzmenge an Arbeitsleistung (gemessen an der Zahl der Beschäftigten oder an den geleisteten Arbeitsstunden) (vgl. GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON 2000, S. 193). Die Arbeitsproduktivität misst somit die Effizienz mit der die personellen Ressourcen im Produktionsprozess eingesetzt werden und gilt daher gemeinhin als Maßstab für den Leistungsstand und die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft bzw. eines Wirtschaftssektors.

Die Ursachen der stark ausgeprägten interregionalen Disparitäten liegen demnach auch in der unterschiedlichen Produktivität in den Regionen. Besonders die größeren und im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik zunächst einseitig geförderten Küstenstädte im Osten des Landes profitieren von der Ansammlung an qualifizierten Arbeitskräften, dem nicht abebbenden Zuzug billiger Arbeitskräfte aus dem Rest des Landes und der guten infrastrukturellen Ausstattung (vgl. Tab. 3.37). Sie sind somit im Vergleich zu den im Binnenland gelegenen Städten besser in der Lage, das vorhandene Humankapital zur Steigerung der Wirtschaftsleistung zu nutzen, sich auf konkurrenzfähige (Hightech)-Produkte zu spezialisieren und transnationale Unternehmen anzuziehen.

Wirtschaftlicher Liberalisierungsgrad

Im Zuge der marktwirtschaftlichen Transformation und der Öffnung Chinas nach außen haben sich neue Eigentumsformen (Joint Ventures, Wholly Foreign Owned Enterprises, Private Enterprises etc.; vgl. Kap. 5.2.1) innerhalb der chinesischen Volkswirtschaft herausgebildet, was einen graduellen Bedeutungsverlust der Staatsbetriebe zugunsten privatwirtschaftlich geführter Unternehmen nach sich gezogen hat. So ging der Anteil der Staatsbetriebe am industriellen Output Chinas im Zeitraum 1978 bis 2006 von 77,6% auf 31,2% zurück (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 2007). Nach informellen Aussagen des Statistischen Amtes der VR China werden mittlerweile bereits zwei Drittel des chinesischen BIP von privatwirtschaftlich geführten Unternehmen erwirtschaftet (vgl. TAUBE 2007, S. 258). Wie jedoch aus Tabelle 3.34 hervorgeht, ergibt sich hinsichtlich der Eigentumsstrukturen ein regional differenziertes Bild. In Zentral- und Westchina dominierten im Jahr 2006 mit einem Anteil von 47,6% bzw. 56,6% am industriellen BPW nach wie vor staatlich gelenkte Unternehmen den Industriesektor; in Ostchina belief sich ihr Anteil hingegen nur noch auf 23,5%. Dementsprechend fiel der Anteil von ausländischen Unternehmen am industriellen BPW in Ostchina mit 39,5% deutlich höher aus als in Zentral- und Westchina, wo er sich nur auf 12,5% bzw. 9,4% belief.

Tab. 3.34: Wirtschaftlicher Liberalisierungsgrad der drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2006 (eigene Berechnung nach NBSC 2007)

	VR China	Ostchina	Zentralchina	Westchina
Anteil der SOEs am industriellen BPW (in %)	31,2	23,5	47,6	56,6
Anteil ausländischer Unternehmen am industriellen BPW (in %)	31,6	39,5	12,5	9,4

Der rasche Bedeutungszuwachs nicht-staatlicher Betriebe beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Städte und den dort ansässigen Industriesektor. Mit den so genannten Township and Village Enterprises (TVEs) etablierte sich im Zuge des marktwirtschaftlichen Transformationsprozesses auch im ländlichen Raum eine dynamische nicht-landwirtschaftliche Privatwirtschaft. Zwischen 1978 und 2002 ist die Wertschöpfung der TVEs jährlich im Durchschnitt um 23,4% von 20,8 auf 3.238,6 Mrd. Yuan gestiegen (eigene Berechnung nach NBSC 2003). Noch zu Reformbeginn spielten die Commune and Brigade Enterprises (erst 1984 wurden diese in TVEs umbenannt) innerhalb der ländlichen Wirtschaft noch eine marginale Rolle. So waren im Jahr 1978 in den 1,52 Mio. TVEs nur ca. 28,3 Mio. Personen, was 9,2% der ländlichen Erwerbsbevölkerung entsprach, beschäftigt. Mittlerweile (2007) sind in ihnen knapp 151 Mio. Personen

(31,7% der ländlichen Erwerbsbevölkerung) tätig (eigene Berechnung nach NBSC 2008). Die primär exportorientierten TVEs sind, da sie größtenteils als Zulieferer für Staatsbetriebe und ausländische Unternehmen fungieren, auf die Präsenz von industriellen Betrieben angewiesen. Wie jedoch aus Tabelle 3.35 hervorgeht, hat sich die ländliche Industrialisierung nicht in allen Regionen mit der gleichen Intensität vollzogen. Da sich die meisten ausländischen Unternehmen in den Küstenprovinzen angesiedelt haben, erfuhren die TVEs vor allem dort einen regelrechten Boom. Exemplarisch hierfür steht der mit 65,2% überproportional hohe Anteil der Ostregion an der gesamten Wertschöpfung der TVEs im Jahr 2002. Zudem fiel der Anteil der in TVEs beschäftigten Erwerbstätigen an der ländlichen Erwerbsbevölkerung im Jahr 2005 mit 45,3% in Ostchina deutlich höher aus als in West- und Zentralchina, wo er sich lediglich auf 25,3% bzw. 18,5% belief.

Tab. 3.35: Wirtschaftliche Bedeutung der TVEs in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West (eigene Berechnung nach NBSC 2003 u. 2006)

	VR China	Ostchina	Zentralchina	Westchina
Zahl der TVEs im Jahr 2002 (in Mio.; Anteil in %)	21,3 (100)	9,1 (42,6)	6,5 (30,3)	5,8 (27,1)
Anteil der Beschäftigten in TVEs Im Jahr 2005 (in %)	100	53,2	28	18,8
Anteil der in TVEs Beschäftigten an den insgesamt im ländlichen Raum Beschäftigten im Jahr 2005 (in %)	29,4	45,3	25,3	18,5
Wertschöpfung im Jahr 2002 (in Mrd. Yuan; Anteil in %)	3.368,2 (100)	2.195,1 (65,2)	773,0 (22,9)	400,1 (11,9)

Die rasch expandierenden TVEs haben im Laufe der Zeit nicht nur einen erheblichen Teil der überschüssigen Arbeitskräfte auf dem Land absorbiert, sondern darüber hinaus auch zu einer deutlichen Einkommenssteigerung innerhalb der ländlichen Bevölkerung geführt. Der Großteil der TVEs hat sich jedoch in den Küstenprovinzen, und hier insbesondere im Einzugsgebiet städtischer Wachstumszentren wie Shanghai, Hangzhou oder Suzhou, etabliert. Dies hat mit dazu beigetragen, dass man heute, wie die in Kapitel 3.2.3.5 durchgeführte empirische Analyse gezeigt hat, ein ausgeprägtes interregionales (Ost-Mitte-West) und intraregionales Einkommensgefälle in Ostchina bei den PKE der ländlichen Bevölkerung vorfindet (vgl. ITO 2002, S. 26f.; vgl. Tab. 3.17) und dass das Stadt-Land-Gefälle in Ostchina deutlich niedriger ausfällt, als in Zentral- und Westchina (vgl. Tab. 3.16).

Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung

Seit der Öffnung nach außen ist die weltwirtschaftliche Integration der chinesischen Volkswirtschaft rasant vorangeschritten. Die VR China ist mittlerweile (2008) hinter den USA und Deutschland zur drittgrößten Handelsnation aufgestiegen (vgl. Tab. 2.12) und gehört seit knapp einem Jahrzehnt weltweit zu den bedeutendsten Empfängerländern von ADI (vgl. Tab. 2.10). Aus Abbildung 3.9 und Tabelle 3.36 geht jedoch hervor, dass sich die Verflechtung Chinas mit der Weltwirtschaft, sprich ihre Integration in die internationale Arbeitsteilung, primär auf die Küstenprovinzen und dort auch nur auf einen relativ schmalen Küstenstreifen beschränkt. Betrachtet man nämlich den Anteil des Handels am BIP (Export+Import / BIP), der gemeinhin als Gradmesser für die „Offenheit“ einer Volkswirtschaft gilt, so stellt man fest, dass dieser im Jahr 2006

2006 im Osten des Landes mit rund 96% um ein vielfaches höher ausgefallen ist, als in Zentral- und Westchina, wo er sich auf lediglich 23,3% bzw. 11,8% belaufen hat. Wirft man nun einen Blick auf die räumliche Verteilung der ADI, dann stellt man fest, dass diese sich überwiegend auf den Osten Chinas konzentrieren (vgl. Abb. 5.3 und Tab. 5.7). So flossen beispielsweise im Jahr 2006 rund 90% der insgesamt in der VR China realisierten ADI nach Ostchina. Dass die Präsenz von ausländischen Unternehmen auch maßgeblich für die starke Exporttätigkeit der Ostregion verantwortlich ist, zeigt ihr Anteil am gesamten Exportvolumen der Region. Dieser belief sich in Ostchina im Jahr 2006 auf 58,2%, in Zentral- und Westchina hingegen nur auf 21,2% bzw. 12,5%.

Tab. 3.36: Einbindung der drei Makroregionen Ost-Mitte-West in die internationale Arbeitsteilung im Jahr 2006 (eigene Berechnung nach MOFCOM o.J.; NBSC 2007)

	VR China	Ostchina	Zentralchina	Westchina
Anteil an den Exporten (in %)	100	91,9	4,6	3,5
„Openess“ (Import+Export / BIP)	67,7	95,8	23,3	11,8
Anteil an den in China getätigten ADI (in %)	100	90,3	6,2	3,5
Anteil ausländischer Unternehmen am Exportvolumen (in %)	58,2	61,8	21,2	12,5
Anteil am Exportvolumen ausländischer Unternehmen (in %)	100	97,6	1,7	0,8

Die regional stark differenzierte Integration in die Weltwirtschaft hat mehrere Ursachen. Zum einen verfügen die Küstenprovinzen aufgrund ihrer räumlichen Lage über einen generellen Standortvorteil gegenüber dem chinesischen Hinterland, und zum anderen haben sich insbesondere dort im Zuge des marktwirtschaftlichen Transformations- und Öffnungsprozesses die Standortbedingungen für ausländische Unternehmen deutlich verbessert. Eine wichtige Rolle spielt zudem die enge wirtschaftliche Verflechtung der süd-/südöstlichen Küstenprovinzen mit den Wirtschaftszentren Hong Kong und Macao sowie der aufstrebenden Wirtschaftsnation Taiwan.

3.3.4 Quantitative und qualitative Ausstattung der Regionen mit Produktions- und Standortfaktoren

Die Attraktivität einer Region als Wirtschafts- und Investitionsstandort wird maßgeblich von ihrer Ausstattung mit Produktions- und Standortfaktoren beeinflusst (vgl. Kap. 3.1.2.7). Der Blick auf die Standortqualitäten der drei Makroregionen Ost-Mitte-West offenbart, dass der Osten Chinas im Vergleich zum west- und zentralchinesischen Hinterland der deutlich attraktivere Standort ist. Dies lässt sich daran ablesen, dass im Jahr 2008 rund 85% der insgesamt nach China geflossenen ADI in die ostchinesischen Provinzen geflossen sind (vgl. Kap. 5.1.7).

Tabelle 3.37 verdeutlicht anhand von einigen ausgewählten Indikatoren, wie differenziert die Standortfaktoren in den Regionen ausgeprägt sind. Die Indikatoren stehen hierbei exemplarisch für die Ausstattung der Regionen mit Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen (Straßen- und Telefondichte), das qualitative Arbeitskräfteangebot (Hochschulabsolventen pro 10.000 EW), die Innovationskraft (Dichte der Patentanmeldungen und Pro-Kopf-Ausgaben für FuE) und das Absatzpotential in den Regionen (Pro-Kopf-Ausgaben für Konsumgüter).

Tab. 3.37: Ausgewählte Standortfaktoren in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2005 (eigene Berechnung nach NBSC 2006)

	VR China	Ostchina	Zentralchina	Westchina
Straßendichte (Straßenlänge in km pro 100 km ²)	20,2	53,1	34,7	11,3
Telefondichte (Telefonanschlüsse pro 100.000 EW)	26.801	36.708	21.863	19.541
Hochschulabsolventen pro 10.000 EW	23,5	28,4	23,8	17,7
Dichte der Patentanmeldungen (Patente pro 1 Mio. EW)	275	550	114	95
Pro-Kopf-Ausgaben für FuE	187	351	86	87
Pro-Kopf-Konsumausgaben	5.138	21.172	3.894	3.219

Wie aus Tabelle 3.37 hervorgeht, nimmt der Osten Chinas in sämtlichen Bereichen mit Abstand die Spitzenposition ein, während zwischen Zentral- und Westchina hingegen nur geringfügige Unterschiede bestehen. Die Ostregion verfügt im Vergleich zur Zentral- und Westregion nicht nur über eine deutlich bessere infrastrukturelle Ausstattung und ein besseres Humankapital, vor allem ihre Innovationskraft und das vorhandene Absatzpotential fallen um ein Vielfaches höher aus. Insbesondere die größeren Städte im Osten Chinas profitieren von der Ansammlung an qualifizierten Arbeitnehmern, der guten infrastrukturellen Ausstattung, der Möglichkeit Netzwerke auszubilden, der Größe des Absatzmarktes, der Nähe zu FuE-Einrichtungen, der räumlichen Anhäufung von Betrieben derselben Branche und vorhandenen Zulieferern, sprich von den dort vorhandenen Agglomerationsvorteilen in Form von Lokalisations- und/oder Urbanisierungsvorteilen. Demgegenüber ist die städtische Industrie im chinesischen Hinterland nach wie vor eher monostrukturell und staatswirtschaftlich geprägt. Vor diesem Hintergrund zielt die chinesische Zentralregierung mit ihrer „Go West“-Policy schwerpunktmäßig darauf ab, das Investitionsklima für in- und ausländische Unternehmen im westchinesischen Wirtschaftsraum zu verbessern (vgl. Kap. 4.6).

3.3.5 Andere Einfluss- und Ursachenfaktoren

Historische Entwicklungsprozesse

Historisch geschaffene Strukturen und vererbte, persistente Raumstrukturen beeinflussen oftmals die Ordnung und Entwicklung der Wirtschaftsräume eines Landes bis in die Gegenwart hinein (vgl. WAGNER 1994, S. 100). Dass das ausgeprägte Regionalgefälle in der VR China ursächlich auch mit historischen Entwicklungsprozessen zusammenhängt, die vor ihrer Gründung stattgefunden haben, zeigt exemplarisch die Phase der Halbkolonialisierung. In dieser Phase wurden den westlichen Kolonialmächten umfangreiche Privilegien und Konzessionen gewährt (z.B. Öffnung zahlreicher Küstenstädte für den Handel; vgl. Abb. 2.1). Zudem entstanden durch die gewaltsame Annektierung ganzer Küstenabschnitte sowie durch erzwungene Pachtverträge zahlreiche ausländische Enklaven auf chinesischem Territorium. Prominentestes Beispiel hierfür ist die 1842 erfolgte Annexion Hong Kongs durch Großbritannien. Gemäß dem 1898 geschlossenen Pachtvertrag zwischen China und Großbritannien wurde Hong Kong erst 1997 wieder an China „zurückgegeben“ und verfügt seitdem über den Status einer Sonderverwaltungszone. Unter britischer Verwaltung ist Hong Kong zu einem der bedeutendsten Wirtschafts- und Finanzzentren Asiens aufgestiegen. Vor diesem Hintergrund war es auch nur situ-

ationslogisch, dass im Jahr 1980 mit Shenzhen die erste der vier SWZ am Perfluss-Delta in unmittelbarer Nähe zu Hong Kong geschaffen wurde. Die Provinz Guangdong verdankt seither ihren raschen wirtschaftlichen Aufstieg in erster Linie dem Engagement auslandschinesischer Firmen aus Hong Kong. So stammen im Zeitraum 1979 bis 2006 rund 80% der in Guangdong getätigten ADI aus Hong Kong (eigene Berechnung nach GUANGDONG PROVINCIAL BUREAU OF STATISTICS 2007). Dies verdeutlicht, dass sich die Kolonialisierung Chinas bis zum heutigen Tage auf die wirtschaftliche Entwicklung von Teilräumen auswirkt. Denn ohne das Engagement auslandschinesischer Firmen aus Hong Kong, Macao und Taiwan wäre die wirtschaftliche Entwicklung der zuvor unterentwickelten Küstenprovinzen Guangdong und Fujian mit Sicherheit nicht mit der gleichen Intensität und in diesem Tempo vonstatten gegangen. Ihr rasanter wirtschaftlicher Aufstieg hat letzten Endes auch mit dazu beigetragen, dass sich das Ost-West-Gefälle im Zuge des Reform- und Öffnungsprozesses deutlich verschärft hat.

Die wirtschaftliche Stärke Hong Kongs, die es unter britischer Verwaltung erlangt hat, erweist sich zwar heute als Glücksfall für die VR China, die chinesische Wirtschaft wurde jedoch in der Phase der Halbkolonialisierung erheblich in ihrer Gesamtentwicklung beeinträchtigt. Letztlich hat die Präsenz der Kolonialmächte in den geöffneten Küstenstädten und –gebieten auch eine Zunahme der interregionalen Disparitäten bedingt. Dies hing in erster Linie damit zusammen, dass sich dort ein räumlich begrenzter Modernisierungsschub vollzog. GERNET (1988: 487) spricht in diesem Zusammenhang von einem „... *Missverhältnis zwischen den im Verfall begriffenen traditionellen Strukturen und den modernen, unter der Kontrolle und Abhängigkeit der Ausländer stehenden Sektoren*“. Dieser Zustand ist in gewisser Weise vergleichbar mit der zu Beginn der Reform- und Öffnungspolitik erfolgten einseitigen Förderung der Küstengebiete. Damals wie heute hat die Präsenz ausländischer Unternehmen dazu geführt, dass diese Gebiete primär leichtindustrielle Strukturen und einen hohen Grad an wirtschaftlicher Offenheit aufweisen.

Ein weiteres Beispiel für historisch vererbte Strukturen stellen die in Kapitel 3.2.3.7 aufgezeigten wirtschaftsstrukturellen Defizite der drei nordostchinesischen Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang dar. Der heutige Aufbau ihrer Wirtschaftsstruktur basiert zum größten Teil immer noch auf alten, persistenten Strukturen, die unter japanischer Besetzung geschaffen wurden. Damals wurde die Mandschurei zu einer schwerindustriellen Basis ausgebaut. An dieser monostrukturellen Ausrichtung hat sich, bis auf die Verstaatlichung der schwerindustriellen Betriebe, auch unter kommunistischer Führung nichts geändert. Dies hatte zur Folge, dass der Anfang der 1980er einsetzende Strukturwandel der chinesischen Wirtschaft die Nordostregion besonders hart getroffen hat.

Soziokulturelle Einflüsse

In Kapitel 3.2.3.7 wurde bereits dargelegt, dass zwischen Nord- und Südchina soziokulturelle Unterschiede bestehen. Der Süden Chinas galt schon immer als aufgeschlossener und fortschrittlicher als der Norden. Die seit jeher stärker als in den anderen Regionen Chinas ausgeprägte Emanzipation des Südens gegenüber der Zentralregierung geht nicht zuletzt auch darauf zurück, dass der südliche Landesteil seit dem 11. Jhd. die wirtschaftlich aktivste Region innerhalb Chinas ist und von ihm seit jeher wichtige Reformimpulse ausgingen. Neben der räumli-

chen Nähe zu Hong Kong, Macao und Taiwan dürfte dies ein wichtiger Aspekt gewesen sein, dass man die ersten vier SWZ im Süden Chinas ansiedelte. Die Offenheit des Südens für Reformen dürfte Deng Xiaoping auch dazu veranlasst haben, seine 1992 durchgeführte „Frühjahrsreise“ dorthin zu unternehmen. Im Rahmen dieser Reise setzte er sich für eine Beschleunigung der Reformpolitik ein, forderte den Aufbau einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ und trat zugleich für das „Lernen von kapitalistischen Staaten“ ein. In Kapitel 3.2.3.7 wurden die engen wirtschaftlichen Verflechtungen von Hong Kong und Macao mit der Provinz Guangdong und von Taiwan mit der Provinz Fujian dargelegt. Die engen Wirtschaftsbeziehungen, die vor allem in der umfangreichen Investitionstätigkeit auslandschinesischer Unternehmen in den beiden Provinzen zum Ausdruck kommt, basieren im Wesentlichen auf sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten. Dies äußert sich beispielsweise daran, dass in Guangdong, Hong Kong und Macao Kantonesisch und im Rest des Landes (bis auf einige Minderheitsgebiete) Mandarin gesprochen wird. Zudem gehören beide Provinzen zu den traditionellen Auswanderungsprovinzen Chinas. So emigrierten viele Einwohner Guangdongs nach Hong Kong und ein großer Teil der taiwanesischen Bevölkerung stammt ursprünglich aus Fujian. CHENG (2005: 35) weist in diesem Kontext darauf hin, dass die sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten die Transaktionskosten einer Investition verringern und dementsprechend eine höhere Effizienz als die nichtchinesischen Investitionen ermöglichen.

Qualifikationsniveau von politischen und unternehmerischen Führungskräften

BOHNET (2002: 59) sowie LIN & CHEN (2004: 676) sehen auch im unterschiedlichen Qualifikationsniveau von politischen und unternehmerischen Führungskräften einen nicht zu unterschätzenden Ursachenfaktor für die Zunahme der interregionalen Disparitäten seit Reformbeginn. Die von der Zentralregierung betriebene Politik der schrittweisen Reformen hat nämlich dazu geführt, dass sich die politischen und unternehmerischen Führungskräfte in den Zentral- und Westprovinzen erst relativ spät mit den neuen Aufgaben eines veränderten Staates und einer marktorientierten Produktionswirtschaft auseinandersetzen mussten. Dieser Sachverhalt dürfte mit dazu beigetragen haben, dass die administrative Effektivität und Leistungsfähigkeit, die ihrerseits ein zentraler Bestandteil des Investitionsklimas ist (vgl. Kap. 3.1.2.7), von Osten nach Westen stetig abnimmt. Dies belegt auch eine im Jahr 2006 von der Weltbank veröffentlichte Studie, in der die so genannte „Government Effectiveness“ von 120 chinesischen Städten aus der Sicht von in- und ausländischen Unternehmen bewertet wurde. So befinden sich unter den Top 30 mit Ausnahme der zentralchinesischen Stadt Shangqui (Henan) ausschließlich ostchinesische Städte (vgl. WORLD BANK 2006, S. 111).

Restriktive Maßnahmen der Zentralregierung

In Kapitel 3.3.2 wurde aufgezeigt, in welcher Weise sich die in der Wirtschafts- und Regionalpolitik vorgenommenen Kurswechsel auf die Entwicklung der interregionalen Disparitäten ausgewirkt haben. Die Zentralregierung ergriff jedoch auch in anderen Politikfeldern Maßnahmen, die zur Verschärfung/Manifestierung der räumlichen Disparitäten beigetragen haben. Das prominenteste Beispiel stellt das im Jahr 1958 eingeführte Hukou-System dar. Durch das Haushaltsregistrierungssystem und seine Komplementärsysteme wurde eine spatiale Hierarchie von Stadt- und Landbewohnern festgeschrieben, die nicht nur die Verstädterung Chinas verlang-

samt hat, sondern zugleich auch zu einer Verschärfung und Manifestierung des Stadt-Land-Gefälles sowie des interregionalen Gefälles beigetragen hat (vgl. SICULAR et al. 2006, S. 1; TEMPLIN 1997, S. 7). Das rigide Registrierungssystem hat letztlich dazu geführt, dass man heute in den chinesischen Städten zwischen den offiziell registrierten Stadtbewohnern und der so genannten „floating population“, sprich den Arbeitsmigranten, enorme Unterschiede im Lebensstandard vorfindet. WHALLEY & ZHANG (2006: 16f.) kommen in ihrer empirischen Studie zu dem Ergebnis, dass der nationale Gini-Koeffizient (Pro-Kopf-Haushaltseinkommen) im Jahr 2000 ohne das Hukou-System statt 0,458 nur 0,3705 (- 19,1%) betragen hätte. Den von DEMURGER et al. (2002) erläuterten Zusammenhang zwischen dem Hukou-System und dem ausgeprägten Regionalgefälle im Pro-Kopf-Einkommen belegen sie auch. Ihren Berechnungen zufolge würde der für die Inter-Gruppen-Ungleichheit (interregionale Disparitäten Ost-Mitte-West; vgl. Tab. 3.11) ermittelte Theil-T-Index bei einem Wegfall des Registrierungssystems statt 0,0697 nur noch 0,0102 betragen (- 85,4%), und ihr Anteil an der Gesamtungleichheit würde sich deutlich von 61,7% auf 8,1% reduzieren (vgl. WHALLEY & ZHANG 2006, S. 22).

3.4 AKTUELLE MAßNAHMEN UND ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN DER ZENTRALREGIERUNG ZUR MINDERUNG DER INTERREGIONALEN DISPARITÄTEN UND DES STADT-LAND-GEFÄLLES

Die Betrachtung der chinesischen Geschichte zeigt, dass ausgeprägte räumliche Entwicklungsunterschiede seit jeher ein Charakteristikum der chinesischen Raumwirtschaft darstellen und dass nahezu jede chinesische Zentralregierung die wirtschaftliche Erschließung und Entwicklung rückständiger Regionen, und hier allen voran der peripheren Randgebiete des Reiches, mehr oder minder stark forciert hat (vgl. Kap. 4.1). Gegenstand des folgenden Kapitels ist es, die aktuellen Maßnahmen und Entwicklungsstrategien, die die Zentralregierung zur Minderung der interregionalen Disparitäten und des Stadt-Land-Gefälles ergriffen bzw. implementiert hat, darzustellen und zu erläutern.

Der Zentralregierung ist es seit Reformbeginn gelungen, die absolute Armut im ganzen Land drastisch zu senken. So konnten im Zeitraum 1978 bis 2005 nach chinesischer Definition mehr als 226 Mio. Menschen aus absoluter Armut befreit werden. Parallel dazu haben sich jedoch im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik die interprovinziellen und –regionalen Disparitäten sowie das Stadt-Land-Gefälle drastisch verschärft. Um ein weiteres Auseinanderdriften der Regionen zu verhindern, hat die Zentralregierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts drei regionale Entwicklungsprogramme aufgelegt: die *Western Development Strategy* (vgl. Kapitel 3.4.1.1 und 4), die *Strategy of Rejuvenating Northeast China* (vgl. Kap. 3.4.1.2) und die *Rise of Central China Strategy* (vgl. Kap. 3.4.1.3). Stand im 10. FJP (2000-2005) noch die Förderung und Entwicklung Westchinas im Fokus der regionalen Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, so sieht der 11. FJP (2006-2010) nun die konzertierte Förderung Nordost-, Zentral- und Westchinas vor, um eine ausgewogene Regionalentwicklung zu erreichen (vgl. NDRC 2006a, S. 20). Parallel dazu soll durch die ländliche Entwicklungsstrategie „Building a New Socialist Countryside“ und andere politische Maßnahmen (z.B. Abschaffung der Agrarsteuern) die ländliche Entwicklung vorange-

trieben werden, um die Lebensbedingungen der Landbevölkerung zu verbessern und das stark ausgeprägte Stadt-Land-Gefälle zu reduzieren.

3.4.1 Entwicklungsprogramme/-strategien zur Minderung der interregionalen Disparitäten

3.4.1.1 Western Development Strategy/East-West Poverty Alleviation Cooperation

Western Development Strategy

Die Ende 1999 initiierte WDS symbolisiert die Anstrengungen der chinesischen Zentralregierung, eine ausgewogene Regionalentwicklung herbeizuführen. Welchen Stellenwert die Zentralregierung explizit der Entwicklung Westchinas beimisst, zeigt, dass der WDS im 10. FJP ein eigenes Kapitel gewidmet wurde (vgl. ZHU 2001). Wie aus Abbildung 3.15 hervorgeht, bilden die sechs Provinzen Sichuan, Guizhou, Yunnan, Shaanxi, Gansu und Qinghai, die fünf autonomen Gebiete Ningxia, Innere Mongolei, Guangxi, Tibet und Xinjiang, die regierungsunmittelbare Stadt Chongqing sowie die drei autonom verwalteten Bezirke Xiangxi (Hunan), Enshi (Hubei) und Yanbian (Jilin) die Westchina-Förderregion (vgl. THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001; vgl. Kap. 4.3).

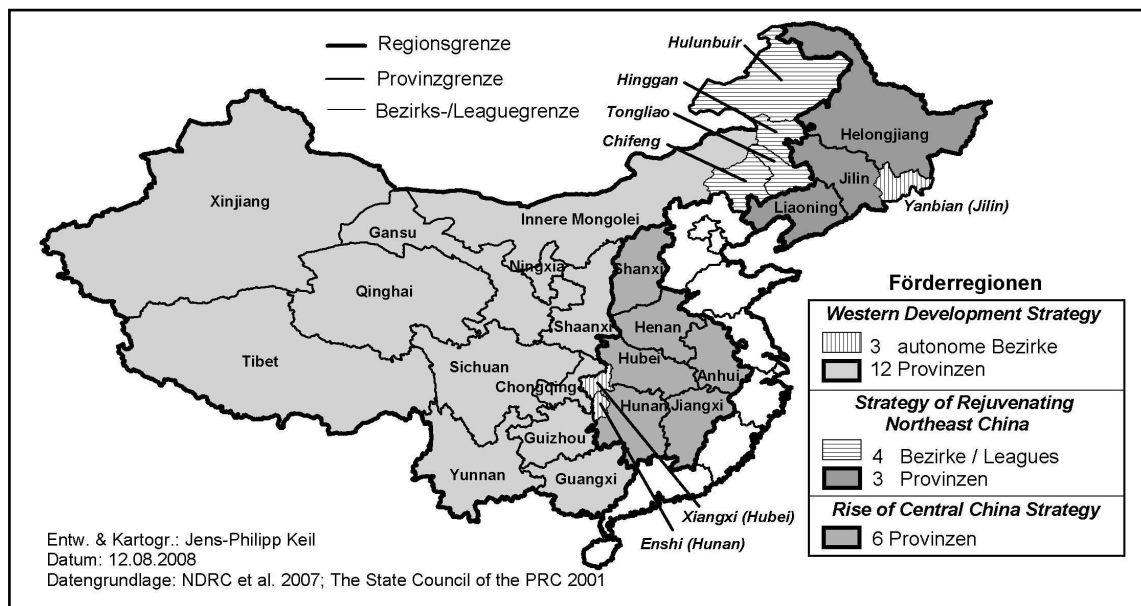


Abb. 3.15: Förderregionen im Rahmen der Western Development Strategy, der Strategy of Rejuvenating Northeast China und der Rise of Central China Strategy

Die Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung Westchinas ist für die chinesische Zentralregierung aus vielerlei Gründen von zentraler Bedeutung. Zunächst soll das Investitionsklima im Westen Chinas durch den Auf- und Ausbau der Infrastruktur, Steuer- und Investitionsanreize und finanzielle Förderprogramme verbessert werden, um Finanzmittel, Technologie und Fachkräfte aus dem In- und Ausland in die Region zu holen. Das daraus resultierende Wirtschaftswachstum und die neuen Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung sollen letztlich die gesamte Konjunktur bzw. die Inlandsnachfrage beleben, um das Tempo des wirtschaftlichen Aufschwungs beibehalten zu können. Der WDS liegen jedoch nicht nur rein ökonomische Motive zugrunde, sondern die Zentralregierung verfolgt mit ihr vielmehr ein breit gefächertes Spek-

rum von wirtschafts-, regional-, umwelt-, außen-, innen-, sicherheits-, partei-, gesellschafts- und sozialpolitischen an Zielen (vgl. Tab. 4.1). Im Rahmen der WDS hat die Zentralregierung bis einschließlich 2008 bereits ungefähr 219 Mrd. USD in 102 verschiedene Groß- bzw. Schlüsselprojekte in Westchina investiert (vgl. Tab. 4.14).

East-West Poverty Alleviation Cooperation

Neben der WDS hat die Zentralregierung bereits im Jahr 1996 die East-West Poverty Alleviation Cooperation ins Leben gerufen, um die interregionalen Disparitäten zu mindern. Im Rahmen dieser Kooperation greifen die mittlerweile relativ hoch entwickelten Ostprovinzen/-städte den rückständigen Westprovinzen bei ihrer Entwicklung in verschiedenen Bereichen unter die Arme. Die Kooperation, die auf dem Prinzip „*taking advantages of each other's strengths, mutual benefit, long-term cooperation and common development*“ basiert, sieht unter anderem Kooperationen zwischen Unternehmen, Personalaustausch und -training, Projektassistenz und finanzielle Unterstützung vor (vgl. INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001). Neun ostchinesischen Provinzen und sechs ostchinesische Großstädte unterstützen im Rahmen dieser Kooperation die rückständigen Westprovinzen (mit Ausnahme von Tibet; vgl. Tab. 3.38).

Tab. 3.38: Partnerprovinzen im Rahmen der East-West Poverty Alleviation Cooperation (THE STATE COUNCIL LEADING GROUP OFFICE OF POVERTY ALLEVIATION AND REDUCTION 2004c und 2004d)

Westchinesische Provinz	Ostchinesische Partnerprovinz/-stadt
Innere Mongolei	Beijing
Gansu	Tianjin
Yunnan	Shanghai
Guangxi	Guangdong
Shaanxi	Jiangsu
Sichuan	Zhejiang
Xinjiang	Shandong
Qinghai	Liaoning
Ningxia	Fujian
Guizhou	4 Städte: Dalian (Liaoning), Qingdao (Shandong), Shenzhen (Guangdong), Ningbo (Zhejiang)
Chongqing	2 Städte: Xiamen (Fujian), Zhuhai (Guangdong)

3.4.1.2 Strategy of Rejuvenating Northeast China

In Kapitel 3.2.3.7 wurde bereits dargelegt, dass der Nordosten Chinas aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik erheblich an wirtschaftlicher Bedeutung eingebüßt hat und heute besonders stark unter dem sich vollziehenden Strukturwandel und dem damit verbundenen Anpassungsdruck leidet. Vor diesem Hintergrund hat die chinesische Zentralregierung im Jahr 2003 die *Strategy of Rejuvenating Northeast China* initiiert. Die Nordostchina-Förderregion bilden die drei Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang sowie die im Osten der Inneren Mongolei gelegenen bezirksfreien Städte Chifeng, Tongliao, Hulunbuir und die League⁵⁹ Hinggan (vgl. NDRC et al. 2007; vgl. Abb. 3.15). Die Strategie zur Wiederbelebung alter Industriebasen in Nordostchina unterscheidet sich jedoch in weiten Teilen von der WDS. Da die infrastrukturelle Ausstattung im Nordosten bereits auf einem relativ hohen Niveau

ist, liegt ihr Schwerpunkt auf der Umstrukturierung der Staatsbetriebe, institutionellen Reformen sowie der Förderung neuer Industriezweige und der Privatwirtschaft. Der „Plan of Revitalizing Northeast China“ sieht unter anderem die folgenden Maßnahmen zur wirtschaftlichen Wiederbelebung der Nordostregion vor (NDRC et al. 2007):

- First, pace of reform and open-up will be accelerated. We must deepen institutional reforms by establishing modern enterprise system and ownership structure, promoting strategic restructuring of state-owned sector, and cultivating non-public economy.
- Secondly, efforts will be enhanced in restructuring and upgrading of industries. We must enhance independent innovation capability by upgrading and optimizing industrial structure. We must also enhance overall competitiveness of industries by spreading the use of information technologies and adopting new models of industrialization.
- Thirdly, regional cooperation will be intensified. Efforts should be made to establish regional coordination and interactive mechanisms, remove administrative barriers, and promote fast flow of resources and factors of production. In addition, we must also enhance regional cooperation and balanced development by co-building and co-using infrastructure facilities.
- Fourthly, economic transformation in resource-depleted cities will be accelerated. Measures will be taken to establish compensation system for resources development and aiding system for sunset industries, and cultivate the growth of alternative industries. We must also boost more employment and deliver more complete urban functions, thus making resource-based cities experience sustainable development.
- Fifthly, a resources-saving and environment-friendly society will be constructed. State policies of resources conservation and environment protection must be fully enforced. We must also strengthen efforts in developing recycling economy, ecological development and environmental conservation so as to achieve coordinated development of economy, society and environment.
- Sixthly, education, healthcare, culture, sport and other social undertakings will be advanced. We must improve social security net, expand employment, and promote democracy and rule of law. By promoting social stability and harmony, we must also let more people share the benefits of revitalization as well as all-around individual development.

3.4.1.3 Rise of Central China Strategy

Die zentralchinesischen Provinzen hatten bereits im Jahr 1999 einen aktiven Lobbyismus betrieben, um ebenfalls in das Westchina-Entwicklungsprogramm mit aufgenommen zu werden. Und auch der damalige Staatspräsident Jiang Zemin, der als eigentlicher Architekt der „Go West Policy“ gilt, sah zunächst die gesamte Binnenregion als gleichermaßen förderungswürdig an. Letzten Endes wurden aus Zentralchina jedoch nur die Innere Mongolei und die zwei autonomen Minderheitenbezirke Enshi und Xiangxi in die Westchina-Förderregion integriert (vgl. Kap. 4.3). Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht, dass die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen Ost- und Zentralchina fast genauso stark ausgeprägt sind wie die zwischen Ost- und Westchina (vgl. Abb. 3.10), hat die Zentralregierung im Jahr 2005 mit „Rise of Central China“ die dritte regionsspezifische Entwicklungsstrategie initiiert. Die Zentralchina-Förderregion setzt sich aus den sechs Provinzen Henan, Hubei, Hunan, Shanxi, Anhui und Jiangxi zusammen (vgl. Abb. 3.15). Das übergeordnete Entwicklungsziel für die Zentralregion lautet (XINHUA NEWS AGENCY 15.02.2006): *„The central region should become China's major grain production base, production base of raw materials and energy sources, new and high-tech industrial base, manu-*

⁵⁹ Eine League (zu dt. Bund) ist eine administrative Verwaltungseinheit auf Bezirksebene, die aus der Qing-Dynastie stammt.

facturing base of modern equipment and comprehensive transportation hubs.“ Die wirtschaftliche Entwicklung Zentralchinas soll unter anderem durch die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen stimuliert werden (THE PEOPLE’S MUNICIPAL GOVERNMENT OF WUHAN 2005):

- Reinforcing the construction of the bases in the main grain production areas, and greatly supporting the grain production
- Accelerating the restructuring the traditional industry and the developing the high and new technology industry
- Developing the comprehensive traffic system and building the major transportation thoroughfare
- Consolidating and increasing the importance of the bases of energy and raw materials
- Enhancing the radiating and leading function of the central city and opening up the major market for a good circulation
- Greatly developing the county economy and making great efforts to solve issues concerning agriculture, countryside and farmers
- Furthering the reform, and removing the institutional obstacles
- Expanding the opening-up to both abroad and at home and enhancing the co-operation among regions
- Strengthening the ecological protection and the treatment of pollution and realizing the sustainable development

3.4.2 Maßnahmen und Programme zur Minderung des Stadt-Land-Gefälles

3.4.2.1 Entwicklung des ländlichen Raumes: Building a New Socialist Countryside

Die Entwicklung des ländlichen Raumes stellt einen der wichtigsten Kernpunkte des 11. FJP (2006-2010) dar (vgl. NDRC 2006a, S. 8ff.). Die nachfolgend aufgeführten Gründe dürften die Zentralregierung dazu veranlasst haben, im Jahr 2006 das ländliche Entwicklungsprogramm „Building a New Socialist Countryside“ zu initiieren: Erstens hängt die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas in hohem Maße von der Produktivität des Agrarsektors ab, zweitens hat das Stadt-Land-Gefälle alarmierende Ausmaße angenommen, drittens ist durch das rasche Wirtschaftswachstum der Spielraum für staatliche Förderprogramme größer geworden, und viertens soll dadurch die Inlandsnachfrage gestärkt werden (vgl. PEOPLE’S DAILY ONLINE 08.03.2006). Das ländliche Entwicklungsprogramm zielt im Kern darauf ab, die Modernisierung des Agrarsektors zu beschleunigen, den Auf- und Ausbau der Infrastruktur in ländlichen Regionen voranzutreiben, die Produktionskapazitäten zu erhöhen, eine demokratische Verwaltung auf Dorfebene umzusetzen sowie den Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung zu steigern (vgl. NDRC 2006a, S. 8). Um die hochgesteckten Ziele des Programms zu erreichen, plant die Zentralregierung im Laufe des 11. FJP unter anderem die folgenden Maßnahmen umzusetzen (vgl. LAN 2006; PEOPLE’S DAILY ONLINE 08.03.2006):

- **Straßenbau:** Bis 2010 werden rund 100 Mrd. Yuan (ca. 12 Mrd. USD) in den Aus- und Aufbau von ca. 1,2 Mio. km Landstraßen investiert.
- **Energieversorgung:** Der Ausbau des ländlichen Stromversorgungsnetzes wird weiter vorangetrieben. Bis 2010 soll im ländlichen Raum die Zahl der rund 20 Mio. Menschen, die nach wie vor keinen Zugang zum Stromnetz haben, um die Hälfte reduziert werden.
- **Bildungswesen:** Schüler in ländlichen Gebieten werden von den Schulgebühren befreit.

- **Gesundheitswesen:** Der Ausbau des medizinischen Dienstleistungssystems im ländlichen Raum wird intensiviert. Hierfür werden bis 2010 mehr als 20 Mrd. Yuan an staatlichen Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt.

3.4.2.2 Development-Oriented Poverty Reduction Program for Rural China

Offiziellen Angaben zu Folge leben immer noch 23,65 Mio. Menschen (Stand 2005) auf dem Land unter der offiziellen chinesischen Armutsgrenze von 683 Yuan (ca. 85,4 USD) pro Jahr (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 02.04.2006). Von 1980 bis Ende 2007 hat die Zentralregierung bereits ca. 161,6 Mrd. Yuan für diverse Armutsminderungsprogramme zur Verfügung gestellt; davon entfielen mit ca. 85,3 Mrd. Yuan alleine knapp über die Hälfte auf den Zeitraum 2001 bis 2007. Im Jahr 2007 wurde das Budget im Vergleich zum Vorjahr erneut auf 14,4 Mrd. Yuan (+ 700 Mio. Yuan) aufgestockt (vgl. LIMING et al. 2007, S. 2ff.; MINISTRY OF FINANCE OF THE PRC 2007). Das „Development-Oriented Poverty Reduction Program for Rural China (2001-2010)“ ist derzeit das bedeutendste Programm der Zentralregierung zur Armutsminderung im ländlichen Raum (vgl. Kap. 3.2.3.2). Das übergeordnete Ziel des Programms lautet wie folgt (INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001): *„To help the small number of needy people without enough to eat and wear attain that minimum standard of living as soon as possible, and further improve the basic production and living conditions of the poor areas and consolidate the results gained in this regard.“*

In Kapitel 3.2.3.6 wurde bereits dargelegt, dass die meisten chinesischen Minderheiten im Vergleich zur Han-Majorität überproportional von Armut betroffen sind. Von den 23,65 Mio. Menschen, die nach chinesischer Definition in absoluter Armut leben, gehören 11,7 Mio. (49,5%) einer Minderheit an. Offiziellen Angaben zufolge sollen weitere 20,5 Mio. Angehörige einer Minderheit lediglich über ausreichend Nahrung und Kleidung verfügen (vgl. CHINA DAILY 30.03.2007). Um die Lebenssituation der nationalen Minderheiten bis zum Jahr 2010 deutlich zu verbessern, hat die Zentralregierung im Jahr 2001 das „Poverty Alleviation Program for Ethnic Minorities and Minority Areas“, das integraler Bestandteil des „Development-Oriented Poverty Reduction Program for Rural China“ ist, initiiert (vgl. INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001). Im Rahmen dieses Programms wurden alleine im Jahr 2005 rund 4,8 Mrd. Yuan (ca. 598 Mio. USD) an Fördermitteln in die Minderheitengebiete transferiert (vgl. XINHUA NEWS AGENCY 02.02.2006).

3.4.2.3 Andere politische Maßnahmen

Abschaffung der Agrarsteuer zum 01.01.2006

Zum 01.01.2006 wurden in China landesweit die Agrar- und Viehzuchtsteuer sowie die Steuer für spezielle Agrarprodukte abgeschafft, um die Abgabenlast der Bauern zu mindern. Nach Angaben des chinesischen Landwirtschaftsministeriums hat sich die Pro-Kopf-Abgabenlast der Bauern im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 140 Yuan reduziert (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 30.12.2005; CHINA DAILY 18.10.2006). In den 1950er Jahre belief sich der Anteil der zuvor genannten Steuerarten (inkl. der sog. Tax on the Use of Arable Land und der Tax on Contracts) am gesamten Steueraufkommen Chinas im Durchschnitt noch auf ca. 22%. Im Jahr 2002 betrug ihr Anteil hingegen nur noch rund 4% und im Jahr 2006, nach Abschaffung der drei Steuerarten, nur noch 3,2% (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; NBSC 2003 u.

2007). Da die von der Zentralregierung beschlossene Streichung der drei Steuerarten in erster Linie die Steuereinnahmen der lokalen Gebietskörperschaften mindert, hat die Zentralregierung ihre Transferzahlungen an diese erheblich aufgestockt. Im Jahr 2005, in dem bereits der Großteil der Provinzen keine Agrarsteuern mehr erhoben hat, transferierte die Zentralregierung zum Ausgleich ca. 35,66 Mrd. Yuan an staatlichen Mitteln an die lokalen Gebietskörperschaften (vgl. CHINA DAILY 25.12.2005).

Außer Frage dürfte stehen, dass die Abschaffung der Agrarsteuern die Bauern entlastet hat und einen Schritt in die richtige Richtung darstellt. Der erhoffte Effekt, nämlich das Stadt-Land-Gefälle zu mindern, blieb jedoch aus. So stiegen das PKE der ruralen Bevölkerung im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr zwar real um 7,4% (nominal 10,2%), dass der städtischen Bevölkerung hingegen um 10,4% (nominal 12,1%). Dies bedeutet, dass sich das Stadt-Land-Gefälle, trotz Abschaffung der Agrarsteuern, weiter verschärft hat (vgl. Tab. 3.16). Die Steuerentlastung hat somit lediglich eine noch stärkere Zunahme des Stadt-Land-Gefälles verhindert. Dass die Abschaffung der vor mehr als 2.600 Jahren eingeführten Agrarsteuer nicht den erhofften Effekt mit sich gebracht hat, hängt auch damit zusammen, dass zeitgleich die Ausgaben für Saatgut, Düngemittel und Pestizide gestiegen sind und der Getreidepreis gefallen ist. Nach Angaben des staatlichen Amtes für Statistik der VR China sind allein zwischen 2003 und 2005 die Preise für Düngemittel und Pestizide um 30% gestiegen, während der Getreidepreis um mehr als 10% gefallen ist (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 07.03.2006).

Lockerung/Reform des Hukou-Systems

Das im Jahr 1958 eingeführte Hukou-System ist nach einhelliger Expertenmeinung maßgeblich für das in der VR China im Vergleich zu anderen Nationen äußerst stark ausgeprägte Stadt-Land-Gefälle verantwortlich. Seit Mitte der 1980er Jahre wurde das System zwar partiell reformiert, im Kern blieb es jedoch bis heute bestehen.⁶⁰ Im Jahr 2001 wurde das Hukou-System jedoch zumindest landesweit in den Kleinstädten gelockert. Seitdem können die dort lebenden Arbeitsmigranten den städtischen Hukou erwerben, wenn sie über einen regulären Arbeitsplatz, sprich ein gesichertes Einkommen (stable source of income), sowie eine permanente Wohnunterkunft (stable place of residence) verfügen (vgl. FAN 2008, S. 67f.). Neben dieser so genannten „small-city-free policy“ haben seit 2001 nach und nach auch mehrere Provinzregierungen (z.B. Hebei, Liaoning, Shandong, Guangxi) und einige Großstädte (z.B. Beijing, Shanghai, Guangzhou) Pilotprogramme gestartet, um den Arbeitsmigranten die offizielle Registrierung zu erleichtern (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 30.03.2007).⁶¹

Eine Schwäche dieser Hukou-Reform ist jedoch, dass sie zum einen nicht flächendeckend im ganzen Land umgesetzt wird und zum anderen inhaltlich von Provinz zu Provinz bzw. Stadt zu Stadt variiert. Darüber hinaus ist die Wirkung dieser vereinzelt Reformbemühungen sehr limitiert, da die Migranten nach wie vor vielfältige Kriterien, wie beispielsweise ein ausreichen-

⁶⁰ Eine detaillierte Erläuterung des Hukou-Systems und der bis heute umgesetzten Reformen liefert FAN (2008).

⁶¹ Einen Überblick über die Provinzen und Großstädte, die seit 2001 Reformmaßnahmen ergriffen haben und über die von ihnen umgesetzten Reformen liefert die US Congressional-Executive Commission unter www.cecc.gov/pages/virtualAcad/Residency/hreform.php (Stand: 12.04.2008).

des Qualifikationsniveau, Wohneigentum etc., erfüllen müssen, bevor sie einen städtischen Hukou erlangen können. Da jedoch nur die wenigsten Arbeitsmigranten die geforderten Kriterien erfüllen können, ist der Anteil derer, die bis heute von den Reformen profitieren konnten, nur verschwindend gering. Ein von der US Congressional-Executive Commission veröffentlichter Bericht kommt zu dem Schluss, dass die bis heute durchgeführten Reformen bei weitem nicht ausreichen und weiterer Handlungsbedarf seitens der Zentralregierung besteht. Die Kommission empfiehlt der chinesischen Zentralregierung unter anderem eine weitere Liberalisierung der Bedingungen, die zur Erlangung eines städtischen Hukou berechtigen und fordert sie außerdem auf, den Migranten den uneingeschränkten und gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen in den Städten (z.B. Schul- und Ausbildung, Gesundheitsfürsorge) zu ermöglichen (vgl. US CONGRESSIONAL-EXECUTIVE COMMISSION 2005, S. 1). Anfang 2008 hat das chinesische Ministerium für öffentliche Sicherheit dem Staatsrat einen Reformentwurf zum Hukou-System vorgelegt. Der Entwurf sieht folgende Schwerpunkte bei der Reform des Hukou-Systems vor (CIIC 04.03.2008):

A: Strengthening the infrastructure involved in household registration management and establishing a unified hukou registration system.

B: Adjusting migration policies. Having a "legal and fixed place of residence and stable work" will be used as the basic requirement for determining whether migrants can shift their hukou registration to small-city and township urban areas.

C: Mega-cities and major cities must maintain an appropriate population growth rate. Proper incentives should be made to absorb the rural population in surrounding areas, with downtown residents directed toward satellite towns, thus promoting the formation of a rational population layout and city expansion.

D: Speeding up the pace for the household registration legislation. The existing "Household Registration Ordinance" is partly in conflict with the contents of the new Criminal Law and Criminal Procedure Law.

Diese Reformvorschläge sehen bei weitem keine vollständige Liberalisierung des Hukou-Systems vor. Anfang 2008 gab jedoch Ma Liqiang, stellvertretender Minister der NDRC, im Rahmen einer Konferenz das kühne Ziel aus, wonach die ländliche Bevölkerung bis zum Jahr 2020 über dieselben Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten wie die eines Stadtbewohners verfügen soll (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 23.01.2008). Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich die chinesische Zentralregierung in den nächsten Jahren zu einer grundlegenden Reform oder gar Abschaffung des Hukou-Systems durchringt und falls ja, wie diese aussehen wird. Die Zentralregierung sieht sich hierbei jedoch dem Konflikt ausgesetzt, dass das Hukou-System auf der einen Seite die ländliche Bevölkerung und die Arbeitsmigranten benachteiligt, auf der anderen Seite jedoch durch seine Existenz bis zum heutigen Tage eine Slumbildung in den Großstädten weitestgehend ausgeblieben ist. Bereits jetzt sind die sozialen Sicherungssysteme in den Städten einer hohen Belastung ausgesetzt und die städtische Infrastruktur stößt in vielen Städten bereits an ihre Grenzen. Dies zeigt, dass eine vollständige Liberalisierung des Hukou-Systems unter den momentanen Bedingungen nicht machbar zu sein scheint.

Die Zentralregierung wird jedoch um eine Reform des Hukou-System nicht umhinkommen, da die Städte auch in den kommenden Jahrzehnten einem unvermindert anhaltendem Migrationsdruck ausgesetzt sein werden. Die UN gehen davon aus, dass sich die Urbanisierungsquote Chinas im Jahr 2030 auf rund 60% belaufen wird und die städtische Bevölkerung auf rund 880

Mio. Menschen angewachsen sein wird (vgl. POPULATION DIVISION OF THE DEPARTMENT OF ECONOMIC AND SOCIAL AFFAIRS OF THE UNITED NATIONS SECRETARIAT 2008). Dies würde bedeuten, dass die chinesischen Städte in weniger als einem Vierteljahrhundert mehr als 300 Mio. zusätzliche Menschen auffangen müssen. Die Notwendigkeit einer weitreichenden Reform wird seit geraumer Zeit auch von der Erkenntnis gestützt, dass es in der VR China bereits im Jahr 2010 zu einem Arbeitskräftemangel kommen könnte. Dieser Trend, der vor allem die arbeitsintensive Industrie trifft, tritt bereits jetzt schon in den boomenden Küstenstädten, und hier vor allem im Perl-Fluss-Delta, zutage. Einer Studie der CASS zufolge ist die Zahl überschüssiger Arbeitskräfte auf dem Land viel zu hoch eingeschätzt worden. Auf dem Land gebe es nicht wie bisher veranschlagt 100 bis 150 Millionen zusätzlicher Arbeitskräfte, sondern nur 52 Millionen unter 40 Jahren (vgl. CHINA DAILY 12.05.2007).

3.5 ZUSAMMENFASSUNG

Den Ausgangspunkt des Kapitels bildete die Beobachtung, dass in China zu Beginn des 21. Jahrhunderts hauptsächlich vier Dimensionen ausgeprägter räumlicher Gegensätze bestehen und die Feststellung, dass deren Reduzierung zu den größten Herausforderungen zählt, denen sich die chinesische Zentralregierung derzeit und in den kommenden Jahrzehnten gegenüber sieht. Aus diesem Kontext heraus wurden die eingangs formulierten Fragestellungen abgeleitet, die im Laufe des Kapitels beantwortet wurden. Die hierbei gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse, die für die zentrale Fragestellung der Arbeit von Relevanz sind, werden nachfolgend noch einmal zusammengefasst.

In Kapitel 3.1 wurde zunächst ein Überblick über theoretische Ansätze gegeben, mit denen Wissenschaftler verschiedener Disziplinen versuchen, die Frage zu beantworten, wie räumliche Ungleichgewichte entstehen und ob sie sich langfristig nivellieren oder verstärken. Hierbei wurde aufgezeigt, dass die verschiedenen Theorien jeweils mit spezifischen Problemen behaftet sind und sich daher eher ergänzen, als dass sie einander ersetzen können. Daraus resultierte auch die Feststellung, dass eine generelle Übertragbarkeit der in den Theorien formulierten idealtypischen Verlaufsformen regionaler Disparitäten auf konkrete Länderbeispiele, und somit auch auf die VR China, nur bedingt gegeben ist. LIEFNER (2006: 34) weist in diesem Kontext darauf hin, dass die chinesische Zentralregierung die Verschärfung personeller und regionaler Disparitäten bewusst in Kauf genommen hat, analog zur Williamson-Hypothese (vgl. Kap. 3.1.2.5) jedoch davon ausgeht, dass langfristig ein regionaler Ausgleich bei hohen Wachstumsraten stattfinden wird.

Die empirische Analyse der Disparitäten auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen in der VR China erfolgte in Kapitel 3.2. Die wesentlichen empirischen Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Nicht alle Landesteile und Bevölkerungsgruppen konnten mit der gleichen Intensität vom wirtschaftlichen Aufschwung Chinas profitieren. Dies hat dazu geführt, dass sich die räumlichen Disparitäten innerhalb Chinas im Zuge des marktwirtschaftlichen Transformationsprozesses und der außenwirtschaftlichen Öffnung deutlich verschärft haben.

2. Der Lebensstandard der Bevölkerung und das wirtschaftliche Entwicklungsniveau nehmen nahezu kontinuierlich von Osten nach Westen ab.
3. Die untersuchten Dimensionen räumlicher Gegensätze existieren nicht isoliert voneinander, sondern durchdringen und beeinflussen sich wechselseitig (vgl. Abb. 3.16).

Die in Kapitel 3.2.3.4 durchgeführte empirische Analyse der regionalen Disparitäten zwischen den drei Makroregionen Ost-Mitte-West hat offenbart, dass diese in erster Linie von den Disparitäten zwischen Ostchina und dem west-/zentralchinesischen Hinterland determiniert sind, da die Entwicklungsunterschiede zwischen Zentral- und Westchina nur marginal ausgeprägt sind. In Kapitel 3.2.3.5 wurde aufgezeigt, dass sich das ausgeprägte Regionalgefälle im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau auch bei den individuellen Einkommen der städtischen und ländlichen Bevölkerung niederschlägt und dass die Einkommenskluft zwischen beiden Bevölkerungsgruppen nahezu kontinuierlich von Osten nach Westen zunimmt.

Die empirische Analyse der Ost-West-Disparitäten hat zu folgenden Erkenntnissen geführt:

- Die Ost-West-Disparitäten (Indikator Pro-Kopf-BIP) haben sich nicht erst im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik, sondern tendenziell bereits seit Anfang der 1960er Jahre verschärft. Innerhalb des Untersuchungszeitraums (1952 bis 2008) hat sich jedoch der heftigste Anstieg in der ersten Hälfte der 1990er Jahre vollzogen.
- Zwischen 2004 und 2008 haben sich die Ost-West-Disparitäten, nachdem sie sich zuvor 14 Jahre kontinuierlich verschärft hatten, vier Jahre hintereinander verringert. Hierbei wurde jedoch aufgezeigt, dass ihr Rückgang nur vom im Vergleich zur Ostregion deutlich überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum einiger weniger Westprovinzen getragen wurde. Hieraus wurde geschlussfolgert, dass man nach derzeitigem Stand davon ausgehen kann, dass es in den kommenden Jahrzehnten nur einigen wenigen westchinesischen Provinzen, wie beispielsweise der Inneren Mongolei, gelingen wird, sich langsam aber stetig dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau Ostchinas anzunähern.
- Der empirisch gewonnene Befund, wonach sich zwischen 2004 und 2008 ein spürbarer und kontinuierlicher Rückgang der Ost-West-Disparitäten vollzogen hat, wurde schließlich als Indiz dafür gewertet, dass die Ende 1999 implementierte WDS einen wesentlichen Beitrag zur Minderung des Ost-West-Gefälles geleistet hat (vgl. Kap. 4.7). Dieser unmittelbare Zusammenhang, den auch andere Wissenschaftlern vermuten (z.B. FUN & SUN 2008), wurde zusätzlich von der empirisch gewonnenen Erkenntnis gestützt, dass sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts, sprich seit Initiierung der WDS, die interprovinziellen Disparitäten innerhalb der Westregion deutlich verschärft haben.

Die Interdependenz zwischen den in Kapitel 3.2.3 analysierten Disparitäten auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen lässt sich exemplarisch anhand der Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten der ethnischen Minderheiten und den Han-Gebieten illustrieren. Diese basieren nämlich im Wesentlichen auf dem Zusammenspiel zweier, sich positiv verstärkender und in die gleiche Richtung wirkender räumlicher Ungleichgewichte. In Kapitel 3.2.3.6 wurde dargelegt, dass die Mehrheit (77,2%) der nationalen Minderheiten in Westchina beheimatet ist, und dass die dort lebenden Minderheiten im Durchschnitt lediglich einen Urbani-

sierungsgrad von 18,5% (Volkszählung 2000) aufweisen (Ø Westchina: 28,8%, Ø VR China: 36,9%). Die empirische Analyse des Stadt-Land-Gefälles und der Einkommensunterschiede innerhalb der ländlichen Bevölkerung im Kontext interregionaler Disparitäten hatte zuvor ergeben, dass das Stadt-Land-Gefälle nahezu stetig von Ost nach West zunimmt, und dass innerhalb der ländlichen Bevölkerung ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle existiert. Diese empirischen Befunde liefern somit einen wesentlichen Erklärungswert, warum der Lebensstandard der meisten nationalen Minderheiten niedriger ausfällt, als der der Han-Majorität.

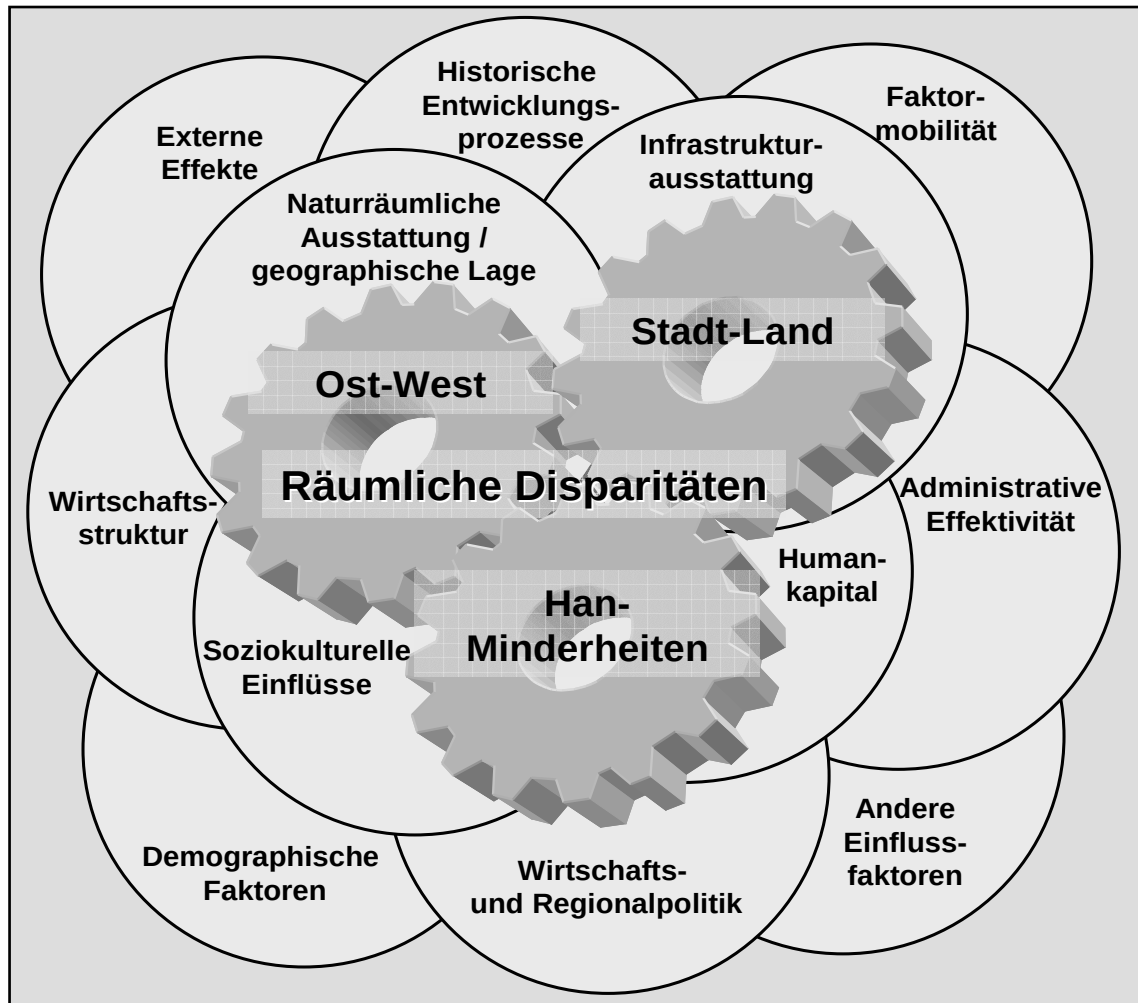


Abb. 3.16: Ursachen und Einflussfaktoren der drei interdependenten Dimensionen räumlicher Gegensätze in der VR China (eigene Darstellung)

Im Anschluss an die empirische Analyse der räumlichen Gegensätze wurde in Kapitel 3.3 eruiert, worin explizit die Ursachen des stark ausgeprägten Ost-West-Gefälles liegen und welche Faktoren zu seiner Verschärfung/Manifestierung beigetragen haben. Es wurde aufgezeigt, dass sie das Ergebnis eines für China spezifischen komplexen Zusammenspiels naturräumlicher, sozialer, demographischer, wirtschaftlicher, politischer, soziokultureller und historischer Faktoren sind (vgl. Abb. 3.16). Zunächst wurde dargelegt, dass regionale Ungleichgewichte keineswegs ein neues Phänomen, sondern seit jeher ein Charakteristikum des chinesischen Wirtschaftsraumes darstellen und dass die differenzierte naturräumliche Ausstattung und die geographische Lage der Regionen als wesentliche Ursachenfaktoren des ausgeprägten Regionalgefälles angesehen werden müssen. So weist insbesondere die Westregion aufgrund ihrer geographischen Lage an der Peri-

pherie des chinesischen bzw. asiatischen Wirtschaftsraumes, sowie den dort vorhandenen und überwiegend ungünstigen naturräumlichen Bedingungen (Klima, Boden und Relief) im Vergleich zur Küstenregion einen entscheidenden Standortnachteil auf. Dieser spiegelt sich dort vor allem in der niedrigen Bevölkerungsdichte, der geringen Produktivität des primären Sektors, dem geringen Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung und der unzureichenden infrastrukturellen Erschließung wider. Ferner wurde aufgezeigt, dass auch die sich im Laufe der chinesischen Geschichte herausgebildeten soziokulturellen Unterschiede innerhalb Chinas („gelbe Kultur“ vs. „blaue Kultur“) zur Entstehung und Manifestierung der interregionalen Disparitäten beigetragen haben. Gleiches gilt für historische Entwicklungsphasen und deren Erbe. So kam es beispielsweise in der Phase der Halbkolonialisierung Chinas zu einer räumlichen Konzentration ökonomischer Aktivitäten an der chinesischen Küste und damit zur Verstärkung der wirtschaftsräumlichen Dualisierung Chinas.

Im Hinblick auf den Entwicklungsverlauf der interregionalen Disparitäten seit Gründung der VR China hat sich herausgestellt, dass dieser insbesondere durch die von Mao Zedong und Deng Xiaoping in der Wirtschafts- und Regionalpolitik vorgenommenen Kurswechsel nachhaltig beeinflusst worden ist. Es wurde dargelegt, dass die von Mao verfolgte Wirtschafts- und Regionalpolitik, die auf eine homogene Entwicklung aller Regionen abzielte, trotz anfänglicher Erfolge letztendlich ihr Ziel verfehlt hat. Sie hat vielmehr die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in dieser Phase ausgebremst und zur weiteren Desintegration des chinesischen Wirtschaftsraumes beigetragen. Die Strukturfolgen der Raumordnungspolitik Maos wirken sich bis in die Gegenwart aus. Dies zeigt exemplarisch das Erbe, das die „Dritte Front“-Strategie in den Provinzen, die Bestandteil dieser Strategie waren, hinterlassen hat: monostrukturelle Ausrichtung auf die Schwerindustrie und hoher Anteil an zum Teil defizitären Staatsbetrieben am industriellen Output. Im Gegensatz zu Mao verfolgte Deng seit Beginn der 1978 eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik nicht mehr das Ziel einer ausgewogenen Regionalentwicklung, sondern forcierte stattdessen im Rahmen der Open Door Policy die einseitige Förderung der Küstenprovinzen. Dies hat dazu geführt, dass sich in China ein regional differenzierter Reform- und Öffnungsprozesses vollzogen hat, der zu einer weiteren Verschärfung des Regionalgefälles beigetragen hat. Die von Mao und Deng verfolgte Politik hat maßgeblichen Anteil daran, dass die drei Makroregionen Ost-Mitte-West erhebliche Unterschiede hinsichtlich ihrer regionalen Wirtschaftsstruktur aufweisen. So nehmen der wirtschaftliche Liberalisierungsgrad und der Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung nahezu kontinuierlich von Osten nach Westen ab. Entwicklungshemmend wirkt sich auch aus, dass die West- im Vergleich zur Ostregion immer noch eine ungünstige Sektoralstruktur aufweist.

In Kapitel 3.4 wurden dann abschließend die aktuellen Maßnahmen und Entwicklungsstrategien, die die chinesische Zentralregierung zur Minderung der interregionalen Disparitäten und des Stadt-Land-Gefälles ergriffen bzw. initiiert, dargestellt und erläutert. Die Implementierung der drei regionalen Entwicklungsstrategien *Western Development Strategy*, *Strategy of Rejuvenating Northeast China* und *Rise of Central China Strategy* wurden als Indiz dafür gewertet, dass die Zentralregierung versucht eine ausgewogene Regionalentwicklung herbeizuführen. Parallel dazu hat sie Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes ergriffen, um das

ausgeprägte Stadt-Land-Gefälle zu reduzieren. Hierzu gehören das im Jahr 2006 initiierte ländliche Entwicklungsprogramm „Building a New Socialist Countryside“, das „Development-Oriented Poverty Reduction Program for Rural China (2001-2010)“ und vereinzelte politische Maßnahmen (z.B. Abschaffung der Agrarsteuern und Lockerung des Hukou-Systems).

4 CHINAS „GO WEST“-POLICY: GENESE, ZIELE, MAßNAHMEN UND EFFEKTE

„The 'Develop the West' strategy is of great and far-reaching significance for accelerating the development of China's central and western regions, China's modernization and the resurgence of the Chinese nation.“

- Jiang Zemin, 1. April 2002 (XINHUA NEWS AGENCY 16.04.2002)

„China's West is not so much a region as a state project derived from three inter-related discourses – an appeal to equality, an exercise in nation-building, and a drive to colonise those parts of the PRC less integrated into Chinese society.“

- GOODMAN (2003: 3)

Die VR China ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit außerordentlichen innenpolitischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen konfrontiert. Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass eine der dringlichsten Herausforderungen darin besteht, die stark ausgeprägten regionalen Disparitäten innerhalb des Landes zu reduzieren. Viele der in Abbildung 2.3 dargestellten aktuellen Problemfelder spiegeln sich hierbei explizit im Ost-West-Gefälle wider. So nimmt von Osten nach Westen unter anderem die Zahl maroder Staatsbetriebe, das Stadt-Land-Gefälle und die zentrifugalen Kräfte unter den ethnischen Minderheiten zu, während parallel dazu das Bildungsniveau, der wirtschaftliche Entwicklungsstand, die infrastrukturelle Erschließung und der Lebensstandard der Bevölkerung nahezu kontinuierlich abnimmt. Dass die chinesische Zentralregierung sich dieser Problematik bewusst ist und der Entwicklung Westchinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts allerhöchste Priorität beimisst, bringt das einleitende Zitat des damaligen Ministerpräsidenten Jiang Zemin, der als eigentlicher Architekt der „Go West“-Policy gilt, zum Ausdruck.

Bereits seit Mitte der 1990er Jahre hatte sich ein sukzessiver Paradigmenwechsel in der chinesischen Regionalpolitik abgezeichnet, der schließlich Ende 1999 in Gestalt der WDS seinen Ausdruck fand. Stand im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik zunächst die Förderung der Küstengebiete im Fokus der regionalen Wirtschaftspolitik, so ist es nun das chinesische Hinterland. Die Initiierung der „Go West“-Policy zeigt, dass die chinesische Zentralregierung die ökonomischen, sozialen und politischen Folgekosten ihrer seit Reformbeginn betriebenen „verzerrten“ und primär wachstumsorientierten Regionalpolitik (→ Effizienz statt Gleichheit) mittlerweile kritisch bewertet. In Anlehnung an die Dengsche Strategie der „two overall situations“ (vgl. Kap. 4.2) verfolgt sie nun neue Ansätze einer ausgewogenen Regionalentwicklung, sprich sie vollzieht derzeit einen Kurswechsel weg von einer rein auf Wachstum hin zu einer mehr auf Ausgleich abzielenden Regionalpolitik. Das oben angeführte Zitat von David Goodman deutet jedoch daraufhin, dass die Zentralregierung mit ihrer „Go West“-Policy nicht nur regional- und wirtschaftspolitische Ziele verfolgt. Wie sich im weiteren Verlauf der Arbeit zeigen wird, verfolgt sie mit ihr ein breit gefächertes Spektrum von zum Teil interdependenten wirtschafts-, regional-, umwelt-, außen-, innen-, sicherheits-, partei-, gesellschafts- und sozialpolitischen Zielen (vgl. Tab. 4.1).

Die sich derzeit unter wirtschafts- und regionalpolitischen Gesichtspunkten abzeichnende Hinwendung zur Westregion stellt in der chinesischen Geschichte jedoch nichts grundlegend Neu-

es dar. In nahezu jeder Epoche wurde die Erschließung/Entwicklung der Westgebiete, wenngleich mit unterschiedlichen Maßnahmen und aus unterschiedlichen Motiven heraus, mehr oder minder stark forciert (vgl. Kap. 4.1). Und auch seit Gründung der VR China hat die Zentralregierung unterschiedliche Ansätze zur Entwicklung der rückständigen Westregion verfolgt (z.B. Aufbau der „Dritten Front“-Gebiete). Bis heute ist es jedoch der chinesischen Zentralregierung nicht gelungen, das Ost-West-Gefälle nachhaltig und spürbar zu mindern. Lediglich von Anfang der 1950er Jahre bis Anfang der 1960er Jahre, sieht man einmal von der Phase des „Großen Sprung nach vorn“ ab, hatten sie sich spürbar verringert. Seitdem lässt sich bis auf wenige temporär begrenzte Phasen ein nahezu kontinuierlicher Anstieg der Ost-West-Disparitäten feststellen. Eine dieser „Interimsphasen“ stellt der Zeitraum 2005 bis 2008 dar, in dem sich die Ost-West-Disparitäten, nachdem sie sich zuvor 14 Jahre kontinuierlich verschärft hatten, vier Jahre hintereinander verringert haben (vgl. Abb. 3.11). Ob es sich hierbei um eine nachhaltige Trendumkehr handelt, werden erst die kommenden Jahre zeigen. In diesem Zusammenhang wurde die empirisch gestützte These aufgestellt, dass für den Rückgang in erster Linie die WDS verantwortlich ist.

Betrachtet man die (förder-)politischen Maßnahmen/Instrumente, die die Zentralregierung bisher im Rahmen der WDS zur Entwicklung Westchinas ergriffen bzw. angewendet hat, dann wird deutlich, dass diese primär auf eine Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und des Investitionsklimas in den westchinesischen Provinzen ausgerichtet sind. Im Wesentlichen konzentriert sie sich dabei auf den Einsatz infrastruktur- und investitionspolitischer Maßnahmen. Durch den Aus- und Aufbau der materiellen, immateriellen und institutionellen Infrastruktur sowie einer gezielten sektoralen und regionalen Investitionsförderung soll die Attraktivität der westchinesischen Provinzen als Investitionsstandort für aus- und inländische Unternehmen verbessert werden. Die schwerpunktmäßige Ausrichtung der WDS deutet zudem darauf hin, dass die Zentralregierung keine Förderung nach dem „Gießkannenprinzip“ praktiziert, sondern sich zunächst auf die Förderung bereits hinreichend entwickelter regionaler Wachstumskerne konzentriert.

Eine derart groß angelegte Entwicklungskampagne wie die WDS ruft jedoch unweigerlich auch Kritiker und Skeptiker auf den Plan. Über das Pro und Contra der „Go West“-Policy und die wahren Ziele/Motive, die die Zentralregierung mit ihr verfolgt, wird auch unter Wissenschaftlern verschiedener Fachdisziplinen eine kontroverse Debatte geführt. Während ihre Befürworter primär ihre positiven Effekte für die sozioökonomische Entwicklung Westchinas unterstreichen bzw. auf ihre positiven Wachstums- und Verteilungswirkungen verweisen, sehen die Kritiker in ihr vielmehr eine Politik, die im Kern darauf abzielt, die zentrifugalen Tendenzen unter den ethnischen Minderheiten zu unterdrücken und die Versorgung der wirtschaftlich prosperierenden Küstengebiete mit Rohstoffen und Energie sicherzustellen.

Aus den vorangegangenen Ausführungen lässt sich der nachstehende Fragenkomplex, der im folgenden Kapitel beantwortet werden soll, ableiten:

- **Welche historischen Entwicklungsphasen haben die westchinesischen Randgebiete durchlaufen?**
- **Was hat die chinesische Zentralregierung dazu bewogen, Ende 1999 die WDS zu initiieren? (→ Genese/Hintergründe)**
- **Welche offiziellen und inoffiziellen Ziele/Motive verfolgt die Zentralregierung mit ihrer „Go West“-Policy?**
- **Welche (förder-)politischen Maßnahmen und Instrumente hat die Zentralregierung bisher im Rahmen der WDS zur Entwicklung Westchinas ergriffen bzw. angewendet?**
- **Hat die Westregion durch die WDS bereits einen spürbaren Wachstums- und Entwicklungsschub erfahren? (→ Wirkungsanalyse)**
- **Welche Stärken und Schwächen weist die Entwicklungsstrategie auf? (→ Bewertung)**
- **Welche flankierenden Maßnahmen sollte die Zentralregierung ergreifen, um das Entwicklungsgefälle zwischen Ost- und Westchina nachhaltig und spürbar zu mindern? (→ Handlungsempfehlungen)**

Der Aufbau des Kapitels orientiert sich eng an den zuvor formulierten Fragestellungen. In Kapitel 4.1 wird zunächst ein Überblick über die historischen Entwicklungsphasen, die die Westregion vom ersten Kaiserreich bis heute durchlaufen hat, gegeben. Im Anschluss daran werden in Kapitel 4.2 die Genese der „Go West“-Policy und die Hintergründe, die zu ihrer Initiierung geführt haben, aufgezeigt. Gegenstand von Kapitel 4.3 wird sein, die räumliche Abgrenzung der Westchina-Förderregion zu beleuchten, während in Kapitel 4.4 der institutionelle und organisatorische Rahmen der WDS dargelegt und diskutiert wird. Die Frage, welche offiziellen und inoffiziellen Ziele/Motive die chinesische Zentralregierung mit ihrer „Go West“-Policy verfolgt, wird in Kapitel 4.5 erörtert. Kapitel 4.6 wird sich dann mit den (förder-)politischen Maßnahmen und Instrumentarien, die bisher im Rahmen der WDS zur Entwicklung Westchinas ergriffen bzw. angewendet wurden, auseinandersetzen. Auf Grundlage der in den vorangegangenen Kapiteln gewonnenen Erkenntnisse wird abschließend in Kapitel 4.7 eine dezidierte Wirkungsanalyse und Bewertung der Stärken und Schwächen der Entwicklungsstrategie vorgenommen, und es werden zusätzliche flankierende Maßnahmen, die die Zentralregierung zur Minderung des Ost-West-Gefälles ergreifen sollte, aufgezeigt und diskutiert.

4.1 ERSCHLIEßUNG UND ENTWICKLUNG DER WESTREGION VOM ERSTEN KAISERREICH BIS HEUTE

4.1.1 Vom ersten Kaiserreich bis zur Gründung der VR China

In Kapitel 2.1 wurde bereits dargelegt, dass die Ausdehnung des chinesischen Territoriums, sprich der Einflussbereich der chinesischen Dynastien in Asien, in der Vergangenheit starken Schwankungen unterlag. Mit dem nachfolgend erläuterten Verlauf der chinesischen Geschichte soll in diesem Zusammenhang aufgezeigt werden, dass in nahezu jeder Epoche die wirtschaftliche Erschließung der Westgebiete und ihre dauerhafte Integration in das chinesische Reich mehr oder minder stark forciert wurde.

In der Qin-Dynastie (221-206 v. Chr.) wurden erstmals sämtliche chinesischen Königreiche zu einem Reich vereint. Mit Xianyang als Hauptstadt befand sich das wirtschaftliche und politische Zentrum in der heutigen Westprovinz Shaanxi (vgl. YEUNG & LI 2004, S. 7). Wie aus Abbildung 4.1 ersichtlich, verlief die damalige Westgrenze des Reiches von Bayan Nur (Innere Mongolei) über Lanzhou (Provinzhauptstadt von Gansu) bis nach Chengdu (Provinzhauptstadt von Sichuan). Die westliche Ausdehnung des Reiches schloss somit nur einen geringen Bruchteil des heutigen Westchinas mit ein. Erst im Laufe der Han-Dynastie (206 v. Chr. bis 220) setzte die erste bedeutende Expansionswelle gen Westen ein. In dieser Epoche wurden zahlreiche Stammesgruppen im Nord- und Südwesten unterworfen (vgl. LI et al. 2004, S. 30).

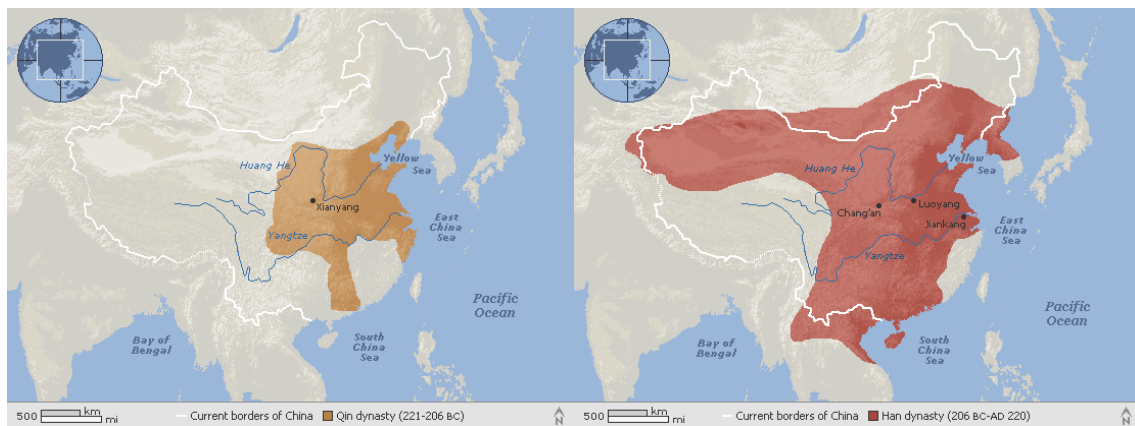


Abb. 4.1: Qin-Dynastie

Abb. 4.2: Han-Dynastie

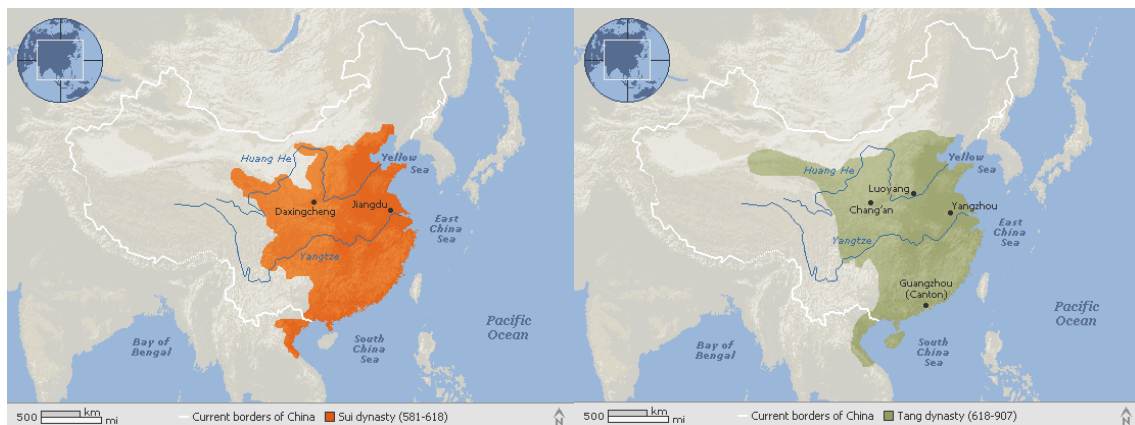


Abb. 4.3: Sui-Dynastie

Abb. 4.4: Tang-Dynastie

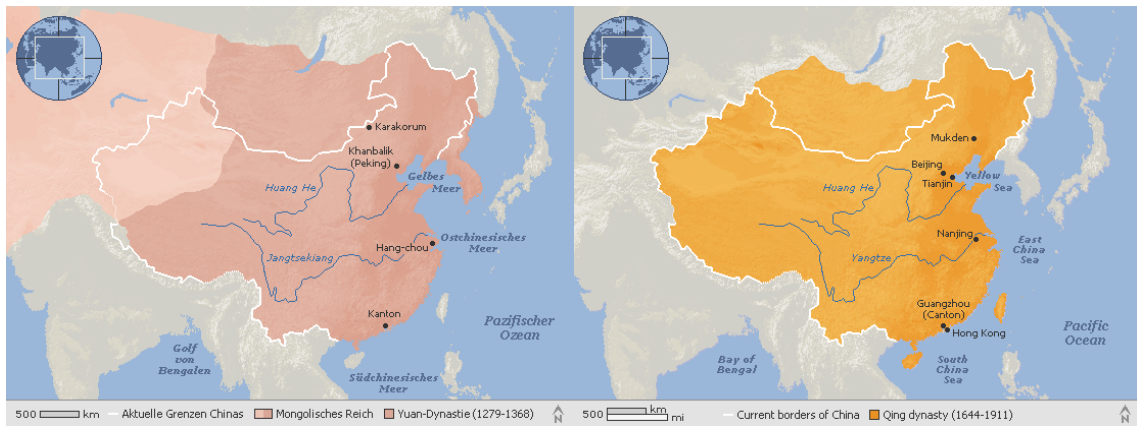


Abb. 4.5: Yuan-Dynastie

Abb. 4.6: Qing-Dynastie

Abb. 4.1 bis 4.6: Territoriale Ausdehnung der Qin-, Han-, Sui-, Tang-, Yuan- und Qing-Dynastie (MICROSOFT® ENCARTA® ENZYKLOPÄDIE 2007)

Aus Abbildung 4.2 geht hervor, dass die Han das chinesische Reich im Nordwesten bis ins Tarim-Becken und im Südwesten bis in die nördlichen Landesteile der heutigen Staaten Myanmar, Laos und Vietnam ausdehnten. Bereits zu dieser Zeit festigte die Zentralregierung die administrative Kontrolle über die annektierten Westgebiete durch die Implementierung eines Verwaltungssystems auf der Basis von Kreisen. Darüber hinaus wurde in dieser Phase die landwirtschaftliche Erschließung der westchinesischen Randgebiete massiv vorangetrieben. So wurden alleine im Nordwesten innerhalb eines Jahrhunderts mehr als 500.000 mu (ca. 33.300 ha) an landwirtschaftlicher Nutzfläche von umgesiedelten Bauern neu erschlossen (vgl. LI et al. 2004, S. 30; YEUNG & LI 2004, S. 12f.). Mit der staatlich forcierten Migration von Han-Bauern in die annektierten Westgebiete strebte die Zentralregierung zugleich auch die Assimilation der unterworfenen Völker an. So wurden alleine im Jahr 127 ungefähr 100.000 Bauern in Shuofeng, im Nordwesten des Ordos-Bogens (Innere Mongolei), angesiedelt (vgl. GERNET 1988, S. 110). Die Expansion des chinesischen Reiches nach Zentralasien beflügelte unterdessen auch die wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Gebieten, da durch die vollständige Öffnung des östlichen Endes der Seidenstraße der Handel zwischen China und dem Mittelmeerraum aufblühte.

Die zweite bedeutende Expansions-/Erschließungswelle vollzog sich im Verlauf der Sui-Dynastie (581–618) und der Tang-Dynastie (618–907). Wenngleich die westliche Ausdehnung beider Reiche bedeutend kleiner war, als in der Han-Dynastie (vgl. Abbildungen 4.3 und 4.4), erfuhren die westlichen Gebiete in dieser Phase einen deutlichen Entwicklungsschub. Ausgehend von der Guangzhong-Ebene, die nach wie vor mit der Hauptstadt Xi'an das politische und wirtschaftliche Zentrum des Reiches bildete, wurde die infrastrukturelle Erschließung Westchinas durch den Bau von Straßen, Kanälen und Bewässerungssystemen massiv vorangetrieben (vgl. LI et al. 2004, S. 32). Diese Periode war darüber hinaus gekennzeichnet von einem hohen Grad an wirtschaftlicher Offenheit, da die damalige Hauptstadt Xi'an durch die Seidenstraße mit zahlreichen zentral-, ost- und westasiatischen Ländern verbunden war (vgl. YEUNG & LI 2004, S. 13). Unter der Herrschaft der Tang erreichte schließlich auch das chinesische Verwaltungssystem seine Reifezeit. Das Reichsterritorium wurde in Provinzen, Präfekturen (Bezirke, die zum Teil unter militärischer Verwaltung standen) und Unterpräfekturen (Kreise) aufgegliedert. Das

zentralistische Verwaltungssystem ermöglichte der Zentralregierung systematisch Steuern einzutreiben, öffentliche Arbeiten, wie den Bau von Straßen und Kanälen, zu organisieren und das chinesische Reich erfolgreich zu verteidigen (vgl. GERNET 1988, S. 207; KRANEWITTER 2005, S. 127f.).

Nach mehreren Jahrhunderten, die überwiegend von kriegerischen Auseinandersetzungen mit benachbarten Staaten und politischen Umstürzen im Inland geprägt waren, setzte erst im Verlauf der Yuan-Dynastie (mongolische Dynastie, 1279-1368) die dritte bedeutende Erschließungsphase in der Westregion ein. Wie aus Abbildung 4.5 ersichtlich, erstreckte sich das chinesische Reich unter den Yuan mit Ausnahme der heutigen Provinz Xinjiang über das gesamte chinesische Territorium in seiner heutigen Ausdehnung und schloss darüber hinaus die äußere Mongolei und die koreanische Halbinsel mit ein. Unter den Yuan erfuhr die landwirtschaftliche Erschließung der Westgebiete einen weiteren Schub. In weniger als einem Jahrhundert wurden durch Armeeangehörige und Bauern in Westchina ungefähr 1,5 Mio. mu (ca. 100.000 ha) an landwirtschaftlicher Nutzfläche neu erschlossen. Stimulierend auf die wirtschaftliche Entwicklung Westchinas wirkte sich in dieser Phase auch aus, dass unter den Yuan in den westlichen Gebieten erstmals eine einheitliche Währung eingeführt wurde, was zu einer deutlichen Belebung des Binnenhandels führte (vgl. LI et al. 2004, S. 32f.; YEUNG & LI 2004, S. 14).

Die letzte große Erschließungswelle vollzog sich dann schließlich in der ersten Hälfte der Qing-Dynastie (1644 – 1911) unter den drei Qing-Kaisern Kangxi, Yongzheng und Qianlong (1662-1796). Unter den Qing erreichte das chinesische Reich im Jahr 1759 mit einer Fläche von 11,5 Millionen km² seine größte Ausdehnung (vgl. Abb. 4.6; zum Vergleich: das Territorium der VR China erstreckt sich auf rund 9,6 Mio. km²). Die Verwaltung der neu hinzugewonnen Territorien war jedoch nicht einheitlich. So genoss beispielsweise Tibet den Status eines relativ liberalen Protektorats, während Xinjiang militärisch besetzt und verwaltet war. Unter den Qing trat das chinesische Reich schließlich im 18. Jahrhundert in eine Ära des Wohlstands ein, der auf einem rapiden Aufschwung der Landwirtschaft, des Handwerks und des Handels beruhte. Die Agrarpolitik der Qing begünstigte hierbei vor allem die Kleinbauern, da diese nur mäßig besteuert wurden. Stimulierend auf die wirtschaftliche Entwicklung Westchinas wirkten sich in dieser Phase der gut funktionierende Binnenmarkt und der florierende Außenhandel aus. Ganz China war zu dieser Zeit von einem engmaschigen Handelsnetz überzogen, dass darüber hinaus auch die Mongolei, Zentralasien und ganz Südostasien mit einbezog (vgl. GERNET 1988, 406f.; LI et al. 2004, S. 33; YEUNG & LI 2004, S. 14f.).

Im Zuge der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Kolonialisierung Chinas verloren die Westgebiete jedoch zusehends an wirtschaftlicher Bedeutung (vgl. Kap. 2.1.1.2). Die Konvention von Chongqing 1890 führte zwar zur Öffnung der Stadt für den Handel mit den Westmächten, weitere Städte im Westen folgten jedoch nicht, da der primäre Fokus der Kolonialmächte auf der wirtschaftlichen Öffnung der Küstenregion lag (vgl. Abb. 2.1). Die von den Kolonialmächten neu geschaffenen Eisenbahn- und Schifffahrtsverbindungen zwangen China ein Standortschema auf, das die Küstenregion bevorzugte und traditionelle Wirtschaftszentren im Landesinneren, wie beispielsweise die ehemalige Hauptstadt Xi'an, verkümmern ließ. Die dadurch hervorgerufenen regionalen Verzerrungen führten dazu, dass sich in dieser Phase kein

geschlossener Binnenmarkt entwickeln konnte (vgl. WEGGEL 2002, S. 73f.). Die Kolonialisierung Chinas hinterließ darüber hinaus das Erbe, dass der chinesische Wirtschaftsraum bis heute in zwei unterschiedliche Wirtschaftszonen geteilt ist: das kommunistisch beherrschte Festland und die westlich orientierten Gebiete Hong Kongs, Macaos und Taiwans.

Durch die Invasion der Japaner in China während des zweiten Japanisch-Chinesischen Krieges (1937-1945) verlagerte sich der wirtschaftliche und politische Schwerpunkt jedoch für kurze Zeit abermals nach Westchina. Die Stadt Chongqing, die kurzerhand zur Interimshauptstadt erklärt wurde, bildete in dieser Phase das politische Zentrum des Landes. Aufgrund der abgelegenen geographischen Lage blieb Westchina weitestgehend von den japanischen Invasoren verschont. Dies führte dazu, dass viele wichtige Fabriken und Anlagen in die Westregion verlagert wurden und sie in dieser Phase zur Industriebasis ausgebaut wurde. Aufzeichnungen belegen, dass alleine zwischen 1938 und 1942 ca. 639 Fabriken ins Landesinnere verlagert wurden und zwischen 1937 und 1944 ungefähr 4.966 neue Industriebetriebe im Westen entstanden. (vgl. Li et al. 2004, S. 35f.).

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass die Erschließung der Westgebiete in nahezu jeder Epoche, wenngleich mit unterschiedlichen Maßnahmen und aus unterschiedlichen Motiven heraus, mehr oder minder stark forciert wurde. Es wurde jedoch dargelegt, dass die territoriale Ausdehnung des chinesischen Reiches im Westen aufgrund wechselnder politischer und militärischer Rahmenbedingungen starken Schwankungen unterlag. Die folgenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Motive dürften die chinesischen Dynastien jedoch immer wieder aufs Neue dazu bewogen haben, ihren Einflussbereich gen Westen auszudehnen, respektive ihn dort zu festigen:

- Vergrößerung der Einflussosphäre bei gleichzeitiger Sicherung der Außengrenzen
- Assimilation / Integration von anderen Stammesgruppen und Völkern durch Immigration und den Aufbau eines adäquaten Verwaltungssystems
- Erschließung von Ressourcen und Steigerung der Agrarproduktion
- Vergrößerung des Wirtschaftsraumes und stärkere Entfaltung des Handels mit Zentralasien und Europa

Obwohl die Erschließung der Westregion für nahezu jede chinesische Zentralregierung einen mehr oder minder hohen Stellenwert besaß, büßte die Region über die Jahrhunderte hinweg allmählich an Bedeutung ein, da sich das politische und wirtschaftliche Gravitationszentrum des chinesischen Reiches graduell nach Osten verlagerte. Der politische Schwerpunkt Chinas verschob sich, wie sich an der Verlegung der Hauptstädte ablesen lässt, im Laufe der Jahrhunderte etappenweise entlang der so genannten „Xi'an-Luoyang-Kaifeng-Achse“ bis nach Beijing (vgl. YEUNG & LI 2004, S. 7). Und auch der wirtschaftliche Schwerpunkt verlagerte sich bereits seit dem 11. Jahrhundert sukzessive nach Süden und im Zuge der Kolonialisierung Chinas schließlich in die chinesischen Küstengebiete.

4.1.2 Von der Gründung der VR China bis heute

Seit Gründung der VR China durchlief die Westregion unter dem Eindruck sich wandelnder verteidigungs-, wirtschafts- und regionalpolitischer Ziele der Zentralregierung in relativ kurzem Zeitraum verschiedene Entwicklungsphasen. Wie in Kapitel 3.3.2 bereits dargelegt, standen seit 1949 in zum Teil rascher Abfolge verschiedene Industriesektoren, Regionen und entwicklungspolitische Ziele im Fokus der wirtschafts- und regionalpolitischen Arbeit der Zentralregierung. Im Hinblick auf die von der Zentralregierung in der Regionalpolitik vorgenommenen Kurswechsel lässt sich die Entwicklung Westchinas von 1949 bis heute grob generalisiert in drei Zeitabschnitte unterteilen:

1. 1949–1978 ausgewogene Regionalentwicklung:

- a) **1949–1972 starke Förderung:** Da die ausgeprägten interregionalen Disparitäten dem Prinzip des Egalitarismus zuwiderliefen, strebte die chinesische Zentralregierung unter Maos Führung von 1949 bis Anfang der 1970er Jahre zunächst eine ausgewogene Regionalentwicklung an. Parallel dazu verfolgte sie unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten im Rahmen der „Dritten Front“-Strategie, die besonders intensiv von Mitte der 1960er Jahre bis Anfang der 1970er Jahre umgesetzt wurde, das Ziel, fernab von der Küste im chinesischen Hinterland autarke Wirtschaftsregionen zu errichten. Wie sich aus Tabelle 3.31 entnehmen lässt, erhöhte sich der Anteil der Westregion an den staatlichen Aufbauinvestitionen in dieser Phase deutlich von 18% im 1. FJP (1953–1957) auf rund 35% im 3. FJP (1966–1970).
- b) **1973 – 1978 abnehmende Förderung:** Unter Maos Führung hatte die chinesische Volkswirtschaft aufgrund ihrer nach innen gerichteten Entwicklungsstrategie, mit der die wirtschaftliche Autarkie Chinas angestrebt wurde, im internationalen Vergleich rapide an Bedeutung verloren. Sie konnte zusehends nicht mehr mit der technologischen Entwicklung der westlichen Industriestaaten Schritt halten. Als sich dann Anfang der 1970er Jahre schließlich eine Entspannung der außenpolitischen Lage abzeichnete, begann die Zentralregierung beim Aufbau der Wirtschaft sukzessive den Fokus auf die Einführung moderner ausländischer Technologien und Anlagen zu legen, um den wirtschaftlichen Anschluss an die fortgeschrittenen Ökonomien des Westens nicht gänzlich zu verlieren. Da sich der wirtschaftliche und technologische Austausch mit dem Ausland am besten in den Küstenstädten realisieren ließ, zeichnete sich bereits in dieser Phase eine graduelle Neuausrichtung der regionalen Entwicklungspolitik zugunsten der Küstengebiete ab. Im Osten Chinas wurden bereits zu diesem Zeitpunkt die ersten industriellen Großprojekte auf der Basis eingeführter ausländischer Anlagen und Technologien realisiert (vgl. FAN 2004, S. 87). So waren bereits Anfang der 1970er Jahre 27 der insgesamt 47 aus dem Ausland importierten Produktionsanlagen für die Küstenprovinzen bestimmt (vgl. SCHÜLLER & KRIETE 2002, S. 1143). Wie aus Tabelle 3.31 hervorgeht, vergrößerte sich der Anteil der Ostregion an den staatlichen Aufbauinvestitionen in dieser Phase bereits deutlich von 26,9% im 3. FJP (1966–1970) auf 35,5% im 4. FJP (1971–1975) und schließlich auf 42,2% im 5. FJP (1976–1980). Der Anteil der Westre-

tion an den staatlichen Aufbauinvestitionen verringerte sich dementsprechend stetig von 34,9% im 3. FJP auf 24,5% im 4. FJP und schließlich auf 19,9% im 5. FJP.

2. 1979-1995 unausgewogene Regionalentwicklung:

a) **1979 – 1991 schwache Förderung:** Nach Maos Tod übernahmen Ende der 1970er Jahre die reformorientierten Kräfte um Deng Xiaoping die Führung innerhalb der Zentralregierung. Unter Dengs Führung verabschiedete sich die Zentralregierung nun endgültig von der maoistischen Regionalpolitik, die eine möglichst homogene und gleichmäßige Entwicklung aller Gebiete und Regionen zum Ziel hatte. Im Zuge der von Deng initiierten Reform- und Öffnungspolitik wurde ein radikaler Kurswechsel in der Wirtschafts- und Regionalpolitik vollzogen. Im Fokus der Regionalpolitik stand fortan nicht mehr das Ziel, die regionalen Unterschiede in der ökonomischen Leistungsfähigkeit abzubauen, sondern man forcierte stattdessen in Anlehnung an den Wachstumspolansatz⁶² die Politik eines unausgeglichene regionalen Wachstums. Indem die Zentralregierung zunächst nur die Küstenprovinzen für ausländische Investoren öffnete und ihnen Schritt für Schritt mehr Sonderrechte („Preferential Policies“) gewährte, gestand sie zunächst nur ihnen zu, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren und sich damit wirtschaftlich wesentlich rascher zu entwickeln, als der Rest des Landes. Die Zentralregierung nahm zu diesem Zeitpunkt eine Zunahme der interregionalen Disparitäten bewusst in Kauf. Mit ein Hauptgrund für die einseitige Förderung der Küstenprovinzen dürfte gewesen sein, dass sich die angestrebte Einbindung der chinesischen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung, und hier insbesondere die Attrahierung von ADI, am ehesten in den Küstenprovinzen realisieren ließ, da diese im Vergleich zum Rest des Landes eine Reihe von Standortvorteilen aufweisen konnten. Die im Zuge der „Open Door Policy“ initiierte Coastal Development Strategy zog einen deutlichen Anstieg staatlich gelenkter Investitionen in der Ostregion nach sich. So vergrößerte sich ihr Anteil an den staatlichen Aufbauinvestitionen von 42,2% im 5. FJP (1976-1980) auf 51,7% im 7. FJP (1986-1990) und erreichte schließlich im 8. FJP (1991-1995) mit 54,2% seinen vorläufigen Höhepunkt. Der Anteil der Westregion verringerte sich demgegenüber kontinuierlich weiter von 19,9% im 5. FJP auf 14,7% im 8. FJP.

b) **1992 – 1995 zunehmende Förderung:** Anfang der 1990er Jahre zeichnete sich bereits eine Kurswechsel in der Regionalpolitik ab, der auf eine sukzessive Abkehr von der einseitigen Bevorzugung der Ostregion hindeutete. So hob die Zentralregierung im Jahr 1992 die Abschottung des Binnenlandes gegenüber ausländischen Investoren auf, indem sie sämtlichen Provinzhauptstädten der Binnenprovinzen den Status einer offenen Stadt verlieh. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Öffnung von fünf Städten entlang

⁶² Die Polarisierungstheorie (vgl. Kap. 3.1.2.2) fand in Form des Wachstumspolansatzes Eingang in die Praxis der regionalen Wirtschaftsförderung. Der Grundgedanke dieses Ansatzes besteht darin, dass eine flächenhafte Förderpolitik in wirtschaftlich unterentwickelten Regionen in Anbetracht knapper Mittel nicht viel Erfolg haben kann. Aus diesem Verständnis heraus wurde das Ziel definiert, zunächst geeignete Ballungsräume zu fördern, die bereits Ansätze von Wachstumspolen aufweisen, um durch räumlich konzentrierte Förderung die gewünschten räumlichen Ausbreitungs-

des Yangtze neben Yueyang, Wuhan, Jiujiang und Wuhu auch Chongqing zu einer offenen Stadt erklärt. Ausgehend von Shanghai mit seiner 1990 errichteten SWZ Pudong, das man fortan als „Drachenkopf“ bezeichnete, sollte künftig die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Yangtze-Einzugsgebietes vorangetrieben werden. In den Jahren 1992/93 wurden zudem 13 Grenzstädte für ausländische Investoren geöffnet, indem man dort so genannte wirtschaftliche Grenskooperationszonen (National Border and Economic Cooperation Zones (BECZs); vgl. Kap. 5.3.3.3) errichtete (vgl. THE STATE COUNCIL OF THE PRC 1992a; THE STATE COUNCIL OF THE PRC 1992b). Im Jahr 1994 wurde schließlich die aktive Lenkung ausländischer Investitionen in die Binnenprovinzen zur offiziellen Politik erklärt (vgl. LIEFNER 2005, S. 28). Ein weiterer Beleg für den sich allmählich abzeichnenden Bewusstseinszuwachs innerhalb der Zentralregierung, den Fokus künftig wieder verstärkt auf die unterentwickelten Provinzen im Hinterland richten zu müssen, stellt die 1994 erfolgte Initiierung des „State Seven-Year Plan to Help 80 Million People Get Out of Poverty“ dar. Dieser war nämlich vor allem an die Zentral- und Westprovinzen adressiert, da dort der Großteil der Bedürftigen lebte und nach wie vor lebt.

3. 1996 bis heute koordinierte/ausgewogene Regionalentwicklung:

Bereits Anfang der 1990er Jahre deutete sich an, dass die von der Zentralregierung erhofften Diffusionseffekte, die von den Küstenprovinzen ausgehen und die wirtschaftliche Entwicklung der Binnenprovinzen stimulieren sollten, räumlich nur eine sehr begrenzte Wirkung entfaltet hatten. Stattdessen verschärften sich die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den drei Makroregionen Ost-Mitte-West in dieser Phase weiter; insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre kam es zu einem rapiden Anstieg der interregionalen Disparitäten (vgl. Abb. 3.11). Vor diesem Hintergrund verstärkte die Zentralregierung seit Mitte der 1990er Jahre wieder ihr regionalpolitisches Engagement im chinesischen Hinterland. So wurde im 9. FJP (1996-2000) zunächst eine koordinierte Entwicklung aller Regionen als regionalpolitisches Ziel ausgegeben, um das wirtschaftliche Entwicklungsgefälle zwischen den Regionen graduell zu mindern (LI 1996): „[...] *stick to coordinated economic development among different areas and gradually narrow the gaps between them* [...]“. Der 9. FJP sah unter anderem die Umsetzung folgender Maßnahmen vor, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung in Zentral- und Westchina stimuliert werden sollte: Auf- und Ausbau der Infrastruktur, Steigerung staatlicher Aufbauinvestitionen, Transfer von arbeits- und ressourcenintensiven Industriebetrieben ins Landesinnere und Stärkung der Kooperation zwischen den drei Makroregionen. Da sich die interregionalen Disparitäten jedoch auch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, wenn auch weniger drastisch als in der ersten Hälfte, weiter verschärft hatten, wurde daraufhin im 10. FJP (2001-2005) festgelegt, die Maßnahmen zu ihrer Reduzierung zu intensivieren (ZHU 2001): „[...] *efforts should be intensified to adjust the patterns of economic development between different industries, between different regions, and between urban and*

und Multiplikatoreffekte auszulösen. Wichtige Instrumente sind hierbei die Schaffung von Kapitalanreizen und der Infrastrukturausbau in den geeigneten Ballungsräumen (vgl. BATHELT & GLÜCKLER 2002, S. 74; MAIER et al. 2006, S. 167).

rural areas, with emphasis on the industrial structure.“ Im 11. FJP (2006-2010) wurde dann schließlich erstmals seit Reformbeginn wieder der Terminus „ausgewogene Entwicklung“ verwendet und zum regionalpolitischen Leitsatz erhoben (NDRC 2006a, S. 4): *„Promoting balanced development between urban and rural areas and among regions.“* Konzentrierte man sich im Laufe des 10. FJP noch auf die Förderung der Westregion, so sieht der 11. FJP nun eine konzertierte Förderung der Nordost-, Zentral- und Westregion vor. Neben der bereits Ende 1999 implementierten WDS wurden mit *Rejuvenation of Northeast China* (seit 2003) und *Rise of Central China* (seit 2005) zwei weitere regionsspezifische Entwicklungsprogramme/-strategien aufgelegt (vgl. NDRC 2006a, S. 20). Gleichwohl hat die Zentralregierung im 11. FJP jedoch auch festgeschrieben, dass sie der Ostregion als Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auch in Zukunft eine übergeordnete Bedeutung beimessen wird (NDRC 2006a, S. 20): *„Encouraging the Eastern Region to take lead in development.“* Die von der Zentralregierung seit Mitte der 1990er Jahre ergriffenen Maßnahmen zur Minderung des Regionalgefälles, und hier insbesondere die 1999 initiierte WDS, stellen in gewisser Weise die Umsetzung der Dengschen Strategie der „two overall situations“ (vgl. Kap. 4.2) dar, wie der damalige Ministerpräsident Zhu Rongji in einem Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua Anfang 2000 bestätigte (CENTRAL PEOPLE’S GOVERNMENT OF THE PRC 2000): *„Actually the development of China’s west was part of Comrade Deng Xiaoping’s strategic thinking that he put forward as early as in the 1980s, concerning the two overall situations about the development of China.“* Die Hinwendung zur Westregion seit Mitte der 1990er Jahre spiegelt sich auch in der regionalen Verteilung der staatlichen Aufbauinvestitionen wider (vgl. Tab. 3.31). So erhöhte sich der Anteil Westchinas an den staatlichen Aufbauinvestitionen deutlich von 14,7% im 8. FJP (1991-1995) auf 23,7% im 9. FJP (1996-2000) und schließlich auf 33% im 10. FJP (2001-2005).

4.2 GENESE DER „GO WEST“-POLICY

Wie weiter oben bereits dargelegt, verfolgte die chinesische Zentralregierung unter Maos Führung eine ausgewogene Regionalentwicklung. Nach seinem Tod und der Machtergreifung des pragmatischen Reformers Deng Xiaoping kam es jedoch Ende der 1970er Jahre im Zuge des einsetzenden Reform- und Öffnungsprozesses zu einem fundamentalen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Regionalpolitik. Die von Deng eingeleiteten Reformen stellten einen massiven Bruch mit dem Maoismus dar, da sie sich weitestgehend von den Prinzipien des Klassenkampfes und des Egalitarismus verabschiedeten. In seiner berühmten Rede auf der Abschlusssitzung der Reformkonferenz des Zentralkomitees der KPCh am 13. Dezember 1978, die in gewisser Weise den Weg für die einseitige Förderung der Küstenprovinzen ebnete, forderte Deng:

„In economic policy, I think we should allow some regions, enterprises, workers, and peasants to earn more and enjoy more benefits sooner than others, in accordance with their hard work and greater contributions to society. If the standard of living of some people is raised first, this will inevitably be an impressive example to their “neighbours”, and people in other regions and units will want to learn from them. This will help the whole national economy to advance wave upon wave and the people of all our nationalities to become prosperous in a comparatively short period.“ (DENG 1978)

Von da an wurde der wirtschaftlichen Entwicklung der Küstenprovinzen absolute Priorität beigemessen, sprich eine Politik des unausgeglichene regionalen Wachstums propagiert. Im Jahr 1980 wurden daraufhin die ersten vier SWZ in Guangdong und Fujian errichtet. Indem die Zentralregierung fortan die Küstengebiete aufgrund ihrer komparativen Vorteile einseitig förderte, nahm sie zunächst bewusst eine Zunahme der interregionalen Disparitäten in Kauf. Sie ging jedoch zugleich davon aus, dass von den Küstenprovinzen über kurz oder lang Spread-Effekte ausgehen werden, die dann auch die wirtschaftliche Entwicklung des chinesischen Hinterlandes vorantreiben würden. Die so genannte „ladder-step“-Theorie⁶³, die sich am Kerngedanken der „inverted U-hypothesis“ orientierte (vgl. Kapitel 3.1.2.5 und 3.1.2.6), lag diesem Verständnis zugrunde. Gegen Ende der 1980er Jahre formulierte Deng schließlich die Strategie der „two overall situations“, nicht zuletzt um die immer sichtbarer zutage tretenden Disparitäten zwischen der Küste und dem Hinterland zu rechtfertigen. Die Strategie sah im Kern vor, dass sich die Zentralregierung wieder auf die wirtschaftliche Förderung der Binnenprovinzen konzentrieren wird, sobald die Küstenprovinzen ein ausreichend hohes Entwicklungsniveau erreicht haben:

„The coastal areas, which comprise a vast region with a population of 200 million, should accelerate their opening to the outside world, and we should help them develop rapidly first; afterwards they can promote the development of the interior. The development of the coastal areas is of overriding importance, and the interior provinces should subordinate themselves to it. When the coastal areas have developed to a certain extent, they will be required to give still more help to the interior. Then, the development of the interior provinces will be of overriding importance, and the coastal areas will in turn have to subordinate themselves to it.“ (DENG 1988)

Im Laufe seiner im Februar 1992 durchgeführten und mittlerweile berühmt berüchtigten „Inspektionsreise in den Süden“ rechtfertigte und bestätigte Deng abermals seine Strategie, wenngleich er diesmal jedoch indirekt erstmals einen Zeitplan vorgab. Dieser sah vor, dass mit Anbeginn des 21. Jahrhunderts die Küstenprovinzen wirtschaftlich soweit entwickelt sein sollten, dass sich die Zentralregierung von da an wieder voll und ganz auf die wirtschaftliche Förderung der unterentwickelten Gebiete im chinesischen Hinterland konzentrieren kann:

„At present, we don't want to dampen the vitality of the developed areas or encourage the practice of having everyone “eat from the same big pot”. We should study when to raise this question and how to settle it. I can imagine that the right time might be the end of this century, when our people are living a fairly comfortable life. At that time, while developed areas continue to grow, they should also give strong support to less developed areas by paying more taxes, turning in more profits and transferring technology.“ (DENG 1992)

Nach dem offiziellen Rückzug Deng Xiaopings aus der Politik, betrat mit Jiang Zemin die „Dritte Führungsgeneration“ das politische Parkett. Jiang Zemin richtete im Vergleich zu seinem Vorgänger Deng Xiaoping verstärkt sein Augenmerk auf die Minderung des stark ausgeprägten Regionalgefälles. Wie in Kapitel 4.1 bereits dargelegt, wurde daraufhin erstmals seit Reformbeginn im 9. FJP (1996-200) wieder eine koordinierte Entwicklung aller Regionen als regionalpolitisches Ziel ausgegeben, um das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Regionen graduell zu mindern:

⁶³ Zur näheren Erläuterung der „ladder-step“-Theorie und ihrer Bedeutung in der chinesischen Regionalpolitik siehe FAN (1997: 622ff.)

„[...] stick to coordinated economic development among different areas and gradually narrow the gaps between them; [...] During the ninth Five-Year Plan period, we shall pay more attention to the development of the central and western parts of the country, introduce policies conducive to slowing down the widening of regional disparities and strive to narrow them, [...]“ (LI 1996)

Obwohl Jiang Zemin seit Mitte der 1990er Jahre auf eine Minderung der interregionalen Disparitäten drängte, legitimierte er jedoch stets auch Dengs Strategie der „two overall situations“, wie das folgende Statement, dass er im Jahr 2001 im Rahmen der 80-Jahr Feier der KPCh abgab, belegt:

„When some people and some regions get rich first, others will be brought along and through this process, common prosperity of the entire population will be gradually achieved.“ (JIANG 2001)

CHIN (2004: 144) weist darauf hin, dass Jiang Zemin von 1996 bis 1999 bereits in vielen seiner Reden auf die aus seiner Sicht notwendige Reduzierung des Regionalgefälles gedrängt hat. Im März 1999 soll er schließlich erstmals im Rahmen einer Konferenz der KPCh, von Führungskräften des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes die Implementierung einer regionalen Entwicklungsstrategie für das chinesische Hinterland eingefordert haben. Sein Ansinnen wurde jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht publik gemacht, sondern weiterhin nur intern diskutiert (vgl. SASAKI 2001, S. 17). Die Öffentlichkeit wurde schließlich am 10.06.1999 davon in Kenntnis gesetzt, dass die Zentralregierung beabsichtigt, ihr Engagement in der West- und Zentralregion zu verstärken, um das stark ausgeprägte Regionalgefälle zu mindern. Auf der Central Conference on Poverty Relief, die vom 08. bis 09.06.1999 in Beijing abgehalten wurde, äußerte sich Jiang Zemin diesbezüglich wie folgt:

„The anti-poverty campaign should be integrated into the country's efforts to accelerate economic construction in central and western China and to narrow the gap between the more prosperous eastern regions and the less-developed western areas. [...] To this end, China will make huge investment and speed up infrastructure construction, environmental protection and natural resources development in the central and western regions. Meanwhile, the eastern regions are required to extend financial as well as technical assistance and help residents in the central and western regions improve their living conditions.“ (PEOPLE'S DAILY ONLINE 10.06.1999).

Am 18.06.1999 untermauerte Jiang im Rahmen des „Forum on the reform of state-owned enterprises“, dass bezeichnenderweise in Xi'an stattfand, seine Forderungen, wonach aus seiner Sicht insbesondere der Entwicklung Westchinas und den dort beheimateten Minderheiten deutlich mehr Priorität beigemessen werden müsse:

„China should seize the opportunity and step up efforts to develop its central and western areas, especially the latter. [...] The time is ripe to accelerate the development of the central and western areas, and from now on higher priority must be given to that major strategic task. [...] Most of China's minority ethnic groups live in the western and frontier areas, so promoting economic development there is of great significance to maintaining local political and social stability, strengthening national unity, and securing the security of border areas.“ (PEOPLE'S DAILY ONLINE 19.06.1999)

Im Verlauf seiner Rede, die rückblickend als symbolischer Beginn der Western Development Policy angesehen wird, soll Jiang Zemin auch erstmals die Phrase «*xibu da kaifa*» („great wes-

tern development“) verwendet haben (vgl. CHIN 2004, S. 144). Im Rahmen der Mitte November 1999 abgehaltenen Central Economic Working Conference des Zentralkomitees der KPCh wurde dann schließlich die Implementierung der WDS offiziell beschlossen:

„Development of western China will receive strategic priority as the government channels more funds, technology and talent to the region. Key measures for this include infrastructure development, afforestation, and the advance of science, technology and education.“ (PEOPLES DAILY ONLINE 18.11.1999)

Kurz darauf wurde die WDS dann mittels der vom Staatsrat im Januar 2000 formierten State Council Leading Group for Western Regional Development (LGWRD) und dem im März geöffneten Office of the Leading Group for Western Region Development of the State Council (OLGWRD) in einen institutionellen und organisatorischen Rahmen eingebettet (vgl. Kap. 4.4). Vom 19. bis 22. Januar 2000 wurde daraufhin unter der Schirmherrschaft der LGWRD in Beijing eine Konferenz zur Entwicklung Westchinas abgehalten. Im Laufe der Konferenz wurde erstmals von der Zentralregierung ein fünf Punkte umfassender, übergeordneter Maßnahmenkatalog, der im Zuge der WDS umgesetzt werden soll, festgelegt (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 24.01.2000). Es verging jedoch fast ein Jahr, ehe der Staatsrat am 26.10.2000 mit dem „Circular of the State Council Concerning Several Policies on Carrying out the Development of China's Vast Western Region“ erstmals die übergeordneten Richtlinien und strategischen Zielsetzungen der WDS sowie die Maßnahmen, die im Zuge der WDS bis zum Jahr 2010 umgesetzt werden sollen, näher spezifizierte. Die wichtigsten Inhalte und Ziele der WDS wurden daraufhin, wie von der SDPC gefordert, weitestgehend in den 10. FJP (2001-2005) übernommen, wo ihr sogar ein eigenes Kapitel gewidmet wurde (ZHU 2001): „V. Implementing the Strategy for Developing the Western Region to Promote Coordinated Progress of Different Areas.“ Die Übernahme der wichtigsten Ziele der WDS in den 10. FJP zeigt zwar, dass man ihr auf höchster politischer Ebene eine hohe Bedeutung beimisst, die dort formulierten Ziele der WDS glichen jedoch eher, wie HOLBIG (2004: 348) trefflich formuliert, einer „... *rather tentative blueprint for the new policy*.“

Nach der Ende 2000 erfolgten Veröffentlichung des „Circulars“ dauerte es jedoch wiederum fast ein Jahr, bis der Staatsrat am 29.09.2001 die deutlich mehr ins Detail gehenden „Suggestions on the Implementation of Policies and Measures Pertaining to the Development of the Western Region“ in Umlauf brachte. Im Februar 2002 wurde dann schließlich der von der OLGWRD und der SDPC entworfene „Overall Plan of Western Region Development During the Tenth Five-Year Plan Period“ vom Staatsrat genehmigt und veröffentlicht (vgl. Kap. 4.6.2). Während der Periode des 11. FJPs (2006-2010) wird die WDS mit dem im Dezember 2006 vom Staatsrat veröffentlichten „11th Five-Year Plan on Western Region Development“ weiter fortgeführt. Seit dem Jahr 2000 arbeitet man zudem an einer gesetzlichen Verankerung der WDS. In dem geplanten Gesetz sollen die wichtigsten Aspekte (Finanzierungskanäle, klare Definition der Befugnisse und Verantwortlichkeiten der beteiligten Regierungen auf allen Ebenen etc.) und Ziele der WDS festgeschrieben werden (PEOPLE'S DAILY ONLINE 14.03.2006). Der Gesetzentwurf ist Bestandteil des „10th NPC Standing Committee's legislative plan (2003-2008)“, wann das Gesetz jedoch rechtswirksam wird, ist bis heute noch nicht abzusehen. HEILMANN (2004: 131f.) weist in diesem Kontext darauf hin, dass es in der VR China nicht selten bei der Verabschie-

dung von Gesetzen zu Konflikten oder zu umfassenden Entwurfsrevisionen kommt. Sollte dieses Gesetz jedoch rechtskräftig werden, wäre dies ein einmaliger Vorgang in der chinesischen Geschichte. Noch nie zuvor wurde ein spezielles Gesetz für die Entwicklung einer Region erlassen.

4.3 RÄUMLICHE ABGRENZUNG DER WESTCHINA-FÖRDERREGION

Bis kurz vor Implementierung der WDS stand offiziell noch nicht fest, welche Provinzen die Förderregion bilden sollten. Dengs Strategie der „two overall situations“ sah zwar vor, dass sich die Zentralregierung gegen Ende des 20. Jahrhunderts auf die Förderung der „interior areas“ konzentrieren soll, welche Provinzen er explizit damit meinte spezifizierte er jedoch nicht genauer. Und auch Jiang Zemin sah anfangs die gesamte Binnenregion als gleichermaßen förderungswürdig an, da er, wie aus zahlreichen seiner Statements hervorgeht, stets in einem Atemzug von der West- und Zentralregion sprach.

Bei der räumlichen Abgrenzung bzw. Definition der Förderregion orientierte sich die SDPC zunächst an der erstmals im 7. FJP unter regionalökonomischen und -politischen Gesichtspunkten vorgenommenen Dreiteilung des chinesischen Wirtschaftsraumes in die drei Makroregionen Ost-Mitte-West (vgl. Tab. 3.2). Dementsprechend wurden zunächst die zehn westchinesischen Provinzen Sichuan, Chongqing, Guizhou, Yunnan, Tibet, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Ningxia und Xinjiang als fester Bestandteil der Förderregion ausgewiesen. Gleichzeitig diskutierte man intern, ob man darüber hinaus noch die beiden autonomen Provinzen Guangxi (laut 7. FJP Bestandteil der Ostregion) und Innere Mongolei (laut 7. FJP Bestandteil der Zentralregion) sowie mit Hubei, Hunan und Shanxi drei weitere Zentralprovinzen in das Entwicklungsprogramm mit aufnehmen soll oder nicht. Da sich die Zentralprovinzen ebenfalls als unterentwickelt und dementsprechend förderungswürdig ansehen und sich nicht mit der ihr zugewiesenen Rolle als „development bridge“ zwischen dem Osten und Westen zu fungieren abfinden wollten, betrieben sie in dieser Phase einen aktiven Lobbyismus, um ebenfalls in das Entwicklungsprogramm mit aufgenommen zu werden. Die Zentralregierung erkannte das Konfliktpotential zwischen den Provinzen und sah sich dazu genötigt, die Zentralprovinzen zur Raison zu rufen. Sie kritisierte hierbei insbesondere ihre „Goldrauschmentalität“ (vgl. HOLBIG 2004, S. 351). Zhu Rongji warnte diesbezüglich in einem Statement, das indirekt auch an die Zentralprovinzen adressiert war, vor „... *tendencies like rushing headlong into mass action and formalism in the development of China's vast western areas*“ und forderte stattdessen die Westregion in einer „...*down-to-earth manner*“ zu entwickeln (PEOPLE'S DAILY ONLINE 24.10.2000).

Nach einem langwierigen Entscheidungs- und Verhandlungsprozess entschloss sich die Zentralregierung dazu, nur noch die beiden autonomen Gebiete Innere Mongolei und Guangxi sowie die drei autonomen Minderheitenbezirke Enshi Tujia-Mao (Provinz Hubei), Xianxi Tujia-Mao (Provinz Hunan) und Yanbian Korean (Provinz Jilin) in die Förderregion zu integrieren. In dem vom Staatsrat am 26.10.2000 veröffentlichten „Circular“ wurden jedoch zunächst nur die Westregion sowie die Innere Mongolei und Guangxi als Förderregion ausgewiesen. Erst in den knapp ein Jahr später vom Staatsrat veröffentlichten „Suggestions“ wurden schließlich auch die

drei autonomen Bezirke als offizieller Bestandteil der Förderregion aufgeführt (THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001): „*With regard to ethnic minority autonomous prefectures located in other provinces [...] preferential treatments could also be applied to them in the light of related policies and measures.*“ Folgende Verwaltungseinheiten auf Provinz- und Bezirksebene bilden seitdem die Westchina-Förderregion (vgl. Abb. 3.15):

- fünf autonome Gebiete: Xinjiang, Tibet, Ningxia, Innere Mongolei und Guangxi
- sechs Provinzen: Qinghai, Sichuan, Guizhou, Yunnan, Gansu und Shaanxi
- eine regierungsunmittelbare Stadt: Chongqing
- drei autonome Minderheitenbezirke: Enshi Tujia-Mao (Provinz Hubei), Xianxi Tujia-Mao (Provinz Hunan) und Yanbian Korean (Provinz Jilin)

Welche Beweggründe die Zentralregierung letzten Endes dazu veranlasst haben, das Entwicklungsprogramm „nur“ auf die zuvor genannten Provinzen und Bezirke zu beschränken und nicht, wie von Jiang Zemin zunächst eingefordert, auf die gesamte Zentral- und Westregion auszudehnen, kann an dieser Stelle nur gemutmaßt werden. Eine zentrale Rolle dürften hierbei die finanziellen Grenzen des Zentralbudgets gespielt haben, das eine konzertierte Förderung von 19 bzw. 20 (inkl. der Ostprovinz Guangxi) zentral- und westchinesischen Provinzen nicht hätte leisten können.

Es stellt sich jedoch die Frage, was die Zentralregierung letztlich dazu veranlasst hat, die beiden autonomen Provinzen Innere Mongolei und Guangxi mit in das Entwicklungsprogramm für Westchina aufzunehmen. Wie in Kapitel 4.2 bereits erläutert, besteht ein zentrales Ziel der WDS in der Förderung der unterentwickelten Minderheitsgebiete, um dort die soziale und politische Stabilität aufrechtzuerhalten. Da die autonomen Provinzen Guangxi und Innere Mongolei mit 40,7% bzw. 21,6% (vgl. Tab. 3.23) über einen relativ hohen Minderheitenanteil verfügen, kann man davon ausgehen, dass insbesondere dieser Aspekt eine Rolle gespielt hat. Einen wichtigen Beweggrund dürfte auch die räumliche Lage der beiden Provinzen dargestellt haben: die Innere Mongolei grenzt an die Mongolische Volksrepublik und Russland und Guangxi an Vietnam. Im Zuge der WDS strebt die Zentralregierung nämlich eine Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation mit ihren unmittelbaren und mittelbaren Nachbarstaaten an. Die Westprovinzen, die insgesamt an 13 Staaten grenzen, sollen hierbei künftig verstärkt als Brückenkopf für die Erschließung neuer Märkte in Nord-, Zentral- und Südostasien fungieren. Als weitere Kernziele der WDS wurden die Verbesserung der Umweltbedingungen und die Erschließung natürlicher Ressourcen in Westchina ausgegeben (vgl. Kap. 4.5). Vor diesem Hintergrund lässt sich insbesondere die Integration der Inneren Mongolei in das Entwicklungsprogramm erklären. In der Inneren Mongolei hat die Desertifikation aufgrund ökologisch unangepasster Landnutzungsmethoden dramatische Ausmaße angenommen. Zudem verfügt sie über reiche Rohstoffvorkommen (z.B. Kohle, Erdöl, Erdgas), deren Erschließung von nationalem Interesse ist. Für die Aufnahme Guangxis in das Entwicklungsprogramm dürfte unterdessen noch gesprochen haben, dass sie zu den chinesischen Provinzen mit dem niedrigsten wirtschaftlich Entwicklungsniveau gehört (2008: Rang 25 beim Pro-Kopf-BIP; vgl. Tab. 3.7) und dementsprechend als besonders förderungsbedürftig eingestuft werden muss. Die Integration der drei autonomen Minderheitenbezirke Enshi, Xianxi und Yanbian in die Förderregion lässt sich schließlich, ähn-

lich wie im Falle der Inneren Mongolei und Guangxis, mit ihrem hohen Minderheitenanteil begründen. Die Berücksichtigung der beiden Bezirke Enshi und Xianxi kann darüber hinaus auch als politisches Zugeständnis an die außen vor gelassenen Zentralprovinzen Hubei und Hunan gewertet werden.

einander abwägt und koordiniert (vgl. ADB 2002b, S. 9). Die übergeordnete Funktion der LGWRD wurde vom Staatsrat wie folgt festgelegt:

„The State Council established the leading group for the development of the west region in January, 2000 in order to [...] implement the great development of the west and speed up the development of central and west areas and strengthen the organization leadership for west development.“ (OLGWRD 2007)

Den Vorsitz bzw. stellvertretenden Vorsitz der LGWRD haben zurzeit Ministerpräsident Wen Jiabao und sein Stellvertreter Zeng Peiyan inne. Wie aus Abbildung 4.7 hervorgeht, setzt sich die LGWRD darüber hinaus aus 27 Vertretern der wichtigsten Ministerien (überwiegend Minister), Kommissionen und Ämter, die direkt dem Staatsrat unterstehen und den so genannten „Senior Leaders“ der KPCh zusammen. Obwohl die wichtigsten Politiker und Minister der LGWRD angehören, ist ihre politisch-institutionelle Kapazität jedoch eingeschränkt. Letzen Endes geben nämlich das Politbüro des Zentralkomitees bzw. sein Ständiger Ausschuss, die über die eigentliche Entscheidungsgewalt innerhalb des politischen Systems verfügen, die inhaltliche und strategische Ausrichtung der „Go West“-Policy vor. Die LGWRD ist somit per se kein Entscheidungsorgan, sondern gleicht eher einem Konsensorgan. Trotz mangelnder Kompetenzen sollte man die Bedeutung der LGWRD jedoch nicht unterschätzen. Zum einen gehört die LGWRD neben der Central Financial and Economic Affairs Leading Small Group zu den bedeutendsten Leading Groups, zum anderen spiegelt die personelle Zusammensetzung (Ministerpräsident, bedeutendste Minister etc.) ihren besonderen Stellenwert wider (vgl. CHIN 2004, S. 139f.). Man kann somit davon ausgehen, dass die von ihr erarbeiteten politischen Präferenzen den Entscheidungsfindungsprozess innerhalb der Zentralregierung nachhaltig beeinflussen.

Als organisatorischer Unterbau der LGWRD nahm im März 2000 das OLGWRD offiziell seine Arbeit auf. Das Büro, das in gewisser Weise die Geschäftsstelle der LGWRD darstellt, soll neben dem Tagesgeschäft die folgenden Aufgaben wahrnehmen:

„first to study and put forward proposals on development strategy, development plan, important issues, relevant policies, laws and regulations with regard to west development so as to promote sustained, rapid and healthy economic development of the west. Second to study and put forward proposals on rural economic development, important infrastructure construction, protection and construction of ecology and environment, structure readjustment, resource development and the arrangement of important projects and organize and coordinate the implementation of the plan for changing arable land into forest and grass. Third to study and put forward policy proposals on deepening of reform, opening wider to the outside world and introducing domestic and foreign capital technology and talent, coordinate the comprehensive development of economic work on the one hand and science, education and culture work on the other.“ (SDPC 2000)

Eine der Hauptaufgaben des Büros besteht folglich darin, Konzepte zur Entwicklung Westchinas zu erarbeiten, sprich als eine Art „Think Tank“ zu fungieren. Ferner soll das Büro in enger Zusammenarbeit mit der NDRC, den beteiligten Provinzregierungen und Behörden die Umsetzung beschlossener Maßnahmen und Projekte koordinieren und überwachen:

„The western Region Development Office of the State Council and the State Development Planning Commission, in cooperation with provincial governments and central authorities concerned, should take into consideration key tasks and sectors of development as stipulated by the Overall Plan, further study the layout of key

projects of infrastructure construction and ecological improvement, supervise the construction of key projects, monitor and analyze the implementation of the Overall Plan and coordinate the implementation of all major tasks of the Overall Plan.“
(OLGWRD 2002)

Dem Büro stehen zurzeit als Direktor Ma Kai (seit März 2008 Staatskommissar und Generalsekretär des chinesischen Staatsrates, davor Vorsitzender der NDRC) und als stellvertretende Direktoren Cao Yushu (Vize-Generalsekretär der NDRC) und Wang Jinxiang (stellvertretender Vorsitzender der NDRC) vor. Das OLGWRD setzt sich darüber hinaus aus den vier Unterabteilungen Comprehensive Planning, Agriculture, Forestry and Ecology, Social Economy und Human Resources and Regulatory zusammen (vgl. Abb. 4.7). Bis 2003 war das Büro innerhalb der SDPC angesiedelt. Im Jahr 2003 wurde die SDPC jedoch mit der State Council Office for Restructuring the Economic System (SCORES) und Teilen der State Economic and Trade Commission (SETC) zu einer Art Superministerium, der National Development and Reform Commission (NDRC), verschmolzen; seitdem untersteht das OLGWRD der NDRC. Die institutionelle Verortung des Büros innerhalb der NDRC und nicht zuletzt auch seine personelle Besetzung zeigen, dass der Kommission bei der inhaltlichen und strategischen Ausrichtung der WDS eine weitreichende Einflusskompetenz zukommt. Die NDRC hat die Umsetzung der WDS sogar zu einer ihrer acht Kernaufgaben erklärt (NDRC 2007): *„7. To promote the sustainable development strategy, social development and coordinated development of regional economy and implement the Western Region Development Program.“*

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass sowohl die administrative Effektivität der LGWRD, als auch die organisatorische Kapazität des OLGWRD nur schwach ausgeprägt sind, da beide über keine eindeutig definierten Kompetenzen verfügen, sondern lediglich mit vage formulierten Beratungs- und Koordinationsfunktionen ausgestattet sind. Dieser Zustand lässt sich auf die generelle Schwäche formeller politischer und administrativer Institutionen innerhalb des politischen Systems der VR China zurückführen, die nach HEILMANN (2000) *„... nicht nur eine Manifestation typischer Defekte sozialistischer Parteidiktaturen, sondern auch eine Folge der chinesischen Ordnungstradition“* ist.

4.5 ZIELE UND SCHWERPUNKTTHEMEN DER „GO WEST“-POLICY

Die Motive und Ziele, die die Zentralregierung mit der Ende 1999 implementierten WDS verfolgt, sind vielfältiger Natur. Sie verfolgt mit ihr ein breites Spektrum von sich zum Teil überlappenden wirtschafts-, regional-, umwelt-, außen-, innen-, sicherheits-, partei-, gesellschafts- und sozialpolitischen Zielen. Darüber hinaus haben auch die machtpolitischen Motive von politischen Entscheidungsträgern, und hier insbesondere die des damaligen „Paramount Leaders“ Jiang Zemin, den Zielfindungs- und Implementierungsprozess der WDS maßgeblich beeinflusst.

Wie oben bereits erwähnt, wurde die Öffentlichkeit am 10.06.1999 darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Zentralregierung beabsichtigt, mittels massiver Investitionen ihr Engagement im chinesischen Hinterland zu verstärken (PEOPLE'S DAILY ONLINE 10.06.1999):

„[...] the country's efforts to accelerate economic construction in central and western China and to narrow the gap between the more prosperous eastern regions and the less-developed western areas, Jiang said. To this end, China will make huge investment and speed up infrastructure construction, environmental protection and natural resources development in the central and western regions.“

Wenngleich die WDS zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Form einer politischen Kampagne angenommen hatte, sprich offiziell beschlossen war, lässt sich aus dem Statement Jiang Zemin ableiten, dass ihr vordergründiges Ziel demnach darin besteht, die ausgeprägten Entwicklungsunterschiede zwischen den prosperierenden Küstenregionen und dem unterentwickelten Hinterland zu reduzieren. Dass die Zentralregierung mit der WDS jedoch nicht nur auf eine Reduzierung des Ost-West-Gefälles abzielt, sondern parallel dazu ein breit gefächertes Spektrum an Motiven und Zielen verfolgt, geht aus den beiden folgenden offiziellen Statements von Jiang Zemin und Zhu Rongji hervor:

Jiang Zemin (18.06.1999, „Forum on the reform of state-owned enterprises“):

„This is part of our major overall development strategy, which is of great significance in promoting the nationwide reform and construction as well as maintaining long-term national stability. [...] It is the essence of socialism to finally achieve the goal of common wealth by narrowing the development gap between different parts of the country. [...] It is also a major issue concerning the trans-century overall development of the country. [...] To accelerate the development of these areas not only will enable the rational allocation and circulation of resources but also engender a motivative force for the development of the national economy. [...] This is a major issue that must be tackled first of all, and if measures are not taken immediately to improve the ecological environment substantially, the strategy of materializing a sustained development in western areas will achieve nothing. Most of China's minority ethnic groups live in the western and frontier areas, so promoting economic development there is of great significance to maintaining local political and social stability, strengthening national unity, and securing the security of border areas.“ (PEOPLE'S DAILY ONLINE 19.06.1999)

Zhu Rongji (05.03.2000, zweite Sitzung des IX. Nationalen Volkskongresses):

„The large-scale development strategy to speed up development of the central and western regions of the country is a major policy decision made by the CPC Central Committee for the new century in accordance with Deng Xiaoping's strategy for China's modernization drive, which encompasses the development of both the coastal areas and the interior. This is crucial to our efforts to boost domestic demand, promote sustained national economic growth and bring about coordinated development of regional economies for eventual common prosperity as well as to strengthen national unity, safeguard social stability and consolidate border defense.“ (ZHU 2000)

Beide Statements offenbaren sehr deutlich, dass die WDS für die Zentralregierung nicht nur von wirtschaftlicher, sondern auch von politischer Relevanz ist. Zwischen den Zeilen lassen sie durchblicken, dass es der Zentralregierung bei der Entwicklung Westchinas letzten Endes auch darum geht, die Legitimität der KPCh zu sichern, sprich den machtpolitischen Status Quo in der VR China aufrechtzuerhalten. Aus den beiden Statements und den bis heute veröffentlichten offiziellen Dokumenten zur WDS, wie beispielsweise dem „Overall Plan of Western Region Development during the Tenth-Five-Year Plan Period“, lassen sich die folgenden, zum Teil interdependenten Ziele, die die Zentralregierung mit der WDS in mehreren Politikbereichen verfolgt, ableiten:

Tab. 4.1: Ziele und Motive der WDS in verschiedenen Politikbereichen (eigene Zusammenstellung in Anlehnung an diverse Literaturquellen und offizielle Dokumente)

Politikfeld	Ziele/Motive
Regionalpolitik	• Reduzierung der Ost-West-Disparitäten • Verbesserung der Lebensbedingungen in Westchina • Gezielte Förderung von Wachstumspolen • Unterstützung strukturschwacher Regionen in Westchina
Wirtschaftspolitik	• Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung • Stärkung der Binnennachfrage • Beschleunigung des Strukturwandels • Verbesserung des Investitionsklimas • Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung für die prosperierenden Küstenprovinzen • Verbesserung der Ressourcenallokation • Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation mit Nachbarstaaten • Erschließung neuer Märkte in Zentral- und Südostasien
Umweltpolitik	• Verbesserung der Umweltbedingungen • Nachhaltige Entwicklung
Innenpolitik	• Aufrechterhaltung der nationalen Stabilität • Eindämmung zentrifugaler Kräfte in den Minderheitengebieten • Stärkung der Zentralgewalt gegenüber den nachgeordneten Gebietskörperschaften • Rezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen
Außen- und Sicherheitspolitik	• Sicherung der Außengrenzen • Wahrung der territorialen Integrität • Ausdehnung der Einflussosphäre in Zentral- und Südostasien
Gesellschafts- und Sozialpolitik	• Armutsreduzierung • Minimierung des innergesellschaftlichen Wohlstandsgefälles • Assimilation/Integration ethnischer Minderheiten
Parteipolitik	• Legitimation der KPCh • Sicherung des machtpolitischen Status Quo • Politische Kontinuität (Dengs Strategie der „two overall situations“) • Fortführung/Intensivierung der Reformpolitik

Die zuvor genannten Ziele lassen sich nun ihrerseits in vier übergeordnete Zielkomplexe bzw. Schwerpunktthemen der WDS zusammenfassen, und zwar: Minderung der Ost-West-Disparitäten, Förderung/Integration ethnischer Minderheitengebiete, Verbesserung der Umweltbedingungen in Westchina und Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

In Anbetracht des breit gefächerten Zielspektrums der WDS muss als problematisch angesehen werden, dass die bis heute veröffentlichten offiziellen Dokumente keine eindeutige Zielhierarchie vorgeben und auch nicht genauer spezifizieren, wie mit potentiell auftretenden Zielkonflikten im Rahmen der WDS umgegangen werden soll. So bestehen unter anderem Antagonismen zwischen den umweltpolitischen Zielen und dem Bau großer Infrastrukturprojekte und dem Abbau von Ressourcen sowie zwischen staatlichen Investitionen und einer dezentral vom Markt gelenkten Wirtschaft („state-led growth“ vs. „market-led growth“). LIN & CHEN (2004: 683f.) kritisieren in diesem Zusammenhang auch, dass „... without clearly quantified policy goals, it will be difficult to estimate the extent and magnitude of government support that will be required, and it will be hard to evaluate the effectiveness of policy implementation.“

Weiter oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass auch die machtpolitischen Ambitionen von politischen Entscheidungsträgern eine gewichtige Rolle im Implementierungsprozess der WDS gespielt haben. Nach Einschätzung einiger Chinawissenschaftler besteht ein unmittelbarer Zu-

sammenhang zwischen der machtpolitischen Dynamik innerhalb der Zentralregierung und der Tatsache, dass die WDS letztendlich die Form einer politischen Kampagne angenommen hat (vgl. SCHÜLLER & KRIETE 2002, S. 1148). In diesem Kontext werden immer wieder insbesondere die machtpolitischen Motive Jiang Zemins thematisiert. So teilen unter anderem SASAKI (2001: 21f.) und SHIH (2004: 427ff.) die Auffassung, dass Jiang Zemin mit der „Go West“-Policy und den anderen von ihm initiierten politischen Kampagnen, wie beispielsweise der Kampagne der „Drei Repräsentationen“, in erster Linie seine Autorität und Stellung innerhalb der KPCh festigen und die Kontinuität seiner Politik über den 16. Parteitag der KPCh hinweg sichern wollte. SASAKI (2001: 21) geht sogar soweit, dass er die WDS als einen nicht „... *well-thought-out plan but rather as a political campaign which concerns the party leader*“ und „... *Jiang Zemin's pursuit of personal authority no less than the aforementioned official objectives*“ verstanden haben will. Zudem dürfte Jiang Zemin auch aus rein persönlichen Motiven auf die Implementierung der WDS gedrängt haben. Mit ihr strebt Jiang nun das an, was seine beiden Vorgänger Mao und Deng in ihrer Regierungszeit nicht zu erreichen vermochten, nämlich den Westen Chinas in eine politisch stabile und wirtschaftlich entwickelte Region zu verwandeln. Seine 1999 durchgeführte Reise nach Xi'an, in dessen Verlauf er sich für eine Hinwendung zum chinesischen Hinterlandes aussprach, könnte rückblickend, ähnlich wie Dengs „Frühjahrsreise in den Süden“, die mittlerweile symbolisch für die Intensivierung der Reform- und Öffnungspolitik steht, als „Jiangs Reise in den Westen“, sprich als Signal für die Entwicklung Westchinas in die Geschichtsbücher eingehen. Darüber hinaus dürfte Jiang Zemin die Umsetzung der Dengschen Strategie der „two overall situations“ in gewisser Weise auch als seine historische Pflicht betrachtet haben, da er sich stets als legitimer Nachfolger Dengs präsentiert hat; Jiang Zemin (PEOPLE'S DAILY ONLINE 19.06.1999): „*Facts have proved that this strategy is absolutely correct.*“

Betrachtet man schließlich die Motive und Ziele, die die Zentralregierung mit der WDS verfolgt, aus einem übergeordneten Blickwinkel, dann kann man sie durchaus auch unter dem Oberbegriff „Nation-Building“⁶⁴ im eigenen Land subsumieren. Dies geht in gewisser Weise auch aus dem „Overall Plan of Western Region Development“ hervor, in dem als Zukunftsvision für die Westregion ausgegeben wurde, dass durch

„... the hard work of several generations, by the middle of the 21st century when modernization is basically attained nationwide, the regional disparities between the Western Region and other regions should be diminished considerably, the relative underdevelopment of the Western Region should be reversed, transforming it into a prosperous and advanced new West where life is stable, ethnic groups are united and the landscape is beautiful.“ (OLGWRD 2002)

⁶⁴ „Nation-Building“ ist ein weitreichender Begriff aus der Modernisierungstheorie, der in den 1950er Jahren von der US-amerikanischen Politikwissenschaft geprägt wurde und den Prozess der Bildung und Formierung einer Nation bzw. eines Nationalstaates bezeichnet (vgl. RIESCHER 2005, S. 597). In der Sozialwissenschaft steht „Nation-Building“ als theoretisches Modell für einen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozess, in dessen Rahmen sich durch Rationalisierung der Ökonomie (d.h. Durchsetzung eines marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems), soziale Mobilisierung (Urbanisierung, Verbesserung der materiellen und institutionellen Infrastruktur) und die Entwicklung einer nationalen Identität (Verstärkung eines auf der gemeinsamen Sprache und Kultur beruhenden Wir-Bewusstseins) ein Nationalstaat herausbildet (vgl. WEIB 1985, S. 589). Nach HIPPLER (2004: 15) bildet die Politik des „Nation-Building“ „... *ein Scharnier zwischen Außen-, Entwicklungs- und Militärpolitik, das Gewaltkonflikten vorbeugen oder sie bearbeiten, lokale und regionale Stabilität erreichen und Entwicklung ermöglichen soll.*“

Die Ausführungen verdeutlichen ferner, dass die Zentralregierung die Entwicklung Westchinas als eine anspruchsvolle und langfristige Aufgabe ansieht und dass sich ihrem Verständnis nach die hochgesteckten Ziele ihrer „Go West“-Policy nicht nur alleine mit der Intervention seitens des Staates realisieren lassen, sondern nur, wenn die Bevölkerung gleichzeitig auch bereit ist, nach dem Prinzip der Eigenverantwortung zu handeln (ZHU 2001): *„However, people in the western region should rely primarily on their own efforts and hard work over the long haul.“* Mit welchen konkreten (förder-)politischen Maßnahmen und Instrumentarien die Zentralregierung ihre hochgesteckten Ziele, die sie mit ihrer Entwicklungsstrategie verknüpft, zu erreichen gedenkt, wird im nachfolgenden Kapitel aufgezeigt und diskutiert.

4.6 POLITISCHE MAßNAHMEN UND INSTRUMENTE ZUR ENTWICKLUNG WESTCHINAS IM RAHMEN DER WDS

4.6.1 Übergeordneter Maßnahmenkatalog

Noch bevor die LGWRD am 16. Januar 2000 offiziell ihre Arbeit aufnahm, hatte die SDPC bereits im Oktober des Vorjahres damit begonnen, einen Implementierungsplan für die WDS zu entwerfen. Ein erster Entwurf des Planes wurde schließlich Mitte Januar 2000 fertig gestellt und der Zentralregierung vorgelegt (vgl. SASAKI 2001, S. 19). Kurz darauf fand unter der Schirmherrschaft der LGWRD vom 19. bis 22. Januar in Beijing eine Konferenz zur Entwicklung Westchinas statt. Im Laufe der Konferenz, an der neben Ministerpräsident Zhu Rongji, seinen beiden Stellvertretern Li Lanqing und Wen Jiabao auch offizielle Vertreter der involvierten Ministerien und Provinzregierungen teilnahmen, wurde erstmals von der Zentralregierung ein fünf Punkte umfassender, übergeordneter Maßnahmenkatalog, der im Zuge der WDS umgesetzt werden soll, festgelegt (PEOPLE'S DAILY ONLINE 24.01.2000):

„First, developing infrastructure projects such as highways, railways, airports, natural gas pipelines, water resources and telecommunications; Second, protecting and improving the environment; Third, adjusting industrial structures and expanding the tertiary industry, including tourism. Fourth, developing undertakings of science, technology and education, and speeding up the cultivation of trained personnel; and Fifth, making greater efforts in reform and opening up.“

In den nachfolgenden Kapiteln werden die fünf übergeordneten Maßnahmenpakete detailliert dargestellt und erläutert.

4.6.1.1 Ausbau der Infrastruktur

Seit jeher weist der Westen Chinas erhebliche entwicklungsrelevante Infrastrukturdefizite, die nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht der Infrastruktureinrichtungen bestehen, auf (vgl. Tab. 3.37). Da die mangelnde Infrastrukturausstattung eines der zentralen „bottlenecks“ für die wirtschaftliche Entwicklung der Region darstellt, wurde im 10. FJP festgelegt, im Rahmen der WDS bis 2010 zunächst neben der Verbesserung der Umweltbedingungen dem Ausbau der Infrastruktur höchste Priorität beizumessen (ZHU 2001): *„Construction of infrastructure and protection of the ecological environment should take priority, and we should strive for major breakthroughs within five to ten years.“* Gemäß den vom Staatsrat Ende 2001

veröffentlichten „Suggestions“ soll der Fokus dabei zunächst auf Projekten aus den folgenden Bereichen liegen (THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001): „[...] *infrastructure development such as water conservancy, highways, railways, airports, pipelines and telecommunications; [...] urban infrastructure development* [...].“

Das primäre Ziel des geplanten Ausbaus der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur besteht dabei darin, die Standortqualität Westchinas zu verbessern. Innerhalb von acht Jahren (2000 bis 2007) wurden in Westchina bereits 806.770 km neuer Straßen gebaut (+ 151%); das Autobahnnetz wurde hierbei beträchtlich von 2.529 auf 15.011 km (+ 494%) ausgebaut. Im selben Zeitraum wurde das Eisenbahnnetz von 21.347 auf 29.411 km (+ 37,8%) und das Binnenschiffahrtsnetz von 21.922 auf 31.090 km (+ 41,8%) vergrößert. Parallel dazu wurde das Glasfasernetz zur Fernübertragung innerhalb von fünf Jahren (2002-2007) von 153.857 auf 340.783 km (+ 122%) erweitert (eigene Berechnung nach NBSC 2000, 2002 u. 2008). Offiziellen Angaben zufolge plant die Zentralregierung mittels Investitionen in Höhe von 1,5 Bill Yuan (220,5 Mrd. USD) das westchinesische Eisenbahnnetz bis zum Jahr 2020 auf 50.000 km zu erweitern (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 24.11.2009). Das prominenteste Infrastrukturprojekt, das bisher im Rahmen der WDS verwirklicht wurde, stellt der sowohl im In-, als auch im Ausland umstrittene Bau der 1.142 km langen „höchsten Eisenbahnstrecke der Welt“ von Golmud nach Lhasa dar, die im Jahr 2006 fertig gestellt wurde und rund 3,7 Mrd. USD gekostet hat (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 02.07.2006).

Neben dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur genießt auch die Erschließung von Energieressourcen allerhöchste Priorität. Hierbei geht es der Zentralregierung in erster Linie darum, Energieressourcen (Öl und Gas) bzw. Elektrizität vom Westen in die prosperierenden Küstenregionen zu transferieren, da dort notorische Energieknappheit herrscht. Zu den Schlüsselprojekten zählt hier die bereits Ende 2004 in Betrieb gegangene West-East Gas Pipeline, die rund 3.900 km durch zehn Provinzen vom Tarim Becken (Xinjiang) bis nach Shanghai verläuft und ca. 16,9 Mrd. USD gekostet hat (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 01.10.2004). Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua wurden im Rahmen der WDS von 2000 bis 2005 bereits ungefähr 1 Bill. Yuan (ca. 125 Mrd. USD) in den Aus- bzw. Aufbau der Infrastruktur in Westchina investiert (XINHUA NEWS AGENCY 06.09.2006).

4.6.1.2 Umweltschutz/Verbesserung der Umweltbedingungen

Der Westen Chinas stellt aufgrund seiner klimatischen und topographischen Vielfalt ein komplexes und vielfältiges Ökosystem dar. Die Region verfügt über eine hohe Biodiversität und einen großen Reichtum an natürlichen, erneuerbaren Ressourcen (vgl. Kap. 3.3.1). So befinden sich ca. 57,1% (14,4 Mrd. m³) der chinesischen Wasserressourcen, ca. 56,4% (98,6 Mio. ha) des gesamten Waldbestandes, rund 38% (49,9 Mio. ha) der landwirtschaftlichen Anbaufläche Chinas und knapp 98% (25,7 Mio. ha) des Weidelandes im Westen des Landes (eigene Berechnung nach NBSC 2008). Die Umweltbedingungen in Westchina haben sich jedoch in den letzten Jahrzehnten durch die Übernutzung von Ackerböden und Weideland, das Abholzen von Wäldern, die landwirtschaftliche Nutzung kritischer Flächen in Hanglage, industrielle Umweltverschmutzung etc. rapide verschlechtert.

Tab. 4.2: Von Desertifikation, Dürre und Hochwasser betroffene (Anbau-)flächen und wirtschaftliche Verluste durch Extremereignisse und Umweltverschmutzung in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2005 bzw. 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2008; NBSC & SEPA 2006)

	VR China	Ostchina	Zentralchina	Westchina
Von Desertifikation betroffene Fläche in 2005 (in Mio. ha, Anteil in %)	263,5 (100)	4,0 (1,5)	1,8 (0,7)	257,7 (97,8)
Von Dürre und Hochwasser betroffene Anbaufläche 2005 (in Mio ha., Anteil an Anbaufläche in %)	27 (20,8)	4,2 (12,9)	11,4 (23,8)	11,4 (23)
Wirtschaftliche Verluste durch geologische Desaster (Hangrutschungen, Felsstürze etc.) in 2007 (in Mio. Yuan, Anteil in %)	4.088 (100)	213 (5,2)	817 (20)	3.057 (74,8)
Wirtschaftliche Verluste durch Umweltverschmutzung in 2007 (in Mio. Yuan, Anteil in %)	134,7 (100)	32,8 (24,4)	23,1 (17,1)	78,8 (58,5)

Tabelle 4.2 demonstriert, dass die wirtschaftlichen Verluste, die durch unangebrachte Landnutzung (z.B. Nutzung von Flächen in Hanglage → Erosion → Hangrutschungen) und Umweltverschmutzung entstehen, in Westchina besonders hoch ausfallen. So beliefen sich beispielsweise die durch Hangrutschungen, Felsstürze etc. hervorgerufenen wirtschaftlichen Verluste in Westchina im Jahr 2007 auf rund 3 Mrd. Yuan. Eines der dringlichsten Umweltprobleme in Westchina stellt jedoch die fortschreitende Desertifikation weiter Landstriche dar. Von den 2,6 Mio. km², die in China von Desertifikation betroffen sind, befinden sich rund 98% im Westen des Landes. Besonders dramatisch stellt sich hierbei die Situation in den beiden autonomen Gebieten Xinjiang und der Inneren Mongolei dar. Dort sind bereits 107,2 bzw. 62,2 Mio. ha (ca. 64,6% bzw. 52,3% der Provinzfläche) von Desertifikation betroffen (eigene Berechnung nach NBSC 2008; NBSC & SEPA 2006). Neben den regionalen Klimaverhältnissen ist der anthropogene Einfluss (übermäßiger oder unangepasster Ackerbau, Überweidung, Abholzung etc.) der entscheidende Akzelerator der Desertifikation. Nach Angaben chinesischer Experten belaufen sich die durch Desertifikation hervorgerufenen direkten wirtschaftlichen Verluste in China jährlich auf ungefähr 54 Mrd. Yuan (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 26.11.2008). Aufgrund des Zusammenspiels von klimatischen Bedingungen und anthropogener Einflüsse wird der Westen Chinas zunehmend auch von Extremereignissen wie Hochwasser und Dürren heimgesucht, die insbesondere im Agrarsektor zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führen. So waren beispielsweise im Jahr 2005 rund 11,4 Mio. ha der landwirtschaftlichen Anbaufläche im Westen Chinas (ca. 23% der gesamten Anbaufläche) von Hochwasser und Dürre betroffen; davon kam es auf ungefähr 1,63 Mio. ha zum totalen Ernteausfall (eigene Berechnung nach NBSC & SEPA 2006).

Die voranschreitende Umweltzerstörung in Westchina beeinträchtigt zusehends nicht nur die sozioökonomische Entwicklung der westchinesischen, sondern darüber hinaus auch die der ost- und zentralchinesischen Provinzen. So leistet unter anderem die unangepasste Landnutzung im Gebiet des Yangtze-Oberlaufs, die in einer Zunahme der Sedimentfracht- und -konzentration des Yangtze-Oberlaufs während der Hochwassersaison resultiert, einen entscheidenden Beitrag zur zunehmenden Hochwassergefährdung in Zentralchina (vgl. KING et al. 2001, S. 28). Vor diesem Hintergrund wurde im 10. FJP festgelegt, dass der primäre Fokus der WDS bis 2010 neben dem Infrastrukturausbau auf der Verbesserung der Umweltbedingungen in Westchina liegen soll. Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua hat die Zentralregierung zwischen 2000 und

2005 bereits ca. 122 Mrd. Yuan in Umweltschutzprojekte in Westchina investiert (vgl. XINHUA NEWS AGENCY 06.09.2006). Nach Angaben des stellvertretenden Direktors der OLGWRD, Li Zhibin, plant die Zentralregierung in Westchina bis 2010 insgesamt rund 500 Mrd. Yuan (ca. 60,5 Mrd. USD) in Wiederaufforstungsprojekte und die Wiederherstellung degenerierten Graslandes zu investieren (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 13.11.2002). Mit diesen Mitteln sollen bis 2010 ca. 14,6 Mio. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche zu Wald oder Grasland konvertiert werden und zusätzlich 17,3 Mio. ha Ödland wieder aufgeforstet werden. Bis Ende 2004 wurden bereits 7,9 Mio. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in Wald oder Grasland umgewandelt und 11 Mio. ha Ödland wieder aufgeforstet (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 25.03.2003; PEOPLE'S DAILY ONLINE 04.06.2005). Die Wiederaufforstung geht hierbei Hand in Hand mit dem bereits im Jahr 1999 initiierten „Grain for Green“-Project⁶⁵, mit dem eine sozioökonomisch verträgliche Aufforstung weiter Landstriche bis zum Jahr 2010 erreicht werden soll. Im Rahmen des Projektes wurden zwischen 2003 und 2007 in China bereits 14,07 Mio. ha wiederaufgeforstet, davon ungefähr 8,1 Mio. ha in Westchina (57,6%) (eigene Berechnung nach NBSC 2004-2008).

4.6.1.3 Optimierung der Wirtschaftsstruktur

In Kapitel 3.3.3 wurde bereits aufgezeigt, dass der Westen Chinas im Vergleich zum Osten des Landes über eine rückständige Wirtschaftsstruktur verfügt. Die westchinesische Wirtschaft ist nach wie vor stark agrarisch geprägt und weist zudem in allen Wirtschaftssektoren eine vergleichsweise geringe Arbeitsproduktivität auf (vgl. Tab. 3.33). Hinzu kommt, dass der sekundäre Sektor immer noch von chronisch defizitären, technisch veralteten Staatsunternehmen und der Schwerindustrie dominiert wird (vgl. Tab. 3.34). Da die rückständige Wirtschaftsstruktur Westchinas einen entscheidenden Faktor, der zur Verschärfung und Manifestierung der Ost-West-Disparitäten beigetragen hat, darstellt und sich die Wirtschaft Westchinas durch den 2001 vollzogenen Beitritt Chinas zur WTO einem zusätzlichen strukturellen Anpassungsdruck ausgesetzt sieht, zählt die Optimierung der Wirtschaftsstruktur zu den Kernmaßnahmen, die im Zuge der WDS in Westchina umgesetzt werden sollen. Durch die folgenden Maßnahmen soll die regionale Wirtschaftsstruktur optimiert, sprich der strukturelle Wandel in Westchina beschleunigt und die Produktivität der einzelnen Wirtschaftssektoren verbessert werden (vgl. CIIC 07.09.2006; OLGWRD 2002; ZHU 2001):

- Erhöhter Effizienzdruck durch Verbesserung der Ressourcenallokation
- Ausschöpfung regionsspezifischer Potentiale und komparativer Vorteile der Westregion (z.B. Ausbau des Energie- und Rohstoffsektors)
- Stärkung der Wirtschafts- und Binnenmarktintegration
- Verlagerung von arbeits- und ressourcenintensiven Industriezweigen nach Westchina
- Stärkung der wissensbasierten Wirtschaft (Förderung von Hightech-Unternehmen)

⁶⁵ Das „Grain for Green“-Project sieht vor, dass ein Bauer für jeden Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, den er in Wald oder Grasland verwandelt, für die Dauer von acht Jahren eine jährliche Kompensation von 1.550 bis 2.250 kg Getreide (je nach räumlicher Lage der Nutzfläche) und 300 Yuan erhält. Darüber hinaus erhält jeder Bauer pro Hektar eine Einmalzahlung von 750 Yuan, um Setzlinge für die Wiederaufforstung kaufen zu können (vgl. OLGWRD 2001, S. 3; PEOPLE'S DAILY ONLINE 30.03.2000; PEOPLE'S DAILY ONLINE 21.06.2002). Hierbei gilt das Prinzip „*who restores, plants or operates, who has the right to the use of land and the ownership of the forests and grassland*“ (vgl. THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2000, S. 4).

- Stärkung/Förderung des tertiären Sektors (insbesondere Entwicklung des Tourismus)
- Abbau von Überkapazitäten und regionalen Duplizierungen von Industrieanlagen/-kapazitäten
- Aus- und Aufbau von Schlüsselindustrien (u.a. Energie, Chemie, Rohstoffabbau- und -verarbeitung, Viehzucht, Forstwirtschaft, Schwermaschinenbau, Tourismus)
- Modernisierung, Restrukturierung und Privatisierung von Staatsunternehmen
- Attrahierung von in- und ausländischen Direktinvestitionen durch Verbesserung des regionalen Investitionsklimas
- Restrukturierung/Modernisierung des Agrarsektors: Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft; Ansiedlung von Unternehmen zur Veredelung/Weiterverarbeitung von Agrarprodukten; räumliche Spezialisierung und Trennung agrarwirtschaftlicher Aktivitäten durch Schaffung spezialisierter, landwirtschaftlicher Produktionsbasen (z.B. für Baumwolle, Tabak, Tee, Forstprodukte etc.); Verbesserung der Einbindung in Binnen- und Exportmärkte durch erhöhte Produktivität, Steigerung der Produktqualität und Vermarktungsrate; Verringerung des Anbaus von ressourcen-/landintensiven Kulturen, stattdessen Anbau arbeitsintensiver Kulturen (z.B. cash crops)

In den offiziellen Dokumenten zur WDS wird in diesem Zusammenhang immer wieder betont, dass die Westregion die größten komparativen Vorteile im primären Sektor, innerhalb des sekundären Sektors im Rohstoff- und Energiesektor und innerhalb des tertiären Sektors im Tourismussektor besitzt. Zudem erweist sich die Westregion aufgrund des hohen Arbeitskräfteangebots, dem niedrigen Lohnniveau und der mannigfaltigen Ausstattung mit Rohstoffen in besonderem Maße als attraktiv für die Ansiedlung von arbeits- und ressourcenintensiven Industriezweigen.

Tab. 4.3: Ausgewählte Rohstoffvorkommen in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2008)

	Erdgas (in 100 Mrd. m ³ ; Anteil in %)	Kohle (in 100 Mio. t; Anteil in %)	Eisenerz (in 100 Mio. t; Anteil in %)	Manganerz (in 1 Mio. t; Anteil in %)	Zink (in Mio. t; Anteil in %)
VR China (Festland)	29,5 (100)	3.261,3 (100)	223,6 (100)	224,4 (100)	42,5 (100)
Ostchina	1,2 (4,1)	238,1 (7,3)	132,7 (59,4)	15,2 (6,8)	5,7 (13,4)
Zentralchina	2,2 (7,4)	1.372,6 (42,1)	25,6 (11,4)	67,9 (30,3)	4,0 (9,4)
Westchina	26,1 (88,5)	1.650,6 (50,6)	65,3 (29,2)	141,3 (62,9)	32,8 (77,2)

Tabelle 4.3 zeigt, dass die Westregion über ein breites Spektrum von teilweise sehr bedeutenden Rohstoffvorkommen, deren Nutzung auch aus nationalwirtschaftlicher Sicht von großer Bedeutung ist, verfügt. Die Zentralregierung beabsichtigt daher im Zuge der WDS, die Westregion Schritt für Schritt zur Energie- und Rohstoffbasis Chinas auszubauen. Hierbei wird insbesondere der Erschließung von Energieressourcen und dem Ausbau der Stromerzeugung durch Wasserkraft eine hohe Priorität beigemessen. Aufgrund der natürlichen Bedingungen verfügt die Westregion über ein hohes Wasserkraftpotential. Von den 378,5 GW ökonomisch nutzbaren Wasserkraftpotentials in China den sich 290,9 GW (ca. 77%) im Westen des Landes (eigene Berechnung nach ADB 2002a, S. 150). Im Jahr 2007 stammen jedoch nur rund 52% (ca. 7,8% der gesamten Elektrizitätsproduktion Chinas) der Elektrizitätsproduktion aus Wasserkraft aus Westchina (eigene Berechnung nach NBSC 2008), was zeigt, dass die Region über ein be-

trächtliches Ausbaupotential in diesem Sektor verfügt. Im Rahmen des West-East Electricity Transmission Project werden zurzeit zahlreiche Wasserkraftwerke in Sichuan, Yunnan, Guangxi und Guizhou gebaut. So wurde unter anderem im Jahr 2005 mit dem Bau von vier großen Wasserkraftwerken am Oberlauf des Yangtze begonnen. Darunter ist auch das an der Provinzgrenze von Sichuan und Yunnan angesiedelte Xiluodu-Projekt, das voraussichtlich 6,2 Mrd. USD kosten wird und nach seiner geplanten Fertigstellung im Jahr 2015 mit einer Gesamtleistung von 12.600 Megawatt nach dem Drei-Schluchten-Damm das zweitgrößte Wasserkraftwerk Chinas und das drittgrößte der Welt sein wird (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 26.12.2005).

Ein ähnlich großes Entwicklungspotential weist auch der Tourismussektor in Westchina auf. So befinden sich 21 der 66 chinesischen Touristenattraktionen der höchsten Klasse (AAAAA) im Westen des Landes (vgl. Tab. 4.4). Viele Faktoren, wie beispielsweise die zum Teil schlechte infrastrukturelle Erschließung und periphere Lage der Westprovinzen, mangelhaftes Tourismusmarketing etc., führen jedoch dazu, dass der westliche im Vergleich zum östlichen Landesteil immer noch verhältnismäßig wenig aus- und inländische Touristen anzieht. Von den 61,4 Mio. Überseetouristen, die im Jahr 2006 die VR China besuchten, entfielen lediglich 9 Mio. (14,7%) auf die Westregion. Die Einnahmen aus dem Überseetourismus fielen dort daher mit 3,1 Mrd. USD um ein Vielfaches niedriger aus als in Ostchina.

Tab. 4.4: Wirtschaftliche Bedeutung des Tourismussektors in den drei Markoregionen Ost-Mitte-West (eigene Berechnung nach CNTA 2007 u. 2008)

	Anzahl Touristischer Attraktionen Klasse AAAAA in 2008	Überseetouristen in 2006 in Mio. (%-Anteil)	Einnahmen durch Überseetourismus in 2006 (in Mrd. USD)
VR China	66	61,4 (100)	26,3 (100)
Ostchina	29	45,5 (74,1)	20,7 (78,7)
Zentralchina	16	6,9 (11,2)	2,5 (9,5)
Westchina	21	9 (14,7)	3,1 (11,8)

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der WDS verschiedene Maßnahmen ergriffen, um das vorhandene Potential der Region im Tourismussektor künftig besser auszuschöpfen und ihn zu einer bedeutenden Schlüsselindustrie in Westchina auszubauen.⁶⁶ Eine zentrale Maßnahme stellt hierbei die 2003 erfolgte Initiierung des „Plan for the Investment in Western Regional Tourism (2003-2007)“, der gemeinsam von der NDRC, der National Tourism Administration (CNTA) und des OLGWRD erarbeitet wurde, dar. Der Plan sieht vor, dass sich die Förderung der Tourismuswirtschaft in Westchina zunächst auf zwölf touristische Schwerpunktgebiete/-routen konzentrieren soll. Zu diesen zählen unter anderem einige Routen entlang der Seidenstraße (z.B. zwischen X'ian und Baoji), das Drei-Schluchten-Gebiet und die durch Yunnan, Sichuan und Tibet führende Shangri-La-Route (vgl. CIIC 28.03.2003; HKTDC 2002). Die CNTA hat darüber hinaus das „Program of Training Personnel for the Development of Tourism Industry in West China“ aufgelegt, in dessen Rahmen das Managementpersonal westchinesischer Touristenbüros kostenlos aus- und weitergebildet wird (PEOPLE'S DAILY ONLINE 20.06.2000). Der Tourismussektor in Westchina wird künftig sein Potential auch besser entfalten.

⁶⁶ Einen ausführlichen Überblick über den westchinesischen Tourismussektors und seine Entwicklung im Rahmen der WDS liefert Tsui (2004).

ten können, da sich im Zuge der WDS die Infrastrukturausstattung der Westprovinzen bereits deutlich verbessert hat. Dass die Tourismuswirtschaft in Westchina bereits große Fortschritte gemacht hat, zeigt auch, dass in Chongqing vom 19. bis 21. Juni 2009 die erste Western China Tourism Industry Expo stattfand (PEOPLE'S DAILY ONLINE 24.06.2009).

4.6.1.4 Förderung von Wissenschaft, Technologie und Bildung

Das niedrige Bildungsniveau und die geringen Kapazitäten im Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiebereich stellen limitierende Faktoren für die sozioökonomische Entwicklung Westchinas dar. Wie sich aus Tabelle 4.5 entnehmen lässt, lagen im Jahr 2005 die Pro-Kopf-Ausgaben für FuE, die Zahl der Hochschulabsolventen (pro 10.000 EW) und die Dichte der Patentanmeldungen (Patente pro 1 Mio. EW) in der Westregion deutlich unter und die Analphabetenrate deutlich über dem gesamtchinesischen Durchschnitt.

Tab. 4.5: Bildungs- und Forschungsniveau in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West im Jahr 2005 (eigene Berechnung nach MOST 2006; NBSC 2006)

	VR China	Ostchina	Zentralchina	Westchina
Analphabetenrate (in %)	11,04	8,8	10,4	15,2
Hochschulabsolventen pro 10.000 EW	23,5	28,4	23,8	17,7
Pro-Kopf-Ausgaben für FuE	187	351	86	87
Dichte der Patentanmeldungen (Patente pro 1 Mio. EW)	275	550	114	95

Der Westen Chinas weist jedoch nicht nur ein unzureichendes Humankapital und eine geringe Innovationskraft auf, sondern man findet dort zugleich auch einen erheblichen Überbesatz an Arbeitskräften im landwirtschaftlichen Produktionssektor und innerhalb des sekundären Sektors in den größtenteils unrentablen Staatsbetrieben vor. Dies hat die Zentralregierung dazu veranlasst, die Förderung von Wissenschaft, Technologie und Bildung in den fünf Punkte umfassenden, übergeordneten Maßnahmenkatalog der WDS aufzunehmen.

Seit Initiierung der WDS hat die Zentralregierung bereits vielfältige Maßnahmen ergriffen, um das Bildungs- und Forschungsniveau in Westchina zu verbessern. Im Bereich des Bildungssektors wurden gleich mehrere Programme zur Förderung von Grund- und Mittelschulen, zum Ausbau des Hochschulnetzes, zur Weiterbildung lokaler Lehrkräfte, zur Anwerbung von Lehrkräften aus besser entwickelten Regionen und zur Intensivierung der Kooperation von west- und ostchinesischen Hochschulen aufgelegt. So hat die Zentralregierung beispielsweise rund 900 Mio. Yuan (ca. 108 Mio. USD) in das „Project of Constructing University Campus Network for West Universities“ investiert, in dessen Rahmen unter anderem 152 westchinesische Universitäten an das China Education and Research Network (CERNET) angeschlossen und mit einem Campusnetzwerk ausgestattet worden sind (vgl. KE 2005, S. 25; Li 2003, S. 82). Im Bereich des Bildungssektors liegt ein Hauptaugenmerk auf der Etablierung einer flächendeckenden neunjährigen Schulausbildung und einer signifikanten Reduzierung der Analphabetenrate unter Jugendlichen und Menschen mittleren Alters. Zwischen 2004 und 2007 hat die Zentralregierung bereits rund 10 Mrd. Yuan (ca. 1,37 Mrd. USD) in den Bau neuer Schulen und rund 11 Mrd. Yuan (ca. 1,5 Mrd. USD) in den Aufbau eines Distance Teaching Networks in Westchina investiert. Wie erfolgreich diese Kampagne bisher war, zeigt, dass der Anteil der ländlichen Bevölkerung Westchinas mit Zugang zu grundlegender Schulausbildung von 2003 bis 2007

deutlich von 77 auf 98 Prozent gesteigert werden konnte und im selben Zeitraum mehr als sechs Millionen Menschen in Westchina alphabetisiert wurden (vgl. CHINA DAILY 26.02.2008; PEOPLE'S DAILY ONLINE 27.11.2007). Und auch die offiziellen Statistiken belegen, dass sich die Situation im öffentlichen Bildungssektor in Westchina in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. So konnte der Anteil der Bevölkerung (über 6 Jahre) ohne Schulabschluss deutlich von 16,5% (Ø VR China: 13,4) im Jahr 1999 auf 10,3% (Ø VR China: 8,1%) im Jahr 2007 verringert werden. Bei der Alphabetisierung der westchinesischen Bevölkerung konnten zwischen 2000 und 2007 die größten Fortschritte in Tibet (von 52,7% auf 63,2%) und Qinghai (von 74,6% auf 81,6%) erzielt werden (eigene Berechnung nach CHINA DATA CENTER o.J.; NBSC 2000 u. 2008).

Die Zentralregierung hat darüber hinaus mehrere Maßnahmen zur Stärkung des Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiesektors in Westchina ergriffen, um das stark ausgeprägte Regionalgefälle im Innovationsniveau zu verringern. So hat sie bereits das im Jahr 1986 in Ostchina erfolgreich umgesetzte „Spark-Programm“⁶⁷ mit dem im Jahr 1997 initiierten Programm „Sparks in West China“ auch auf die Westregion ausgedehnt (vgl. XINHUA NEWS AGENCY 12.06.2002). Um die Entwicklung der internationalen und technischen Zusammenarbeit in Westchina zu fördern, hat die Zentralregierung darüber hinaus im Zuge der WDS elf zusätzliche wirtschaftliche und technische Entwicklungszonen (Economic and Technological Development Zones (ETDZs), vgl. Kap. 5.3.3.1) auf staatlicher Ebene in der Region ausgewiesen. Neben den bereits in 1992/93 in Chongqing und Urumqi errichteten ETDZs auf Staatsebene wurden zwischen 2000 und 2002 elf weitere Zonen dieser Art in Xi'an, Chengdu, Kunming, Guiyang, Shihezi, Xining, Hohhot, Nanning, Yinchuan, Lanzhou und Lhasa ausgewiesen (vgl. HKTDZ 2009; PEOPLE'S DAILY ONLINE 13.03.2000; UNESCAP 2005, S. 59;). Neben den ETDZs hat die Zentralregierung bereits in den 1990er Jahren insgesamt dreizehn High-Tech-Industrieentwicklungszonen (High-Tech Industrial Development Zones (HIDZs); vgl. Kap. 5.3.3.2) auf staatlicher Ebene in Westchina errichtet, um das wissenschaftliche und wirtschaftliche Potential der Region durch die Einführung ausländischer Wissenschafts- und Technikressourcen, Kapitalanlagen und Verwaltungsmethoden zu verbessern (vgl. GANGLMAIR 2007, S. 65). Im Hinblick auf FuE-Intensität und Innovationsleistung sticht in Westchina insbesondere die Provinz Shaanxi hervor. Dass sich die Provinz zum „Silicon Valley Westchinas“ entwickelt hat, hängt unter anderem auch damit zusammen, dass sie von den umfangreichen FuE-Einrichtungen, die dort im Rahmen der „Dritten Front“-Strategie errichtet wurden, profitieren konnte. Im Jahr 2006 rangierte Shaanxi hinsichtlich der FuE-Intensität mit einem Anteil der FuE-Ausgaben am BIP von 2,2% landesweit bereits an zweiter Stelle hinter Beijing (5,5%) (eigene Berechnung nach MOST 2007; NBSC 2007). Um die Kapazitäten Shaanxis im FuE-Bereich weiter auszubauen, hat das Ministry of Science and Technology (MOST) im Jahr 2002 ein Programm initiiert, in dessen Rahmen in Shaanxi entlang der Lianyungang-Lanzhou Eisenbahn-

⁶⁷ Mit dem 1986 von der State Science and Technology Commission implementierten „Spark Program“ (sog. Funkenprogramm) soll die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Gebiete durch Technologietransfer bzw. Wissensdiffusion stimuliert werden. Im Rahmen dieses Programms werden ländliche Unternehmen (TVEs; vgl. Kap. 3.3.3) mit neuen Technologien und neuem Equipment ausgestattet und deren Management-Know-how verbessert. Parallel dazu wurden mehrere so genannte Spark Technology Zones errichtet, in denen die TVEs, ähnlich wie in den staatlichen Investitions- und Entwicklungszonen, in den Genuss zahlreicher Vergünstigungen (z.B. niedrigere Steuersätze) kommen (vgl. CHENG 2008, S. 56f.; SU 2000, S. 42).

strecke die erste industrielle High-Tech-Entwicklungssachse auf Staatsebene in Westchina errichtet werden soll (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 10.04.2002).

4.6.1.5 Intensivierung/Beschleunigung der Reform- und Öffnungspolitik

In Kapitel 3.3.3 wurde bereits dargelegt, dass sich die marktwirtschaftliche Transformation und die außenwirtschaftliche Öffnung in Westchina nicht mit der gleichen Intensität bzw. dem gleichen Tempo vollzogen haben wie in der Küstenregion. Die meisten westchinesischen Provinzen weisen nach wie vor einen geringen Grad außenwirtschaftlicher Verflechtung (vgl. Tab. 3.36), eine rückständige Wirtschaftsstruktur (vgl. Tab. 3.33), einen geringen wirtschaftlichen Liberalisierungsgrad (vgl. Tab. 3.34) und eine ineffiziente Bürokratie auf. Hinzu kommt, dass sich die westchinesische Wirtschaft durch den 2001 vollzogenen Beitritt Chinas zur WTO einem zusätzlichen Anpassungsdruck ausgesetzt sieht. Der fünfte und zugleich letzte Punkt im übergeordneten Maßnahmenkatalog, die Intensivierung/Beschleunigung der Reform- und Öffnungspolitik, zielt daher auf eine Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung Westchinas ab. Ein Blick auf die in Kapitel 4.5 benannten Ziele, die die Zentralregierung mit der WDS verfolgt (vgl. Tab. 4.1), offenbart darüber hinaus, dass sich viele davon ohnehin nur realisieren lassen, wenn die Region in die Lage versetzt wird, künftig mehr Finanzmittel, Technologie und Fachkräfte aus dem In- und Ausland anzuziehen.

Die außenwirtschaftliche Öffnung Westchinas wurde erst relativ spät mit der im Jahr 1992 erfolgten Öffnung sämtlicher Provinzhauptstädte für ADI eingeläutet. Im selben Jahr hat die Zentralregierung darüber hinaus damit begonnen, in ausgewählten Grenzstädten BECZs zu errichten, um den grenzüberschreitenden Handel und die wirtschaftliche Kooperation mit Nachbarstaaten aus der Region zu intensivieren (vgl. Kap. 5.3.3.3). Mittlerweile gibt es 14 Zonen dieser Art in der VR China, zehn davon befinden sich an der westchinesischen Außengrenze. Um die außenwirtschaftliche Öffnung der Westregion weiter zu forcieren, hat die Zentralregierung seit dem Jahr 2000 in acht westchinesischen Provinzen zusätzlich insgesamt neun Exportbearbeitungszonen (Export Processing Zones (EPZs); vgl. Kap. 5.3.3.4) errichtet.

In den vergangenen Jahren hat sich insbesondere die Provinz Xinjiang aufgrund ihrer räumlichen Lage zum Brückenkopf für die Erschließung des zentralasiatischen Marktes entwickelt (vgl. Kap. 4.6.3). Im Jahr 2006 belief sich das Handelsvolumen Xinjiangs mit den fünf ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken Tadschikistan, Usbekistan, Kirgisistan, Kasachstan, Turkmenistan bereits auf knapp 7,4 Mrd. USD; dies entsprach einem Anteil von rund 61,4% am gesamtchinesischen Außenhandel mit diesen Staaten. Kasachstan ist zum wichtigsten Handelspartner Xinjiangs und Chinas in Zentralasien aufgestiegen. Alleine zwischen 1998 und 2006 hat sich das bilaterale Handelsvolumen zwischen Xinjiang und Kasachstan von 0,49 Mrd. USD auf 5 Mrd. USD mehr als verzehnfacht (eigene Berechnung nach Li et al. 2008, S. 136; NBSC 2007; STATISTICAL BUREAU OF XINJIANG UYGUR AUTONOMOUS REGION 2004). Um die wirtschaftliche Kooperation beider Staaten weiter zu vertiefen, haben sich die chinesische und die kasachische Regierung im Jahr 2005 darauf verständigt, in Korgas eine 14,36 km² große grenzübergreifende bilaterale Freihandelszone, die erste ihrer Art in der VR China, einzurichten (vgl. CHINA DAILY 20.09.2005).

Neben der bisher erfolgten Einrichtung von insgesamt 45 Investitionszonen unterschiedlicher Art (13 ETDZs, 13 HIDZs, 10 BECZs und 9 EPZs; vgl. Abb. 5.8) in Westchina hat die Zentralregierung darüber hinaus im Rahmen der WDS weitere spezifische Maßnahmen ergriffen, um in- und ausländische Investitionen künftig gezielter nach West- und Zentralchina zu lenken. So hat sie bereits im Juni 2000 den so genannten „Catalogue of Advantaged Industries for Foreign Investment in the Central-Western Region“ erlassen. Dieser Katalog, der bis dato zweimal überarbeitet bzw. erweitert wurde (die letzte aktualisierte Fassung trat am 1. Januar 2009 in Kraft), ergänzt den für alle Provinzen gleichermaßen geltenden Investitionslenkungskatalog für ausländische Investitionen (vgl. Kap. 5.3.1). In den Anwendungsbereich des Kataloges fallen alle west- und zentralchinesischen Provinzen sowie seit 2009 auch die nordostchinesische Provinz Liaoning (vgl. MOFCOM & NDRC 2008). Das Spektrum der im Katalog aufgelisteten Industrie- und Wirtschaftsbereiche reicht von der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft über Bereiche der Textilindustrie, Informationstechnologie bis zu den Sektoren Umweltschutz, Tourismus, Bergbau und High-Tech. Der Katalog listet für jede Provinz jeweils noch bis zu 26 zusätzliche Industrie- und Wirtschaftszweige auf, in denen ADI ausdrücklich „erwünscht“ sind bzw. „gefördert“ werden (Kategorie „encouraged“). Insgesamt enthält der Katalog 411 Produkte, Technologien und Dienstleistungen. Viele der dort aufgeführten Industrie- und Wirtschaftszweige würden im national gültigen Investitionslenkungskatalog in die Kategorie „eingeschränkt“ („restricted“) fallen. Da sie jedoch explizit in dem Katalog aufgeführt sind, genießen sie dementsprechend dieselben Vorzüge wie Investitionsvorhaben, die im nationalen Investitionslenkungskatalog unter die Kategorie „encouraged“ fallen, d.h. sie kommen ebenfalls in den Genuss einer bevorzugten steuerlichen Behandlung und unterliegen zudem einem vereinfachten Genehmigungsverfahren (vgl. MOFCOM & NDRC 2007; MOFCOM & NDRC 2008). Zusätzlich zu den erweiterten Investitionsmöglichkeiten für ausländische Investoren, kommen in Westchina sowohl aus-, als auch inländische Unternehmen in den Genuss diverser Steuervergünstigungen, wenn sie ihre Investitionen in bestimmten Wirtschafts- und Industriezweigen tätigen. So wird beispielsweise ausländischen Investoren, wenn sie in einen unter die Kategorie „encouraged“ fallenden Wirtschafts- und Industriezweig investieren, für den Zeitraum 2001 bis 2010 ein auf 15% reduzierter Körperschaftssteuersatz gewährt. Bei inländischen Unternehmen kommt der ermäßigte Steuersatz zur Anwendung, wenn sie in einen im so genannten „Catalogue of Industries, Products and Technology Currently Particularly Encouraged by the State for Development“ aufgeführten Wirtschafts- und Industriezweig investieren. Darüber hinaus kann für neu errichtete Unternehmen in den Bereichen Verkehr, Stromversorgung, Wasserwirtschaft, Post, Fernsehen und Rundfunk unter gewissen Voraussetzungen der Körperschaftssteuersatz in den ersten zwei Jahren gänzlich erlassen und in den darauf folgenden drei Jahren um die Hälfte gemindert werden (vgl. THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2000, S. 3f.; THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001, S. 6f.). Überdies hat die Zentralregierung auch verschiedene Schritte unternommen, um die Privatisierung und Umstrukturierung der staatseigenen Unternehmen in Westchina voranzutreiben. So werden ausgewählte Staatsunternehmen aktiv dabei unterstützt, sich zu entschulden, sich in eine GmbH oder Aktiengesellschaft zu verwandeln, oder es wird ihnen gestattet, sich einem ausländischen Investor zu öffnen (Joint Venture oder Übernahme) (vgl. CHEN 2001, S. 39; THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001, S. 5).

4.6.2 Spezifische politische Maßnahmen und Instrumente zur Entwicklung Westchinas

Die Zentralregierung hatte bereits im Januar 2000 den übergeordneten Maßnahmenkatalog festgelegt. Es verging jedoch fast ein Jahr, ehe sie mit dem am 26. Oktober veröffentlichten, acht Seiten umfassenden „Circular of the State Council Concerning Several Policies on Carrying out the Development of China's Vast Western Region“ erstmals die (förder-)politischen Maßnahmen, die im Zuge der WDS umgesetzt werden sollen, näher präziserte. Wiederum fast ein Jahr später, am 29.09.2001, veröffentlichte sie dann schließlich die vom OLGWRD ausgearbeiteten und noch tiefer ins Detail gehenden, sechzehn Seiten umfassenden „Suggestions on the Implementation of Policies and Measures Pertaining to the Development of the Western Region“. Gemäß dieser beiden Maßnahmenkataloge sollen im Rahmen der WDS bis zum Jahr 2010 die folgenden spezifischen Maßnahmen umgesetzt werden (vgl. MA & LI 2004, S. 404ff.; THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2000, S. 2ff.; THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001):

- **Politik der verstärkten Finanzierung** („Policies on Increasing Financial Input“):
 - (1) **Erhöhung der Ausgaben für den Aufbau in den Westgebieten:** Die Mittelanteile aus dem Zentralhaushalt für die Entwicklung Westchinas werden Schritt für Schritt erhöht. Ferner sollen Kredite staatlicher Finanzinstitutionen (z.B. State Development Bank) und Vorzugskredite internationaler Finanzorganisationen (z.B. Weltbank) und ausländischer Regierungen künftig soweit wie möglich in Projekte in Westchina fließen.
 - (2) **Vorrangige Durchführung von Aufbauprojekten:** Der Auf- und Ausbau von Infrastrukturprojekten (Verkehr, Energie, Wasserwirtschaft etc.), die Erschließung und Nutzung von bedeutenden Ressourcen, Industrialisierungsprojekte im High-Tech-Bereich sowie Projekte zur Konversion militärtechnischer Innovationen in die zivile Produktion sollen bevorzugt in den Westgebieten durchgeführt bzw. angesiedelt werden.
 - (3) **Schrittweise Erhöhung der Transferzahlungen für die Westregion:** Parallel zur Erhöhung der staatlichen Ausgaben Westchinas aus dem Zentralhaushalt werden die regulären finanziellen Transferleistungen in die Westprovinzen Schritt für Schritt erhöht. Darüber hinaus werden künftig die Mittel aus speziellen Hilfefonds für die Bereiche Landwirtschaft, soziale Absicherung, Bildung, Gesundheitswesen, Familienplanung, Wissenschaft und Technik, Kultur und Umweltschutz bevorzugt in Westchina eingesetzt.
 - (4) **Ausbau der Finanzierung durch Kredite:** Die Banken werden dazu aufgefordert, mehr Kreditmittel für den Aufbau grundlegender Industrien und den Ausbau der Infrastruktur in den Westgebieten bereitzustellen. Mit den Kreditmitteln sollen in erster Linie große und mittelgroße Infrastruktur- und Energieprojekte unterstützt werden. Zudem soll die Kreditvergabe beschleunigt werden, um einen planmäßigen Bauablauf der Projekte zu garantieren.
- **Politik zur Verbesserung des Investitionsumfeldes** („Policies on Improving Investment Environment“):
 - (1) **Verbesserung der weichen Standortfaktoren:** Die Reform der Staatsunternehmen soll vorangetrieben und ein modernes Unternehmenssystem etabliert werden. Die staatseigenen Unternehmen werden dabei unterstützt, sich zu entschulden bzw. zu reorganisieren (z.B. Privatisierung, Übernahme etc.). Darüber hinaus sollen in Westchina die Waren-, Beschaffungs- und Zuliefermärkte ausgebaut und gestärkt werden. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wird ein Kreditgarantiesystem eingerichtet, und es werden Dienstleistungsinstitutionen aufgebaut.
 - (2) **Gewährung von Steuervergünstigungen für in- und ausländische Unternehmen:** Sowohl in-, als auch ausländischen Unternehmen wird in den ersten drei Betriebsjahren ein reduzierter Körperschaftssteuersatz von 15% gewährt, wenn sie in „erwünschte“ Wirtschafts- und Industriezweige investieren. Unternehmen, die in die Bereiche Verkehr, Stromversorgung, Wasserwirtschaft, Post, Fernsehen oder Rundfunk investieren, sind

zwei Jahre völlig von der Körperschaftsteuer befreit und werden in den darauf folgenden drei Jahren nur mit dem halben Steuersatz belastet.

- (3) **„Preferential Policies“ bei Boden- und Mineralsressourcen:** Projekte zur Konversion von kahlen Berghängen, Ödland oder Ackerflächen in Wald oder Grasland werden künftig nach dem Prinzip „who restores, plants or operates, who has the right to the use of land and the ownership of the forests and grassland“ durchgeführt. Wirtschaftliche Organisationen und Individuen können die Nutzung von staatseigenen Berghängen oder Ödland beantragen; die Überlassungs- bzw. Nutzungsgebühren werden dabei reduziert oder fallen gänzlich weg. Die Bodennutzungsrechte gelten für 50 Jahre. Nach Ablauf der Frist kann eine Verlängerung beantragt werden; sie können vererbt oder kostenpflichtig übertragen werden. Ferner wird die Erforschung, Bewertung, Erschließung und die rationelle Nutzung von Ressourcen in den Westgebieten intensiviert. Hierzu werden entsprechende Rahmenbedingungen zur Übertragung und Abtretung von Erschließungs- und Bergbaurechten geschaffen.
- (4) **Preispolitik:** Vertiefung der Preisreform und Stärkung des Markt-Preis-Mechanismus. Etablierung eines marktbasierenden Preisbildungssystems für Erdgas, Strom, Erdöl und Kohle. Betreiber von regionalen Fluglinien in Westchina können die Ticketpreise selbst festsetzen. Auf neu errichteten Eisenbahnlinien in Westchina können Sondertarife erhoben werden.
- **Politik zur Intensivierung der Öffnung nach innen und aussen** („Policies on Expanding the Opening to the Outside World and Internal Areas“):
 - (1) **Öffnung weiterer Wirtschafts- und Industriezweige für ADI:** Ausländische Investoren werden dazu angespornt, in den Agrar-, Wasserwirtschafts-, Umweltschutz-, Infrastruktur-, Tourismus-, Energie- und Bergbausektor und in die Errichtung von technischen Forschungs- und Entwicklungszentren zu investieren. Ferner soll die Außenöffnung des Dienstleistungssektors weiter ausgebaut werden. Die probeweise Zulassung von ausländischen Banken, Einzel- und Außenhandelsunternehmen soll auf sämtliche westchinesischen Provinzhauptstädte ausgedehnt werden. Banken mit ausländischer Beteiligung sollen schrittweise die Genehmigung erhalten, ihre Geschäfte in der chinesischen Landeswährung Renminbi (RMB) abzuwickeln. Innerhalb des Dienstleistungssektors wird ausländischen Unternehmen künftig gestattet, in den Telekommunikations-, Versicherungs- und Tourismussektor zu investieren und chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Rechtsberatung, Eisenbahn- und Straßentransport sowie im städtischen Dienstleistungssektor zu gründen.
 - (2) **Ausbau der Kanäle zur Attrahierung ausländischer Investitionen:** Die Attrahierung ausländischen Kapitals mittels privater Betreibermodelle wie Build-Operate-Transfer (BOT) oder Transfer-Operate-Transfer (TOT) soll in den Westgebieten erprobt werden. Ferner dürfen ausländische Unternehmen künftig Investitionsvorhaben bis zu einem gewissen Anteil in chinesischer Landeswährung finanzieren. Ausländische Unternehmen werden dabei unterstützt, Aktien an in- und ausländischen Börsen zu emittieren, wenn sie die Anforderungen der vorgegebenen Richtlinien erfüllen. Die Einführung ausländischer Investitionen über chinesisch-ausländische Joint-Venture-Fonds oder Risikoinvestmentfonds soll aktiv erforscht werden. Ausländische Unternehmen, die bereits in China vertreten sind, werden aktiv dabei unterstützt in den Westgebieten zu reinvestieren und, wenn ihr Anteil am Investitionsvolumen des neuen Projektes 25% übersteigt, zieht dies bereits die Vorzugsbehandlung als ausländische Gesellschaft in China nach sich.
 - (3) **Stärkung des Außenhandels und der wirtschaftlichen Kooperation:** Einheimische Unternehmen werden beim Export von hochwertigen Produkten, der Durchführung auswärtiger Contracting-Projekte, der Entsendung von Arbeitskräften und dem Tätigen von Direktinvestitionen im Ausland, und hier insbesondere in den Nachbarländern Chinas, aktiv unterstützt. Zudem werden die Beschränkungen für die Ein- und Ausreise von Arbeitskräften gelockert. Beim Import von Anlagen und modernen Technologien, die für die wirtschaftliche Entwicklung Westchinas von großer Bedeutung sind, werden Importvergünstigungen gewährt. Zur Belebung des Grenzhandels ergreift der Staat flexible Maßnahmen und gewährt Präferenzen und Vergünstigungen. Darüber hinaus werden die Beschränkungen bei der Zollrückvergütung, beim Umfang von Warenimporten und -exporten, den Ein- und Ausfuhrkontingenten von Waren und bei der Vergabe von Import- und Exportlizenzen gelockert.

- (4) Förderung regionaler Wirtschaftskooperation:** Falls Unternehmen aus Ost- und Zentralchina in Westchina investieren, werden ihnen die gleichen Sonder- und Vorzugsbedingungen wie ausländischen Investoren gewährt. Es ist ihnen jedoch untersagt, technisch veraltete und umweltbelastende Anlagen nach Westchina zu transferieren.
- **Politik zur Gewinnung von Fachkräften und Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Bildung** (“Policies on Attracting Qualified Personnel and Developing Science and Technology, and Education”):
 - (1) Effektive Anwerbung und Einsetzung von Fachkräften:** Im Zuge der Gehaltsreform werden Gehaltssubventionen für arme und abgelegene Gebiete gewährt, und das Gehalt der in staatlichen Behörden und Institutionen angestellten Beschäftigten wird Schritt für Schritt dem landesdurchschnittlichen Niveau angepasst. Das Hukou-System wird dahingehend reformiert, dass Einwohnern aus anderen Gebieten, die in Westchina investieren oder einer geschäftlichen Tätigkeit nachgehen, künftig gestattet wird, ihren bisherigen Hukou beizubehalten. Personen, die über eine permanente Wohnunterkunft und eine reguläre Arbeitsstelle bzw. ein gesichertes Einkommen verfügen, können künftig in Städten auf Bezirksebene und darunter einen städtischen Hukou erwerben.
 - (2) Führende Rolle von Wissenschaft und Technologie zum Tragen bringen:** Die staatlichen Mittel für FuE werden Schritt für Schritt erhöht. Industrialisierungsprojekte zur Konversion militärtechnischer Innovationen in die zivile Produktion werden gefördert. Forschungsinstitute und Hochschulen erhalten finanzielle Mittel, um ihre Kapazitäten in der Grundlagen- und angewandten Forschung auszubauen. Angewandte Forschungsinstitute werden dabei unterstützt, sich in Unternehmen umzuwandeln. Die Entstehung universitärer Spin-Off-Aktivitäten wird aktiv vorangetrieben. Unternehmen werden dazu aufgefordert, den Anteil ihrer jährlichen FuE-Ausgaben am Jahresumsatz zu erhöhen; den Unternehmen kann dann unter gewissen Voraussetzungen eine Steuerermäßigung gewährt werden.
 - (3) Erhöhung der staatlichen Bildungsausgaben:** Die staatlichen Ausgaben für Bildung werden erhöht, um in Westchina allen Kindern und Jugendlichen eine neunjährige Schulausbildung zu ermöglichen und den Aufbau von Hochschulen zu unterstützen. Die ost- und zentralchinesischen Universitäten werden künftig dazu angehalten, mehr Studenten aus Westchina aufzunehmen. Ferner wird in Westchina ein Fernbildungssystem aufgebaut und die wissenschaftliche, technische und kulturelle Bildung der Kader an der Basis sowie der Bauern wird verstärkt.
 - (4) Ausbau von Kultur- und Bildungseinrichtungen:** Die vom Staat vorgesehenen Fördermittel zum Aufbau lokaler Kultureinrichtungen, von Rundfunk und Fernsehen und Kulturdenkmälern werden schwerpunktmäßig nach Westchina gelenkt. Auf dem Land wird ein medizinisches Grundversorgungssystem aufgebaut.

Betrachtet man die schwerpunktmäßige Ausrichtung des Maßnahmenkataloges, so stellt man fest, dass die politischen Maßnahmen und Instrumente der Zentralregierung in erster Linie darauf ausgerichtet sind, die regionale Wirtschaftsstruktur und das Investitionsklima in Westchina zu verbessern. Im Wesentlichen stützt sich die Zentralregierung hierbei auf den Einsatz infrastruktur- und investitionspolitischer Maßnahmen. Durch den geplanten Aus- und Aufbau der materiellen, immateriellen und institutionellen Infrastruktur sowie eine gezielte sektorale und regionale Investitionsförderung soll die Westregion in die Lage versetzt werden, künftig verstärkt in- und ausländische Investoren anzuziehen. Darüber hinaus zielt die Zentralregierung mit ihren Maßnahmen auf eine Vertiefung der interregionalen (Ost-Mitte-West) und grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperation sowie auf die Schaffung eines gesamtchinesischen Marktes ab.

4.6.3 Förderung regionaler Wachstumspole und Ausbau von Entwicklungsachsen

Im 10. FJP und im übergeordneten Rahmenplan zur Entwicklung Westchinas wurde festgelegt, dass bei der Implementierung der WDS „... *priority should be given to those areas along communication arteries and around pivotal cities with relatively better economic conditions, considerable geographic advantage and intensive population.*“ (OLGWRD 2002). Die Zentralregierung praktiziert im Rahmen der WDS somit keine flächendeckende Förderung nach dem „Gießkannenprinzip“, sondern konzentriert sich zunächst auf die Förderung bereits hinreichend entwickelter regionaler Wachstumspole⁶⁸ und den Ausbau von Entwicklungsachsen (vgl. Abb. 4.8).

Als regionale Entwicklungsachsen wurden die wichtigsten Verkehrsadern entlang der „neuen“ eurasischen Kontinentalbrücke⁶⁹, am Yangtze-Oberlauf sowie die zum Meer führenden Verkehrswege in Südwestchina ausgewiesen. Zu den wichtigsten Verkehrsverbindungen entlang der eurasischen Kontinentalbrücke zählen die Longhai Eisenbahnstrecke, die im westlichen Streckenabschnitt die Städte Xi'an und Lanzhou verbindet, die Lanxin Eisenbahnstrecke (Lanzhou→Urumqi), die Beijing-Lanzhou Eisenbahnstrecke (Beijing→Hohhot→Yinchuan→Lanzhou) sowie die Lianhuo Autobahn, die von der nordwestchinesischen Grenzstadt Korgas quer durch ganz China bis zur ostchinesischen Küstenstadt Lianyungang (Jiangsu) verläuft. Die wichtigsten Verkehrswege am Oberlauf des Yangtze stellen die Chengyu Autobahn (Chengdu→Neijiang→Longchang→Chongqing), die Chengyu Eisenbahnstrecke (Chengdu→Chongqing) und der Yangtze selber dar. Im Südwesten wurden die Nankun Eisenbahnstrecke (Nanning→Kunming) und die Yuzhan Autobahn (Chongqing→Guiyang→Nanning→Zhanjiang) als Entwicklungsachsen ausgewiesen. Die bereits im Jahr 1992 zu „offenen“ Städten erklärten Provinzhauptstädte Nanning, Kunming, Guiyang, Chongqing, Chengdu, Xian, Hohhot, Yinchuan, Lanzhou, Xining und Urumqi, die an diesen Verkehrsadern liegen bzw. durch sie verbunden sind, sollen im Zuge der WDS zu dynamischen Wirtschaftszentren ausgebaut werden. Darüber hinaus sollen sie künftig als regionale Gravitationszentren/Wachstumspole die Führungsrolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der an sie angrenzenden und überwiegend strukturschwachen Regionen ausüben (vgl. OLGWRD 2002; STATE COUNCIL OF THE PRC 2000, S. 2; ZHU 2001).

⁶⁸ Def. Wachstumspol (DIERCKE WÖRTERBUCH DER ALLGEMEINEN GEOGRAPHIE 1995b, S. 359): „Nach dem Entwicklungsmodell des ungleichgewichtigen Wirtschaftswachstums ein sektoraler oder regionaler Ansatzpunkt, von dem schließlich ein Impulsüberschuss auf andere Sektoren bzw. auf das Umland abgegeben wird.“

⁶⁹ Die „neue“ bzw. „zweite“ eurasische Kontinentalbrücke, die bereits als „Seidenstraße des 21. Jahrhunderts“ tituiert wird, bildet die bereits im Jahr 1992 in Betrieb genommene und ca. 10.900 km lange transkontinentale Eisenbahnverbindung zwischen der ostchinesischen Hafenstadt Lianyungang (Jiangsu) und der Hafenstadt Rotterdam.

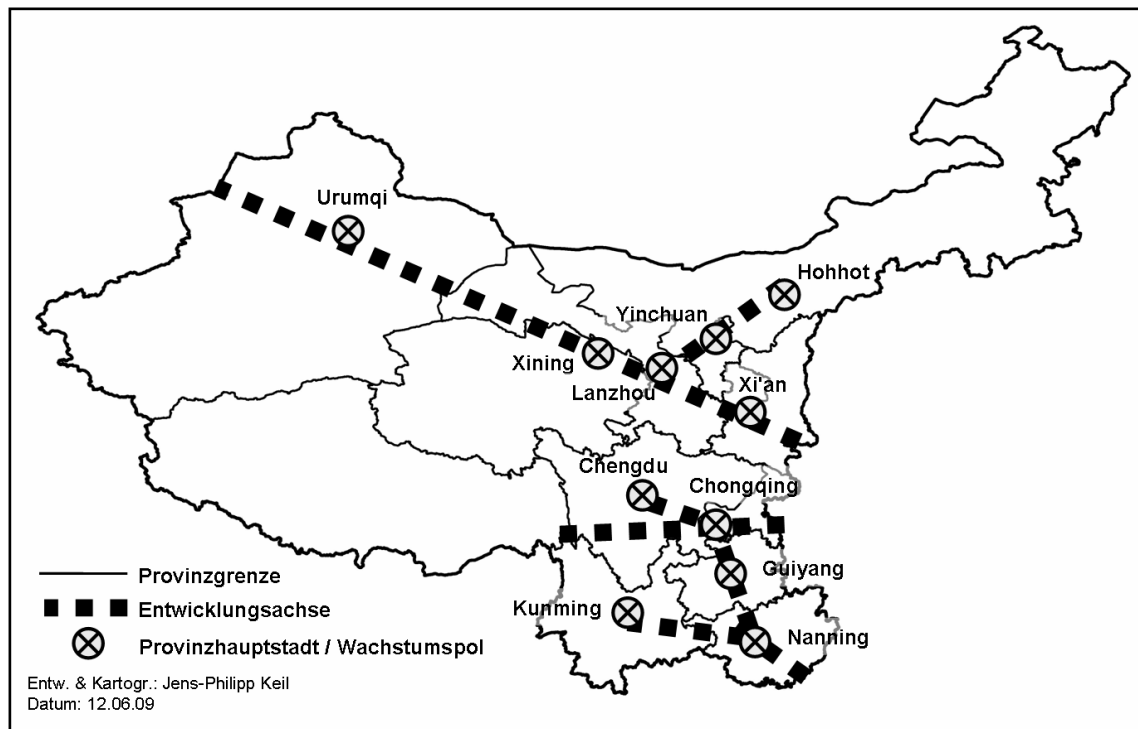


Abb. 4.8: Ausgewiesene Wachstumspole und Entwicklungsachsen in Westchina (eigene Darstellung nach JIN & QIAN 2003, S. 7; OLGWRD 2002; STATE COUNCIL OF THE PRC 2001, S. 2; ZHU 2001)

Im 11. FJP (2006-2010) zur Entwicklung Westchinas wurden daraufhin mit der Beibu Gulf Economic Zone, der Chengyu Economic Zone und der Guanzhong-Tianshui Economic Zone drei strategische Wirtschaftszonen/Schlüsselregionen (sog. key economic zones) in Westchina ausgewiesen (vgl. Abb. 4.9). Die am Golf von Tonking (Südchinesisches Meer) im Südwesten Chinas gelegene Wirtschaftszone Beibu Gulf, die auch Beibuwan (chinesische Bezeichnung für den Golf von Tonking) genannt wird, setzt sich im Kern aus den Städten Fangchenggang, Nanning, Beihai, Qinzhou, Yulin und Chongzuo zusammen. Die am Yangtze-Oberlauf im Roten Becken liegende Wirtschaftszone Chengyu (Abkürzungen in Pinyin: Chen = Chengdu; Yu = Chongqing) setzt sich aus den beiden Provinzhauptstädten Chengdu und Chongqing sowie 14 bezirksfreien Städten in Sichuan und 23 Bezirken und Kreisen in Chongqing zusammen. Die wirtschaftlichen Gravitationszentren innerhalb dieser dicht besiedelten Region bilden die beiden Metropolen Chengdu und Chongqing. Als dritte strategische Wirtschaftszone wurde die in der Guangzhong Ebene (Zentral-Shaanxi-Ebene) gelegene Wirtschaftszone Guanzhong-Tianshui ausgewiesen. Diese setzt sich im Kern aus den Städten Baoji, Xi'an, Xianyang, Tongchuan, Weinan (alle Shaanxi) und Tianshui (Gansu) zusammen. Die Metropole Xi'an, die sich zu einem der bedeutendsten Standorte der Hightech-Industrie in China entwickelt hat, bildet das wirtschaftliche Zentrum dieser Zone (vgl. CHINA DAILY 19.01.2007; CHINA DAILY 25.08.2008; PEOPLE'S DAILY ONLINE 02.03.2007; PEOPLE'S DAILY ONLINE 26.06.2009; THE PEOPLE'S GOVERNMENT OF SHAANXI PROVINCE 2009a; THE PEOPLE'S GOVERNMENT OF SHAANXI PROVINCE 2009b).

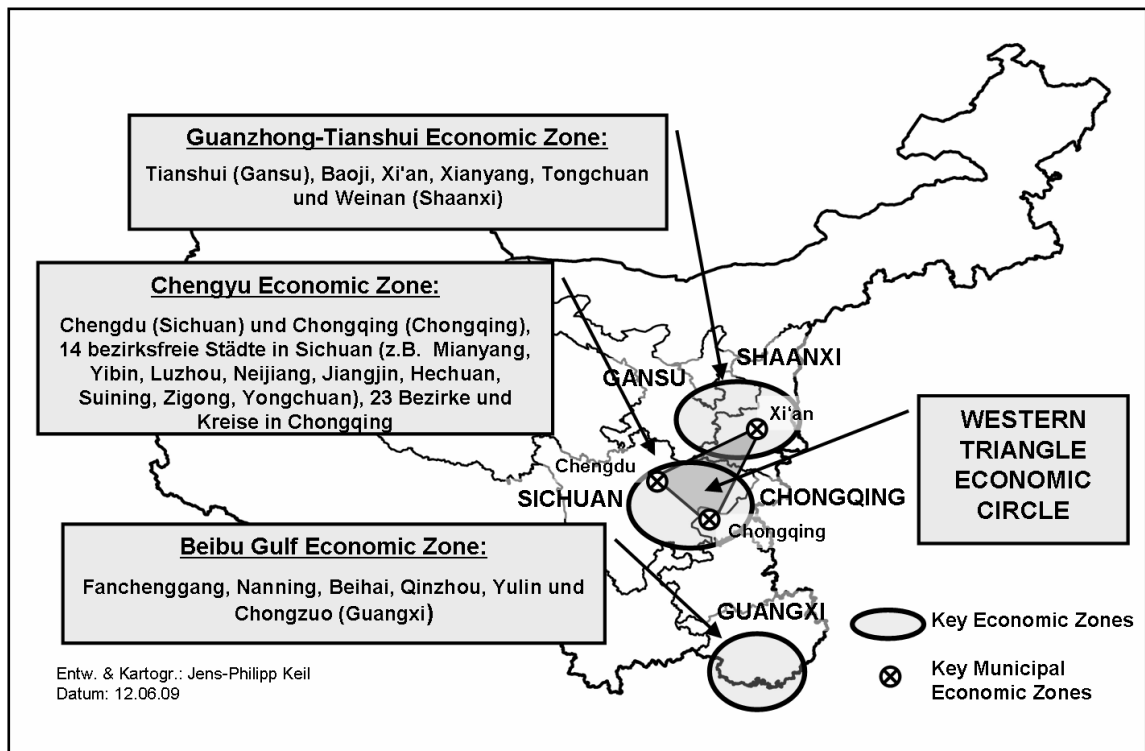


Abb. 4.9: Im 11. FJP zur Entwicklung Westchinas ausgewiesene strategische Wirtschaftszonen (eigene Darstellung nach THE PEOPLE'S GOVERNMENT OF SHAANXI PROVINCE 2009b)

Von den im 10. FJP ausgewiesenen Wachstumspolen haben sich in den letzten Jahren insbesondere die im dicht besiedelten Provinzdreieck Sichuan-Chongqing-Shaanxi (190 EW/km²; zum Vergleich: Westchina: 53 EW/km², VR China: 137 EW/km²) liegenden Metropolen Chengdu, Chongqing und Xi'an äußerst dynamisch entwickelt. Dies dürfte die Zentralregierung unter anderem dazu veranlasst haben, die drei prosperierenden Wirtschaftszentren als so genannte Key Municipal Economic Zones auszuweisen (vgl. MOFCOM 2005; vgl. Abb. 4.9). Da sich das Städtedreieck Chengdu-Chongqing-Xi'an zur bedeutendsten Wirtschaftsregion im westchinesischen Hinterland entwickelt hat und die ökonomische Integration innerhalb der Region rasch voranschreitet, gibt es auf höchster Ebene zudem Bestrebungen das Städtedreieck zum so genannten Western Triangle Economic Circle auszubauen. Die Entwicklungs- und Reformkommissionen der drei Provinzen haben diesbezüglich bereits eine Vereinbarung unterzeichnet und die NDRC damit beauftragt, einen entsprechenden Entwicklungsplan zu entwerfen. Die Planungen sehen unter anderem vor, die drei Metropolen Chengdu, Chongqing und Xi'an jeweils direkt mittels einer Hochgeschwindigkeitsstrecke miteinander zu verbinden. Die bereits im Bau befindliche Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Chengdu nach Chongqing soll bereits im Jahr 2013 ihren Betrieb aufnehmen (vgl. THE AMERICAN CHAMBER OF COMMERCE PRC 2009; CHINA DAILY 10.07.2009; CHONGQING DAILY 06.07.2009; YANG & MAO 2006, S. 9).

4.6.4 Förderung des Außenhandels und grenzüberschreitender Wirtschaftskooperationen

In Kapitel 3.3.3 wurde bereits aufgezeigt, dass die Westregion nur einen geringen Grad wirtschaftlicher Offenheit aufweist (vgl. Tab. 3.36). Wie aus Tabelle 4.6 hervorgeht, beschränkt sich die Integration Chinas in den Welthandel hauptsächlich auf seine Küstenprovinzen. Im Jahr 2007 entfielen 91,7% des chinesischen Außenhandels auf die ostchinesischen Provinzen, auf die zentral- und westchinesischen Provinzen hingegen nur 4,7% bzw. 3,6%. Ein Blick auf den Anteil der drei Makroregionen an den chinesischen Exporten offenbart ein nahezu identisches Bild. So stammen im selben Jahr 91,2% der chinesischen Exporte aus Ostchina und nur 4,9% bzw. 3,9% aus Zentral- und Westchina. Dies verdeutlicht, warum die Förderung des Außenhandels und der Ausbau grenzüberschreitender Wirtschaftskooperationen zu den zentralen Maßnahmen, die im Zuge der WDS umgesetzt werden sollen, zählen. Hierbei geht es der Zentralregierung in erster Linie darum, in den unmittelbaren Nachbarländern neue Im- und Exportmärkte zu erschließen und durch die Intensivierung grenzüberschreitender Wirtschaftskooperationen die wirtschaftliche Entwicklung der westchinesischen Randprovinzen zu stimulieren.

Tab. 4.6: Integration der drei Makroregionen Ost-Mitte-West in den Welthandel im Jahr 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2001 u. 2008)

	2000	2007					Export- zuwachs 2000 - 2007 (in %)
	Export (in Mrd. USD)	Handels- volumen (in Mrd. USD)	Anteil Handels- volumen (in %)	Export (in Mrd. USD)	Anteil Export (in %)	Pro- Kopf- Export (in USD)	
VR China	249,2	2.174	100	1.218	100	922	389
- Ostchina	226,9	1.993	91,7	1.111	91,2	2145	390
- Zentralchina	12,4	102	4,7	60	4,9	143	384
- Westchina	9,9	79	3,6	47	3,9	130	374
I. Mongolia	0,970	7,7	0,36	2,9	0,24	122	204
Guangxi	1,489	9,3	0,43	5,1	0,42	107	243
Chongqing	0,996	7,4	0,34	4,5	0,37	160	353
Sichuan	1,394	14,4	0,66	8,6	0,71	106	517
Guizhou	0,421	2,3	0,10	1,5	0,12	39	248
Yunnan	1,175	8,8	0,40	4,8	0,39	106	306
Tibet	0,113	0,4	0,02	0,3	0,03	115	188
Shaanxi	1,310	6,9	0,32	4,7	0,38	125	257
Gansu	0,415	5,5	0,25	1,7	0,14	63	300
Qinghai	0,112	0,6	0,03	0,4	0,03	70	245
Ningxia	0,327	1,6	0,07	1,1	0,09	178	232
Xinjiang	1,204	13,7	0,36	11,5	0,94	549	855

Wie aus Tabelle 4.7 ersichtlich, wird das Gros des chinesischen Außenhandels mit asiatischen Staaten getätigt. Im Jahr 2007 gingen 46,6% der chinesischen Ausfuhren nach Asien und 64,8% der Einfuhren stammen von dort.

Tab. 4.7: Außenhandel Chinas mit Regionen und Kontinenten im Jahr 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2008)

Kontinente/Regionen	Außenhandel 2007 (in Mrd. USD)		
	Gesamt	Export	Import
Asien	1.187,8	567,9	619,9
Afrika	73,7	37,3	36,4
Europa	427,5	287,8	139,7
Lateinamerika	102,6	51,5	51,1
Nordamerika	332,5	252,1	80,4
Ozeanien und pazifische Inseln	49,5	21,1	28,4
Rest	0,06	0,0	0,06
Gesamt	2.173,7	1.217,8	956,0
Anteil am Außenhandel (in %)			
Asien	54,6	46,6	64,8
Afrika	3,4	3,1	3,8
Europa	19,7	23,6	14,6
Lateinamerika	4,7	4,2	5,3
Nordamerika	15,3	20,7	8,4
Ozeanien und pazifische Inseln	2,3	1,7	3,0
Rest	0,003	0,0	0,006

Die VR China grenzt direkt an 14 Staaten (exkl. Hong Kong und Macao) und ihre Festlandsgrenze beläuft sich auf 22.117 km, China hat damit weltweit die längste Festlandsgrenze und nach Russland (16) die meisten Nachbarstaaten. Die Grenzländer Chinas sind (ausgehend von Südchina im Uhrzeigersinn): Vietnam, Laos, Myanmar, Bhutan, Nepal, Indien, Pakistan, Afghanistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Kasachstan, Russland, die Mongolei und Nordkorea. Wie jedoch aus Tabelle 4.8 hervorgeht, gingen im Jahr 2007 lediglich 7,1% der Exporte in die unmittelbaren Nachbarländer Chinas, und es stammen nur 5% der Importe von dort. Auffällig ist jedoch, dass der grenzüberschreitende Handel in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark zugenommen hat. Allein zwischen 2000 und 2007 hat sich das Handelsvolumen zwischen China und seinen 14 Nachbarländern im jährlichen Durchschnitt um 33,2% ($\emptyset$ VR China 2000-2007: +24,3%) von 17,9 auf 134,4 Mrd. USD erhöht. Das Exportvolumen vergrößerte sich hierbei sogar im jährlichen Durchschnitt um 40% ($\emptyset$ VR China 2000-2007: +25,4%) von 8,1 auf 85,4 Mrd. USD.

Tab. 4.8: Außenhandel Chinas mit seinen unmittelbaren Nachbarstaaten in 2000 und 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2001 u. 2008)

	2000			2007			$\emptyset$ jährliche Wachstumsrate der Exporte 2000-2007 (in %)
	Handelsvolumen (in Mio. USD)	Export	Import	Handelsvolumen (in Mrd. USD)	Export	Import	
14 Nachbarstaaten	17.999	8.087	9.937	134,4	85,4	47,6	40
Anteil am Außenhandel Chinas (in %)	3,8	3,2	4,4	6,2	7,1	5	-

Hierbei zeichnet sich ab, dass die westchinesischen Randprovinzen aufgrund ihrer räumlichen Lage eine immer zentralere Rolle als Brückenkopf zur Erschließung neuer Absatzmärkte in Nord-, Zentral-, Süd- und Südostasien spielen. Wenngleich ihr Anteil am chinesischen Außenhandel immer noch äußerst marginal ist (vgl. Tab. 4.6), können sie seit geraumer Zeit beim

grenzüberschreitenden Handel mit den unmittelbaren Nachbarländern Chinas kräftige und zum Teil überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnen. Aus Tabelle 4.9 geht hervor, dass alleine die sechs westchinesischen Randprovinzen Guangxi, Yunnan, Tibet, Xinjiang, Gansu und die Innere Mongolei mit 17.656 km rund 80% der chinesischen Festlandsgrenze stellen.

Tab. 4.9: Chinas Festlandsgrenzen zu seinen Nachbarländern (vgl. CIA o.J.; Guo 2007, S. 73)

Grenzprovinz	Nachbarland (Grenzlänge in km)
Liaoning	Nordkorea (546)
Jilin	Nordkorea (870), Russland (ca. 80)
Heilongjiang	Russland (2.965)
Innere Mongolei	Mongolei (3.640), Russland (560)
Gansu	Mongolei (65)
Xinjiang	Russland (40), Mongolei (968), Kasachstan (1.533), Kirgisistan (858), Tadschikistan (414), Afghanistan (76), Pakistan (523), Indien (1.474)
Tibet	Indien (1.906), Nepal (1.236), Bhutan (470), Myanmar (188)
Yunnan	Myanmar (1.997), Laos (423), Vietnam (644)
Guangxi	Vietnam (637)

Da die westchinesischen Randprovinzen nicht zuletzt aufgrund ihrer räumlichen Lage über günstige Voraussetzungen zur Intensivierung der Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit mit benachbarten Staaten und Wirtschaftsregionen verfügen, forciert die Zentralregierung neben Maßnahmen zur Intensivierung ihrer außenwirtschaftlichen Öffnung (z.B. durch Schaffung von BECZs) parallel dazu auch ihre wirtschaftliche Integration in überregionale Wirtschaftskooperationen. Mit Yunnan, Guangxi und Xinjiang sind bereits drei westchinesische Randprovinzen in subregionale Wirtschaftskooperationen eingebunden (vgl. Abb. 4.10).

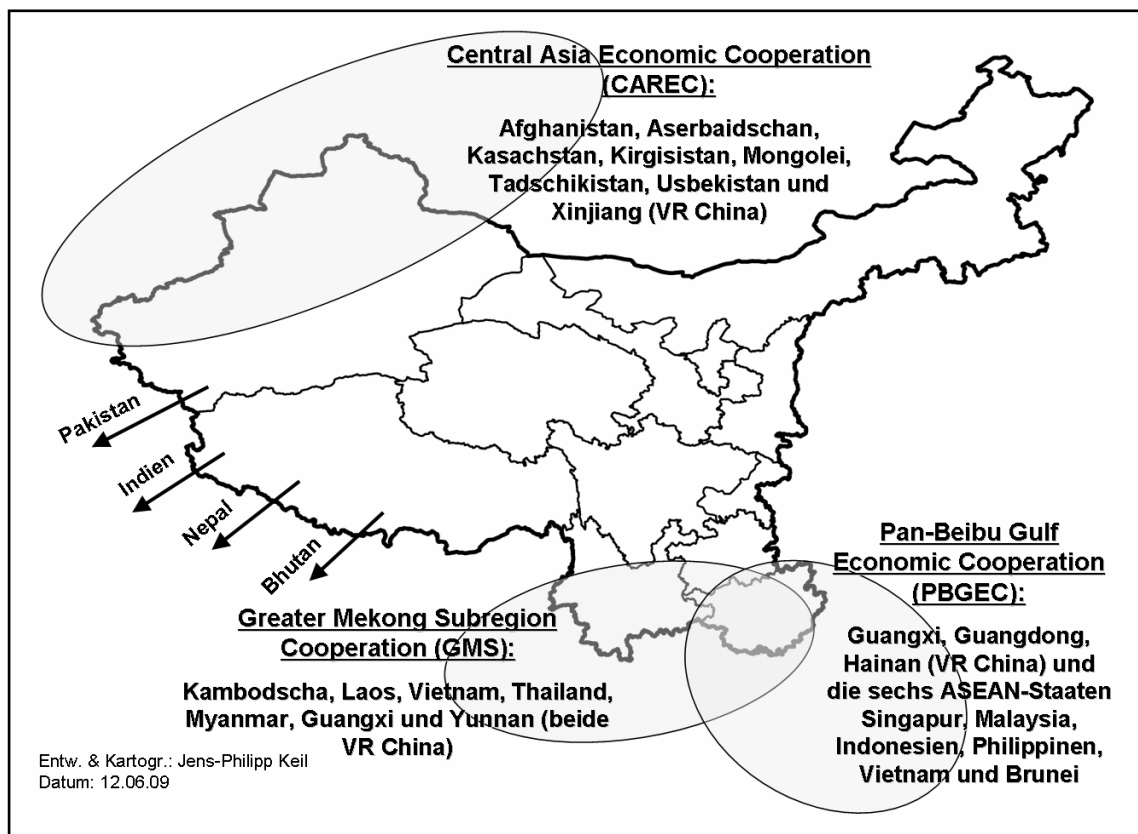


Abb. 4.10: Einbindung westchinesischer Randprovinzen in überregionale Wirtschaftskooperationen

Die im Südwesten Chinas gelegenen Randprovinzen Yunnan (seit 1992) und Guangxi (seit 2005) sind Mitglieder der bereits im Jahr 1992 gegründeten Greater Mekong Subregional Cooperation (GMS); die autonome Provinz Guangxi ist außerdem noch in die im Jahr 2006 ins Leben gerufenen Pan-Beibu Gulf Economic Cooperation (PBGEC) eingebunden. Darüber hinaus ist die nordwestchinesische Randprovinz Xinjiang Mitglied der im Jahr 1997 von der ADB initiierten Central Asia Regional Economic Cooperation (CAREC).⁷⁰ Das primäre Ziel der GMS und der CAREC besteht darin, den Handel und Direktinvestitionen zwischen den partizipierenden Staaten zu erleichtern und die subregionale Entwicklung der Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation voranzutreiben. Die PBGEC soll schließlich dazu dienen, die Kooperation auf wirtschaftlicher Ebene zwischen China und den ASEAN-Staaten weiter zu vertiefen. Die Wirtschaftszone Beibuwan (vgl. Abb. 4.9) soll hierbei zum Dreh- und Angelpunkt der immer intensiver werdenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und den ASEAN-Staaten ausgebaut werden.

Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Chinas zu den Mitgliedsstaaten der CAREC und Russland

Seit dem Ende des „Kalten Krieges“ Anfang der 1990er Jahre haben sich die wirtschaftlichen und geopolitischen Konstellationen in Zentralasien nachhaltig verändert. Die Region gilt aufgrund ihrer Rohstoffvorkommen (v.a. Erdöl und Erdgas) als geostrategisch außerordentlich bedeutsam. Neben der USA und Russland hat sich mittlerweile auch die VR China als bedeutender politischer und wirtschaftlicher Akteur in der Region etabliert. Nach AMINHE (2006: 16) verfolgt die VR China mit ihrem Engagement in Zentralasien primär die folgenden Ziele: Sicherung des Zugangs zu den Erdölreserven der Region, Wahrung der politischen Stabilität in Zentralasien, Bildung eines Gegenpols zur in Zentralasien militärisch präsenten USA und Erschließung neuer Absatzmärkte. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben sich für China völlig neue Kooperationsmöglichkeiten auf wirtschaftlicher und politischer Ebene mit den unabhängigen zentralasiatischen Staaten und Russland ergeben. Bereits 1996/97 formierte sich die so genannte „Shanghai Five“-Gruppe, der die VR China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan angehörten. Diese Organisation wurde durch die Mitte 2001 gegründete Shanghai Cooperation Organisation (SCO) ersetzt; seit diesem Zeitpunkt ist auch Usbekistan Mitglied der Organisation. Die SCO verfolgt dabei nach eigenen Angaben die folgende Ziele (SCO 2007):

„[...] strengthening mutual confidence and good-neighbourly relations among the member countries; promoting their effective cooperation in politics, trade and economy, science and technology, culture as well as education, energy, transportation, tourism, environmental protection and other fields; making joint efforts to maintain and ensure peace, security and stability in the region [...]“

Darüber hinaus hat sich mit der 1997 gegründeten CAREC eine Organisation zur regionalen Wirtschaftskooperation in Zentralasien herausgebildet. Die Mitgliedsstaaten der CAREC sind Afghanistan, Aserbaidschan, China (autonome Provinz Xinjiang), Kasachstan, Kirgisistan, die Mongolei, Tadschikistan und Usbekistan. Das übergeordnete Ziel der Organisation besteht darin, in den Mit-

⁷⁰ GUANG (2009) gibt einen ausführlichen Überblick die Rolle der autonomen Provinz Xinjiang in der CAREC, und die NDRC (2008) setzt sich mit der Rolle Yunnans und Guangxis in der GMS auseinander.

gliedsstaaten eine adäquate Transport-, Energie- und Handelsinfrastruktur aufzubauen, sprich durch eine stärkere Harmonisierung der Handels-, Transport- und Energiepolitik die wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung in Zentralasien voranzutreiben (vgl. CAREC 2006, S. 13f.).

Tab. 4.10: Außenhandel Chinas mit den CAREC-Staaten und Russland in 2000 und 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 1998 u. 2008)

	1997			2007			Ø jährliche Wachstumsrate Exporte 1997-2007 (in %)
	Handelsvolumen (in Mio. USD)	Export	Import	Handelsvolumen (in Mio. USD)	Export	Import	
VR China	325.058	182.697	142.361	2.173.726	1.217.776	955.950	20,9
Afghanistan	33,1	32,5	0,6	171	169	2	17,9
Aserbaidschan	15,7	1,5	14,2	476	475	1	77,8
Kasachstan	527	94	433	13.878	7.446	6.432	54,8
Usbekistan	203	62	141	1.128	765	363	28,5
Kirgisistan	107	71	36	3.779	3.665	114	48,3
Tadžikistan	20,2	11	9,2	524	514	10	46,9
Mongolei	252	64	188	2.035	683	1.352	26,7
Russland	6.119	2.033	4.086	48.155	28.466	19.689	30,2
Gesamt CAREC	1.158	336	822	21.991	13.717	8.274	44,9
Gesamt CAREC + Russland	7.277	2.369	4.908	70.146	42.183	27.963	33,4
Anteil CAREC Außenhandel China (in %)	0,4	0,2	0,6	1	1,1	0,9	-
Anteil CAREC + Russland Außenhandel China (in %)	2,2	1,3	3,4	3,2	3,5	2,9	-

Tabelle 4.10 zeigt, dass sich im Zuge der zunehmenden wirtschaftlichen Kooperation auf subregionaler Ebene die Handelsbeziehungen zwischen China und den CAREC-Staaten sowie Russland deutlich intensiviert haben. Alleine zwischen 1997, dem Gründungsjahr der CAREC, und 2007 hat sich das chinesische Handelsvolumen mit den CAREC-Staaten im jährlichen Durchschnitt um 34,2% von ca. 1,2 auf 22 Mrd. USD (Ø VR China 1997-2007: +20,9%) vergrößert. Das chinesische Exportvolumen in die CAREC-Staaten hat sich sogar im jährlichen Durchschnitt um eindrucksvolle 44,9% von 0,34 auf 13,7 Mrd. USD vergrößert (Ø VR China 1997-2007: +20,9%), während das Importvolumen aus diesen Ländern demgegenüber im jährlichen Durchschnitt „nur“ um knapp 26% zulegen konnte (Ø VR China 1997-2007: +21%). Dies hat dazu geführt, dass die Handelsbilanz Chinas mit den CAREC-Staaten statt eines Defizits von 0,49 Mrd. USD im Jahr 1997 einen Überschuss von 5,4 Mrd. USD im Jahr 2007 aufwies. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und Russland ist mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 22,9% ebenfalls überdurchschnittlich gewachsen. Das chinesische Exportvolumen nach Russland vergrößerte sich sogar im Durchschnitt um 30,2% p.a. Wenngleich der Anteil der CAREC-Staaten und Russlands am chinesischen Exportvolumen nach wie vor gering ist, so hat er sich binnen zehn Jahren immerhin von 1,3% auf 3,5% nahezu verdreifacht.

Aufgrund ihrer räumlichen Lage hat insbesondere die autonome Provinz Xinjiang von den enger werdenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und seinen zentralasiatischen Nachbarstaaten profitiert (vgl. Kap. 4.6.1.5). So beliefen sich beispielsweise im Jahr 2003 die Exporte Xinjiangs in die CAREC-Staaten auf 1,63 Mrd. USD, was einem Anteil von 64% am gesamten Exportvolumen Xinjiangs und 67,2% des gesamten Exportvolumens Chinas in die CAREC-Staaten (ca. 2,4 Mrd. USD) entsprach (eigene Berechnung nach NBSC 2004; STATISTICAL BUREAU OF XINJIANG UYGUR AUTONOMOUS REGION 2004). Der mit Abstand wichtigste Im- und Exportpartner der Provinz ist seit Jahren Kasachstan. Alleine zwischen 1998 und 2005 hat sich das bilaterale Handelsvolumen Xinjiangs mit Kasachstan von 0,49 Mrd. USD auf 5 Mrd. USD mehr als verzehnfacht (2005: Anteil am gesamten Handelsvolumen: 63,2%; Exportanteil: 60,3%; Importanteil: 68%; eigene Berechnung nach INVESTMENT PROMOTION AGENCY OF MOFCOM 2007c, S. 33).⁷¹

Um Xinjiangs Position als Brückenkopf zur Erschließung des zentralasiatischen Marktes weiter zu stärken, investiert die Zentralregierung im Zuge der WDS massiv in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Grenzprovinz. So wurde unter anderem im Jahr 2007 die 106 Mio. USD teure Alar-Hotan Autobahn, die 424 km quer durch die Taklamakan-Wüste führt, für den Verkehr freigegeben (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 18.02.2007). Darüber hinaus wird plangemäß bereits im Jahr 2009 die 875 Mio. USD teure Eisenbahnstrecke von Jinghe zur geplanten chinesisch-kasachischen Freihandelszone Korgas ihren Betrieb aufnehmen. Auf kasachischer Seite wurde zudem im Jahr 2008 mit dem Bau der voraussichtlich 742 Mio. USD teuren Zhetygen-Korgas Eisenbahnstrecke begonnen, die im Jahr 2013 fertig gestellt sein soll und Korgas künftig mit der kasachischen Sary-Ozek Eisenbahnstrecke verbinden wird. Ferner haben China, Kirgisistan und Usbekistan im Jahr 2008 mit dem Bau der 577 km langen transnationalen Eisenbahnstrecke von Kashgar (Xinjiang) über Jalal-Abad (Kirgisistan) nach Andijan (Usbekistan) begonnen (vgl. CAREC 2008, S. 6; CHINA DAILY 13.03.2008).

Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Chinas zu den GMS-Mitgliedsstaaten und der ASEAN-Ländergruppe

Im Jahr 1992 wurde bereits unter der Schirmherrschaft der ADB die GMS gegründet. Die GMS setzt sich aus den Mekong-Anrainerstaaten Kambodscha, Laos, Myanmar, Thailand, Vietnam sowie den beiden südwestchinesischen Randprovinzen Yunnan und Guangxi zusammen. Wie weiter oben bereits erläutert, besteht das primäre Ziel der GMS darin, den Handel und Direktinvestitionen zwischen den Mitgliedsstaaten zu erleichtern und die subregionale Entwicklung der Infrastruktur voranzutreiben. Zudem zeichnet sich seit geraumer Zeit ab, dass China und die südostasiatischen Staaten der ASEAN-Gruppe⁷², die ein Cluster von wachstumsstarken und aufstrebenden Volkswirtschaften bilden, wirtschaftlich immer näher zusammenrücken. Bereits

⁷¹ Einen detaillierten Überblick über die immer enger werdenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Xinjiang und seinen zentralasiatischen Nachbarstaaten liefern GONG & WANG (2007).

⁷² Der Verband Südostasiatischer Nationen wurde 1967 von Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand gegründet. Im Laufe der Jahre sind als neue Verbandsmitglieder das Sultanat Brunei (1984), Vietnam (1995), Laos, Myanmar (beide 1997) sowie Kambodscha (1999) hinzugekommen. Einen detaillierten Überblick über die Entstehung, Grundsätze und Ziele der ASEAN liefert das Sekretariat des Verbandes unter www.aseansec.org/ (Stand: 12.08.2009).

im Jahr 2002 haben China und die ASEAN-Staaten das „Framework Agreement on China-ASEAN Comprehensive Economic Cooperation“ unterzeichnet, das unter anderem die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone zwischen China und den ASEAN-Staaten Brunei, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand bis zum Jahr 2010 vorsieht. Plangemäß soll diese dann in 2015 auch auf die restlichen ASEAN-Mitglieder Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam ausgedehnt werden (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 24.07.2008).

Wie aus Tabelle 4.11 ersichtlich, haben sich infolge der zunehmenden wirtschaftlichen Kooperation auf subregionaler Ebene in Südostasien die Handelsbeziehungen zwischen China und den Ländern der GMS und der ASEAN-Gruppe deutlich intensiviert. So hat sich das Handelsvolumen zwischen China und den GMS-Staaten bzw. der ASEAN-Gruppe zwischen 1994 und 2007 jährlich im Durchschnitt um 24,2% bzw. 22,6% vergrößert (Ø VR China 1994-2007: +18,6%). Das Exportvolumen in die GMS-Staaten bzw. die Länder der ASEAN-Gruppe vergrößerte sich hierbei im jährlichen Durchschnitt um 22,3% bzw. 21,9% (Ø VR China: +19,4%).

Tab. 4.11: Außenhandel Chinas mit den GMS-Staaten und der ASEAN-Ländergruppe in 1994 und 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 1995 u. 2008)

	1994			2007			Ø jährliche Wachstumsrate Exporte 1994-2007 (in %)
	Handelsvolumen (in Mio. USD)	Export	Import	Handelsvolumen (in Mio. USD)	Export	Import	
VR China	236.620	121.006	115.614	2.173.726	1.217.776	955.950	19,4
Kambodscha	36,3	35,3	1,0	934	883	51	28,1
Laos	40,4	36	4,4	264	178	86	13,1
Myanmar	512	369	143	2.078	1.700	378	12,5
Thailand	2.023	1.159	864	34.638	11.973	22.665	19,7
Vietnam	533	342	191	15.117	11.891	3.226	31,4
GMS Gesamt	3.145	1.941	1.203	53.031	26.625	26.406	22,3
ASEAN-Gesamt	14.340	7.161	7.179	202.533	94.147	108.386	21,9
Anteil GMS Außenhandel China	1,3	1,6	1	2,4	2,2	2,8	-
Anteil ASEAN-Gruppe Außenhandel China	6,1	5,9	6,2	9,3	7,7	11,3	-

Von den enger werdenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und den südostasiatischen Staaten haben aufgrund ihrer räumlichen Lage auch die beiden im Südwesten Chinas gelegenen Randprovinzen Guangxi und Yunnan profitiert. So belief sich beispielsweise im Jahr 2004 das Handelsvolumen zwischen Yunnan und den Staaten der GMS bzw. der ASEAN-Gruppe auf 1,06 bzw. 1,28 Mrd. USD, was einem Anteil von 28,2% bzw. 34,1% am gesamten Handelsvolumen der Provinz (ca. 3,7 Mrd. USD) entsprach. Das Exportvolumen in die Staaten der GMS bzw. der ASEAN-Gruppe belief sich hierbei auf 812 Mio. bzw. 962 Mio. USD; dies entsprach einem Anteil von 36,3% bzw. 43% am gesamten Exportvolumen (2,24 Mrd. USD) der Provinz. Die mit Abstand wichtigsten Handelspartner Yunnans sind seit Jahren seine unmittelbaren Nachbarländer Myanmar (2004: Import: 10,9%; Export: 17,3%) und Vietnam (2004: Import: 3,4%; Export: 12,8%). Der Anteil Yunnans an den chinesischen Exporten in die Länder der GMS stellte sich im Jahr 2004 folgendermaßen dar: Myanmar 41,3%, Vietnam

6,7%, Laos 26,7%, Kambodscha 0,3% und Thailand 1,9% (Anteil an GMS insgesamt: 7%) (eigene Berechnungen nach NBSC 2005; STATISTICAL BUREAU OF YUNNAN PROVINCE 2005).⁷³

Die autonome Provinz Guangxi, die seit 2005 ebenfalls Mitglied der GMS ist und darüber hinaus in die im Jahr 2006 ins Leben gerufene Pan-Beibu Gulf Economic Cooperation eingebunden ist, weist aufgrund ihrer geographischen Lage an der Südwestküste Chinas insbesondere relativ enge Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu den Anrainerstaaten des südchinesischen Meeres (Brunei, Singapur, Malaysia, Indonesien, Philippinen und Vietnam) auf. Im Jahr 2006 belief sich das Export- bzw. Importvolumen zwischen Guangxi und den Staaten der ASEAN-Gruppe insgesamt auf ca. 980 Mio. bzw. 840 Mio. USD; dies entsprach einem Anteil von 27,3% sowohl am gesamten Export-, als auch am Importvolumen der Provinz. Der mit Abstand wichtigste Im- und Exportpartner der Provinz ist seit Jahren Vietnam. Guangxi exportierte im Jahr 2006 nach Vietnam Waren im Wert von 720 Mio. USD (Exportanteil: 20%) und importierte von dort Waren im Wert von 750 Mio. USD (Importanteil: 24,4%). Der Anteil Guangxis an den chinesischen Exporten nach Vietnam betrug hierbei 12,8% (eigene Berechnung nach MOFCOM 2007; NBSC 2007). Die Planungen der Zentralregierung sehen vor, dass Guangxi aufgrund seiner prädestinierten Lage künftig zur Drehscheibe der immer enger werdenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Chinas zu den aufstrebenden Staaten der ASEAN-Gruppe ausgebaut werden soll. Die Provinzregierung Guangxis hat daher bereits im Jahr 2006 die Implementierung einer regionalen Kooperationsstrategie vorgeschlagen. Das von ihr erarbeitete so genannte „One Axis, Two Wings“-Kooperationskonzept sieht vor, dass die PBGEC und die GMS künftig als „Flügel“ und der Nanning-Singapur Wirtschaftskorridor als Achse der geplanten Freihandelszone zwischen China und der ASEAN-Gruppe fungieren sollen (vgl. Gu & Li 2009, S. 15; PEOPLE'S DAILY ONLINE 18.02.2007).

Da Guangxi und Yunnan als Brückenkopf zur Erschließung der Wachstumsmärkte in Südostasien eine immer zentralere Rolle zukommt, hat die Zentralregierung im Zuge der WDS massiv in die infrastrukturelle Ausstattung der beiden Provinzen investiert. Ein Hauptaugenmerk der Zentralregierung liegt hierbei darauf, die infrastrukturelle Anbindung der beiden Provinzen an den südostasiatischen Wirtschaftsraum zu verbessern. So wurde in Yunnan unter anderem im Jahr 2008 die 407 km lange Kunming-Hekou Autobahn, die ein Teilstück der voraussichtlich in 2010 fertig gestellten Autobahn von Kunming über Hanoi zur vietnamesischen Hafenstadt Haiphong ist, für den Verkehr freigegeben. Wie aus Tabelle 4.14 ersichtlich, wurde darüber hinaus im Jahr 2007 mit dem Bau zweier Eisenbahnstrecken von Dali zur chinesisch-myanmarischen Grenzstadt Ruili (366 km) und von Yuxi zur chinesisch-laotischen Grenzstadt Mohan (599 km) begonnen (vgl. NDRC 2008). Die infrastrukturelle Anbindung Guangxis an die südostasiatischen Staaten wurde ebenfalls deutlich verbessert. Unter anderem wurde im Jahr 2005 der 179 km lange Autobahnabschnitt zwischen der Provinzhauptstadt Nanning und dem chinesisch-vietnamesischen Grenzübergang Youyiguan-Huu Nghi, der ein Teilstück der voraussichtlich 2010 fertig gestellten Nanning-Hanoi Autobahn ist, eröffnet (vgl. CHINA DAILY 07/08.04.2007). Zudem wurden in mehreren Ausbauphasen die Umschlagkapazitäten der drei

⁷³ Einen detaillierten Überblick über die ökonomische Integration Yunnans in die GMS liefert PONCET (2004).

Tiefseehäfen Qinzhou, Fangchenggang und Beihai deutlich vergrößert. Allein zwischen 2000 und 2007 wurden die Kapazitäten der drei Häfen von 15 auf insgesamt 70 Mio. Jahrestonnen (+ 367%) erhöht (vgl. GU & LI 2009, S. 9; HUANG & SHEN 2004, S. 487f.). Ebenfalls kräftig investiert wurde in den Ausbau der beiden internationalen Flughäfen Guilin und Nanning. So wurden alleine ca. 700 Mio. Yuan in den Ausbau des Nanning Wuxu International Airport investiert, der mittlerweile zahlreiche internationale Direktflüge zu südostasiatischen Metropolen (z.B. Saigon, Phnom Penh, Hong Kong, Jakarta etc.) anbietet (vgl. CHINA DAILY 03.09.2009).

Es lässt sich somit festhalten, dass die westchinesischen Randprovinzen aufgrund ihrer geographischen Lage zu den Profiteuren der zunehmend enger werdenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und seinen unmittelbaren Nachbarstaaten gehören. Wie die Handelsstatistiken belegen, hat bisher insbesondere die autonome Nordwestprovinz Xinjiang von der Intensivierung des grenzüberschreitenden Handels überproportional profitiert. In Anbetracht dessen, dass die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der chinesischen Randprovinzen zu ihren Nachbarstaaten im Rahmen der subregionalen Wirtschaftskooperationen (GMS, CAREC und ASEAN) immer enger werden und die Zentralregierung im Zuge der WDS ihre infrastrukturelle Ausstattung und Anbindung an die Nachbarstaaten weiter verbessern wird, kann man davon ausgehen, dass ihre Attraktivität als Investitionsstandort weiter zunehmen wird.

4.6.5 Staatlich geförderte Groß-/Schlüsselprojekte

Im Ende 2001 veröffentlichten „Circular“ hat die Zentralregierung vorgegeben, dass die von ihr im Rahmen der WDS bereitgestellten finanziellen Fördermittel primär in die Realisierung großer Infrastrukturprojekte, die Verbesserung der Umweltbedingungen und in die Exploration/Nutzung von Energie- und Mineralressourcen fließen sollen (STATE COUNCIL OF THE PRC 2001, S. 2):

„[...] priority should be given to projects in the following fields: infrastructure development such as water conservancy, highways, railways, airports, pipelines and telecommunications; eco-system improvement; [...] the exploitation and utilization of advantageous energy and mineral resources such as hydropower, high-quality coal, oil, natural gas [...]“

Tab. 4.12: Staatlich geförderte Groß-/Schlüsselprojekte im Rahmen der WDS 2000 bis 2002 (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 19.05.2000; PEOPLE'S DAILY ONLINE 01.06.2001; PEOPLE'S DAILY ONLINE 20.02.2002; SDPC 2000; ZENG 2002b)

Großprojekte	Involvierte Provinzen	(geplante) Fertigstellung	Investitionsvolumen (in Mrd. Yuan)
ab 2000 zehn Großprojekte, darunter:			
Xi'an-Hefei Railway (955 km)	Shaanxi, Henan, Hubei, Anhui	2003	23,2
Chongqing-Huaihua Railway (640 km)	Chongqing, Guizhou, Hunan	2005	18,2
Expansion Xianyang International Airport in Xi'an	Shaanxi	2003	1,5
Light Rail in Chongqing (17,41 km)	Chongqing	2004	3,3
Sebei-Xining-Lanzhou Pipeline (953 km)	Qinghai, Gansu	2001	2,25
Water Conservancy Projects in Zipingqu (Sichuan) + Shapotou (Ningxia)	Sichuan, Ningxia	2006 bzw. 2004	7,5
Reconversion of 340.000 ha Farm Land into Forest or Pasture; Reforestation of 430.000 ha Waste Land and Hills	13 Provinzen, darunter Yunnan, Sichuan, Shaanxi, Gansu	k.A.	k.A.
Potash Fertilizer Plant in Qinghai	Qinghai	2003	2
Building of University Infrastructure	Westchina	k.A.	k.A.
ab 2001 zwölf Großprojekte, darunter:			
Qinghai-Tibet Railway (1.142 km)	Qinghai, Tibet	2006	29,46
East-West Gas Pipeline (3.900 km)	Xinjiang, Gansu, Ningxia, Shaanxi, Shanxi, Henan, Anhui, Jiangsu, Shanghai und Zhejiang	2004	140
Longtan Hydro-Power Station	Guangxi	2009	30
Gongboxia Hydro-Power Station	Qinghai	2004	6,6
Water-control Projects (e.g. Baise, Nirji)	Guangxi, I. Mongolei, Xinjiang, Yunnan	k.A.	k.A.
Comprehensive Treatment of Tarim River	Xinjiang	k.A.	k.A.
Cross-country Railway	Yunnan	k.A.	k.A.
Oil Pipeline linking Lanzhou, Chengdu and Chongqing	Gansu, Chongqing, Sichuan	2002	4
Wanjiashai Yellow River Diversion Project	Shanxi	k.A.	k.A.
ab 2002 vierzehn Großprojekte, darunter:			
Comprehensive Electricity Supply and Radio-Television Broadcasting System	Westchina	k.A.	k.A.
2,27 Mio. ha Farmland returned to Forest or Grassland	Westchina	2002	k.A.
2,66 Mio. ha Afforestation	Westchina	2002	k.A.

Tab. 4.13: Staatlich geförderte Groß-/Schlüsselprojekte im Rahmen der WDS 2003 bis 2008 (vgl. CHINA DAILY 07.05.2005; CHINA DAILY 01.08.2007; CIIC 05.01.2005; PEOPLE'S DAILY ONLINE 25.03.2003; PEOPLE'S DAILY ONLINE 08.04.2003; PEOPLE'S DAILY ONLINE 20.01.2005; PEOPLE'S DAILY ONLINE 28.12.2005; PEOPLE'S DAILY ONLINE 04.07.2006; XINHUA NEWS AGENCY 21.08.2008)

Großprojekte	Involvierte Provinzen	(geplante) Fertigstellung	Investitionsvolumen (in Mrd. Yuan)
ab 2003 vierzehn Großprojekte, darunter:			
Wanzhou-Yichang Railway (300 km)	Chongqing, Hubei	2009	16
Suining-Chongqing Railway (160 km)	Sichuan, Chongqing	2005	6
14,6 Mio. ha Farmland on Hillsides in Forest or Grassland	Westchina	2010	k.A.
17,3 Mio. ha Afforestation	Westchina	2010	k.A.
Seal off from 66 Mio. ha over-grazed Land into Grassland	Westchina	2007	k.A.
ab 2004 zehn Großprojekte, darunter:			
Yichang-Wanzhou Railway (377 km)	Hubei, Chongqing	2009	19
Pubugou Hydropower Station	Sichuan	2010	19,9
Coal-to-liquid-fuel Plant	Shaanxi	k.A.	30
ab 2005 zehn Großprojekte, darunter:			
Xiluodu Hydropower Station	Yunnan, Sichuan	2015	67,5
Linhe-Hami Railway (1.390 km)	Innere Mongolei, Xinjiang, Gansu	k.A.	k.A.
Lanzhou-Xining Railway (169,9 km)	Gansu, Qinghai	k.A.	4
ab 2006 zwölf Großprojekte, darunter:			
Taiyuan-Zhongwei Railway (944 km)	Shanxi, Shaanxi, Ningxia	2010	30,32
Qingshanzui Reservoir Project	Yunnan	k.A.	k.A.
800,000 t/a Ethylene Project	Sichuan	2010	20
1,2 Mio. t/a Potash Project	Xinjiang	2008	3
400.000 t/a Aluminium Project	Innere Mongolei	k.A.	k.A.
Two Hydroelectric Dams on the Lancang River (Mekong River)	Yunnan	k.A.	k.A.
Shengli No. 1 Coal Mine	Innere Mongolei	k.A.	k.A.
Meihuajing Coal Mine	Ningxia	k.A.	k.A.
Xi'an International Airport Expansion	Shaanxi	2011	6,2
ab 2007 zehn Großprojekte, darunter:			
Dali-Ruili Railway (366 km)	Yunnan	2010	14,7
Yuxi-Mohan Railway (599 km)	Yunnan	2010	20,4
Kuitun-Beitun Railway (457,6 km)	Xinjiang	2010	5,5
Tianshui-Dingxi Highway	Gansu	k.A.	k.A.
Duyun-Xinzhai Highway	Guizhou	k.A.	k.A.
Relocation Kunming Internat. Airport	Yunnan	2011/2012	k.A.
Hydroelectric Power Stations in Dagangshan and Jishi	Sichuan, Qinghai	k.A.	k.A.
Expansion of Baotou-Xi'an and Xining-Germu Railway	Innere Mongolei, Shaanxi, Qinghai	k.A.	k.A.
Pengwei Petrochemical Project	Chongqing	k.A.	k.A.
Huanyuchan and Suancigou Coal Mine	Innere Mongolei	k.A.	k.A.
ab 2008 zehn Großprojekte, darunter:			
Guiyang-Guangzhou Railway (857 km)	Guizhou, Guangxi, Guangdong	2012	85,8
Lanzhou-Chongqing Railway (820 km)	Gansu, Shaanxi, Sichuan, Chongqing	2014	77,4
Kashgar-Hotan Railway (488 km)	Xinjiang	k.A.	5,07
Wanyuan-Dazhou Highway	Sichuan	k.A.	k.A.
Shuikou-Duyun Highway	Guizhou	k.A.	k.A.
Airport Expansion Projects in Chengdu, Chongqing and Xi'an	Sichuan, Chongqing, Shaanxi	k.A.	k.A.
Hydropower Stations, Coal Mines, Gas and Oil Transmission Tube Lines	Westchina	k.A.	k.A.

Nachdem die Zentralregierung Ende 1999 die Implementierung der WDS offiziell beschlossen hatte, gab die SDPC bereits im April des darauf folgenden Jahres die ersten zehn Schlüssel-/Großprojekte, mit denen noch im Laufe des Jahres in Westchina begonnen werden sollte, bekannt (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 12.04.2000; SDPC 2000). Wie aus Tabelle 4.12 entnommen werden kann, zählten zu diesen unter anderem die bereits ein Jahr später in Betrieb genommene Sebei-Xining-Lanzhou-Gaspipeline und die im Jahr 2004 fertig gestellte Eisenbahnstrecke von Xi'an (Shaanxi) nach Hefei (Anhui). Zu den aufwendigsten und zugleich kostenintensivsten Großprojekten, die bis heute unter dem Deckmantel der WDS realisiert wurden, zählen die Mitte 2006 in Betrieb gegangene Qinghai-Tibet-Eisenbahn, die rund 3,7 Mrd. USD gekostet hat, sowie die bereits in 2004 fertig gestellte West-Ost-Gaspipeline zwischen dem Tarim Becken (Xinjiang) und Shanghai, in deren Verlegung rund 17 Mrd. USD investiert wurden. Ein weiteres Mammutprojekt stellt der im Jahr 2005 begonnene Bau des Xiluodu-Staudamms dar, für dessen Bau ca. 6,2 Mrd. USD veranschlagt wurden.

Tab. 4.14: Anzahl und Investitionsvolumen der im Rahmen der WDS initiierten Großprojekte 2000 bis 2008 (vgl. CHINA DAILY 01.07.2006; CHINA DAILY 01.08.2007; CHINA DAILY 12.10.2009; NDRC 2006b; PEOPLE'S DAILY ONLINE 08.04.2003; PEOPLE'S DAILY ONLINE 14.10.2004; XINHUA NEWS AGENCY 21.08.2008; ZENG 2002a)

Jahr	Anzahl Großprojekte	Investitionsvolumen (in Mrd. Yuan)	Investitionsvolumen (in Mrd. USD)
2000	10	100	12,1
2001	12	200	24,2
2002	14	300	36,2
2003	14	130	15,7
2004	10	80	9,7
2005	10	136	16,6
2006	12	165,4	20,7
2007	10	151,6	20
2008	10	436	64,1
2009 (geplant)	18	468,9	68,6
2000-2008	102	ca. 1.740	ca. 256

In den vergangenen neun Jahren (2000-2008) wurden in Westchina insgesamt 102 Großprojekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rund 1,74 Bill. Yuan (ca. 256 Mrd. USD) initiiert (vgl. CHINA DAILY 12.10.2009; vgl. Tab 4.14). Wie sich aus den Tabellen 4.12 und 4.13 entnehmen lässt, handelt es sich hierbei mehrheitlich um Projekte im Infrastrukturbereich (Flughäfen, Autobahnen, Eisenbahnverbindungen, Pipelines). Nach Angaben der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua hat die Zentralregierung im Zuge der WDS alleine zwischen 2000 und 2005 ungefähr 1 Bill. Yuan (ca. 125 Mrd. USD) in den Aus- und Aufbau der physischen Infrastruktur in Westchina investiert (vgl. Kap. 4.6.1.1), was einem Anteil von knapp zwei Dritteln an den insgesamt von der Zentralregierung in diesem Zeitraum zur Entwicklung Westchinas bereitgestellten Fördermitteln (ca. 1,6 Bill. Yuan) entspricht (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 05.02.2006; XINHUA NEWS AGENCY 06.09.2006). Parallel zu den groß angelegten Infrastruktur- und Energieprojekten hat die Zentralregierung in Westchina auch mehrere Projekte im Umwelt- und Bildungsbereich initiiert. Offiziellen Angaben zufolge hat sie zwischen 2000 und 2005 ca. 122 Mrd. Yuan an Fördermitteln (ca. 7,6% der gesamten Fördersumme) zur Verbesserung der Umweltbedingungen in Westchina zur Verfügung gestellt (vgl. Kap. 4.6.1.2). Die staatlichen Fördermittel konzentrierten sich hierbei im Wesentlichen auf Wiederaufforstungs- und Wasserschutzpro-

jekte sowie auf Maßnahmen zur Rückverwandlung von übermäßig genutztem Weideland in Steppe (vgl. XINHUA NEWS AGENCY 06.09.2006). Im Bildungsbereich konzentrierten sich die staatlichen Fördermittel bisher hauptsächlich auf die flächendeckende Gewährleistung der neunjährigen Schulausbildung, die Minderung der Analphabetenquote sowie auf den Ausbau der Universitäten (vgl. Kap. 4.6.1.4).

Hinsichtlich der Verwendung der staatlichen Fördermittel wird jedoch von vielen Seiten kritisiert, dass sie bisher überwiegend in die Realisierung groß angelegter Infrastruktur- und Energieprojekte und nur in geringem Maße in die Verbesserung der sozialen und personellen Infrastruktur sowie in die Wiederbelebung und Entwicklung des ländlichen Raumes geflossen sind. Dieser Umstand dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, dass die damalige SDPC (seit 2003 Teil der NDRC), zu deren klassischen Aufgaben die Prüfung, Genehmigung und Umsetzung von Schlüssel- bzw. Großprojekten gehörte, die inhaltliche und strategische Ausrichtung der WDS mit am nachhaltigsten beeinflusst hat (vgl. Kap. 4.4). HOLBIG (2004: 347f.) stellt in diesem Zusammenhang die These auf, dass der „... SDPC's Open Up the West discourse seems to be centred around a somehow mechanistic assumption that central finances spent for large infrastructure projects will more or less automatically enhance the integration of the western regions into the national socio-economic system.“ Der durchaus berechtigten Kritik an der zu einseitigen Verwendung der staatlichen Fördermittel muss an dieser Stelle jedoch entgegengesetzt werden, dass die Zentralregierung parallel zur WDS mehrere spezifische und vom Fördermittelvolumen durchaus umfangreiche Programme im Sozial- und Bildungsbereich sowie zur Wiederbelebung des ländlichen Raumes, wie beispielsweise das im Jahr 2006 initiierte ländliche Entwicklungsprogramm „Building a New Socialist Countryside“, aufgelegt hat (vgl. Kap. 3.4.2.1).

Neben der generellen Kritik am Verteilungsschlüssel werden zunehmend auch Stimmen laut, die die Effizienz und Effektivität des Fördermitteleinsatzes und den sozioökonomischen Nutzen einiger Großprojekte in Frage stellen. Weitere Kritikpunkte bestehen darin, dass mit der Realisierung einiger Großprojekte auch negative Begleiterscheinungen für Mensch und Umwelt einhergehen und manche von ihnen, wie beispielsweise die West-Ost-Gaspipeline, überdies nur den bereits höher entwickelten Regionen Chinas zugute kommen. Am Bau der bereits Mitte 2006 in Betrieb genommenen Eisenbahnstrecke von Golmud nach Lhasa lassen sich exemplarisch die zuvor genannten Kritikpunkte aufzeigen.⁷⁴ Im Zentrum der Kritik stehen hierbei insbesondere der enorm hohe Investitionsaufwand von rund 3,7 Mrd. USD, der aus Sicht von Experten in keinem Verhältnis zur wirtschaftlichen Rentabilität der Strecke steht, und dass ihr Bau zu einem irreversiblen Eingriff in das fragile Ökosystems des tibetischen Hochplateaus geführt hat. Zudem befürchten Menschenrechtsorganisationen und die tibetische Exilregierung, dass der Bau der Eisenbahnstrecke die kulturelle Überfremdung Tibets beschleunigen und zwangsläufig auch die unkontrollierte Ausbeutung von Rohstoffen in der Region nach sich ziehen wird. Über den aus ihrer Sicht wahren Sinn und Zweck der Qinghai-Tibet-Eisenbahn äußert sich die tibetische Exilregierung wie folgt (ENVIRONMENT AND DEVELOPMENT DESK DEPARTMENT OF INFOR-

⁷⁴ LUSTGARTEN (2008) gibt in seinem Buch „China's Great Train: Beijing's drive West and the Campaign to Remake Tibet“ einen ausführlichen und fundierten Überblick über den Bau der Qinghai-Tibet-Eisenbahn und beleuchtet darüber hinaus auch die Hintergründe und Motive, die die Zentralregierung zum Bau der Eisenbahnstrecke veranlasst haben.

MATION AND INTERNATIONAL RELATIONS CENTRAL TIBETAN ADMINISTRATION, S. 25): *„Beijing is in the process of bringing the railway to the heart of Tibet to consolidate its military presence in the southern corridor of the plateau and increase the efficiency of its natural resource exploitation.“*

4.7 WIRKUNGSANALYSE UND BEWERTUNG DER „GO WEST“-POLICY

In Kapitel 4.5 wurde bereits dargelegt, dass die chinesische Zentralregierung mit der WDS ein breites Spektrum von sich zum Teil überlappenden Zielen in mehreren Politikbereichen, die sich letztlich unter dem Oberbegriff „Nation Building im eigenen Land“ subsumieren lassen, verfolgt (vgl. Tab. 4.1). Gleichwohl wurde von offizieller Seite als übergeordnetes Ziel der WDS ausgegeben, bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts eine spürbare Minderung der stark ausgeprägten Ost-West-Disparitäten herbeizuführen (vgl. OLGWRD 2002). Der veranschlagte Zeitbedarf impliziert, dass die Zentralregierung die Entwicklung Westchinas als langfristige und anspruchsvolle Aufgabe ansieht und sich darüber im Klaren ist, dass sich messbare Erfolge der WDS nicht kurzfristig, sondern eher auf mittel- und langfristige Sicht einstellen werden.

Im Rahmen der WDS sind in den vergangenen zehn Jahren (2000-2009) bereits rund 3,5 Bill. Yuan (ca. 512 Mrd. USD) in Form von staatlichen Transferleistungen und Subventionen nach Westchina geflossen. Zusätzlich wurden aus dem Zentralhaushalt mehr als 730 Mrd. Yuan (ca. 107 Mrd. USD) für den Bau von Groß-/Schlüsselprojekten in Westchina bereitgestellt (vgl. CHINA DAILY 22.12.2009; WEN 2009). Nachfolgend wird nun anhand ausgewählter wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren zunächst eine Wirkungsanalyse der WDS durchgeführt. Hierbei soll erörtert werden, ob die im Zuge der WDS ergriffenen wirtschafts- und regionalpolitischen Fördermaßnahmen in der Westregion bereits einen spürbaren Wachstums- und Entwicklungsschub ausgelöst haben, oder ob sich bis heute noch keine signifikanten Entwicklungsfortschritte eingestellt haben. Im Anschluss daran erfolgt dann eine eingehende Bewertung der Konzeption, Ausgestaltung, Umsetzung und des Nutzens der WDS. In diesem Kontext werden auch zusätzliche flankierende Maßnahmen, die die Zentralregierung zur Minderung des Ost-West-Gefälles ergreifen sollte, aufgezeigt und diskutiert.

Das folgende Statement des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao bringt zunächst zum Ausdruck, dass die chinesische Zentralregierung nach zehnjähriger Laufzeit ihrer „Go West“-Policy eine positive Bilanz gezogen hat:

„Over the past 10 years, the Chinese government has been scaling up support for the western region through planning guidance, policy support, financial input, project development and human resources exchanges. [...] These efforts have led to enormous achievements in economic, social and cultural development and ecological conservation in western China, a region that is experiencing faster growth, better quality of development, greater changes in the urban and rural outlook and more benefits to the people than at any period in history.“ (WEN 2009)

Dass in den vergangenen Jahren bei der Entwicklung Westchinas tatsächlich in vielen Bereichen beachtliche Fortschritte erzielt werden konnten, verdeutlichen die folgenden Zahlen: Exemplarisch sei hier zunächst angeführt, dass der für Westchina ermittelte HDI um beachtliche 0,077 Punkte von 0,660 im Jahr 1999 (Ø Ostchina: 0,751; Ø Zentralchina: 0,692) auf 0,737 im

Jahr 2008 ($\emptyset$ Ostchina: 0,813; $\emptyset$ Zentralchina: 0,772) gestiegen ist (eigene Berechnung nach NBSC 2000 u. 2009; SEI & UNDP 2002; S. 3; UNDP 2009b, S. 16). Die spürbare Anhebung des Lebensstandards hat dazu geführt, dass sich die Zahl der Menschen, die in Westchina unterhalb der offiziellen chinesischen Armutsgrenze leben, um 9,54 Mio. reduziert hat (vgl. WEN 2009). Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, dass das Kernziel der WDS darin besteht, schrittweise die stark ausgeprägten Disparitäten in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen Ost- und Westchina zu mindern. Die in Kapitel 3.2.3.4 durchgeführte empirische Analyse der Ost-West-Disparitäten beim Pro-Kopf-BIP hat diesbezüglich gezeigt, dass diese sich ausgehend von 2004 bis 2008 spürbar und kontinuierlich verringert haben (vgl. Abb. 3.11). Wie aus Tabelle 4.15 hervorgeht, fiel in diesem Zeitraum die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP in Westchina um 1,4 Prozentpunkte höher aus als in Ostchina. Tabelle 4.15 demonstriert darüber hinaus, dass der wirtschaftliche Aufholprozess Westchinas auch in anderen Indikatoren zum Ausdruck kommt. So fielen im Zeitraum 2004 bis 2008 die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten des Pro-Kopf-Industrieoutputs, des Pro-Kopf-Exports, der ADI pro Kopf sowie der Pro-Kopf-Investitionen in feste Anlagevermögen in Westchina zum Teil deutlich höher aus, als in Ostchina. Dass sich der wirtschaftliche Aufschwung gleichzeitig auch positiv auf den Lebensstandard der westchinesischen Bevölkerung ausgewirkt hat, zeigt, dass die Wachstumsraten der nominalen PKE der städtischen und ländlichen Bevölkerung in Westchina zwischen 2005 und 2008 im jährlichen Durchschnitt um 1 bzw. 1,7 Prozentpunkte höher ausgefallen sind, als in Ostchina.

Tab. 4.15: Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten verschiedener Wirtschaftsindikatoren in den drei Markoregion Ost-Mitte-West in verschiedenen Zeiträumen (in %) (eigene Berechnung nach DCSNBS 1999; GTal 2009b; MOFCOM o.J.; MOST 2001, 2005 u. 2009b; NBSC 2000, 2001, 2005, 2006, 2008 u. 2009)

Region	reales Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990)			Pro-Kopf-Industrieoutput			nominales PKE der ländlichen Bevölkerung			nominales PKE der städtischen Bevölkerung		
	1990	1999	2004	1990	1999	2004	1990	2000	2005	1990	2000	2005
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	1999	2008	2008	1999	2008	2008	2000	2008	2008	2000	2008	2008
Ost	12,6	11,4	12,1	13,6	22,8	20,0	13,9	9,2	12,1	17,1	11,3	13,0
Mitte	10,0	11,2	13,1	9,3	23,6	26,7	12,8	10,2	14,0	16,1	12,1	14,2
West	8,3	11,3	13,5	9,4	24,1	27,0	11,8	9,7	13,8	15,9	10,5	14,0
Region	Pro-Kopf-Export			Pro-Kopf-FuE-Ausgaben			Pro-Kopf-ADI			Pro-Kopf-Investitionen in feste Anlagevermögen		
	1993	1999	2004	1990	2000	2004	1990	1999	2004	1990	1999	2004
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	1999	2008	2008	2000	2008	2008	1999	2008	2008	1999	2008	2008
Ost	14,9	23,3	22,4	n.v.	22,5	22,3	29,8	8,4	9,5	23,7	18,5	20,1
Mitte	2,1	26,8	32,7	n.v.	22,4	26,8	46,0	7,8	2,6	20,7	24,4	31,6
West	5,9	26,4	33,8	n.v.	17,9	21,2	36,2	14,9	39,8	23,5	23,0	27,4
Anm.: Aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit variieren die Untersuchungszeiträume												

Im Zuge der WDS konnten darüber hinaus auch beachtliche Fortschritte beim Auf- und Ausbau der Infrastruktur sowie bei der Verbesserung der Umweltbedingungen erzielt werden (vgl. Kapitel 4.6.1.1 und 4.6.1.2). So wurde unter anderem innerhalb von nur neun Jahren (2000-2008) das westchinesische Autobahn- und Eisenbahnnetz um 13.900 km (+ 550%) bzw. 10.000 km

(+ 50%) erweitert, und es wurden mehr als 30 Mio. ha wieder aufgeforstet (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 24.11.2009; WEN 2009; XINHUA NEWS AGENCY 25.11.2009).

Wenngleich die Westregion in den zuvor genannten Bereichen zum Teil höhere Zuwachsraten als die Ostregion verzeichnen konnte, muss an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass sie diese von einem im Vergleich zur Ostregion weitaus niedrigeren Ausgangsniveau realisiert hat. Ausgesprochen positiv zu vermerken ist in diesem Kontext jedoch, dass sich der zuvor beschriebene Aufholprozess Westchinas unter dem Eindruck des Ende 2001 erfolgten Beitritts Chinas zur WTO vollzogen hat. Viele Ökonomen und Regionalwissenschaftler hatten seinerzeit damit gerechnet, dass der WTO-Beitritt einen beschleunigten Anstieg des regionalen Entwicklungsgefälles nach sich ziehen wird.

Dass das Wirtschaftswachstum Westchinas seit Implementierung der WDS in bedeutendem Maße durch Investitionen angetrieben wurde, zeigt, dass die Investitionsquote (Anteil aller getätigten Investitionen am BIP) in Westchina deutlich von 35,3% im Jahr 1999 auf 61,7% im Jahr 2008 angestiegen ist; zum Vergleich: In Ostchina stieg sie im selben Zeitraum von 34,9% auf 45,9% an (eigene Berechnung nach NBSC 2000 u. 2009). Hierfür verantwortlich sind in erster Linie die massiv gestiegenen staatlichen Investitionen in den Auf- und Ausbau der Infrastruktur. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch, dass das BIP-Wachstum in Westchina ohne die staatlichen Investitionen und Transferleistungen niedriger ausgefallen wäre, als es tatsächlich der Fall war. Jian Wen, Professor an der Sichuan Universität in Chengdu, stellt hierzu fest, dass „... *government investment, rather than domestic consumption, has been the most significant contributor to local economic development.*“ (PEOPLE'S DAILY ONLINE 25.02.2010). Gerade im Hinblick auf die Wachstumsperspektive der Region und die künftige Fördernotwendigkeit spielt dieser Aspekt eine entscheidende Rolle, da das Ziel eines selbsttragenden Aufschwungs die Unabhängigkeit von staatlichen Fördermitteln und Investitionen impliziert. Als problematisch muss in diesem Kontext zudem angesehen werden, dass staatliche Investitionen selten nach marktwirtschaftlichen Kriterien erfolgen und sich dementsprechend die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass es zu Fehlallokationen und zum Aufbau von Überkapazitäten kommt. Die zuvor genannten Aspekte spielen auch bei der weiter unten durchgeführten Bewertung der WDS eine wichtige Rolle.

Über das Pro und Contra von regionalpolitischen Strategien und Fördermaßnahmen zum Abbau regionaler Disparitäten wird unter Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern seit jeher eine kontroverse Debatte geführt. Im Wesentlichen stehen sich hier die folgenden konkurrierenden Leitbilder/Konzepte gegenüber: wachstums- vs. ausgleichsorientierte Regionalpolitik⁷⁵ sowie aktive vs. passive Sanierung.⁷⁶ Blickt man nun auf die Schwerpunktsetzung

⁷⁵ Nach BÖHRET et al. (1982: 143) zielt eine wachstumsorientierte Regionalpolitik primär darauf ab, durch regionale Förderprogramme eine effiziente Allokation der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital im Raum zu erreichen, um damit die Voraussetzungen für ein kräftiges gesamtwirtschaftliches Wirtschaftswachstum zu schaffen. Demgegenüber verfolgt eine ausgleichsorientierte Regionalpolitik das Ziel, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im gesamten Staatsraum herzustellen, sprich interregionale Disparitäten auszugleichen (vgl. ECKEY 2005, S. 934). Es bestehen jedoch auch Interdependenzen zwischen dem Wachstums- und Verteilungsziel. So weist unter anderem HEMMER (1995: 6) darauf hin, dass im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstums in der Regel die Handlungsfähigkeit des Staates für redistributive Maßnahmen zunimmt.

der Regionalpolitik in der VR China seit ihrer Gründung, dann lassen sich drei Phasen identifizieren (vgl. Kap. 4.1.2): Unter Maos Führung verfolgte die chinesische Zentralregierung von 1949 bis 1977 zunächst eine ausgleichsorientierte Regionalpolitik (→ Verteilungsziel). Mit der Ende der 1970er Jahre einsetzenden Reform- und Öffnungspolitik erlebte die chinesische Wirtschafts- und Regionalpolitik dann jedoch einen dramatischen Paradigmenwechsel. Von da an verfolgte die Zentralregierung bis zur Mitte der 1990er Jahre eine wachstumsorientierte Regionalpolitik (→ Wachstumsziel: Effizienz statt Gleichheit). Vor dem Hintergrund, dass sich die regionalen und sozialen Disparitäten im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik drastisch verschärft hatten und zusehends die innere und soziale Stabilität gefährdeten, verstärkte die Zentralregierung seit Mitte der 1990er Jahre wieder ihr regionalpolitisches Engagement zur Förderung unterentwickelter Regionen. Die Zentralregierung stand und steht hierbei jedoch vor dem grundsätzlichen Problem, dass sie die Förderung rückständiger Regionen nicht zu Lasten der dynamischen Küstenregionen durchführen darf, da diese mit ihren komparativen Standortvorteilen als Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine enorm wichtige Rolle spielen und zudem in einer sich zunehmend globalisierenden Weltwirtschaft den Anschluss an die führenden Industrienationen halten müssen. TAUBE (2003: 25) weist in diesem Kontext darauf hin, dass das in Deutschland betriebene Unterfangen, das Entwicklungsniveau der neuen an die alten Bundesländer anzugleichen, nur zu deutlich zeigt, in welchem Umfang Ressourcen durch derartige Nivellierungsprozesse gebunden werden. Vor diesem Hintergrund versucht die Zentralregierung seit Mitte der 1990er Jahre in gewisser Weise eine Balance zwischen ausgleichs- und wachstumsfördernden Zielen in der Regionalpolitik zu finden. Darauf lässt auch der folgende Auszug einer Rede Hu Jintaos, die er auf dem 17. Parteikongress der KPCh (15. bis 21.10.2007) gehalten hat, schließen:

„Promote balanced development among regions and improve the pattern of land development. To narrow the gap in development among regions, we must work to ensure their equal access to basic public services and guide a rational flow of factors of production between regions. Following the general strategy for regional development, we will continue to carry out large-scale development of the western region, rejuvenate northeast China and other old industrial bases in an all-round way, boost the development of the central region and support the eastern region in taking the lead in development. [...] In compliance with the laws governing the market economy, we will work beyond administrative divisions to form a number of close-knit economic rims and belts that will provide a strong impetus to the development of other areas.“ (Hu 2007)

Hus Ausführungen verdeutlichen ferner, dass die Zentralregierung eine verbesserte Mobilität der Produktionsfaktoren erreichen möchte, was zeigt, dass sie künftig verstärkt auf Marktkräfte zum Ausgleich setzt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie in Westchina das Konzept einer pas-

⁷⁶ ECKEY (2005: 935) beschreibt aktive Sanierung als ein Konzept, dass „...Schrumpungsprozessen [...] entgegensteuern, Abwanderung verhindern, ungesunde Wirtschaftsstrukturen verbessern und die Produktivität der Produktionsfaktoren anheben [will].“ Demgegenüber sieht das Konzept der passiven Sanierung vor, dass der Staat aus gesamtwirtschaftlicher Sicht (→ Wachstumsziel) die Abwanderung der Bevölkerung aus strukturschwachen Regionen nicht nur zulassen, sondern sogar fördern sollte, um mobile Produktionsfaktoren in Regionen mit höherer Produktivität zu lenken. (vgl. BÖHRET et al. 1982, S. 149; ECKEY 2005, S. 935). Die Befürworter dieses Konzeptes und einer wachstumsorientierten Regionalpolitik gehen gemeinhin davon aus, dass Fördermaßnahmen eher strukturkonservierend als strukturmodernisierend wirken.

siven Sanierung verfolgt. Die schwerpunktmäßige Ausrichtung der WDS deutet indes darauf hin, dass sie ihre Fördermaßnahmen auf bereits hinreichend entwickelte regionale Wachstumskerne konzentriert, sprich keine Förderpolitik nach dem „Gießkannenprinzip“ betreibt (vgl. Kap. 4.6.3). Hierfür verantwortlich dürfte unter anderem auch die zunehmende Knappheit öffentlicher Mittel sein, die eine stärkere Konzentration auf rentierliche Ausgaben verlangt.⁷⁷ Nach MIEHE-NORDMEYER (2007: 658f.) sprechen für die vorrangige Förderung von Wachstumspolen zum einen, dass eine alleinige Umverteilung der Mittel in strukturschwache Regionen das wirtschaftliche Niveau zwar künstlich angleicht, den wirtschaftlichen Rückstand jedoch manifestiert, weil „echte“ wirtschaftliche Angleichungsprozesse verhindert würden und zum anderen, dass eine alleinige Konzentration auf die rückständigen Regionen unter ökonomischen Aspekten eine gesamtwirtschaftliche Einbuße bedeuten würde, weil dadurch die vorhandenen Ressourcen nicht effizient eingesetzt würden.

Positiv zu vermerken ist hierbei, dass die chinesische Zentralregierung mit ihren im Zuge der WDS ergriffenen struktur- und regionalpolitischen Maßnahmen nicht, wie beispielsweise in der Phase des „großen Sprung nach vorn“ oder der „Dritten Front“-Strategie, regulierend in das Wirtschaftsgeschehen eingreift bzw. auf einen „Big Push“ setzt. Sie strebt vielmehr eine graduelle Entwicklung Westchinas an und beschränkt sich dabei weitestgehend darauf die wirtschaftlichen und standortspezifischen Rahmenbedingungen in der Region zu verbessern. Im Wesentlichen stützt sich die Zentralregierung hierbei auf den Einsatz infrastruktur- und investitionspolitischer Maßnahmen. NAUGHTON (2004: 289) stellt hierzu fest, dass der *„... emphasis on infrastructure goes along with a more limited and clearly defined role for government than had been traditional in PRC policy.“* Mit ihrer punktuellen bzw. einseitigen Förderung von Wachstumskernen in Westchina verfährt die chinesische Zentralregierung in gewisser Weise nach dem gleichen und rückblickend betrachtet auch durchaus erfolgreichen Prinzip wie in der Anfangsphase der Reform- und Öffnungspolitik, als man sich zunächst auf die Förderung ausgewählter Küstengebiete konzentrierte (DENG 1983): *„To let some people and some regions become prosperous first is a new policy that is supported by everyone.“* Darauf deuten auch die Äußerungen Wang Mengkuis, dem Vorsitzenden des Forschungszentrums für Entwicklung des Staatsrats, die er im Hinblick auf die Ausgestaltung und Konzeption der WDS gemacht hat, hin; WANG (o.J.): *„[...] we must abide by the principle of allowing some areas to become rich ahead of others before realizing common development and common prosperity.“*

Durch den Aus- und Aufbau der inter- und intraregionalen Infrastruktur sowie einer gezielten sektoralen und regionalen Investitionsförderung sollen die Standortbedingungen in Westchina dahingehend verbessert werden, dass sich dort künftig verstärkt in- und ausländische Unter-

⁷⁷ Im Jahr 2009 belief sich das chinesische Haushaltsdefizit bereits auf ein Rekordhoch von 750 Mrd. Yuan. Zusätzlich wurden Staatsanleihen im Wert von 200 Mrd. Yuan emittiert, um die Haushalte der Provinzen zu entlasten, d.h. das Defizit belief sich somit auf insgesamt 950 Mrd. Yuan (ca. 139 Mrd. USD) (vgl. MOF 2010). Wenngleich das Rekorddefizit primär auf das Ende 2008 beschlossene Konjunkturpaket über 4 Bill. Yuan zurückzuführen ist, so verringern zusehends auch schrumpfende Steuereinnahmen, bedingt durch weitere Steuersenkungen für Unternehmen und Privathaushalte und die Weltwirtschafts- und Finanzkrise den finanzpolitischen Handlungsspielraum der chinesischen Zentralregierung und damit die Möglichkeit, die strukturschwachen Regionen zu fördern.

nehmen ansiedeln. Wie die schwerpunktmäßige Ausrichtung des CatCWR zeigt, fördert die chinesische Zentralregierung in Westchina insbesondere die Ansiedlung von arbeits- und ressourcenintensiven Wirtschafts- und Industriezweigen bzw. deren Verlagerung von Ost nach West (vgl. Kap. 5.3.1). Dass die Bemühungen der Zentralregierung zur Verbesserung des Investitionsklimas erste Früchte tragen, zeigt, dass die Region in den vergangenen Jahren einen beachtlichen Anstieg von in- und ausländischen Direktinvestitionen verzeichnen konnte. Investierten ausländische Unternehmen im Jahr 2005 noch lediglich 1,94 Mrd. USD (3,2% des gesamtchinesischen ADI-Zuflusses) in Westchina, so waren es im Jahr 2008 bereits 6,6 Mrd. (+ 240%; 7,2% des gesamtchinesischen ADI-Zuflusses; vgl. Kap. 5.1.7). Seit Implementierung der WDS haben auch immer mehr ostchinesische Unternehmen in Westchina investiert bzw. ihre Produktionsstätten dorthin verlagert. Gemäß offiziellen Statistiken haben zwischen 2000 und 2006 bereits rund 200.000 in Ostchina beheimatete Unternehmen mehr als 1,5 Bill. Yuan (ca. 218 Mrd. USD) in der Region investiert (vgl. BEIJING RUNDSCHAU 26.11.2007).

In Anbetracht des zunehmenden Konkurrenzdrucks, der steigenden Produktions- und Arbeitskosten sowie dem sich bereits jetzt schon abzeichnenden Arbeitskräftemangel in den boomenden Ballungsräumen an der Küste, wie beispielsweise dem Perfluss-Delta, kann man davon ausgehen, dass die Marktkräfte über kurz oder lang darauf hinwirken werden, dass in- und ausländische Investoren bei der Standortwahl künftig verstärkt ihre Aufmerksamkeit auf den westlichen Landesteil richten werden. Für ein Engagement in Westchina sprechen aus Investorensicht unter anderem auch die Erschließung des langsam aber stetig wachsenden Binnenmarktes, dass bisher wenig Konkurrenz vor Ort ist und die wachsende Bedeutung der westchinesischen Randprovinzen als „Brückenkopf“ zur Erschließung anderer asiatischer Wachstumsmärkte (vgl. Tab. 5.20). Die massiven staatlichen Investitionen in die infrastrukturelle Ausstattung der Westregion dürften jedoch alleine nicht ausreichen, um den im Vergleich zu Ostchina nach wie vor bescheidenen Zufluss an ADI spürbar und nachhaltig zu erhöhen.⁷⁸ Als Investitionshemmnisse, die ein Engagement in Westchina nach wie vor erschweren, erweisen sich unter anderem die Restriktionen in bestimmte Wirtschafts- und Industriezweige zu investieren, der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, der immer noch geringe wirtschaftliche Liberalisierungs- und außenwirtschaftliche Verflechtungsgrad der Region (vgl. Tabellen 3.34 und 3.36), eine im Vergleich zu den Küstenprovinzen ineffiziente und intransparente Verwaltung sowie die nach wie vor hohen bürokratischen Hürden in Westchina (vgl. Tab. 5.20). Vor diesem Hintergrund sollte die Zentralregierung im Zuge der WDS künftig neben dem Aufbau einer kompletten Infrastruktur (Transport, Verkehr, Logistik und Telekommunikation) stärker und aktiver ihren Fokus darauf richten, den wirtschaftlichen Liberalisierungsprozess in der Region zu intensivieren (Privatisierung von Staatsunternehmen, Abbau von Markthindernissen etc.), ein unternehmerfreundliches und internationalen Standards entsprechendes Investitionsumfeld zu schaffen (Abbau bürokratischer Hindernisse, beschleunigte Genehmigung ausländischer Investitionsvorha-

⁷⁸ Im Jahr 2008 steuerten die westchinesischen Provinzen rund 18% zum gesamtchinesischen BIP bei, konnten jedoch nur 7,2% der insgesamt nach China geflossenen ADI absorbieren (eigene Berechnung nach MOFCOM o.J.; NBSC 2009).

ben etc.), bisher geschlossene Industriezweige für ausländische Investoren zu öffnen und die Humankapitalausstattung der Region zu verbessern.

Erste Erfolge konnte die Zentralregierung bereits bei ihren Bemühungen zur Intensivierung des grenzüberschreitenden Handels der westchinesischen Randprovinzen mit ihren asiatischen Nachbarstaaten verbuchen (vgl. Kap. 4.6.4). Die im Zuge der WDS deutlich verbesserte infrastrukturelle Anbindung an ihre Nachbarstaaten, ihre Einbindung in subregionale Wirtschaftskooperationen (Yunnan und Guangxi → GMS; Xinjiang → CAREC; Guangxi → PBGEC) und die Einrichtung von BECZs haben sich bereits stimulierend auf ihre wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt. Profitieren konnte hiervon in besonderem Maße die autonome Nordwestprovinz Xinjiang, die mittlerweile wirtschaftlich eng mit ihren zentralasiatischen Nachbarstaaten verflochten ist.

Die schwerpunktmäßige Ausrichtung der WDS, sich im Wesentlichen auf eine Verbesserung der wirtschaftsrelevanten bzw. standortspezifischen Rahmenbedingungen in der Westregion zu konzentrieren, sprich den Fokus primär auf eine Verbesserung des Investitionsklimas zu richten, muss jedoch auch kritisch hinterfragt werden. Ein zentraler Kritikpunkt besteht darin, dass die staatlichen Fördermittel bisher überwiegend in die Realisierung groß angelegter Infrastruktur- und Energieprojekte und nur in geringem Maße in die Verbesserung der sozialen und personellen Infrastruktur sowie in die Entwicklung des ländlichen Raums geflossen sind. Diese von der Zentralregierung gesetzte Priorität wird nämlich nicht den unmittelbaren Bedürfnissen der lokalen ländlichen Bevölkerung, die in Westchina immer noch das Gros der Bevölkerung stellt (2007: 63%; vgl. Tab. 3.8) und nach wie vor mehrheitlich ihren Lebensunterhalt in der traditionellen Landwirtschaft und Viehzucht verdient, gerecht. Am Ende von Kapitel 3.2.3.5 wurde aufgezeigt, dass ein wesentlicher Schlüssel zur Überwindung der Ost-West-Disparitäten in der Reduzierung des stark ausgeprägten Stadt-Land-Gefälles liegt. Außer Frage dürfte somit stehen, dass ein wesentlicher Maßstab für den Erfolg der „Go West“-Policy darin besteht, ob es der chinesischen Zentralregierung künftig gelingen wird, die beträchtlichen Einkommensunterschiede zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung zu minimieren. Vor diesem Hintergrund sollte die Zentralregierung im Zuge der WDS ihre Fördermaßnahmen künftig verstärkt darauf ausrichten, der ländlichen Wirtschaft in Westchina einen Entwicklungs- und Modernisierungsschub zu versetzen. Sie sollte dementsprechend deutlich mehr Fördermittel für die ländliche Industrialisierung, zur Steigerung der Produktivität im Agrarsektor und zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum zur Verfügung stellen. Die notwendige Modernisierung und Effizienzsteigerung des Agrarsektors wird jedoch nur ohne größere soziale Konflikte und Reibungsverluste vonstatten gehen, wenn für die Überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte ausreichend nichtlandwirtschaftliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Zwingend erforderlich ist in diesem Zusammenhang, dass die Zentralregierung das aus Sicht der ländlichen Bevölkerung diskriminierende Hukou-System grundlegend reformiert, den Urbanisierungsprozess in Westchina beschleunigt und den Aufbau eines adäquaten und flächendeckenden Sozialversicherungssystems auf dem Land forciert. Trotz der durchaus berechtigten Kritik, dass im Zuge der WDS Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums weitestgehend ausgespart wurden, muss an dieser Stelle jedoch erwähnt werden, dass die Zentralregierung parallel zur WDS auch mehrere spezifische und vom Fördermittelvolumen durchaus umfangrei-

che Förderprogramme im Sozial- und Bildungsbereich sowie zur Wiederbelebung des ländlichen Raumes, wie beispielsweise das im Jahr 2006 aufgelegte ländliche Entwicklungsprogramm „Building a New Socialist Countryside“, initiiert hat (vgl. Kap. 3.4.2.1).

Im Hinblick auf die Konzeption der WDS muss an dieser Stelle auch die räumliche Abgrenzung/Definition der Westchina-Förderregion kritisch hinterfragt werden. Als problematisch erweist sich hierbei, dass die zwölf Provinzen umfassende Förderregion, die rund 72% der chinesischen Landesfläche einnimmt, keine homogene Region darstellt. Wenngleich die Provinzen durchaus vor ähnlichen Herausforderungen stehen, so unterscheiden sie sich nicht nur in ihrer naturräumlichen Ausstattung (Relief, Klima, Boden und Vegetation → landwirtschaftliches Nutzungspotential), sondern auch ökonomisch (Sektoralstruktur, Liberalisierungsgrad etc.; vgl. Kap. 3.3.3) kulturell (Minderheitenanteil, vgl. Tab. 3.23) und in vielen anderen Bereichen (Bildungsstand der Bevölkerung, infrastrukturelle Ausstattung etc.). In Anbetracht der Heterogenität der Förderregion besteht daher die berechtigte Befürchtung, dass die im Zuge der WDS ergriffenen regional- und förderpolitischen Maßnahmen nicht hinreichend auf die provinzspezifischen Bedürfnisse und Defizite abgestimmt sind. ECKEY (2005, S. 938) stellt in diesem Zusammenhang fest, dass Wirtschaftsregionen eines Gesamtgebietes nicht nur nach ihrer Förderbedürftigkeit, sondern auch nach ihrer Förderfähigkeit eingeteilt werden müssen, um festzulegen, welche Regionen im Rahmen der regionalen Strukturpolitik unterstützt werden sollen und welche nicht. Die Einteilung des Gesamtgebietes in homogene Teilgebiete ermöglicht aus seiner Sicht nicht nur eine effizientere Umsetzung der regionalpolitischer Maßnahmen „vor Ort“, sondern trägt auch, und dies dürfte insbesondere für Westchina mit seinem hohen Anteil verschiedener ethnischer Bevölkerungsgruppen eine wichtige Rolle spielen, dem räumlichen Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung Rechnung. Eine „falsche“ Regionalisierung führt demnach zu verzerrten Diagnosen und zu Hemmnissen bei der Umsetzung regionalpolitischer Maßnahmen. Dies zeigt, dass eine flexiblere Definition der Fördergebiete im Rahmen der WDS im Hinblick auf Zielbereiche mit prioritärem Handlungsbedarf (Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung, Optimierung der Wirtschaftsstruktur etc.) sinnvoller wäre, da man dadurch die Chancen für einen effektiveren Mitteleinsatz steigern könnte.

Neben der grundsätzlichen Kritik an der Konzeption und Ausgestaltung der WDS, und hier insbesondere am Verteilungsschlüssel der staatlichen Fördermittel, werden zunehmend auch kritische Stimmen laut, die die Effizienz und Effektivität des Fördermitteleinsatzes und den sozio-ökonomischen Nutzen einiger Großprojekte für die lokale Bevölkerung in Frage stellen und die darauf verweisen, dass mit der Realisierung einiger Schlüsselprojekte auch negative Begleiterscheinungen für Mensch und Umwelt einhergehen. Die zuvor genannten Kritikpunkte lassen sich exemplarisch am Bau der bereits Mitte 2006 in Betrieb genommenen 1.142 km langen „höchsten Eisenbahnstrecke der Welt“ von Golmud (Qinghai) nach Lhasa (Tibet), in die rund 3,7 Mrd. USD investiert wurden, aufzeigen. So weisen Experten drauf hin, dass der enorm hohe Investitionsaufwand in keinem Verhältnis zur wirtschaftlichen Rentabilität der Strecke steht und dass ihr Bau einen irreversiblen Eingriff in das fragile Ökosystem des tibetischen Hochplateaus darstellt. Darüber hinaus besteht die durchaus berechtigte Befürchtung, dass der Bau der Eisenbahnstrecke die Immigration von Han-Chinesen, sprich die kulturelle Überfremdung Tibets,

weiter beschleunigen wird und eine unkontrollierte Ausbeutung von Rohstoffen in der Region nach sich ziehen wird. In diesem Kontext wird immer wieder kontrovers über die wahren Ziele/Motive der Zentralregierung, die sie mit ihrer „Go West“-Policy verfolgt, diskutiert. Während ihre Befürworter in erster Linie ihre positiven Effekte für die sozioökonomische Entwicklung Westchinas unterstreichen (Wachstum- und Verteilungswirkung), sehen die Kritiker in ihr vielmehr ein von der Zentralregierung lanciertes Instrumentarium, das in erster Linie darauf abzielt, die zentrifugalen Tendenzen unter den ethnischen Minderheiten zu unterdrücken und die Versorgung der wirtschaftlich prosperierenden Küstengebiete mit Rohstoffen und Energie sicherzustellen. So sieht MONEYHON (2003: 491), der sich bereits in mehreren Publikationen intensiv mit den ethnischen Konflikten in der formell autonomen Nordwestprovinz Xinjiang beschäftigt hat, in der „Go West“-Policy in gewisser Weise ein „*Political Trojan Horse*“ und GOODMAN (2003: 9) eine Kampagne „... *to colonise those parts of the PRC less well integrated into Chinese society.*“ Die Diskussion über das Zielspektrum der WDS soll an dieser Stelle jedoch nicht weiter vertieft werden, da klar sein dürfte, und dies ließ sich bereits unmissverständlich aus den weiter oben aufgeführten offiziellen Statements von Jiang Zemin und Zhu Rongji entnehmen, dass die chinesische Zentralregierung mit ihrer „Go West“-Policy im Kern auch darauf abzielt, die innere und äußere Stabilität Chinas zu wahren, sprich den derzeitigen territorialen und machtpolitischen Status Quo in der VR China aufrechtzuerhalten (vgl. Kap. 4.5).

Unabhängig von den zuvor erörterten Stärken und Defiziten der WDS und den dargelegten Kritikpunkten an ihrer Konzeption, Ausgestaltung und Umsetzung, bleibt festzuhalten, dass ihre Implementierung das Bestreben der Zentralregierung symbolisiert, der in vielerlei Hinsicht rückständigen Westregion einen spürbaren Entwicklungsschub zu versetzen, um den Lebensstandard der lokalen Bevölkerung zu verbessern. In Anbetracht der in Kapitel 3 gewonnenen Erkenntnisse, wonach den Ost-West-Disparitäten ein ganzes Bündel von sich teilweise gegenseitig beeinflussenden Ursachenfaktoren zugrunde liegt und sich die unterschiedlichen Dimensionen räumlicher Disparitäten in der VR China wechselseitig durchdringen, stellt sich schließlich die Frage, wie viel Handlungsspielraum die chinesische Zentralregierung überhaupt hat, diese zu mindern, sprich wo ihrer Handlungskompetenz natürliche Grenzen gesetzt sind. Hinzu kommt, dass sich im Zuge der Globalisierung die nationalstaatlichen Handlungsspielräume, Zuständigkeiten und Reichweiten im Bereich der Wirtschafts- und Regionalpolitik grundlegend verändert haben, ergo die regionalwirtschaftliche Entwicklung Westchinas nicht nur von internen, sondern zusehends auch von externen Determinanten beeinflusst wird. Dies zeigt sehr deutlich, dass der Zentralregierung, zumal sie keine dauerhafte Alimentierung Westchinas anstrebt, wozu sie auch aus haushaltspolitischer Sicht nicht in der Lage wäre, in gewisser Weise nichts anderes übrig bleibt, als sich auf die Schaffung adäquater Rahmenbedingungen (Aufbau einer kompletten Infrastruktur, Steigerung des Humankapitals etc.) in Westchina zu beschränken/konzentrieren und darauf zu hoffen, dass ihre Maßnahmen dort einen selbsttragenden Aufschwung auslösen. In diesem Kontext betont die Zentralregierung immer wieder, dass sich die hochgesteckten Ziele, die sie mit ihrer „Go West“-Policy verfolgt, nicht nur allein durch staatliches Handeln realisieren lassen, sondern nur, wenn die lokale Bevölkerung gleichzeitig auch willens ist, nach dem Prinzip der Eigenverantwortung zu handeln.

Wenngleich die Erfahrungen in anderen Ländern gezeigt haben (z.B. „Aufbau Ost“ in Deutschland), dass kein pauschales Erfolgsrezept zur Beseitigung/Nivellierung regionaler Disparitäten existiert, so sehen Experten und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland jedoch in vielen Bereichen noch weiteren Handlungsbedarf für die chinesische Zentralregierung. Ein oft genanntes politisches Konzept zur nachhaltigen Förderung der westchinesischen Provinzen sieht eine grundlegende Reform des fiskalischen Systems der VR China vor. Laut Yao Yang, dem stellvertretenden Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts der Universität Peking, stellt die Reform des chinesischen Fiskalsystems „...the best way to bridge the widening gap between the western and eastern parts of the country...“ dar (CHINA DAILY 14.07.2009). Im Kern sieht das Konzept eine Verbesserung des Finanzausgleichssystems zwischen den einzelnen Verwaltungsregionen und die Implementierung eines funktionierenden und flächendeckenden Einkommenssteuersystems, sprich einen Ausbau der staatlichen Finanztransfers von Ost- nach Westchina und die Durchsetzung einer gerechten Einkommenssteuer, vor (vgl. BOHNET 2002, S. 61ff.; CHENG 2005, S. 435ff.). In diesem Zusammenhang schlägt der chinesische Ökonom WEI JIE (o.J.) die Einrichtung eines Entwicklungsfonds für Westchina vor, der durch die Erhebung einer „Westchina-Erschließungssteuer“ (ähnlich wie dem Solidaritätszuschlag in Deutschland) in den ostchinesischen Provinzen finanziert werden soll.

Ein anderes grundlegendes Konzept zur Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung in Westchina stützt sich demgegenüber auf die Stärkung der Marktkräfte in der Region und zielt dabei auf eine uneingeschränkte Mobilität der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital und natürliche Ressourcen) sowie die Schaffung eines regional übergreifenden Güter- und Dienstleistungsmarktes ab. Die Protagonisten, die auf eine ungehinderte Entfaltung des Marktes drängen, fordern unter anderem den Abbau willkürlicher und markthinderlicher Regulierungen durch Staatsorgane (Abbau staatlicher Preiskontrollen und nichttarifärer Handelshemmnisse, Beseitigung von Investitionsbeschränkungen etc.), ein Zurückdrängen des Staates als Produzent und Nachfrager (Reform der Staatsunternehmen etc.) und einen Abbau der nach wie vor bestehenden Mobilitätsschranken für den Produktionsfaktor Arbeit (Reform des Hukou-Systems) (vgl. BOHNET 2002, S. 61f.; WEI 2004, S. 20f.). Experten aus dem In- und Ausland (z.B. DEMURGER et al. 2002, S. 35; WHALLEY & ZHANG 2007, S. 392ff.) sehen insbesondere in der Reform/Lockerung des Hukou-Systems eines der probatesten und zugleich effektivsten Mittel zur Minderung des ausgeprägten Regionalgefälles im Pro-Kopf-Haushaltseinkommen.

5 ATTRAKTIVITÄT WESTCHINAS ALS INVESTITIONS- STANDORT FÜR AUSLÄNDISCHE UNTERNEHMEN

„The western region of China has entered a new phase of all-round development and opening-up. With bright prospects for development, it is an ideal place for investment. We welcome people with vision from home and abroad to invest and start businesses in western China and we will, as always, give them support. Here you sow the seeds of hope. Here you will harvest a bright future.“

- WEN JIABAO (2009)

Seit Jahren zählt die VR China mit ihrem anhaltend hohen Wirtschaftswachstum weltweit zu den attraktivsten Zielländern für ausländische Direktinvestitionen. Der 2001 erfolgte Beitritt Chinas zur WTO und die damit verbundene Senkung von Handelsbarrieren und Öffnung weiterer Wirtschaftsbereiche für ADI hat dem Interesse ausländischer Firmen, in den chinesischen Markt einzutreten, zusätzliche Impulse versetzt. Auffällig ist jedoch, dass der Westen Chinas seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik als Zielregion für ADI bisher kaum in Erscheinung getreten ist. Kumuliert konnte die Region von 1978 bis 2008 mit rund 40 Mrd. USD lediglich 4,7% der in diesem Zeitraum nach China geflossenen ADI absorbieren (vgl. Abb. 5.3). Die starke räumliche Konzentration ausländischer Direktinvestitionen in der Küstenregion hat nun ihrerseits maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Ost-West-Disparitäten seit Reformbeginn drastisch verschärft haben. Um ein weiteres Auseinanderdriften der Regionen zu verhindern, hat die Zentralregierung Ende 1999 die WDS implementiert. In Kapitel 4.6 wurde bereits dargelegt, dass die Maßnahmen und Instrumente zur Entwicklung Westchinas primär darauf ausgerichtet sind, die regionale Wirtschaftsstruktur und das Investitionsklima in der Region zu verbessern. Im Wesentlichen konzentriert sich die Zentralregierung dabei auf den Einsatz infrastruktur- und investitionspolitischer Maßnahmen. Durch den Aus- und Aufbau der materiellen, immateriellen und institutionellen Infrastruktur sowie einer gezielten sektoralen und regionalen Investitionsförderung sollen die westchinesischen Provinzen in die Lage versetzt werden, künftig verstärkt in- und ausländische Investoren anzuziehen.

Ziel des folgenden Kapitels ist es, die investiven Rahmenbedingungen für ausländische Investoren in Westchina aufzuzeigen und die Standortattraktivität der westchinesischen Provinzen zu bewerten und miteinander zu vergleichen. In Kapitel 5.1 wird zunächst ein allgemeiner Überblick über ausländische Direktinvestitionen in der VR China gegeben (sektorale/regionale Verteilung von ADI etc.). Kapitel 5.2 zeigt die möglichen Investitions- und Kooperationsformen zur Bearbeitung des (west-)chinesischen Marktes auf und diskutiert ihre Vor- und Nachteile. Im Anschluss daran werden in Kapitel 5.3 die investiven Rahmenbedingungen (Lenkungskatalog, „Preferential Policies“ etc.) in Westchina dargestellt und erläutert. Abschließend wird dann in Kapitel 5.4 auf Grundlage des im Rahmen der Arbeit eigens entwickelten Location Index, der verschiedene relevante Standortfaktoren zu einer einzigen Kennzahl verdichtet, ein Standort-Ranking der westchinesischen Provinzen durchgeführt, um ihre Standortattraktivität bewerten und miteinander vergleichen zu können.

5.1 AUSLÄNDISCHE DIREKTINVESTITIONEN IN DER VR CHINA

5.1.1 Ausländische Direktinvestitionen: Definition, Motive und ihre Wirkung im Empfängerland

5.1.1.1 Definition

Eine häufig verwendete und international anerkannte Definition von ausländischen Direktinvestitionen liefert die OECD in ihrer „Detailed Benchmark Definition of Foreign Direct Investment“:

„Foreign direct investment reflects the objective of obtaining a lasting interest by a resident entity in one economy (‘‘direct investor’’) in an entity resident in an economy other than that of the investor (‘‘direct investment enterprise’’). The lasting interest implies the existence of a long-term relationship between the direct investor and the enterprise and a significant degree of influence on the management of the enterprise. Direct investment involves both the initial transaction between the two entities and all subsequent capital transactions between them and among affiliated enterprises, both incorporated and unincorporated.“ (OECD 1999, S. 7f.)

Demnach versteht man unter einer ausländischen Direktinvestition eine langfristige Vermögensanlage im Ausland, die von natürlichen oder juristischen Personen des Inlands getätigt wird. Das primäre Ziel von ADI besteht darin, erworbene Aktiva zu kontrollieren bzw. einen dauerhaften Einfluss (lasting interest) auf die Geschäftsführung/-politik einer im Ausland ansässigen Unternehmung auszuüben oder durch Gründung eines eigenen Unternehmens im Ausland selbst unternehmerisch tätig zu werden. Die OECD (1999: 8) und die DEUTSCHE BUNDESBANK (1997: 84) geben hierbei grundsätzlich vor, dass bei einer Beteiligung am Eigenkapital oder bei den Stimmrechten von 10 Prozent und mehr von einer Direktinvestitionsbeziehung auszugehen ist.

5.1.1.2 Motive

Die Beweggründe und Motive, eine Direktinvestition im Ausland zu tätigen, sind vielfältiger Natur. Eine allgemein anerkannte Systematisierung der Motive für ADI hat DUNNING (1994: 31) vorgenommen. Er unterscheidet hierbei zwischen vier Arten:

1. **beschaffungsorientierte Motive** (natural resource-seeking): Sie umfassen den Zugang zu natürlichen Ressourcen (Rohstoffe), menschlichen Ressourcen (qualifiziertes Personal) oder finanziellen Ressourcen (günstiges Kapital). Neben der Möglichkeit Ressourcen zu beschaffen, geht es hierbei in vielen Fällen insbesondere um das Ausnutzen von Kostenunterschieden. Viele Unternehmen investieren im Ausland, weil dort die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden günstiger als im eigenen Land sind.
2. **absatzorientierte Motive** (market-seeking): Hierbei geht es in erster Linie darum, sich einen Zugang zu neuen (Wachstums-)Märkten zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund bauen viele Unternehmen Vertriebs- und Produktionsniederlassungen im Ausland auf, weil sie sich davon einen besseren Absatz vor Ort und somit eine Ausweitung ihrer Absatz- und Produktionsvolumina versprechen. Gegenüber dem Export spricht für eine Präsenz vor Ort, dass ein Großteil der Transport- und Kommunikationskosten entfällt und die Nähe zu den Konsumenten und deren Bedürfnissen gegeben ist. Darüber hinaus kann ein Auslandsengagement auch als Brückenkopf für die Bearbeitung weiterer Nachbarmärkte dienen.

3. **effizienzorientierte Motive** (efficiency-seeking): Zu diesen Motiven gehört der Vorsatz, Größenvorteile (Fixkostendegressionen und Economies of Scale) und Verbundeffekte (Economies of Scope) zu realisieren. Durch eine ADI soll das gesamte Produktions- und Absatzvolumen eines Unternehmens erhöht werden, wodurch zum Beispiel Einsparungen beim Einkauf erzielt werden können. Zudem sollen durch die Spezialisierung innerhalb einer Wertschöpfungskette oder über die Wertschöpfungskette hinweg Kostenvorteile erzielt werden, die durch Erweiterungsinvestitionen innerhalb des Ursprungslandes nicht, oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich wären.
4. **strategische Motive** (strategic asset-seeking): Hierunter subsumiert man zahlreiche unterschiedliche Beweggründe. Unternehmen entscheiden sich oftmals für eine ADI, weil sie sich dadurch das „Einklinken“ in formelle oder informelle Informations- und Kommunikationsnetzwerke erhoffen (insbesondere im FuE-Bereich). Darüber hinaus werden ADI oftmals auch durch die sog. Cross-Investment-Strategie bestimmt. In diesem Fall stellt die Direktinvestition eine Gegenmaßnahme gegen eine von ausländischen Konkurrenten im Heimatmarkt getätigte Direktinvestition dar. Damit ist unter anderem das Ziel verknüpft, weltweit keine Marktanteile einzubüßen (vgl. KUTSCHKER & SCHMID 2006, S. 83ff.).

5.1.1.3 Wirkung im Empfängerland

ADI sind sowohl für das Stamm-, als auch das Empfängerland von volkswirtschaftlicher Relevanz. In den meisten Fällen ermöglichen ADI eine effizientere Aufspaltung der Wertschöpfungskette und eine weitergehende Arbeitsteilung. Die sich daraus ergebenden Spezialisierungsgewinne und Skaleneffekte können einen Beitrag zur Wohlstandssteigerung in den beteiligten Volkswirtschaften leisten. Direktinvestitionen können darüber hinaus zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz in den beteiligten Ländern beitragen, etwa indem ein bestehendes Außenhandelsdefizit durch ADI ausgeglichen wird oder umgekehrt Überschüsse in der Handelsbilanz im Ausland investiert werden. Die Praxis hat zudem gezeigt, dass mit ihnen oftmals auch ein Transfer von Technologie und Management-Know-how in das Empfängerland einhergeht. Hierdurch können Produktivitätssteigerungen ausgelöst werden, die dann vom investierenden Unternehmen auch auf lokal ansässige Unternehmen wirken (vgl. ZIMMERMANN 2008, S. 6f.). Auf der anderen Seite können ADI jedoch auch negative Effekte für das Gastland, wie beispielsweise die Verdrängung lokaler Anbieter, mit sich bringen. Generell kontrovers diskutiert werden ihre Effekte in Entwicklungsländern. Im Zentrum der Debatte steht hierbei, ob sie positive Wachstums- und Verteilungswirkungen auslösen oder nicht.⁷⁹ Eine allgemeine Übersicht über die möglichen positiven und negativen Konsequenzen, die ADI-Zuflüsse für das Gastland mit sich bringen können, gibt Tabelle 5.1.

⁷⁹ Eine umfassende Darstellung der entwicklungspolitischen Vor- und Nachteile ausländischer Direktinvestitionen findet sich in HEMMER (2002: 337ff.), während sich KRÜGER (2004) explizit mit den Wachstums- und Verteilungswirkungen ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern auseinandersetzt.

Tab. 5.1: Mögliche positive und negative Effekte von ADI für das Gastland (eigene Zusammenstellung nach DUNNING 1997, S. 221; HERSEL & V. EICHBORN 2004, S. 27; KULKE 2008, S. 247; KUTSCHKER & SCHMID 2006, S. 85f.)

Positive Effekte	Negative/problematische Effekte
• Transfer von Know-how und marktgängigem Wissen • Beitrag zur Verbesserung lokaler Ressourcen, Fähigkeiten und Kompetenzen im Sinne von Diffusionseffekten (→ Produktivitätswachstum) • Chance von Spill-Over-Effekten (z.B. im FuE-Bereich) • Möglichkeit zur Spezialisierung sowie zur Bildung regionaler Netzwerke und Cluster • Diversifizierung der Wirtschaft, Erweiterung des lokalen Produktangebots • Beschäftigungseffekt • Einkommenseffekt • Wachstumswirkung (Steigerung des BIP) • Erzielen von Steuereinnahmen • Devisenersparnis • Beitrag zum Strukturwandel • Multiplikatorwirkungen • Modernisierung und Erweiterung der physischen und sozialen Infrastruktur • Geringeres Risiko einer Finanzkrise	• Weitergabe von Know-how, das im Gastland nicht benötigt wird • Zuweilen imperialistisch erscheinender Einfluss auf das Empfängerland (ökonomische und politische Abhängigkeit) • Verdrängungseffekt lokaler Anbieter • Vorkosten des Staates • Umweltbelastungen • Geringer Beitrag zur Weiterentwicklung des Gastlandes (Verlagerung von einfachen und arbeitsintensiven Tätigkeiten) • Oftmals geringe Verflechtung der investierenden Unternehmen mit der lokalen Wirtschaft und Gesellschaft • Große (Markt-)Macht der multinationalen Unternehmen • „Reverse-Technology-Flows“ • Ökonomische und politische Abhängigkeit • Gewinnabzug • Zahlungsbilanz des Empfängerlandes kann in eine Schieflage geraten • Ausbleiben von Spread-/Trickle-Down-Effekten führt zur Verschärfung regionaler Disparitäten

Da man jedoch in jedem Empfängerland unterschiedliche politische, ökonomische und soziale Rahmenbedingungen vorfindet, bedarf es jeweils einer länderspezifischen Analyse und Bewertung, um angemessen über die Effekte von ADI urteilen zu können. Dies trifft auch auf die VR China zu. Analysiert man die Bedeutung von ADI für den ökonomischen Entwicklungs- und Wachstumsprozess Chinas, dann stellt man auf der einen Seite fest, dass die von den ADI erwarteten Spread-Effekte räumlich nur eine sehr begrenzte Wirkung entfaltet haben und ihre starke regionale Konzentration in den Küstenprovinzen zur Verschärfung/Manifestierung der interregionalen Disparitäten beigetragen hat. In diesem Kontext sollte man jedoch nicht vergessen, dass die chinesische Zentralregierung mit ihrer „verzerrten“ regionalen Wirtschaftspolitik, die sie von Ende der 1970er bis Mitte der 1990er Jahre propagierte und die eindeutig zugunsten der Küstenprovinzen ausfiel, eine Verschärfung der regionalen Ungleichgewichte in dieser Phase bewusst in Kauf genommen hat. Auf der anderen Seite hat der seit Anfang der 1990er Jahre nahezu stetig zunehmende ADI-Zufluss in der chinesischen Volkswirtschaft positive Wachstums-, Beschäftigungs- und Einkommenseffekte ausgelöst. Die chinesische Zentralregierung hat zudem durch eine geschickte Regulierung und Lenkung von ADI erreicht, dass mit ihnen ein Know-how-Transfer vonstatten ging und durch den Export von Waren Devisen beschafft werden konnten. Dass die ausländischen Unternehmen mittlerweile zu einer gewichtigen Größe in der chinesischen Volkswirtschaft avanciert sind, zeigt, dass die rund 286.000 aktiven Unternehmen mit ausländischem Kapitalanteil im Jahr 2007 knapp ein Drittel (31,5%) des industriellen BPW Chinas erwirtschafteten, mehr als die Hälfte der chinesischen Im- und Exporte

(58,6% bzw. 57,1%) tätigten (eigene Berechnung nach NBSC 2008), rund 20% des gesamten Steueraufkommens Chinas erbrachten (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE 21.01.2008) und ungefähr 10% (ca. 42 Mio.) der angestellten Erwerbstätigen beschäftigten (vgl. MEI 2008, S. 14). TAUBE (2006: 237) bewertet diese Werte zwar ebenfalls als positiv, weist jedoch gleichzeitig daraufhin, dass sie mit einer branchenabhängigen Verdrängung einheimischer Akteure einhergegangen sind und daher nicht in vollem Umfang als „Nettoadditionen“ zur chinesischen Volkswirtschaft verstanden werden dürfen.

5.1.2 Attraktivität Chinas als Investitionsstandort: Anreize und Hemmnisse

Die VR China gehört seit mehreren Jahren weltweit zu den führenden Zielländern für ADI, was zeigt, dass sie eine hohe Anziehungskraft auf ausländische Investoren ausübt (vgl. Tab. 2.10). Dass China weltweit zu den attraktivsten Investitionsstandorten gehört, belegen auch diverse Umfragen unter Führungskräften der weltweit größten Unternehmen. So haben zwei von den Unternehmensberatungen A.T. Kearney und Ernst & Young durchgeführte Unternehmensbefragungen ergeben, dass China in den Jahren 2007 und 2008 global betrachtet vor Indien als attraktivstes Zielland für Direktinvestitionen angesehen wurde (vgl. Tab. 5.2).

Tab. 5.2: Attraktivität Chinas als Investitionsstandort (vgl. ERNST & YOUNG 2008, S. 12; A.T. KEARNEY 2008, S. 2; PRS GROUP 2008; UNCTAD 2008, S. 214ff.; WEF 2009, S. 14)

Unternehmensbefragungen/Kennzahlen	Rang VR China
Ernst & Young: Attraktivste Investitionsstandorte weltweit (2008) ⁸⁰	1.
A.T. Kearneys Global Business Policy Council: FDI Confidence Index 2007 (Top 25) ⁸¹	1.
UNCTAD: Inward FDI Potential Index 2004-2006 (141 Länder) ⁸²	32. (Wert: 0,304)
World Economic Forum: Global Competitiveness Index 2009-2010 (133 Länder) ⁸³	29.
Political Risk Service Group: Composite Country Risk Index (Stand: 07/2008;140 Länder) ⁸⁴	36. (Wert: 78,5): Low Risk

Andere Institutionen und Organisationen, wie beispielsweise die UNCTAD, das Weltwirtschaftsforum (WEF) oder die Political Risk Service Group (PRS Group), haben darüber hinaus eigene

⁸⁰ Die von Ernst & Young ermittelte Rangliste der weltweit attraktivsten Investitionsstandorte basiert auf einer Umfrage unter internationalen Führungskräften von 834 global agierenden Unternehmen.

⁸¹ Der Foreign Direct Investment Confidence Index, der die Bereitschaft und das Vertrauen in ausländische Direktinvestitionen misst, wird seit 1998 jährlich von A.T. Kearneys Global Business Policy Council ermittelt. Der Index basiert auf der Befragung von Verwaltungsräten und Führungskräften der weltweit 1.000 größten multinationalen Unternehmen.

⁸² Der seit 1990 jährlich von der UNCTAD ermittelte Inward FDI Potential Index ist ein Indikator für die Qualität der Rahmenbedingungen, die für den Erfolg von Direktinvestitionen ausschlaggebend sind. Er wird aus dem ungewichteten Durchschnitt von zwölf ökonomischen und strukturellen Variablen (z.B. Exportanteil am BIP) gebildet und kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen (vgl. UNCTAD 2008, S. 34).

⁸³ Der Global Competitiveness Index wird seit 2004 jährlich vom Weltwirtschaftsforum ermittelt und beurteilt die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften. Er basiert auf neun gewichteten Teilindizes (sog. „Säulen“: z.B. Infrastruktur, Markteffizienz etc.), die wiederum aus bis zu fünfzehn Variablen gebildet werden (vgl. WEF 2009, S. 45).

⁸⁴ Der von den Experten der PRS Group ermittelte Composite Country Risk Index wird aus 22 politischen, finanziellen und ökonomischen „Risikovariablen“ (z.B. Enteignungsrisiko) gebildet und kann Werte zwischen 0 und 100 annehmen: Very Low Risk (80 bis 100), Low risk (70 bis 79,9), Moderate Risk (60 bis 69,9), High Risk (50 bis 59,9) bis Very High Risk (0 bis 49,9). Zur Methodik des „International Country Risk Guide“ siehe unter http://www.prsgroup.com/ICRG_Methodology.aspx (Stand: 12.09.09).

Indizes entwickelt, um das Investitionsklima in Ländern messen und miteinander vergleichen zu können. Tabelle 5.2 zeigt das Abschneiden Chinas beim Inward FDI Potential Index der UNCTAD, dem Global Competitiveness Index des WEF und dem Composite Country Risk Index der PRS Group. In allen drei Länderrankings belegte China, wenn auch mit deutlichem Abstand zur Spitze, einen Platz im oberen Drittel.

Wenngleich die VR China aus der Sicht von internationalen Unternehmen weltweit seit Jahren als einer der attraktivsten Investitionsstandorte angesehen wird und ihr die oben genannten Institutionen und Organisationen ein relativ gutes Investitionsklima attestieren, existieren nach wie vor zahlreiche Investitionshemmnisse, die ein China-Engagement erschweren bzw. ausländische Unternehmen bisher davon abgehalten haben, in ihr investiv tätig zu werden. Die wichtigsten Motive/Anreize und Hemmnisse/Hürden, die aus Investorensicht für bzw. gegen eine Direktinvestition in China sprechen, sind in Tabelle 5.3 zusammengefasst.

Tab. 5.3: Anreize und Hemmnisse für ein China-Engagement (eigene Zusammenstellung in Anlehnung an DEUTSCHE BANK RESEARCH 2005c, S. 8ff.; GTal 2009a, S. 6; REISACH 2007, S. 45ff.)

Motive/Anreize	Hemmnisse/Hürden
• Arbeitskräfte: niedriges Lohnniveau, geringe arbeitsrechtliche Auflagen, hohe Lernbereitschaft, großes Arbeitskräftepotential • Großes Binnenmarktpotential: wachsender Konsumentenmarkt (2015 voraussichtlich 700 Mio. Menschen) • Fortschreitende Integration in die Weltwirtschaft stimuliert Wachstum • Fester WTO-Zeitplan regelt Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen und erhöht Chinas Potential als Absatzmarkt • Kunden und Konkurrenz sind schon in China vertreten (→ „follow the customer“, „follow the competitor“) • „verlängerte Werkbank“ • Eindämmung von Wettbewerbern • Große Nachfrage nach Investitionsgütern • „Brückenkopf“ in Asien mit geographischer Nähe zu anderen asiatischen Wachstumsmärkten • Umfangreiches Konjunkturprogramm eröffnet Chancen für ausländische Unternehmen	• Protektionismus in strategisch wichtigen Wirtschafts- und Industriebereichen • Nichttarifäre Handelshemmnisse • Unzureichende Infrastruktur • Korruption • Ineffiziente Bürokratie • Mangelnde Transparenz des rechtlichen Umfelds • Geringer Schutz geistigen Eigentums (Produktpiraterie) • zum Teil ineffiziente und politisierte Unternehmensführung • hohe Wettbewerbsintensität: Chinesische Anbieter und Überkapazitäten in einigen Branchen verschärfen Kosten- und Preisdruck • Größe des Landes/Inhomogenität des Marktes: erschwerte Beschaffung fundierter Markt- und Wettbewerbsinformationen • Rohstoff- und Energieknappheit • Kulturelle Barrieren • Mögliche Eskalation politischer und sozialer Unruhen • Unterentwickelte Finanzmärkte • Geringe Kaufkraft der breiten Bevölkerung • Mangel an qualifizierten Arbeitskräften

Im Jahr 2007 haben die Deutsche Handelskammer in China und die Unternehmensberatung Euro Asia Consulting PartG auf der Grundlage einer Befragung von 273 Unternehmen gemeinsam eine Studie zur gegenwärtigen Lage von deutschen Unternehmen in China erstellt. Im Rahmen dieser Studie wurden die Unternehmen unter anderem danach gefragt, welche primären Beweggründe sie dazu veranlasst haben, in China zu investieren und worin aus ihrer Sicht

die größten Probleme eines Engagements in China liegen. Gemäß dieser Studie sind die Hauptmotive/-anreize die Größe des chinesischen Absatzmarktes (80% der Befragten), dass der Hauptkunde bereits in China vertreten ist (→ „follow the customer“; 44%), die geringen Produktions- und Lohnkosten (38%) und die günstigen Beschaffungsmöglichkeiten auf dem chinesischen Markt (30%). Zu den größten Problemen/Herausforderungen eines China-Engagements zählen aus Sicht der befragten Unternehmen der nach wie vor geringe Schutz geistigen Eigentums (29%), der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften (27%) und die mangelnde Transparenz des rechtlichen Umfelds (23%) (vgl. EURO ASIA CONSULTING PARTG & GERMAN CHAMBER OF COMMERCE IN CHINA, S. 16ff.).

5.1.3 ADI-Zuflüsse nach China

Zwischen 1979 und 2007 konnte die VR China insgesamt rund 760 Mrd. USD an ADI (exkl. Finanzsektor) absorbieren. Wie aus Abbildung 5.1 hervorgeht, lässt sich die Entwicklung der jährlichen ADI-Zuflüsse nach China in vier Phasen einteilen.

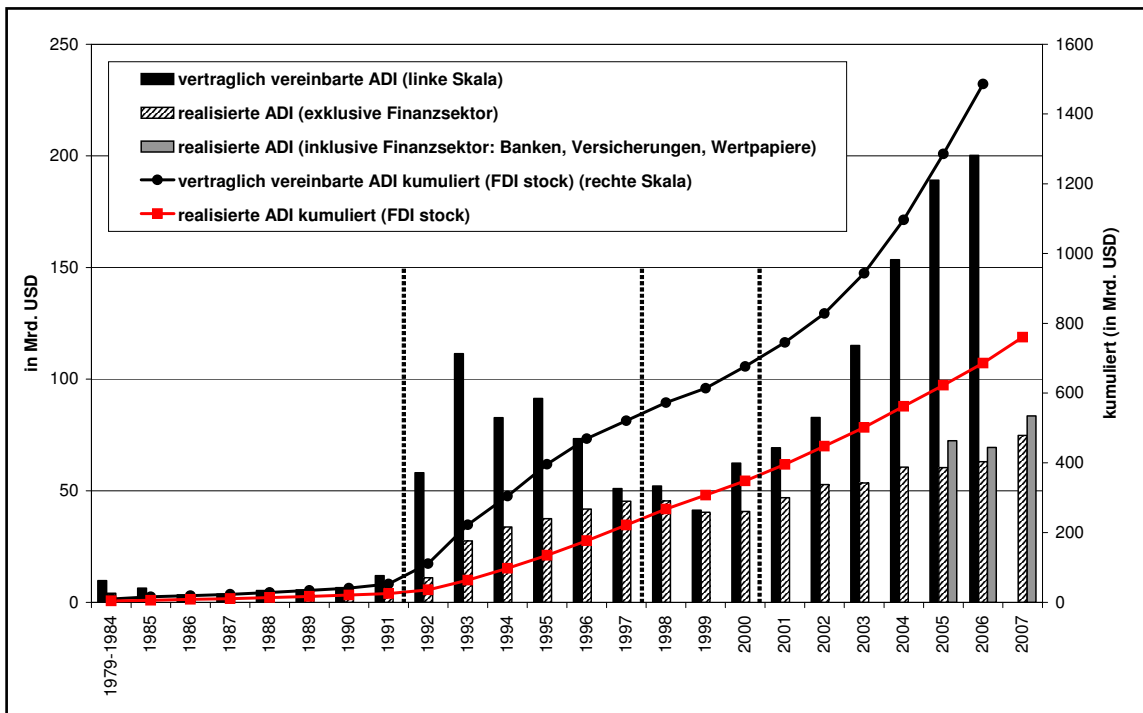


Abb. 5.1: Jährlicher und kumulierter ADI-Zufluss nach China 1979 bis 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2008)

Die erste Phase, die den Beginn der Reform- und Öffnungspolitik symbolisiert (Errichtung von SWZ, Gesetz über chinesisch-ausländische Joint Ventures etc.), reicht von 1979 bis 1991. In diesem Zeitraum flossen rund 25 Mrd. USD an ADI nach China. In der zweiten Phase von 1992 bis 1997 kam es dann zu einem deutlichen und kontinuierlichen Anstieg des ADI-Volumens. Innerhalb von sechs Jahren konnte China mit rund 197 Mrd. USD vom Umfang her fast acht Mal so viel an ADI wie in den vorangegangenen 13 Jahren (1979-1991) attrahieren. Den Startschuss für den sprunghaften ADI-Zustrom nach 1991 gab in gewisser Weise Deng Xiaoping mit seiner 1992 durchgeführten „Frühjahrsreise in den Süden“, die eine deutliche Intensivierung der Reform- und Öffnungspolitik nach sich zog (→ Aufbau einer „sozialistischen Marktwirtschaft“; vgl. Kap. 2.1.2.2). Diesem ersten ADI-Boom folgte dann eine kurze

Konsolidierungsphase, die von 1998 bis 2000 andauerte und in der die ADI leicht rückläufig waren bzw. stagnierten. Dieser Zeitabschnitt war vom Ausbruch der Asienkrise (1997/98)⁸⁵ und den Studentenprotesten von 1989 geprägt. Obwohl die chinesische Volkswirtschaft von der Asienkrise zwar weitestgehend verschont geblieben war, machten sich die rückläufigen Direktinvestitionen der Nachbarländer deutlich bemerkbar. CHEN (2005: 45f.) weist zudem darauf hin, dass diese Jahre auch von einer gewissen Unsicherheit, die durch die Machtübernahme Jiang Zemin nach dem Tod Deng Xiaopings († 19.02.1997) entstanden war, geprägt waren. Diese legte sich jedoch relativ rasch wieder, da Chinas neue Führung relativ zügig weitere, tief greifende Reformschritte vollzog. Trotz der Asienkrise und der aufkeimenden Verunsicherung potentieller Auslandsinvestoren, die durch den Machtwechsel und die innenpolitischen Unruhen genährt wurde, flossen in diesem Zeitraum rund 127 Mrd. USD an ADI nach China. Mit dem 2001 erfolgten Beitritt Chinas zur WTO wurde schließlich die vierte, bis heute anhaltende Phase eingeläutet und der zweite ADI-Boom ausgelöst. Zwischen 2001 und 2007 konnte China mit insgesamt rund 412 Mrd. USD innerhalb von nur sechs Jahren vom Umfang her sogar deutlich mehr an ADI absorbieren, als in den vorangegangenen 22 Jahren seit Reformbeginn. Seit dem Jahr 2005 beinhalten die offiziellen ADI-Statistiken auch Investitionen in den Finanzsektor (Banken, Versicherungen und Wertpapiere). Würde man diesen Wirtschaftsbereich nicht berücksichtigen, dann bedeutet dies, dass China im Jahr 2005 erstmals seit 1999 wieder einen leichten Rückgang an ADI hinnehmen musste (-0,5% gegenüber dem Vorjahr; vgl. Abb. 5.1).

⁸⁵ Mit dem Begriff Asienkrise (1997/98) wird die umfassende Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise in Südostasien umschrieben. Währungsspekulationen, laxer Bankenaufsicht sowie Korruption (enge Verbindungen von Unternehmen und Banken mit Regierungskreisen, sog. „Crony Capitalism“) waren die Ursachen dieser Krise, die beinahe im Zusammenbruch des gesamten Bankenwesens in der Region führte. Die Folgen der Krise waren Inflation, Währungsverfall und wirtschaftlicher Niedergang in der Region.

5.1.4 Herkunftsregionen/-länder ausländischer Direktinvestitionen in China

Wie aus Abbildung 5.2 hervorgeht, stammen im Jahr 2007 mit ca. 42 Mrd. USD rund 55% der insgesamt nach China geflossenen ADI aus Asien. Es folgen danach mit bereits großem Abstand Lateinamerika, Europa, Nordamerika, Ozeanien/Pazifischen Inseln und Afrika.

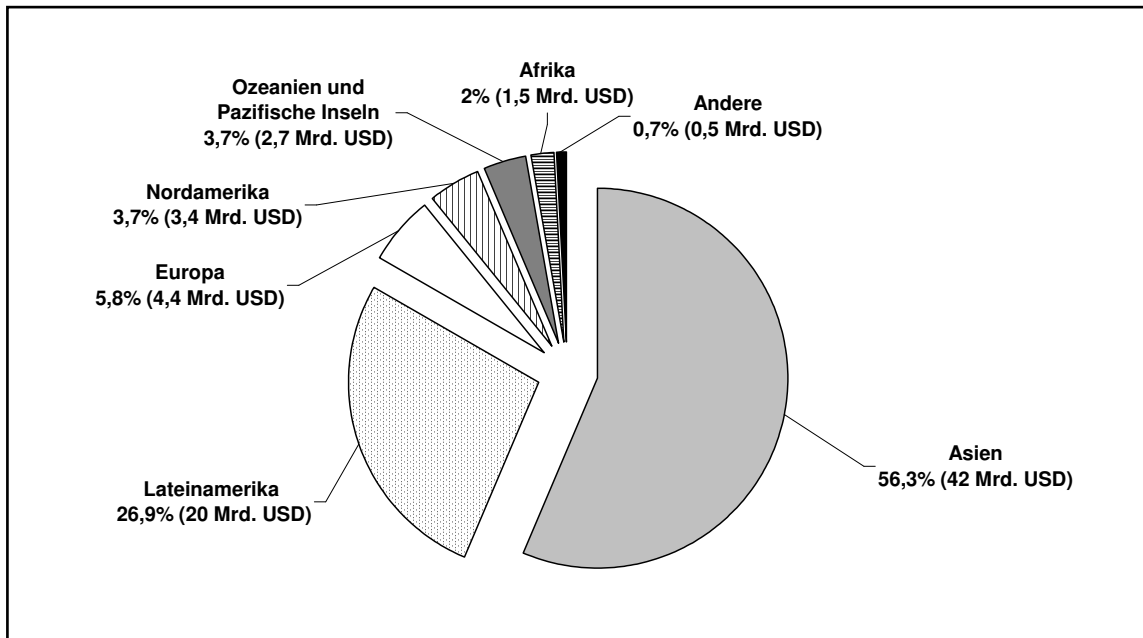


Abb. 5.2: Herkunftsregionen ausländischer Direktinvestitionen in China im Jahr 2007 (eigene Berechnung nach NBSC 2008)

Tabelle 5.4 zeigt die zehn wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Direktinvestitionen (inkl. Finanzsektor) im Zeitraum 1979 bis 2007 (kumuliert) und im Jahr 2007. Das mit Abstand wichtigste ADI-Herkunftsland Chinas ist seit jeher Hong Kong. Zwischen 1979 und 2007 stammen alleine von dort mit kumulierten 309 Mrd. USD rund 39% der insgesamt in China realisierten ADI. Dahinter folgen mit deutlichem Abstand die Br. Jungferninseln (ca. 74 Mrd. USD; 9,4%) und Japan (ca. 62 Mrd. USD; 7,8%). Obwohl der Anteil Hong Kongs am jährlichen ADI-Zufluss seit Anfang der 1990er Jahre rückläufig ist, stammen im Jahr 2007 mit ca. 27,7 Mrd. USD (33,2%) vom Umfang her nach wie vor die meisten Direktinvestitionen von dort. Im selben Jahr belegten die Br. Jungferninseln mit einem Direktinvestitionsvolumen von 16,5 Mrd. USD (19,8%) Rang zwei, gefolgt von Südkorea (4,4%), Japan (4,3%) und Singapur (3,8%). Wichtigster europäischer Investor war mit einem Volumen von 831 Mio. USD (1%) Großbritannien.

Welch bedeutende Rolle den benachbarten Tigerstaaten⁸⁶ zukommt, zeigt, dass zwischen 1979 und 2007 mit kumulierten 426,5 Mrd. USD knapp 54% der insgesamt in diesem Zeitraum nach China geflossenen ADI aus diesen Ländern stammen. Der hohe Anteil der Tigerstaaten bzw. „Greater Chinas“ an den ADI hat mehrere Ursachen. Auf der einen Seite haben die geographi-

⁸⁶ Als Tigerstaaten oder auch als vier kleine Drachen werden die asiatischen Schwellenländer Südkorea, Taiwan, Singapur und die ehemalige Kronkolonie Hong Kong bezeichnet. Ein gemeinsames Merkmal dieser Länder ist das hohe Wirtschaftswachstum und der dynamische Industrialisierungsprozess aufgrund einer staatlich geförderten Strategie der Exportorientierung (vgl. GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON 2000, S. 3058).

sche und kulturelle Nähe dazu beigetragen, die Transaktionskosten für Investoren aus den asiatischen Nachbarstaaten zu reduzieren. Insbesondere den dort ansässigen so genannten Auslands- bzw. Überseechinesen⁸⁷ gelang es in diesem zunächst von Unsicherheit und Intransparenz geprägten Markt erfolgreich zu agieren, da sie über gute Beziehungen (guangxi) zu chinesischen Behörden und Funktionären verfügten. Auf der anderen Seite hat auch die einfache Produktionstechnologie der Unternehmen aus den asiatischen Tigerstaaten eine Rolle gespielt. Diese basierte nämlich überwiegend auf arbeitsintensiven Fertigungsprozessen und konnte somit ohne größere Reibungsverluste in China eingesetzt werden (vgl. BOSSE & SCHÜLLER 1998, S. 1323).

Tab. 5.4: Die zehn wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Direktinvestitionen in China (kumuliert 1979-2007 und 2007) (eigene Berechnung nach MOFCOM o.J.)

Länder/Regionen	1979-2007 (kumuliert)		2007	
	ADI-Zufluss (in Mio. USD)	Anteil (in %)	ADI-Zufluss (in Mio. USD)	Anteil (in %)
VR China gesamt	790.747	100	83.521	100
Hong Kong	308.533 (1.)	39	27.703 (1.)	33,2
Br. Jungferninseln	74.146 (2.)	9,4	16.552 (2.)	19,8
Japan	61.724 (3.)	7,8	3.589 (4.)	4,3
USA	56.706 (4.)	7,2	2.616 (6.)	3,1
Taiwan	45.761 (5.)	5,8	1.774 (9.)	2,1
Südkorea	38.775 (6.)	4,9	3.678 (3.)	4,4
Singapur	33.391 (7.)	4,2	3.185 (5.)	3,8
Großbritannien	14.781 (8.)	1,9	831 (10.)	1,0
Deutschland	14.176 (9.)	1,8	734 (11.)	0,9
Kaiman-Inseln	13.362 (10.)	1,7	2.571 (7.)	3,1
Samoa	8.399 (11.)	1,2	2.170 (8.)	2,6
„Greater China“ (Taiwan, Hong Kong, Macao)	354.371	44,8	30.114	36,1
Tigerstaaten	426.460	53,9	36.340	43,5

Der hohe Anteil Hong Kongs und der drei Steueroasen (offshore financial centers) Br. Jungferninseln, Kaiman-Inseln und Samoa an den ADI bedarf jedoch an dieser Stelle einer kritischen Hinterfragung. Experten der Weltbank und anderer Institutionen weisen in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hin, dass die chinesischen ADI-Statistiken durch so genannte „round tripping“-Investitionen verfälscht sind. Hierbei handelt es sich um „heimisches“ Kapital, das ursprünglich aus China stammt und wegen der steuerlichen Anreize und dem besseren rechtlichen Schutz, den ADI in der VR China genießen, über in Hong Kong ansässige Unternehmen oder Steueroasen in China reinvestiert wird (vgl. WORLD BANK 2002, S. 41). XIAO (2004: 23) kommt in seiner empirischen Studie zu dem Ergebnis, dass beispielsweise im Jahr 2000 ungefähr 40% der insgesamt in der VR China getätigten ADI „round tripping“-Investitionen waren. Das am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Enterprise Income Tax Law wird jedoch aller Voraus-

⁸⁷ Eine detaillierten Überblick über die Rolle der Auslandschinesen bei ausländischen Direktinvestitionen in der VR China liefert GUTOWSKI (2002: 116ff.)

sicht nach den Nebeneffekt mit sich bringen, dass sich ihr Anteil an den ADI künftig schrittweise verringern wird. In dem neu erlassenen Einkommensgesetz für Unternehmen wurden nämlich die zwei unterschiedlichen Steuerregime vereinheitlicht, so dass aus- und inländische Unternehmen künftig demselben Körperschaftsteuersatz von 25%, einheitlichen Abzugsstandards und Steuerbegünstigungen unterworfen sind (vgl. BEITEN BURKHARDT 2007, S. 1; vgl. Kap. 5.3.3.5).

5.1.5 Sektorale Verteilung/Branchenstruktur ausländischer Direktinvestitionen in China

Wie aus Tabelle 5.5 ersichtlich, liegt der sektorale Schwerpunkt ausländischer Direktinvestitionen in der VR China eindeutig im Bereich der verarbeitenden Industrie. Im Zeitraum 1979 bis 2007 entfielen kumuliert ca. 1,9% der vertraglich vereinbarten ADI auf den primären Sektor, knapp zwei Drittel (65,9%) auf den sekundären (inkl. Baugewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung) und knapp ein Drittel (32,2%) auf den Dienstleistungssektor. Die verarbeitende Industrie war hierbei mit einem Anteil von 62,3% die mit Abstand wichtigste Zielbranche. Im Jahr 2007 stellte sich die sektorale Verteilung der in China realisierten ADI folgendermaßen dar: 1,1% flossen in den primären, 51,3% in den sekundären und 47,6% in den tertiären Sektor. Nach dem Fertigungssektor, auf den mit ca. 40,9 Mrd. USD knapp die Hälfte (48,9%) der ADI entfielen, flossen vom Umfang her die meisten Direktinvestitionen in den Immobiliensektor (ca. 17,1 Mrd. USD; 20,5%) und in den Finanzsektor (9 Mrd. USD; 10,8%). In jüngster Zeit lässt sich jedoch beobachten, dass insbesondere Direktinvestitionen im tertiären Sektor aufgrund der im WTO-Beitrittsprotokoll festgelegten Liberalisierungsmaßnahmen, wie beispielsweise die schrittweise Öffnung des chinesischen Finanzmarktes für ausländische Banken, eine deutliche Belebung erfahren haben. Innerhalb von sieben Jahren (2000-2007) hat sich der Anteil des tertiären Sektors an den chinesischen ADI-Zuflüssen um knapp zwanzig Prozentpunkte von 27,9% auf 47,6% vergrößert, während sich demgegenüber der Anteil des sekundären Sektors deutlich von 70,4% auf 51,3% verringert hat. Dies bedeutet jedoch nicht, dass letzterer an Attraktivität eingebüsst hat. Wurden im Jahr 2000 noch 28,7 Mrd. USD in den sekundären Sektor investiert, so waren es im Jahr 2007 rund 43 Mrd. USD (+ 49,5%).

Tab. 5.5: Sektorale Struktur der chinesischen ADI-Zuflüsse (vertraglich vereinbart 1979-2007 (kumuliert); realisiert 2000 und 2007) (eigene Berechnung nach MOFCOM o.J.; NBSC 2001 u. 2008)

Sektoren	1979-2007 (kumuliert)		2000		2007	
	Vertraglich vereinbarte ADI (in Mrd. USD)	Anteil (in %)	ADI-Zufluss (in Mrd. USD)	Anteil (in %)	ADI-Zufluss (in Mrd. USD)	Anteil (in %)
Gesamt	1.732,3	100	40,8	100	83,5	100
Primärer Sektor	32,6	1,9	0,7	1,7	0,9	1,1
Sekundärer Sektor	1.141,0	65,9	28,7	70,4	42,9	51,3
- verarbeitende Industrie	1.078,9	62,3	25,8	63,5	40,9	48,9
Tertiärer Sektor	558,7	32,2	11,4	27,9	39,7	47,6
- Finanzsektor	31,6	1,8	0,076	0,2	9	10,8
- Immobiliensektor	285,3	16,5	4,7	11,4	17,1	20,5

TAUBE (2006: 234) weist in diesem Kontext jedoch darauf hin, dass die sektorale Verteilung von ADI in der chinesischen Volkswirtschaft nicht alleine Marktsignalen folgt, sondern seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik einem „diskretionären Steuerungs- und Filterungsprozess“ seitens der Zentralregierung unterliegt.

5.1.6 Struktur der chinesischen ADI-Zuflüsse nach Investitions- bzw. Rechtsform

Die Struktur der in China realisierten ADI nach der vom ausländischen Investor gewählten Investitions- bzw. Rechtsform ist in Tabelle 5.6 dargestellt. Demnach flossen zwischen 1979 und 2007 ungefähr 49% der kumulierten ADI in 100%ige Tochtergesellschaften (Wholly Foreign Owned Enterprise (WFOE); vgl. Kap. 5.2.1.3), 33,8% in Equity Joint Ventures (EJV; vgl. Kap. 5.2.1.2), 12% in Contractual Joint Ventures (CJV; vgl. Kap. 5.2.1.2) und 0,5% in Aktiengesellschaften (Companies Limited by Shares (CLS); vgl. Kap. 5.2.1.5). Im Jahr 2007 stellte sich die Verteilung folgendermaßen dar: 68,5% des ADI-Volumens flossen in WFOEs, 18,7% in EJVs, 1,7% in CJVs und 0,6% in CLS.

Tab. 5.6: Struktur der ausländischen Direktinvestitionen nach Rechtsform (kumuliert 1979-2007 und 2007) (eigene Berechnung nach MOFCOM o.J.; NBSC 2008)

Rechtsform	1979-2007 (kumuliert)		2007	
	ADI-Zufluss (in Mio. USD)	Anteil (in %)	ADI-Zufluss (in Mio. USD)	Anteil (in %)
Gesamt	790.747	100	83.521	100
EJV	267.458	33,8	15.596	18,7
CJV	94.967	12,0	1.416	1,7
WFOE	388.010	49,1	57.264	68,5
CLS	4.174	0,5	492	0,6
andere Formen	36.138	4,6	8.753	10,5

Seit geraumer Zeit lässt sich sowohl an der Zahl der Investitionsprojekte, als auch am Investitionsvolumen ablesen, dass ausländische Unternehmen bei ihren Direktinvestitionen in China zunehmend die Rechtsform einer 100%igen Tochtergesellschaft wählen. Flossen im Jahr 2000 noch knapp die Hälfte (47,3%) der in China getätigten ADI in WFOEs, so waren es im Jahr 2007 bereits mehr als zwei Drittel (68,5%) (eigene Berechnung nach NBSC 2001 u. 2008). Dass der Trend in den letzten Jahren verstärkt zu dieser Rechtsform geht, hängt primär damit zusammen, dass sich die Investitionsbedingungen für WFOEs durch den Beitritt Chinas zur WTO deutlich verbessert haben. So wurden beispielsweise diskriminierende Regelungen zu Exportanteilen und inländischer Materialbeschaffung beseitigt und in einigen Wirtschaftsbereichen die sektorale Beschränkungen für WFOEs aufgehoben (vgl. LUTHER MENOLD 2005, S. 10f.; vgl. Kap. 5.2.1.3). Ein anderer wichtiger Aspekt ist, dass viele ausländische Unternehmen im Laufe der Jahre umfangreiche Erfahrungen auf dem chinesischen Markt gesammelt haben und daher nicht mehr zwangsläufig auf einen chinesischen Partner angewiesen sind (vgl. BOSSE & SCHÜLLER 1998, S. 1322f.). Dies ist für den ausländischen Investor insofern von Vorteil, da es, wie die Praxis gezeigt hat, in einem JV oftmals zu Interessenskonflikten mit dem chinesischen Partner kommt und eine größere Gefahr des Technologieabflusses besteht (vgl. Kap. 5.2.1.2).

5.1.7 Regionale Verteilung der chinesischen ADI-Zuflüsse

Die chinesischen ADI-Zuflüsse verteilen sich sehr ungleichmäßig über die drei Makroregionen Ost-Mitte-West. Wie aus Abbildung 5.3 hervorgeht, konzentrieren sie sich primär auf die ostchinesischen Provinzen. Zwischen 1979 und 2008 konnten diese mit kumulierten 742 Mrd. USD (exkl. Finanzsektor) knapp 87% der insgesamt nach China geflossenen ADI absorbieren. Die zentral- und westchinesischen Provinzen konnten im selben Zeitraum hingegen nur 73 Mrd. USD (8,6%) bzw. 40 Mrd. USD (4,7%) an ADI attrahieren. Im Jahr 2008 stellte sich die Verteilung folgendermaßen dar: Ostchina: 78,3 Mrd. USD (84,8%), Zentralchina: 7,4 Mrd. USD (8%), Westchina: 6,6 Mrd. USD (7,2%).

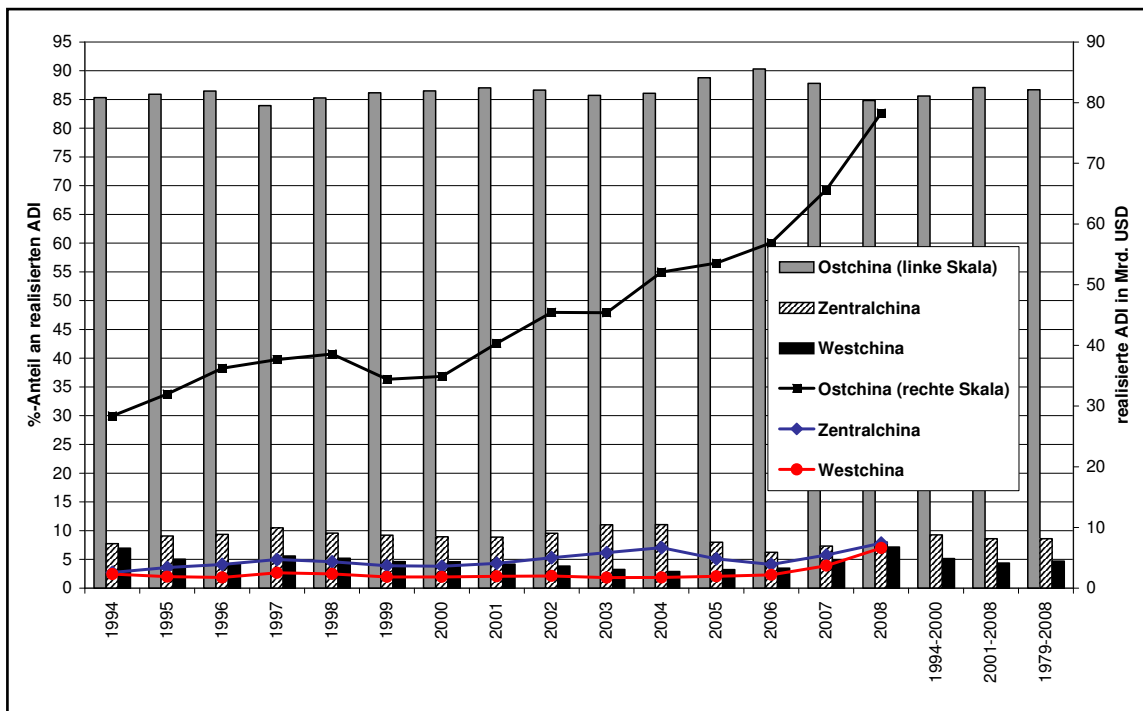


Abb. 5.3: Regionale Verteilung (Ost-Mitte-West) der chinesischen ADI-Zuflüsse 1979 bis 2008 (eigene Berechnung nach GTal 2009b; MOFCOM o.J.; NBSC 1995-2008; XINHUA NEWS AGENCY 15.01.2009)

Tabelle 5.7 zeigt, dass der ADI-Zufluss auch innerhalb der Ostregion eine starke regionale Fokussierung aufweist. So absorbierten zwischen 1979 und 2005⁸⁸ alleine die vier Küstenprovinzen Jiangsu, Shanghai, Shandong und Guangdong mit kumulierten 350 Mrd. USD knapp zwei Drittel (66,2%) der nach Ostchina und deutlich mehr als die Hälfte (57,1%) der insgesamt nach China geflossenen ADI. Und auch in Westchina zeichnen sich bei der Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen klare Schwerpunkte ab (vgl. Tab. 5.7). Zwischen 1979 und 2005 flossen kumuliert mehr als 80% der in Westchina getätigten ADI in die Provinzen Guangxi (31,8%), Sichuan (20,5%), Shaanxi (15,9%) und Chongqing (12,4%).

⁸⁸ ADI-Statistiken auf Provinzebene sind nur bis 2005 verfügbar, auf regionaler Ebene (Ost-Mitte-West) hingegen bis 2008.

Tab. 5.7: Realisierte ausländische Direktinvestitionen nach Provinzen (kumuliert 1979-2005 und 2005) (eigene Berechnung nach MOFCOM o.J.; NBSC 1995-2004; OECD 2003, S. 199; OECD 2006, S. 82)

	1979-2005 (kumuliert)		2005		
	ADI-Zufluss (in Mio. USD)	Anteil (in%)	ADI-Zufluss (in Mio. USD)	Anteil (in %)	Pro-Kopf-ADI (in USD)
VR China	612.509	100	60.324,7	100	46,6
Beijing	26.171	4,3	3.528,3	5,8	229,4 (3.)
Tianjin	22.679	3,7	2.433,1	4,0	233,3 (2.)
Hebei	10.430	1,7	516,2	0,9	7,5 (18.)
Liaoning	31.306	5,1	2302,9	3,8	54,6 (9.)
Shanghai	55.394	9,0	6.711,1	11,1	377,5 (1.)
Jiangsu	89.848	14,7	9.501,1	15,8	127,1 (5.)
Zhejiang	32.397	5,3	5.208,7	8,6	106,3 (6.)
Fujian	47.851	7,8	2.061,3	3,4	58,3 (8.)
Shandong	52.932	8,6	8.887,5	14,7	96,1 (7.)
Guangdong	151.657	24,8	12.363,9	20,5	134,5 (4.)
Hainan	7.793	1,3	43,7	0,1	5,3 (23.)
Ostchina	528.457	86,3	53.557,8	88,8	105,8
Shanxi	2.373	0,4	98,1	0,2	1,0 (26.)
Jilin	4.219	0,7	332,3	0,6	5,8 (22.)
Heilongjiang	5.427	0,9	405,7	0,7	6,4 (21.)
Anhui	5.089	0,8	538,9	0,9	16,1 (12.)
Jiangxi	8.880	1,4	1.032,5	1,7	38,0 (10.)
Henan	6.659	1,1	518,7	0,9	13,6 (13.)
Hubei	13.111	2,1	753,3	1,2	12,3 (14.)
Hunan	10.537	1,7	1.146,4	1,9	26,6 (11.)
Zentralchina	56.296	9,2	4.825,9	8,0	11,5
I. Mongolei	1.620	0,26	263,3	0,4	11,0 (15.)
Guangxi	8.834	1,44	375,3	0,6	8,1 (16.)
Chongqing	3.434	0,56	220,3	0,4	7,9 (17.)
Sichuan	5.700	0,93	606,8	1,0	7,4 (19.)
Guizhou	631	0,10	34,6	0,1	0,9 (27.)
Yunnan	1.545	0,25	173,5	0,3	3,9 (25.)
Tibet	0,53	0,0001	0,5	0,0	0,2 (31.)
Shaanxi	4.421	0,72	190,4	0,3	5,1 (24.)
Gansu	671	0,11	20,6	0,0	0,8 (29.)
Qinghai	133	0,02	4,8	0,0	0,9 (28.)
Ningxia	292	0,05	42,1	0,1	7,1 (20.)
Xinjiang	473	0,08	8,5	0,0	0,4 (30.)
Westchina	27.756	4,5	1.940,7	3,2	5,4

Wie aus Abbildung 5.3 ersichtlich, verharren die jährlichen ADI-Zuflüsse nach Zentral- und Westchina seit jeher auf relativ niedrigem Niveau, während Ostchina über die Jahre hinweg einen deutlichen und nahezu stetigen Zuwachs verzeichnen konnte. Auffällig ist jedoch, dass zwischen 2004 und 2008 das ADI-Volumen in Westchina spürbar und kontinuierlich von 1,74 auf 6,6 Mrd. USD (+ 279%) angestiegen ist; der Anteil Westchinas am Gesamtvolumen der chinesischen ADI-Zuflüsse vergrößerte sich hierbei um beachtliche 4,3 Prozentpunkte von 2,9% auf 7,2%. Wie aus Tabelle 5.8 hervorgeht, ist die jährliche Wachstumsrate des ADI-Volumens in Westchina in den vergangenen vier Jahren (2005-2008) deutlich höher ausgefallen als in Ost- und Zentralchina. Ob sich dieser Trend jedoch auch in Zukunft weiter fortsetzen wird, bleibt abzuwarten. Der spürbare Anstieg ausländischer Direktinvestitionen in Westchina kann jedoch als Indiz dafür gewertet werden, dass die von der Zentralregierung ergriffenen Maßnahmen zur

Verbesserung des Investitionsklimas in Westchina allmählich beginnen, ihre Wirkung zu entfalten.

Tab. 5.8: Jährliche Zu- bzw. Abnahme ausländischer Direktinvestitionen in den drei Makroregionen Ost-Mitte-West 2001 bis 2008 (in %) (eigene Berechnung nach MOFCOM o.J.; NBSC 2001-2008)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
VR China	15,1	12,5	1,4	13,3	-0,5	4,5	18,6	23,4
Ostchina	15,6	12,7	-0,2	14,8	2,8	6,3	15,3	19,3
Zentralchina	14,1	22,1	16,4	14,5	-27,8	-18,8	39,0	35,8
Westchina	3,8	4,3	-14,1	1,2	11,3	12,3	68,9	79,3

5.1.8 Exkurs: Deutsche Direktinvestitionen in der VR China

Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahr 1972 sehr rasch entwickelt. Belief sich das bilaterale Handelsvolumen zwischen Deutschland und China im Jahr 1980 gerade einmal auf 1,8 Mrd. EUR (Deutschland: Import: 750 Mio. EUR; Export: 1.063 Mio. EUR), so hat es sich bis zum Jahr 2007 um mehr als das 46-fache auf 84,6 Mrd. EUR (Import: 54,7 Mrd. EUR; Export 29,9 Mrd. EUR) vergrößert. Deutschland ist seit mehr als 30 Jahren der wichtigste Exportpartner Chinas innerhalb Europas, und aus deutscher Sicht ist China seit 2002 nach den USA außerhalb Europas zum zweitwichtigsten Exportpartner (zuvor Japan) aufgestiegen (vgl. AUSWÄRTIGES AMT 2009; STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND 2008, S. 2). Die immer intensiver werdenden deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen spiegeln sich auch in der Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen in der VR China wider.

Umfang deutscher Direktinvestitionen

Seit geraumer Zeit stellt die VR China innerhalb Asiens eines der wichtigsten Zielländer für deutsche Investoren dar (2002/05/06: Rang 1; 2001/03/04: Rang 2; 2007: Rang 3) (vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK 2005a, S. 7ff; DEUTSCHE BUNDESBANK 2008a, S. 11ff.). Von 1979 bis 2007 haben deutsche Unternehmen in China rund 14,2 Mrd. USD an Direktinvestitionen realisiert; dies entspricht einem Anteil von ca. 1,8% an den insgesamt in diesem Zeitraum nach China geflossenen ADI (vgl. Tab. 5.4 und Abb. 5.4). Gemessen an den jährlichen Neuinvestitionen war Deutschland von 1999 bis 2006 größter europäischer Investor in China (zuvor Großbritannien). Im Jahr 2007 beliefen sich die deutschen Direktinvestitionen in China jedoch „nur“ auf 740 Mio. USD, verglichen mit ca. 1,98 Mrd. USD im Vorjahr. Dies hatte zur Folge, dass Großbritannien mit Direktinvestitionen in Höhe von 831 Mio. USD im Jahr 2007 erstmals seit 1998 wieder der größte europäische Investor in China war (vgl. MOFCOM o.J.; NBSC 1999-2008). Hieraus lässt sich jedoch kein Trend ableiten, da viele Investitionen in Großprojekte fließen und die Statistik somit immer wieder starke Ausschläge zu verzeichnen hat.

Wenngleich China schon seit geraumer Zeit zu den wichtigsten Zielländern deutscher Investoren in Asien gehört, sollte man jedoch gerade im Hinblick auf die zur Zeit allenthalben vorhandene China-Euphorie nicht übersehen, dass der Anteil Chinas an den deutschen Auslandsinvestitionen (Beteiligungskapital/Neuanlagen) im Zeitraum 2001 bis 2007 im jährlichem

Durchschnitt gerade einmal 0,9% betragen hat (eigene Berechnung nach DEUTSCHE BUNDESBANK 2005a, S 5ff.; DEUTSCHE BUNDESBANK 2008a, S. 9ff.). Umgekehrt ist Deutschland für chinesische Investoren das wichtigste Zielland innerhalb der EU. Chinas Direktinvestitionen (ohne Finanzsektor) im Ausland beliefen sich nach Angaben des chinesischen Handelsministeriums bis Ende 2007 kumuliert auf ca. 101,2 Mrd. USD; davon wurden ca. 570 Mio. USD (0,56%) in Deutschland investiert (eigene Berechnung nach DEUTSCHE BOTSCHAFT PEKING 2008, S. 3; MOFCOM & NBSC 2008, S. 64ff.).

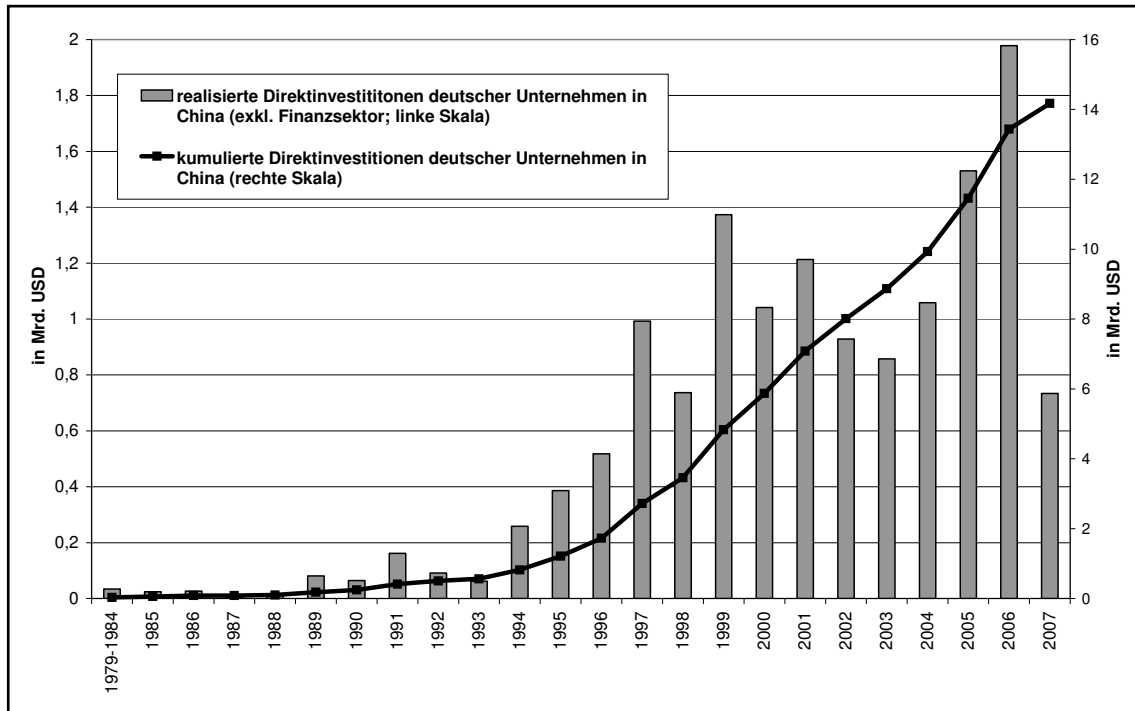


Abb. 5.4: Umfang deutscher Direktinvestitionen in der VR China 1979 bis 2007 (eigene Berechnung nach MOFCOM o.J.; NBSC 1995-2008; TAUBE 2001b, S. 20)

Wie viele deutsche Unternehmen in der VR China tatsächlich operieren, lässt sich nicht exakt ermitteln. Fakt ist jedoch, dass die VR China bis Ende 2007 insgesamt 5.886 Investitionsprojekte (exklusive Repräsentanzen) deutscher Unternehmen genehmigt hat (vgl. MOFCOM o.J.). Dies bedeutet jedoch nicht, dass derzeit 5.886 deutsche Firmen in China vertreten sind. Zum einen verfügt eine Vielzahl deutscher Unternehmen über mehrere operative Einheiten in China, so war beispielsweise die Siemens AG im Jahr 2006 mit 70 operativen Einheiten und 57 Regionalbüros in China vertreten (vgl. SPIEGEL ONLINE 30.05.2006), und zum anderen ist ein Teil der genehmigten Investitionsprojekte bis heute noch gar nicht realisiert worden. Hinzu kommt, dass sich bereits auch einige deutsche Unternehmen aus verschiedenen Gründen, wie beispielsweise Qualitätsprobleme bei der Herstellung, Know-how-Abfluss etc., wieder aus dem chinesischen Markt zurückgezogen haben. Gemäß den Statistiken der deutschen Handelskammer in China bzw. des an sie angeschlossenen Dienstleistungsunternehmens German Industry and Commerce Co. Ltd. (GIC) sind derzeit (Stand: Ende 2007) rund 4.500 deutsche Unternehmen (inklusive Repräsentanzen) in der VR China vertreten (vgl. EURO ASIAN CONSULTING PARTG & GERMAN CHAMBER OF COMMERCE IN CHINA 2008, S. 8). Das Unternehmensverzeichnis deutscher Unternehmen in China, der so genannte German Company Directory (GCD), das vom GIC und DEInternational zur Verfügung gestellt und gepflegt wird, ist derzeit das einzige offiziell vorhan-

dene Verzeichnis deutscher Unternehmen in China. Im GCD waren Mitte 2007 (Stand: 30.06.2007) 1.737 operative Einheiten (JVs, WFOEs und Zweigniederlassungen) sowie 1.058 Repräsentanzen deutscher Unternehmen erfasst (vgl. DEINTERNATIONAL & GIC 2007). Da für die deutschen Unternehmen kein Registrierungszwang besteht, sind folglich in dem Verzeichnis nicht sämtliche deutsche Unternehmen erfasst. Da keine andere Datengrundlage zur Verfügung steht, wird die nachfolgende Strukturanalyse deutscher Unternehmen in China im Wesentlichen auf Grundlage des GCD basieren.

Herkunfts- und Zielbranchen deutscher Direktinvestitionen in China

Wie sich aus Abbildung 5.5 entnehmen lässt, haben vor allem deutsche Unternehmen aus der Automobilbranche in China investiert. Bis Ende 2006 haben diese 20,6% des Bestandes aller in China getätigten deutschen Direktinvestitionen auf sich vereint. Auch Firmen aus der Elektroindustrie (13,9%) sowie der chemischen Industrie (7,7%) und des Maschinenbaus (8,1%) gehören zu den deutschen Unternehmen, die sich bisher in großem Umfang in der VR China engagiert haben. Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe vereinten bis 2006 insgesamt 59,3% des Gesamtbestandes deutscher Direktinvestitionen in der VR China. Demgegenüber spielen Direktinvestitionen des deutschen Kredit- und Versicherungsgewerbes bis heute noch keine gewichtige Rolle.

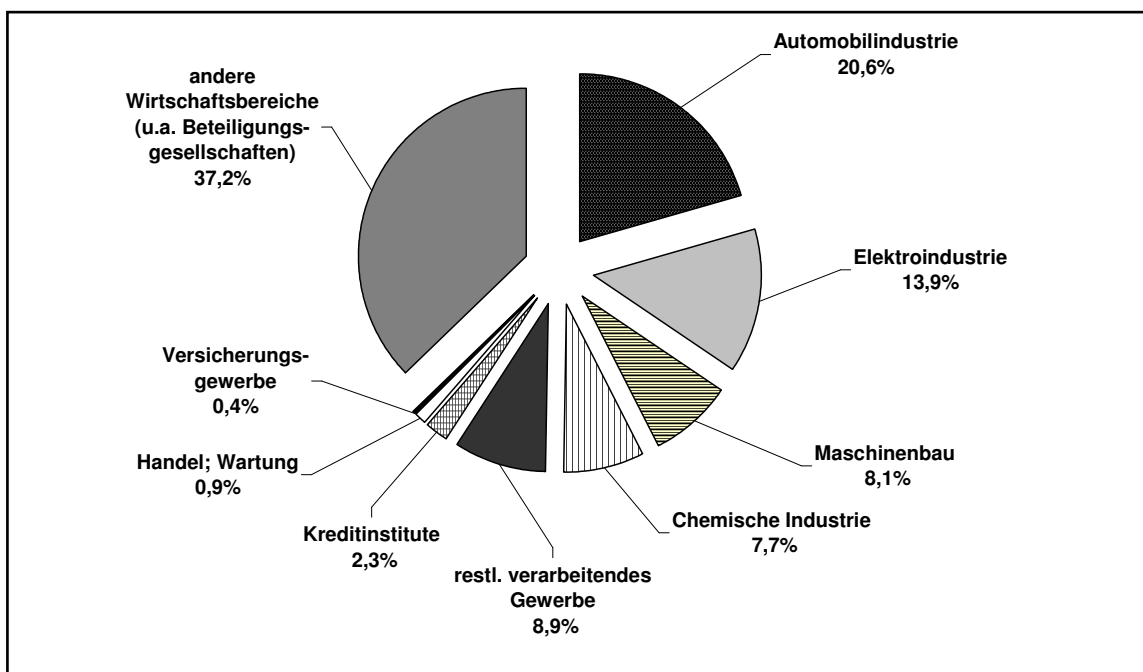


Abb. 5.5: Deutsche Direktinvestitionen in der VR China nach Wirtschaftszweigen der Investoren (Bestand 2006) (eigene Berechnung nach DEUTSCHE BUNDESBANK 2008b, S. 33)

Betrachtet man die in Abbildung 5.6 dargestellten Wirtschaftsbereiche, in denen die deutschen Investoren ihre Direktinvestitionen getätigt haben, dann ergibt sich ein relativ ähnliches Bild. Zu den bevorzugten Zielbranchen deutscher Investoren gehören hier ebenfalls die Automobilindustrie (23,8%), die chemische Industrie (19,3%) und der Maschinenbau (12,1%). Insgesamt flossen rund 80% der von deutschen Unternehmen in der VR China getätigten Direktinvestitionen in das verarbeitende Gewerbe.

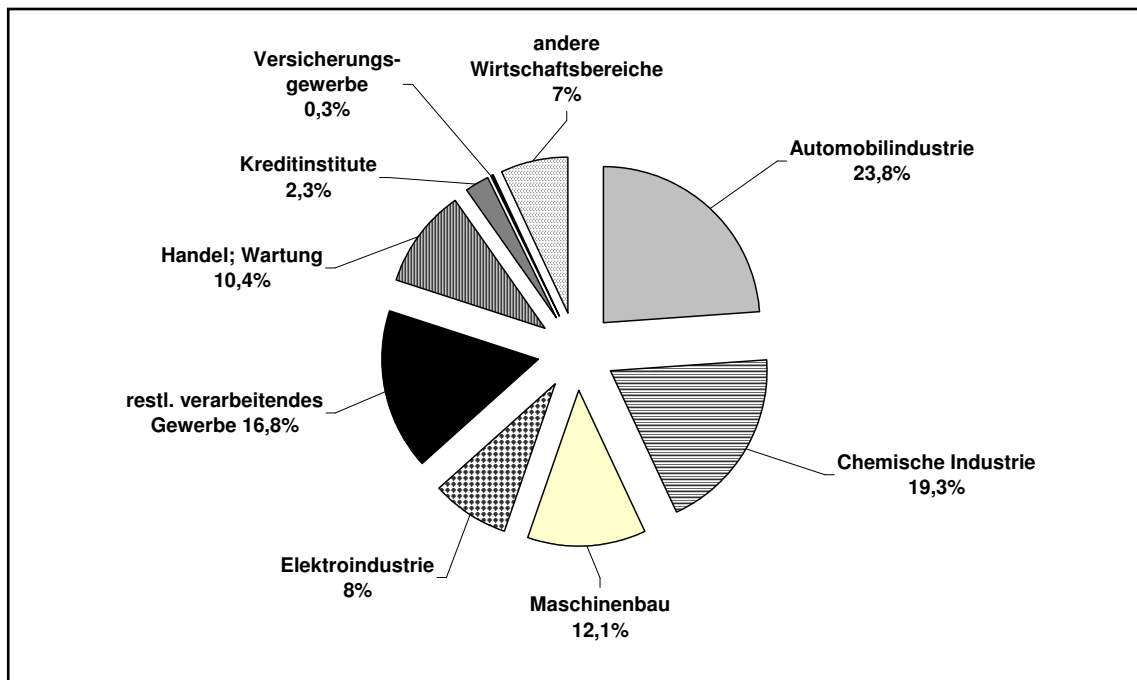


Abb. 5.6: Deutsche Direktinvestitionen in der VR China nach Wirtschaftszweigen der ausländischen Investitionsprojekte (Bestand 2006) (eigene Berechnung nach DEUTSCHE BUNDESBANK 2008b, S. 37)

Im Vergleich zu den gesamten deutschen Direktinvestitionen im Ausland hat das verarbeitende Gewerbe sowohl mit Hinblick auf die Herkunfts-, als auch auf die Zielbranche einen überdurchschnittlich hohen Anteil. Die DEUTSCHE BUNDESBANK (2005: 50f.) weist in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, dass die Unterschiede in der relativen Bedeutung der verschiedenen Branchen beim China-Engagement deutscher Unternehmen nur in geringem Maße mit den in China vorhandenen spezifischen ökonomischen Standortbedingungen, sondern vielmehr mit den gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen (Investitionslenkungkatalog etc.; vgl. Kap. 5.3.1) zusammenhängen. In vielen Wirtschaftsbereichen sind Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen nämlich immer noch stark reglementiert oder gänzlich untersagt. Im Zuge des WTO-Beitritts müssen jedoch nach und nach einige Wirtschaftszweige, und hier insbesondere der Dienstleistungssektor (z.B. Banken, Versicherungen etc.), schrittweise für ausländische Investoren geöffnet werden. Vor diesem Hintergrund kann man davon ausgehen, dass sich die relative Bedeutung der einzelnen Sektoren in Zukunft verändern wird.

Rechts- bzw. Kooperationsform deutscher Direktinvestitionen in der VR China

Die Rechts- bzw. Kooperationsform der 1.737 im GCD erfassten operativen Einheiten deutscher Unternehmen in China ist in Tabelle 5.9 dargestellt. Von den 1.737 operativen Einheiten haben 958 den rechtlichen Status eines WFOE und 522 den eines JV (davon: 490 EJs und 33 CJs). Hinzu kommen noch 256 Zweigniederlassungen, die jedoch aus rechtlicher und organisatorischer Sicht dem Hauptunternehmen untergeordnet sind.

Tab. 5.9: Rechts- bzw. Kooperationsformen deutscher Direktinvestitionen in der VR China lt. GCD (Stand 30.06.2007) (eigene Berechnung nach DEINTERNATIONAL & GIC 2007)

Kooperations- bzw. Rechtsform	Operative Einheiten deutscher Unternehmen lt. GCD	
	Anzahl	Anteil (in %)
Gesamt	1.481	100
WFOE	958	64,7
EJV	490	33,1
CJV	33	2,2
<i>Zweigniederlassung</i>	<i>256</i>	-
<i>Repräsentanz</i>	<i>1.058</i>	-

Demnach haben sich knapp zwei Drittel (64,7%) der deutschen Unternehmen für die Gründung eines WFOE und nur knapp ein Drittel (33,1%) für die eines JV entschieden. Bei Gründung eines JV wurde hierbei fast ausschließlich die Rechtsform des EJV gewählt (93,7%). Dies deckt sich im Wesentlichen mit der in Kapitel 5.1.6 gewonnenen Erkenntnis, wonach ausländische Unternehmen gerade in letzter Zeit die Gründung eines WFOE der eines JV vorziehen. Kommt es zur Gründung eines JV wird von den deutschen Unternehmen ebenfalls fast ausschließlich die Rechtsform des EJV gewählt.

Regionale Verteilung deutscher Investitionsprojekte

Die regionale Verteilung der im GCD erfassten operativen Einheiten und Repräsentanzen geht aus Tabelle 5.10 hervor. Demnach tätigen deutsche Unternehmen ihre Direktinvestitionen bevorzugt in Ostchina. Von den 1.737 operativen Einheiten befinden sich 1.588 im Osten des Landes (91,4%), in Zentral- bzw. Westchina wurden hingegen nur 98 (5,6%) bzw. 51 (2,9%) der Investitionsprojekte realisiert. Die bevorzugten Investitionsstandorte in Ostchina sind die Provinzen Shanghai und Jiangsu, in denen sich 646 (37,2%) bzw. 294 (16,9%) operative Einheiten deutscher Unternehmen befinden (vgl. DEINTERNATIONAL & GIC 2007).

Tab. 5.10 Regionale Verteilung deutscher Investitionsprojekte (Stand: 30.06.2007) (eigene Berechnung nach DEinternational & GIC 2007)

Kooperations-/ Investitionsform	Anzahl (absolut)				Anteile (in %)		
	VR China	Ost-china	Zentral-china	West-china	Ost-china	Zentral-china	West-china
WFOE	958	921	29	8	96,1	3,0	0,9
EJV	490	416	51	23	84,9	10,4	4,7
CJV	33	27	4	2	81,8	12,1	6,1
<i>Zweigniederlassung</i>	<i>256</i>	<i>224</i>	<i>14</i>	<i>18</i>	<i>87,5</i>	<i>5,5</i>	<i>7</i>
<i>Repräsentanz</i>	<i>1.058</i>	<i>991</i>	<i>20</i>	<i>47</i>	<i>93,7</i>	<i>1,9</i>	<i>4,4</i>

Dies deckt sich im Wesentlichen mit der in Kapitel 5.1.7 gewonnenen Erkenntnis, wonach ausländische Unternehmen ihre Investitionsprojekte bevorzugt in den Küstenprovinzen realisieren. Auffällig ist zudem, dass deutsche Unternehmen bei ihrer Investitionstätigkeit in Zentral- und Westchina die Gründung eines JV der eines WFOE vorziehen. Dies dürfte primär darauf zurückzuführen sein, dass das chinesische Hinterland aus ihrer Sicht noch ein unsicheres Marktumfeld darstellt und sie dort über wenig oder gar keine Markterfahrung verfügen. Die Praxis hat nämlich gezeigt, dass sich ausländische Investoren in dieser Situation eher dafür entscheiden

ein JV zu gründen, da diese Kooperationsform den Vorteil bietet, dass man auf die vorhandenen Netzwerke und Erfahrungen des chinesischen Partners zurückgreifen kann.

Wie aus Tabelle 5.11 hervorgeht, konzentrieren sich die operativen Einheiten und Repräsentanzen deutscher Unternehmen in Westchina überwiegend im Provinzdreieck Sichuan-Chongqing-Shaanxi. Von den 51 operativen Einheiten in Westchina befinden sich neun in Chongqing (17,6%), sechzehn in Sichuan (31,4%) und elf in Shaanxi (21,6%).

Tab. 5.11: Kooperationsformen und Repräsentanzen deutscher Unternehmen in den westchinesischen Provinzen (vgl. DEinternational & GIC 2007)

Provinz	WFOE	EJV	CJV	Zweigniederlassung	Repräsentanz
Westchina	8	23	2	18	47
Guangxi	-	2	-	-	-
Chongqing	1	3	-	5	9
Sichuan	2	5	1	8	18
Guizhou	1	-	-	-	-
Yunnan	1	5	-	1	3
Shaanxi	2	5	1	3	13
Gansu	1	-	-	1	-
Xinjiang	-	2	-	-	3
Innere Mongolei	-	1	-	-	1

Die räumliche Konzentration deutscher Unternehmen in den drei Provinzen, deren Provinzhauptstädte künftig den Western Triangle Economic Circle bilden sollen (vgl. Abb. 4.9), spiegelt hierbei den allgemeinen Trend der letzten Jahre wider, wonach sich das Provinzdreieck zum bedeutendsten Wirtschaftszentrum und Investitionsstandort innerhalb der Westregion entwickelt hat.

5.2 MARKTEINTRITT IN (WEST-)CHINA: MÖGLICHE INVESTITIONS- UND KOOPERATIONSFORMEN

Ausländischen Unternehmen stehen bei der Erschließung des chinesischen Marktes mittlerweile eine Vielzahl an internationalen Markteintrittsstrategien und Investitionsvehikel zur Verfügung. Die Wahl der geeigneten Markteintrittsform, die im internationalen Marketing als „frontier issue“ bezeichnet wird, stellt für die ausländischen Unternehmen eine kritische Entscheidung dar, da sie letzten Endes einen großen Einfluss auf den künftigen Unternehmenserfolg ausübt (vgl. ANDERSON & GATIGNON 1986, S. 2). Viele ausländische Unternehmen sammeln erste Erfahrungen auf dem chinesischen Markt, indem sie Im- und Exportgeschäfte tätigen. Hierdurch lassen sich erste Kontakte zu lokalen Unternehmen und Behörden knüpfen, und die ausländischen Unternehmen können sich schrittweise mit den Anforderungen des chinesischen Marktes vertraut machen. Der erste Brückenkopf auf dem chinesischen Markt wird oftmals mit der Gründung einer Repräsentanz aufgebaut. Die meisten ausländischen Unternehmen sammeln weitere Erfahrungen, indem sie zunächst eine technische Kooperation (z.B. Lohn- und Lizenzfertigung) mit einem Partner vor Ort eingehen. Hierdurch lässt sich nicht nur die Produktqualität, sondern auch die Liefertreue des chinesischen Partners testen (vgl. SIEMSEN & GEISSBAUER 1996, S. 41). Wie die Praxis gezeigt hat, mündet diese Kooperationsform oftmals in der Gründung eines Joint Ventures (JV). Häufig wird diese Phase jedoch übersprungen und nach geglückter Partnersuche direkt ein JV gegründet. Neben einem JV stellt die Gründung eines WFOE die nächste Stufe eines langfristigen Engagements dar. Diese Form des Auslandsengagements erfreut sich insbesondere seit dem Beitritt Chinas zur WTO zunehmender Beliebtheit (vgl. Kap. 5.1.6). Aufgrund der jüngeren Entwicklungen im chinesischen Unternehmensrecht stellt seit kurzem auch die Bildung einer Aktiengesellschaft eine mögliche Alternative dar.

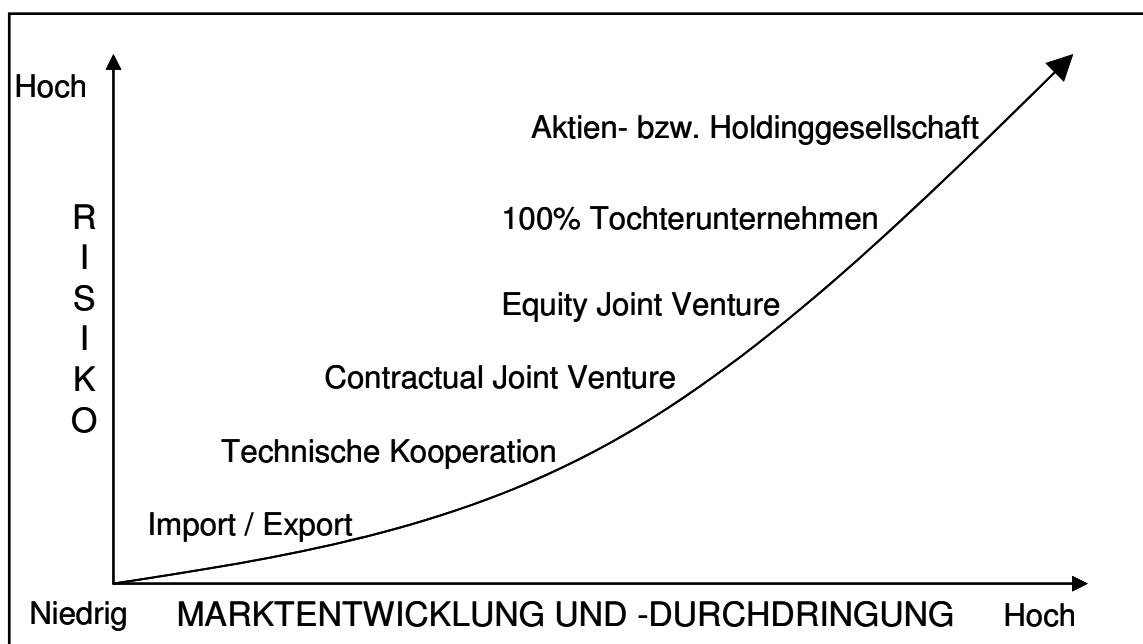


Abb. 5.7: Formen des Engagements ausländischer Unternehmen in der VR China: Risiko und Marktdurchdringung (eigene Darstellung, leicht modifiziert nach SIEMSEN & GEISSBAUER 1996, S. 41)

Wie Abbildung 5.1 demonstriert, steigt jedoch mit jeder Investitionsstufe nicht nur der Grad der Marktentwicklung- und durchdringung, sondern gleichzeitig auch das Investitionsrisiko an. In den beiden nachfolgenden Kapiteln werden nun die möglichen chinaspezifischen Markteintrittsformen dargestellt und ihre Vor- und Nachteile näher erläutert. Hierbei unterscheidet man grundsätzlich zwischen institutionellen (vgl. Kap. 5.2.1) und funktionalen Kooperationsformen (vgl. Kap. 5.2.2).

5.2.1 Institutionelle Investitions- und Kooperationsformen

5.2.1.1 Repräsentanz

Die Gründung einer Repräsentanz ist nicht nur die einfachste Form einer ausländischen Marktpresenz in China, sondern stellt oftmals auch den ersten vorsichtigen Schritt zur Ergründung des chinesischen Marktpotentials dar. Sie bietet eine dauerhafte Basis, von der aus man lokale Verkaufs- und Einkaufsaktivitäten betreiben kann. Hierbei gilt es jedoch zu beachten, dass Repräsentanzen keine eigene Rechtspersönlichkeit haben und daher auch keine direkten Geschäftsaktivitäten entfalten dürfen. Die Gründung einer Repräsentanz versetzt das Mutterunternehmen jedoch in die Lage, in China eine Niederlassung mit Firmenschild zu eröffnen, chinesische Mitarbeiter einzustellen oder Bankkonten zu eröffnen. Zu den Vorteilen einer Repräsentanz gehört, dass sie eine vergleichsweise kostengünstige, schnelle und einfache Möglichkeit darstellt, den chinesischen Markt behutsam zu ergründen, um notwendige Informationen und erste Erfahrungen sammeln zu können. Als nachteilig erweist sich jedoch, dass es einer Repräsentanz untersagt ist, selbst „unmittelbare Geschäftstätigkeiten“ zu betreiben. Es ist ihr lediglich gestattet, Hilfstätigkeiten (sog. Liaison-Tätigkeiten), wie beispielsweise die Herstellung von Kontakten zu chinesischen Behörden und Unternehmen, Marktrecherchen etc., für die Muttergesellschaft auszuführen. Die Gründung einer Repräsentanz setzt grundsätzlich die Genehmigung des Wirtschaftsministeriums oder der örtlichen Commission of Commerce voraus. Die Realität zeigt jedoch, dass zur Eröffnung einer Repräsentanz ein so genannter „Sponsor“ benötigt wird. Dieser stellt den erforderlichen Antrag für das ausländische Mutterunternehmen und begleitet den Genehmigungsprozess. Als Sponsor kann beispielsweise ein chinesisches Unternehmen fungieren, zu dem bereits Geschäftskontakte bestehen und das über eine Genehmigung als Sponsor auftreten zu dürfen verfügt (vgl. GANGLMAIR 2007, S. 89; LOVELLS 2005, S. 2; LUTHER MENOLD 2005, S. 28ff.; NING 2001, S. 162f.).

5.2.1.2 Joint Venture

Unter einem JV versteht man ein Gemeinschaftsunternehmen mit Beteiligung mindestens eines inländischen und ausländischen Partners, in das von den Partnern vertraglich vereinbarte Finanz- und Sachleistungen sowie Know-how eingebracht werden (vgl. SIEMSEN & GEISSBAUER 1996, S. 45). JVs stellten ursprünglich die einzig erlaubte Rechtsform für ADI in der VR China dar. Die wichtigsten Schritte bei der Gründung eines JV bestehen neben der Auswahl des Partners und der Rechtsform in der Ausarbeitung einer gemeinsamen Absichtserklärung, eines Projektvorschlags und einer Machbarkeitsstudie (vgl. NING 2001, S. 163). Bei JVs wird zwischen einem Equity Joint Venture (EJV) und einem Contractual Joint Venture (CJV) unterschied-

den, wobei das EJV die in China am häufigsten verwendete Form darstellt (vgl. Tab. 5.6). Zu den Vor- und Nachteilen eines JV zählen unter anderem (vgl. DZ BANK AG 2004, S. 22; ERNST & YOUNG 2005, S. 9):

- (+) Nutzung des Kontakt- und Vertriebsnetzes des chinesischen Partners
- (+) Aufteilung des wirtschaftlichen Investitionsrisikos
- (+) Personalsourcing durch den chinesischen Partner
- (+) Synergieeffekte (z.B. durch Integration identischer Aufgabenbereiche)
- (-) Einigungsprozess bei der Besetzung von Managementpositionen
- (-) Hoher Koordinationsaufwand
- (-) Interessenskonflikte mit dem Partner
- (-) Langwierige Partnersuche und Verhandlungen
- (-) Größere Gefahr des Technologieabflusses
- (-) In bestimmten Bereichen Beschränkung der Höhe des ausländischen Kapitalanteils
- (-) Oft Schwierigkeiten des chinesischen Partners bei weiteren Eigenkapitalerhöhungen

Equity Joint Venture

Ein EJV ist nach chinesischem Recht eine Limited Liability Company und somit haftungsrechtlich mit einer deutschen GmbH vergleichbar. Die gesetzlichen Regelungen über EJV schreiben ausländischen Investoren einen Mindestanteil am registrierten Kapital von 25% vor, während die Kapitalbeteiligung chinesischer Investoren in der Praxis 5% nicht unterschreiten soll. In der Regel bringt der chinesische Partner Landnutzungsrechte, Beschäftigte, Rohmaterialien und Fabrikgebäude in das JV ein, während der ausländische Partner in erster Linie das nötige Know-how und Kapital zur Verfügung stellt (vgl. ERNST & YOUNG 2005, S. 8). Zu den Hauptmerkmalen eines EJV zählt darüber hinaus, dass

- die Gesellschafter Gewinne und Verluste im Verhältnis ihrer Kapitalanteile am Joint Venture (JV) teilen,
- Einlagen in bar oder in Sachgütern (z.B. Anlagen, Urheberrechte etc.) erbracht werden können,
- es auf bestimmte oder unbestimmte Zeit geschlossen werden kann (in den meisten Fällen haben die JV jedoch eine Laufzeit von 10 bis 30 Jahren) und
- bei Beendigung das JV liquidiert und verbleibende Vermögenswerte im Verhältnis der Kapitalanteile aufgeteilt werden (vgl. LUTHER MENOLD 2005, S. 32).

Contractual Joint Venture

Neben dem EJV bietet sich mit der Gründung eines CJV eine weitere Möglichkeit für Kooperationen von Unternehmen in der VR China an. Das CJV lässt im Gegensatz zum EJV in vielerlei Gesichtspunkten eine flexiblere Gestaltung der Kooperation zu. Die wichtigsten Unterschiede zu einem EJV sind (vgl. POHL & ONKEN 2004, S. 9f.; DZ BANK AG 2004, S. 6):

- Die Gestaltung eines CJV ist auf zwei Arten möglich: ein CJV kann entweder als Limited Liability Company oder eine Arbeitsgemeinschaft ohne Rechtsform gegründet werden.
- Den Kooperationspartnern steht es grundsätzlich frei, den Verteilungsschlüssel von Gewinnen und Verlusten vertraglich festzulegen, d.h. die Gewinne können unabhängig von Beteiligungsverhältnissen der Partner verteilt werden. Gleiches gilt auch für die Stimmrechte.
- Es existiert keine gesetzliche Mindestbeteiligung für den ausländischen Partner (EJV mind. 25%). Ferner können im Gegensatz zum EJV auch Arbeit oder Dienstleistungen als Kapitalwerte in das JV eingebracht werden.
- Während der Laufzeit ist es den Partnern gestattet, Kapital aus dem Unternehmen abzuführen.

Ein CJV in Form einer Personengesellschaft wird häufig bei eher zeitlich begrenzten Infrastruktur- und Immobilienprojekten bevorzugt. In allen anderen Fällen und hier vor allem bei Langzeitvorhaben, wird meist die Form eines EJV gewählt (vgl. LUTHER MENOLD 2005, S. 34).

5.2.1.3 100%ige Tochtergesellschaft

Neben der Gründung eines JV stellt die Gründung eines WFOE eine weitere bedeutende Alternative für ausländische Investoren dar. Ein WFOE wird ohne chinesischen Partner geführt und nach chinesischem Recht gegründet, d.h. es unterliegt uneingeschränkt chinesischen Gesetzen und Bestimmungen (vgl. GUTOWSKI & TANG 1998, S. 12). Die Vor- und Nachteile eines WFOE stellen sich folgendermaßen dar (vgl. ERNST & YOUNG 2005, S. 13; POHL & ONKEN 2004, S. 10):

- (+) Im Gegensatz zum JV schnelle Errichtung (keine Probleme bei der Wahl des Partners sowie keine Verhandlungs- und Bewertungsprobleme)
- (+) Flexiblere Unternehmensführung
- (+) Bessere Kontrolle durch den ausländischen Investor
- (+) Unter Umständen besserer Know-how Schutz
- (-) Markteintritt und –erschließung ohne lokale Unterstützung (fehlende Kontakt- und Vertriebsmöglichkeiten eines chinesischen Partners)
- (-) Stammkapital muss vom Investor alleine aufgebracht werden
- (-) Errichtung derzeit nicht in allen Wirtschaftszweigen gestattet
- (-) Rekrutierung des chinesischen Personals

Die Gründung von WFOEs hat insbesondere nach dem 2001 erfolgten Beitritt Chinas zur WTO einen deutlichen Schub erfahren, da sich die Investitionsbedingungen für WFOEs deutlich verbessert haben. So wurde das bereits 1986 erlassene Law on Wholly Foreign-Owned Enterprises in wichtigen Punkten novelliert und diskriminierende Regelungen zu Exportanteilen (zuvor Exportquote von mind. 50%), Devisen (früher wurde ein Devisenausgleich- oder überschuss verlangt) und inländischer Materialbeschaffung beseitigt. Hinzu kommt, dass WFOEs nun auch ihren Standort frei wählen können und sich nicht mehr in bestimmten Wirtschaftszonen ansiedeln müssen (vgl. LUTHER MENOLD 2005, S.10f.). Die Gründung eines WFOE ist jedoch nach wie vor nicht in allen Wirtschafts- und Industriezweigen gestattet. Wenngleich der so genannte Investitionslenkungskatalog, der zwischen „erwünschten“, „beschränkten“ und „verbotenen“ Investitionen unterscheidet, im Laufe der Jahre mehrfach überarbeitet und die Zahl „erwünschter“ Investitionsvorhaben hierbei jedes Mal deutlich erhöht wurde (vgl. Kap. 5.3.1), ist die Gründung eines WFOE in bestimmten Wirtschaftsbereichen, wie beispielsweise Medien, Telekommunikation etc., nach wie vor nicht gestattet.

5.2.1.4 Holding-Gesellschaft

Die Gründung einer Holding-Gesellschaft ist seit 1995 per Rechtsvorschrift geregelt und somit grundsätzlich zulässig. Die Struktur einer Holding-Gesellschaft kann der ausländischen Gesellschaft viele Vorteile bieten, wie beispielsweise eine Zentralisierung von Geschäftsführung, Personalverwaltung, Marketing und Vertrieb. Dadurch ergibt sich eine gezielte Abstimmungsmöglichkeit auf die Bedürfnisse des Mutterunternehmens. Als nachteilig erweist sich jedoch der hohe Kapitalaufwand. Wird die Gründung einer Holding-Gesellschaft als 100% ausländisch investiertes Unternehmen angestrebt, dann muss der ausländische Investor im Jahr vor der Antragstellung über ein Gesamtvermögen von mindestens 400 Mio. USD verfügen, sein

tatsächlich eingezahltes Kapital in bereits bestehende Investitionsprojekte in der VR China muss mehr als 10 Mio. USD betragen, und er muss drei weitere Projekte in der VR China vorweisen können. Falls dies nicht der Fall sein sollte, muss er mehr als zehn Unternehmen gegründet haben und sein tatsächlich eingezahltes Kapital muss 30 Mio. USD übersteigen. Es gilt jedoch zu beachten, dass nach wie vor keine steuerliche Konsolidierung von Gewinnen und Verlusten der Tochtergesellschaften auf der Holdingebene zulässig ist (vgl. DZ BANK AG, S. 10; GUTOWSKI & TANG 1998, S. 16; LOVELLS 2005, S. 4).

5.2.1.5 Aktiengesellschaft mit ausländischer Beteiligung

Im Zuge der jüngsten Entwicklungen im chinesischen Unternehmensrecht stellt auch die Gründung einer Aktiengesellschaft mit ausländischer Beteiligung (sog. Foreign Invested Company Limited by Shares (FICLS)) ein weiteres Investitionsmodell dar. Eine FICLS stellt im Wesentlichen eine Mischung aus einem EJV und einer westlichen Aktiengesellschaft dar. Zu den bedeutendsten Vorteilen einer FICLS zählen unter anderem die Zulässigkeit einer ausländischen Kontrollmehrheit, die Möglichkeit, zentrale Dienstleistungen für Tochtergesellschaften anzubieten, die Nutzung der Gesellschaft für Investitions- und Produktionszwecke und die Begrenzung des finanziellen Risikos durch die Höhe der eigenen Anteile. Zu den Nachteilen zählen demgegenüber der geringe Einfluss auf den Unternehmensgang und der hohe bürokratische Aufwand. Aufgrund der hohen Kapitalanforderungen und der insgesamt komplexen Regelungen ist die Neugründung eines Unternehmens in Form eines FICLS bis heute nur in wenigen Fällen erfolgt. (vgl. LOVELLS 2005, S. 5; LUTHER MENOLD 2005, S. 47). Die jüngsten gesetzlichen Neuerungen sind jedoch ein Beleg dafür, dass die Zentralregierung zunehmend ihren Schwerpunkt auf die Entwicklung des chinesischen Aktienmarktes legt. Vor diesem Hintergrund kann man davon ausgehen, dass sich die allgemeinen regulatorischen Verbesserungen künftig auch positiv auf die Weiterentwicklung des Investitionsmodells der FICLS auswirken werden (vgl. KROYMANN 2009, S. 251).

5.2.2 Funktionale Investitions- und Kooperationsformen

Neben den institutionellen gibt es auch eine Vielzahl an funktionalen Investitions- und Kooperationsformen. Diese weisen eine weniger starke Bindung der Kooperationspartner auf und sind daher im Vergleich zu den institutionellen Kooperationsformen weniger risikobehaftet. Die Praxis hat gezeigt, dass sie häufig die Vorstufe einer späteren institutionellen Kooperation bilden. Zu den funktionalen Investitions- und Kooperationsformen in der VR China zählen die Verarbeitung angelieferter Materials, die Bestellung nach Muster, das Montagegeschäft, der Kompensationshandel, die Lizenzvergabe, Franchising, Auslandsleasing und Build-Operate-Transfer-Projekte (vgl. GUTOWSKI & TANG 1998, S. 17). Aufgrund des geringen Risikos bieten sich insbesondere die funktionalen Investitions- und Kooperationsformen zum Markteintritt in Westchina an.

5.2.2.1 Verarbeitung angelieferter Materials, Bestellung nach Muster, Montagegeschäft und Kompensationshandel

Diese vier Kooperationsformen lassen sich in der Realität nur schwer voneinander abgrenzen und werden daher als eine Gruppe betrachtet. Für den chinesischen Partner bieten diese Kooperationsformen eine Reihe von Vorteilen. Zum einen realisieren die chinesischen Unternehmen durch den Erwerb ausländischer Produktionsmittel einen technischen Fortschritt und einen Transfer von Know-how, und zum anderen erschließen sie neue Absatzmärkte für Exportgüter. Zu den Vorteilen dieser Kooperationsformen für den ausländischen Partner zählen unter anderem das geringe Investitionsrisiko, der vergleichsweise geringe Kapitaleinsatz und die Möglichkeit, durch eine spätere Zusammenarbeit (z.B. durch die Gründung eines JV) sich einen Zugang zum chinesischen Markt zu verschaffen. Als nachteilig für den ausländischen Partner kann sich jedoch der Know-how Verlust erweisen, da die Maschinen und Ausrüstungsgegenstände, falls ein zeitlicher Kooperationsrahmen vorliegt, nach Vertragsablauf in das Eigentum des chinesischen Partners übergehen (vgl. GUTOWSKI 2002, S. 146).

5.1.2.2 Lizenzvergabe

Durch Lizenzverträge wird die Übertragung und gewerbliche Nutzung von Markenzeichen, Firmennamen, geistigem Eigentum und Know-how (z.B. Managementwissen, Marketing oder Produktionsverfahren) zwischen den beiden Partnern geregelt. Zu den Vorteilen dieser Geschäftsform zählt, dass keine eigene Firma gegründet werden muss und der damit verbundene bürokratische Aufwand entfällt. Der Lizenzgeber bzw. das ausländische Unternehmen muss bei der Lizenzvergabe einbeziehen, dass sich der Lizenznehmer in der Regel nur schwer kontrolliert werden kann. Stellt der Lizenznehmer beispielsweise Produkte minderwertiger Qualität her, kann es für das ausländische Unternehmen zu einem Imageverlust kommen. Zudem spielt die Regelung der Exportrechte des Lizenznehmers eine wichtige Rolle, da dieser sonst auf Drittmarkten als Konkurrent des Lizenzgebers in Erscheinung treten kann (vgl. KUHN et al. 2001, S. 159f.).

5.1.2.3 Franchising

Franchising stellt eine vertraglich geregelte Kooperation zwischen rechtlich selbständigen Unternehmen dar, wobei eine klare Arbeitsteilung zwischen Franchisegeber und Franchisenehmer besteht. Um ein einheitliches Image zu wahren, führt der Franchisenehmer den Betrieb in den meisten Fällen nach den Regeln des Franchisegebers. Die vertragliche Ausgestaltung erfolgt in der VR China ähnlich wie in anderen Ländern. Auf dem chinesischen Markt haben sich insbesondere Fast-Food-Ketten wie McDonalds oder Kentucky Fried Chicken etabliert (vgl. GUTOWSKI & TANG 1998, S. 18; KUHN et al. 2001, S. 160).

5.1.2.4 Auslandsleasing

Unter Auslandsleasing versteht man die Miete von Anlagegütern, die von einer ausländischen Leasingfirma vorfinanziert werden. Der Leasingnehmer zahlt hierbei für die vertraglich vereinbarte Mietdauer, die in der Regel identisch mit der Nutzungsdauer ist, einen vereinbarten Mietzins. Insbesondere für chinesische Firmen, die aufgrund der staatlichen Finanzpolitik nur schwer an Kredite kommen, um Anlagen und Maschinen zu beschaffen, stellt das Auslandsleasing eine mögliche

Alternative dar. Die Realität hat jedoch gezeigt, dass oftmals die Zahlungsmoral des chinesischen Leasingnehmers zu wünschen übrig lässt (vgl. KUHN et al. 2001, S. 160).

5.1.2.5 Build-Operate-Transfer-Projekte

Build-Operate-Transfer (BOT) bedeutet, dass ein Projekt von einer ausländischen Firma aufgebaut (Bauphase), betrieben (Konzessionsphase) und dann an den Staat übergeben (Transfer-Step) wird. Der Unterschied zwischen BOT-Projekten und anderen Betreibermodelle besteht darin, dass die einen mit staatlichen Stellen und die anderen mit privaten Partnern vereinbart werden. BOT-Projekte kommen primär im Infrastrukturbereich (z.B. Finanzierung von Eisenbahnlinien, Straßen, Hafenanlagen, Bau von Kraftwerken) zur Anwendung und betreffen somit fast ausschließlich die Bauindustrie. Zu den grundsätzlichen Bedingungen für BOT-Projekte in der VR China zählt, dass sie zum einen keine Konkurrenz für die Staatsindustrie darstellen dürfen, und zum anderen von staatlicher Seite erwünscht sind (vgl. KUHN et al. 2001, S. 160f.; MA & LI 2004, S. 226).

5.3 INVESTIVE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR AUSLÄNDISCHE UNTERNEHMEN IN (WEST-)CHINA

5.3.1 Rechtliche Rahmenbedingungen: Investitionsrichtlinien und Lenkungskatalog

Im vorangegangenen Kapitel wurde aufgezeigt, dass den ausländischen Unternehmen bei der Erschließung des chinesischen Marktes mittlerweile eine Vielzahl an möglichen Investitions- und Kooperationsformen zur Verfügung steht. Gleichwohl sind ausländische Unternehmen bei ihrer Investitionstätigkeit in bestimmten Wirtschafts- und Industriezweigen nach wie vor zahlreichen Restriktionen ausgesetzt bzw. auf eine entsprechende Genehmigung durch die zuständigen Behörden angewiesen. Die wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen bilden die in neuer Fassung am 01.04.2002 in Kraft getretenen Vorschriften zur Investitionslenkung (sog. Provisions on Guiding Foreign Investment Direction) und der bereits mehrfach erneuerte Lenkungskatalog für ausländische Investitionen (sog. Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries). Die Vorschriften zur Investitionslenkung (kurz „Provisions“) beinhalten die Grundsätze für ADI in der VR China. Sie kommen sowohl bei der Gründung von Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung (z.B. CJV, EJV, WFOE etc.) als auch bei Investitionen in solche Unternehmen sowie bei sonstigen Projekten mit ausländischer Kapitalbeteiligung zur Anwendung. Die bedeutendsten Investitionsformen sind zudem in weiteren speziellen Gesetzen (z.B. Law on Wholly Foreign-owned Enterprises) und ergänzenden Implementierungsvorschriften/Dekreten (z.B. Implementation Regulations for the Wholly Foreign Owned Enterprise Law) geregelt. Die „Provisions“ werden neben dem national gültigen Lenkungskatalog für ausländische Investitionen darüber hinaus noch durch Spezialkataloge wie den „Catalogue of Encouraged Advanced and Hi-Tech Products for Foreign Investment“ und den „Catalogue of Advantaged Industries for Foreign Investment in the Central-Western Region“ (vgl. Tab. 5.13) ergänzt (vgl. KROYMANN 2009, S. 45; MOFCOM & NDRC 2007; THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2002).

Der Lenkungskatalog für ausländische Investitionen enthält eine Liste aller Industrie- und Wirtschaftszweige und teilt diese in die drei Investitionskategorien „gefördert“/„erwünscht“ (encouraged) „beschränkt“ (restricted) und „verboten“ (prohibited) ein. Investitionsvorhaben, die nicht in einer dieser Kategorien fallen, gelten grundsätzlich als „erlaubt“ (permitted). Letzten Endes hängt die Strenge der Auflagen oder die Gewährung von Steuervergünstigungen davon ab, in welchem Bereich eine Investition getätigt wird (vgl. GANGLMAIR 2007, S. 94f.; KUHN 2001, S. 153; MOFCOM & NDRC 2007). Im Jahr 1995 wurde der erste Lenkungskatalog veröffentlicht. Seitdem wurde er viermal (1997, 2002, 2004 und 2007) erneuert. Wie sich aus Tabelle 5.12 entnehmen lässt, kam es insbesondere nach dem Ende 2001 erfolgten Beitritt Chinas zur WTO zu einer weitreichenden Umgestaltung des Kataloges. Im Vergleich zum Katalog aus dem Jahre 1997 wurde im Katalog des Jahres 2002 die Liste der „beschränkten“ Wirtschaftszweige von 110 auf 73 verringert und die der „geförderten“ deutlich von 185 auf 261 erhöht. Gemäß dem aktuellen Lenkungskatalog (gültig seit dem 01.12.2007) fallen 350 Wirtschaftszweige in die „geförderte“ und 85 in die „beschränkte“ Kategorie. Dass die Liste der „geförderten“ Wirtschaftszweige im aktuellen Katalog abermals deutlich gewachsen ist, hängt jedoch in erster Linie damit zusammen, dass die Angaben bezüglich der erwünschten Technologien und Produkte im Vergleich zur Vorgängerversion deutlich detaillierter geworden sind (vgl. BfAI 2007b, S. 7).

Tab. 5.12: Gesamtzahl der geförderten, beschränkten und verbotenen Industrie- und Wirtschaftszweige im Investitionslenkungskatalog von 1997, 2002, 2005 und 2007 (vgl. MOFCOM & NDRC 1997, 2002, 2004 u. 2007)

	seit 31.12.1997	seit 01.04.2002	seit 01.01.2005	seit 01.12.2007
gefördert	185	261	256	350
beschränkt	110	74	77	85
verboten	30	33	34	38

Der aktuelle Lenkungskatalog zeigt vor allem, dass ausländische Investitionen stärker denn je dazu instrumentalisiert werden sollen, eigene Technologielücken zu füllen, die in einigen Segmenten rückständige heimische Industrie umzustrukturieren und die wirtschaftliche Entwicklung der rückständigen West- und Zentralprovinzen zu fördern. Zugleich soll durch die Einführung moderner Produktionsprozesse und Umwelttechnologien der schonende Umgang mit Ressourcen forciert werden. Der aktuelle Lenkungskatalog orientiert sich dabei im Kern an den im 11. FJP formulierten Zielen (Innovations- und Regionalförderung, Effizienzsteigerung etc.) und unterstreicht die von der Zentralregierung angestrebte Abkehr von einem quantitativen hin zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum (vgl. BfAI 2007c, S.1f.; NDRC 2006a).

Gemäß den „Provisions“ muss ein Projekt mindestens einem der nachfolgenden Kriterien entsprechen, um unter die Kategorie „erwünscht“ bzw. „gefördert“ zu fallen (THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2002):

- *projects applying new agricultural technology, for comprehensive agricultural development, and for development of energy, communications or industry of key raw materials*
- *projects employing new high technology and advanced practical technology which can improve performance of products, increase tech-economic efficiency of enterprises, or manufacture new equipment or new materials while the domestic productivity is deficient*
- *projects that can meet the demands of market, raise the grade of products, open up new markets or increase the competitive strength of products in international market*

- *projects adopting new technology or equipment that can conserve energy and raw materials, utilize resources and renewable resources in a comprehensive way or prevent environmental pollution*
- *projects that can make full use of the superiority in human and natural resources in the Mid-west regions and that are in conformity with the industrial policies of the State, or*
- *other circumstances provided for in laws and administrative regulations.*

Zu den 350 Industrie- und Wirtschaftsbereichen, in denen ausländische Investitionen „erwünscht“ sind, gehören gemäß dem Lenkungskatalog unter anderem die Bereiche Landwirtschaft, Rohstoffindustrie, Infrastruktur, Logistik, Bio-Engineering, Luft- und Raumfahrt, High-Tech und Umweltschutz (vgl. MOFCM & NDRC 2007, S. 1ff.).

In die Kategorie „beschränkter“ Investitionsvorhaben fallen Investitionsvorhaben, die einem der nachfolgenden Kriterien entsprechen (THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2002):

- *projects with backward teleology;*
- *projects without any benefit to the conservation of resources and the improvement of environment;*
- *projects involving the exploration and exploitation of any special mineral resource the exploitation of which shall, as provided for by the State, be carried out in a protective way;*
- *projects involving the industry that is being opened up by the State step by step; or*
- *other circumstances provided for in laws and administrative regulations.*

Zu den derzeit 85 beschränkt zugelassenen Investitionsvorhaben gehören unter anderem Projekte, die veraltete Technologien verwenden, der Abbau bestimmter Edelmetalle (z.B. Gold, Silber, Platin), der Aufbau und die Betreibung von Stromversorgungsnetzen, der Aufbau eines Eisenbahnunternehmens zum Güter- und Personentransport, Aufbau von Bildungseinrichtungen im Bereich der Sekundarbildung oder der Bau und Betrieb von Kinos (vgl. MOFCOM & NDRC 2007, S. 19ff.)

In die Kategorie „verbotener“ Industrie- und Wirtschaftsbereiche fällt ein Projekt, wenn es eines der folgenden Kriterien erfüllt (THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2002):

- *projects endangering State security or damaging social and public interests;*
- *projects causing pollution or damage to environment, jeopardizing natural resources or impairing health of human body;*
- *projects unfavorable to the protection and development of land resources as a result of occupation of large amount of arable lands;*
- *projects endangering the safety of military installation or the work efficacy thereof;*
- *projects involving the making of products by utilizing the unique craftsmanship or technology of our country; or*
- *other circumstances provided for in laws and administrative regulations.*

Diese Kategorie umfasst zurzeit 38 Wirtschafts- und Industriezweige. Zu diesen zählen unter anderem der Abbau von bestimmten Rohstoffen (z.B. Molybdän, Zinn, Wolfram), der Aufbau und Betrieb von der allgemeinen Schulpflicht unterliegenden Bildungseinrichtungen, der Import und Vertrieb von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften oder der Betrieb von Radio- und Fernsehstationen (vgl. MOFCOM & NDRC 2007, S. 22ff.).

Der für alle chinesischen Provinzen gleichermaßen geltende Lenkungskatalog wird zusätzlich vom „Catalogue of Priority Industries for Foreign Investment in the Central-Western Region“ (CatCWR) flankiert. Dieser regions-/provinzspezifische Katalog wurde erstmals im Juni 2000 veröffentlicht und ist seitdem zweimal (2004 und 2008) überarbeitet worden (vgl. Tab. 5.13). Im

Gegensatz zum national gültigen Lenkungskatalog ist der CatCWR nicht in die verschiedenen Förderkategorien unterteilt, sondern gliedert sich in die Provinzen West-, Zentral- und Nordostchinas. In der seit dem 01.01.2009 gültigen Fassung des CatCWR werden für die 21 Provinzen, die Bestandteil der drei aktuellen regionalen Entwicklungsprogramme sind (vgl. Abb. 3.15), jeweils noch bis zu 25 zusätzliche Investitionsvorhaben in verschiedenen Industrie- und Wirtschaftszweigen ausgewiesen, in denen ADI gefördert werden (vgl. Anhang). Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen, die in den dort aufgeführten Wirtschaftszweigen getätigt werden, genießen dieselbe Vorzugsbehandlung wie Projekte, die im national gültigen Investitionskatalog unter die Kategorie „encouraged“ fallen, d.h. sie kommen ebenfalls in den Genuss einer bevorzugten steuerlichen Behandlung und unterliegen einem vereinfachten Genehmigungsverfahren (vgl. MOFCOM & NDRC 2008). Die im CatCWR aufgeführten Einzelpunkte decken hierbei im Wesentlichen die Bereiche Landwirtschaft, Infrastruktur, Energie-/Rohstoffindustrie, Umweltschutz und Tourismus ab (vgl. Anhang). Wie aus Tabelle 5.13 hervorgeht, sind im aktuellen CatCWR insgesamt 218 Investitionsprojekte in Westchina aufgeführt, die in den Genuss staatlicher Investitionsförderung kommen.

Tab. 5.13: Anzahl der in West-, Zentral- und Nordostchina geförderten Investitionsvorhaben gemäß des CatCWR von 2000, 2004 und 2009 (vgl. SDPC & MOFTEC 2000; MOFCOM & NDRC 2004 u. 2008)

Provinz	seit Juni 2000	seit 01.09.2004	seit 01.01.2009
Innere Mongolei	14	15	20
Guangxi	12	14	17
Sichuan	15	11	21
Chongqing	13	12	20
Guizhou	13	14	19
Yunnan	14	13	18
Tibet	10	13	13
Shaanxi	13	15	17
Gansu	12	13	17
Qinghai	10	12	15
Ningxia	10	14	16
Xinjiang	10	21	25
Westregion	146	167	218
Zentralregion	77	77	126
Nordostregion	31 (ohne Liaoning)	23 (ohne Liaoning)	67
Gesamt	254	267	411

Abschließend sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, dass die Zentralregierung Anfang 2009 die Genehmigung von ADI weiter dezentralisiert hat. Seit dem 06.03.2009 können Investitionsprojekte, die ein Volumen von 100 Mio. USD nicht überschreiten, durch die zuständigen Handelsbehörden (sog. Commission of Foreign Trade and Economic Cooperation) der Provinzen, der sub-provincial cities (Harbin, Changchun, Shenyang, Jinan, Nanjing, Hangzhou, Guangzhou, Wuhan, Chengdu und Xi'an) und der so genannten separately planning cities (Dalian, Shenzhen, Qingdao, Ningbo und Xiamen) genehmigt werden. Zuvor mussten Investitionsprojekte ab einem Volumen von 30 Mio. USD durch das MOFCOM genehmigt werden (vgl. GTal 2009c; MOFCOM 2009).

5.3.2 „Preferential Policies“: Vorzugsbehandlung ausländischer Investoren in Westchina

Neben dem CatCWR hat die chinesische Zentralregierung im Rahmen der WDS eine Reihe so genannter „Preferential Policies“ erlassen, um die Attraktivität Westchinas als Investitionsstandort für ausländische Unternehmen zu steigern. Ausländische Unternehmen, die ihre Direktinvestition in Westchina tätigen, kommen dabei je nach Zielbranche und Investitionsstandort unter anderem in den Genuss der folgenden Vorzugsbehandlungen (vgl. CIIC o.J.; THE STATE COUNCIL OF THE PRC 2001, S. 6ff.; WANG 2000):⁸⁹

- Einem ausländischen Unternehmen wird drei Jahre lang ein auf 15% reduzierter Körperschaftsteuersatz gewährt, wenn es seine Direktinvestition in einem Wirtschaftsbereich tätigt, der gemäß des nationalen Lenkungskataloges unter die Kategorie „encouraged“ fällt oder wenn er im CatCWR (vgl. Anhang) aufgeführt ist. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass das ausländische Unternehmen einen Mindestumsatz von 70% in diesem Wirtschaftsbereich erwirtschaftet.
- Tätigt ein ausländisches Unternehmen eine Direktinvestition in einem autonom verwalteten Gebiet, obliegt es der jeweils zuständigen Provinzregierung, ihm einen dauerhaft reduzierten Körperschaftsteuersatz zu gewähren oder es sogar gänzlich von der Körperschaftsteuer zu befreien.
- Ausländische Unternehmen, die in den Bereichen Verkehr, Energie, Wasserwirtschaft oder Post investieren, sind in den ersten zwei Jahre, in denen sie Profit erwirtschaften, völlig von der Körperschaftsteuer befreit und werden in den darauf folgenden drei Jahren nur mit dem halben Steuersatz belastet. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass das ausländische Unternehmen einen Mindestumsatz von 70% in diesem Wirtschaftsbereich erwirtschaftet und die voraussichtliche Betriebsdauer des Investitionsprojektes mehr als zehn Jahre beträgt.
- Investiert ein ausländisches Unternehmen in einen geförderten Wirtschaftssektor und importiert zur Realisierung seines Investitionsvorhabens moderne technische Anlagen und Equipment für den Eigenbedarf, werden für diese die Einfuhrumsatzsteuer und Zollgebühren erlassen. Dies gilt jedoch nur für Waren, die nicht im so genannten „Catalogue of Non-Duty-Free Commodities to be Imported for Foreign-Funded Projects“ gelistet sind.
- Ausländischen Unternehmen, die sich in der Prospektion und dem Abbau mineralischer Ressourcen (außer Öl und Gas) betätigen, kann die Gebühr für die Prospektions- und Schürfrechte ein Jahr lang gänzlich erlassen werden und im zweiten Jahr auf 50% reduziert werden. Fällt ein Investitions- bzw. Explorationsvorhaben (außer Öl und Gas) gemäß des Lenkungskataloges unter die Kategorie „encouraged“, kann es fünf Jahre lang von der Mineral Resource Compensation Fee befreit werden.
- Ausländische Unternehmen erhalten bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten in der chinesischen Landeswährung Yuan.
- Reinvestiert ein bereits in China ansässiges ausländisches Unternehmen oder ein chinesisches-ausländisches JV seine Gewinne in Westchina, dann werden diese Investitionsprojekte wie die eines ausländischen Unternehmens behandelt, d.h. sie kommen ebenfalls in den Genuss einer bevorzugten steuerlichen Behandlung und unterliegen einem vereinfachten Genehmigungsverfahren. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass der Kapitalanteil des ausländischen Unternehmens an dem Reinvestitionsprojekt mehr als 25% beträgt.
- Von ausländischen Unternehmen, die in Infrastrukturprojekte oder Sektoren mit einem Wettbewerbsvorteil investieren, wird eine niedrigere Mindestkapitalanlage verlangt (30

⁸⁹ Für einen detaillierten Überblick der „Preferential Policies“ siehe in den „Suggestions on the Implementation of Policies and Measures Pertaining to the Development of the Western Region“, abrufbar unter: http://www.tid.gov.hk/english/trade_relations/topicalissues/files/lawe.pdf (Stand: 12.03.2009).

statt 50 Mio. Yuan). Darüber hinaus wird für diese das Kreditlimit für Fremdkapital in lokaler Währung erhöht. Ein JV kann sich bis zu einer Höhe von 120% des chinesischen Kapitalanteils verschulden und ein WFOE bis zu einem Limit von 100% des Stammkapitals.

Darüber hinaus bieten die chinesischen Provinzen jeweils im Einklang mit den landesweit gültigen Gesetzen und Bestimmungen eine Reihe eigener standort- und branchenspezifischer Regelwerke, wie beispielsweise die „Regulations of Xinjiang Uygur Autonomous Region on Encouragement of Foreign Investment“, zur Vorzugsbehandlungen ausländischer Investoren (vgl. INVESTMENT PROMOTION AGENCY OF MOFCOM 2007c, S. 75).

5.3.3 Staatlich geförderte Investitionszonen in Westchina

Mit der Ende der 1970er Jahre einsetzenden Reform- und Öffnungspolitik wurde in der VR China ein Prozess der graduellen Transformation und Liberalisierung des Wirtschaftsystems von einem planwirtschaftlichen zu einem marktwirtschaftlichen System ausgelöst. Die wirtschaftliche Öffnung wurde jedoch nicht landesweit vollzogen, sondern zunächst nur in ausgewählten und abgegrenzten Gebieten erprobt, um marktwirtschaftliche Erfahrungen sammeln zu können und größere Erschütterungen der chinesischen Volkswirtschaft zu vermeiden. Die Errichtung von vier SWZ in den südchinesischen Städten Shenzhen, Zhuhai, Shantou (Guangdong) und Xiamen (Fujian) im Jahr 1980 stellte die erste Stufe der neu eingeschlagenen Politik dar. Mit der Errichtung von Investitionsförderzonen wurden primär die folgenden Ziele verfolgt (GRUBER 1997, S. 29): 1. Import ausländischen Kapitals, 2. Import fortgeschrittener westlicher Technologie, 3. Import von westlichem Management-Know-how, 4. Exportförderung und importsubstituierende Produktion und 5. Verbesserung des Ausbildungs- und Beschäftigungsstandes der chinesischen Arbeiterschaft. Da sich die ersten vier SWZ rasch zu einem Erfolgsmodell entwickelten und der politische Druck anderer Provinzen, die sich benachteiligt fühlten, zunahm, beschloss der Staatsrat im Jahr 1984 14 weitere Küstenstädte für ADI zu öffnen. Innerhalb dieser Städte bzw. an ihrer Peripherie wurden die ersten ETDZs ausgewiesen. Ein Jahr später wurden das Perlfloss-, Yangtze- und Minnan-Delta zu offenen Wirtschaftszonen (sog. Open Economic Zones) erklärt. Im Jahr 1988 wurde schließlich noch der Provinz Hainan, die im selben Jahr den Status einer Provinz erhielt (zuvor Teil Guangdongs), der Status einer SWZ verliehen (vgl. CATIN et al. 2005, S. 3). Im Jahr 1992 endete dann schließlich die Abschottung des Binnenlandes für ausländische Investitionen, indem man sämtlichen Provinzhauptstädten der Binnenprovinzen den Status einer offenen Stadt verlieh. Im selben Jahr begann man zudem mit der Öffnung von weiteren Städten entlang des Yangtze und von Grenzstädten. Ausgehend von Shanghai mit seiner SWZ Pudong, das man fortan als „Drachenkopf“ bezeichnete, sollte die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Yangtze-Einzugsgebietes vorangetrieben werden. Parallel dazu wurden in den Grenzstädten BECZs eingerichtet (vgl. THE STATE COUNCIL OF THE PRC 1992b).

Wie aus Tabelle 5.14 hervorgeht, existieren in der VR China auf nationaler Ebene mittlerweile 183 staatlich geförderte Investitionszonen unterschiedlicher Art: fünf SWZ, 54 ETDZs, 53 HIDZs, 13 BECZs und 57 EPZs. Von den 183 Investitionszonen befinden sich 107 in Ostchina, 31 in Zentralchina und 45 im Westen des Landes. Je nach Art sollen die Investitionszonen eine

bestimmte entwicklungspolitische Funktion ausüben und sind dementsprechend auch auf unterschiedliche strategische Geschäftsmodelle ausländischer Investoren ausgerichtet. Allen Zonen ist dabei gemein, dass es sich bei ihnen um speziell ausgewiesene Gebiete handelt, die durch verschiedene Anreize primär ausländisches Kapital anziehen sollen (vgl. CHENG 2005, S. 30f.; GRUBER 1997, S. 27ff.).

Tab. 5.14: Regionale Verteilung (Ost-Mitte-West) der auf Staatsebene genehmigten Investitionszonen unterschiedlichen Art (vgl. CAITEC 2008; MOFCOM 200b; PwC 2007)

Provinz	SWZ	ETDZ	HIDZ	BECZ	EPZ
VR China	5	54	53	14	57
Ostchina	5	32	27	1	42
Zentralchina	-	9	13	3	6
Westchina	-	13	13	10	9

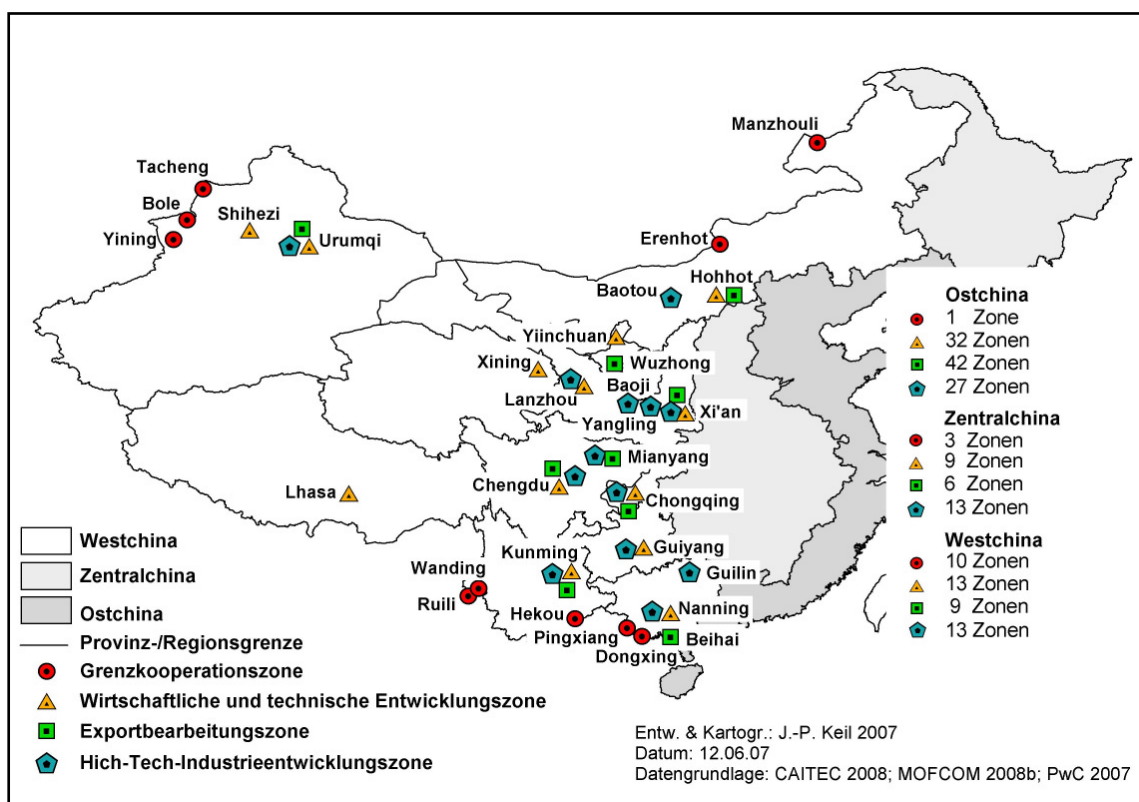


Abb. 5.8: Standorte der staatlich genehmigten Investitionszonen in Westchina

Im Zuge der WDS hat der chinesische Staatsrat zwischen 2000 und 2002 in Westchina zwei zusätzliche ETDZs auf nationaler Ebene genehmigt (Lhasa und Xining) und neun bereits bestehenden ETDZs auf Provinzebene (Xi'an, Chengdu, Kunming, Guiyang, Nanning, Shihezi, Hohhot, Yinchuan und Lanzhou) zu Zonen auf nationaler Ebene erhoben. Durch dieses „Upgrade“ kommen diese nun ebenfalls in den Genuss umfangreicher staatlicher Förderung (z.B. Ausbau der Infrastruktur) und verfügen darüber hinaus über mehr Entscheidungskompetenzen, was den Ansiedlungsprozess ausländischer Unternehmen vereinfacht (vgl. HKTDG 2009; WANG 2000, S. 76).

Alljährlich führt die Unternehmensberatung China Knowledge ein Rating der chinesischen Investitionszonen (exkl. BECZs) durch. Tabelle 5.15 zeigt, dass keiner einzigen Investitionszone in Westchina die Bestnote AAA (Stand: 2008) verliehen wurde, während insgesamt 15 ostchi-

nesische Investitionszonen ein Triple-A-Rating erhielten. Lediglich die zwei HIDZs in Xi'an und Chengdu und die EPZ in Chengdu erhielten eine Double-A-Rating. Dies zeigt zum einen, dass die Investitionszonen in Westchina im Vergleich zu ihren ostchinesischen Counterparts nach wie vor eine geringere Attraktivität als Investitionsstandort aufweisen, und zum anderen, dass die attraktivsten Investitionszonen in Westchina (Double-A- bzw. Single-A-Rating) mit Ausnahme der EPZ in Wuzhong (Ningxia) allesamt im Provinzdreieck Sichuan-Chongqing-Shaanxi (Western Triangle Economic Circle; vgl. Abb. 4.9) lokalisiert sind.

Tab. 5.15: Rating der westchinesischen ETDZs, HIDZs und EPZs (Stand: 2008) (vgl. CHINA KNOWLEDGE 2009)

Provinz	ETDZ		HIDZ		EPZ	
	Stadt	Rating*	Stadt	Rating*	Stadt	Rating*
Chongqing	Chongqing	A	Chongqing	A	Chongqing	A
Gansu	Lanzhou	B	Lanzhou	BBB		
Guangxi	Nanning	BBB	Nanning	BBB	Beihai	B
			Guilin	BBB		
Guizhou	Guiyang	B	Guiyang	BBB		
I. Mongolei	Hohhot	BBB	Baotou	BBB	Hohhot	BBB
Ningxia	Yinchuan	C	-	-	Wuzhong	A
Qinghai	Xining	C	-	-		
Shaanxi	Xi'an	A	Xi'an	AA	Xi'an	B
			Yangling	BB		
			Baoji	BBB		
Sichuan	Chengdu	A	Chengdu	AA	Chengdu	AA
			Mianyang	BBB	Mianyang	k.A.
Tibet	Lhasa	C	-	-		
Xinjiang	Urumqi	B	Urumqi	C	Urumqi	B
	Shihezi	C	-	-		
Yunnan	Kunming	BB	Kunming	BBB	Kunming	k.A.

* Ratingklassen: AAA, AA, A, BBB, BB, B und C. Zur Methodik des Ratings siehe unter <http://www.chinaknowledge.com/Manufacturing/Introduction.aspx?subchap=4&content=12> (Stand: 27.12.2009)

5.3.3.1 Wirtschaftliche und technologische Entwicklungszonen

Im Jahr 1984 wurden die ersten ETDZs in den geöffneten Küstenstädten eingerichtet. Mittlerweile hat die chinesische Regierung über das gesamte Land hinweg in den wichtigsten Industriestädten insgesamt 54 Zonen dieser Art auf nationaler Ebene genehmigt. Die regionale Verteilung der ETDZs stellt sich folgendermaßen dar: 32 befinden sich in Ostchina, neun in Zentralchina und 13 in Westchina (vgl. Tab. 5.14 und Abb. 5.8). In manchen Städten, wie beispielsweise Shanghai (Minhang, Hongqiao, Caohejing, Pudong und Jinqiao), wurden sogar gleich mehrere ETDZs errichtet (vgl. CAITEC 2008; MOFCOM 2008b). Die ETDZs sind speziell geplante Zonen für die Öffnung von Städten und sind insbesondere auf technologieintensive Industrien zugeschnitten. In ihnen soll sich der Aufbau einer kompletten Infrastruktur und die Schaffung eines internationalen Standards entsprechenden Investitionsumfeldes konzentrieren. Durch die Attrahierung von ADI und die Nutzung moderner Techniken und Verwaltungserfahrungen soll die Entwicklung der internationalen wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit in diesen Städten und dem angrenzenden Umland gefördert werden. Die ETDZs auf nationaler Ebene werden vom Staat schwerpunktmäßig unterstützt und bieten eine Reihe staatlich festgelegter Sondervergünstigungen. Den ETDZs werden vom Staat bestimmte Zuständigkeiten der wirtschaftlichen Verwaltung übertragen, d.h. sie verfügen über eine teilautonome Gesetzgebung. Die Überprüfung und Genehmigung von

ausländischen Investitionsprojekten wurde internationalen Standards angepasst. In der Regel verfügen die ETDZs über ein Service- und Klagezentrum, um für den Aufbau, die Produktion und das Management der Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung ein förderliches Umfeld zu schaffen (vgl. CRI 29.01.2004; MA & LI 2004, S. 239ff.).

Tab. 5.16: Standorte der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungszonen in Westchina (vgl. CAITEC 2008; MOFCOM 200b)

Hohhot (I. Mongolei)	Shihezi (Xinjiang)	Lanzhou (Gansu)	Chongqing (Chongqing)
Nanning (Guangxi)	Urumqi (Xinjiang)	Xi'an (Shaanxi)	Chengdu (Sichuan)
Xining (Qinghai)	Lanzhou (Gansu)	Guiyang (Guizhou)	Kunming (Yunnan)
Yinchuan (Ningxia)			

5.3.3.2 High-Tech-Entwicklungszonen

Im Rahmen des 1988 verabschiedeten „Fackel-Programms“⁹⁰ begann die chinesische Regierung im Jahr 1991, im ganzen Land HIDZs auf nationaler Ebene zu errichten (vgl. MA & LI 2004, S. 243). Bis heute wurden insgesamt 53 Zonen dieser Art eingerichtet (vgl. Tab. 5.14 und Abb. 5.8). Von den 53 Zonen befinden sich 27 in Ostchina, 13 in Zentralchina und 13 in Westchina (vgl. CAITEC 2008; MOFCOM 2008b). In den HIDZs wurden zahlreiche Sondervergünstigungen für die High-Tech-Industrie geschaffen. Prinzipiell wird in diesen Zonen eine Zusammenarbeit der High-Tech-Unternehmen mit lokalen Wissenschaftslabors und Hochschulen angestrebt. Die übergeordneten strategischen Aufgaben der HIDZs bestehen nach Su (2000: 71) darin, „... *to attract Chinese scientific and technological personnel to enter the economic activity. To encourage technical innovation activities, to accelerate the growth of new high-tech industries. To push forwards the transformation of traditional industry. To deepen the reform of science, technology, the economy and the society, and to liberate and develop the scientific productive forces of China.*“

Tab. 5.17: Standorte der High-Tech-Entwicklungszonen in Westchina (vgl. CAITEC 2008; MOFCOM 200b)

Hohhot (I. Mongolei)	Shihezi (Xinjiang)	Lanzhou (Gansu)	Chengdu (Sichuan)
Nanning (Guangxi)	Urumqi (Xinjiang)	Xi'an (Shaanxi)	Kunming (Yunnan)
Chongqing (Chongqing)	Lanzhou (Gansu)	Guiyang (Guizhou)	Xining (Qinghai)
Yinchuan (Ningxia)			

⁹⁰ Mit dem 1988 implementierten Torch-Program soll in erster Linie eine Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen im Bereich der High-Tech-Industrie und eine Entwicklungsförderung der bis dahin im internationalen Vergleich unterentwickelten High-Tech-Industrie erzielt werden (vgl. CRI 30.09.2003). Für eine detaillierte Beschreibung des Programms siehe unter <http://www.chinatorch.gov.cn> (Stand: 14.09.08).

5.3.3.3 Wirtschaftliche Grenzkooperationszonen

Im Zuge der 1992 begonnenen Öffnung des chinesischen Hinterlandes für ausländische Investoren wurden sämtliche Provinzhauptstädte zu offenen Städten erklärt. Zeitgleich begann die Zentralregierung auch in ausgewählten Grenzstädten BECZs einzurichten. Die Öffnung der Grenzgebiete zählt zu den wichtigsten Maßnahmen der Zentralregierung, um die außenwirtschaftliche Öffnung der West- und Nordostregion voranzutreiben. Bis heute wurden insgesamt 14 Zonen dieser Art eingerichtet (vgl. Tab. 5.14), zehn davon in Westchina, drei im Nordosten und eine in Ostchina (vgl. CAITEC 2008; MOFCOM 2008b). Mit der Einrichtung der BECZs wird in erster Linie eine Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation und eine Belebung des grenzüberschreitenden Handels mit den Nachbarstaaten angestrebt, um die wirtschaftliche Entwicklung in den unterentwickelten Randgebieten Chinas zu stimulieren. Im Jahr 2007 belief sich der Anteil der unmittelbaren Nachbarstaaten (ohne Hong Kong und Macao) am gesamtchinesischen Außenhandelsumsatz bzw. am Exportaufkommen auf lediglich 6,2% bzw. 7,1% (zum Vergleich: im Jahr 2000 belief sich ihr Anteil auf 3,8% bzw. 3,2%) (eigene Berechnung nach NBSC 2001 u. 2008). Dies zeigt zwar, dass die wirtschaftliche Integration Chinas mit seinen unmittelbaren Nachbarstaaten noch nicht sonderlich weit fortgeschritten ist, der grenzüberschreitende Handel in den vergangenen Jahren jedoch eine deutliche Belebung erfahren hat. Um die wirtschaftliche Entwicklung Westchinas zu stimulieren, strebt die chinesische Zentralregierung eine Intensivierung des grenzüberschreitenden Handels der westchinesischen Randprovinzen mit ihren asiatischen Nachbarstaaten an. Wie in Kapitel 4.6.4 bereits dargelegt, hat sich die im Zuge der WDS deutlich verbesserte infrastrukturelle Anbindung an ihre Nachbarstaaten, ihre Einbindung in subregionale Wirtschaftskooperationen (Yunnan und Guangxi → GMS; Xinjiang → CAREC) und die Einrichtung von BECZs bereits positiv auf ihre wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt.

Tab. 5.18: Standorte der wirtschaftlichen Grenzkooperationszonen in Westchina (vgl. CAITEC 2008; MOFCOM 2008b)

Bole (Xinjiang)	Tacheng (Xinjiang)	Dongxing (Guangxi)	Wanding (Yunnan)	Erenhot (I. Mongolei)
Yining (Xinjiang)	Pingxiang (Guangxi)	Ruili (Yunnan)	Hekou (Yunnan)	Manzhouli (I. Mongolei)

5.3.3.4 Exportbearbeitungszonen

Die EPZs wurden in erster Linie für Exportbearbeitungs-, Lager- und Speditionsgesellschaften konzipiert. Ferner können dort auch spezielle Transportgesellschaften für die Güterzirkulation innerhalb dieser Zonen gegründet werden. Die Im- und Exporte in den EPZs unterliegen dabei keiner Kontingent- und Erlaubnispflicht. Seit dem 27. April 2000 hat der Staatsrat insgesamt 57 solcher Zonen in 51 Städten (verteilt auf 23 Provinzen) genehmigt. Die räumliche Verteilung der EPZs stellt sich folgendermaßen dar: 42 befinden sich in Ostchina, 6 in Zentralchina und 9 in Westchina (vgl. MOFCOM 2008b; PEOPLE'S DAILY ONLINE 25.11.2005; PWC 2007, S. 4f.). Die schwerpunktmäßige Konzentration der EPZs in den Küstenstädten dürfte im Wesentlichen zwei Ursachen haben: Zum einen ist dort die logistische Anbindung an die Weltmeere gegeben, und zum anderen konzentriert sich die Exportindustrie fast ausschließlich in den Küstenprovinzen. So stammen im Jahr 2007 mehr als 91% der chinesischen Exportvolumens von dort (vgl. Tab.

4.6); ihr Anteil am Exportvolumen ausländischer Unternehmen belief sich im selben Jahr sogar auf 97,6% (eigene Berechnung nach NBSC 2008).

Tab. 5.19: Standorte der Exportbearbeitungszonen in Westchina (vgl. CAITEC 2008; MOFCOM 200b)

Beihai (Guangxi)	Chongqing (Chongqing)	Wuzhong (Ningxia)
Chengdu (Sichuan)	Hohhot (I. Mongolei)	Xi'an (Shaanxi)
Mianyang (Sichuan)	Urumqi (Xinjiang)	Kunming (Yunnan)

5.3.3.5 Exkurs: Änderung der Steuervergünstigungen für ausländische Unternehmen in den Investitionszonen im Zuge der Unternehmenssteuerreform

Am 16.03.2007 hat der chinesische Volkskongress das neue Unternehmensinkommensteuergesetz (Corporate Income Tax Law), das am 01.01.2008 in Kraft getreten ist, verabschiedet. Im Zuge der Unternehmenssteuerreform wurde ein einheitliches Steuerregime für rein chinesische und ausländisch investierte Unternehmen geschaffen. Der einheitliche Unternehmenssteuersatz beträgt nunmehr 25 statt 33 Prozent. Auf Grund der vielen regionalen-, branchen- und tätigkeitsbezogenen Steuervergünstigungen hatte bisher jedoch ohnehin nur ein verschwindend geringer Teil der ausländisch investierten Unternehmen den zuvor gültigen Körperschaftssteuerersatz von 33% gezahlt. Das neue Gesetz bedeutet jedoch die Abschaffung zahlreicher standort- und branchenabhängiger Steuersatzermäßigungen, die für ausländische Unternehmen bisher, je nach Art der Investitionszone, Steuersätze von 15 bis 24 Prozent vorsahen (z.B. SWZ 15%, offene Küstenstädte 24%). Im Zuge der Steuerreform wurden zudem weitere Steuervergünstigungen für ausländische Investitionen abgeschafft. So fallen die so genannten „2+3-Steuerferien“ (2-jährige Steuerbefreiung mit anschließender 3-jähriger Halbierung des Steuersatzes) für produktionsorientierte Unternehmen und die Steuervergünstigungen für exportorientierte Unternehmen gänzlich weg (vgl. BECKER & LOOSE 2006/07, S. 10ff.; WANG 2008, S. 3ff.).

Das neue Steuersystem stellt im Kern eine Abkehr von standortorientierten hin zu branchen-/tätigkeitsorientierten Steuervergünstigungen dar. Steuervergünstigungen werden demnach künftig nur noch Unternehmen gewährt, die in bestimmten Wirtschaftszweigen investieren.⁹¹ In den Genuss von Steuervergünstigungen sollen künftig beispielsweise High-Tech- und New-Tech-Unternehmen kommen, sofern sie bestimmte Kriterien (z.B. zehn Prozent des qualifizierten Personals muss FuE-Aktivitäten nachgehen) erfüllen. Für sie gilt dann ein Steuersatz von lediglich 15 statt 25 Prozent. Sollten diese Unternehmen zudem in den sechs SWZ (inkl. Pudong) investieren, dann gelten dort für sie auch weiterhin die „2+3-Steuerferien“. Das neue Gesetz sieht zudem für kleine und gewinnschwache Unternehmen, sofern sie bestimmte Kriterien erfüllen (z.B. zu versteuerndes Einkommen von weniger als 300.000 Yuan), einen Steuersatz von 20% vor. Für Unternehmen, die vor dem 16.03.08 in den Genuss eines Steuersatzes von 15% kamen, gilt seit Anfang 2008 eine fünfjährige Übergangsregelung, in der die Steuersätze nach und nach dem neuen Satz von 25% angepasst werden (vgl. JONES DAY 2008, S. 1ff.).

⁹¹ Für eine detaillierte Liste der Steuervergünstigungen je nach Wirtschaftszweig siehe JONES DAY (2008: 2ff.).

5.3.4 Anreize und Hemmnisse für ein Engagement in Westchina

Durch die infrastruktur- und investitionspolitischen Maßnahmen der Zentralregierung hat sich das Investitionsklima in Westchina deutlich verbessert. Der in den vergangenen Jahren deutlich gestiegene ADI-Zufluss in die Region zeigt, dass ausländische Unternehmen bei ihrer Standortwahl zunehmend auch den westlichen Landesteil berücksichtigen. Es existieren jedoch nach wie vor zahlreiche Investitionshemmnisse, die ein Engagement in Westchina erschweren bzw. ausländische Unternehmen bisher davon abgehalten haben in der Region zu investieren. Die wichtigsten Motive und Hemmnisse, die aus Investorensicht für bzw. gegen eine Direktinvestition in Westchina sprechen, sind in Tabelle 5.20 zusammengefasst.

Tab. 5.20: Motive/Anreize und Hemmnisse/Hürden für ein Engagement in Westchina (eigene Zusammenstellung in Anlehnung an ADB 2003, S. 56ff.; BfAI 2008, S. 5ff.; BMWi 2009, S. 16f.; KÖRNER 2006, S. 262ff.; WORLD BANK 2008b, S. 3ff.)

Motive/Anreize	Hemmnisse/Hürden
- Arbeitskräfte: niedriges Lohnniveau, geringe arbeitsrechtliche Auflagen, wenig strapazierter Arbeitsmarkt - Im Vergleich zur Ostküste niedriges Kostenniveau (z.B. Landpachtpreise) und laxere Auflagen - Ressourcenreichtum: boomende Rohstoffbranchen und bisher niedriger Grad an Ausbeutung von Naturressourcen und Bodenschätzen - Wachsender Konsumentenmarkt: rasche ökonomische Entwicklung in einzelnen Regionen und Entstehung wichtiger/neuer Konsumentenmärkte in den Ballungszentren - Herausbildung relevanter technologischer Zentren im Provinzdreieck Sichuan-Chongqing-Shaanxi - Fortschreitende wirtschaftliche Integration der westchinesischen Randprovinzen mit ihren Nachbarstaaten - Große Nachfrage nach Investitionsgütern „Brückenkopf“: geographische Nähe zu anderen asiatischen Wachstumsmärkten - umfangreiches Konjunkturprogramm und WDS eröffnet Chancen für ausländische Unternehmen - Investitionsanreize/-fördermittel im Zuge der WDS (Steuervergünstigungen etc.), zusätzliche Investitionsmöglichkeiten durch CatCWR - Wenig Konkurrenz vor Ort (→ „First Mover“) - Rasch wachsender Umweltmarkt bietet enormes Potential - Relativ zuverlässige Energieversorgung und niedrigere Energiekosten - Kunden sind bereits vor Ort (→ „follow the customer“)	- Protektionismus in strategisch wichtigen Wirtschafts- und Industriebereichen - Lückenhafte infrastrukturelle Erschließung, unternehmensbezogene Infrastruktur unzureichend entwickelt - Ineffiziente Bürokratie (zeitliche Dauer von Genehmigungsverfahren etc.) - Überproportionale Bedeutung des landwirtschaftlichen Produktionssektors - Inhomogenität des Marktes: erschwerte Beschaffung fundierter Markt- und Wettbewerbsinformationen etc. - Politische Stabilität: mögliche Eskalation ethnischer und sozialer motivierter Unruhen (insb. in Xinjiang und Tibet) - Unterentwickelte Konsumentenmärkte wegen signifikanter Armut weiter Teile der Bevölkerung - Mangel an qualifizierten Arbeitskräften - Geringe Erfahrung mit ADI - Geringer wirtschaftlicher Liberalisierungsgrad und Grad außenwirtschaftlicher Verflechtung - Starke Umweltverschmutzung und Umweltprobleme (Wasserknappheit etc.) - z.T. ungünstige naturräumliche Bedingungen - Periphere Lage der Provinzen (hohe Logistik- und Transportkosten, Transportzeit, Lieferzuverlässigkeit etc.) - Weiche Standortfaktoren: geringes Standortprestige, geringe Umwelt- und Wohnqualität für Expatriates etc. - Geringeres Qualifikationsniveau von politischen und unternehmerischen Führungskräften - Geringe Synergieeffekte aufgrund schwach ausgeprägter Fühlungs- und Agglomerationsvorteile

Im Jahr 2009 hat die Unternehmensberatung Roland Berger im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) eine Studie zu den ökonomischen Potentialen für deutsche Unternehmen in Westchina erstellt. Im Rahmen dieser Studie wurden deutsche Unternehmen unter anderem danach gefragt, was sie dazu veranlasst hat, in Westchina zu investieren und worin aus ihrer Sicht die größten Probleme eines Engagements in Westchina liegen. Gemäß dieser Studie sind die Hauptmotive die lokalen Marktchancen (Erschließung neuer Konsumentenmärkte), dass Kunden und Lieferanten bereits dort vertreten sind und das im Vergleich zur Küstenregion niedrigere Kostenniveau (Arbeit und Boden). Überraschend wenig Bedeutung haben die befragten Unternehmen der staatlichen Wirtschaftsförderung (Steuervergünstigungen etc.) sowie der stark verbesserten infrastrukturellen Ausstattung beigemessen.⁹² Diese beiden Faktoren werden von den Unternehmen nicht als besonderen Vorteil betrachtet, da viele andere Standorte in der VR China mit ähnlichen oder sogar noch besseren Rahmenbedingungen aufwarten können. Zu den größten Hemmnissen eines Engagements in Westchina zählen aus Sicht der befragten Unternehmen der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, dass die lokalen Behörden und Partner häufig über wenig Erfahrung im Umgang mit Ausländern und ausländischen Unternehmen verfügen, dass persönliche Beziehungen/Netzwerke (Guanxi; vgl. Kap. 2.2.1) für den Geschäftserfolg eine größere Rolle spielen als in den Küstenprovinzen, die periphere Lage der Provinzen (hoher Logistikaufwand relativiert z.T. das attraktive Kostenprofil) und das nach wie vor unattraktive Umfeld für Expatriates (vgl. BMWi 2009, S. 16).

In Anbetracht, dass das westchinesische Hinterland ein immer noch von Unsicherheit geprägtes Marktumfeld darstellt und die meisten ausländischen Unternehmen dort über wenig oder gar keine Markterfahrung verfügen, sind potentielle Investoren im Rahmen ihrer Standortwahl daher gut beraten, die in Tabelle 5.20 dargestellten Anreize und Hemmnisse gründlich gegeneinander abzuwägen und den potentiellen Zielstandort hinsichtlich der Anforderungen an den eigenen Wertschöpfungsprozess genauestens zu prüfen. In diesem Zusammenhang stellt auch die



Wahl der geeigneten Markteintrittsform eine wichtige Entscheidung dar, da sie letzten Endes einen großen Einfluss auf den künftigen Unternehmenserfolg ausübt. Die nebensätzliche Karikatur von Theodor Heine aus dem Jahr 1901 spiegelt wider, dass Investitionen in China aus der Sicht ausländischer - und in diesem Fall deutscher - Investoren, seit jeher mit einem gewissen Risiko behaftet sind.

Abb. 5.9: Der chinesische Automat: „Jetzt habe ich soviel Geld in das verfluchte Ding hineingeschmissen, und es kommt nichts heraus!“ (Karikatur von Th. Heine im *Simplicissimus* Jg. 1901; abgebildet in BRANDT 2001, S. 270)

⁹² HEMMER et al. (2006: 1) gehen gemeinhin davon aus, dass staatliche Anreize, die ausländischen Investoren in fiskalischer oder finanzieller Form gewährt werden, nur einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die Investitionsentscheidung ausüben und sie meist nur innerhalb von Regionen mit ähnlichen Gegebenheiten beeinflussen.

5.4 STANDORT-RANKING DER WESTCHINESISCHEN PROVINZEN: NIVEAU UND DYNAMIK

In Kapitel 5.1.7 wurde dargelegt, dass die Westregion in den letzten Jahren eine spürbare Zunahme an ADI verzeichnen konnte. Dies zeigt, dass sie sich bei ausländischen Investoren zunehmender Beliebtheit erfreut. Im Hinblick auf die Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen zeichnen sich dort jedoch, wie auch an der chinesischen Küste, klare Gravitationszentren ab. In den vergangenen Jahren hat sich in Westchina mit dem Provinzdreieck Chongqing-Sichuan-Shaanxi eine wirtschaftlich starke und dynamische Region herausgebildet, die relativ rasch zu den bereits etablierten und prosperierenden Wirtschaftszonen an der chinesischen Küste, wie beispielsweise dem Perfluss-Delta aufschließt und vermehrt ausländische Investoren anzieht. Zu den prominentesten Beispielen in jüngster Zeit zählt die Ansiedlung von Ford in Chongqing und die von Intel in Chengdu (vgl. WIRTSCHAFTSWOCHE ONLINE 03.12.2008). Gleichwohl wurde in Kapitel 5.3.3 aufgezeigt, dass die westchinesischen Investitionsförderzonen im Vergleich zu ihren ostchinesischen Counterparts nach wie vor eine geringere Attraktivität als Investitionsstandort aufweisen. Dies verdeutlicht, dass die aufstrebenden Wirtschaftszentren in Westchina sich nicht nur international behaupten müssen, sondern auch auf nationaler Ebene einem intensiven Wettbewerb um mobile Produktionsfaktoren und den damit verbundenen Wachstums- und Beschäftigungschancen ausgesetzt sind. Ein wesentlicher Schlüssel zur Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität für aus- und inländische Investoren liegt darin, das Investitionsklima in den westchinesischen Provinzen weiter zu verbessern. Diese Notwendigkeit hat auch die chinesische Zentralregierung erkannt. Im Rahmen ihrer „Go West“-Policy bedient sie sich bisher vor allem infrastruktur- und investitionspolitischer Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und investiven Rahmenbedingungen im Westen des Landes zu verbessern.

Nachfolgend wird nun mittels eines Ranking die Standortattraktivität der westchinesischen Provinzen miteinander verglichen. Um einen regionalen Vergleich zu ermöglichen, werden verschiedene relevante Standortfaktoren zu einer einzigen Kennzahl, dem eigens entwickelten Location Index, der sich wiederum aus den beiden Teilindizes »Niveau« (2007) und »Dynamik« (2000-2007) zusammensetzt, verdichtet. Die Attraktivität der westchinesischen Provinzen als Investitionsstandort wird hierbei durch die drei Determinantengruppen Wirtschaftskraft, infrastrukturelle Ausstattung und Innovationsfähigkeit abgebildet.

5.4.1 Methodik und Datengrundlage

Die Berechnung des **Location Index** (LocIn) erfolgte in mehreren Schritten (vgl. Abb. 5.10). Der LocIn setzt sich aus drei inhaltlich voneinander abgegrenzten Teilindizes zusammen: dem Economic Development Index (EcDevIn), dem Infrastructure Availability Index (InAvIn) und dem Innovation Capability Index (InCapIn). Der EcDevIn spiegelt dabei die Wirtschaftskraft, der InAvIn die infrastrukturelle Ausstattung und der InCapIn die Innovationsfähigkeit der westchinesischen Provinzen wider. Die drei Teilindizes wurden jeweils mit Hilfe von sechs Indikatoren be-

rechnet. Eine Auflistung der 18 Indikatoren und ihre Zuordnung zum jeweiligen Teilindex findet sich in Tabelle 5.21.

Tab. 5.21: Übersicht der Indikatoren/Maßzahlen des EcDevIn, InAvIn und InCapIn und deren Berichtsjahre (eigene Zusammenstellung)

Teilindex NIVEAU (75%)*	Teilindex DYNAMIK (25%)*
Indikatoren ECONOMIC DEVELOPMENT INDEX	
• Pro-Kopf-BIP in 2007 (nominal; in Yuan)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate reales Pro-Kopf-BIP 2000-2007 (in %)
• Pro-Kopf-Investitionen in feste Anlagevermögen in 2007 (in Yuan)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2000-2007 (in %)
• Pro-Kopf-Export in 2007 (in USD)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2000-2007 (in %)
• Pro-Kopf-Konsumausgaben Stadtbe- wohner in 2007 (in Yuan)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2000-2007 (in %)
• Anteil der Erwerbstätigen im primären Sektor in 2007 (in %)	• absolute Veränderung in Prozentpunkten 2000-2007
• Pro-Kopf-Bruttoproduktionswert der Industrie in 2007 (in Yuan)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2000-2007 (in %)
Indikatoren INFRASTRUCTURE AVAILABILITY INDEX	
• Eisenbahndichte in 2007 (km/1.000km ²)	• absolute Zunahme (km/1.000km ²) 2000-2007
• Straßendichte (Autobahnen und Natio- nalstraßen) in 2006 (km/1.000km ²)	• absolute Zunahme (km/1.000km ²) 2000-2006
• Anteil der Stadtbewohner mit Zugang zu Leitungswasser in 2007 (in %)	• absolute Veränderung in Prozentpunkten 2001-2007
• Anteil der Stadtbewohner mit Zugang zu Gas in 2007 (in %)	• absolute Veränderung in Prozentpunkten 2001-2007
• Telefondichte in 2007 (Anschlüsse pro 100.000 EW)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2001-2007 (in %)
• Bettendichte in 2007 (Krankenhausbetten pro 1 Mio. EW)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2000-2007 (in %)
Indikatoren INNOVATION CAPABILITY INDEX	
• Internetdichte in 2007 (Internetnutzer pro 1.000 EW)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2001-2007 (in %)
• Pro-Kopf-Ausgaben für FuE in 2007 (in Yuan)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2000-2007 (in %)
• Pro-Kopf-Export Hightechprodukte in 2004 (in USD)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2000-2004 (in %)
• Patentdichte in 2007 (Patentanmeldungen pro 1 Mio. EW)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2000-2007 (in %)
• Studentendichte in 2007 (Studenten pro 100.000 EW)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2000-2007 (in %)
• Pro-Kopf-Transaktionswert in techni- schen Markt in 2007 (in Yuan)	• jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2000-2007 (in %)
* Für einige Provinzen lagen die Daten für die Jahre 2000 und 2007 nicht vor. In diesen Fällen wurden Ersatzwerte aus anderen Berichtsjahren verwendet.	

In einem vorgelagerten Schritt wurden die drei Teilindizes EcDevIn, InAvIn und InCapIn jeweils aus den beiden Teilindizes »Niveau« und »Dynamik« generiert. In den Niveauindex gehen hierbei jeweils die aktuellsten Werte (in der Regel für das Jahr 2007) der sechs Indikatoren ein, während der Dynamikindex ihre jahresdurchschnittliche Veränderungsrate bzw. ihre absolute Zu- bzw. Abnahme für den Zeitraum 2000 bis 2007 umfasst (vgl. Tab. 5.21). Der Niveauindex

gibt somit Aufschluss über die gegenwärtige Standortstärke (Ist-Zustand) der westchinesischen Provinzen in den drei standortrelevanten Bereichen Wirtschaftskraft, infrastrukturelle Ausstattung und Innovationsfähigkeit, wohingegen der Dynamikindex Hinweise darauf gibt, welche Provinzen in den vergangenen Jahren an Standortattraktivität bzw. Zugkraft gewonnen haben und welche zurückgefallen sind. Dies hat im Einzelfall dazu geführt, dass rückständige Provinzen, die beim jeweiligen Niveauindex einen der hinteren Plätze einnahmen, aufgrund ihres niedrigen Ausgangsniveaus im Jahr 2000 beim Dynamikindex einen der vorderen Plätze erreichen konnten (z.B. Guizhou beim EcDevIn; vgl. Tab. 5.23). Hierin liegt auch begründet, warum der Teilindex Dynamik jeweils nur mit einem Gewicht von 25% in die drei Teilindizes EcDevIn, InAvIn und InCapIn eingeht.

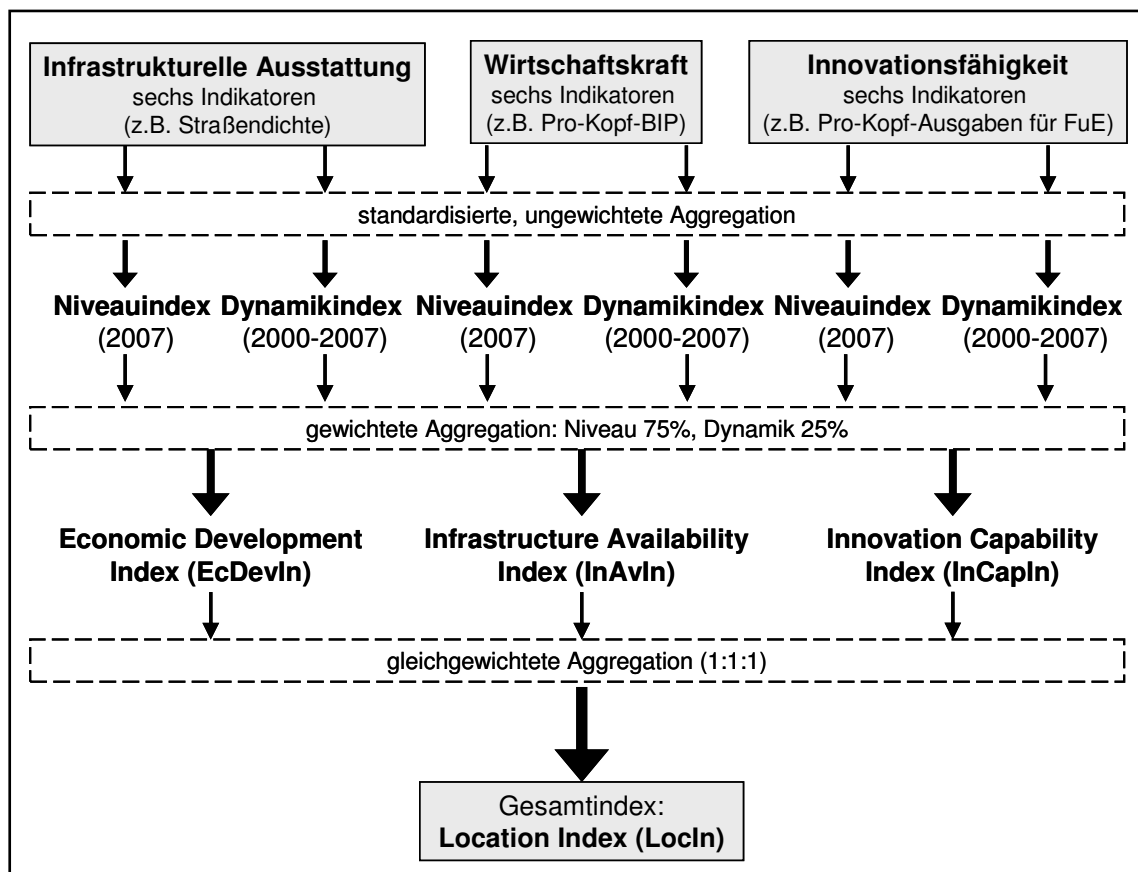


Abb. 5.10: Detaillierter Aufbau des Location Index (eigene Darstellung)

Beim Dynamikindex wurde als Ausgangsjahr bewusst das Jahr 2000 gewählt, da es den eigentlichen Beginn der WDS darstellt. Der Dynamikindex liefert somit indirekt auch wichtige Hinweise darauf, welche Provinzen in Westchina seit Initiierung der „Go West“-Policy die höchste Dynamik in den drei standortrelevanten Bereichen entfalten konnten.

Für die Berechnung der beiden Teilindizes »Niveau« und »Dynamik« wurden die Werte der unterschiedlich dimensionierten Einzelindikatoren zunächst nach der folgenden Formel standardisiert:

$$P_1 = 100 \times \frac{x - x_{\min}}{x_{\max} - x_{\min}} \quad P_2 = 100 \times \frac{x_{\max} - x}{x_{\max} - x_{\min}} \quad , \text{ wobei } P \text{ für die Punktwerte und } X \text{ für die Ursprungsdaten der Variablen steht.}$$

P_1 = hoher Wert wird als positiv angesehen (z.B. Pro-Kopf-BIP); P_2 = niedriger Wert wird als positiv angesehen (z.B. Anteil der Erwerbstätigen im primären Sektor)

Durch die Standardisierung wurden die unterschiedlich dimensionierten Variablen auf eine 0-100-Skala transformiert, wobei jeweils dem höchsten Indikatorwert der Wert 100 (beste Provinzperformance) und dem kleinsten Indikatorwert der Wert 0 (schlechteste Provinzperformance) zugewiesen wurde. Der Vorteil gegenüber einer einfachen Klasseneinteilung besteht in der viel größeren Genauigkeit der Punktevergabe. Zum einen wird vermieden, dass es zwischen den einzelnen Klassen zu „Bewertungsstufen“ kommt, und zum anderen werden die Verteilungen innerhalb der Klassen und damit die interne Varianz berücksichtigt (vgl. KLADROBA 2005, S. 109). Bei den beiden Variablen Anteil der Stadtbevölkerung mit Zugang zu fließendem Wasser bzw. zu Gas, die Werte zwischen 0% bis 100% annehmen können, wurde dies bei der Bestimmung des Niveauindex auch als Minimum bzw. Maximum berücksichtigt. Bei der Variable Anteil der Erwerbstätigen im primären Sektor wäre eine solche Festlegung jedoch unsinnig. Würde man hier ebenfalls (den rechnerisch möglichen) Minimal- bzw. Maximalwert von 0% bzw. 100% betrachten, dann würde ein Anteil von beispielsweise 80%, den man allgemein als rückständig ansehen würde, immer noch eine verhältnismäßig hohe Punktzahl erreichen. Aus diesem Grund wurden in diesem Fall als Grenzen das tatsächliche Minimum und Maximum innerhalb der Indikatorreihe berücksichtigt.

Die beiden Teilindizes »Niveau« (2007) und »Dynamik« (2000-2007) wurden daraufhin jeweils mit Hilfe des arithmetischen Mittels der entsprechenden standardisierten Einzelindikatorwerte berechnet. Damit gehen alle Indikatoren mit gleichem Gewicht in den jeweiligen Teilindex ein. Im Anschluss daran wurden die beiden Teilindizes »Niveau« und »Dynamik« im Verhältnis 3:1 zum jeweiligen Teilindex zusammengefasst. Abschließend wurde aus den drei Teilindizes EcDevIn, InAvIn und InCapIn im Verhältnis 1:1:1 der LocIn aggregiert.

5.4.2 Ergebnisse des Standort-Ranking

5.4.2.1 Gesamtergebnis Location Index

Wie aus Tabelle 5.22 und Abbildung 5.11 hervorgeht, hat die regierungsunmittelbare Stadt Chongqing beim Standort-Ranking (Gesamtindex LocIn 2007) der westchinesischen Provinzen mit 68,9 von 100 möglichen Punkten den ersten Rang erreicht. Dahinter folgen schon mit größerem Abstand Shaanxi (61,5 Punkte) und Sichuan (51,9 Punkte). Die Schlussgruppe beim Standort-Ranking bilden weit abgeschlagen Tibet (26,3 Punkte) und Yunnan (24,4 Punkte). Die Spitzenposition Chongqings speist sich hierbei aus den durchweg positiven Ergebnissen, die sie bei den drei Teilindizes EcDevIn (Rang 2), InAvIn (Rang 1) und InCapIn (Rang 2), die jeweils zu gleichen Teilen in den Gesamtindex LocIn eingeflossen sind, erzielen konnte (vgl. Tabellen 5.23, 5.24 und 5.25). Tabelle 5.22 zeigt darüber hinaus, dass Chongqing sowohl beim Niveauranking (2007) als auch beim Dynamik-Ranking (2000-2007) die führende Position einnimmt (Niveau: 69,1 Punkte; Dynamik: 68 Punkte). Beim Niveau-Ranking folgen dahinter mit sehr geringem Abstand Shaanxi (66,7 Punkte) und dann schon mit deutlichem Abstand Xinjiang (53 Punkte). Beim Dynamik-Ranking folgen Chongqing auf den Rängen zwei und drei Sichuan (56,9 Punkte) und Guizhou (54,4 Punkte). Das gute Abschneiden Guizhous beim Dynamik-Ranking ist umso überraschender, da die Provinz beim Niveauranking das Schlusslicht bildet.

Tab. 5.22: Standort-Ranking (LocIn) der westchinesischen Provinzen (eigene Berechnung nach NBSC 2001, 2002, 2007 u. 2008; MOST 2001 u. 2009a)

Provinz	Gesamtranking (LocIn)		Niveauranking (2007)		Dynamikranking (2000-2007)	
	Indexwert	Rang	Indexwert	Rang	Indexwert	Rang
Chongqing	68,9	1	69,1	1	68,0	1
Shaanxi	61,5	2	66,7	2	45,8	5
Sichuan	51,9	3	50,2	5	56,9	2
I. Mongolei	50,5	4	50,6	4	50,1	4
Xinjiang	48,7	5	53,0	3	35,6	10
Ningxia	45,4	6	47,8	6	38,4	8
Qinghai	37,0	7	36,2	7	39,6	7
Gansu	36,3	8	34,5	8	41,4	6
Guangxi	34,2	9	33,7	9	35,8	9
Guizhou	30,2	10	22,1	12	54,4	3
Tibet	26,3	11	23,8	11	33,8	11
Yunnan	24,4	12	24,1	10	25,1	12

Dass die Provinzen Chongqing, Shaanxi und Sichuan beim Standort-Ranking (Gesamtindex LocIn 2007) die ersten drei Plätze belegen, stellt insofern keine Überraschung dar, da sich in dem Provinzdreieck die wirtschaftlich stärksten und dynamischsten Wirtschaftszentren Westchinas befinden (→ Western Triangle Economic Circle; vgl. Abb. 4.9) und sie seit geraumer Zeit zu den bedeutendsten Zielprovinzen ausländischer Direktinvestitionen in Westchina gehören. So konnten die drei Provinzen beispielsweise im Jahr 2005 zusammen rund 1 Mrd. USD an ADI absorbieren, was mehr als der Hälfte (52,4%) des gesamten ADI-Zuflusses nach Westchina entsprach (vgl. Tab. 5.7).

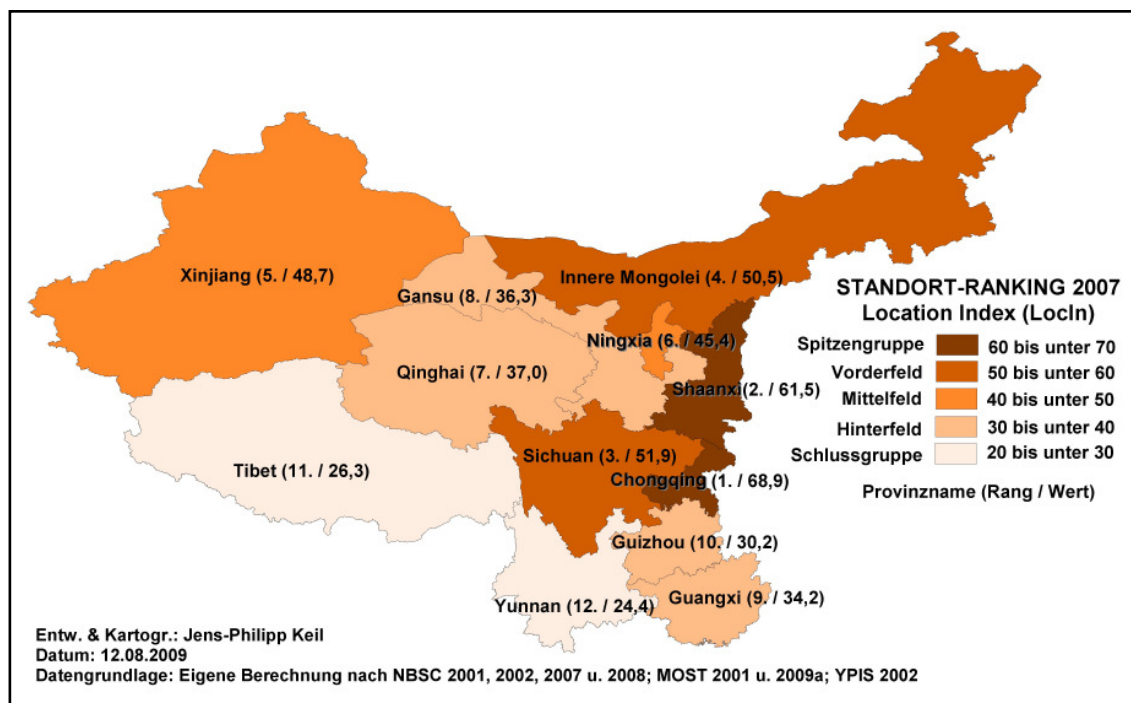


Abb. 5.11: Standort-Ranking der westchinesischen Provinzen im Jahr 2007

Vergleicht man nun die Einzelergebnisse der Provinzen, die sie jeweils beim Niveau- und Dynamik-Rankings erzielt haben, so stellt man fest, dass bis auf Guizhou, dass beim Dynamik-Ranking neun Plätze besser abgeschnitten hat als beim Niveau-Ranking, und Xinjiang, dass

beim Dynamik-Ranking sieben Plätze eingebüßt hat, die Rangfolge der Provinzen bei beiden Rankings relativ identisch ausgefallen ist. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass - bis auf Guizhou - die vom Niveau (2007) her rückständigsten Provinzen (Guangxi, Tibet und Yunnan) im Zeitraum 2000 bis 2007, sprich seit Beginn der WDS, zugleich auch die geringsten Fortschritte in den drei standortrelevanten Bereichen Wirtschaftskraft, infrastrukturelle Ausstattung und Innovationsfähigkeit gemacht haben. In Anbetracht ihres vergleichsweise geringen Ausgangsniveaus, das noch deutlichen Spielraum nach oben lässt, mag dies zwar auf den ersten Blick paradox erscheinen, berücksichtigt man jedoch die Tatsache, dass die chinesische Zentralregierung ihre (förder-)politischen Maßnahmen, die sie bisher im Rahmen ihrer „Go West“-Policy ergriffen hat, primär auf hinreichend entwickelte Wachstumskerne in Westchina konzentriert hat, so erhält man eine plausible Erklärung für ihr schlechtes Abschneiden beim Dynamik-Ranking.

5.4.2.2 Teilergebnisse Economic Development Index, Infrastructure Availability Index und Innovation Capability Index

Die Tabellen 5.23, 5.24 und 5.25 geben einen Überblick über die Ergebnisse der drei Teilindizes Economic Development, Infrastructure Availability und Innovation Capability, die im Verhältnis 1:1:1 zum Location Index aggregiert wurden.

Teilindex Economic Development

Beim EcDevIn belegt die Innere Mongolei mit 71,9 von 100 möglichen Punkten die Spitzenposition. An zweiter und dritter Stelle folgen mit bereits deutlichem Abstand Chongqing (62,6 Punkte) und Xinjiang (47,9 Punkte). Die Schlussgruppe bilden Guizhou (20,2 Punkte), Tibet (19,9 Punkte) und Yunnan (19,2 Punkte).

Tab. 5.23: Ranking Teilindex Economic Development (eigene Berechnung nach NBSC 2001 u. 2008)

Provinz	EcDevIn		Niveauindex (75%)		Dynamikindex (25%)	
	Indexwert	Rang	Indexwert	Rang	Indexwert	Rang
I. Mongolei	71,9	1	73,1	1	68,3	1
Chongqing	62,6	2	62,8	2	62,1	2
Xinjiang	47,9	3	52,6	3	34,0	9
Sichuan	44,6	4	40,2	6	57,7	3
Shaanxi	43,1	5	42,7	5	44,1	4
Ningxia	42,1	6	44,6	4	34,7	8
Qinghai	37,2	7	36,2	7	39,9	6
Guangxi	29,3	8	26,4	8	37,8	7
Gansu	24,4	9	22,1	9	31,1	10
Guizhou	20,2	10	13,4	12	40,7	5
Tibet	19,9	11	18,2	10	24,7	12
Yunnan	19,2	12	16,5	11	27,5	11

Das herausragende Abschneiden der Inneren Mongolei beim EcDevIn stellt insofern keine große Überraschung dar, da sie seit geraumer Zeit die mit Abstand höchsten jährlichen Wachstumsraten aller chinesischen Provinzen beim realen Pro-Kopf-BIP aufweist. Zwischen 2000 und

2008 wuchs das reale Pro-Kopf-BIP der Inneren Mongolei jährlich im Durchschnitt um beachtliche 17,3% (Ø Westchina: 11,8%; vgl. Tab. 3.9).

Teilindex Infrastructure Availability Index

Beim InAvIn hat Chongqing mit 79,3 von 100 möglichen Punkten den ersten Rang erreicht. Dahinter folgen das benachbarte Shaanxi (71,1 Punkte) und Ningxia (66,9 Punkte). Das Schlusslicht bilden Yunnan (41,9 Punkte), Qinghai (41,8 Punkte) und weit abgeschlagen mit 34 Punkten Tibet. Dass die regierungsunmittelbare Stadt Chongqing die führende Position einnimmt war zu erwarten, da sie aufgrund ihrer räumlichen Lage und ihrer historischen Entwicklung seit jeher einen der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte im chinesischen Hinterland darstellt. Hinzu kommt, dass sie mit 345 EW/km² (2008; vgl. Tab. 2.4) nicht nur die mit Abstand höchste Bevölkerungsdichte sondern nach der Inneren Mongolei mit 48,3% (2007; vgl. Tab. 3.16) auch den zweithöchsten Urbanisierungsgrad unter den westchinesischen Provinzen aufweist. Das schlechte Abschneiden Tibets und Qinghais war ebenfalls abzusehen, da die dort vorherrschenden naturräumlichen Bedingungen und ihre periphere Lage einen wesentlichen Hemmschuh für ihre infrastrukturelle Erschließung darstellen.

Tab. 5.24: Ranking Teilindex Infrastructure Availability (eigene Berechnung nach NBSC 2001, 2002, 2007 u. 2008)

Provinz	InAvIn		Niveauindex (75%)		Dynamikindex (25%)	
	Indexwert	Rang	Indexwert	Rang	Indexwert	Rang
Chongqing	79,3	1	77,7	1	84,2	1
Shaanxi	71,1	2	76,7	2	54,2	4
Ningxia	66,9	3	72,5	3	36,3	8
Xinjiang	60,0	4	68,0	4	50,0	5
Sichuan	55,0	5	53,3	6	45,6	6
Guangxi	54,4	6	57,3	5	60,1	2
Gansu	45,7	7	46,6	9	23,8	12
Guizhou	45,6	8	41,3	11	34,9	9
I. Mongolei	43,7	9	49,2	7	43,0	7
Yunnan	41,9	10	44,3	10	27,4	10
Qinghai	41,8	11	47,8	8	58,8	3
Tibet	34,0	12	36,9	12	25,4	11

Teilindex Innovation Capability Index

Im Ranking der Innovationsfähigkeit belegt Shaanxi mit 70,3 von 100 möglichen Punkten Rang 1. An zweiter und dritter Stelle folgen Chongqing (64,7 Punkte) und Sichuan (56,2 Punkte). Die Schlussgruppe bilden die beiden Südwestprovinzen Guangxi (19,1 Punkte) und Yunnan (12 Punkte). Das herausragende Abschneiden Shaanxis passt in das Bild, wonach seine Provinzhauptstadt Xi'an nicht nur das bedeutendste Zentrum für FuE in Westchina, sondern zugleich auch einer der bedeutendsten High-Tech-Standort Chinas ist. Sie weist unter den westchinesischen Provinzen nicht nur die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für FuE auf, sondern hat auch mit Abstand den höchsten Anteil an Hochschulabsolventen (vgl. MOST 2009a; NBSC 2009). Aufgrund ihrer hohen FuE-Intensität im High-Tech-Bereich wird die Provinz auch als „Silicon Valley of Western China“ bezeichnet (vgl. PEOPLE'S DAILY ONLINE o.J.).

Tab. 5.25: Ranking Teilindex Innovation Capability (eigene Berechnung nach NBSC 2001, 2002 u. 2008; MOST 2001 u. 2009a)

Provinz	InCapIn		Niveauindex (75%)		Dynamikindex (25%)	
	Indexwert	Rang	Indexwert	Rang	Indexwert	Rang
Shaanxi	70,3	1	80,7	1	39,2	8
Chongqing	64,7	2	67,0	2	57,8	2
Sichuan	56,2	3	57,2	3	52,9	5
Gansu	38,7	4	34,8	5	50,2	7
Xinjiang	38,0	5	38,5	4	36,5	9
I Mongolei	35,8	6	29,5	6	54,8	4
Qinghai	32,2	7	24,5	8	55,1	3
Ningxia	27,3	8	26,3	7	30,4	10
Tibet	25,0	9	16,2	10	51,3	6
Guizhou	24,7	10	11,7	11	63,5	1
Guangxi	19,1	11	17,5	9	23,9	11
Yunnan	12,0	12	11,6	12	13,0	12

5.4.3 Empirische Befunde anderer Studien

Gemäß dem zuvor ermittelten Standortranking stellen die drei Provinzen Chongqing, Shaanxi und Sichuan, deren Provinzhauptstädte künftig den Western Triangle Economic Circle bilden sollen, die attraktivsten Standorte in Westchina dar. Um sich ein noch umfassenderes Bild zu verschaffen, werden nachfolgend die empirischen Befunde zweier ausgewählter Studien, die sich ebenfalls mit der Standortattraktivität der (west-)chinesischen Provinzen bzw. ihrem Investitionsklima auseinandergesetzt haben, kurz dargestellt und erläutert.

In der Weltbank-Studie „Doing Business in China 2008“ wurde das Investitionsklima in den 30 chinesischen Provinzhauptstädten (exkl. Lhasa) anhand der vier unternehmensbezogenen Faktoren *Starting a Business* (Unternehmensgründung einer GmbH), *Registering Property* (Immobilienregistrierung), *Getting Credit* (Krediterhalt) und *Enforcing Contracts* (Durchsetzung von Verträgen) empirisch untersucht (vgl. WORLD BANK 2008b).⁹³ Wenngleich sich die Studie auf sehr unternehmensspezifische Standortfaktoren bezieht und auf Ebene der Provinzhauptstädte angesiedelt ist, so gibt sie indirekt jedoch wertvolle Hinweise auf die Standortattraktivität der westchinesischen Provinzen. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, das Chongqing die einzige westchinesische Provinzhauptstadt ist, die es, wenn auch äußerst knapp, unter die TOP 10 geschafft hat. Wie aus Tabelle 5.26 hervorgeht, folgen innerhalb der Westregion dahinter die Städte Chengdu (Sichuan), Hohhot (Innere Mongolei) und Xi'an (Shaanxi). Die Schlussgruppe bilden die Städte Guiyang (Guizhou), Nanning (Guangxi), Lanzhou (Gansu). Dies zeigt, dass von den im Zuge der WDS ausgewiesenen Wachstumspolen (alle Provinzhauptstädte; vgl. Abb. 4.8) die attraktivsten im dynamischen Provinzdreieck Chongqing-Sichuan-Shaanxi und in der unmittelbar benachbarten Inneren Mongolei liegen.

⁹³ Zur Methodik der Studie siehe unter WORLD BANK (2008: 27ff.).

Tab. 5.26: „Doing Business“ in den Provinzhauptstädten Westchinas (Rang) (vgl. WORLD BANK 2008b, S. 38f.)

Provinzhauptstadt (Provinz)	Starting a Business	Registering Property	Getting Credit	Enforcing Contracts	Rang Westchina (VR China von 30 Städten)
Chongqing	3	1	3	2	1 (10)
Chengdu (Sichuan)	4	3	1	7	2 (13)
Hohhot (I. Mongolei)	1	6	2	4	3 (13)
Xi'an (Shaanxi)	6	2	9	1	4 (17)
Urumqi (Xinjiang)	2	4	7	6	5 (20)
Yinchuan (Ningxia)	7	5	8	3	6 (23)
Xining (Qinghai)	5	7	4	9	7 (25)
Kunming (Yunnan)	5	8	5	10	8 (27)
Guiyang (Guizhou)	10	9	6	8	9 (28)
Nanning (Guangxi)	8	11	11	5	10 (29)
Lanzhou (Gansu)	9	10	10	11	11 (30)
Lhasa (Tibet)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Ein ähnliches Bild liefert auch das erst kürzlich von Roland Berger im Auftrag des BMWi durchgeführte Benchmarking (analytische Perspektive) der westchinesischen Provinzen.⁹⁴ Wie aus Tabelle 5.27 ersichtlich, ergibt sich eine nahezu identische Rangfolge wie beim in Kapitel 5.4.2.1 ermittelten Standort-Ranking. Auffällig ist lediglich, dass die Innere Mongolei beim Benchmarking die Spitzenposition einnimmt (+ 3 Plätze) und Xinjiang vier Plätze eingebüßt hat.

Tab. 5.27: BMWi-Benchmarking der westchinesischen Provinzen (eigene Zusammenstellung nach BMWi 2009, S. 104)

Provinz	Rangfolge Provinz-Benchmarking BMWi-Studie (analytische Perspektive)	Rangfolge Location-Index	Änderung Rangfolge gegenüber LocIn (+ / -)
I. Mongolei	1	4	+ 3
Chongqing	2	1	- 1
Shaanxi	3	2	- 1
Sichuan	4	3	- 1
Ningxia	5	6	+ 1
Guangxi	6	9	+ 3
Qinghai	7	7	+/- 0
Gansu	8	8	+/- 0
Xinjiang	9	5	- 4
Yunnan	10	12	+ 2
Tibet	11	11	+/- 0
Guizhou	12	10	- 2

Die Ergebnisse der beiden Studien sind demnach nahezu synchron mit dem im vorangegangenen Kapitel auf Basis des LocIn ermittelten Ranking, wonach die vier Provinzen Chongqing, Shaanxi, Sichuan und Innere Mongolei bzw. ihre Provinzhauptstädte die attraktivsten Standorte in Westchina darstellen. Es ließen sich keine extremen Abweichungen ausmachen, in denen die Bewertung/Einstufung der westchinesischen Provinzen komplett diametral zueinander ausgefallen ist. Dies zeigt, dass sich mit dem eigens entwickelten LocIn die Attraktivität der west-

⁹⁴ Die Kategorien auf denen das Benchmarking basiert sind: Marktattraktivität, Infrastruktur-Niveau, Kostenfaktoren, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Personal und Innovation, Rahmenbedingungen für den Geschäftsbetrieb; zur Methodik der vergleichenden Beurteilung der westchinesischen Provinzen siehe unter BMWi (2008: 101ff.).

chinesischen Provinzen als Investitionsstandort relativ gut abbilden und miteinander vergleichen lässt. Gleichwohl stellt der LocIn jedoch nur einen relativ groben Anzeiger für den Vergleich der Standortbedingungen in den westchinesischen Provinzen dar, da er sich auf die Provinzebene (Mesoebene) bezieht und dementsprechend branchen- bzw. standortspezifische Faktoren an potentiellen Zielstandorten (Mikroebene), wie beispielsweise vorhandene Zulieferer, Qualifikationsniveau des Personals, Lohnniveau, Mietpreise, Energiekosten etc., nicht berücksichtigt.

6 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK AUF DIE MITTELFRISTIGEN ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN WEST-CHINAS

6.1 ZUSAMMENFASSUNG

Ausgangspunkt der Arbeit bildeten die Feststellung, dass die endogenen Entwicklungspotentiale der Westregion nicht ausreichen, um aus eigener Kraft die Entwicklungslücke zu den höher entwickelten Küstenprovinzen zu schließen und der Versuch der chinesischen Zentralregierung mit der Ende 1999 initiierten „Go West“-Policy in der Region einen nachhaltigen Wachstums- und Entwicklungsschub auszulösen. Hieraus und aus den einleitenden Ausführungen wurden die folgenden Hauptziele der Arbeit abgeleitet:

1. Durchführung einer empirischen Analyse der Ost-West-Disparitäten und Identifizierung der Faktoren, die zu ihrer Entstehung und Verschärfung/Manifestierung beigetragen haben.
2. Darstellung, Analyse und Bewertung der „Go West“-Policy und Erörterung von flankierenden staatlichen Maßnahmen, die zur Minderung der Ost-West-Disparitäten beitragen könnten.
3. Eruierung der investiven Rahmenbedingungen für ausländische Unternehmen in Westchina und Vergleich der Attraktivität der westchinesischen Provinzen als Investitionsstandort.

Nachfolgend werden die wichtigsten **Erkenntnisse** und **empirischen Befunde**, die im Laufe der Arbeit herausgearbeitet wurden, zusammengefasst. Darauf aufbauend wird in einem **Ausblick** eine Einschätzung zu den mittelfristigen Entwicklungsperspektiven der Westregion abgegeben.

Die Durchführung der empirischen **Analyse der Ost-West-Disparitäten** hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

- Den Bezugsrahmen für die empirische Untersuchung der regionalen Disparitäten in China bildete der Überblick über theoretische Ansätze, mit denen versucht wird, die Frage zu beantworten, wie regionale Ungleichgewichte entstehen und ob sie sich langfristig nivellieren oder verstärken. Die einzelnen Ansätze werden ausführlich dargestellt und kritisch hinterfragt. Hierbei zeigt sich, dass die verschiedenen Theorien jeweils mit spezifischen Defiziten behaftet sind und sich daher eher ergänzen, als dass sie einander ersetzen können. Hieraus wird der Schluss gezogen, dass eine generelle Übertragbarkeit der in ihnen formulierten idealtypischen Verlaufsformen regionaler Disparitäten auf konkrete Länderbeispiele, und somit auch auf die VR China, nur bedingt gegeben ist. In diesem Kontext erfolgt der Hinweis, dass die chinesische Zentralregierung in Anlehnung an die Polarization-Reversal-Hypothese jedoch davon ausgeht, dass der Marktmechanismus langfristig zu einem Ausgleich regionaler Differenzen führen wird.
- Die regionalen Disparitäten zwischen Ost- und Westchina (Indikator Pro-Kopf-BIP) haben sich nicht erst im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik verschärft, sondern tendenziell bereits seit Anfang der 1960er Jahre; der heftigste Anstieg innerhalb des Beobachtungs-

zeitraumes (1952 bis 2008) hat sich jedoch in den 1990er Jahren vollzogen. Dies zeigt auf der einen Seite, dass Maos regionale Strukturpolitik, die eine ausgewogene/homogene Entwicklung aller Teilräume zum Ziel hatte, unter dem Strich nicht von Erfolg gekrönt war und auf der anderen Seite, dass die Dengsche Wirtschafts- und Regionalpolitik, da sie ihre Entwicklungspriorität auf die städtische Wirtschaft und die Küstenregion konzentriert und dabei auf Effizienz statt Gleichheit abgezielt hat, zu einem drastischen Anstieg der interregionalen Disparitäten geführt hat.

- Zwischen 2004 und 2008 konnte ein spürbarer und kontinuierlicher Rückgang der Ost-West-Disparitäten beobachtet werden; zuvor hatten sie sich 14 Jahre kontinuierlich verschärft. Hierbei wurde jedoch dargelegt, dass dieser nur vom im Vergleich zur Ostregion deutlich überdurchschnittlichen Wachstum einiger weniger westchinesischer Provinzen getragen wurde. Die empirische Untersuchung der interprovinziellen Disparitäten in der Westregion hat in diesem Kontext ergeben, dass diese sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts, nachdem sie zuvor knapp ein viertel Jahrhundert auf konstant niedrigem Niveau verharzt hatten, deutlich und kontinuierlich verschärft haben. Aus diesen beiden empirischen Befunden wird konkludiert, dass zwischen ihnen und der Ende 1999 initiierten WDS ein unmittelbarer Kausalzusammenhang besteht. Als Beleg hierfür dient nicht nur die Tatsache, dass die Zentralregierung im 10. FJP (2001-2005) festgelegt hatte, ihre regionalpolitischen Fördermaßnahmen im Rahmen der WDS zunächst auf bereits hinreichend entwickelte regionale Wachstumskerne in Westchina zu konzentrieren, sondern auch der Befund, dass im Zuge der WDS die Investitionsquote in Westchina deutlich von 35,3% (1999) auf 61,7% (2008) angestiegen ist. Hierfür verantwortlich sind in erster Linie die massiv gestiegenen staatlichen Investitionen in den Auf- und Ausbau der materiellen Infrastruktur in den westchinesischen Provinzen. Diese haben letztlich maßgeblich dazu beigetragen, dass die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP (in Preisen von 1990) in Westchina im Zeitraum 2004 bis 2008 um 1,4 Prozentpunkte höher ausgefallen ist als in Ostchina.
- Es wird aufgezeigt, dass die interregionalen Disparitäten im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau auch bei den Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Die empirische Analyse des Stadt-Land-Gefälles und der Einkommensunterschiede innerhalb der städtischen und ländlichen Bevölkerung hat ergeben, dass innerhalb beider Bevölkerungsgruppen, und hierbei insbesondere innerhalb der ländlichen Bevölkerung, ein stark ausgeprägtes Ost-West-Gefälle existiert und dass das Stadt-Land-Gefälle nahezu kontinuierlich von Osten nach Westen zunimmt. In diesem Zusammenhang wurde empirisch ermittelt, dass eine auf Grundlage der städtischen und ländlichen PKE auf Provinzebene gemessene Gesamtungleichheit (62 Untersuchungseinheiten) nicht, wie man hätte erwarten können, von den interregionalen Disparitäten (Ost-Mitte-West), sondern primär vom Stadt-Land-Gefälle dominiert wird. Hieraus wird die Schlussfolgerung gezogen, dass der wesentliche Schlüssel zur Verringerung der räumlichen Entwicklungsunterschiede innerhalb Chinas in der Reduzierung des im internationalen Vergleich stark ausgeprägten Stadt-Land-Gefälles liegt.

- Mit dem ermittelten Zeitbedarf des wirtschaftlichen Konvergenzprozesses der Westregion an den ostchinesischen Durchschnitt wird schließlich dargelegt, dass eine Halbierung, geschweige denn eine Nivellierung, der Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft, sofern diese überhaupt jemals eintreten sollte, selbst bei einem konstant hohen und anhaltenden Wachstumsvorsprung Westchinas gegenüber Ostchina noch in sehr weiter Ferne liegt. Nach derzeitigem Stand kann man eher davon ausgehen, dass es in den kommenden Dekaden nur einigen westchinesischen Provinzen gelingen wird, sich langsam aber stetig dem durchschnittlichen Entwicklungsniveau Ostchinas anzunähern. Als bedeutende regionale Wachstumszentren innerhalb des westchinesischen Wirtschaftsraumes haben sich in den vergangenen Jahren das Provinzdreieck Chongqing-Sichuan-Shaanxi sowie die beiden autonomen Provinzen Innere Mongolei und Xinjiang herauskristallisiert.
- Die dezidierte Analyse der Ursachenfaktoren, die explizit den stark ausgeprägten Ost-West-Disparitäten zugrunde liegen bzw. zu ihrer Verschärfung/Manifestierung beigetragen haben, ergibt, dass sie das Ergebnis eines für China spezifischen komplexen Zusammenspiels naturräumlicher, sozialer, demographischer, wirtschaftlicher, politischer, soziokultureller und historischer Faktoren sind.

Die eingehende **Auseinandersetzung mit der „Go West“-Policy** hat zu folgenden Erkenntnissen geführt:

- Zunächst wird die Initiierung der „Go West“-Policy als Indiz dafür gewertet, dass innerhalb der Zentralregierung der politische Wille vorhanden ist, das persistente Ost-West-Gefälle zu mindern oder zumindest ein weiteres Auseinanderdriften der Regionen zu verhindern. Ihre Implementierung zeigt, dass die Zentralregierung die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen ihrer bis Mitte der 1990er Jahre zugunsten der Küstenprovinzen betriebenen Regionalpolitik mittlerweile kritisch beurteilt und dementsprechend eine Balance zwischen ausgleichs- und wachstumsfördernden Zielen in der Regionalpolitik zu finden versucht.
- Im Hinblick auf den institutionellen und organisatorischen Rahmen in den die WDS eingebettet ist, wird dargelegt, dass sowohl die politisch-institutionelle Kapazität der LGWRD als auch die organisatorische Effektivität der OLGWRD Schwächen aufweist, da beide über keine eindeutig definierten Kompetenzen verfügen, sondern lediglich mit vage formulierten Beratungs- bzw. Koordinationsfunktionen ausgestattet sind. Gleichwohl wird die personelle Zusammensetzung der LGWRD jedoch als Indiz dafür gewertet, dass die von ihr erarbeiteten politischen Präferenzen den Entscheidungsfindungsprozess innerhalb der Zentralregierung nachhaltig beeinflussen.
- Es wird aufgezeigt, dass die Zentralregierung mit der WDS im Vergleich zu den anderen von ihr initiierten regionalen Entwicklungsstrategien (*Strategy of Rejuvenating Northeast China* und *Rise of Central China Strategy*) ein weitaus breiter gefächertes Spektrum von sich zum Teil überlappenden wirtschafts-, regional-, umwelt-, außen-, innen-, sicherheits-, partei-, gesellschafts- und sozialpolitischen Zielen verfolgt. Aus diesem Spektrum heraus wurden die folgenden vier übergeordneten Zielkomplexe/Schwer-

punktt Themen der „Go West“-Policy abgeleitet: Minderung der Ost-West-Disparitäten, Förderung/Integration ethnischer Minderheitsgebiete, Verbesserung der Umweltbedingungen und Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Kritisch bewertet wird in diesem Zusammenhang, dass die bis heute veröffentlichten offiziellen Dokumente zur WDS keine eindeutige Zielhierarchie vorgeben und somit auch nicht aus ihnen hervorgeht, wie mit potentiell auftretenden Zielkonflikten verfahren werden soll.

- Die Analyse der konzeptionellen Ausgestaltung der WDS und ihrer inhaltlichen Ausrichtung ergibt, dass die Zentralregierung unter regionalpolitischen Gesichtspunkten in Westchina keine flächendeckende Förderung betreibt, sondern ihre regionalpolitischen Fördermaßnahmen zunächst auf bereits hinreichend entwickelte regionale Wachstumskerne konzentriert und sich dabei weitestgehend darauf beschränkt, die wirtschaftsrelevanten/standortspezifischen Rahmenbedingungen, sprich das Investitionsklima, in der Region zu verbessern. Die Betrachtung der schwerpunktmäßigen Ausrichtung der WDS zeigt, dass sie sich hierbei im Wesentlichen infrastruktur- und investitionspolitischer Maßnahmen bedient. Positiv bewertet wird in diesem Zusammenhang, dass die Zentralregierung mit ihren Maßnahmen, anders als in der Vergangenheit (z.B. Phase des „Großen Sprung nach vorn“), so gut wie gar nicht dirigistisch in das Wirtschaftsgeschehen eingreift und auf einen „Big Push“ setzt, sondern vielmehr eine graduelle Entwicklung Westchinas anstrebt.
- Im Hinblick auf die Verwendung der staatlichen Fördermittel wird kritisch beleuchtet, dass diese bisher überwiegend in die Realisierung groß angelegter Infrastruktur- und Energieprojekte und nur in geringem Maße in die Verbesserung der sozialen und personellen Infrastruktur sowie in die ländliche Entwicklung geflossen sind. In diesem Kontext wird auch thematisiert, dass die Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Effektivität des Fördermitteleinsatzes und der sozioökonomische Nutzen einiger Großprojekte für die lokale Bevölkerung einer kritischen Hinterfragung bedarf. Die einseitige Verwendung der staatlichen Fördermittel wird schließlich damit erklärt, dass die damalige SDPC (seit 2003 Teil der NDRC), zu deren klassischen Aufgaben die Realisierung von Schlüssel-/Großprojekten gehörte, die inhaltliche und strategische Ausrichtung der WDS mit am nachhaltigsten beeinflusst hat. In diesem Kontext wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Zentralregierung parallel zur WDS mehrere spezifische und vom Fördermittelumfang durchaus umfangreiche Programme im Sozial- und Bildungsbereich sowie zur ländlichen Entwicklung aufgelegt hat.
- Als wesentlicher Kritikpunkt an der Konzeption der WDS wird schließlich die räumliche Abgrenzung/Definition der Westchina-Förderregion vorgetragen. Der Westen Chinas stellt nämlich keinen homogenen Wirtschafts- und Naturraum dar. In Anbetracht der ausgeprägten Heterogenität der Westchina-Förderregion wird die Befürchtung geäußert, dass die im Zuge der WDS ergriffenen regionalpolitischen Fördermaßnahmen nicht hinreichend auf die provinzspezifischen Bedürfnisse und Defizite abgestimmt sind. Hieraus wird abgeleitet, dass eine flexiblere Definition der Fördergebiete im Hinblick auf Zielbereiche mit prioritärem Handlungsbedarf (z.B. Verbesserung der infrastrukturellen Ausstat-

tung, Optimierung der Wirtschaftsstruktur etc.) sinnvoller wäre, da dies einen effektiveren Mitteleinsatz ermöglichen würde.

- Die Wirkungsanalyse der WDS hat ein ambivalentes Bild in Bezug auf die Frage nach ihrer Effektivität und ihrem Nutzens ergeben. Auf der einen Seite kann aufgezeigt werden, dass sich in Westchina seit ihrer Initiierung bereits in vielen Bereichen beachtliche Fortschritte eingestellt haben, auf der anderen Seite jedoch nach wie vor enormer Aufhol- und damit Handlungsbedarf seitens der Zentralregierung besteht, da sich die Entwicklungsunterschiede zwischen Ost und West nur marginal verringert haben. Dass die WDS in der Westregion bereits einen spürbaren Wachstums- und Entwicklungsschub ausgelöst hat, wird anhand ausgewählter wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren belegt. Positiv hervorgehoben wird in diesem Kontext, dass sich dieser Aufholprozess unter dem Eindruck des Ende 2001 erfolgten Beitritts Chinas zur WTO vollzogen hat. Viele Ökonomen und Regionalwissenschaftler hatten seinerzeit prophezeit, dass der WTO-Beitritt einen beschleunigten Anstieg des Regionalgefälle nach sich ziehen wird. Der wirtschaftliche Aufschwung bewirkt auch eine spürbare Anhebung des Lebensstandards der westchinesischen Bevölkerung. Stimulierend auf die wirtschaftliche Entwicklung der westchinesischen Randprovinzen wirkt sich zusehends auch ihre im Zuge der WDS deutlich verbesserte infrastrukturelle Anbindung an ihre unmittelbaren Nachbarstaaten aus. Diese hat nicht nur zu einer deutlichen Belebung ihres grenzüberschreitenden Handels geführt, sondern besitzt darüber hinaus auch eine hohe Signifikanz für ihre Einbindung in subregionale Wirtschaftsoperationen (Yunnan und Guangxi → GMS; Xinjiang → CAREC; Guangxi → PBGEC).
- Die Erörterung der flankierenden Maßnahmen, die zur Minderung des persistenten Ost-West-Gefälles beitragen könnten, hat folgendes ergeben: Ein wesentlicher Schlüssel zur Minderung der räumlichen Ungleichgewichte in der VR China liegt in der Reduzierung des im internationalen Vergleich stark ausgeprägten Stadt-Land-Gefälles. Dies impliziert, dass die Zentralregierung ihre Förderpolitik künftig noch stärker darauf ausrichten sollte, der ländlichen Wirtschaft in Westchina einen Entwicklungs- und Modernisierungsschub zu versetzen. Sie sollte deutlich mehr Fördermittel für die ländliche Industrialisierung, zur Steigerung der Produktivität im Agrarsektor und zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum zur Verfügung stellen. In Anbetracht, dass die notwendige Modernisierung des Agrarsektors die Freisetzung von ländlichen Arbeitskräften weiter beschleunigen wird, drängen sowohl in- als auch ausländische Experten darauf, dass die Zentralregierung das aus Sicht der ländlichen Bevölkerung diskriminierende Hukou-System grundlegend reformiert, parallel dazu den Urbanisierungsprozess in Westchina weiter beschleunigt und ein adäquates und flächendeckendes Sozialversicherungssystem auf dem Land implementiert. Ein weiteres oft genanntes politisches Konzept zur nachhaltigen Förderung der westchinesischen Provinzen stellt die grundlegende Reform des chinesischen Fiskalsystems dar. Das Reformkonzept sieht im Kern eine Verbesserung des Finanzausgleichssystems zwischen den einzelnen Verwaltungsregionen und die Implementierung eines funktionierenden und flächendeckenden Einkommenssteuersystems, also den Ausbau der staatlichen Finanztransfers von Ost nach West und die

Durchsetzung einer gerechten Einkommenssteuer, vor. Chinesische Wirtschaftsexperten regen in diesem Zusammenhang auch die Einrichtung eines Entwicklungsfonds für Westchina an, der durch eine in den ostchinesischen Provinzen erhobene „Westchina-Erschließungssteuer“ finanziert werden soll. Ein anderes grundlegendes Konzept zur Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung in Westchina stützt sich demgegenüber auf die Stärkung der Marktkräfte in der Region und zielt dabei im Wesentlichen auf eine uneingeschränkte Mobilität der Produktionsfaktoren sowie die Schaffung eines regional übergreifenden Güter- und Dienstleistungsmarktes ab. Die Protagonisten, die auf mehr Wettbewerb und eine freie Entfaltung des Marktes drängen, fordern unter anderem den Abbau willkürlicher und markthinderlicher Regulierungen durch Staatsorgane, ein Zurückdrängen des Staates als Produzent und Nachfrager und einen Abbau der nach wie vor bestehenden Mobilitätsschranken für den Produktionsfaktor Arbeit.

Die **Eruierung der investiven Rahmenbedingungen**, die ausländische Unternehmen in Westchina vorfinden und der **Vergleich der Standortattraktivität der westchinesischen Provinzen** erfolgte in Kapitel 5. Folgende Erkenntnisse bzw. Ergebnisse sind festzuhalten:

- Der westchinesische Wirtschaftsraum ist seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik als Zielregion für ADI bisher kaum in Erscheinung getreten ist. In diesem Zusammenhang wird auch aufgezeigt, dass sich nicht nur im Osten des Landes regionale Schwerpunkte bei der Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen abzeichnen, sondern auch in Westchina. Die deutliche und im Vergleich zu Ost- und Gesamtchina überdurchschnittliche Zunahme des ADI-Zuflusses in die Westregion in den vergangenen Jahren (2005-2008) wird indes als Indiz dafür gewertet, dass die im Zuge der WDS ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas offenbar beginnen, ihre Wirkung zu entfalten.
- Die Analyse der im Rahmen der WDS gewährten „Preferential Policies“ für potentielle Investoren aus dem In- und Ausland und des regionsspezifischen CatCWR hat offenbart, dass die chinesische Zentralregierung in den westchinesischen Provinzen primär die Ansiedlung von ressourcen-, arbeits-, flächen- und umweltintensiver Branchen und Industriebetrieben forciert und die Westregion aufgrund ihrer komparativen Vorteile im Energie- und Rohstoffsektor graduell zur Energie- und Rohstoffbasis Chinas ausgebaut werden soll. Die im CatCWR aufgeführten Einzelpunkte, die in den Genuss einer bevorzugten steuerlichen Behandlung kommen und einem vereinfachten Genehmigungsverfahren unterliegen, decken im Wesentlichen die Bereiche Landwirtschaft, Infrastruktur, Energie-/Rohstoffindustrie, Umweltschutz und Tourismus ab.
- Die Erörterung der wesentlichen Motive und Hemmnisse, die aus Investorensicht für bzw. gegen ein Engagement in Westchina sprechen, ergibt: Zu den Hauptmotiven zählen der wachsende Konsumentenmarkt, dass bereits Kunden dort vertreten sind, bisher wenig Konkurrenz vor Ort ist, die geographische Nähe zu anderen asiatischen Wachstumsmärkten, der Ressourcenreichtum der Westgebiete sowie das im Vergleich zur Küstenregion niedrigere Kostenniveau. Zu den größten Hemmnissen gehören demgegenüber der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, dass die lokalen Behörden und Partner häufig

über wenig Erfahrung mit ADI verfügen, die periphere Lage der Provinzen und ihre immer noch lückenhafte infrastrukturelle Erschließung sowie die vorhandenen Defizite bei den weichen Standortfaktoren. Vor diesem Hintergrund wird resümiert, dass die Zentralregierung künftig im Rahmen ihrer „Go West“-Policy neben dem Aufbau einer kompletten Infrastruktur stärker ihren Fokus darauf richten sollte, den wirtschaftlichen Liberalisierungsprozess bzw. den Abbau von Markthindernissen in der Region zu beschleunigen, ein unternehmerfreundliches und internationalen Standards entsprechendes Investitionsumfeld zu schaffen und durch Investitionen in den Bildungssektor die Humankapitalausstattung zu verbessern.

- Mit dem eigens entwickelten LoIn, der verschiedene relevante Standortfaktoren zu einer einzigen Kennzahl verdichtet und sich aus den beiden Teilindizes »Niveau« (2007) und »Dynamik« (2000-2007) zusammensetzt, wird ein Standortranking durchgeführt, um die Standortattraktivität der westchinesischen Provinzen miteinander vergleichen zu können. Ihre Attraktivität als Investitionsstandort wird dabei durch die drei Determinantengruppen bzw. standortrelevanten Bereiche Wirtschaftskraft, infrastrukturelle Ausstattung und Innovationsfähigkeit abgebildet. Das Standortranking erbringt folgende Ergebnisse: Die attraktivsten Investitionsstandorte innerhalb des westchinesischen Wirtschaftsraumes stellen die drei Provinzen Chongqing, Shaanxi und Sichuan dar. Ihre Provinzhauptstädte sind es auch, die offiziellen Planungen zufolge künftig den Western Triangle Economic Circle bilden sollen. Mit deutlichem Abstand zur Spitzengruppe nehmen die Provinzen Guizhou, Tibet und Yunnan die letzten Plätze ein. Die Gegenüberstellung der Ergebnisse, die die Provinzen jeweils beim Niveau- und Dynamik-Ranking erzielt haben, zeigt: Mit Ausnahme von Guizhou konnten die vom Niveau (2007) her rückständigsten Provinzen (Guangxi, Tibet und Yunnan) im Untersuchungszeitraum (2000-2007), also seit Initiierung der WDS, auch die geringsten Fortschritte in den drei standortrelevanten Bereichen erzielen. Dieser Befund wird in erster Linie damit erklärt, dass die chinesische Zentralregierung ihre (förder-)politischen Maßnahmen bisher schwerpunktmäßig auf bereits hinreichend entwickelte Wachstumszentren in Westchina konzentriert hat. Obschon sich mit dem LoIn die Attraktivität der westchinesischen Provinzen als Investitionsstandort relativ gut abbilden und miteinander vergleichen lässt, muss abschließend darauf hingewiesen werden, dass er letztlich nur einen relativ groben Anzeiger für den Vergleich der Standortbedingungen darstellt, da er sich auf die Provinzebene (Mesoebene) bezieht und dementsprechend branchen- bzw. standortspezifische Faktoren an potentiellen Zielstandorten (Mikroebene) nicht berücksichtigt.

6.2 AUSBLICK AUF DIE ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN WESTCHINAS IN DEN KOMMENDEN DEKADEN

Da der Westen Chinas keinen homogenen Wirtschafts- und Naturraum darstellt und die westchinesischen Provinzen dementsprechend über unterschiedliche Entwicklungspotentiale und –defizite verfügen, lässt sich zunächst konstatieren, dass sie auch grundlegend verschiedene Entwicklungsperspektiven aufweisen. Hinzu kommt, dass die schwerpunktmäßige Ausrichtung

der WDS, sich zunächst auf die Förderung bereits hinreichend entwickelter regionaler Wachstumskerne in Westchina zu konzentrieren, dazu führen wird, dass sich in der Region ein regional differenziertes Wirkungsmuster der „Go West“-Policy vollziehen wird. Hieraus lässt sich ableiten, dass mittelfristig eine unterschiedliche Steigerung der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Westprovinzen eintreten wird. Es ist daher zu erwarten, dass sich die interprovinziellen Disparitäten, wie sich in den vergangenen Jahren seit Initiierung der WDS bereits abgezeichnet hat, innerhalb der Westregion weiter verschärfen werden. Dies bedeutet jedoch auch, dass es der Region als Ganzes in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, das Entwicklungsniveau der prosperierenden Küstenprovinzen zu erreichen, zumal die zum Teil ungünstigen naturräumlichen Bedingungen in den Provinzen Westchinas und ihre periphere Lage im chinesischen Wirtschaftsraum dies nicht zulassen. Im Verlauf der Arbeit hat sich herauskristallisiert, dass das Provinzdreieck Chongqing-Sichuan-Shaanxi sowie die beiden autonomen Provinzen Xinjiang und Innere Mongolei die wachstumsstärksten Investitions- und Wirtschaftsstandorte im westchinesischen Wirtschaftsraum bilden. Insbesondere die regierungsunmittelbare Stadt Chongqing, die aufgrund ihrer prädestinierten Lage am Yangtze auch als „Tor zum Westen“ bezeichnet wird, hat sich in den vergangenen Jahren zu einem bedeutenden Bindeglied zwischen den boomenden Küstenregionen und dem westchinesischen Hinterland entwickelt. Darüber hinaus eröffnet die zunehmende Verflechtung der westchinesischen Randprovinzen mit den Ökonomien ihrer asiatischen Nachbarländer neue Chancen für ihre wirtschaftliche Entwicklung.

Wie weiter oben bereits dargelegt, hat die Zentralregierung nach zehnjähriger Laufzeit ihrer „Go West“-Policy eine positive Bilanz der erzielten Entwicklungsfortschritte in der Westregion gezogen. Der anfängliche Optimismus, den Westen Chinas bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts in einen „... *prosperous and advanced new West where life is stable, ethnic groups are united and the landscape is beautiful*“ (OLGWRD 2002) zu verwandeln, ist jedoch mittlerweile einer realistischen Einschätzung des politisch Machbaren gewichen. Es ist unstrittig, dass die WDS in den Westprovinzen bereits in vielen Bereichen einen beachtlichen Entwicklungsschub ausgelöst hat. Es hat sich jedoch gezeigt, dass der angestrebte Nivellierungs- bzw. Diffusionsprozess nicht nur wesentlich mehr Zeit benötigen wird als veranschlagt, sondern auch deutlich mehr staatliche Finanzmittel in Anspruch nehmen wird. Gerade im Hinblick auf das seit Jahren steigende Haushaltsdefizit stellt sich daher die Frage, ob auch in Zukunft ausreichend staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden können, um die ambitionierten Ziele, die die Zentralregierung mit ihrer „Go West“-Policy verknüpft, zu realisieren. In diesem Kontext zeichnet sich eine weitere Konfliktlinie ab: Auf der einen Seite darf sie zur Wahrung der inneren Stabilität und zur Aufrechterhaltung des machtpolitischen Status Quo die strukturschwachen Gebiete im Hinterland auch künftig nicht vernachlässigen. Auf der anderen Seite muss sie jedoch auch denen als Motor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung fungierenden Küstenprovinzen auch künftig eine übergeordnete Rolle beimessen, damit diese den Anschluss an die global führenden Industrienationen herstellen können. Dies bedeutet, dass eine der künftigen Kernaufgaben der Zentralregierung darin bestehen wird, eine angemessene Balance zwischen wachstumsfördernden und ausgleichsorientierten Zielen in der Regionalpolitik zu finden. Letzten Endes kommt die Zentralregierung nicht umhin, zumal sie keine dauerhafte Alimentierung Westchinas an-

strebt, sich auch in Zukunft darauf zu beschränken, adäquate wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Westchina zu schaffen und darauf zu hoffen, dass ihre Maßnahmen dort einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung auslösen und sie den Einsatz von Fördermitteln wieder auf ein Normalmaß reduzieren kann.

Der Erfolg der bisher diskutierten Maßnahmen zur Entwicklung Westchinas hängt jedoch maßgeblich davon ab, ob es der Zentralregierung gelingen wird, die in den Westgebieten lebenden Minderheiten unter Wahrung ihrer kulturellen und religiösen Identität zu integrieren. Parallel dazu ist es notwendig, die Minderheiten in den Prozess des wirtschaftlichen Aufschwungs mit einzubeziehen. Dadurch könnten die zentrifugalen Tendenzen insbesondere unter den ethnischen Minderheiten in den tibetisch und muslimisch dominierten Gebieten abgeschwächt werden.

Grundsätzlich sollte man bei der Diskussion über die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen Chinas bedenken, dass in großen Flächenstaaten wie der VR China regionale Disparitäten zwangsläufig auftreten. LIEFNER (2010: 17) stellt in diesem Zusammenhang fest, dass interregionale Disparitäten im sozioökonomischen Entwicklungsstand eher die Regel als die Ausnahme sind und in bestimmten Fällen sogar Ausdruck einer effizienten räumlichen Wirtschaftsstruktur sein können. Im Falle Chinas kann jedoch immer noch von keiner effizienten Wirtschaftsstruktur die Rede sein. Zu wenig stark ist der Binnenmarkt ausgeprägt, zu wenig können die Regionen ihre komparativen Vorteile ausspielen, zu wenig sind die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital bewegungsfrei und zu wenig ist die ländliche mit der städtischen Wirtschaft integriert. Ferner zeigt sich, dass die regionalen Wachstumskerne immer noch unzureichend miteinander vernetzt sind. Die Zentralregierung sollte demnach künftig ihr Hauptaugenmerk darauf richten, die Wirtschaftsstruktur effizienter zu gestalten, die Faktormobilität zu erhöhen und den lokalen Protektionismus zu bekämpfen. Hierbei sollte man jedoch nicht vergessen, dass dem Handlungsspielraum der chinesischen Zentralregierung natürliche Grenzen gesetzt sind, zumal die wirtschaftliche Entwicklung der chinesischen Regionen zunehmend nicht nur von internen, sondern auch von externen Determinanten beeinflusst wird.

Die Frage, ob es der chinesischen Zentralregierung gelingen wird, ihre ambitionierten Ziele, die sie mit ihrer „Go West“-Policy verfolgt (vgl. Tab. 4.1), zu erreichen, kann an dieser Stelle aufgrund der vielen, teils unberechenbaren Faktoren, die die zukünftige Entwicklung Chinas beeinflussen können, nicht abschließend beantwortet werden. Unstrittig dürfte jedoch sein, dass die wesentliche Grundvoraussetzung zur Erreichung der Zielvorgaben in der Gewährleistung stabiler wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen liegt. Abschließend sei noch einmal darauf hingewiesen, dass der chinesische Wirtschaftsaufschwung in zunehmendem Maße zu Lasten der Umwelt geht. Dies bedeutet, dass die Nachhaltigkeit des chinesischen Wirtschaftswachstums unter den momentanen Bedingungen nicht gewährleistet ist. Die chinesische Zentralregierung sollte daher im Rahmen ihrer „Go West“-Policy umweltpolitische Ziele künftig noch intensiver verfolgen. In diese Richtung zielt auch die Aussage des Vizedirektors der OLGWRD, Li Zibin, der feststellt, dass *„... if we do not change the current growth model, which is marked by aggressive consumption of resources and ease the pressure on the environment from industrialization and urbanization, development in the West cannot be sustained.“* (CHINA DAILY 19.11.2004).

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- ADB (ASIAN DEVELOPMENT BANK) (2001): Technical Assistance to the People's Republic of China for Western Region Human Resource Development. Technical Assistance Completion Report TA 3799-PRC. Abrufbar unter: <http://www.adb.org/Documents/TACRs/PRC/35079-PRC-TACR.pdf> (Stand: 02.01.2008).
- ADB (ASIAN DEVELOPMENT BANK) (2002a): The 2020 Project: Policy Support in the People's Republic of China. Manila.
- ADB (ASIAN DEVELOPMENT BANK) (2002b): Development Management: Progress and Challenges in the People's Republic of China. Manila.
- ADB (ASIAN DEVELOPMENT BANK) (2003): Attracting FDI to Western China. Final Report: TA 3806-PRC.
- ALPERMANN, B. (2004): Dimensionen sozialer Probleme in der VR China- regionale und sektorale Facetten. In: KUPFER, K. (Hrsg.): „Sprengstoff in China?“ – Dimensionen sozialer Herausforderungen in der Volksrepublik. Focus Asien Nr. 17, S. 7-19.
- AMINHE, M.P. (2006): Die Politik der USA, der EU und Chinas in Zentralasien. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 4/2006, S. 11-18.
- ANDERSON, E. & H. GATIGNON (1986): Modes of Foreign Entry: A Transaction Cost Analysis and Propositions. In: Journal of International Business Studies. 17, Heft 3, S. 1-26.
- ARLT, W. (2001): Entwicklung und Entwicklungsprobleme der Politik, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur des Tumen River Economic Development Area (TREDA) in Nordostasien 1990 – 2000. Dissertation, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Berlin.
- ARNSBERG, J. v. (2006): Europa erwartet 100 Millionen Touristen aus China. In: Eurasisches Magazin, Heft 3, S. 21–22.
- A.T. KEARNEY (2008): New Concerns in an Uncertain World: The 2007 A.T. Kearney Foreign Direct Investment Confidence Index. Vienna.
- AUSTRALIAN DEPARTMENT OF FOREIGN AFFAIRS AND TRADE (ADFAT) (1997): China Embraces the Market: Achievement, Challenges, and Opportunities. East Asia Analytical Unit. Canberra.
- AUSWÄRTIGES AMT (2009): Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Deutschland (Stand: April 2009). Abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/China/Bilateral.html#t4> (Stand: 18.09.2009).
- BÄCKER, G. et al. (2008): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung. 4. Auflage. VS Verlag, Wiesbaden.
- BAHRENBURG, G. et al. (1990): Statistische Methoden in der Geographie 1. 3. Auflage. Teubner, Stuttgart.
- BAHRENBURG, G. et al. (1992): Statistische Methoden in der Geographie 2. 2. Auflage. Teubner, Stuttgart.
- BAIROCH, P. (1982): International Industrialization Levels from 1750 to 1980. In: The Journal of European Economic History. 11, Heft 2, S. 269-311.
- BATHELT, H. & J. GLÜCKLER (2002): Wirtschaftsgeographie: Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive. Ulmer, Stuttgart.
- BECKER, J. & T. LOOSE (2006/07): Reform der Unternehmensbesteuerung: Neues Unternehmenssteuergesetz verabschiedet. In: PRICEWATERHOUSECOOPERS (Hrsg.): China Compass. Ausgabe Winter 2006/Frühjahr 2007, S. 10-12.

- BEIJING RUNDSCHAU (26.11.2007): Steigende Investitionen in Westchina. Abrufbar unter: http://german.beijingreview.com.cn/nachrichten/txt/2007-11/26/content_87138.htm (Stand: 24.12.2009).
- BEITEN BURKHARDT (2007): Unternehmenssteuerreform für Unternehmen in der VR China – Auswirkungen für ausländische Investoren. China Newsletter Special Edition April 2007. Abrufbar unter: http://www.bblaw.com/uploads/media/China_April_deutsch_2007.pdf (Stand: 02.09.2009).
- BfAI (BUNDESAGENTUR FÜR AUßENWIRTSCHAFT) (2007a): Provinz Fujian lockt vor allem Taiwaner Investoren. Abrufbar unter: http://www.gtai.de/ext/Export-Einzelsicht/DE/Content/___SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument,templateId=renderPrint/MKT_20070511113758.pdf (Stand: 04.09.2009).
- BfAI (BUNDESAGENTUR FÜR AUßENWIRTSCHAFT) (2007b): Wirtschaftstrends VR China Jahreswechsel 2007/08. Köln.
- BfAI (BUNDESAGENTUR FÜR AUßENWIRTSCHAFT) (2007c): China im Umgang mit Auslandsinvestitionen wählerisch. Abrufbar unter: http://www.bfai.de/ext/Export-Einzelsicht/DE/Content/___SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument,templateId=renderPrint/MKT200711158002.pdf (Stand: 04.09.2009).
- BfAI (BUNDESAGENTUR FÜR AUßENWIRTSCHAFT) (2008): Hohe Dynamik bei ausländischen Direktinvestitionen. Abrufbar unter: http://www.gtai.de/ext/Export-Einzelsicht/DE/Content/___SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument,templateId=renderPrint/MKT_200807238008.pdf (Stand: 04.09.2009).
- BfAI et al. (2008): Westchina und das Pan-Perflussdelta: Geschäfts- und Investitionschancen in den Inneren Provinzen Chinas. Köln.
- BHALLA, A. et al. (2003): Causes of Inequalities in China, 1952 to 1999. In: Journal of International Development. 15, Heft 8, S. 939-955.
- BILS, B. (2005): What determines regional inequality in China? A survey of the literature and official data. The Bank of Finland Institute for Economies in Transition (BOFIT) Online 4/2005.
- BMWi (BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE, Hrsg.) (2009): Die Go-West-Strategie der chinesischen Regierung: Chancen für die deutsche Wirtschaft? Hamburg.
- BOHNET, A. (2002): In China wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer. In: Spiegel der Forschung. Heft 1/2002, S. 57-63.
- BÖHRET, C. (1982): Handlungsspielräume und Steuerungspotential der regionalen Wirtschaftsförderung: Eine empirische Untersuchung anhand von zwei Programmen in zwei Bundesländern. Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 67. Nomos, Baden-Baden.
- BOSSE, F. & M. SCHÜLLER (1998): Ausländische Direktinvestitionen in der VR China: Neuere Entwicklungen in den 90er Jahren und die besondere Rolle Japans. In: GIGA INSTITUT FÜR ASIEN-STUDIEN (Hrsg.): China Aktuell, Dezember 1998, S. 1320-1333.
- BRANDT, T. (2000): Asia in those Days – A Glimpse Into the Past: The Social Life of Europeans in Asia from 16th through the 19th Centuries. Bad Oldesloe.
- BRAUER, B. (2006): Vom Westen stark überbewertet: Die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit. In: DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.): Das Parlament, Nr. 30-31, S. 10.
- BRUCKER, A. et al. (Hrsg., 1983): Diercke Länderlexikon. Westermann, Braunschweig.
- CAI, F. (2003): Rural Urban Income Gap and Critical Point of Institutional Change. Population and Labor Economics Research Institute Working Paper, Nr. 37.

- CAITEC (CHINESE ACADEMY OF INTERNATIONAL TRADE AND ECONOMIC COOPERATION) (2008): Development Zones: Cities, Areas & Provinces. Abrufbar unter: <http://www.entrancechina.org/index.php?id=106> (Stand: 24.08.2009).
- CAREC (CENTRAL ASIA REGIONAL ECONOMIC COOPERATION) (2006): Comprehensive Action Plan Central Asia Regional Economic Cooperation. Abrufbar unter: www.adb.org/Documents/Books/CAREC-Comprehensive-Action-Plan/action-plan.pdf (Stand: 12.08.2009).
- CAREC (CENTRAL ASIA REGIONAL ECONOMIC COOPERATION) (2008): Implementation Plan for the Transport and Trade Facilitation Strategy. Abrufbar unter: www.adb.org/documents/events/2008/7th-CAREC-Ministerial-Conference/CAREC-TTFS-plan-en.pdf (Stand: 23.08.2009).
- CATIN, M. et al. (2005): Openness, industrialization and geographic concentration of activities in China. World Bank Policy Research Working Paper, Nr. 3706.
- CDRF & UNDP (CHINA DEVELOPMENT RESEARCH FOUNDATION & UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME) (2005): China Human Development Report 2005. China Translation & Publishing Corporation. Beijing.
- CENTRAL PEOPLE'S GOVERNMENT OF THE PRC: Report on the Work of the Government (2000). Abrufbar unter: <http://english.people.com.cn/features/workreport/> (Stand: 12.02.2009)
- CHAUDHURI, S. & M. RAVALLION (2007): Partially Awakened Giants: Uneven Growth in China and India. In: WINTERS, L.A. & S. YUSUF (Hrsg.): Dancing with Giants: China, India, and the Global Economy, S. 157-188. Washington D.C.
- CHEN, D. (2001): Problems of Economic Development in Inland China and the Strategy for Developing the Western Region. In: ONISHI, Y. (Hrsg.): China's Western Development Strategy: Issues and Prospects. IDE Spot Survey, December 2001, S. 31-41.
- CHEN, S. & M. RAVALLION (2008): The Developing World Is Poorer Than We Thought, But No Less Successful in the Fight against Poverty. World Bank Policy Research Working Paper, Nr. 4703.
- CHEN, Y.Q. & N. WENYUAN (2004): Geographical Background and Sustainable Development. In: YEUNG, Y.M. & J. SHEN (Hrsg.): Developing Chinas West: A Path to Balanced National Development, S. 51-77.
- CHEN, X.-P. & C.C. CHEN (2004): On the Intricacies of the Chinese Guanxi: A Process Model of Guanxi Development. In: Asia Pacific Journal of Management. 21, S. 305-324.
- CHENG, L. (2005): Die Bedeutung des WTO-Beitritts für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas: Eine betriebs- und gesamtwirtschaftliche Analyse. DUV, Wiesbaden.
- CHENG, S. (2008): Fostering Entrepreneurship and Enterprise Development in China: A Policy Review. In: Journal of the Washington Institute of China Studies. 3, Heft 1, S. 52-62.
- CHIN, G.T. (2004): The Politics of China's Western Development Initiative. In: LU, D. & A.W. NEILSON (Hrsg.): China's West Region Development: Domestic Strategies and Global Implications, S. 137-174.
- CHINA DATA CENTER (o.J.): Tabulation on the 2000 Population Census by Province. University of Michigan. Abrufbar unter: <http://chinadatacenter.org/chinadata/umuser/census2000/en/index.htm> (Stand: 12.03.2006).
- CHINA DAILY (12.03.2004): China plans to set up green GDP system in 3-5 years. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2004-03/12/content_314332.htm (Stand: 12.10.2007).
- CHINA DAILY (19.11.2004): Forum pushes bid to develop the west. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/chinagate/2004-11/19/content_393075.htm (Stand: 14.08.2009).

- CHINA DAILY (07.05.2005): China to build first cross-desert railway. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-05/07/content_439893.htm (Stand: 29.07.2007).
- CHINA DAILY (20.09.2005): Free trade zone in pipeline in Xinjiang. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-09/20/content_479168.htm (Stand: 12.07.2009).
- CHINA DAILY (25.12.2005): China to abolish age-old agriculture tax. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-12/25/content_506347_2.htm (Stand: 22.03.2008).
- CHINA DAILY (06.06.2006): Pollution costs equal 10% of China's GDP. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2006-06/06/content_609350.htm (Stand: 12.10.2006).
- CHINA DAILY (18.10.2006): Chinese farmers save 140 Yuan each in 2006. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/bizchina/2006-10/18/content_710883.htm (Stand: 13.04.2008).
- CHINA DAILY (01.07.2006): More than 20 bln USD to input to 12 new key projects in west China. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2006-07/01/content_630939.htm (Stand: 27.07.2007).
- CHINA DAILY (24.12.2006): China to establish national subsistence allowance system for rural poor. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200612/24/eng20061224_335463.html (Stand: 12.05.2007).
- CHINA DAILY (07.01.2007): China suffers widening income gap. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2007-01/07/content_776436.htm (Stand: 12.05.2007).
- CHINA DAILY (19.01.2007): Guangxi hopes to become growth engine. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2007-01/19/content_787223.htm (Stand: 09.08.2009).
- CHINA DAILY (20.01.2007): China reins in provinces for rigging growth numbers. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2007-01/20/content_788285.htm (Stand: 23.08.2008).
- CHINA DAILY (15.03.2007): Heilongjiang to promote trade with Russia. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2007-03/15/content_828040.htm (Stand: 24.08.2008).
- CHINA DAILY (07/08.04.2007): Trail-blazing deal with Vietnam. Abrufbar unter: <http://www.chinadaily.com.cn/html.old/epaper/cndy/images/2007-04/07/117590891132810560908612757669.pdf> (Stand: 13.08.2009).
- CHINA DAILY (30.03.2007): Priority plan for ethnic minorities. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2007-03/30/content_839911.htm (Stand: 12.07.2007).
- CHINA DAILY (01.08.2007): NDRC supports 10 projects in western China. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/bizchina/2007-08/01/content_6006271.htm (Stand: 28.07.2007).
- CHINA DAILY (13.02.2008): Work could start on Xinjiang railways – NDRC. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2008-02/13/content_6450354.htm (Stand: 24.08.2009).
- CHINA DAILY (26.02.2008): Basic education to western rural areas expanded. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2008-02/26/content_6483412.htm (Stand: 27.06.2009).
- CHINA DAILY (29.05.2008): ROK president visits Qingdao in East China. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2008-05/29/content_6721867.htm (Stand: 14.06.2008).
- CHINA DAILY (25.08.2008): Special supplement: Balanced growth. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/bw/2008-08/25/content_6966912.htm (Stand: 09.08.2009).
- CHINA DAILY (10.07.2009): New economic belt to boost W China. Abrufbar unter: http://tianjin.chinadaily.com.cn/china/2009-07/10/content_8413526.htm (Stand: 22.08.2009).
- CHINA DAILY (14.07.2009): Blue book: West China still struggling. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-07/14/content_8423969.htm (Stand: 23.01.2010).

- CHINA DAILY (03.09.2009): Guangxi invests in transportation. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/cndy/2009-09/03/content_8648891.htm (Stand: 12.09.2009).
- CHINA DAILY (12.10.2009): China to input \$69B for West Development in 2009. Abfrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/2009-10/12/content_8783199.htm (Stand: 25.12.2009).
- CHINA DAILY (22.12.2009): Western China sees GDP grow 12.5% from January to September. Abrufbar unter: http://www.chinadaily.com.cn/china/westdevelopment/2009-12/22/content_9213762.htm (Stand: 27.12.2009).
- CHINA KNOWLEDGE (2009): Rating China Industrial Parks: 2008 Rating Results. Abrufbar unter: <http://www.chinaknowledge.com/Manufacturing/Introduction.aspx?subchap=4&content=21> (Stand: 27.12.2009).
- CHONGQING DAILY (06.07.2009): High-speed railway linking Chongqing, Sichuan und Xi'an to be build. Abrufbar unter: http://english.cqnews.net/cqnews/200907/t20090706_3399424.htm (Stand: 22.08.2009).
- CIA (CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY) (o.J.): The World Factbook: China. Abrufbar unter: www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ch.html (Stand: 22.08.2009).
- CIIC (CHINA INTERNET INFORMATION CENTER) (o.J.): What are the favorable policies for foreign investors to central and western China? Abrufbar unter: <http://www.china.org.cn/english/features/investment/36734.htm> (Stand: 21.12.2009).
- CIIC (CHINA INTERNET INFORMATION CENTER) (28.03.2003): Tourism Plan for West China Investment Passed. Abrufbar unter: http://china.org.cn/archive/2003-03/28/content_1060044.htm (Stand: 23.05.2009).
- CIIC (CHINA INTERNET INFORMATION CENTER) (05.01.2005): Top Ten Investment Projects in 2004. Abrufbar unter: <http://www.china.org.cn/english/2005/Jan/116810.htm> (Stand: 28.07.2007).
- CIIC (CHINA INTERNET INFORMATION CENTER) (11.08.2006): Neue Maßnahmen gegen Überhitzung der Wirtschaft. Abrufbar unter: [http://china.ahk.de/en/news/single-view/article/163/465/neste/3/?tx_ttnews\[pS\]=1235826199&cHash=c5bee029a2](http://china.ahk.de/en/news/single-view/article/163/465/neste/3/?tx_ttnews[pS]=1235826199&cHash=c5bee029a2) (Stand: 13.01.2007).
- CIIC (CHINA INTERNET INFORMATION CENTER) (07.09.2006): The Eight Key Tasks for Future W. China Development. Abrufbar unter: <http://www.china.org.cn/english/2006/Sep/180411.htm> (Stand: 23.05.2009).
- CIIC (CHINA INTERNET INFORMATION CENTER) (04.03.2008): Hukou reforms under consultations, no timetable set yet. Abrufbar unter: http://www.china.org.cn/china/national/2008-03/04/content_11550089.htm (Stand: 12.02.2008).
- CIRD & UNDP (CHINA INSTITUTE FOR REFORM AND DEVELOPMENT & UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME) (2008): Human Development Report China 2007/08. Access for all: Basic public service for 1.3 billion people. China Translation & Publishing Corporation. Beijing.
- CNTA (CHINA NATIONAL TOURISM ADMINISTRATION) (2007): The Yearbook of China Tourism Statistics 2007. China Tourism Publishing House, Beijing.
- CNTA (CHINA NATIONAL TOURISM ADMINISTRATION) (2008): AAAAA Scenic Areas. Abrufbar unter: <http://en.cnta.gov.cn/html/2008-11/2008-11-16-10-27-72978.html> (Stand: 12.05.2009).
- CONSULATE GENERAL OF THE PRC IN SAN FRANCISCO (2007): Startup Business. Liste mit allen nationalen Entwicklungszonen. Abrufbar unter: www.chinaconsulatesf.org/eng/kj/zyxx/default.htm (Stand: 12.05.2007).
- CRI (CHINA RADIO INTERNATIONAL) (30.09.2003): Das staatliche Programm für Kommerzialisierung der wissenschaftlich-technischen Forschungsergebnisse nach 15-jähriger Umsetzung. Abrufbar unter: <http://cri6.cri.com.cn/germany/2003/Sep/162554.htm> (Stand: 14.09.2008).

- CRI (CHINA RADIO INTERNATIONAL) (29.01.2004): Sonderwirtschafts- und Entwicklungszonen. Abrufbar unter: <http://german.cri.cn/21/2004/01/29/1@4469.htm> (Stand: 14.09.2008).
- CRI (CHINA RADIO INTERNATIONAL) (13.02.2008): 90% der deutschen Firmen wollen ihre Geschäftstätigkeit in China ausbauen. Abrufbar unter: <http://german.cri.cn/401/2008/02/13/1@88841.htm> (Stand: 04.11.2008).
- DCSNBS (DEPARTMENT OF COMPREHENSIVE STATISTICS OF NATIONAL BUREAU OF STATISTICS) (1999): Comprehensive Statistical Data and Materials on 50 Years of New China. China Statistic Press, Beijing.
- DEINTERNATIONAL & GIC (DEINTERNATIONAL & GERMAN INDUSTRY AND COMMERCE) (2007): German Company Directory. German Companies in China (Stand: 30.06.07). Abrufbar unter: <http://www.german-company-directory.com/home/> (Stand: 30.06.2007).
- DEMURGER, S. et al. (2002): Geography, Economic Policy and Regional Development in China. Harvard Institute of Economic Research Discussion Paper, Nr. 1950.
- DENG, X. (1978): Emancipate the Mind, Seek Truth from Facts and Unite as One in Looking to the Future. Abrufbar unter: <http://web.peopledaily.com.cn/english/dengxp/vol2/text/b1260.html> (Stand: 15.03.2009).
- DENG, X. (1983): Our Work in all Fields Should Contribute to the Building of Socialism With Chinese Characteristics. Abrufbar unter: <http://web.peopledaily.com.cn/english/dengxp/vol3/text/c1080.html> (Stand: 15.03.2009).
- DENG, X. (1986): Replies to the American TV Correspondent Mike Wallace. Abrufbar unter: <http://english.people.com.cn/dengxp/vol3/text/c1560.html> (Stand: 15.03.2009).
- DENG, X. (1988): The Central Leadership Must Have Authority. Abrufbar unter: <http://web.peopledaily.com.cn/english/dengxp/vol3/text/c1910.html> (Stand: 15.03.2009).
- DENG, X. (1992): Excerpts from Talks Given in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai and Shanghai. Abrufbar unter: <http://web.peopledaily.com.cn/english/dengxp/vol3/text/d1200.html> (Stand: 15.03.2009).
- DEUTSCHE BANK RESEARCH (2005a): Dynamische Branchen begünstigen globale Wachstumszentren. Themen International Economics Nr. 332. Frankfurt am Main.
- DEUTSCHE BANK RESEARCH (2005b): China Overheating Indicator: September-Update. Global Risk Analysis Economics. Frankfurt am Main. Abrufbar unter: http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_EN-PROD/PROD000000000191692.pdf (Stand: 26.11.2008).
- DEUTSCHE BANK RESEARCH (2005c): Reality Check: Realistische Erwartungen für ein China-Engagement. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Markteintritt in China“, 03.03.2005, Hannover. Abrufbar unter: http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000185252.pdf (Stand: 12.08.08).
- DEUTSCHE BANK RESEARCH (2006a): Chinas Rentensystem. Zwischen erdrückenden Altlasten und demografischer Zeitbombe. China Spezial, Aktuelle Themen 358. Frankfurt am Main.
- DEUTSCHE BANK RESEARCH (2006b): Global champions in waiting. Perspectives on China's overseas direct investment. China Special, Current Issues. Frankfurt am Main.
- DEUTSCHE BANK RESEARCH (2008): China Overheating Indicator: August Update. Global Risk Analysis China. Frankfurt am Main. Abrufbar unter: http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_EN-PROD/PROD000000000214954.pdf (Stand: 12.11.2007).
- DEUTSCHE BOTSCHAFT PEKING (2008): Wirtschaftsdaten kompakt (Stand: 17.10.2008). Abrufbar unter: http://www.peking.diplo.de/Vertretung/peking/de/05_Wirtschaft/Aussenwirtschaftsfoerderung/widaten_kompakt_download,property=Daten.pdf (Stand: 02.11.2008).

- DEUTSCHE BUNDESBANK (1997): Zur Problematik von Vergleichen internationaler Direktinvestitionsströmen. In: Deutsche Bundesbank Monatsbericht Mai 1997. 49, Heft 5, S. 79-86. Frankfurt am Main.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (2005a): Direktinvestitionen lt. Zahlungsbilanzstatistik für die Berichtsjahre 2001 bis 2004. Oktober 2005. Frankfurt am Main.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (2005b): Die außenwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zur VR China. In: Deutsche Bundesbank Monatsbericht Juni 2005. 57, Heft 6, S. 37-52. Frankfurt am Main.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (2008a): Direktinvestitionen lt. Zahlungsbilanzstatistik für die Berichtsjahre 2004 bis 2007. Oktober 2008. Frankfurt am Main.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (2008b): Bestandserhebung über Direktinvestitionen April 2008. Statistische Sonderveröffentlichung 10. Frankfurt am Main.
- DEUTSCHE ZENTRALE FÜR TOURISMUS E.V. (2009): Marktinformation Asien 2009. Frankfurt am Main.
- DIEHL, M. (2006): Unsicherheit der Verteilungs- und Armutspolitik im ökonomischen Transformationsprozess. Dissertation, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen. Gießen.
- DIERCKE WÖRTERBUCH DER ALLGEMEINEN GEOGRAPHIE (1995a): Band 1 A-M. LESER, H. et al. (Hrsg.). 8. Auflage. DTV/Westermann, München, Braunschweig.
- DIERCKE WÖRTERBUCH DER ALLGEMEINEN GEOGRAPHIE (1995b): Band 2 N-Z. LESER, H. et al. (Hrsg.). 8. Auflage. DTV/Westermann, München, Braunschweig.
- DU, J. (1999): Green GDP Accounting Study Report 2004 issued. Abrufbar unter: http://www.gov.cn/english/2006-09/11/content_384596.htm (Stand: 13.06.2007).
- DUNNING, J. (1994): Re-evaluating the benefits of foreign direct investment. In: Transnational Corporations. 3, Heft 1, S. 23-51.
- DUNNING, J. (1997): Alliance Capitalism and Global Business. Routledge Studies in International Business and the World Economy. Routledge, London.
- DZ BANK AG (2004): Grund- & Rechtsfragen im Chinageschäft. Stand: März 2004. Hong Kong, Shaghai, Beijing.
- EASTON, R. & LIPTON, M. (2000): Rural-Urban Dimension of Inequality Change. World Institute for Development Economics Research (WIDER) Working Paper Nr. 200.
- ECKEY, H.-F. (2005): Regionale Strukturpolitik. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. 4. Auflage. Hannover, S. 933-940.
- EED (Evangelischer Entwicklungsdienst) (2004): Foreign Direct Investment: High Risk, Low Reward for Development. Bonn.
- ENVIRONMENT AND DEVELOPMENT DESK DEPARTMENT OF INFORMATION AND INTERNATIONAL RELATIONS CENTRAL TIBETAN ADMINISTRATION (2001): China's Railway Project in Tibet: Where will it take Tibet? Dharamsala.
- ERNST & YOUNG (2005): Go East – Die VR China als Investitionsstandort der Zukunft. Stuttgart.
- ERNST & YOUNG (2008): Standort Deutschland 2008: Deutschland und Europa im Urteil internationaler Manager. Abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/WillkommeninD/WirtschaftsstandortD/ErnstYoungDownload.pdf> (Stand: 12.09.2008).

- EU (EUROPÄISCHE UNION) (2004): Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Staatlichen Tourismusverwaltung der Volksrepublik China über Visa für Touristengruppen aus der Volksrepublik China und damit zusammenhängende Fragen (ADS). Amtsblatt der Europäischen Union 20.03.2004, L 83/14. Abrufbar unter: <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:083:0014:0021:DE:PDF> (Stand: 21.03.2007).
- EURO ASIA CONSULTING PARTG & GERMAN CHAMBER OF COMMERCE IN CHINA (2008): German Business Expansion in China: 2008 – 2010. BusinessForum China Special Issue. Abrufbar unter: <http://www2.china.ahk.de/download/pub/GermanBusinessStudy2007.pdf> (Stand: 04.11.2008).
- EZB (EUROPÄISCHE ZENTRALBANK) (2006): Monatsbericht 03/2006. Frankfurt am Main.
- FAN, C.C. (1995): Of Belts and Ladders: State Policy and Uneven Regional Development in Post-Mao China. In: Annals of the Association of American Geographers. 85, Heft 3, S. 421-449.
- FAN, C.C. (1997): Uneven Development and Beyond Regional Development Theory in Post-Mao China. In: International Journal of Urban and Regional Research. 21, Heft 4, S. 620-639.
- FAN, C.C. (2006): China's Eleventh Five-Year Plan (2006-2010): From "Getting Rich First" to "Common Prosperity". In: Eurasian Geography and Economics. 47, Heft 6, S. 708-723.
- FAN, C.C. (2008): Migration, Hukou, and the City. In: YUSUF, S. & A. SAICH (Hrsg.): China Urbanizes: Consequences, Strategies, and Policies, S. 65-89.
- FAN, C.C. & M. SUN (2008): Regional Inequality in China, 1978-2006. In: Eurasian Geography and Economics. 49, Heft 1, S. 1-20.
- FAN, J. (2004): Western Development Policy: Changes, Effects and Evaluation. In: YEUNG, Y.M. & J. SHEN (Hrsg.): Developing Chinas West: A Critical Path to Balanced National Development, S. 79-105.
- FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND (11.01.2004): China will seinen Rostgürtel aufpolieren. Abrufbar unter: <http://www.ftd.de/politik/international/1073492378283.html> (Stand: 12.02.2007).
- FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND (23.12.2009): Chinas Großeinkauf in der westlichen Autoindustrie. Abrufbar unter: <http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/autoindustrie/expansion-chinas-grosseinkauf-in-der-westlichen-autoindustrie/50053949.html> (Stand: 26.12.2009).
- FISCHER, D. (2005): Chinas sozialistische Marktwirtschaft. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung. Heft 289, S. 9-14.
- FORTUNE (2006): Fortune Global 500. Abrufbar unter: http://money.cnn.com/magazines/fortune/global500/2006/full_list/ (Stand: 12.09.06).
- FRIEDRICH, S. (2004): China vor Verfassungsänderung. KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG (Hrsg.): Länderbericht China 02.02.2004. Abrufbar unter: http://www.kas.de/publikationen/2004/3993_dokument.html (Stand: 12.07.2007).
- FRIEDRICH, S. (2005): Außenpolitik. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung. Heft 289, S. 61-69.
- FUGGLE, R. & W. T. SMITH (2000) Experience with Dams in Water and Energy Resource Development in the People's Republic of China. World Commission on Dams (WCD) Country Review Paper. Cape Town.
- GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON (2000): Wirtschaftslexikon Band 1-8. 15. Auflage. Gabler, Wiesbaden.

- GAJWANI, K. et al. (2006): Comparing the Evolution of Spatial Inequality in China and India: A Fifty-Year Perspective. International Food Policy Research Institute, Development Strategy and Governance Discussion Paper, Nr. 44.
- GANGLMAIR, H. (2007): Die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in der VR China in Bezug zum Wandel der Wirtschaftspolitik seit 1979. *Modern East Asia*. 6, Heft 1.
- GERNET, J.G. (1988): *Die chinesische Welt*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- GIGA INSTITUT FÜR ASIEN-STUDIEN (2009): China Data Supplement May 2009: People's Republic of China, Hong Kong SAR, Macao SAR, Taiwan. Hamburg.
- GILES, J. et al. (2005): What is China's true unemployment rate? In: *China Economic Review*. 16, Heft 2, S. 149–170.
- GÖBEL, C. & T. HEBERER (2004): Task Force: Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in China. Institut für Ostasienwissenschaften Universität Duisburg, Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften Nr. 64/2004. Essen.
- GONG, X. & X. WANG (2007): Review and Prospect of Economic and Trade Co-operation between China Xinjiang and Neighbour Countries. In: *Asian Social Science*. 3, Heft 4.
- GOODMAN, D. (2003): The Politics of the West: equality, nation-building and colonization. Institute of Governance, Briefing Paper Nr. 2/2003. Queens University Belfast.
- GOTTWALD, J.-C. & S. KIRCHBERGER (2001): Modernisierung unter Vorbehalt: Zur inneren Entwicklung der Volksrepublik China. CENTER FOR EAST ASIAN AND PACIFIC STUDIES (Hrsg.): China Analysis Nr. 6 (August 2001). Universität Trier.
- GRABOW, B. et al. (1995): Weiche Standortfaktoren. Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik. Band 89. Berlin.
- GRUBER, D.M. (1997): Bedeutung der Investitionsförderzonen für das chinesische Finanzsystem. In: STEIN, J.H. v. (Hrsg.): *Das Finanzsystem Chinas im Wandel*. Schriftenreihe der Stiftung für Kreditwirtschaft and der Universität Hohenheim, S. 27-42.
- GTal (GERMANY TRADE & INVEST) (2009a): Wirtschaftstrends kompakt VR China: Jahresmitte 2009. Köln. Abrufbar unter: http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_6261.pdf?show=true (Stand: 12.09.2009).
- GTal (GERMANY TRADE & INVEST) (2009b): Ausländische Direktinvestitionen in der VR China rückläufig. Abrufbar unter: http://www.gtai.de/ext/Export-Einzelsicht/DE/Content/_SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument,templateId=renderPrint/MKT2009028007.pdf (Stand: 21.09.2009).
- GTal (GERMANY TRADE & INVEST) (2009c): VR China dezentralisiert Genehmigungen für Auslandsinvestitionen. Abrufbar unter: http://www.gtai.de/ext/Export-Einzelsicht/DE/Content/_SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument,templateId=renderPrint/MKT200904218019.pdf (Stand: 23.12.2009).
- GTZ (DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT) (2004): Leistungsangebot Förderung von Good Governance. Abrufbar unter: <http://www.gtz.de/de/dokumente/de-gtz2004-governance-5476.pdf> (Stand: 12.08.2007).
- GTZ (DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT) (2006): China Autoritär und partizipativ zugleich? Regierungspraxis im Wandel. Aus der Reihe: Förderung partizipativer Entwicklung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn.
- GU, X. & M. LI (2009): Beibu Gulf: Emerging Sub-regional Integration between China and ASEAN. Rajaratnam School of International Studies (RSIS) Working Paper Nr. 168.
- GUANG, T. (2009): Xinjiang and its Role in Greater Central Asian Regional Economic Cooperation. In: *Central Asia and the Caucasus: Journal of Social and Political Studies*. 55, Heft 1.

- GUANGDONG PROVINCIAL BUREAU OF STATISTICS (2008): Guangdong Statistical Yearbook 2008. China Statistic Press, Beijing.
- GUO, R. (2005): Cross-Border Resource Management: Theory and Practice. Elsevier, Amsterdam.
- GUOJIA TONGJIJU KEXUE YANJIUSUO [Forschungsinstitut für statistische Wissenschaft des Statistischen Amtes] (1994): Yingxian nongcun jumin shourun wending xietiao tigao de yinsu shentao [Gründliche Erforschung der Faktoren, die auf eine stabile Zunahme des Einkommens der Landbewohner einwirken]. In: Yanjiu cankao ziliao [Informationsmaterialien zur Forschung] (69).
- GUSTAFSSON, B. & D. SAI (2006): Villages where China's Ethnic Minorities Live. IZA Discussion Paper, Nr. 2418.
- GUTOWSKI, A. (2002): Standortqualitäten und ausländische Direktinvestitionen – Ein Vergleich zwischen der VR China und Indien. Dissertation, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Universität Bremen. Bremen.
- GUTOWSKI, A. & X. TANG (1998): Kooperationsmöglichkeiten für ausländische Unternehmen in der VR China. Berichte des Arbeitsbereichs Chinaforschung im Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management der Universität Bremen Nr. 12.
- HANDELSBLATT (06.11.2001): ASEAN und China planen eine Freihandelszone. Abrufbar unter: <http://www.handelsblatt.com/archiv/asean-und-china-planen-eine-freihandelszone%3B474912> (Stand: 23.06.2008).
- HANDELSBLATT (09.12.2005): Chinesische Polizei schießt auf Demonstranten. Abrufbar unter: http://www.handelsblatt.com/news/Default.aspx?_p=200051&_t=ft&_b=1002688&grid_id=916972 (Stand: 21.06.2007).
- HARTIG, F. (2008): Die Kommunistische Partei Chinas: Volkspartei für Wachstum und Harmonie? In: Internationale Politik und Gesellschaft. Heft 2, S. 70-89.
- HEBERER, T. (2002): Das Dilemma politischer Reformen in China. Project Discussion Paper Nr. 21/2002. Projekttitle: Discourses on Political Reform and Democratization in East and Southeast Asia in the Light of new Processes of Regional Community Building. Abrufbar unter: <http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/discuss21.pdf> (Stand: 12.09.2007).
- HEBERER, T. (2005): Gesellschaft im Umbruch. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung. Heft 289, S. 33-46.
- HEBERER, T & N. SAUSMIKAT (2004): Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus? Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwissenschaft Nr. 61/2004.
- HEBERER, T. & A.D. SENZ (2007): Regionalexpertise – Destabilisierungs- und Konfliktpotenzial prognostizierter Umweltveränderungen in China bis 2020/2050. Externe Expertise für das WBGU-Hauptgutachten "Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel". Berlin. Abrufbar unter: http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_ex06.pdf (Stand: 12.01.2008).
- HEILMANN, S. (1997a): Regierungssystem und politische Entwicklung. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung. Heft 198, S. 41–51.
- HEILMANN, S. (1997b): Das politische System der VR China im Wandel. 2. Auflage, Hamburg.
- HEILMANN, S. (2000): Das politische System der Volksrepublik China im Überblick. Universität Trier chinapolitik.de. Abrufbar unter: http://www.chinapolitik.de/china/pubs/china_polsys/polsys_1.pdf (Stand: 12.07.2006).
- HEILMANN, S. (2004): Das politische System der Volksrepublik China. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 2. Auflage, Wiesbaden.

- HEILMANN, S. (2005): Aufstieg zur Weltmacht. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung. Heft 289, S. 5–8.
- HEMMER, H.-R. (1995): Zur Problematik der Massenarmut in Entwicklungsländern: Der Zusammenhang zwischen Mikro- und der Makroebene. Discussion Papers in Development Economics Nr. 17. Gießen.
- HEMMER, H.-R. (2002): Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer. 3. Auflage. Vahlen, München.
- HEMMER, H.-R. et al. (2006): Ausländische Direktinvestitionen: Flankierende Maßnahmen des Staates. Entwicklungsökonomische Diskussionsbeiträge Nr. 36. Universität Gießen.
- HERRMANN-PILLATH, C. (1995): Marktwirtschaft in China: Geschichte – Strukturen Transformation. Leske + Budrich, Opladen.
- HERRMANN-PILLATH, C. et al. (2002): Disparities in Chinese Economic Development: Approaches on Different Levels of Aggregation. In: Economic Systems. 26, Heft 1, S. 31-54.
- HERSEL, P. & S. V. EICHBORN (2004): Foreign Investment and Development. In: EVANGELISCHER ENTWICKLUNGSDIENST (Hrsg.): Foreign Direct Investment: High Risk, Low Reward for Development. Bonn, S. 18-33.
- HIPPLER, J. (2004): Gewaltkonflikte, Konfliktprävention und Nationenbildung – Hintergründe eines politischen Konzepts. In: HIPPLER, J. (Hrsg.): Nation-Building – ein sinnvolles Instrument der Konfliktbearbeitung? EINE WELT-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bd. 17, S. 14-30. Bonn.
- HKTDC (HONG KONG TRADE DEVELOPMENT COUNCIL) (2002): Major Areas for Tourism Investment Identified. Business Alert – China. Issue 09, 2002. Abrufbar unter: <http://info.hktdc.com/alert/cba-e0209e.htm#> (Stand: 24.05.2009).
- HKTDC (HONG KONG TRADE DEVELOPMENT COUNCIL) (2009): Profiles of China Provinces, Cities and Industrial Parks. Abrufbar unter: <http://www.hktdc.com/info/mi/mpcn/en/Profiles-Of-China-Provinces-Cities-And-Industrial-Parks.htm> (Stand: 12.02.2010).
- HOLBIG, H. (2004): The Emergence of the Campaign to Open Up the West: Ideological Formation, Central Decision-making and the Role of the Provinces. In: GOODMAN, D. (Hrsg.): China's Campaign to "Open Up the West": National Provincial and Local Perspectives. The China Quarterly Nr. 178. Cambridge University Press, S. 335-357.
- HOLZ, C.A. (2004): China's Statistical System in Transition: Challenges, Data Problems, and Institutional Innovations. In: Review of Income and Wealth. 50, Heft 3, S. 381-409.
- HSUEH, T. & Q. LI (1999): China's National Income, 1952-1995. Westview Press.
- HU, J. (2005): Seize the Opportunity for All-round Cooperation and Common Development. Speech by President Hu Jintao of China at the Official Dinner Reception of the Asian African Business Summit 2005 in Jakarta on April 21, 2005. Abrufbar unter: <http://www.fmprc.gov.cn/zflt/eng/zxxx/t192739.htm> (Stand: 12.09.2007).
- HU, J. (2007): Full text of Hu Jintao's report at 17th Party Congress. Abrufbar unter: <http://english.cpc.people.com.cn/66102/6290205.html> (Stand: 22.01.2010).
- HUANG, JR-T. et al. (2003): The Inequality of Regional Economic Development in China between 1991 and 2001. In: Journal of Chinese Economic and Business Studies. 1, Heft 3, S. 273-285.
- HUANG, Y. & J. SHEN (2004): Guangxi. In: YEUNG, Y.M. & J. SHEN (Hrsg.): Developing China's West: A Critical Path to Balanced National Development, S. 463-502.
- IMF (INTERNATIONAL MONETARY FUND) (1998): World Economic Outlook and International Capital Markets: Interim Assessment December 1998. Washington D.C.

- IMF (INTERNATIONAL MONETARY FUND) (2009): World Economic Outlook Database (April 2009). Abrufbar unter: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/01/weodata/weoselgr.aspx> (Stand: 12.04.2010).
- INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC (2001): The Development-oriented Poverty Reduction Program for Rural China (2001). Abrufbar unter: http://www.gov.cn/english/official/2005-07/27/content_17712.htm (Stand: 12.04.2007).
- INFORMATION OFFICE OF THE STATE COUNCIL OF THE PRC (2005): Regional Autonomy for Ethnic Minorities in China. Government White Paper 2005. Abrufbar unter: http://english.gov.cn/official/2005-07/28/content_18127.htm (Stand: 12.04.2007).
- INVESTMENT PROMOTION AGENCY OF MOFCOM (2007a): Invest in Heilongjiang. Abrufbar unter: <http://www.fdi.gov.cn/pub/upload/cipa/invest-heilongjiang.pdf> (Stand: 12.03.2010).
- INVESTMENT PROMOTION AGENCY OF MOFCOM (2007b): Invest in Fujian. Abrufbar unter: <http://www.fdi.gov.cn/pub/upload/cipa/invest-fujian.pdf> (Stand: 12.03.2010).
- INVESTMENT PROMOTION AGENCY OF MOFCOM (2007c): Invest in Xinjiang. Abrufbar unter: <http://www.fdi.gov.cn/pub/upload/cipa/invest-xinjiang.pdf> (Stand: 12.03.2010).
- ITO, J. (2002): Why TVEs have contributed to interregional imbalances in China. International Food Policy Research Institute (IFPRI), EPTD Discussion Paper Nr. 91.
- JIANG, Z. (2001): Full Text of Jiang's Speech at the CPC Anniversary Gathering. Abrufbar unter: <http://news.xinhuanet.com/english/20010701/424778.htm> (Stand: 12.02.2008).
- JIANG, Z. (2002): Bericht auf dem XVI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Abrufbar unter: <http://www.china-embassy.ch/ger/4/t135762.htm> (Stand: 2.08.2007).
- JIN, F. & J. QIAN (2003): A Social and Economic Atlas of Western China. China Intercontinental Press, Beijing.
- JONES DAY (2008): A Summary of China's Corporate Tax Incentives. Jones Day Commentary July 2008. Abrufbar unter: [http://www.jonesday.com/files/Publication/b2ef5d17-4051-4404-b7d9-5d345015386b/Presentation/PublicationAttachment/f029e4de-af58-49fd-be9b-63fa2358abe5/China Corporate Income Tax.pdf](http://www.jonesday.com/files/Publication/b2ef5d17-4051-4404-b7d9-5d345015386b/Presentation/PublicationAttachment/f029e4de-af58-49fd-be9b-63fa2358abe5/China%20Corporate%20Income%20Tax.pdf) (Stand: 12.10.2008).
- KAHL, J. (2002): Unbezahlbares Wachstum – Chinas Ökologische Herausforderung. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.): FES-Analyse. Bonn.
- KAHL, J. (2004): VR China – Großmacht mit Handicaps. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.): FES-Analyse. Bonn.
- KANBUR, R. & X. ZHANG (1999): Which Regional Inequality? The Evolution of Rural-Urban and Inland-Coastal Inequality in China from 1983 to 1995. In: Journal of Comparative Economics. 27, Heft 4, S. 686-701.
- KANBUR, R. & X. ZHANG (2004): Fifty Years of Inequality in China: A Journey Through Central Planning, Reform and Openness. World Institute for Development Economics Research, Research Paper, Nr. 2004/50.
- KE, Z. (2005): China's Online Education: Rhetoric and Realities. In: CARR-CHELLMANN, A.A. (Hrsg.): Global Perspectives on E-Learning: Rhetoric and Reality. Sage Publications Inc. Thousand Oaks, London, New Delhi, S. 21-34.
- KEIDEL, A. (2006): China's Social Unrest: The Story Behind the Stories. Carnegie Endowment Policy Brief Nr. 48.
- KEIDEL, A. (2007): China Regional Disparities: The Causes and Impact of Regional Inequalities in Income and Well-Being. Carnegie Endowment for International Peace. Abrufbar unter: <http://www.carnegieendowment.org/files/keidel1.pdf> (Stand: 12.01.2008).

- KEIL, J.-P. (2002): Das Drei-Schluchten-Projekt und seine Auswirkungen auf die sozio-ökonomische Entwicklung im Xiangxi-Einzugsgebiet in der Provinz Hubei, VR China. Diplomarbeit, Institut für Geographie der Justus-Liebig-Universität Gießen. Gießen.
- KENG, K. (2005): China's Unbalanced Economic Growth. Rotman School of Management, University of Toronto. Abrufbar unter: <http://www.rotman.utoronto.ca/bicpapers/pdf/keng.pdf> (Stand: 12.02.2006).
- KHAN, A.Z. et al. (1992): Household Income and Its Distribution in China. In: The China Quarterly. 132, S. 1029-1061.
- KHAN, A. R. & C. RISKIN (2005): China's Household Income and Its Distribution, 1995 and 2002. In: The China Quarterly. 182, S. 356-384.
- KING, L. et al. (2001): Hochwasserschutz und Landnutzung am Yangtze. In: Geographische Rundschau. 53, Heft 10, S. 28-34.
- KLADROBA, A. (2005): Statistische Methoden zur Erstellung und Interpretation von Rankings und Ratings. VWF, Berlin.
- KÖRNER, N. N. (2006): Naturraum und Wirtschaftspotenzial in Westchina – Chancen für ausländische Unternehmen? Dissertation, Fachbereich Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik (Fakultät für Geowissenschaften und Geographie) der Georg-August-Universität Göttingen. Göttingen.
- KRANEWITTER, R. (2005): Dynamik der Religion: Schamanismus, Konfuzianismus, Buddhismus und Christentum in der Geschichte Koreas von der steinzeitlichen Besiedlung des Landes bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. LIT, Wien.
- KREFT, H. (2006): China – Die soziale Kehrseite des Aufstiegs. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. 56, Heft 49, S. 15-20.
- KROYMANN, B. (2009): Das Kapitalgesellschaftsrecht in der VR China. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht. Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht 217. Mohr Siebeck, Tübingen.
- KRÜGER, R. (2004): Wachstums- und Verteilungswirkungen ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. LIT, Münster.
- KRÜGER, R. & S. AHLFELD (2005): Ausländische Direktinvestitionen in Entwicklungsländern – Eine überschätzte Wachstumsdeterminante? Entwicklungsökonomische Diskussionsbeiträge Nr. 31. Universität Gießen.
- KUHN, D. et al. (2001): Markt China: Grundwissen zur erfolgreichen Marköffnung. Oldenbourg, München, Wien.
- KULKE, E. (2008): Wirtschaftsgeographie. 3. Auflage. Schöningh, Paderborn.
- KUTSCHKER, M. & S. SCHMID (2006): Internationales Management. 5. Auflage. Oldenbourg, München.
- LAMMERS, K. (2002): Die Osterweiterung aus raumwirtschaftlicher Perspektive – Prognosen regionalökonomischer Theorien und Erfahrungen aus der bisherigen Integration in Europa. Hamburg Institute of International Economics Discussion Paper, Nr. 195.
- LAN, X. (2006): Aufbau sozialistischer Dörfer neuen Typs. In: Beijing Rundschau. 49, Heft 15.
- LEE, J. (2006): Sources of Divergence between coastal and interior Regions in China. In: Journal of Economic Development. 31, Heft 2, S. 123-138.
- LI, C. (2003): China, ICT use in Education: Policy goals and implementations. In: FARRELL, G. & C. WACHHOLZ (Hrsg.): Meta-survey on the Use of Technologies in Education in Asia and the Pacific 2003-2004, S. 79-84. Bangkok.

- LI, P. (1996): Report on the Outline of the Ninth-Five-Year Plan (1996-2000) for National Economic and Social Development and the Long-range Objectives to the Year 2010. Abrufbar unter: <http://www.china.org.cn/95e/95-english1/2.htm> (Stand: 12.03.2007).
- LI, S. & Z. XU (2008): The Trend of Regional Income Disparity in the People's Republic of China. ADB Institute Discussion Paper, Nr. 85.
- LI, X. et al. (2004): Historical Legacy and Future Challenges. In: YEUNG, Y.M. & J. SHEN (Hrsg.): *Developing China's West: A Critical Path to Balanced National Development*, S. 27-49.
- LI, Y. et al. (2008): The Status Quo and Prospects of Regional Economic Cooperation between China's Xinjiang and Neighboring Countries under the Framework of the Shanghai Cooperation Organization. In: *International Journal of Business Management*. 3, Heft 1, S. 131-136.
- LIEFNER, I. (2006): *Ausländische Direktinvestitionen und internationaler Wissenstransfer nach China - untersucht am Beispiel von Hightech-Unternehmen in Shanghai und Beijing*. Wirtschaftsgeographie 34. LIT, Münster.
- LIEFNER, I. (2010): Regionale Disparitäten sowie regionale und kommunale Wirtschaftspolitik. In: KULKE, E. (Hrsg.): *Wirtschaftsgeographie Deutschlands*. 2. Auflage. Springer, Heidelberg, S. 17-42.
- LIMING, C. et al. (2007): China's Fiscal Poverty Alleviation Policy and Management. IFPRI 2020 Focus Briefs on the World's Poor and Hungry People. Abrufbar unter: <http://www.ifpri.org/2020Chinaconference/pdf/008ChuLimingetal.pdf> (Stand: 13.04.2008).
- LIN, W.-L. & P.T. CHEN (2004): China's Widening Economic Disparities and Its 'Go West Program'. In: *Journal of Contemporary China*. 13, Heft 4, S. 663-686.
- LIU, S. et al. (2003): *Scenario Analysis on Urbanization and Rural-Urban Migration in China*. Interim Report IR-03-036 International Institute for Applied Systems Analysis. Laxenburg, Austria.
- LOEWE, M. (2005): *Die Millennium Development Goals: Hintergrund, Bedeutung und Bewertung aus Sicht der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit*. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik Discussion Paper, Nr. 12/2005. Bonn.
- LOVELLS (2005): *Foreign direct investment projects in China*. Beijing, Shanghai, Hong Kong.
- LU, M. & E. WANG (2002): Forging Behind: Changing Regional Inequalities in Post-reform China. In: *Growth and Change*. 33, Heft 1, S. 42-71.
- LUSTGARTEN, A. (2008): *China's Great Train: Beijing's Drive West and the Campaign to Remake Tibet*. Times Books, New York.
- LUTHER MENOLD (2005): *Ausländische Geschäftsaktivitäten in China*. Köln/Singapur.
- MA, K. & J. LI (2004): *Wegweiser für den China-Handel*. China Intercontinental Press. Beijing.
- MADDISON, A. (1998): *Chinese Economic Performance in the Long-Run*, Development Centre Studies. OECD. Paris.
- MADDISON, A. (2008): *Statistics on World Population, GDP and Per Capita GDP, 1-2006 AD* (letztes Update Oktober 2008). Abrufbar unter: http://www.ggdc.net/maddison/Historical_Statistics/horizontal-file_09-2008.xls (Stand: 05.11.2008).
- MAIER, G. et al. (2006): *Regional- und Stadtökonomik 2: Regionalentwicklung und Regionalpolitik*. 3. Auflage. Springer, Wien.
- MEI, Y. (2008): A Silver Lining. In: *Beijing Review*. 51, Heft 46, S. 14-15.

- MEYER-CLEMENT, E. & G. SCHUBERT (2004): Greater China – Idee. Konzept. Forschungsprogramm. Institute of Chinese and Korean Studies University of Tuebingen, Greater China Occasional Paper, Nr. 1.
- MFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS OF THE PRC) (2005): China's Progress Towards the Millennium Development Goals 2005. Abrufbar unter: <http://www.undp.org.cn/downloads/mdgs/MDGrpt2005.pdf> (Stand: 12.04.2007).
- MICROSOFT® ENCARTA® ENZYKLOPÄDIE (2007): China. Abrufbar unter: http://de.encarta.msn.com/encyclopedia_761573055_23/China.html (Stand: 12.04.2007).
- MIEHE-NORDMEYER, G. (2007): Optionen zur Weiterentwicklung der EU-Strukturpolitik. In: Wirtschaftsdienst. 87, Heft 10, S. 656-663.
- MOF (MINISTRY OF FINANCE OF THE PRC) (2007): Report on the Implementation of the Central and Local Budgets for 2006 and on the Draft Central and Local Budgets for 2007. Abrufbar unter: http://english.gov.cn/official/2007-03/18/content_553667.htm (Stand: 12.04.2008).
- MOF (MINISTRY OF FINANCE OF THE PRC) (2010): Report on the Implementation of the Central and Local Budgets for 2009 and on the Draft Central and Local Budgets for 2010. Abrufbar unter: http://www.gov.cn/english/official/2010-03/16/content_1556778.htm (Stand: 12.05.2010)
- MOFCOM (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC) (o.J.): FDI Statistics 2002 - 2007. Abrufbar unter: http://www.fdi.gov.cn/pub/FDI_EN/Statistics/AnnualStatisticsData/default.jsp (Stand: 12.09.2008).
- MOFCOM (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC) (2005): The Development of Western China. Abrufbar unter: <http://preview.english.mofcom.gov.cn/aarticle/topic/bizchina/politicsand society/200511/20051100738121.html> (Stand: 12.08.2007).
- MOFCOM (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC) (2007): Trade between Guangxi and ASEAN Increased Fast in 2006. Abrufbar unter: <http://english.mofcom.gov.cn/aarticle/newsrelease/commonnews/200701/20070104283994.html> (Stand: 23.08.2009).
- MOFCOM (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC) (2008a): Main Indicators of Foreign Trade and Economy. Abrufbar unter: <http://english.mofcom.gov.cn/static/column/statistic/ieindicators.html/1> (Stand: 12.08.08).
- MOFCOM (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC) (2008b): National Economic and Technological Development Zones, National Free Trade Zones, National Border and Economic Cooperation Zones, National Export Processing Zones. Abrufbar unter: <http://english.mofcom.gov.cn/chinainvest/cdz.html> (Stand: 08.10.2008).
- MOFCOM (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC) (2009): Circular of the Ministry of Commerce on Delegation of the Authority to Examine and Approve the Establishment of Investment Companies by Foreign Investors. Abrufbar unter: http://www.fdi.gov.cn/pub/FDI_EN/Laws/GeneralLawsandRegulations/MinisterialRulings/P020090316542036562150.pdf (Stand: 23.12.2009).
- MOFCOM & NBSC (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC & NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2008): 2007 Statistical Bulletin of China's Outward Foreign Direct Investment. Abrufbar unter: <http://hzs2.mofcom.gov.cn/accessory/20080928/1222502733006.pdf> (Stand: 23.10.2008).
- MOFCOM & NDRC (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC & NATIONAL DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (1997): Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries. Abrufbar unter: <http://www.asianlii.org/cgi-bin/disp.pl/cn/legis/cen/laws/cftgofii543/cftgofii543.html?query=catalogue> (Stand: 12.03.2008).
- MOFCOM & NDRC (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC & NATIONAL DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (2002): Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries. Order No.21 [2002] of the State Development Planning Commission, the State Economy and

- Trade Commission, the Ministry of Foreign Trade and Economic Cooperation. Abrufbar unter: <http://www.complianceweek.com/s/documents/FICatalogue.pdf> (Stand: 12.03.2008).
- MOFCOM & NDRC (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC & NATIONAL DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (2004): Catalogue of Priority Industries for Foreign Investment in the Central-Western Region. Order No. 13 of the State Development and Reform Commission and the Ministry of Commerce. Abrufbar unter: http://www.fdi.gov.cn/pub/FDI_EN/Laws/InvestmentDirection/RegionalGuidance/P020060620330272962147.pdf (Stand: 12.09.08).
- MOFCOM & NDRC (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC & NATIONAL DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (2007): Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries (Amended in 2007). Decree No. 57. Abrufbar unter: http://www.fdi.gov.cn/pub/FDI_EN/Laws/GeneralLawsandRegulations/MinisterialRulings/P020071121358108121219.pdf (Stand: 12.03.2008).
- MOFCOM & NDRC (MINISTRY OF COMMERCE OF THE PRC & NATIONAL DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (2008): Catalogue of Advantaged Industries for Foreign Investment in the Central-Western Region (Amended in 2008). Abrufbar unter: http://www.fdi.gov.cn/pub/FDI_EN/Laws/InvestmentDirection/RegionalGuidance/P020090121334993908618.pdf (Stand: 23.07.2009).
- MONEYHON, M. D. (2003): China's Great Western Development Project in Xinjiang: Economic Palliative, or Political Trojan Horse? In: Denver Journal of International Law and Policy. 31, Heft 3, S. 491-523.
- MOSER, G. & A. SOLYMOSI (2008): Die Strukturreformen im chinesischen Statistiksistem. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschafts und Statistik Nr. 11/2008, S. 951-962.
- MOST (MINISTRY OF SCIENCE AND TECHNOLOGY) (2001): China Science & Technology Statistics Data Book 2001. Beijing.
- MOST (MINISTRY OF SCIENCE AND TECHNOLOGY) (2005): China Science & Technology Statistics Data Book 2005. Beijing.
- MOST (MINISTRY OF SCIENCE AND TECHNOLOGY) (2009a): Statistical Communiqué on National Expenditures on Science and Technology in 2007. Abrufbar unter: http://www.stats.gov.cn/english/newsandcomingevents/t20090108_402531578.htm (Stand: 12.03.2009).
- MOST (MINISTRY OF SCIENCE AND TECHNOLOGY) (2009b): Communiqué on National Expenditures on Science and Technology in 2008. Abrufbar unter: <http://www.stats.gov.cn/was40/reldetail.jsp?docid=402608133> (Stand: 12.01.2010).
- NAUGHTON, B.J. (2004): The Western Development Program. In: NAUGHTON, J.B. & D.L. YANG (Hrsg.): Holding China Together: Diversity and National Integration in the Post-Deng Era. Cambridge University Press, S. 253-296.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (o.J.): Monthly, Yearly, Quarterly and Other Statistical Data. Online-Datenbank des Statistikamtes der VR China. Abrufbar unter: <http://www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/> (Stand: 12.11.2008).
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (1995): China Statistical Yearbook 1995. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (1996): China Statistical Yearbook 1996. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (1997): China Statistical Yearbook 1997. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (1998): China Statistical Yearbook 1998. China Statistic Press, Beijing.

- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (1999): China Statistical Yearbook 1999. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2000): China Statistical Yearbook 2000. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2001): China Statistical Yearbook 2001. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2002): China Statistical Yearbook 2002. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2003): China Statistical Yearbook 2003. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2004): China Statistical Yearbook 2004. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2005): China Statistical Yearbook 2005. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2006): China Statistical Yearbook 2006. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2007): China Statistical Yearbook 2007. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2008): China Statistical Yearbook 2008. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA) (2009): China Statistical Yearbook 2009. China Statistic Press, Beijing.
- NBSC & SEPA (NATIONAL BUREAU OF STATISTICS OF CHINA & STATE ENVIRONMENTAL PROTECTION ADMINISTRATION) (2006): China Environmental Statistical Yearbook 2006. China Statistic Press, Beijing.
- NDRC (NATIONAL DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (2006a): The Outline of the Eleventh Five-Year Plan for National Economic & Social Development of the People's Republic of China. Abrufbar unter: http://en.ndrc.gov.cn/hot/t20060529_71334.htm (Stand: 12.07.2007).
- NDRC (NATIONAL DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (2006b): Report on the Implementation of the 2005 Plan for National Economic and Social Development and on the 2006 Draft Plan for National Economic and Social Development. Abrufbar unter: <http://english.people.com.cn/zhuanti/06sessions/plan06.html> (Stand: 27.07.2007).
- NDRC (NATIONAL DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (2007): Brief Introduction of the NDRC. Abrufbar unter: <http://en.ndrc.gov.cn/brief/default.htm> (Stand: 12.06.2007).
- NDRC (NATIONAL DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (2008): Country Report on China's Participation on Greater Mekong Subregion Cooperation. Abrufbar unter: http://www.gov.cn/misc/2008-03/28/content_930716.htm (Stand: 26.08.2009).
- NDRC et al. (NATIONAL DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (2007): Plan of Revitalizing Northeast China. Abrufbar unter: http://chinaneast.xinhuanet.com/2007-12/19/content_11981590.htm (Stand: 25.08.2009).
- NEUMAIR, S. (2006a): Formen der regionalen Blockbildung. In: HAAS, H.-D. & S.M. NEUMAIR (Hrsg.): Internationale Wirtschaft: Rahmenbedingungen, Akteure, räumliche Prozesse, S. 265-320. München.

- NEUMAIR, S. (2006b): Städte und Regionen im Wettbewerb. In: HAAS, H.-D. & S.M. NEUMAIR (Hrsg.): Internationale Wirtschaft: Rahmenbedingungen, Akteure, räumliche Prozesse, S. 397-426. München.
- NIENHAUS, V. (2001): Verteilung und Entwicklung. In: HEMMER, H.-R. & V. NIENHAUS (Hrsg.): „Verteilung und Entwicklung“, S. 1-9.
- NING, A. (2001): Wirtschaftstätigkeiten im Markt China. In: Kuhn, D. et al. (2001): Markt China: Grundwissen zur erfolgreichen Marköffnung, S. 57-208. Oldenbourg, München.
- NOHN, G. (2001): China und seine Darstellung im Schulbuch. Dissertation, Fachbereich VI (Geographie/Geowissenschaften) der Universität Trier. Trier.
- OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT) (1999): OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment. 3. Auflage. Paris.
- OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT) (2003): OECD Investment Policy Reviews China: Progress and Reform Challenges. Paris.
- OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT) (2004): OECD Länder geben mehr für Forschung und Entwicklung aus und sehen sich neuen Herausforderungen gegenüber. Abrufbar unter: http://www.oecd.org/document/39/0,2340,en_2649_201185_34229799_1_1_1_1,00.html (Stand: 12.08.2007).
- OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT) (2006): OECD Investment Policy Reviews China: Open Policies towards Mergers and Acquisitions. Paris.
- OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT) (2007): Health at a Glance: OECD Indicators 2007. Paris.
- OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT) (2009a): Education at a Glance 2009. Paris.
- OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT) (2009b): OECD Factbook 2009: Economic, Environmental and Social Statistics. Paris.
- OECD (OVERSEAS ECONOMIC COOPERATION FUND) (1997): The Major Issues of the Regional Development Strategies in China. Overseas Economic Cooperation Fund, Discussion Paper Nr. 18. Tokyo.
- OHNISHI, H. (2007): Is China's Regional Disparity Widening? Graduate School of Economics Kyoto University Working Paper, Nr. 88.
- OLGWRD (OFFICE OF THE LEADING GROUP FOR WESTERN REGION DEVELOPMENT) (2002): Overall Plan of Western Region Development During the Tenth Five-Year Plan. Abrufbar unter: <http://www.westchina.gov.cn/english/asp/start.asp?id=b> (Stand: 12.03.2005).
- OLGWRD (OFFICE OF THE LEADING GROUP FOR WESTERN REGION DEVELOPMENT) (2007): Introduction. Abrufbar unter: <http://www1.chinawest.gov.cn/english/asp/start.asp> (Stand: 12.11.2007).
- O'NEILL, J. & A. STUPNYTSKA (2009): The Long-Term Outlook for the BRICs and N-11 Post Crisis. Goldman Sachs Global Economics Paper, Nr. 192.
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (o.J.): The Development of Western China. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/data/China_in_brief/Commerce_Trade/The%20Development%20of%20Western%20China.html (Stand: 24.01.2008).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (10.06.1999): Poverty Relief a 'Solemn Pledge'. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/199906/10/enc_990610001005_TopNews.htm (Stand: 19.07.2006).

- PEOPLE'S DAILY ONLINE (19.06.1999): Jiang Stresses Development of Western Areas. Stand: 19.06.1999. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/english/199906/19/enc_19990619001001_TopNews.html (Stand: 12.03.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (18.11.1999): China Sets Five Tasks for Economic Work in 2000. Abrufbar unter: <http://english.peopledaily.com.cn/english/199911/18/eng19991118X105.html> (Stand: 08.02.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (24.01.2000): Chinese State Council Meeting on Developing Western Regions. Abrufbar unter: <http://english.peopledaily.com.cn/english/200001/24/eng20000124P106.html> (Stand: 24.01.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (13.03.2000): Seven ETDZs in Western and Central China Upgraded to 'State Level'. Abrufbar unter: <http://english.peopledaily.com.cn/english/200003/13/eng20000313X104.html> (Stand: 29.07.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (30.03.2000): Grain-for-Green Project Takes off in West China. Abrufbar unter: <http://english.peopledaily.com.cn/english/200003/30/eng20000330X102.html> (Stand: 23.05.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (12.04.2000): Ten Major Projects Slated for West China. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/english/200004/12/eng20000412_38755.html (Stand: 23.02.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (19.05.2000): Funds Secured for Western Projects: Development Planning Official. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/english/200005/19/eng20000519_41174.html (Stand: 23.07.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (20.06.2000): China Lays Stress on Developing Its Western Tour Resources. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/english/200006/20/eng20000620_43458.html (Stand: 24.05.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (23.10.2000): Western Forum of China Closes in Chengdu. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/english/200010/23/eng20001023_53347.html (Stand: 25.10.2008).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (24.10.2000): Western Development Long and Arduous Task: Zhu Rongji. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/english/200010/23/eng20001023_53396.html (Stand: 12.04.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (08.03.2001): China Accelerates East-west Money Flow to Eliminate Poverty. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/english/200103/08/eng20010308_64421.html (Stand: 19.02.2008).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (01.06.2001): China Invests More in Western China Development. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/english/200106/01/eng20010601_71558.html (Stand: 12.01.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (20.02.2002): China to Focus on Western Region's Infrastructure, Environment. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200202/20/eng20020220_90629.shtml (Stand: 29.07.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (10.04.2002): Western China gets first state high-tech zone. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200204/10/print20020410_93829.html (Stand: 29.07.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (21.06.2002): China's Grain-for-environment Program on full Swing. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200206/21/eng20020621_98275.shtml (Stand: 23.05.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (13.11.2002): Press Conference on Development of the West. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200211/12/eng20021112_106698.shtml (Stand: 12.05.2009).

- PEOPLE'S DAILY ONLINE (25.03.2003): US\$15.7bn Projects to Advance China's Western Regions. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200303/25/print20030325_113944.html (Stand: 21.04.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (08.04.2003): China to Inject 130 bn yuan for Western Development in 2003. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200304/08/eng20030408_114776.shtml (Stand: 27.07.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (14.10.2004): West-east gas pipeline starts full operation. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200410/01/eng20041001_158924.html (Stand: 23.04.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (14.10.2004): China to invest 80 billion Yuan in ten projects in western region by 2004. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200410/14/eng20041014_160191.html (Stand: 28.07.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (20.01.2005): Double-track electrified railway project to be built with huge investment in NW. China. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200501/20/eng20050120_171265.html (Stand: 27.07.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (28.05.2005): Chinese president highlights importance of ethnic issue. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200505/28/eng20050528_187203.html (Stand: 12.05.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (04.06.2005): China invests heavily in western part environmental protection. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200506/04/eng20050604_188430.html (Stand: 24.04.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (22.11.2005): China to become world's second largest trading country in 2008: official. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/200511/22/eng20051122_223203.html (Stand: 21.06.2006).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (25.11.2005): Total trade value of export processing zones hit \$100bln. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200511/25/eng20051125_223934.html (Stand: 04.08.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (05.12.2005): China's urban-rural income gap may reach the highest in history. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200512/05/eng20051205_225741.html (Stand: 17.01.2006).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (26.12.2005): China starts building second largest hydropower station. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200512/26/eng20051226_230877.html (Stand: 23.05.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (27.12.2005): China's population not to top 1.6 billion, report. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200512/27/eng20051227_231161.html (Stand: 23.07.07).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (28.12.2005): Construction starts on Yangtze power plant. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200512/28/eng20051228_231297.html (Stand: 26.07.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (30.12.2005): China's legislature abolishes 2,600-year-old agriculture tax. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/200512/30/eng20051230_231752.html (Stand: 12.03.2008).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (20.01.2006): China handles 87,000 public order disturbance cases. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200601/20/eng20060120_236813.html (Stand: 24.11.2008).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (05.02.2006): 1.61 trillion yuan put into the western region. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200602/05/eng20060205_240411.html (Stand: 12.05.2009).

- PEOPLE'S DAILY ONLINE (07.03.2006): Chinese farmers still find life tough in post-tax era. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/200603/07/eng20060307_248663.html (Stand: 12.03.2008).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (08.03.2006): Your guide to „new socialist countryside“. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/200603/08/eng20060308_248839.html (Stand: 12.03.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (14.03.2006): Law on western development in pipeline. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/200603/14/eng20060314_250423.html (Stand: 14.06.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (02.04.2006): China's poverty-relief program still has long way to go. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200604/02/eng20060402_255333.html (Stand: 12.03.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (19.06.2006): Members of Communist Party of China growth to 70.8 million. Abrufbar unter: english.people.com.cn/200606/19/eng20060619_275246.html (Stand: 22.09.2006).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (02.07.2006): Backgrounder: Key facts about Qinghai-Tibet Railway. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/200607/02/eng20060702_279247.html (Stand: 12.04.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (04.07.2006): China to Launch 12 Key Projects in Its West This Year. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200607/04/eng20060704_279819.html (Stand: 26.07.2007).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (18.01.2007): Guangxi ready to 'march forward'. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200701/18/eng20070118_342415.html (Stand: 23.08.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (18.02.2007): Xinjiang's second desert highway to open to traffic in July. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/200702/18/eng20070218_351077.html (Stand: 12.08.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (02.03.2007): Go west, there are opportunities there. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200703/02/eng20070302_353639.html (Stand: 09.08.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (06.03.2007): Social problems and how to solve them. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200703/06/eng20070306_354523.html (Stand: 12.03.2008).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (30.03.2007): China trying to unify urban, rural household registration. Abrufbar unter: http://english.people.com.cn/200703/30/eng20070330_362283.html (Stand: 14.04.2008).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (27.06.2007): News Feature: Train to Tibet brings in investment. Abrufbar unter: http://english.peopledaily.com.cn/200706/27/eng20070627_387847.html (Stand: 20.11.2008).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (27.11.2007): China's 9-year compulsory education to cover most of western areas by year-end. Abrufbar unter: <http://english.peopledaily.com.cn/90001/90776/90882/6310556.html> (Stand: 23.07.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (27.11.2007): China absorbs 74.7 billion US dollars of foreign capital in 2007. Abrufbar unter: <http://english.people.com.cn/90001/90776/90884/6342271.html> (Stand: 02.09.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (23.01.2008): Hukou should be scrapped: Experts. Abrufbar unter: <http://english.people.com.cn/90001/90776/6343320.html> (Stand: 23.04.2008).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (24.07.2008): China-ASEAN trade prospects promising. Abrufbar unter: <http://english.people.com.cn/90001/90780/91344/6458369.html> (Stand: 23.08.2009).

- PEOPLE'S DAILY ONLINE (26.11.2008): Desertification causes yearly loss of 54 billion yuan in China. Abrufbar unter: <http://english.peopledaily.com.cn/90001/90776/6541192.html> (Stand: 23.05.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (24.06.2009): First Western China Tourism Industry Expo held in Chongqing, Abrufbar unter: <http://english.peopledaily.com.cn/90001/90778/90857/90860/6685624.html> (Stand: 26.06.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (26.06.2009): Guanzhong-Tianshui Economic Zone to be established. Abrufbar unter: <http://english.peopledaily.com.cn/90001/90778/90857/90862/6687372.html> (Stand: 23.07.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (24.11.2009): China to further railway construction in western region. Abrufbar unter: <http://english.people.com.cn/90001/90776/90882/6822384.html> (Stand: 29.12.2009).
- PEOPLE'S DAILY ONLINE (25.02.2010): East-west gap widening. Abrufbar unter: <http://english.peopledaily.com.cn/90001/90776/90883/6901754.html> (Stand: 23.03.2010)
- POHL, A. & R.B. ONKEN (2004): Going China: Chancen für den deutschen Mittelstand in China. DELOITTE (Hrsg.).
- PONCET, S. (2004): Economic Integration of Yunnan with the Greater Mekong Subregion. In: Asian Economic Journal. 20, Heft 3, S. 303-317.
- POPULATION DIVISION OF THE DEPARTMENT OF ECONOMIC AND SOCIAL AFFAIRS OF THE UNITED NATIONS SECRETARIAT (2008): World Urbanization Prospects: The 2007 Revision Population Database. Abrufbar unter: <http://esa.un.org/unup/index.asp> (Stand: 12.03.2008).
- PRS GROUP (POLITICAL RISK SERVICE GROUP) (2008): Composite Risk Ratings Over the Past Year: 12-month History of Composite Risk Ratings (Stand: 07/2008). Abrufbar unter: http://www.prsgroup.com/ICRG_TableDef.aspx (Stand: 12.09.2009).
- PwC (PRICEWATERHOUSECOOPERS) (2007): The People's Republic of China: Tax Facts and Figures.
- REISACH, U. (2007): China als Investitionsstandort. In: REISACH, U. et al. (Hrsg.): China- Wirtschaftspartner zwischen Wunsch und Wirklichkeit. 4. Auflage. Redline, Heidelberg, S. 45-75.
- REUTER, U. (2004): Effects of Intraregional Disparities on Regional Development in China: Inequality Decomposition and Panel-Date Analysis. Paper No. 716 provided by Econometric Society in its series Econometric Society 2004 Far Eastern Meetings. Abrufbar unter: <http://repec.org/esFEAM04/up.26042.1080729129.pdf> (Stand: 12.06.2007).
- RIESCHER, G. (2005): „Nation-building“. In: NOHLEN, D. & R.-O. SCHULTZE (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 2: Theorien, Methoden, Begriffe. 3. Auflage. Beck, München.
- RINNE, H. (1996): Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik. 2. Auflage. Oldenbourg, München.
- RONGXIA, L. (2003): Reformen auf dem Land von großer Dringlichkeit. In: Beijing Review Nr. 15, 2003. Abrufbar unter: <http://www.bjreview.cn/g-br/2003-15/2003-15-fm-1.htm> (Stand: 12.12.2007).
- SANDSCHNEIDER, E. (2000): Die Kommunistische Partei Chinas an der Macht: Politische Entwicklungen bis zum Ende der Ära Deng Xiaoping. In: HERRMANN-PILLATH, C. & M. LACKNER (Hrsg.): Länderbericht China. 2. Auflage. Bonn, S. 169-185.
- SASAKI, N. (2001): Political Analysis of the Strategy for Developing the Western Regions. In: ONISHI, Y. (Hrsg.): China's Western Development Strategy: Issues and Prospects. IDE Spot Survey, December 2001, S. 17-30.
- SCHARPING, T. (2000): Bevölkerungsentwicklung und -politik. In: HERRMANN-PILLATH, C. & M. LACKNER (Hrsg.): Länderbericht China. 2. Auflage. Bonn, S. 358- 375.

- SCHATTAUER, S. (2006): China - Monatsbericht Januar 2006. Institut für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit der Hans-Seidel-Stiftung. Abrufbar unter: www.hss.de/downloads/0601_Monatsbericht_China.pdf (Stand: 11.10.2007)
- SCHÄTZL, L. (1996): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie. 6. Auflage. Schöningh, Paderborn.
- SCHÄTZL, L. (1996): Wirtschaftsgeographie 2 Empirie. 2. Auflage. Schöningh, Paderborn.
- SCHLESINGER, M & K. GRAMKE (2003): China und die WTO – mit Tränen säen, mit Freuden ernten. In: PROGNOSE AG (Hrsg.): Prognos trendletter Nr. 2/2003, S. 3.
- SCHMIDT-GLINTZER, H. (1999): Das neue China: Von den Opiumkriegen bis heute. Beck, München.
- SCHMIDT-GLINTZER, H. (2002): Das alte China: Von den Anfängen bis zum 19. Jahrhundert. 3. Auflage. Beck, München.
- SCO (SHANGHAI COOPERATION ORGANISATION) (2007): Brief introduction to the Shanghai Cooperation Organisation. Abrufbar unter: <http://www.secsco.org/EN/brief.asp> (Stand: 12.07.2009).
- SCHNEIDER, W. (2006): Marketing und Käuferverhalten. 2. Auflage. Oldenbourg, München.
- SCHUBERT, G. (1996): Wie gefährlich ist die Volksbefreiungsarmee? KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG (Hrsg.): Auslandsinformationen. 12, Heft 1, S. 3-17.
- SCHUBERT, G. (2000): Taiwan seit 1945: Von der Entwicklungsdiktatur zur entwickelten Demokratie. In: HERRMANN-PILLATH, C. & M. LACKNER (Hrsg.): Länderbericht China. 2. Auflage. Bonn, S. 206-221.
- SCHÜLLER, M. (2001): Goldküste versus Armenhaus? Ungleichgewichte in der chinesischen Wirtschaftsentwicklung. Tagungsbeitrag Februar 2001, Seminar des Ost-West-Kollegs: China als aufsteigende Weltmacht des 21. Jahrhunderts. Abrufbar unter: http://www2.bpb.de/veranstaltungen/50IUGQ,0,Goldk%FCste_versus_Armenhaus_Ungleichgewichte_in_der_chinesischen_Wirtschaftsentwicklung.html (Datum: 23.04.2008).
- SCHÜLLER, M. (2002): China nach dem WTO-Beitritt. In: GIGA INSTITUT FÜR ASIEN-STUDIEN (Hrsg.): China Aktuell, Februar 2002, S. 140-150.
- SCHÜLLER, M. & C. KRIETE (2002): Entwicklung Westchina – Visionen und Realisierungschancen. In: GIGA INSTITUT FÜR ASIEN-STUDIEN (Hrsg.): China Aktuell, Dezember Oktober 2002, S. 1139-1155.
- SDPC (STATE DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION) (2000): Information on Development of the West. Abrufbar unter: <http://www.wold.sdpc.gov.cn/a/aa/aa000104a.htm> (Stand: 23.07.2007).
- SDPC & MOFTEC (STATE DEVELOPMENT AND REFORM COMMISSION & MINISTRY OF FOREIGN TRADE AND ECONOMIC COOPERATION) (2000): Catalogue of Priority Industries for Foreign Investment in the Central-Western Region. Abrufbar unter: http://www.cbcc.org/the_review/review_archive/regions/3.html (Stand: 24.10.2008).
- SEI & UNDP (STOCKHOLM ENVIRONMENT INSTITUTE & UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME) (2009): China Human Development Report: Making Green Development a Choice. New York.
- SEYFART, J. (2005): Innovation und Unternehmertum in der VR China. Dissertation, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg. Marburg.
- SHANTONG, L. et al. (2004): A New Pattern of Regional Co-operation in China: Four Economic Belts Across East to West. In: LU, D. et al. (Hrsg.): China's Western Region Development: Domestic Strategies and Global Implications, S. 85-100.

- SHEN, J. (2006): Estimating Urbanization Levels in Chinese Provinces in 1982-2000. In: International Statistical Review. 74, Heft 1, S. 89-107.
- SHIH, V. (2004): Development, the second time around: the political logic of developing western China. In: Journal of East China Studies. 4, Heft 3, S. 427-451.
- SHIRK, S.L. (2007): China: Fragile Superpower: How China's Internal Politics Could Derail Its Peaceful Rise. Oxford University Press, New York.
- SHORROCKS, A.F. (1980): The Class of Additively Decomposable Inequality Measures. In: Econometrica. 48, Heft 3, S. 613-625.
- SICHUAN PROVINCIAL BUREAU OF STATISTICS (2005): Sichuan Statistical Yearbook 2005. China Statistic Press, Beijing.
- SICULAR, T. et al. (2006): The Urban-Rural Income Gap and Inequality in China. WIDER Research Paper, Nr. 2006/135.
- SIEMSEN, H. & R. GEISSBAUER (1996): Direktinvestitionen in China, Indien und Indonesien: Ein Vergleich der Investitionsstandorte. DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSTAG (Hrsg.). Bonn.
- SINA NET (15.07.2002): „Qiu Xiaohua, Deputy Minister of Statistics, Talks About Economic Trends.“ (in chinesisch) Abrufbar unter: <http://finance.sina.com.cn/g/20020715/232433.html> (Stand: 15.09.2006).
- SONG, L. (2005): Policy Initiatives on Inequality in China. China Policy Institute, Discussion Paper Nr. 3. University of Nottingham.
- SPIEGEL ONLINE (30.05.2006): Siemens-China-Chef im Interview: „Man muss sich immer fragen, ob man am eigenen Ast sägt“. Abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,417974,00.html> (Stand: 04.11.2008).
- STATISTICAL BUREAU OF XINJIANG UYGUR AUTONOMOUS REGION (2004): Xinjiang Statistical Yearbook 2004. China Statistic Press, Beijing.
- STATISTICAL BUREAU OF YUNNAN PROVINCE (2005): Yunnan Statistical Yearbook 2005. China Statistic Press, Beijing.
- STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (2006): Statistisches Jahrbuch 2006: Für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (2008): Außenhandel mit der Volksrepublik China: Technisch hochwertige Waren gefragt. STATmagazin 14. Juli 2008. Wiesbaden.
- STERN, N. (2001): A Strategy for Development. Speech at the People's University of Beijing, June 2001. Abrufbar unter: <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/APCITY/UNPAN004883.pdf> (Stand: 12.01.2007).
- SU, J. (2000): The Comparative Study of Regional Innovation System of Japan and China. National Institute of Science and Technology Policy (NISTEP) Study Material Nr. 74. Tokyo.
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG ONLINE (25.12.2009): Liu Xiaobo verurteilt – Elf Jahre Haft für freie Meinung. Abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/334/498626/text/> (Stand: 26.12.2009).
- SULLIVAN, C. (2006): Inequality in Reform Era China: The Ethnic Question. Paper prepared for the Population Association of America's Annual Conference, Session on Chinese Inequality April 2006. Los Angeles.

- TAUBE, M. (2001a): China als Weltwirtschaftsmacht: Potenziale und Defizite. Internetpublikation der Bundeszentrale für Politische Bildung: Ost-West-Kolleg. Abrufbar unter: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/HHS5CV.html> (Stand: 14.08.2007).
- TAUBE, M. (2001b): Economic Relations between Germany and Mainland China, 1979-2000. Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwissenschaft Nr. 59/2001.
- TAUBE, M. (2003): Chinas Rückkehr in die Weltgemeinschaft: Triebkräfte und Widerstände auf dem Weg zu einem „Global Player“. Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwissenschaft Nr. 51/2003.
- TAUBE, M. (2006): Der Beitrag ausländischer Direktinvestitionen zur ökonomischen Entwicklung in der VR China. In: DOLZER, R. et al. (Hrsg.): Auslandsinvestitionen: Ihre Bedeutung für Armutsbekämpfung, Wirtschaftswachstum und Rechtskultur. Herder, Freiburg, S. 224-252.
- TAUBE, M. (2007): Wirtschaftliche Entwicklung und struktureller Wandel seit 1949. In: FISCHER, D. & M. LACKNER (Hrsg.): Länderbericht China. 4. Auflage. Bonn, S. 248-264.
- TAUBMANN, W. (2000): Naturräumliche Gliederung und wirtschaftsgeographische Grundlagen. In: HERRMANN-PILLATH, C. & M. LACKNER (Hrsg.): Länderbericht China. 2. Auflage. Bonn, S. 31-57.
- TAUBMANN, W. (2001): Wirtschaftliches Wachstum und räumliche Disparitäten in der VR China. In: Geographische Rundschau. 53, Heft 10, S. 10-17.
- TAUBMANN, W. (2003a): China. Wirtschaftliche Dynamik und räumliche Disparitäten. In: Geographie heute. 24, Heft 211/212, S. 2-7.
- TAUBMANN, W. (2003b): Bevölkerungsentwicklung in China. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Abrufbar unter: www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Taubmann_Bevoelkerungsentwicklung_China.pdf (Stand: 12.11.2006).
- TAUBMANN, W. (2007): Naturräumliche Gliederung und wirtschaftsgeographische Grundlagen. In: FISCHER, D. & M. LACKNER (Hrsg.), Länderbericht China. 4. Auflage. Bonn, S. 15-49.
- TEMPLIN, T. (1997): Personelle Einkommensverteilung, wirtschaftlicher Dualismus und Systemwandel in der VR China. Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwissenschaft Nr. 32.
- THE AMERICAN CHAMBER OF COMMERCE PRC (2009): NDRC preparing for creation of "Twelfth 5-Year Plan". AmCham-China Wire 11.08.2009. Abrufbar unter: <http://www.amchamchina.org/article/4713#C5> (Stand: 22.08.2009).
- THE PEOPLE'S GOVERNMENT OF SHAANXI PROVINCE (2009a): To Build Economic Zone into New Regional Growth Pole of National Coordination Development. Abrufbar unter: http://english.shaanxi.gov.cn/articleHottopic/hottopic/guanzhongtianshui/200908/10756_1.html (Stand: 09.08.2009).
- THE PEOPLE'S GOVERNMENT OF SHAANXI PROVINCE (2009b): Shaanxi and Gansu provinces join efforts to build Guanzhong-Tianshui Economic Zone. Abrufbar unter: http://english.shaanxi.gov.cn/articleInvestment/investment/devezone/levelzone/200802/4209_1.html (Stand: 09.08.2009).
- THE PEOPLE'S MUNICIPAL GOVERNMENT OF WUHAN (2005): Enhancing the Function of the Central City and Making a Strategic Pivot for the Rising of the Central China. Einführung in das vom 23. bis 25.11.2005 in Wuhan abgehaltene Meeting „The Rise of Central China and Development Opportunities for Wuhan“. Abrufbar unter: www.when.gov.cn/en/Introduction/i02.htm# (Stand: 12.03.2008).
- THE STANDARD (26.01.2006): Social costs of China's prosperity. Abrufbar unter: http://www.thestandard.com.hk/news_detail.asp?we_cat=9&art_id=10731&sid=6348011&con_type=1&d_str=20060126&fc=7 (Stand: 11.12.2007).

- THE STATE COUNCIL OF THE PRC (1992a): Circular of the State Council Regarding the Further Opening of Nanning, Kunming, Pingxiang and Other Four Border Cities (or Counties or Towns). Abrufbar unter: <http://www.asianlii.org/cn/legis/cen/laws/cotsrctfoonkpaofbccot1275/> (Stand: 23.03.2009).
- THE STATE COUNCIL OF THE PRC (1992b): Circular of the State Council Regarding the Further Opening of Chongqing and Some Other Cities. Abrufbar unter: <http://www.asianlii.org/cn/legis/cen/laws/cotsrctfoocasoc810/> (Stand: 23.03.2009).
- THE STATE COUNCIL OF THE PRC (2000): Circular of the State Council Concerning Several Policies on Carrying out the Development of China's Vast Western Region. Document No. 33. Abrufbar unter: http://www.fdi.gov.cn/pub/FDI_EN/Laws/InvestmentDirection/RegionalGuidance/P020060620330330008134.pdf (Stand: 12.07.2009).
- THE STATE COUNCIL OF THE PRC (2001): Suggestions on the Implementation of Policies and Measures Pertaining to the Development of the Western Region. Abrufbar unter: http://www.tid.gov.hk/english/trade_relations/topicalissues/files/lawe.pdf (Stand: 12.03.2009).
- THE STATE COUNCIL OF THE PRC (2002): Provisions on Guiding Foreign Direct Investment Decree No.346 of the State Council of the PRC. Abrufbar unter: http://english.gov.cn/laws/2005-07/25/content_16873.htm (Stand: 12.03.2008).
- THE STATE COUNCIL LEADING GROUP OFFICE OF POVERTY ALLEVIATION AND REDUCTION (2004a): The Rural Population of Absolute Poverty in the Whole Country at the End of 2003 was 29 Million. Stand: 13.05.2004. Abrufbar unter: <http://en.cpad.gov.cn/item/2004-06-04/50066.html> (Stand: 12.02.2009).
- THE STATE COUNCIL LEADING GROUP OFFICE OF POVERTY ALLEVIATION AND REDUCTION (2004b): List of key counties for national poverty reduction and development. Abrufbar unter: <http://en.cpad.gov.cn/item/2004-05-24/50003.html> (Stand: 12.01.2007).
- THE STATE COUNCIL LEADING GROUP OFFICE OF POVERTY ALLEVIATION AND REDUCTION (2004c): Cooperation between eastern and western regions in alleviating poverty is being pursued. Abrufbar unter: <http://en.cpad.gov.cn/impo/dxxz/index.html> (Stand: 13.02.2007).
- THE STATE COUNCIL LEADING GROUP OFFICE OF POVERTY ALLEVIATION AND REDUCTION (2004d): East-West Poverty Alleviation Cooperation. Abrufbar unter: <http://en.cpad.gov.cn/item/2004-05-24/50021.html> (Stand: 13.02.2007).
- TIANJIN MUNICIPALITY STATISTICAL BUREAU (2006): Tianjin Statistical Yearbook 2006. China Statistic Press, Beijing.
- TSUI, K.Y. (1991): China's Regional Inequality, 1952-1985. In: Journal of Comparative Economics. 15, Heft 1, S. 1-21.
- TSUI, S. (2004): Tourism development in China under the "Go West" strategy. M.A. Dissertation, University of Hong Kong. Hong Kong.
- UN (UNITED NATIONS) (2006): The Millennium Development Goals Report 2006. New York.
- UN (UNITED NATIONS) (2008): World Urbanization Prospects: The 2007 Revision. New York
- UNCTAD (UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT) (2006): World Investment Report 2006 FDI from Developing and Transition Economies: Implications for Development. New York, Genf.
- UNCTAD (UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT) (2008): World Investment Report 2008: Transnational Corporations, and the Infrastructure Challenge. New York, Genf.
- UNDP (UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME) (1997): China Human Development Report: Human Development & Poverty Alleviation 1997. Beijing.

- UNDP (UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME) (1998): Human Development Report 1998. New York.
- UNDP (UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME) (2005): Human Development Report 2005. International cooperation at a crossroads: Aid, trade and security in an unequal world. New York.
- UNDP (UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME) (2007): Human Development Report 2007/2008. Fighting climate change: Human solidarity in a divided world. New York.
- UNDP (UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME) (2009a): Human Development Report 2009. Overcoming barriers: Human mobility and development. New York.
- UNDP (UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME) (2009b): China Human Development Report 2009/10. Towards a Low Carbon Economy and Sustainable Society: Key Findings. Beijing.
- UNESCAP (UNITED NATIONS AND SOCIAL COMMISSION FOR ASIA AND THE PACIFIC) (2005): Free Trade and Port Hinterland Development. New York.
- URBAN, W. (1999): Regionale Unterschiede: Chancen und Gefahren für die chinesische Wirtschaftsentwicklung. In: China-Report Nr. 131-132, S. 18-29.
- US CENSUS BUREAU (2009): International Data Base (Data updated December 2009). Abrufbar unter: <http://www.census.gov/ipc/www/idb/> (Stand: 01.03.2010).
- US CONGRESSIONAL-EXECUTIVE COMMISSION (2005): China's Household Registration System: Sustained Reform Needed to Protect China's Rural Migrants. Abrufbar unter: <http://www.cecc.gov/pages/news/hukou.pdf> (Stand: 12.04.2008).
- WAGNER, H.-G. (1994): Wirtschaftsgeographie. 2. Auflage. Westermann, Braunschweig.
- WAN, G. et al. (2004): Globalization and Regional Income Inequality. World Institute for Development Economics Research (WIDER) Discussion Paper Nr. 2004/10.
- WANG, H. (2001): Redefining Regional Development Strategies in China. In: EDINGTON, W. et al. (Hrsg.): New Regions: Concepts, Issues, and Practices. Westport, S. 75-97.
- WANG, C. (2003): China's GDP: Examining Provincial Disparity. International Institute for Applied Systems Analysis, Interim Report IR-03-035. Laxenburg. Abrufbar unter: <http://www.iiasa.ac.at/Publications/Documents/IR-03-035.pdf> (Stand: 12.09.2007).
- WANG, M. (2004): The Western Development Drive Is of Great Significance to the Overall Situation of China's Modernization Construction. In: CIIC: Western Province Talking Point Special. Abrufbar unter: <http://www.china.org.cn/e-talking/24-7.htm> (Stand: 23.11.2009).
- WANG, F. (2005): Organizing Through Division and Exclusion: China's Hukou System. Stanford.
- WANG, H. (2008): Die aktuelle Unternehmenssteuerreform in China und ihre Auswirkungen auf deutsche Investoren. Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung der Deutschen Vereinigung für internationales Steuerrecht, 22.05.2007, München. Abrufbar unter: http://www.eurochinacom.eu/fileadmin/user_upload/Bilder/reports/080602_Wang_Huli.pdf (Stand: 12.10.2008).
- WANG, Z. (2000): Die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Aussenhandels der westlichen Regionen Chinas mit Deutschland und Europa. Tagungsband zum Symposium "Regionalentwicklung" der Hanns-Seidel-Stiftung und der Chinesischen Gesellschaft für Freundschaft mit dem Ausland vom 14. bis 18. Dezember 2000 in Kunming, S. 71-78. Abrufbar unter: <http://www.hss-koord.cn/KOORD/Pub/KOORDDok/PDF/00/WangZhimingdt.pdf> (Stand: 12.03.2009).
- WANG, D & F. CAI (2007): Migration and Poverty Alleviation in China. INTERNATIONAL ORGANIZATION FOR MIGRATION (Hrsg.): IOM Migration Research Series Nr. 27. Genf.

- WEF (WORLD ECONOMIC FORUM) (2009): World Competitiveness Report 2009-2010. New York.
- WEGGEL, O. (1992): Regionalkonflikte in China: Süd gegen Nord. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg Nr. 210. Hamburg.
- WEGGEL, O. (2002): China. 5. Auflage. Beck, München.
- WEI, Y. (o.J.): A Capital Market should be cultivated in the West. In: CIIC: Western Province Talking Point Special. Abrufbar unter: <http://www.china.org.cn/e-talking/24-8.htm> (Stand: 23.11.2009)
- WEI, Y. & X. LIU (2004): Convergence or Divergence? Debate on China's Regional Development. Lancaster University Management School, Working Paper Nr. 2004/002.
- WEI, Z. (2004): Can the Strategy of Western Development Narrow Down China's Regional Disparity? In: Asian Economic Papers. 3, Heft 3, S. 1-23.
- WEIß, J. (1985): "Nation-buidling". In: NOHLEN, D. & R.-O. SCHULTZE (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1: Politikwissenschaft. Theorien – Methoden – Begriffe. Beck, München.
- WELTBANK (2005): Weltentwicklungsbericht 2005: Ein besseres Investitionsklima für Jeden. Washington D.C.
- WEN, M. (2003): Foreign Direct Investment, Regional Geographic Market Conditions, and Regional Development: A Panel Study on China. Research School of Pacific and Asian Studies Australian National University (ANU), Working Paper. Abrufbar unter: <http://dspace.anu.edu.au/bitstream/1885/43049/1/wp-econ-2005-12.pdf> (Stand: 23.12.07)
- WEN, J. (2009): Towards Greater Development and Opening-up of Western China. Abrufbar unter: <http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t621406.htm> (Stand: 30.10.2009).
- WHALLEY, J. & S. ZHANG (2007): A numerical simulation analysis of (Hukou) labour mobility restrictions in China. In: Journal of Development Economics. 83, Heft 2, S. 392-410.
- WHO (WORLD HEALTH ORGANIZATION) (2008): World Health Statistics 2008. Genf.
- WIRTSCHAFTSWOCHE ONLINE (03.12.2008): Chinas Wirtschaftswunder im westchinesischen Hinterland. Abrufbar unter: <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/chinas-wirtschaftswunder-im-westlichen-hinterland-307885/> (Stand: 19.10.2009).
- WORLD BANK (1997): Sharing Rising Incomes: Disparities in China. In: China 2020: Development challenges in the new century. Washington.
- WORLD BANK (2002): Global Development Finance: Financing the Poorest Countries. Washington.
- WORLD BANK (2006): China: Governance, Investment Climate, and Harmonious Society: Competitiveness Enhancements for 120 Cities in China. Report-No. 37759-CN.
- WORLD BANK (2008a): World Development Report 2009: Reshaping Economic Geography. Washington.
- WORLD BANK (2008b): Doing Business in China 2008. Social Sciences Academic Press (China).
- WTO (WORLD TRADE ORGANIZATION) (2005): International Trade Statistics 2005. Genf.
- WTO (WORLD TRADE ORGANIZATION) (2008): International Trade Statistics 2008. Genf.
- WTO (WORLD TRADE ORGANIZATION) (2009): International Trade Statistics 2009. Genf.
- WU, Y. (2002): Regional disparities in China: an alternative view. In: International Journal of Social Economics. 29, Heft 7, S. 575-589.

- XIAO, G. (2004): People's Republic of China's Round-Tripping FDI: Scale, Causes and Implications. Asian Development Bank Institute Discussion Paper, Nr. 7.
- XINHUA NEWS AGENCY (16.04.2002): Jiang Calls for Pushing Forward "Develop the West" Campaign. Abrufbar unter: http://news.xinhuanet.com/english/2002-04/16/content_360441.htm (Stand: 12.05.2007).
- XINHUA NEWS AGENCY (12.06.2002): "Sparks Program" Going Well in West China. Abrufbar unter: http://news.xinhuanet.com/english/2002-06/12/content_436496.htm (Stand: 29.07.2009).
- XINHUA NEWS AGENCY (02.02.2006): China puts \$598 mln to reduce poverty in ethnic regions in 2005. Abrufbar unter: http://news.xinhuanet.com/english/2006-02/02/content_4129632.htm (Stand: 23.03.2008).
- XINHUA NEWS AGENCY (15.02.2006): China to Boost Rise of Central Region. Abrufbar unter: http://www.gov.cn/english/2006-02/15/content_200425.htm (Stand: 02.02.2008).
- XINHUA NEWS AGENCY (18.04.2006): China to lift 23.65m people out of poverty in 5 years. Abrufbar unter: http://news.xinhuanet.com/english/2006-04/18/content_4440117.htm (Stand: 13.03.2008).
- XINHUA NEWS AGENCY (05.07.2006): Desertification "very serious" in China's western region. Abrufbar unter: http://www.gov.cn/english/2006-07/05/content_328234.htm (Stand: 12.05.2009).
- XINHUA NEWS AGENCY (06.09.2006): One trillion yuan spent on western infrastructure. Abrufbar unter: http://news.xinhuanet.com/english/2006-09/06/content_5055217.htm (Stand: 12.05.2009).
- XINHUA NEWS AGENCY (21.08.2008): China to launch 10 key projects in western regions. Abrufbar unter: http://news.xinhuanet.com/english/2008-06/21/content_8413779.htm (Stand: 23.05.2009).
- XINHUA NEWS AGENCY (15.12.2008): Chinese mainland, Taiwan start direct links after 59 years. Abrufbar unter: http://news.xinhuanet.com/english/2008-12/15/content_10504688.htm (Stand: 12.01.2009).
- XINHUA NEWS AGENCY (15.01.2009): China's FDI up 23.6% in 2008. Abrufbar unter: http://news.xinhuanet.com/english/2009-01/15/content_10662757.htm (Stand: 23.06.2009).
- XINHUA NEWS AGENCY (25.11.2009): 10 years Western Development totalled 30.65 million hectares of planted forests (in chinesisch). Abrufbar unter: http://news.xinhuanet.com/politics/2009-11/25/content_12538880.htm (Stand: 29.12.2009).
- XUE, J. (1997): Urban-Rural Income Disparity and Its Significance in China. In: Hitotsubashi Journal of Economics. 38, Heft 1, S. 45-59.
- YANG, J & H. MAO (2006): The Integration and Sustainable Development of Chnegdu-Chongqing Urban Agglomeration. In: Chinese Journal of Population, Resources and Environment. 4, Heft 3, S. 3-10.
- YEUNG, Y.M. & X. LI (2004): China's Western Development: The Role of the State in Historical and Regional Perspective. Shanghai-Hong Kong Development Institute Occasional Paper, Nr. 10.
- YING, L. G. (1999): China's Changing Regional Disparities during the Reform Period. In: Economic Geography. 75, Heft 1, S. 59-70.
- YPIS (YANGTZE PROJECT INFORMATION SYSTEM) (2002): Yangtze Project Information System. Unveröffentlichtes Informationssystem des Zentrums für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung (ZEU) der Justus-Liebig-Universität, Gießen.

- YUE, T. X. et al. (2003): Numerical Simulation of Population Distribution in China. In: Population and Environment. 25, Heft 2, S. 141-163.
- ZENG, G. (1992): Ansätze einer innovationsorientierten Regionalpolitik in der VR China. Schriften des Zentrums für regionale Entwicklungsforschung der Justus-Liebig-Universität Giessen, Band 46.
- ZENG, P. (2002a): Historical Changes in China's Economic and Social Development. Abrufbar unter: <http://english.hanban.edu.cn/baodao/english/newsandreport/2002october1/20-2.htm>. (Stand: 24.07.2007).
- ZENG, P. (2002b): Report on the Implementation of the 2001 Plan for National Economic and Social Development and on the Draft 2002 Plan for National Economic and Social Development. Abrufbar unter: http://english.gov.cn/official/2005-07/29/content_18318.htm (Stand: 23.07.2007).
- ZHAN, S. (2005): Rural Labour Migration in China: Challenges for Policies. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (UNESCO) (Hrsg.): Management of Social Transformations Policy Paper Nr. 10.
- ZHANG, Z. & S. YAO (2001): Regional Inequalities in Contemporary China Measured by GDP and Consumption. In: Economic Issues. 6, Heft 2, S. 13-29.
- ZHENG, Y. & M. CHEN (2007): China's Regional Disparity and its Policy Responses. University of Nottingham, China Policy Institute Briefing Series – Issue 25,. Abrufbar unter: http://www.nottingham.ac.uk/shared/shared_cpi/documents/policy_papers/Briefing_25_China_Regional_Disparity.pdf (Stand: 12.01.2008).
- ZIMMERMANN, T.A. (2008): Direktinvestitionen – aktuelle Entwicklungen in Theorie, Praxis und Politik. In: STAATSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT & EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTS-DEPARTMENT (Hrsg.): Die Volkswirtschaft. 81, Heft 7-8/2008, S. 4-8.
- ZHU, R. (2000): Premier Zhu Rongji takes questions about China's focal issues. Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua vom 15.03.2000. Abrufbar unter: http://www.gov.cn/english/official/2005-07/25/content_17144.htm (Stand: 03.04.2009).
- ZHU, R. (2001): Report on the Outline of the Tenth Five-Year Plan for National Economic and Social Development. Abrufbar unter: <http://english.peopledaily.com.cn/features/lianghui/zhureport.html> (Stand: 12.02.2007).

ANHANG: Catalogue of Advantaged Industries for Foreign Investment in the Central-Western Region

Innere Mongolei

- 1 Restoration of farmland to forests and grasslands and pastures to grasslands, protection of natural forests and subsequent development of other national key ecological projects
- 2 Development and application of technologies of water-saving irrigation and water-saving irrigation for dry land farming, and protective cultivation
- 3 Finishing and deep processing of beet saccharine and comprehensive utilization of byproducts
- 4 Finishing and deep processing of copper, lead, zinc and aluminum (excl. exploration, exploitation and smelting)
- 5 Comprehensive utilization and finishing and deep processing of nonmetal minerals (andalusite, bentonite, dolomite, crystalline graphite, perlite and zeolite) (excl. exploration and exploitation)
- 6 Development of hi-tech products of wool textile and knitgoods
- 7 Development of applied technologies for coal processing and production of coal products (controlled by Chinese party)
- 8 Deep processing of rare earths and production of applied rare earths products
- 9 Development and utilization of downstream chemical products of natural gas (excl. products under the categories of restriction and prohibition of the *Policies on Utilization of Natural Gas*)
- 10 Processing of Mongolian medicines (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 11 Development and utilization of biological pharmacy products by using the viscera of cattle and sheep (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 12 Production of specially-needed ethical products, handicraft articles and materials of packing containers and glass products for daily use
- 13 Technical development and deep processing of superior float glass of special varieties (super white, super thin and online Low-E)
- 14 Production of new dry-processing cement by using cement clinker with a daily production of 4,000t or more
- 15 Electricity generation, heat supply and other comprehensive utilization of the remaining heat of mid-dling coal and coking coal
- 16 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 17 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party))
- 18 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 19 Development, construction and operation of ecological tourist resources such as snow, forests and pastures
- 20 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Guangxi

- 1 Subsequent development of national key ecological projects including restoration of farmland to forests and grasslands
- 2 Development and production of animal and plant medicine resources (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 3 Deep processing of can sugar and comprehensive utilization of byproducts thereof
- 4 Deep processing of rosin
- 5 Deep processing of barite
- 6 Deep processing of silk products
- 7 Production of specially-needed ethical products, handicraft articles with ethical characteristics and materials for packing containers
- 8 Production of superior ceramics for daily use
- 9 Technical development and deep processing of superior float glass of special varieties (super white, super thin and online Low-E)
- 10 Production of new dry-processing cement by using cement clinker with a daily production of 4,000t or more
- 11 High-performance radial tire production
- 12 Production of automobile spare parts (automobile gear boxes, automobile engine crankshafts, connecting rods, cylinder bodies, cylinder covers, engine electronic spraying systems, automobile shock absorbers, clutches, engine timing chains, automobile lamps and automobile instruments)
- 13 Technical development and production of key components and parts of large engineering machinery
- 14 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 15 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
- 16 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 17 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Chongqing

- 1 Planting of oranges, breeding of pigs and deep processing thereof

- 2 Restoration of farmland to forests and grasslands, protection of natural forests and subsequent development of other national key ecological projects
- 3 Development and application of water-saving irrigation technologies
- 4 Spinning, knitting and garment processing of high-grade cotton, fir, ramie, silk, bamboo fibers and chemical fibers
- 5 Development and production of downstream chemical products of natural gas (excl. products under the categories of restriction and prohibition of the *Policies on Utilization of Natural Gas*)
- 6 Production of polyurethanes and raw materials thereof and new engineering plastics
- 7 Production of biomaterials, synthetic macromolecule biomaterials, natural macromolecule biomaterials and bio-based intermediate compounds
- 8 Processing and production of Chinese medicinal plants, extracts of Chinese traditional medicine and Chinese patent medicine (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 9 Technical development and deep processing of superior float glass of special varieties (super white, super thin and online Low-E)
- 10 Production of new dry-processing cement by using cement clinker with a daily production of 4,000t or more
- 11 Finishing and deep processing of aluminum (limited to joint equity and cooperation)
- 12 Production of complete vehicle of motorcycles (with foreign shares no more than 50%) and production of components and parts of motorcycles
- 13 Production of automobile spare parts (automobile gear boxes, automobile engine crankshafts, connecting rods, cylinder bodies, cylinder covers, engine electronic spraying systems, automobile shock absorbers, clutches, engine timing chains, automobile lamps and automobile instruments)
- 14 Development and production of new medical equipment
- 15 Production of power generation equipment by using solar, wind and other new energies and parts and components thereof (limited to joint equity and cooperation)
- 16 Production of large digital IC with width of wires less than 0.25µm
- 17 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 18 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
- 19 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 20 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Sichuan

- 1 Development and production of the seeds (seedlings) of vegetables and fruits (excl. transgenic seeds) (controlled by Chinese party)
- 2 Breeding of pigs, beef cattle, meat sheep and poultry and deep processing of such products
- 3 Restoration of farmland to forests and grasslands, protection of natural forests and subsequent development of other national key ecological projects
- 4 Development and application of technologies of water-saving irrigation and water-saving irrigation for dry land farming, and protective cultivation
- 5 Deep processing of rare earths and production of applied products
- 6 Development of new technologies and products of vanadium titanium-magnetite (controlled by Chinese party)
- 7 Production and development of downstream chemical products of natural gas (excl. products under the categories of restriction and prohibition of the *Policies on Utilization of Natural Gas*)
- 8 Deep processing of silk products
- 9 Production of high-performance inorganic fluorine chemical products (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 10 Development and production of animal and plant medicine resources (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 11 Technical development and deep processing of superior float glass of special varieties (super white, super thin and online Low-E)
- 12 Production of new dry-processing cement by using cement clinker with a daily production of 4,000t or more
- 13 High-performance radial tire production
- 14 Production of automobile spare parts (automobile gear boxes, automobile engine crankshafts, connecting rods, cylinder bodies, cylinder covers, engine electronic spraying systems, automobile shock absorbers, clutches, engine timing chains, automobile lamps and automobile instruments)
- 15 Production of engineering machinery such as cranes, excavators, loaders, hydraulic presses, concrete machinery, road rollers, forklift trucks, bulldozers and graders (controlled by Chinese party)
- 16 Development and production of numerically-controlled medical equipment and key components and parts
- 17 Production of natural gas compressors (containing coalbed gas compressors)
- 18 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 19 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
- 20 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 21 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Guizhou

- 1 Restoration of farmland to forests and grasslands, protection of natural forests and subsequent development of other national key ecological projects
- 2 Development and application of technologies of water-saving irrigation and water-saving irrigation for dry land farming
- 3 Deep processing of potatoes, konjaks and other products
- 4 Deep processing of meats (beef, pork, mutton and poultry meats), capsicums, buckwheat, yams and walnuts
- 5 Deep processing of ramie products
- 6 Development of applied technologies for coal processing and production of products (controlled by Chinese party)
- 7 Smelting of titanium resources (controlled by Chinese party)
- 8 Deep processing of silk products
- 9 Production of phosphor and sulfur chemical and industrial products
- 10 Development and production of animal and plant medicine resources (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 11 Technical development and deep processing of superior float glass of special varieties (super white, super thin and online Low-E)
- 12 Production of new dry-processing cement by using cement clinker with a daily production of 4,000t or more
- 13 Finishing and deep processing of aluminum and other nonferrous metals (limited to joint equity and cooperation)
- 14 Production of abrasive materials and abrasive tools
- 15 Production of automobile spare parts (automobile gear boxes, automobile engine crankshafts, connecting rods, cylinder bodies, cylinder covers, engine electronic spraying systems, automobile shock absorbers, clutches, engine timing chains, automobile lamps and automobile instruments)
- 16 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 17 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
- 18 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 19 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Yunnan

- 1 Development and production of superior mulberry and silkworm products
- 2 Restoration of farmland to forests and grasslands, protection of natural forests and subsequent development of other national key ecological projects
- 3 Development and application of technologies of water-saving irrigation and water-saving irrigation for dry land farming
- 4 Finishing and deep processing of nonferrous metals of copper, lead and zinc (excl. exploration, exploitation and smelting) (controlled by Chinese party)
- 5 Development and application of special edible resources
- 6 Processing and development of flaxes and comprehensive utilization of byproducts
- 7 Development of applied technologies for coal processing and production of products (controlled by Chinese party)
- 8 Deep processing of silk products
- 9 Development of applied technologies in phosphor fine chemical industry and production of products (controlled by Chinese party)
- 10 Development and production of animal and plant medicine resources (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 11 Printing of printed matters of package and decoration
- 12 Technical development and deep processing of superior float glass of special varieties (super white, super thin and online Low-E)
- 13 Production of new dry-processing cement by using cement clinker with a daily production of 4,000t or more
- 14 Production of diesel engines for light vehicle use and components and parts thereof
- 15 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 16 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
- 17 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 18 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Tibet

- 1 Restoration of farmland to forests and grasslands, protection of natural forests and subsequent development of other national key ecological projects
- 2 Development and application of technologies of water-saving irrigation and water-saving irrigation for dry land farming
- 3 Development and utilization of saline resources (controlled by Chinese party)
- 4 Production of drinking natural mineral water (controlled by Chinese party)

- 5 Deep processing of yak-fur products and production of Tibetan carpets
- 6 Processing and production of woolen products
- 7 Processing and production of Chinese medicinal plants, extracts of Chinese traditional medicine and Chinese patent medicine (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 8 Production of new kinds and formulations of Tibetan medicines (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 9 Production of specially-needed ethical products, handicraft articles and materials for packing containers and glass products for daily use
- 10 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 11 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
- 12 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 13 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Shaanxi

- 1 Development and production of potato and cotton seeds and seedlings (controlled by Chinese party)
- 2 Restoration of farmland to forests and grasslands, protection of natural forests and water head sites and subsequent development of other national key ecological projects
- 3 Development and application of technologies of water-saving irrigation and water-saving irrigation for dry land farming, and protective cultivation
- 4 Spinning, knitting and garment processing of high-grade cotton, fir and chemical fiber
- 5 Deep processing of silk products
- 6 Development and production of animal and plant medicine resources (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 7 Development and production of downstream chemical products of natural gas (excl. products under the categories of restriction and prohibition of the *Policies on Utilization of Natural Gas*)
- 8 Development of applied technologies for coal processing and production of products (controlled by Chinese party)
- 9 Technical development and deep processing of superior float glass of special varieties (super white, super thin and online Low-E)
- 10 Production of new dry-processing cement by using cement clinker with a daily production of 4,000t or more
- 11 Finishing and deep processing of titanium resources (controlled by Chinese party)
- 12 Design and production of blast-furnace gas energy recovery turbine units
- 13 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 14 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
- 15 Medical institutions (limited to joint equity and cooperation)
- 16 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 17 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Gansu

- 1 Development and application of technologies of water-saving irrigation and water-saving irrigation for dry land farming, and protective cultivation
- 2 Development and production of seeds of melons and fruits, vegetables and flowers (controlled by Chinese party)
- 3 Establishment of bases for growing high-quality wine grapes
- 4 Plantation and processing of high-quality beer raw materials
- 5 Development and production of downstream chemical products of natural gas (excl. products under the categories of restriction and prohibition of the *Policies on Utilization of Natural Gas*)
- 6 Deep processing of rare earths and production of applied products
- 7 Establishment of GAP production bases for Chinese traditional medicinal plants and deep processing (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 8 Finishing and deep processing of nonferrous metals including aluminum, copper and nickel (controlled by Chinese party)
- 9 Production of petroleum drilling and refining equipment
- 10 Processing of oil and gas pipelines
- 11 Production of Mono pumps (single-screw pumps), water pumps and fine grinding machines
- 12 Production of precisely numerically-controlled machines and tools
- 13 Wind and solar energy power generation and equipment manufacturing industry thereof (limited to joint equity and cooperation)
- 14 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 15 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
- 16 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 17 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Ningxia

- 1 Development and application of technologies of water-saving irrigation and water-saving irrigation for dry land farming, and protective cultivation
- 2 Plantation and deep processing of medlars and grapes
- 3 Development and production of specially-needed ethical products and Islamic foods
- 4 Production of chemical raw materials for drugs by means of fermentation and development and production of intermediates and amino acid products
- 5 Development and production of carbon-based materials
- 6 Deep processing of gypsums and ceramic raw clays
- 7 Production of new dry-processing cement by using cement clinker with a daily production of 4,000t or more
- 8 Finishing and deep processing of metals including tantalum and niobium (controlled by Chinese party)
- 9 High-performance radial tire production
- 10 Production and processing of numerically-controlled machines, large precise bearings, mining equipment, automatic instruments and large precise castings
- 11 Production and processing of large comprehensive mining equipment and flameproof electric machinery
- 12 Development and production of wind and solar energy power generation equipment (limited to joint equity and cooperation)
- 13 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 14 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
- 15 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 16 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Qinghai

- 1 Protection, plantation, breeding, processing and utilization of altiplano animal and plant resources (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 2 Restoration of farmland to forests and grasslands, protection of natural forests and water head sites and subsequent development of other national key ecological projects
- 3 Development and application of technologies of water-saving irrigation and water-saving irrigation for dry land farming, and protective cultivation
- 4 Construction of bases for organic natural crops and livestock and deep processing of products
- 5 Deep processing of yak-fur products
- 6 Development and production of downstream chemical products of natural gas (excl. products under the categories of restriction and prohibition of the *Policies on Utilization of Natural Gas*)
- 7 Production of new kinds and formulations of Chinese traditional and Tibetan medicines (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
- 8 Technical development and deep processing of superior float glass of special varieties (super white, super thin and online Low-E)
- 9 Production of new dry-processing cement by using cement clinker with a daily production of 4,000t or more
- 10 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
- 11 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
- 12 Vocational educational institutions (limited to cooperation)
- 13 Medical institutions (limited to joint equity and cooperation)
- 14 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
- 15 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities

Xinjiang (incl. Xinjiang Production and Construction Corp)

- 1 Restoration of farmland to forests and grasslands, protection of natural forests and water head sites and subsequent development of other national key ecological projects
- 2 Development and application of technologies of water-saving irrigation and water-saving irrigation for dry land farming, and protective cultivation
- 3 Plantation and deep processing of high-quality tomatoes, distinctive bergamot bears, grapes, melons, Chinese dates and medlars)
- 4 Construction of bases for growing high-quality wine grapes
- 5 Plantation and processing of natural spices
- 6 Processing of beet sugar and comprehensive utilization of byproducts
- 7 Plantation of flax and production of flax products
- 8 Upgrade and change of top-grade cotton and wool products
- 9 Deep processing of silk products
- 10 Comprehensive utilization of vermiculite, mica, asbestos, magnesite, graphite, limestone, andalusite, dimension stones and other nonmetal ores (excl. exploration and exploitation)
- 11 Development of applied technologies for coal processing and production of products (controlled by Chinese party)

- 12 Production and development of downstream products of salt chemical industry (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
 - 13 Comprehensive utilization of oil-gas associated resources
 - 14 Recovery and utilization of blow-down gas
 - 15 Plantation and processing medicinal plants with Uygur characteristics and development of new techniques of pharmacy (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
 - 16 Development and production of wind and solar energy power generation equipment (limited to joint equity and cooperation)
 - 17 Development and utilization of biological pharmacy products by using the viscera of cattle and sheep (excl. those that under the categories of restriction and prohibition of the *Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries*)
 - 18 Production of specially-needed ethical products, handicraft articles and materials of packing containers and glass products for daily use
 - 19 Technical development and deep processing of superior float glass of special varieties (super white, super thin and online Low-E)
 - 20 Production of new dry-processing cement by using cement clinker with a daily production of 4,000t or more
 - 21 Deep processing of nonferrous metals including copper, lead, zinc and aluminum (limited to joint equity and cooperation)
 - 22 Value-added telecom services (within the commitment framework of China's entry into the WTO)
 - 23 Passenger transportation by road (controlled by Chinese party)
 - 24 Construction and operation of urban gas supply, heat supply and water supply and drainage systems (controlled by Chinese party in large cities)
 - 25 Protection, development and operation of tourist areas (spots) and building of their supporting facilities
- (MOFCOM & NDRC 2008)